Das Jahr der Birne! Eine Bilanz. S. 46, 47



Arbeiterkampf

Jg. 14, Nr. 244, 12. 03. 84 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E



Wegen Wahrnehmung der Pressefreiheit: 30 Monate Gefängnis!

Benny Härlin



Michael Klöckner

ER KOMMT

Ein Yank macht noch keine Revolte

Die Schlacht soll es werden: zum Reaganbesuch und NATO-Gipfel. Wir ließen uns das natürlich dreimal sagen — wer ist dieser Cowboy denn schon — und stellten dennoch folgende Seiten zusammen:

☐ Wie üblich gibts bei solchen Anläßen auch ... Diesmal gleich drei, davon zwei in ... und wenn schon Demo ... Juni. Der Aufruf ... nur, weil er mitte...

☐ Daß beim komm... dig an die legendär... auch die Bullen, zeig... aus der »Deutschen ...

☐ Wenn die alte Pa... wir" auch in Zukunft ... damit noch ein bißchen ... schätzte Strategen unse...

☐ „Zerschlagt die NA... damit wir wissen, mit wem wir ... zwei Seiten zur Geschichte des teuersten Ko...bos der Welt.

☐ Wer was gegen die Aufrüstung hat, braucht nicht unbedingt über den US-Imperialismus zu jammern, denn der nächste Rüstungskonzern ist oft näher, als man denkt. Wo, steht am Schluß unseres bescheidenen Beitrags für den Weltfrieden.

Anti-NATO-Woche in Berlin

Fr 4.6. Türkeiveranstaltung zum Hungerstreik Mehringhof, 19.00 Uhr

Warte nicht bis der Reagen fällt

Anläßlich des Nato-gipfels in Bonn wollen der Schmierenkomödiant Ronald Reagan mit seinen Kompa... Haig, Schmidt und G... Stadtam 11. ...

... nach wie vor den Status einer besetzten Stadt. Bis heute gelten immer noch über 4000 Kriegsrechtsbestimmungen, beideren voller Anwendung die Laternenpfähle voller aufgeknüpfter Menschen hängen könnten.

Die geografische Lage macht Berlin zum hervorragenden Horchposten ins feindlich Hinterland und der Besatzungsstatus vereinfacht Spionage nach innen enorm, so daß auch hier neueste Techniken ausprobiert werden. Von den 12.000 in Bärlin stationierten Soldaten haben 1200 eine Spezialausbildung in Terrorismusbekämpfung. Sind in „Psychologischer Kriegsführung" ausgebildet und ... Jang in Kreuzberg Häuser-und Straßenkampf geübt. Die „special forces" bildet

— die Schlappe des letztjährigen Haig-Besuchs in Berlin, der außer jubeln-den Bullen keine Berliner zu Gesicht bekam, wettmachen. Die Amis zuhause an ihren TV's sollen jubelnde Berliner undkeine demonstrierenden Menschen zu sehen bekommen.

Welche Rolle spielt die BRD in der Nato?

... BRD hat die gleichen Interessen ... Aufrechterhaltung der imperialistischen Herrschaftsstrukturen

... BRD ist Sprungbrett für die Ein... ...pen der Nato (Startbahn ... Computerzentrale für Bombe... zu Vietnamkriegszeiten).

... BRD soll Kriegsschauplatz und ...gerüstete Angriffszentrale gegen imaginäre Feinde im Osten sein (Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles. Größtes US-Truppenkontingent außerhalb der USA, größte Atombombendichte der Welt)

★ Die BRD will die Nato-Politik aufgrund ihrer ökonomischen Vormachtstellung in Westeuropa durchsetzen und weniger willige Natopartner wie die Niederlande und Dänemark bei der Stange halten.

Sein Besuch kann nur einer von vielen Anlässen sein, den Kampf gegen dieses unmenschliche System an sich und gegen die Nato, das militärische Durchsetzungsinstrument, verstärkt und auf breiter Ebene zu führen. Wir sind gegen einen Frieden, der trotz eventueller Abrüstung nichts Anderes ist als die Friedhofsruhe und Kontrolle à la 1984! Wir haben genug von der Eiszeit und wir sind ... Krieg dem

radikal
Zeitung für Deserteure
Zeitungskooperative e.V. Postfach 420, 1000 Berlin 36
A 5023 E

BRD entwickelt eigene cruise missiles!

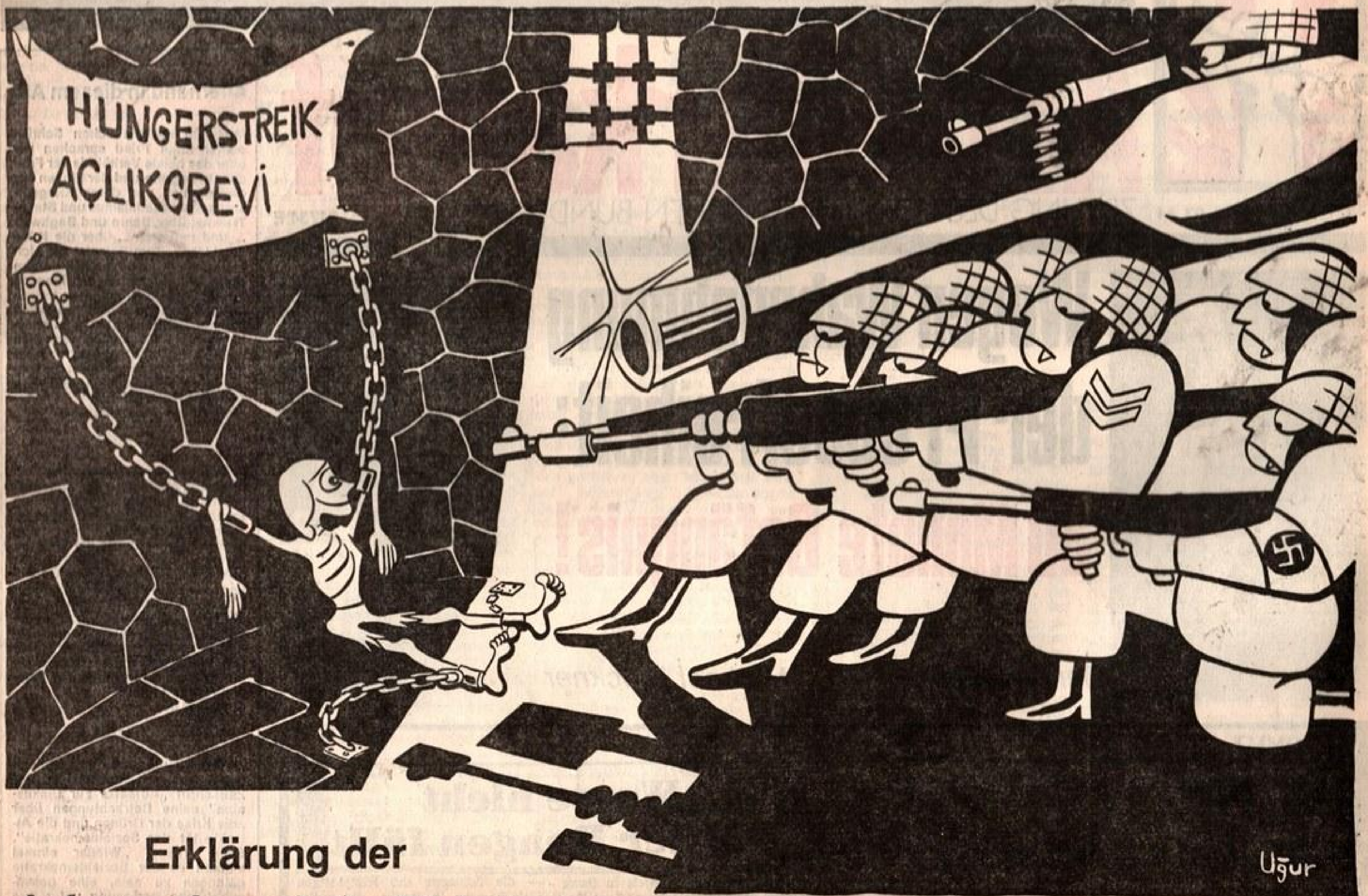
„Atomwaffen in deutscher Hand" wurde in der letzten Ausgabe der offiziösen Zeitschrift „Europäische Wehrkunde" gefordert (s. Dokumentation im letzten AK). Die Schaffung der militärischen Voraussetzungen für diesen Wunschtraum läuft anscheinend schon: Im schwäbischen Lampoldshausen arbeitet die „Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt" (DFVLR) nach eigenen Angaben an einem Projekt unter dem Titel „Marschflugkörper großer Transportleistungen". Dies wurde vor einigen Tagen durch das „Baden-Württembergische Volksbegehren für den Frieden" enthüllt.

Wir haben weiter recherchiert und informieren über

- Marschkörper-Forschung in Baden-Württemberg (die von der Initiative Volksbegehren zusammengetragenen Fakten
- Die offensive Bedeutung der „schwäbischen Cruise missiles"
- Cruise missiles und Airland Battle
- Weitere Forschungen der DFVLR: Mittelstreckenraketen und Laserwaffen
- Projekt OTRAG: Über einen früheren Versuch der BRD, zu eigenen Marschflugkörpern zu kommen.

Fortsetzung auf Seite 7

Allerhand in diesem AK



Erklärung der

Uğur

Erklärung der Informationsstelle Türkei zum Hungerstreik im Militärgefängnis Mamak

Nach Meldungen vom 7.3. sind im Gefängnis von Diyarbakir (Hauptstadt von Türkisch-Kurdistan) elf Gefangene ums Leben gekommen, wobei noch nicht ermittelt ist, ob sie den Folgen eines Hungerstreiks erlegen sind oder ob sie vom Militär ermordet wurden. Seit dem 24.2. findet auch im Militärgefängnis von Mamak in Ankara ein Hungerstreik statt, zu dem wir folgende Presseerklärung erhielten:

Seit dem 24. Februar findet im Militärgefängnis Mamak in Ankara ein Hungerstreik statt, an dem sich nahezu alle Gefangenen dort beteiligen. Den neuesten Informationen aus der Türkei zufolge verschärft sich die Situation in dem Militärgefängnis stündlich. Viele Tatsachen weisen darauf hin, daß die Militärs beabsichtigen, bestimmte Gefangene, die als leitende Mitglieder von Massenorganisationen verdächtigt werden, noch vor den im März anstehenden Kommunalwahlen und angesichts der breiten Amnestiediskussion in der Bevölkerung zu vernichten. So wurden direkt nach Beginn des Hungerstreiks die Besuche von Angehörigen und Verteidigern verboten und die Gerichtsverhandlungen für einen Monat ausgesetzt! Gleichzeitig nahmen die Militärs die Mißhandlungen und Folterungen an den Gefangenen wieder auf. Gefangene, die bei diesen Mißhandlungen verletzt werden, werden nicht ins Krankenhaus gebracht, sondern nur oberflächlich im Militärgefängnis behandelt. Das Verhalten der Militärs widerspricht einem vor ca. 1,5 Monaten von politischen Gefangenen und der Gefängnisverwaltung unterzeichneten Protokoll, zu dem es nach mehreren Widerstandsaktionen der Gefangenen gegen die Haftbedingungen und die Einheitskleidung gekommen war. In diesem Protokoll hatten sich die Gefangenen bereit erklärt, die diskriminierende Einheitskleidung zu tragen, während die Gefängnisverwaltung zusicherte, daß Prügel und Mißhandlungen eingestellt und die Schikanen bei dem alltäglichen Appell beendet werden. Zu dem Hungerstreik kam es am 24. Februar, nachdem die Verwaltung plötzlich erklärte, dieses Protokoll sei nicht mehr gültig und die Mißhandlungen von neuem begannen.
Angehörige der politischen Gefangenen, die versuchten, bei verschiedensten Stellen sich für das Leben ihrer Verwandten einzusetzen, werden bedroht und überall abgewiesen.
Es ist offensichtlich, daß dieses Vorgehen systematisch geplant und in der ganzen Türkei durchgeführt wird. Auch bei dem Hungerstreik im Militärgefängnis in Diyarbakir im September letzten Jahres war die Situation ähnlich. Nachdem die Gefangenen dort durch ihren Widerstand die Einstellung verschiedener Repressalien erreicht hatten, wurde kurze Zeit später der Druck verschärft und führte schließlich zu einem Massaker, bei dem mindestens drei führende Mitglieder von kurdischen Befreiungsorganisationen ermordet wurden. Ebenso starben im Januar dieses Jahres mindestens sechs Gefangene im Militärgefängnis Diyarbakir bei einem Feuer, daß mit größter Wahrscheinlichkeit von den Militärs gelegt wurde. Bei den Ermordeten handelte es sich wiederum um Menschen, die als führende Mitglieder von Massenorganisationen angeklagt waren.
Angehörige der politischen Gefangenen in Mamak bezeichnen die Lage als sehr ernst und bitten, angesichts der Tatsache, daß ihnen selbst die Hände gebunden sind, die westeuropäische Öffentlichkeit, alles zu tun, um das Leben der Gefangenen zu retten.
Wir fühlen uns verpflichtet, diesen Hilferuf weiterzugeben und fordern insbesondere die Presse auf, die Informationen aus der Türkei weiterzuverbreiten.
Gleichzeitig bitten wir die Politiker unseres Landes, die politischen Beziehungen mit der türkischen Regierung zu nutzen, um die Vernichtung von Menschenleben zu verhindern.

Spendenaufruf Verfassungsschutz-Rausschmiß

Erinnern wir uns kurz: Im Sommer 1981 gelang es einigen mutigen Frauen und Männern, eine Observationswohnung des Verfassungsschutzes in der Graudenzerstraße in Bremen zu enttarnen. Die Wohnung wurde im Zuge dieser Enttarnung leergeräumt, die Oberservationsutensilien aus dem Fenster geworfen und die schriftlichen Unterlagen veröffentlicht. Durch diese Aktion erfuhren wir viel über die Arbeitsweise des Verfassungsschutzes, und durch die Veröffentlichungen der Materialien erfuhren viele Leute, was der VS über sie weiß. Und das Wichtigste: hier wurde die Arbeit des VS praktisch behindert.

Das hat uns allen Mut gemacht, damals. Offene Freude haben wir empfunden. Den Verfassungsschutz und den Staatsapparat hat's mächtig geärgert.

Das mußte bestraft werden:
— Wolfgang wurde der Teilnahme an dieser Aktion „überführt": 9 Monate Knast auf Bewährung, Geldbuße und Kosten des Verfahrens.

Natürlich blieb der Prozeß gegen Wolfgang nicht ohne öffentliche Folgen: Anläßlich einer Demonstration wurden beim Verfassungsschutzgebäude Scheiben eingeworfen:
— Uwe wurde als Teilnehmer dieser Demonstration verurteilt: Geldstrafe und Kosten des Verfahrens.

Der Vorsitzende Richter von Wolfgangs Prozeß wurde am 1. Verhandlungstag auf dem Weg zum Gericht mit Farbe übergossen:
— Helke und Kerstin wurden deshalb verurteilt: Geldstrafen und Kosten des Verfahrens.

Wir meinen, wenigstens das finanzielle Problem können wir unseren Freunden nehmen. Deshalb rufen wir euch zu Spenden auf. Insgesamt beläuft sich die Summe auf über 10.000,- DM.

Treuhandkonto, Stichwort „Graudenzerstr.". RA Wesemann, Sparkasse in Bremen (290 501 01) Kto.—Nr.: 1590512

10.-17. März
Bundesweite Aktionswoche gegen Ausländerfeindlichkeit

In der Zeit vom 10. - 17. März 1984 findet unter dem Motto: „Keiner schiebt uns ab! Arbeitsplätze statt Ausländerhetze! Deutsche und Ausländer: Gleiche Rechte!" eine bundesweite Aktionswoche gegen die Ausländerfeindlichkeit statt. Bisher beteiligen sich 60 Städte daran (1).

Während der Aktionswoche wird in diesen Städten, darunter alle großen der Bundesrepublik sowie West-Berlin, in Form von Aktionen und Veranstaltungen auf fünf Themenschwerpunkte Bezug genommen: Asyl, Familienzusammenführung, Abschiebung, Wahlrecht für Ausländer und Arbeitslosigkeit.

Ins Leben gerufen wurde diese Aktionswoche von dem aus über 100 Initiativen und Organisationen bestehenden Koordinationsausschuß 'Frankfurter Appell', der sich im Anschluß an die Protestveranstaltung 'Öffentliche Anklage: Ausländerpolitik und Menschenrechtsverletzungen' im Juni 1983 in Frankfurt gründete, um bundesweit Protest- und Widerstandsaktionen gegen die von der Bundesregierung angekündigte Verschärfung des Ausländergesetzes durchzuführen. Während der Aktionswoche finden in den einzelnen Städten verschiedene Aktionen wie Straßentheater, Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Kulturabende, Filmvorführungen, Dichterlesungen, Informationsstände etc. statt.

Der Koordinationsausschuß 'Frankfurter Appell' wird auch nach dieser Aktionswoche weiter bestehen, um Ausländerfeindlichkeit und den geplanten Gesetzesverschärfungen, die nach neuesten Informationen im Frühsommer zur Vorlage kommen sollen, gemeinsamen Widerstand entgegenzustellen. Für den 7./8.4.84 lädt der Koordinationsausschuß zu einer Aktionskonferenz nach Frankfurt ein, auf der zentrale Aktionen gegen das geplante neue Ausländergesetz beschlossen werden sollen.

Kontaktadresse:
Koordinationsbüro 'Frankfurter Appell'
Mainzer Landstraße 239-241
6000 Frankfurt Main
Tel. 0611/737898
Spendenkonto: F. Mühleisen, Stadtsparkasse Frankfurt, BLZ 500 501 02, Kto. Nr. 106/59009

(1) In Hamburg fand die Aktionswoche wegen der am 10.3. beginnenden Frühjahrsferien bereits vom 5. - 11.3.84 statt.

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 5.000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Terrorurteile in Moabit gegen Benny Härlin und Michael Klöckner:

30 Monate Knast für die Pressefreiheit

Am 1. März 1984 war es soweit. Nach 36 Prozeßtagen erkannte der 6. Strafsenat für Recht im Namen des Volkes, daß 30 Monate Knast gerade die angemessene Strafe für die unterstellte Herausgebertätigkeit der Zeitschrift Radikal seien.

Damit hat das Kammergericht im Strafmaß einen neuen Rekord in einem als ,,Pressesache'' deklarierten Verfahren aufgestellt und ,,die im Urteil gegen die Agit-Drucker geöffnete Tür weiter aufgestoßen.'' (Rechtsanwalt 'Zieger, Verteidiger von Michael Klöckner auf einer Pressekonferenz am 1.3.84).

Das Urteil entsprach in der Summe, nicht aber in der Verteilung dem Strafantrag des Oberstaatsanwaltes Przytarski, der 33 Monate für Michael und 27 Monate für Benny am 21. Februar gefordert hatte, weil beide Angeklagten die **,,Public-Relation-Manager des Terrorismus und Chaotentums Berlins'' seien. (,,Tagesspiegel'', 22.2.84)** *,,Die Frage, ob die ,Revolutionären Zellen' überhaupt eine terroristische Vereinigung im Sinne des § 129 a seien,* (was die Rechtsanwälte von Benny und Michael angezweifelt hatten) *sah Przytarski durch den Verweis auf vorangegangene Gerichtsurteile als gerichtskundig an. Abgesehen davon sei die Existenz der RZ ,allgemein offensichtlich'. Wer Zweifel daran hege, daß sie eine terroristische Vereinigung im strafrechtlichen Sinne seien, ,wer darüber Zweifel hat, muß in diesem Staat nicht leben!''* (Prozeßbulletin Nr. 6) — so der Oberstaatsanwalt in seinem Plädoyer.

Der kritischen Presse warf Przytarski vor, *,,bar jeglicher Kenntnis von Straf- und Presserecht''* (ebd.) zu sein. *,,Je höher die Rechte der Presse in diesem Lande geachtet und geschätzt würden, desto höher sei schließlich auch deren Pflicht.''* (ebd.)

Die Verteidiger hatten Freispruch gefordert, zum Teil aber aus ihrer Skepsis dem Kammergericht gegenüber keinen Hehl gemacht. Beweismittel und Zeugen seien nach Gutdünken der Staatsanwaltschaft in den Prozeß eingeführt worden. Das Gericht sei dabei ganz der Linie des Staatsanwaltes und Innensenats gefolgt und habe so gezeigt, daß es an der Aufklärung des Sachverhalts gar nicht interessiert sei.

Das Urteil

Pahlhoff, Vorsitzender des Staatsschutzsenates, leitete seine Urteilsbegründung mit Erwägungen zur Pressefreiheit ein: *,,Der Prozeß ist in der Öffentlichkeit vielfach als ein Angriff der Justiz auf die Pressefreiheit abgestem-*
fentlichkeit vielfach als ein Angriff der Justiz auf die Pressefreiheit abgestem-
pelt worden. Doch niemand habe daran gedacht, diese anzutasten. Sie ist das oberste Gebot in einer Demokratie.'' (Berliner Morgenpost, 2.3.84). Doch schrankenlos sei diese Pressefreiheit eben auch wieder nicht. Für insbesondere kriminell erachtete der Strafsenat die Veröffentlichung von Schriftstücken und Bekennerschreiben ,,Revolutionärer Zellen'' und anderer Gruppierungen. Einen breiten Raum nahmen in der mündlichen Urteilsbegründung auch inkriminierte Texte ein, die zur Demonstration anläßlich des Reagan-Besuches am 11.6.82 aufriefen. Sämtliche Texte enthielten die Aufforderung zu Straftaten (§ 111 StGB) beziehungsweise deren Billigung (§ 140 StGB). Von nur untergeordneter Bedeutung für das Strafmaß sei demgegenüber der § 129 a StGB (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung).

Bei dieser Begründung handelt es sich allerdings nach Einschätzung von Rechtsanwalt Cobler, Verteidiger von Benny Härlin, um einen Trick, *,,mit dem die Öffentlichkeit über die Bedeutung des § 129 a für dieses Verfahren hinweggetäuscht werden soll''.* Denn noch der Haftbefehl desselben Gerichtes vom Sommer 83 stützte sich in ersten Linie auf den § 129 a und *,,die unmittelbare Zuständigkeit des Kammergerichts* (ergab sich schon) *aus der Anklage nach § 129 a.''* (TSP, 2.3.84)

Entscheidend für die Verurteilung, so das Gericht weiter, sei alleine, ob die Angeklagten an der Verbreitung der Radikal mitgewirkt hätten. Herausgegeben habe die Radikal die Zeitungskooperative, deren 1. Vorsitzender Benny Härlin sei. Dieser Verein wäre seinerzeit als ,,Schutzschild'' gegründet worden, und dies - so der Vorsitzende — sei bedeutsam. Durch die Übernahme der Funktion des Vorsitzenden habe er die Herausgabe der Radikal ermöglicht.

Daß Benny seit Jahren mit der Radikal nachgewiesenermaßen nichts mehr zu tun hat und seine letzte Tätigkeit für die Radikal weit vor dem Zeitraum der hier angeklagten Ausgaben liegt, stört diesen Vorsitzenden in seiner abenteuerlichen Beweisführung nicht im geringsten. Alles *,,Schutzbehauptungen''.* Schon weil Benny Journalist gewesen sei, müsse er den Inhalt der Radikal gekannt haben.

,,Härlin habe sich als engagierter Journalist mit dem Inhalt der ,Radikal' identifiziert und akzeptiere sie auch heute noch. Davon zeuge alleine schon, daß ihm die Zeitschrift während der Untersuchungshaft zwischen Juni und August 83 ausgeliefert worden sei.'' (Volksblatt, 2.3.84)

,,Den Tatbeitrag des Michael Klöckner umschrieb Pahlhoff vor allem mit dem Verhalten des Angeklagten während der Hauptverhandlung. Er habe dem Senat ,die Überzeugung der Mitwirkung vermittelt', hieß die schlagende Begründung.'' (TAZ, 2.3.84) Darüberhinaus wurde es nur noch wackliger: Michael habe, so das Kammergericht, die Rechtsgeschäfte für die Radikal abgewickelt und den Zahlungsverkehr erledigt. Als wenig störend in seiner Beweisführung empfand das Kammergericht, daß selbst der BKA-Schriftgutachter für diverse Unterschriften bei Schecks und Überweisungen jeweils nur den zweitniedrigsten Sicherheitsgrad (von sechs) bestätigen wollte. *,,Herr Klöckner hat es krampfhaft vermieden, während des Prozesses irgendetwas zu unterschreiben. Dies ist der freien Beweiswürdigung dahingehend zugänglich, daß er eben Angst vor einer sicheren Bestätigung seiner Unterschrift durch den Gutachter hatte.'' ,,Außerdem wisse man von dem Zeugen Dirk Schneider (AL), daß Klöckner an den Redaktionskonferenzen der Zeitung teilgenommen habe.* (TAZ, 2.3.84). Das war zwar 1979, aber solche Kleinigkeit kann diesen Richter nicht erschüttern!

Völlig zu Recht sprechen die Rechtsanwälte von einer in politischen Prozessen umgekehrten Beweislast: Nicht das Gericht habe die Schuld des Angeklagten zu beweisen, sondern dieser seine Unschuld.

Kein Wort fiel im Urteil zur eigentlichen Beweisaufnahme in diesem Verfahren.. Hatten sich doch sämtliche
chen Beweisaufnahme in diesem Verfahren. Hatten sich doch sämtliche
,,Ermittlungsergebnisse'' der Staatsanwaltschaft in Luft aufgelöst. Benny konnte für die einzige vorgeworfene Auslieferung der Radikal ein hieb- und stichfestes Alibi nachweisen, und Michael war gleich bei der ersten Observation, die in den Ermittlungsakten aufgeführt worden war, von den Beamten mit einem Anderen verwechselt worden, der im Prozeß aussagte, daß nicht Michael, sondern er selbst die Auslieferung der Radikal besorgt habe. Trotz dieser Fehlidentifikation bei der ersten, der Schlüsselobservation, bestand das Gericht in der mündlichen Urteilsbegründung auf der Auslieferung einer Ausgabe der Radikal — bestätigt durch einen einzigen Zeugen, der ansonsten bereits Benny fälschlich identifiziert hatte.

Wer wundert sich da noch, wenn Rechtsanwalt Kliesing, Verteidiger von Michael, dem Gericht vorwarf, *,,Beweismittel im Verfahren selektiv wahrgenommen zu haben, um lediglich die eigenen Vorurteile zu bestätigen''?* (taz, 2.3.84)

Presse- und andere Reaktionen

Richter Pahlhoff meinte das Urteil noch mit rüden Worten über die Presseberichterstattung zum Prozeß krönen zu müssen: *,,Das Geschäft mit der Unwahrheit ist offensichtlich einträglicher als das Geschäft mit der Wahrheit.''* Das war den meisten anwesenden Pressevertretern dann doch zu viel. Sie verließen unter Protest den Saal, die Zuschauer ebenfalls.

Die Kommentare zum Urteil sind durchweg kritisch: Für den ,,Tagesspiegel'' ist zwar die Pressefreiheit nicht bedroht, *,,doch das nicht rechtskräftige Urteil des Kammergerichts und seine Begründung fordern Kritik heraus. Je zweieinhalb Jahre für zwei junge Männer, die radikale Druckschriften strafbaren Inhalts zu verantworten haben, mehr also, als daß noch eine Bewährung möglich wäre. Im Falle Härlin wurde der Strafantrag des Staatsanwaltes überschritten. Ich sehe meine hier im Sommer 1983 ausgesprochene Vermutung bestätigt: Denen werden wir's mal zeigen.''* (Tsp., 2.3.84)

,,Der sechste Strafsenat wird sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, letzten Endes trotz unscharfer Beweislage gegen die Pressefreiheit entschieden zu haben.'' (FR, 2.3.84)

Noch deutlicher das ,,Volksblatt'': *,,Selbst der deutsche Journalistenverband, der zweifellos nicht in dem Verdacht steht, systemkritischen Ideologien anzuhängen, spricht von ,verheerenden' Auswirkungen auf eben diese Pressefreiheit. Glücklicherweise muß sich der Bundesgerichtshof in Karlsruhe noch einmal mit dem Verfahren befassen. Somit bleibt Hoffnung auf eine Korrektur des Urteils gegen Härlin und Klöckner, zumal der Ablauf des Berliner Prozesses seriösen Ansprüchen keinesfalls genügt hat ... Am Gängelband des Staatsanwalts ist eine freie Presse eine absurde Fiktion.''* (,,Volksblatt'', 2.3.84)

Die ,,Süddeutsche Zeitung'' sieht lt. ,,Spiegel'' *,,darin einen Beleg, wie sehr*
Die ,,Süddeutsche Zeitung'' sieht lt. ,,Spiegel'' *,,darin einen Beleg, wie sehr*
die ,seit Jahren mit Terroristenprozessen befaßten Kammerrichter das Augenmaß verloren haben.' ''

Für die ,,Tageszeitung'' ist dieses Urteil *,,im exakten Sinn ein Terrorspruch, weil es ein Urteil ist, das Schrecken auslösen soll, das Ohnmacht vor der Rachsucht einer politischen Justiz, das hilflose Wut gegenüber der juristischen Heimtücke bewirken soll.''* (taz, 3.3.84) Die taz druckte auch am 3.3.84 inkriminierte Artikel aus der Radikal ostentativ nach, ein Vorgehen, das wir uns auch von der bürgerlichen Presse wünschen würden.

,,Die DJU (Deutsche Journalisten Union) bezeichnet den Richterspruch als absurd und ,gewolltes Exempel, mit dem unliebsame publizistische Strömungen abgewürgt und Journalismus in staatlich vorgegebene Bahnen gelenkt werden soll.' Die Urteile seien ebenso wie der § 129a zutiefst obrigkeitsstaatlich.'' (Tsp, 2.3.84)

Scharf protestierten gegen das Urteil auch Schriftsteller, darunter Heinrich Böll, Ingeborg Drewitz, Ludwig Arnold, Günter Grass, Peter Härtling, Robert Jungk, Dorothee Sölle, Carola Stern und Heinrich Vormweg: *,,In der Protesterklärung heißt es: ,Wir, die Unterzeichner, halten das Urteil gegen Härlin und Klöckner für unvereinbar mit den Grundsätzen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wir sehen darin eine schwere Gefahr für die Meinungs- und Pressefreiheit in der Bundesrepublik. Wieder einmal hat es sich gezeigt, daß es sich bei dem Paragraph 129a StGB (Billigung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) um einen Gummiparagraphen handelt, der eine uferlose Ausweitung der Strafverfolgung und ein Gesinnungsstrafrecht möglich macht. Auf dieser Grundlage können Buchhändler, Kioskbesitzer, ja Journalisten, die sich mit den Ursachen des Terrorismus oder mit gesellschaftlichen Zuständen kritisch befassen, jederzeit strafrechtlich belangt werden.' In der Erklärung heißt es weiter: Wir protestieren gegen das allen grundrechtlich-rechtsstaatlichen Prinzipien Hohn sprechende Urteil gegen Härlin und Klöckner. Wir fordern die Abschaffung des Paragraphen 129a StGB. In der Art, wie das Gericht ihn ausgelegt hat, sind auch die meisten von uns anzuklagen und zu verurteilen.' ''* (Tsp, 4.3.84)



TAZler vor dem Kriminalgericht Moabit (Quelle: Zitty)



Benny Härlin


Michael Klöckner

Die Alternative Liste stellte auf der Pressekonferenz nach der Urteilsverkündung einen Entwurf zur Abschaffung der §§ 129/129a vor, den sie in naher Zukunft dem Westberliner Abgeordnetenhaus zur Abstimmung vorlegen wird. Darüberhinaus hat die AL Benny Härlin nominiert, als AL-Vertreter an der Wahl des Bundespräsidenten teilzunehmen.

Mal wieder ganz anders (und ach so viel differenzierter) die Westberliner SPD-Fraktion: sie bittet die SPD-Bundestagsfraktion, den § 129a im Hinblick auf die Definition ,,Werben'' und ,,Unterstützen'' verändern zu wollen, um eine ausufernde Rechtsprechung zu verhindern. *,,Die Verurteilung der Journalisten Härlin und Klöckner zeigt, wie dringlich eine solche Initiative ist''.* (Westberliner Pressedienst der SPD)

Von den Grünen wurde Benny Härlin am 3. März auf den dritten Platz der Kandidatenliste für die Europawahlen gewählt. Michael Klöckner erhielt Listenplatz sechs. Benny Härlin hatte seine Kandidatur u.a. damit begründet, daß er nicht wisse, *,,was absurder ist, Straßburg oder Tegel''.*

Die Folgen dieses Urteils, sollte der BGH es bestätigen oder nur unwesentlich modifizieren, sind katastrophal. Wie die Kriminalisierung von veröffentlichten und befürworteten militanten Widerstandsformen und die Diskussion darüber vonstatten geht, hat das Westberliner Kammergericht exemplarisch vorgemacht — weit über die bisher gesteckten Grenzen hinaus.

Der Protest gegen dieses Urteil — so erfreulich er ist — muß wesentlich intensiver werden.

Anti-Repressionskommission KB/Westberlin

P.S. Richter Pahlhoff stürzte übrigens nach einer Feier am Tage des Urteils die Treppe des Moabiter Gerichts hinunter. Kleine Sünden bestraft der liebe Gott eben sofort.

Neuer Personalausweis: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben

Wenn mensch den eignen Ohren und der Presseberichterstattung glauben will, so soll laut Kabinetts-Beschluß von Ende Februar '84 die Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises nicht vor November 1985 erfolgen. Grund: der Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichts zu Volkszählung mache, so Justizminister Engelhard schon vor Wochen, ,,Nachbesserungen'' des neuen Personalausweisgesetzes, das am 1.11.84 in Kraft treten sollte, notwendig. Das FDP/CDU/CSU-Kabinett will insbesondere die Konferenz der Datenschützer vom April '84 abwarten, die in ihren Forderungen festhalten, wonach der maschinenlesbare Personalausweis nur in Verbindung mit neuen Datenschutzvorschriften für Polizei und Nachrichtendienste akzeptabel sei. Kritisch überprüft werden müßten die Speicherung der Daten in einem Personalausweisregister sowie die Verwendung des Ausweises im ,,Sicherheitsbereich'' und der privaten Wirtschaft. Vor allem die Protokollierung von Kontrollanfragen an die Polizei-Computer und die daraus hervorgehende Erstellung von ,,Bewegungsbildern'' soll nach Vorstellung der Datenschützer nicht erlaubt sein. Gleichzeitig hieß es aber wünschenswert klar aus der CDU-Fraktion: ,,Sicherheitspolitisch ist er weiterhin geboten.'' Und seitens der FDP, auf deren Betreiben die Aufschiebung vornehmlich zustandekam,: ,,Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.'' Nach den ,,hysterischen Kampagnen'' gegen den neuen Ausweis werde man nun aber nicht ,,mit heißer Nadel nähen.''

Es darf festgestellt werden, daß damit ein Teilziel der Proteste, nämlich eine Verschiebung der Einführung der Plastikkarte, erreicht ist. Offenbar erscheint es der Koalition (auch unter dem absehbaren Druck der SPD, die auch in dieser Sache wieder mal die Opposition gegen ein von ihr selbst beschlossenes Gesetz macht) opportuner, auch in dieser Frage eine mögliche Konfrontation mit breiteren Kreisen der Bevölkerung wie schon anläßlich der Volkszählung zu ,,de-eskalieren''. Es soll sich aber niemand einer Täuschung hingeben: die De-Eskalation erfolgt nicht in der Sache, sondern lediglich im Ton, genauer: nicht der technisch-strukturelle und organisatorische Prozeß der Einführung eines maschinenlesbaren Ausweis-Systems und der damit einhergehenden voranschreitenden allgemeinen Verdatung und Erfassung soll geändert oder gar gestoppt werden. Es sollen lediglich ein paar anstößige Formulierungen eines ungeschickt verfaßten Gesetzestextes umgeschrieben werden. Damit hofft man die ,,hysterischen Kampagnen'' zu unterlaufen, um in der Sache desto ungenierter und effektiver die laufenden Zentralisierungen bei den Meldeämtern, der Polizei, zwischen Meldeämtern und Polizei u.ä. vorantreiben zu können. Es ist im übrigen ja auch bezeichnend, daß von einem Stop der Einführungs-Vorbereitungen bisher nicht die Rede ist. Es ist auch noch keine offizielle Beschlußfassung im Parlament erfolgt, mit dem das Inkrafttreten des bereits beschlossenen neuen Personalausweisgesetzes zum 1.11.84 tatsächlich rückgängig gemacht worden wäre.

Dies alles steht noch aus. Die Kritiker der Plastikkarte sind sicher gut beraten, die Zeit für weitere notwendige — und durch die Verschiebung nicht leichter gewordene — Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen. Darüberhinaus sollten sie selbst auf den miesen Trick gefaßt sein, daß das Einführungsdatum des 1.11.84 doch eingehalten wird — wenn eine unaufmerksame Öffentlichkeit das zuläßt. Bei einem Innenminister, der wegen Meineid verurteilt ist, muß mit sowas gerechnet werden.

F., Hamburg

35-Stunden-Woche

Kommt es zum großen Knall?

Auch nach vier Verhandlungsrunden zwischen IG Metall und Gesamtmetall hat sich in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche nichts bewegt. Begleitet von ersten Aktionen und Scharmützeln aus Anlaß der Verhandlungen sind die Fronten unverändert gegensätzlich. Während die Unternehmer beinhart jedes Zugeständnis verweigern, mit klammheimlichen Freude die Mobilisierungsschwierigkeiten der IGM propagandistisch begleiten und auf den Eintritt in die Arbeitskampfphase warten, während die Bundesregierung keine Gelegenheit ausläßt, den Schrecken einer Wochenarbeitszeitverkürzung für den Wirtschaftsaufschwung zu beschwören, ist in den DGB-Gewerkschaften ein Richtungsstreit entbrannt, den trotz aller Mühen hinter Solidaritätsformeln (alle Formen der Arbeitszeitverkürzung sind willkommen) zu verdecken nicht gelingt.

Mit ziemlicher Sicherheit wird es zu einem größeren Arbeitskampf kommen. Mit Erlöschen der ,,Friedenspflicht" beginnt die IG Metall in diesen Tagen mit vielfältigen Aktionen im Rahmen der ,,neuen Beweglichkeit" (Kurzstreiks, Demonstrationen, Versammlungen während der Arbeitszeit) und im Rahmen vielfältiger Aktionen zum Internationalen Frauentag, den Ostermärschen, am 1. Mai und auf Veranstaltungen ,,Rock für die 35-Stunden-Woche". Im wesentlichen soll dabei überprüft werden, wie groß die Mobilisierungsbereitschaft in den Betrieben ist, mit der es bislang allenthalben haperte. Als Indikator werden auch die Betriebsrätewahlen im März gesehen, bei denen eine Reihe rechter Gruppen, aber auch IGM-Betriebsräte Wahlkampf gegen die 35-Stunden-Woche machen.

Ziel der Aktionen ist es, so die IGM in einem internen Mobilisierungspapier, die ,,*neue Beweglichkeit als eine Bewegung von großer Intensität über einen längeren Zeitraum durchzuführen*". Etwa um Ostern herum ist dann mit der Urabstimmung zu rechnen, wobei heute noch Unsicherheit besteht, ob die notwendige 75%-Zustimmung aller Gewerkschaftsmitglieder zustandekommt. Flächenstreiks mit Schwerpunkten Hessen und Baden-Württemberg (so inoffizielle Verlautbarungen) sollen anders als in früheren Tarifrunden von Aktionen und Warnstreiks in anderen Tarifgebieten begleitet werden. Neu ist auch, daß die IGM ,,*kein Nebeneinander von Streikenden und Nichtstreikenden*" will (keinen ,,Fernsehstreik") und daß Arbeitskampf ,,*Arbeitszeit*" sein soll.

und Nichtstreikenden" will (keinen ,,Fernsehstreik") und daß Arbeitskampf ,,*Arbeitszeit*" sein soll.



„Sein oder Nichtsein"

Der stellvertretende IGM-Vorsitzende Steinkühler hat noch einmal seine These bekräftigt, daß es für die Gewerkschaften bei der Durchsetzung der Wochenarbeitszeitverkürzung um ,,*Sein oder Nichtsein*", ,,*um ihr Überleben*" gehe. Zwar stehe die ,,*physische Zerschlagung*" der Gewerkschaften nicht an, aber sie wären im Falle einer Niederlage nicht mehr ,,*Hoffnungsträger für die Arbeitnehmer*" (1).

Dem haben die DGB-Rechten widersprochen: es gehe nur um wirksame beschäftigungssichernde Maßnahmen (Döding, NGG).

Steinkühlers Sorge ist berechtigt. Seit dem Ende der sozialliberalen Koalition in Bonn ist offensichtlich, was sich bereits in den Jahren davor abzeichnete. Die Gewerkschaften verlieren vor dem Hintergrund veränderter ökonomischer Bedingungen ihren gesellschaftlichen Stellenwert als systemintegrierter und systemstabilisierender Sozialpartner. Wirtschafts- und Strukturkrisen, technologische Entwicklung und Rationalisierung und in der Folge anhaltende Massenarbeitslosigkeit haben der alten Rolle der Gewerkschaften in der BRD — Sozialpartner statt Gegenmacht zu sein — viel Boden entzogen. Dieser reale Machtverlust der Gewerkschaften als mitbestimmender Faktor in der sozialen Marktwirtschaft ist die Ursache für den Flügelkampf im DGB und nicht etwa eine auf Veränderung drängende Basis, die ihren Funktionären Feuer unterm Hintern macht.

Zwei Flügel sind da im wesentlichen auszumachen: Die konfliktbereiten Sozialpartner aus der IG Metall, die die christlich-liberale Bundesregierung mit aller Macht dazu zwingen möchten, den Gewerkschaften annähernd wieder ihre alte Rolle im System wiederzugeben und dies notfalls über eine Machtprobe am Beispiel der 35-Stunden-Woche exemplarisch durchziehen wollen. Sowie die total angepaßten Sozialpartner der ,,Fünferbande" (IG Chemie, NGG u.a.), die flexibel und realpolitisch auf die veränderten Bedingungen reagieren und darauf setzen, auch zukünftig unter weitgehender Aussparung von Konflikten am marktwirtschaftlichen Kuchen teilhaben zu können. Sie wünschen geradezu eine Große Koalition in Bonn, ihre parteipolitischen Bezugspunkte sind die Arbeitnehmerflügel der SPD und der CDU.

Dieser rechte Flügel im DGB hat seine ganze Hoffnung auf eine schnelle und akzeptable gesetzliche Vorruhestandsregelung durch die CDU gesetzt und ist enttäuscht worden. Sowohl staatliche Sparpolitik, als auch die Interessenslobby der Unternehmerverbände hat es diesen Sozialpartnern unmöglich gemacht, vorbehaltlos dem derzeitigen Gesetz zuzustimmen. Die Verzögerung des Vorruhestandsgesetzes, das allerfrühestens im Mai verabschiedet wird, hat aktuell die Position der ,,Fünferbande" als Spalter geschwächt, da vor Gesetzesverabschiedung exemplarische ,,Muster"-Tarifabschlüsse auf gesetzlicher Basis nicht möglich sind, was bei Teilen der Bourgeoisie Befürchtungen aufkommen läßt: ,,*Doch würde diese Initiative im Sande verlaufen, dann wäre zu fürchten, daß allein die Verfechter der 35-Stunden-Woche Oberwasser bekämen und die nackte Unvernunft sich weiter im Gewerkschaftsbund ausbreitete*" (2).

Steinkühler hingegen fürchtet, die Unternehmer ,,*wollen zahnlose Gewerkschaften, um dann ungehindert ihre Interessen durchzusetzen*" (3). Sein oder Nichtsein der Gewerkschaften in diesem Sinne berührt daher die Frage, welcher Flügel sich realistisch durchsetzen kann, wobei Wohl und Wehe des Steinkühlers-Flügels nicht nur vom Ausgang der aktuellen Tarifrunde abhängt, sondern er auch darauf baut, die SPD wieder an die Regierung zu bekommen, da nur so eine Synthese aus Konfliktbereitschaft und Sozialpartnerschaft denkbar ist. Gegen diese Richtung im DGB spricht aber nicht nur, daß ein Regierungswechsel nicht absehbar ist, sondern vor allem die ökonomische Entwicklung, die auch unter einer SPD-Regierung den Spielraum für soziale ,,Partnerschaft" sehr gering halten würde.

SPD versucht zu „vermitteln"

Die massive Gegenpropaganda von Unternehmern, Regierung, konservativen Wirtschaftswissenschaftlern und der Mehrheit der Medien gegen die 35-Stunden-Woche ist dazu geeignet, den Blick für die tatsächliche Haltung der SPD zu trüben. Hinter der Fassade der ,,vorbehaltlosen Unterstützung durch die SPD" (Willy Brandt in einem Telegramm an eine IGM-Veranstaltung) verbergen sich ganz andere Sorgen, die Willy Brandt am prägnantesten ausgedrückt hat: ,,*Wer den berechtigten Anspruch der Arbeitnehmer auf Teilhabe am technischen Fortschritt ablehnt, beschwört nicht nur härteste Auseinandersetzungen herauf, und gefährdet gedeihliche Arbeitsbeziehungen. Er braucht sich auch nicht über eine gewisse Technikfeindlichkeit und über sinkende Zustimmung zur Industriegesellschaft zu wundern. Gerade die relativ vernünftigen Arbeitsbeziehungen waren es aber, die in den letzten 30 Jahren einen großen Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung hatten. In dem Maße, in dem dies zurückgedreht wird, entfernen wir uns vom Auftrag des Grundgesetzes: den demokratischen und sozialen Bundesstaat zu verwirklichen*" (4). — Also: nicht sozialdemokratische Neuorientierung, sondern die klassische sozialdemokratische Herangehensweise und Definition der sozialen Marktwirtschaft, die vor allem von der Sorge um ihren Erhalt gekennzeichnet ist.

SPD-Geschäftsführer Glotz hat dies in seiner Stellungnahme für den Parteivorstand unverblümt auf die praktische Zielsetzung hin formuliert: Die Verkürzung der Arbeitszeit sei ,,*unverzichtbares Element, um die Unterstützung der Arbeitnehmer und Gewerkschaften für den Erhalt der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu gewinnen*" (5).

Daß es bei allem Geklapper der SPD nicht um die vorbehaltlose Unterstützung der 35-Stunden-Woche geht, wird auch an der Ausgewogenheit der Stellungnahme des Parteivorstands deutlich. Da sagt Glotz ausdrücklich, daß es keinen Vorrang für die 35-Stunden-Woche gebe, daß Arbeitszeitverkürzung sowohl Wochenarbeitszeit, als auch Lebensarbeitszeit meine und die SPD davon ausgehe, ,,*daß in unterschiedlichen Branchen und Betriebsgrößenklassen unterschiedliche Formen der Arbeitszeitverkürzung sinnvoll sein können*" sowie, ,,*daß eine deutliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit auch über einen geringeren Lohnanstieg finanziert werden muß*" (6). Diese Formulierungen sind nahezu identisch mit dem tarifpolitischen Beschluß des IG Chemie-Hauptvorstands (siehe an anderer Stelle), was die Behauptung der FAZ, sie wisse aus Insider-Kreisen, daß die Formulierung der Intervention des IG Chemie-Vorsitzenden und SPD-Bundestagsabgeordneten Hermann Rappe zu verdanken sei, realistisch erscheinen läßt. Der FAZ-Kommentator sieht darin denn auch ,,*ein deutliches Abrücken (??) der SPD von dem Vorrang der 35-Stunden-Woche, vor allem aber eine Mahnung an die Gewerkschaften, sich in der Frage der Arbeitszeit nicht zu zerstreiten und von Übertreibungen abzulassen*" (7).

Diesen Hintergrund der politischen Intervention der SPD bei der 35-Stunden-Woche und ihrer ,,Solidarisierung" zu erkennen, ist Voraussetzung dafür, zu begreifen, daß von dieser Seite aus ein starker Kompromißdruck auf die konfliktbereiten Gewerkschaften ausgeht. Offensichtlich geht auch in Teilen der Linken, die jetzt den ,,Schwenk" der SPD in der Frage 35-Stunden-Woche bejubeln (der übrigens schon auf dem Münchener Parteitag 1983 — also schon in der Opposition — eingeleitet wurde), immer wieder der Blick dafür verloren, daß es sozialdemokratische Strategen gibt, die mit Verstand ihre Integrationspolitik betreiben und nicht einfach nur auf den Druck der Basis oder der Verhältnisse reagieren (8). Dieser Irrtum (?) hat auch schon bei der Entwicklung der Friedensbewegung nicht wenige Köpfe vernebelt.

Wieweit sich dieser Kompromißdruck heute bereits in der Führung der IGM durchgesetzt hat, was also an Tarifergebnis zu erwarten ist, darüber einige Spekulationen.

Welche Kompromißlinien?

,,*Durch das sofortige volle Wegnehmen von fünf Stunden — also nicht den schrittweisen Abbau — entstünde ein Schub, der zwangsläufig zu einer Beschäftigungswirkung führen muß ... und deswegen ist die Forderung ,Fünf Stunden pro Woche' so unwahrscheinlich wichtig, und deswegen wehren wir uns auch gegen Kompromißlinien, weil die dieses Jahrhundertforderung total verwässern würden. Dann würden unsere Kumpels auf die Straße gehen, Opfer bringen, kämpfen, streiken, und nachher kommt dabei was raus, was überhaupt nicht mehr dem entspricht, was in Wirklichkeit die Forderung ausmacht*". Der das so deutlich und konsequent ausspricht, ist Johannes Müllner, Hamburgs IGM-Vorsitzender (9), alles andere als ein Linker. Kompromißlosigkeit scheint Trumpf. Ist also damit zu rechnen, daß am Ende dieser Tarifrunde ein Kompromiß bei der Arbeitszeitverkürzung herauskommt, der Ergebnis ehrlichen Bemühens im Kräftemessen sein wird? Oder bilden sich bereits Kompromißlinien heraus, die trotz des unausweichlichen Streiks unterhalb einer solchen Möglichkeit liegen?

Bereits der Beginn der Tarifauseinandersetzung war mit Vorabzugeständnissen belastet:

— Zum einen beim Lohnausgleich, der zwar auf dem Papier immer noch voll gefordert wird, aber bei Einführung der Arbeitszeitverkürzung soll diese mit weniger Lohnprozenten erkauft werden.

— Zum anderen beim Rationalisierungsschutz und den notwendigen Neueinstellungen, deren Realisierung auf einen späteren Zeitpunkt vertagt werden soll (vergleiche dazu AK 241)

Wenn jetzt der DGB-Vorsitzende Breit nicht müde wird, Kompromißbereitschaft zu signalisieren (die Forderung sei ,,*nicht in einem Schritt für alle durchsetzbar*" (10), so ist das sein Job genauso wie das Runterkochen der Zuspitzung der Auseinandersetzung auf ,,Sein oder Nichtsein". Schließlich ist er als DGB-Chef fürs gespaltene Ganze zuständig und sorgt sich möglicherweise um eine Perspektive nach einer Niederlage

Wenn Steinkühler sagt, ,,*Wenn ich die halbe Sache will, darf ich die halbe Sache nicht fordern*" (11) oder scherzhaft feststellt, ,,*unsere Forderung heißt 35-Stunden-Woche, das bedeutet aber nicht, daß wir nicht auch mit der 35,5-Stunden-Woche einverstanden wären*" (12), so ist das bei Berücksichtigung vergangener Erfahrungen nicht besonders anstößig.

Kritischer wird es allerdings, wenn in der Phase der Zuspitzung die DGB-Wissenschaftler vom WSI Kompromißbereitschaft konkret signalisieren. ,,*Ein den konjunkturellen Erholungsprozeß stützender verteilungsneutraler Abschluß (sei) möglich, der eine kräftige Verkürzung der Wochenarbeitszeit sowie die Sicherung der Reallöhne vorsieht*", wenn die Verhandelnden die jährliche Steigerung der Arbeitsproduktivität zur Grundlage nehmen. Ohne dabei eine Zahl zu nennen, laufen die WSI-Aufführungen auf jährliche 1 1/2 Stunden Wochenarbeitszeitverkürzung hinaus (13).

Wird also hier bereits der Kompromiß in Form von stufenweiser Einführung vorbereitet, was angesichts fehlender beschäftigungspolitischer Absicherung die Wirkung bezüglich Neueinstellungen weiter abschwächt, deutet sich eine neue Kompromißlinie bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit an.

Kompromisse bei der
der Flexibilisierung der Arbeitszeit an.

Kompromisse bei der Flexibilisierung

Verschiedene IGM-Vertreter korrigierten die bisherige Ablehnung gegenüber der Flexibilisierung, wenn die Vorstellungen hierzu mit der Wochenarbeitszeitverkürzung verknüpft würden (14). Am deutlichsten wurde Steinkühler: **,,Es gibt ja jetzt schon flexible Arbeitszeiten: Überstunden, Kurzarbeit, gleitende Arbeitszeit, auch Samstagsarbeit — das alles waren und sind keine Tabus. Über all diese Dinge kann auch geredet werden, aber zunächst muß das Tabu der 40-Stunden-Woche fallen"** (15).

Das ist in der Tat eine neue und gefährliche Position, insbesondere, daß die Samstagsarbeit zur Disposition gestellt wird. Immerhin galt die Fünf-Tage-Woche als wesentliche gewerkschaftliche Errungenschaft und die Forderung nach der 40-Stunden-Woche in den 50er Jahren wurde unter der Parole ,,Samstags gehört Vati mir" aufgestellt.

Während Steinkühler und andere hier bereits einlenken, wird in den Betrieben bei der Überzeugungsarbeit für die 35-Stunden-Woche ganz anders argumentiert: ,,*Die flotte Werbung für flexible Arbeitszeiten ... ist die Strategie der Unternehmer gegen die 35-Stunden-Woche. Sie merken, daß ohne Arbeitszeitverkürzung nichts mehr geht, wollen aber den Nutzen daraus ganz alleine haben. Flexible Arbeitszeiten dienen der Rationalisierung. Die Arbeitskraft kann noch viel besser ausgenutzt werden als bisher.* **Es ist klar, daß darauf Entlassungen folgen und nicht Neueinstellungen**" (16).

Dem letzten Satz ist vorbehaltlos zuzustimmen. Es stimmt nicht, daß die Wochenarbeitszeitverkürzung ein unantastbares Unternehmer-Tabu ist. Verschiedene, zum Teil lautstark propagierte Arbeitszeitflexibilisierungsmodelle in Industriebetrieben haben eine Wochenarbeitszeitverkürzung zur Folge (Beispiel BMW: 36 Stunden), **aber auch: 6-Tagewoche, mehr Schichtarbeit, weniger Lohn.**

In der Krise wird im Unternehmerlager mit verschiedenen flexiblen Modellen experimentiert. Ziel der Unternehmerstrategie ist es dabei, Modelle zu finden, die neben Teilzeitarbeit, Jobsharing, Kapovaz auch in der Industrie eine Entwicklung ermöglicht, durch die die Personalpolitik entsprechend den betrieblichen und branchenspezifischen Bedingungen so eingesetzt wird, daß der Arbeitseinsatz möglichst nahtlos mit dem Arbeitsanfall in Übereinstimmung gebracht wird (siehe auch nebenstehenden Artikel).

Was vom Kapital abgelehnt wird, ist eine generelle Wochenarbeitszeitverkürzung, nicht aber die Möglichkeit unter Beachtung unterschiedlicher Bedürfnisse der Branchen und Betriebe, auch im Einzelfall die Wochenarbeitszeit zu senken. Flankiert wird diese Flexibilisierungsstrategie des Kapitals von Gesetzesmaßnahmen der Bundesregierung, deren Arbeitsminister Blüm das Kapitalinteresse undogmatisch hinter der Ideologie der Erfüllung individueller Bedürfnisse zu verbergen versucht: ,,*Wir setzen auf eine Gesellschaft, die*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

die Differenzierung der Uniformierung vorzieht. Wir ziehen alle Arbeitszeitverkürzungen, bei der die Einzelentscheidung maßgebend ist, derjenigen vor, die von oben verordnet ist. Deshalb ist die Arbeitszeitflexibilisierung der Wochenarbeitszeitverkürzung vorzuziehen" (17). Entsprechend wird für ,,Freiheiten" gesorgt: Beim Jugendarbeitsschutz, wo der Lehrling jetzt schon ab 5 oder 6 Uhr arbeiten ,,dürfen" soll. Bei der Befristung von Arbeitsverträgen, wo man nach Fristablauf den Betrieb verlassen ,,darf" (Verschlechterung des Kündigungsschutzes). Bei der Leiharbeit, die ausgedehnt werden darf. Bei der Teilzeitarbeit, die gesetzlich begünstigt werden soll. Im Krankheitsfall, wo zukünftig neben Kranksein auch gearbeitet werden ,,darf" (,,Teilarbeitsfähigkeit"). Bei Kuren, die zukünftig auf den Urlaub angerechnet werden dürfen.

Vor diesem Hintergrund müssen Steinkühlers und anderer Signale gesehen werden: Sie sind das Einlenken gegenüber einer Kapitalstrategie, die Verschlechterung statt Verbesserung bringt.

Damit aber sind sie auch Bestätigung der vielfältigen Bedenken und Vorbehalte, die gegenüber der IGM-Kampagne zur Wochenarbeitszeitverkürzung bestehen (18) und erschweren eine Mobilisierung für eine potentiell sinnvolle und äußerst wichtige Forderung. Der Vorwurf an diese Gewerkschaftsführer kann nicht sein, daß sie eine Gewerkschaftsbasis verraten, die mehr will, sondern daß die Notwendigkeit, einer mehrheitlich sozialpartnerschaftlich eingestellten Basis eine Handlungsperspektive gegenüber einer verschärften konservativen Wirtschaftspolitik mit immer mehr Massenarbeitslosigkeit, Rationalisierung, Sozialabbau und Abbau sozialer Schutzrechte, zu vermitteln, Gefahr läuft, über einen solchen sich abzeichnenden Ausgang des Tarifkampfs Schiffbruch zu erleiden. Die dermaßen hochgeputschte Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche, für die es so viele gute Argumente gibt, verkommt so zum Vehikel sozialpartnerschaftlicher Positionskämpfe. Die vielbeschworene soziale Bewegung für diese Forderung droht mißbraucht oder im Keim erstickt zu werden, es sei denn, eine solche Bewegung entwickelt im Verlaufe der weiteren Auseinandersetzung eine Dynamik, daß sie selbstbewußt genug ist, einen solchen Mißbrauch zurückzuweisen. Nur, das ist zur Zeit nicht absehbar.

Ausgang unentschieden

Während also von den Gewerkschaften Kompromisse beim Lohn, der Rationalisierung, der stufenweisen Einführung sowie neuerdings der Flexibilisierung angekündigt sind, ist zur Zeit nicht ab-
sowie neuerdings der Flexibilisierung angekündigt sind, ist zur Zeit nicht ab-
sehbar, wie hart das Kapital letztendlich reagieren wird. Es will die ökonomische Wende und vertraut auf politische Flankenschutz durch eine konservative Wirtschaftspolitik. Die 35-Stunden-Woche ist dabei nicht nur störend, sondern gegenläufig, es sei denn, es gelingt, in den angesprochenen Bereichen solche Kompromisse zu finden, die die negativen Wirkungen aufzufangen in der Lage sind. Dies erscheint möglich. Dies aber ist nur die ökonomische Seite der Auseinandersetzung

Die politische spricht dagegen, da auch ein mieser Kompromiß ein Einbruch in die angesteuerte grundsätzliche Wende bedeutet und nicht ins Konzept paßt. Wie hoch diese Seite allerdings gewertet wird, darüber läßt sich zur Zeit nur spekulieren, weil es bislang unterschiedliche Meinungen im Unternehmerlager gegenüber der Politik mit den Gewerkschaften gibt. Der harten Linie, die vergleichbar der Thatcher-Strategie in Großbritannien auf Zerschlagung setzt (was Lambsdorff ungeniert gegenüber der geschwächten IG Druck zu erkennen gab), stehen auf der anderen Seite genügend Stimmen gegenüber, die vor allzugroßer Härte warnen und auf die guten Erfahrungen mit den Gewerkschaften in der Vergangenheit hinweisen. Von dieser Seite wird auch darauf verwiesen, daß der rechte Flügel im DGB noch zu schwach ist, um als zukünftiger Kooperationspartner repräsentativ für alle Gewerkschaften in Frage zu kommen, so daß eine frühzeitige vernichtende Niederlagenstrategie eine ungünstige Polarisierung schaffen könnte.

Es ist also noch unentschieden, ob es nicht doch noch — nach Kampf — zu einer Einigung kommen wird, bei der sich die IG Metall zwar schwerlich als großer Sieger verkaufen kann, die aber in bester bundesdeutscher Tradition möglich macht, daß es am Ende mal wieder zwei Sieger gibt.

H., Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Arbeitszeit-"Flexibilisierung"

Strategie gegen die 35-Stunden-Woche

Mit seinem im Januar vorgelegten Gegenvorschlag zur 35-Stunden-Woche hat der Arbeitgeberverband Gesamtmetall ein öffentlichkeitswirksames Konzept gefunden, das geeignet ist, zusätzlichen Kompromißdruck auf die IG Metall zu machen. War bis dahin der einzige Gegenvorschlag die Vorruhestandsregelung, die angesichts des Bonner Gesetzesgezappels zunehmend weniger überzeugt, liegt jetzt ein Tarifpaket vor:

1. Flexible Arbeitszeitverteilung
2. Vermehrte Teilzeitarbeit
3. Vorruhestandsregelung

Dies pauschal abzulehnen fällt der IGM deshalb schwer, weil es genügend betriebliche und tarifliche Beispiele in Vergangenheit und Gegenwart gibt, in denen Betriebsräte und Gewerkschaft solchen Modellen zugestimmt haben.

Die "Flexibilisierung" wird mehr und mehr zum tarifpolitischen Zauberwort. Zum einen soll damit die 40-Stunden-Woche als generelle Arbeitszeit erhalten bleiben (was betriebliche Ausnahmen nicht ausschließt), es soll aber eine andere Verteilung der Arbeitszeit ermöglicht werden: *,,So kann z.B. innerhalb einer Woche die Arbeitszeit statt auf 5 Tage mit 8 Stunden auf 4 Tage mit 10 Stunden oder auch 6 Tage mit unterschiedlichen Arbeitszeiten verteilt werden. Die ungleichmäßige Verteilung kann sich aber auch auf längere Zeiträume, z.B. mehrere Wochen, ein Vierteljahr bis zu einem Jahr erstrecken, so daß z.B. saisonal in einigen Wochen nur 30 Stunden, in anderen Wochen dafür mehr gearbeitet wird"* (Informationen der Metallindustrie, 2/84).

Flexibilisierung durch vermehrte Teilzeitarbeit *,,besagt, daß Arbeitnehmern eine kürzere Arbeitszeit als die tarifliche regelmäßige Wochenarbeitszeit bei entsprechender Lohnminderung angeboten wird, wobei die Verteilung auch wieder flexibel erfolgen kann"*, z.B. an einzelnen Tagen oder Wochen nicht zu arbeiten (ebenda).

Vorteile habe dies wie immer für beide Seiten. Für die Unternehmer sind die *,,Arbeitsspitzen leichter abzudecken, die Nutzungsmöglichkeiten von Anlagen (können) erhöht und die Betriebszeiten von der persönlichen Arbeitszeit abgekoppelt werden". ,,Für die einzelnen Arbeitnehmer (ergibt sich) die Möglichkeit, ihre Arbeitszeit an den persönlichen Bedürfnissen, den familiären Interessen und den finanziellen Notwendigkeiten auszurichten. Auch in Einzelfällen auftretenden gesundheitlichen Problemen, insbesondere bei fortgeschrittenem Alter, kann gezielt Rechnung getragen werden"* (ebenda).

Entsprechend unterschiedlich sind die Zielsetzungen bei den bisherigen Flexibilisierungsmodellen. Bei allen wird eine Erhöhung der Leistung erwartet, bzw. ist nachgewiesen (siehe die Beispiele Siemens, BMW und Gummiwerke Fulda), z.B. durch bessere Kapazitätsauslastung mit der Folge vermehrter Schichtarbeit und — dies ist eine neue Entwicklung — Wiedereinführung der 6-Tage-Woche. Solche Betriebe nehmen dabei eine Wochenarbeitszeitverkürzung (gerechnet auf den Monatsdurchschnitt) in Kauf. Es handelt sich hier um Betriebe, die expandieren, auch neueinstellen, aber durch erhöhte Kapazitätsauslastung relativ weniger pro Arbeitsplatz investieren. Andere Betriebe, bei denen es um den Abbau von Personalüberhängen geht, könnten gut mit der Vorruhestandsregelung leben, da hierüber die anfallenden Entlassungskosten gleichermaßen auf die Beschäftigten abgewälzt werden können. Befristete Arbeitsverträge und Bedarfsarbeitsverträge (,,Kapovaz") können aus unternehmerischer Sicht zur Deckung eines stark schwankenden Arbeitskräftebedarfs ideal sein, bei anderen Fertigungsstätten und Dienstleistungsbetrieben bietet sich Teilzeitbeschäftigung geradezu an usw.

Nun sind diese Dinge allesamt nicht neu, sondern werden jahrelang massenhaft praktiziert. Bestehende Tarifverträge ließen schon ein Maß an ,,Flexibilität" zu, Abweichungen von Festlegungen waren oftmals die Regel, Überstunden, Leih- oder Kurzarbeit sind dafür Beispiele.

,,Der einzige Haken der Regelungen war meist der, daß ihre Verletzung zwar erlaubt, aber mit Kosten verbunden war (z.B. Überstundenzuschläge). Und die fallen z.B. bei flexibeler Arbeitszeit weg. Zumindest ist dies unternehmerisches und staatliches Interesse. Dabei stört natürlich eines: die übliche Sorte von Tarifvertrag, die allgemeine Mindestbedingungen festlegt und dadurch die mögliche betriebliche Flexibilität einengt, d.h. es stört der Typus westdeutscher Gewerkschaften mit ihren branchenübergreifenden tarifvertraglichen Interessen. Zumindest muß hier die Starrheit durchbrochen und die Tarifautonomie eingeschränkt bzw. die Tarifverträge für betriebsindividuelle Lösungen geöffnet werden" (,,Revier", 3/84).

Betriebliche Flexibilisierungsmodelle sind in vielen Betrieben auf Zustimmung von Betriebsräten und zuständigen Gewerkschaften gestoßen. Die für viele überraschend schnelle Einigung auf einen relativ günstigen Lohnabschluß bei VW im letzten Jahr erfolgte nach einer Bereitschaftserklärung der IGM, im kommenden Jahr über den Abschluß von Jahresarbeitsverträgen zu sprechen, worüber das Arbeitsvolumen ,,flexibler" an saisonale Produktionsschwankungen angepaßt werden soll. Die gewerkschaftseigene Coop selbst denkt aus Rationalisierungsgründen über die Einführung flexibler Arbeitszeitregelungen nach.

Das Kapital entwickelt also viel ,,Phantasie", wenn es seinem Interesse nützt. Wichtig ist ihm nur: *,,Die 35-Stunden-Woche wäre nicht mehr reversibel,* (umkehrbar — Anm. AK) *wenn aufgrund der Bevölkerungsentwicklung wieder länger gearbeitet werden müßte. Deshalb sagen die Metallindustriellen Nein zur 35-Stunden-Woche"* (Information der Metallindustrie 2/84). Die nachstehend aufgeführten Beispiele von Einführung kürzerer Wochenarbeitszeit bei unterschiedlicher Stundenzahl und mehr Schichtarbeit
chenarbeitszeit bei unterschiedlicher Stundenzahl und mehr Schichtarbeit
führen nicht oder kaum zum Aufbau neuer Kapazitäten und wären leicht umkehrbar.

Ich bin für die 35-Stunden-Woche, weil ich nicht mit dem Bundeskanzler verwechselt werden möchte

Aus: „Metall" 4 vom 17.2.84

Natürlich muß man sich mit der Teilzeitrealität auseinandersetzen, die Steigerung dieses Problems angesichts des Sozialabbaus vor allem für Frauen (fehlende Kindertagesstätten, -krippen etc.) erkennen und gewerkschaftlich mehr als bisher auf den Schutz von Betroffenen setzen (Gleichstellung mit Vollzeitbeschäftigten in Tarifverträgen, Sozialversicherung etc.). auch in sozial wesentlich bessergestellten Schichten (Beamte etc.) mag Teilzeitarbeit als individueller Lösungsweg attraktiv (weil finanziell verkraftbar) erscheinen. Für die Linke indes geht es unter Berücksichtigung der gesamtgesellschaftlichen Interessen der Lohnabhängigen darum , adäquate Gegenstrategien zu entwickeln und zu erkennen, was hinter dem Begriff ,,Flexibilisierung" steht.

In den wenigsten Fällen haben die betroffenen Arbeitnehmer die Möglichkeit, Lage und Dauer flexibler Arbeitszeiten selbst zu bestimmen (wie dies z.B. teilweise nach Einführung von Gleitzeit möglich war). In aller Regel wird ihnen die Flexibilität entsprechend den betrieblichen Erfordernissen des Arbeits- und Produktionsprozesses aufgezwungen. Angesichts anhaltend hoher Arbeitslosigkeit, weiterer Verschärferung der Zumutbarkeitsregelungen und der Verschlechterung beim Arbeitslosengeld drängt ganz einfach ökonomischer Zwang große Teile der Beschäftigten auf einen Arbeitsplatz, der ihren Arbeits- und Einkommenserwartungen nicht entspricht. Die Auszubildenden der Deutschen Bundesbahn werden nur übernommen, wenn sie ein Teilzeitarbeitsverhältnis akzeptieren; Lehrern wird nach ihrer Referendariatszeit ausschließlich ein Teilzeitarbeitsverhältnis angeboten — von ,,individueller Wahlfreiheit" kann überhaupt keine Rede sein.

Gesamtgesellschaftlich gesehen verstärkt sich der Zwang zur Teilzeitarbeit, was Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ist, unbezahlte Kurzarbeit.

Teilzeitarbeit wird insbesondere in Bereichen mit belastender Tätigkeit, geringen Qualifikationsanforderungen und schlechter Entlohnung eingeführt (über 90 v.H. sind Frauen). Aufgrund von Teilzeitarbeit steigt die Intensität
von Teilzeitarbeit steigt die Intensität
der Arbeitsverausgabung (bis zu 30 v.H.), erhöht sich der betriebliche Leistungsdurchschnitt insgesamt und somit auch der Leistungsdruck auf die Vollzeitbeschäftigten.

Die andere Variante der ,,Flexibilisierung", die angestrebte nahezu beliebige Verteilung der Arbeitszeit auf Sonn- und Feiertage, auf neu eingerichtete Schichten, saison- oder auftragsbedingt und nur mit der Auflage, das im Durchschnitt wöchentlich nicht mehr als 40 oder z.B. 38,5 Stunden gearbeitet werden darf, hat noch weniger mit ,,Wahlfreiheit" der Betroffenen zu tun und soll eine noch viel weitergehende Zeitsouveränität des Kapitals als in der Vergangenheit herstellen.



Konferenz der „Fünferbande" im DGB alternativ zur 35-Stunden-Woche. Zweiter von rechts: Hermann Rappe

„Flexibilisierung" — Propaganda und Wirklichkeit

Die eigentliche Stärke in der Unternehmerargumentation für ihr Konzept der ,,Flexibilisierung" ist — und das ist ein Hauptpunkt ihrer derzeitigen Propaganda gegen die 35-Stunden-Woche —, daß sie ansetzt an einem nachweisbaren Wunsch bestimmter Bevölkerungsgruppen (insbesondere teilzeitarbeitenden Müttern), dem sich die Gewerkschaften mit ihrer pauschalen Forderung nach Arbeitszeitverkürzung und den starren, allgemeingültigen Tarifverträgen verschließen würden.

BMW

BMW hat einen Plan vorgestellt, der die Einführung der 36-Stunden-Woche im Monatsdurchschnitt vorsieht, die u.a. für die Beschäftigten zweimal 9 Stunden an 6 Tagen in der Woche vorsieht. Damit verbunden ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch die Neueinstellung einer 3. Schicht. Zukünftig sollen 3 Arbeitskräfte für 2 Arbeitsplätze schichtweise rotieren. Die Betriebszeit erhöht sich von 80 auf 108 Stunden, die Kapazitäten werden damit um 35% zusätzlich ausgelastet. Keine Angaben hat BMW über die erhöhten Umsatzerwartungen gemacht.

Gummiwerke Fulda

Um seine Kapazitäten in der Reifenherstellung noch besser auszulasten (bislang wurde schon in drei Schichten gearbeitet), wurde die Sechs-Tage-Woche bei durchschnittlich 38,5 Stunden nur für Schichtarbeiter eingeführt. Geschäftsführer König bezeichnete die neue Schichtregelung als ,,für die Gummiwerke Fulda

Fortsetzung nächste Seite

Anmerkungen

1) FAZ, 20.2.84
2) Kritik eines Kommentators in der FAZ vom 21.1.84
3) Interview in Spiegel, 5.3.84
4) Interview in Metall 4, 17.2.84
5) dpa, 11.1.84
6) FR, 11.1.84
7) FAZ, 14.1.84
8) Exemplarisch für diesen ,Irrtum' ist einmal wieder die GIM, die den Beschluß der AfA (SPD AG für Arbeitnehmerfragen) für volle Unterstützung der IGM so interpretiert: *„SPD-Führung gerät unter Arbeiterdruck"* — „was tun" 9.2.84. Und die Willy Brandt als Kronzeugen für diesen Druck positiv zitiert — „was tun", 23.2.84 —, indem sie die von uns zitierten Passagen aus Brandts Interview mit „Metall" wegläßt, dafür aber zitiert, daß nur zusammen mit der Wochenarbeitszeitverkürzung neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Konsequent gibt die GIM als Handlungslinie aus: Jetzt Druck auf und in der SPD machen, SPD-Ortsvereine müssen aufgefordert werden etc. Zum 150. Mal in ihrer Geschichte hofft und orientiert die GIM auf revolutionäre Prozesse in der SPD — zarte Hoffnungspflanze ist diesmal kurioserweise die rechte AfA.
9) Interview in Hamburger Rundschau, 1.3.84
10) Interview in Hamburger Abendblatt, 27.1.84
11) Zitiert laut taz, 3.2.84
12) Interview in Spiegel, 5.3.84
13) FR, 3.3.84. Laut WSI bestünde der Verhandlungsspielraum darin, daß bei Nutzung des Produktivitätsanstiegs pro Jahr eine kostenneutrale Verkürzung möglich sei. Dieser Anstieg wird mit 2,5% kalkuliert, dazu kommt eine 50prozentige zusätzliche Steigerung, die automatisch bei Verkürzung als Rationalisierungsschub veranschlagt wird, und auf die die Gewerkschaften im Vorwege verzichten wollen. Macht damit jährlich 3,75% Produktivitätssteigerung, die 1 1/2 Arbeitsstunden entspricht (in früheren Veröffentlichungen hat das WSI eine Stunde Arbeitszeitverkürzung für 2,5 % Produktivitätssteigerung veranschlagt).
14) Klaus Lang, Abtlg. Tarifpolitik bei der IGM in der „Zeit" vom 17.2.84: *„Wir sind bereit, über jeden vernünftigen "Vorschlag zu verhandeln, wenn er in der Richtung unserer Forderungen liegt und eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit nicht ausklammert"* (zitiert nach Revier 3/84).
NRW-Bezirksleiter der IGM, Bäumer laut „FAZ", 29.2.84: *„Schlusselfrage" sei ein „garantiertes Mindestjahreseinkommen"*, dann sei *„auch eine Verknüpfung der Flexibilisierungs-Modelle mit der gewerkschaftlichen Forderung nach einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit"* möglich.
Steinkühler: *„Wenn es zu einem vernünftigen Ergenis komme, könne auch über andere Möglichkeiten der Arbeitsverteilung gesprochen werden. Es lasse sich für jeden Betrieb ein maßgeschneidertes Programm für die Arbeitszeitverkürzung erarbeiten"*, laut „taz", 23.2.84, ähnlich in „Westfälische Rundschau", 20.2.84.
15) Interview in Spiegel, 5.3.84
16) Betriebliche Werbebroschüre der IGM „Der richtige Schritt", S. 28
17) Zitiert nach WSI-Arbeitsmaterialien, Mai 1983
18) Exemplarisch hierfür Willi Hoss von den Grünen, der in der „taz" vom 20.2.84 in einem Interview eine Reihe vollkommen berechtigter Bedenken gegenüber der IGM-Strategie anführt und daraus die Schlußfolgerung zieht, die Gewerkschaften mehr oder weniger „links" liegen zu lassen, womit er bei Grünen und Alternativen sicherlich einige Sympathien einheimsen kann. Es ist überhaupt zu befürchten, daß die Bewegung „Abschied vom Proletariat" bei entsprechend negativem Ausgang der 35-Stunden-Woche einen neuen Schub erhält. Von anderer Seite wird dafür auch schon (ungewollt) kräftig getrommelt. Auch hier muß wieder die GIM zitiert werden, die die 35-Stunden-Wochen-Auseinandersetzung zur alles entscheidenden macht und letztlich ihre ganzen Hoffnungen in die SPD legt (siehe Anm. 8). In der heißen Phase der Auseinandersetzung erscheint die „was tun" jetzt wöchentlich, wozu eine Spendenkampagne initiiert wurde. Bescheiden ist die GIM dabei nicht, stellt sie doch fest, daß sie a) als einzige die Krise richtig analysiert hat und b) *„einen Beitrag in der Herausbildung eines klassenkämpferischen Bewußtseins und der Verankerung dieser Forderung als Sofortlösung gegen die Krise"* geleistet hat, weil sie nämlich Mitte der siebziger Jahre, zwei Jahre bevor die IG Metall das erstemal diskutierte, die 35-Stunden-Wochen-Forderung *„entwickelte"* („was tun", 23.2.84). Der Katzenjammer wird folgen, wenn nicht in der GIM (deren Sektenmentalitätshärte der Verfasser nicht einschätzen kann), dann in ihren Einflußbereichen. Kommt er nicht, und das wäre das Ergebnis eines erfreulichen Tarifausgangs, dann wird vermutlich niemand der GIM diese Leistung danken.
Was zwischen grüner Industrie-Kritik à la Hoss und blinder Trommelei à la GIM oder DKP oder „KPD" in der Linken fehlt, ist eine Strategie-Debatte, die es möglich macht, differenziert und bewußt die Möglichkeiten autonomer linker Politik und des Eingreifens in Situationen wie der aktuellen gewerkschaftspolitischen zu erarbeiten. Außer mehr oder weniger guter Informationspolitik läuft da kaum was. Und das schließt den ARBEITERKAMPF selbstverständlich mit ein.

Bremen: Betriebsbesetzer wird IGM-Vorsitzender

Provinzposse mit politischem Sprengstoff

Arno Weinkauf, seit 16 Jahren Vorsitzender der Bremer IG Metall und SPD-Bürgerschaftsabgeordneter, hat es nicht leicht.,,*Ich trage auf zwei Schultern''* sagt er zu seiner schweren Bürde des Doppelmandats. Er trägt nicht nur auf zwei Schultern, er trägt auch auf jeder Schulter verschieden. So geschehen im Januar, als er ein von der Bremer Arbeiterkammer in Zusammenarbeit mit dem IGM-Hauptvorstand abgestimmtes Gesetz über eine Berufsausbildungsabgabe in seiner Eigenschaft als Bürgerschaftsabgeordneter ablehnte, als Gewerkschafter aber befürwortete (was aber auch zweifelhaft bleibt).

Undank aber ist der Welt Lohn. Was Weinkauf immer gelang, sein Bürgerschaftsmandat bequem mit seiner Gewerkschaftstätigkeit zu vereinbaren, mochte eine Mehrheit der Bremer IGM-Vertreterversammlung am 25. Februar nicht mehr nachvollziehen.,,*Viele Kollegen konnten das nicht mehr auseinanderhalten''*, kommentierte er selber zwei Tage später im ''Weser-Kurier'' seine Abwahl bzw. Nicht-Wiederwahl.

Mutet der Vorgang um Weinkauf und die SPD fast wie eine Provinzposse an, so enthält die Wahl seines Gegenkandidaten Hans Ziegenfuß mit 86 gegen 81 Stimmen für Weinkauf enormen politischen Sprengstoff. Zum einen, weil Weinkauf trotz seiner Kapriolen als der Kandidat von oben (vom Hauptvorstand) galt und sein Chef, Bezirksleiter Otto vom Steeg aus Hamburg, ihn stützte. Zum anderen, weil sein Gegenkandidat nicht irgendwer ist. Hans Ziegenfuß, Betriebsratvorsitzender der dichtgemachten Bremer Weser AG, machte sich bundesweit einen Namen im Rahmen der Besetzung der Werft im September 1983. Auf dem Höhepunkt der Besetzung hatte er — bundesweit vom Fernsehen ausgestrahlt — Bremens Bürgermeister Koschnick das SPD-Parteibuch auf den Tisch geknallt wegen dessen Werften(Schließungs-)Politik. Und das nur wenige Tage vor der Bremer Bürgerschaftswahl (die Koschnick ja bekanntlich als geschundener Triumphator überstand). Noch im Oktober 1983 gelang es Ziegenfuß nicht,ein Mandat dafür zu bekommen, auf dem IGMetall-Gewerkschaftstag die Erfahrungen aus der Betriebsbesetzung vorzutragen. Er mußte dies auf einer am Rande mit anderen Kollegen selbst organisierten Veranstaltung tun.

Die Wahl von Ziegenfuß konnte auch Otto vom Steeg nicht verhindern, der unverhohlen drohte, ein IGM-Bevollmächtigter Ziegenfuß werde vom Hauptvorstand in Frankfurt nicht anerkannt. Eingeweihte meinen sogar, daß dieser Auftritt vom Steegs in Verbindung mit Diffamierungen den Ausschlag für die nicht erwartete Mehrheit gab.

Vom Steeg scheint entschlossen, die Ablehnung von Ziegenfuß, der bislang noch nicht bestätigt worden ist, beim Vorstand durchzusetzen. Zu diesem Zweck führt er nach Informationen der ''taz'' (vom 6.3.84) Sondierungsgespräche mit dem Ziel, einen ,,Kommissar'' in Bremen einzusetzen. Die ,,taz'' berichtet von einem mitgehörten Mauschelgespräch in der Nobelkneipe ,,Deutsches Haus'', auf dem Steeg das SPD-Mitglied Karl Schönberger bekniete, sich für ein solches Amt zur Verfügung zu stellen. Schönberger sitzt für die SPD in der Deputation Hafen und Wirtschaft des Landesparlaments, ist Mitglied im IGM-Beirat, dem höchsten Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen, also ein Mann des Apparats. Zudem ist der SPD-Rechte stellvertretender Betriebsratsvorsitzender beim Bremer Vulkan, der anderen Bremer Großwerft. Dort gilt er als in rechter Opposition zur Gruppe um den Betriebsratsvorsitzenden Bettelhäuser stehend.

Satzungsgemäß könnte der IGM-Hauptvorstand durchaus einen solchen Schritt wagen. Im § 14. 2 der IGM-Satzung heißt es: ,,*Die gewählten Ortsverwaltungsmitglieder und die Geschäftsführer müssen vom Vorstand bestätigt werden.''* Im Kommentar zur Satzung kommt dabei dem Bezirksleiter der IGM eine besondere Aufgabe zu: ,,*Dem Vorstand sind über die Bezirksleitung die zur Bestätigung erforderlichen Angaben bekanntzugeben. Der Bezirksleiter ist verpflichtet, seine Stellungnahme zu der Wahl umgehend dem Vorstand mitzuteilen.''* Und der Bezirksleiter heißt Otto vom Steeg.



Betriebsversammlung ammlung auf der besetzten AG Weser. BR-Vorsitzender Ziegenfuß wirft Hans K(t Hans Koschnick das SPD-Parteibuch auf den Tisch (Sept. 1983).

Die Frage ist, ob der IGM-Vorstand mitten in der 35-Stunden-Wochen-Auseinandersetzung einen solchen Konflikt eingehen will, auch wenn dem SPD-Filz in der IGM-Bremen und im Bezirk der parteilose Ziegenfuß nicht paßt. Die Wahl von Ziegenfuß ist nämlich Symptom für zunehmenden Unmut der Basis-Funktionäre über die Untätigkeit der IGM-Ortsverwaltung während der Werftbesetzung und in der Werftenpolitik, die Stahlpolitik gegenüber Klöckner und auch die mangelhafte Mobilisierung zur 35-Stunden-Woche. Mit Ziegenfuß' Wahl verbindet sich die Hoffnung auf eine basisnähere Gewerkschaftspolitik in der Bremer IGM. Weinkauf hat mit seiner Berufsausbildungsposse das sowieso volle Faß zum Überlaufen gebracht.

In Sachen Weinkauf gegen Weinkauf Die Bremer Arbeiterkammer hatte in Abstimmung mit dem für Berufsausbildung zuständigen IGM-

In Sachen Weinkauf gegen Weinkauf Die Bremer Arbeiterkammer hatte in Abstimmung mit dem für Berufsausbildung zuständigen IGM-Vorstandsmitglied Preiss aus Frankfurt am Jahresende 1983 ein Gesetz über die Förderung der Berufsausbildung im Lande Bremen vorgelegt, dessen Kernstücke die Meldpflicht für Ausbildungsplätze, die Verpflichtung der Betriebe zur Ausbildung sowie die Erhebung einer Ausbildungsplatzabgabe für alle nicht-ausbildenden Betriebe sind. Von der SPD wurde dieses Gesetz selbstverständlich begrüßt, aber nur als Bundesinitiative, wo es nach Lage der politischen Dinge natürlich versackt. Einen Alleingang des Landes Bremen lehnte die SPD ab mit dem Hinweis auf die ,,Insellage'' der Stadt im CDU-regierten Niedersachsen sowie auf die ,,psychologische Wirkung'' auf die Unternehmen.Befürchtung konkret: Nachteile bei den Bemühungen um Industrieansiedlung.

IGM-Hoffnung war es aber, eine gewisse Koordinierung und Druck dadurch herzustellen, daß solche Ländergesetze in den SPD-regierten Bundesländern Bremen, Hamburg, Hessen und NRW verabschiedet werden. Doch Bremens SPD zog nicht mit. Das Gesetz kam dennoch in die Bürgerschaft, die Grünen übernahmen es von der Arbeiterkammer und damit begann der eigentliche Ärger für die SPD (ähnlicher Ärger steht in Hamburg bevor, wo die GAL ein ähnliches Gesetz mit Zustimmung der Gewerkschaften eingebracht hat).

Der Abgeordnete Weinkauf stimmte bei der SPD-internen Vorabstimmung gegen das Gesetz (insgesamt stimmten nur vier Abgeordnete dafür). Gegenüber der eigenen Fraktion behauptete Weinkauf: Dies habe die Zustimmung des IGM-Vorständlers Hans Preiss, der ebenfalls eine Bundesregelung befürworte. Preiss hat dies mitlerweile ausdrücklich dementiert und sich stattdessen schriftlich distanziert und beschwert, daß Weinkauf ihn falsch informiert habe (u.a. hatte Weinkauf mitgeteilt, daß die SPD nicht gegen das Gesetz sei). Anschließend gab es ein Schlichtungsgespräch Preiss, Weinkauf, vom Steeg, das mit einer Presseerklärung endete, in der es heißt: ,,*Es dürfe ein Scheitern der Bremer Initiative''* wegen der Negativwirkung nicht geben, ,,*betonten Preiss, vom Steeg und Weinkauf übereinstimmend.''* (23.1.84)

Drei Tage später enthielt Weinkauf sich dennoch mit seiner gesamten Fraktion bei der Abstimmung, nur die Grünen stimmten dafür, die CDU dagegen. Das Gesetz war gescheitert. Vorläufig nur, meint Weinkauf: Immerhin habe sich die SPD dank seines kämpferischen Einsatzes enthalten, damit sei

noch ,,*eine Tür offen''*.

30.1.84 nun verurteilt der Bremer DGB-Kreiosvorstand ungewöhnlich scharf das Abstimmungsverhalten der SPD, insbesondere der Gewerkschafts-

noch ,,*eine Tür offen''*.

30.1.84 nun verurteilt der Bremer DGB-Kreiosvorstand ungewöhnlich scharf das Abstimmungsverhalten der SPD, insbesondere der Gewerkschaftsmitglieder. Einstimmig übrigens, eine Fürstimme kam dabei vom stellvertretenden Kreisvorsitzenden, der dato IGM-Vorsitzender war und ...Arno Weinkauf heißt..

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

''Gesamtgesellschaftliche Verabredung''

Die Arbeitszeitpolitik der IG Chemie und der IG Bergbau

Herman Rappe und Adolf Schmidt sind beide Bundestagsabgeordnete und SPD-,,Kanalarbeiter''. Als Gewerkschaftsvorsitzende — der eine bei der IG Chemie, der andere bei der IG Bergbau — haben sie ,,ihren Laden'' voll im Griff. Beide haben über die Hauptvorstände ihrer Gewerkschaften jetzt das tarifpolitische Programm zur Arbeitszeitverkürzung vorgelegt, das Grundlage für die Tarifverhandlungen 1984 sein soll. Neu an beiden Entwürfen der Gewerkschaften, die Front machen gegen eine gemeinsame Durchsetzung der 35-Stunden-Woche und für das Primat Lebensarbeitszeitverkürzung, ist, daß sie in einigen Bereichen eine Wochenarbeitszeitverkürzung nach Verabredung mit den Unternehmern durchaus wollen.

Interessieren soll uns hier aber die geradezu klassische Sozialpartnerschaft, die aus beiden Entwürfen spricht. Rappe hat in der IG Chemie das durchgesetzt, was er als SPD-Bundestagsabgeordneter bereits mehrfach forderte: Die Große Koalition heißt im ersten ,,Entwurf des tarifpolitischen Programms'' der IG Chemie ,,Gesamtgesellschaftliche Verabredung'': ,,*Im Rahmen der von uns geforderten gesamtgesellschaftlichen Verabredung müssen alle Gruppen der Gesellschaft zur Lösung der anstehenden Probleme beitragen''* (Entwurf vom 5.12.83).

Löhne im „gerechten Verhältnis" zu Kapitalisten-Gewinnen

Löhne im „gerechten Verhältnis" zu Kapitalisten-Gewinnen

In der neuen Forderungs-Empfehlung des IG Chemie-Vorstands (abgedruckt in ,,gewerkschaftspost'' 2/84) heißt es zur Arbeitszeitverkürzung: ,,*Verkürzung der Wochenarbeitszeit und Lebensarbeitszeit entsprechend den jeweiligen Bedingungen und Kündigungsfristen''*.

Die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen sind um einen Prozentsatz zu steigern, der neben dem Ausgleich der Preissteigerungsrate den Produktivitätszuwachs beinhaltet, soweit dieser nicht durch Arbeitszeitverkürzende Maßnahmen zur Finanzierung heranzuziehen ist.'' Was eigentlich in allen Gewerkschaften gedacht wird, Arbeitszeitverkürzung über weniger Lohn zu erkaufen, wird hier deutlich beim Namen genannt, damit auch niemand auf andere Ideen kommt. Doch damit die Gerechtigkeit in der kapitalistischen Gesellschaft wieder hergestellt ist, wird zudem noch gefordert: ,,*Entsprechend der Entwicklung der Unternehmensgewinne in den einzelnen Tarifbereichen sollte die aufzustellende Prozentforderung eine Umverteilungskomponente beinhalten, die erreicht, daß die Arbeitnehmereinkommen im gerechten Verhältnis mit den Unternehmensgewinnen steigen.''* Wieso dieses ,,gerechte Verhältnis'' Umverteilung bedeutet, bleibt tarifpolitisches Geheimnis derIG Chemie.

Auch die IG bergbau sorgt sich bei ihren arbeitszeitpolitischen Forderungen um das Gesamtwohl. Sie schließt Wochenarbeitszeitverkürzungen nicht aus, sieht aber ,,*in der Verkürzung der Lebensarbeitszeit das Schwergewicht der Erwartungen''*. Bei der Behandlung der Arbeitszeitverkürzung in den Tarifberatungskommissionen ,,erwartet'' der Hauptvorstand, ,,*daß dies unter Berücksichtigung der jeweiligen wirtschaftlichen Situation geschieht''*. Daher ,,*sollte die Form der Arbeitszeitverkürzung gewählt werden, die für die Arbeitsmarktsituation am wirkungsvollsten ist''* (zitiert nach ,,einheit'', 15.1.84).

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

Fortsetzung von vorheriger Seite

maßgeschneidert'', da sie eine ,,restlose Ausnutzung der Kapazitäen'' ermögliche. Der einzelne Beschäftigte wechselt innerhalb der Sechs-Tage-Woche wöchentlich von einer in die andere Schicht (zwei Wochen à 43,5 Stunden, eine à 45 und eine à 22,5 Stunden) und erhält als Ausgleich im vierwöchentlichen Turnus Freischichten, die entweder vor oder nach dem Wochenende liegen. Die IG Chemie hat diesen Tarifvertrag unterschrieben.

Siemens

Nach einem Bericht der Gewerkschaftszeitung ,,metall'' bieten die Siemens-Niederlassungen ihren Mitarbeitern kürzere Wochenarbeitszeiten an. ,,Metall'' feierte dieses Beispiel sogar als Einstieg in die 32-Stunden-Woche (wie die FAZ genüßlich zitiert). Tatsächlich hat die Niederlassung der Siemens AG München 142 Lehrlingen, die am 31.1. ihre Ausbildung beenden, Arbeitsverträge über 32 Stunden wöchentlich angeboten und den gleichen Vorschlag auch rund 1.000 Monteuren unterbreitet. Allerdings: Lohn wird nur für 32 Stunden bezahlt, was die IGM als ,,schwerwiegenden Fehler'' brandmarkt. Außer bei den Lehrlingen — gezwungenermaßen — hat das Angebot bei der Stammbelegschaft ,,keine nennenswerte Resonanz'' hervorgerufen.

BASF

BASF kennt mittlerweile rund 50 verschiedene Formen der Arbeitszeitverkürzung. Hier hält sich die Nachfrage nach Teilzeitarbeit in Grenzen: Ende '83 waren 2,32 Prozent der Stammbelegschaft (überwiegend Frauen) teilzeitbeschäftigt. Zum Anstieg der Teilzeitarbeit im letzten Jahr trug u.a. folgende Maßnahme bei: 108 Ausgebildeten wurden, als Alternative zur Arbeitslosigkeit, eine 32-Stunden-Woche — ohne Lohnausgleich selbstverständlich — im erlernten Beruf angeboten. Die mögliche Rückkehr auf Vollzeitarbeitsplätze gehört zu den Rahmenbedingungen, über die derzeit zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung verhandelt wird. ,,Die meisten Jungen'', heißt es lapidar, ,,machen kein Hehl daraus, daß sie 40 Wochenstunden lieber hätten.'' Mit der Mehreinstellung von Ausgebildeten baut die BASF vorsorglich Reserven auf für die Zeit der geburtenschwachen Jahrgänge.

Nacanso

Bei dem Dosenhersteller Nacanso war bis Sommer 1982 die 40-Stunden-Woche die Regel, fast ebenso selbstverständlich waren Samstag-Überstunden, da aus betrieblichen Gründen angeblich die Sechs-Tage-Woche nötig war. Inzwischen arbeitet dort ein Arbeiter erst 48, dann 40, dann 32 und schließlich 24 Stunden in der Woche, was rechnerisch die 36-Stunden-Woche bedeutet. Aus der Sicht des Unternehmens: Von Lohnausgleich könne keine Rede sein, die bisherigen tariflichen Zulagen würden nunmehr in Form zusätzlicher Freizeit ,,ausgezahlt''.

In einem anderen Dosenwerk, der **Gerro Kaiser**, machte der Betriebsrat seine Zustimmung zur Sechs-Tage-Woche von der Verkürzung der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit abhängig. Auf dem Papier gilt seit September 1983 die 38-Stunden-Woche. In der Praxis: Zwei Wochen lang wird an sechs (!) Tagen insgesamt 48 Stunden gearbeitet, in der dritten Woche an sieben (!!) Tagen 56 Stunden, die vierte Woche ist frei! Arbeitszeitverkürzung, ,,Flexibilität'' nach Maß des Kapitals!

Wolf Metallbau

Für die Lohnabhängigen dieses Unternehmens, das Verkehrsschilder herstellt, gilt die 35-Stunden-Woche. Allerdings gibt es neben Lohnausgleich ein Jahr lang keine weiteren Lohnerhöhungen. Die IG-Chemie hat einen entsprechenden Haustarif gebilligt, da sie darin einen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sah. Das Unternehmen hatte angekündigt, fünf zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen. Da die alte Mannschaft mehr (!) leisten soll, hieß es ausdrücklich, erhofft man sich von den Neueinstellungen einen zusätzlichen Wachstumseffekt.

Zur Begründung ihres Haustarifs betont die Geschäftsleitung, es sei ihr allein um die Steigerung der Leistungsfähigkeit gegangen. Die meisten Verkehrsschilder seien Einzelanfertigungen, wobei manuelle Arbeit überwiege. Wenn nur sieben Stunden gearbeitet wird, so die Geschäftsleitung, erhöhe sich die Konzentration, würde der Ausschuß kleiner und die Erholungszeit länger. Durch zusätzliche Motivation verspricht sich die Geschäftsleitung zugleich eine Senkung der Stückkosten.

Apropos Arbeitsplätze schaffen: Noch im Mai letzten Jahres wurde die Belegschaft von 70 auf 40 verkleinert, im selben Jahr aber der Umsatz ,,um eine zweistellige Zahl'' erhöht.

„Arbeitszeit nach Maß" — auch bei Pfaff

Ein Beispiel aus dem Leben der Teilzeitarbeit beim größten westdeutschen Nähmaschinenhersteller Pfaff (2.800 gewerbliche Arbeitsplätze): Vor sechs Jahren wurden 30 ,,Teilzeit-Frauen'' eingestellt. Die Frauen haben sich schnell eingearbeitet, bringen überdurchschnittliche Leistungen und sind weniger krank. Inzwischen kommen auch andere Frauen (die es sich finanziell leisten können) zum Betriebsrat und fragen nach Teilzeitarbeit. Wenn die Arbeitnehmer das möchten und es betrieblich zu machen sei, hätte der Betriebsrat auch keine Bedenken.

Die ,,Teilzeit-Frauen'' sind bei Pfaff eine Art Kapazitätsreserve. Im letzten Fall: Innerhalb weniger Monate müssen einige hunderttausend Teile für einen Kunden fertig sein. Mit Neueinstellungen wäre das nicht zu schaffen, erklärte der Betriebsrat (genau! das eben ist eine Frage der Personalplanung und erfordert die Einrichtung zusätzlicher Dauerarbeitsplätze), ihre Einarbeitung würde zu lange dauern. Und wenn dieser Auftrag erledigt ist, wäre es für den Betriebsrat nicht leicht, diese Arbeitskräfte zu entlassen oder auf Kurzarbeit auszuweichen, die auch ,,alte Pfaffianer'' treffen würde. Dann schon lieber die flexible Handhabung, sagen die Betriebsräte. Die Lösung wurde darin gefunden, daß sich die ,,Teilzeit-Frauen'' (natürlich freiwillig) bereit erklären, vorübergehend acht Stunden am Tag zu arbeiten. Gleichzeitig arbeiten andere ,,gelegentlich 50 Stunden und mehr'' die Woche mit einem entsprechenden Ausgleich in flauen Zeiten.

V., Kommission Betrieb & Gewerkschaft

BRD entwickelt eigene Cruises Missiles

Die „Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt"

Die DFVLR ist die größte ingenieurwissenschaftliche Forschungseinrichtung in Westdeutschland mit insgesamt 13 über die gesamte BRD verteilten Instituten. Ca. ein Sechstel ihres Etats stammen direkt aus dem Verteidigungsministerium, weitere militärische Vorhaben verbergen sich unter Projekten des Bundesministeriums für Forschung und Technologie.

Zuschüsse kommen ebenfalls von den Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (wo sich jeweils Forschungsinstitute der DFVLR befinden). Unter den „fördernden Mitgliedern" der DFVLR finden sich praktisch alle westdeutschen Rüstungsfirmen von Rang und Namen, von Krupp bis zu MBB und Dornier. „Förderndes Mitglied" ist auch die Firma OTRAG, die schon durch die Erprobung eigener Marschflugkörper in Zaire von sich reden machte.

tisch alle westdeutschen Rüstungsfirmen von Rang und Namen, von Krupp bis zu MBB und Dornier. „Förderndes Mitglied" ist auch die Firma OTRAG, die schon durch die Erprobung eigener Marschflugkörper in Zaire von sich reden machte.

Die „neue Generation" der Cruise missiles

In den offiziellen DFVLR-Publikationen der letzten Jahre (Jahres- und Ergebnisberichte) ist von einem Projekt mit dem Namen „Marschflugkörper großer Transportleistungen" zu lesen. Untersucht werden Triebwerkseinläufe für die 2,3-fache Schallgeschwindigkeit, die durch die Verbrennung von Borverbindungen und Polyäthylen in neuartigen Staustrahltriebwerken erzielt werden. Schon 1980 war *„ein Großteil der Arbeiten auf dem Gebiet der Antriebstechnik abgeschlossen"* (DFVLR-Bericht). Die Entwicklung läuft in Zusammenarbeit mit den Rüstungsfirmen Messerschmidt-Bölkow-Blohm und Rheinmetall. Ziel dieser Anstrengungen ist es, *„die Einsatzwirksamkeit von Flugkörpersystemen zu erhöhen. Im einzelnen orientierten sich die Arbeiten an den wehrtechnischen Leitkonzepten"* (ebd.).

Die Marschflugkörper, mit deren Stationierung die USA eben begonnen haben, zeichnen sich dadurch aus, daß sie sich durch eingespeicherte Karten des zu überfliegenden Gebietes selbst ins Ziel lenken können, und daß sie für das gegnerische Radar nicht zu orten sind, da sie sehr niedrig fliegen.

Ihre Nachteile dagegen sind:

— *„Die lange Flugzeit und ihre niedrige Geschwindigkeit (nur 800 km/h) lassen sie leicht der gegnerischen Luftabwehr zum Opfer fallen."* (1)

— Ihre Treffgenauigkeit ist noch gering (bei der seegestützten Version z.B. nur einige hundert Meter). *„Am stärksten wirken sich dabei menschliche Fehlleistungen aus: bei der Kartenerstellung, durch eine unkluge Wahl der kartierten Gebiete, auch durch reliefarmes Gelände in der Nähe des Ziels."* (1)

An der Behebung des ersten Mangels — zu niedrige Geschwindigkeit — arbeitet die DFVLR intensiv.

Aber auch der zweite Mangel — zu ungenaue Karten — scheint die Forscher dort nicht ruhen zu lassen: Bei der letzten Spacelab-Mission im Oktober wurde eine DFVLR-Spezialkamera vom Weltraum aus erprobt. Zum Zweck dieser Mission führt eine DFVLR-Presseinformation vom 18.11. an: *„In vielen Ländern der Erde fehlt es noch an brauchbaren Kartenwerken ... Besonders auffällig ist der Mangel in den in Entwicklung befindlichen Ländern in Afrika, Südamerika und Teilen von Asien ..."*

Es soll aber auch untersucht werden, *„inwieweit Karten in entwickelten Gebieten korrigiert und aktualisiert werden können...* Über die Vorzüge der Neuentwicklung heißt es: *„Die Kamera soll Bilddaten mit einer Bodenauflösung von 20 bis 30 m liefern und gilt daher als geeignet, um Einzelheiten zur Kartierung in kleinen Maßstäben und für bestimmte Aspekte auch in mittleren Maßstäben festzustellen...* Hervorgehoben wird: *„Insbesondere gestattet das stereoskopische Aufnahmeverfahren die Bestimmung der Geländehöhe."*

der Neuentwicklung heißt es: „Die Kamera soll Bilddaten mit einer Bodenauflösung von 20 bis 30 m liefern und gilt daher als geeignet, um Einzelheiten zur Kartierung in kleinen Maßstäben und für bestimmte Aspekte auch in mittleren Maßstäben festzustellen... Hervorgehoben wird: „Insbeson-

Gerade der letzte Punkt weist auf die militärische Bedeutung der Kamera hin (was von der DFVLR natürlich bestritten wird): Die Bestimmung der exakten Geländehöhen erleichtert dem Bordcomputer der Cruise Missiles die Zielfindung erheblich, besonders dann, wenn es sich um reliefarme Landschaften (z.B. Wüsten) handelt. Hier liegt in der bisherigen Satellitenaufklärung ein gewisser Nachteil (2).

Interessant ist auch die Auslegung der Flugkörper auf „große Transportleistungen". Dies kann dazu dienen, die Reichweite der Marschkörper bisher: 2.500 km) zu erhöhen, weil dann mehr Treibstoff mitgeführt werden kann oder statt eines (relativ leichten) Atomsprengkopfes einen relativ schweren konventionellen Sprengkopfzu transportieren. — Die Vergrößerung des Atomsprengkopfes hingegen hat wenig Sinn: Die Marschflugkörper dienen zur Ausschaltung von militärischen Punkt-Zielen; hierbei kommt es nicht auf eine Erhöhung der Sprengwirkung, sondern auf eine hohe Treffgenauigkeit (s. die DFVLR-Kamera) an.

Eine Waffe für den Angriff!

Die bisherigen „Nach"rüstungswaffen haben für den Angriff einen großen Nachteil: Die Pershing-2 kann zwar innerhalb von wenigen Minuten ihre Ziele erreichen, aber jederzeit mit Radar geortet werden. Die Cruise Missiles sind zwar nicht mit Radar zu erfassen, fliegen aber so langsam, daß sie von der Flugabwehr gesichtet werden können.

In beiden Fällen kann der Gegner zwar die anfliegenden Raketen nur in geringem Maße abwehren. Jedoch kann er sie in der Regel so rechtzeitig erkennen, um seinerseits einen vernichtenden Gegenschlag auszulösen. Mit der neuen Generation von Marschflugkörpern, wie sie in Lampoldhausen entwickelt werden, wird dieser Nachteil überwunden: Erstmals können damit gegnerische Raketenstützpunkte unbemerkt angegriffen und ausgeschaltet werden. Das Risiko sinkt, daß ein Atomüberfall mit einem Gegenschlag beantwortet wird. Die Verlockung zum Angriffskrieg steigt. Kurz und gut: Die ideale Waffe für die NATO-Strategen, die die UdSSR in einem Erstschlag atomar „enthaupten" wollen.

Die konventionelle Option

Neben dieser „großen Lösung" bietet die Neuentwicklung aber weitere Möglichkeiten.

Das „Spektrum der Wissenschaft" (1) berichtet von folgendem Einsatzkonzept für die neue Generation von Marschflugkörpern: Die hohe Treffsicherheit und Überschallgeschwindigkeit *„ermöglicht es, zur Ausschaltung großer Radar-Frühwarnanlagen, Industriewerke, Ölraffinerien und ähnlicher Ziele hochexplosiven, aber konventionellen Sprengstoff statt Atombomben einzusetzen. Es gibt einen Vorschlag, die USA sollten Marschflugkörper entwickeln, die einen hochexplosiven Sprengsatz über interkontinentale Distanzen tragen und mit einer Treffsicherheit von weniger als zehn Metern ins Ziel befördern ... In ausreichender Anzahl hergestellt, böten diese Cruise Missiles nach Ansicht ihrer Befürworter die Möglichkeit, auf hypothetische Gewaltakte eines Gegners, zum Beispiel der Sowjetunion, ohne Einsatz von Atomwaffen zu antworten, die Schwelle für einen Atomkrieg würde erhöht. Die Vereinigten Staaten bekämen die Möglichkeit, ganz bestimmte Ziele ohne große Nebenwirkung anzugreifen und der unangenehmen politischen Verantwortung für einen atomaren Erstschlag zu entgehen."*

lichkeiten.
Das „Spektrum der Wissenschaft" (1) berichtet von folgendem Einsatzkonzept für die neue Generation von Marschflugkörpern: Die hohe Treffsicherheit und Überschallgeschwindigkeit „ermöglicht es, zur Ausschaltung großer Radar-Frühwarnanlagen, Industriewerke, Ölraffinerien und ähnlicher

Weiterhin wird es durch die Verbesserung der Transportleistung möglich, die Marschflugkörper mit großen Mengen von intelligenter „Submunition" zu bestücken. Mehrere hundert intelligente Geschosse, die sich selber ins Ziel steuern, können so pro Crusie Missile transportiert werden. Diese Bestückung ist wichtig für das Airland-Battle-Konzept „Strike deep" (etwa: tiefer Vorstoß), wo innerhalb von wenigen Stunden die militärischen Aufmarschgebiete im Vorfeld der Sowjetunion mit weitreichenden Waffensystemen aufgerissen werden sollen.

Die von der DFVLR entwickelten Flugkörper erhöhen die Kriegsgefahr also enorm, weil sie geeignet sind

1. für den atomaren Uberraschungsangriff („Enthauptungsschlag"),
2. für einen konventionellen Angriff gegen ausgewählte Punktziele (zur Erpressung der SU),
3. für einen flächendeckenden konventionellen Angriff im Sinne des Airland-Battle-Konzeptes.

BRD — nicht nur Juniorpartner der USA?

Die DFVLR ist eine rein bundesdeutsche Institution, US-Kapital ist an diesen Entwicklungen nicht beteiligt. Im Gegenteil: US-Firmen erarbeiten selber eine weiterentwickelte Version ihrer Marschflugkörper unter dem Projekttitel ASALM (Advanced Strategic Air-launched Missile). Diese soll — wie der DFVLR-Typ — mit einem Staustrahltriebwerk fliegen und Überschallgeschwindigkeit erreichen.

Die Fakten sprechen eine klare Sprache: Die BRD versucht in eigener Regie, sich die Technologie für strategische Angriffswaffen zu verschaffen.

Genossen aus Baden-Württemberg



Das Heckteil der Höhenforschungsrakete SONDA IV auf einem Vibrationstisch mit 16 t Kraftvektor im Umwelttestlabor des Unternehmensbereichs Raumfahrt bei MBB in Ottobrunn sowie (v. l. n. r., stehend): Die MBB-Mitarbeiter [redacted] sitzend: [redacted] vom Instituto Atividades Espaciais [redacted] und [redacted]

Brasilianische SONDA IV im Test bei MBB

Faksimile aus „MBB aktuell" 5/82

Ottobrunn (sb). Innerhalb der Aufgaben von MBB für das Höhenforschungsraketen-Programm SONDA IV, die das Unternehmen gemeinsam mit dem Instituto de Atividades Espaciais in São José dos Campos, Brasilien, bearbeitet, haben kürzlich mit dem Raketenheckteil der ersten Stufe von SONDA IV entscheidende Systemtests in Lampoldshausen und Vibrationstests in Ottobrunn stattgefunden. Damit ist ein wesentlicher Teil der MBB-Aufgaben in diesem Projekt abgeschlossen worden. Der Erstflug der Höhenforschungsrakete SONDA IV ist für das kommende Jahr von Natal aus geplant.

DFVRL: Auch ansonsten rege

Laserforschung

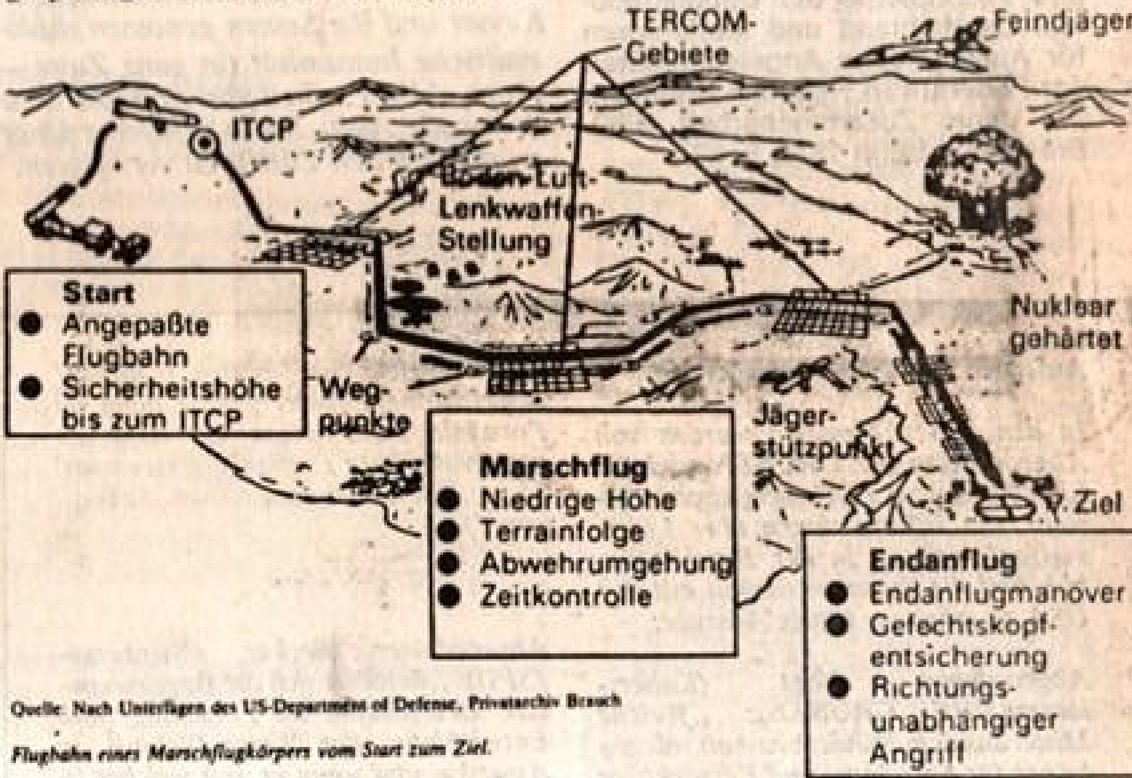
Am 23.3.83 rief US-Präsident Reagan *„die Wissenschaftler, die uns die Atomwaffen bescherten, dazu auf, ihre großartigen Talente in den Dienst der Menschheit und des Weltfriedens zu stellen und uns Mittel in die Hand zu geben, die diese Atomwaffen wirkungslos und überflüssig machen".* („FR", 25.3.83 — zit. nach Anm. 1).

Menschheit und des Weltfriedens zu

Gemeint war damit die Entwicklung von Laserstrahlwaffen, die — im Weltraum stationiert — als Raketenabwehrsysteme eingesetzt werden sollen. Das erscheint im Augenblick jedoch als eine wenig praktikable Anwendungsmöglichkeit. Die Anwendungsmöglichkeit der Laserwaffen wird im Augenblick für „kürzere" Entfernungen in der Atmosphäre erprobt.

„Im vorläufig letzten bekannt gewordenen Versuch erprobte die US Air Force einen Laser im luftgestützten Laserlaboratorium. Der in einem Flugzeug vom Typ KC-135 untergebrachte Kohlendioxid-Laser zerstörte eine Sidewinder Luft/Luft-Rakete während des Flugs. Diesen Anwendungen für das Schlachtfeld gilt auch die Forschung an Hochenergielaserwaffen in der BRD. Hauptansprechpartner für das Bundesministerium der Verteidigung — d.h. Koordinator für die gesamte bundesdeutsche Laserwaffenforschung — ist die DFVLR, deren Institute für Technische Physik in Stuttgart und für Chemische Antriebe in Lampoldshausen (am Kocher) an einem möglichen Laserwaffensystem für die 90er Jahre arbeiten. 1981 erhielt die DFVLR 4 Millionen DM für diese Forschung, die durch ein Informationsaustausch-Abkommen („Data Exchange Agreement") mit den USA direkt den Reaganschen Aufrüstungsplänen im All zugute kommen." (1).

Begleitend hat die baden-württembergische Landesregierung einen „zivilen" Forschungsschwerpunkt Hochleistungslaser zur Erforschung der Materialbearbeitung (Schneiden, Schweißen, Bohren) beschlossen, das von der DFVLR in Stuttgart und der Universität Stuttgart koordiniert wird. *„Das Land Baden-Württemberg wird in den nächsten 5 Jahren ca. 15 Millionen DM für den Forschungsschwerpunkt zur Verfügung stellen."* (Pressemitteilung der DFVLR vom 6.10.83).



Quelle: Nach Unterlagen des US-Department of Defense, Privatarchiv Brauch

Flugbahn eines Marschflugkörpers vom Start zum Ziel.

Für den Steuerungsprozeß von CMs über das TERCOM-System ist die Bestimmung der exakten Geländehöhe außerordentlich wichtig. Eine Forschungsaufgabe der DFVLR?

● Richtungs-unabhängiger Angriff

Quelle: Nach Unterlagen des US-Department of Defense, Privatarchiv Brauch

Flugbahn eines Marschflugkörpers vom Start zum Ziel.

Für den Steuerungsprozeß von CMs über das TERCOM-System ist die Bestimmung der exakten Geländehöhe außerordentlich wichtig. Eine Forschungsaufgabe der DFVLR?

Wie so oft, so werden wohl auch hier

Wie so oft, so werden wohl auch hier „zivile Erkenntnisse" für die militärische Anwendung nützlich sein.

Kooperation der DFVLR mit Brasilien

Im November 1971 schlossen die DFVLR und das brasilianische Zentrum für Wehrtechnik (CTA) einen Vertrag über die Erforschung von Höhenforschungsraketen (SONDA III und SONDA IV). Die Zusammenarbeit brachte den Brasilianern raketentechnisch ausgebildetes Personal und technische Erfahrungen ins Land, die auch für den Bau militärischer Raketen (bis hin zu Atomraketen) verwendbar sind.

Brasilien selbst hat sich bisher stets geweigert, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen, und besitzt — ebenfalls mit bundesdeutscher Hilfe — Atomanlagen, die für die Produktion von bombenfähigem Plutonium geeignet sind.

Es gibt keinen prinzipiellen Unterschied zwischen „friedlicher" und „militärischer" Raketentechnik, was sich schon alleine damit belegen läßt, daß bereits mehrere „zivile" Raketen aus militärischen entwickelt wurden. *„Die wesentlichen Kriterien, nach denen eine Rakete 'atomwaffentauglich' ist, sind Reichweite, Nutzlast, Zielgenauigkeit und Abschußwinkel"* (2).

In der Tabelle werden verschiedene Atomraketen mit SONDA III und SONDA IV verglichen. Reichweite, Nutzlast und Größe der SONDA sind also durchaus vergleichbar mit anderen Atomraketen. Lediglich die Zielgenauigkeit läßt noch zu wünschen übrig. Jedoch auch hier kann Abhilfe geschaffen werden. *„Brasilien braucht lediglich ein System einzubauen, um die Treffergenauigkeit der SONDAs so*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 1

weit zu steigern, daß sie als Atomträger geeignet sind. Mit auf dem freien Markt erhältlichen Systemen lassen sich Treffergenauigkeiten von einem halben Kilometer erreichen.'' (2)

Auch hier war die BRD schon unterstützend tätig: ,,*Gemeinsam gearbeitet wurde am ... Lagerregelungssystem ... für die Schubvektorkontrolle ... Beim Start von Raketen in Barreiro do Inferno wurden die auf dem Startplatz installierten Anlagen einschließlich der ... Rechnerprogramme ... zur Voraussage des Aufschlagspunktes von Höhenforschungsraketen weiterentwickelt und erprobt''*. (3). Im Klartext also: Den brasilianischen Interessenten wurde beigebracht, wie sich die Zielgenauigkeit durch Raketensteuerung vergrößern läßt.

Auch in der Raketenforschung stellt die BRD darauf ab, schon im ,,zivilen'' Bereich die Erfahrungen zu sammeln, die für einen Raketenbau auch militärischer Art erforderlich sind.

Ein Genosse aus Baden-Württemberg

Anmerkungen

1) Heike Badewitz, Heinrich Kretschmar, Mario Birkholz, Forum Naturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung, „Krieg der Sterne, Laserwaffen im Weltall", in „Wechselwirkung" Nr. 20, Februar 84
2) Arbeitskreis Physik und Rüstung: „Die Bundesrepublik als heimlicher Waffenexporteur." Diese sehr lesenswerte Broschüre, aus der die Informationen über das deutsch-brasilianische Waffengeschäft in diesem Artikel entnommen sind, ist zu beziehen über CON, Medien- und Vertriebsgesellschaft, Westerdeich 38, Postfach 106545, 2800 Bremen (Preis 4,- DM).
3) Bundesministerium für Forschung und Technologie der Bundesrepublik Deutschland und Ministerium für Ausländische Angelegenheiten der Föderativen Republik Brasilien: „10 Jahre Zusammenarbeit BRD-Brasilien", Bonn 1979, S. 63.

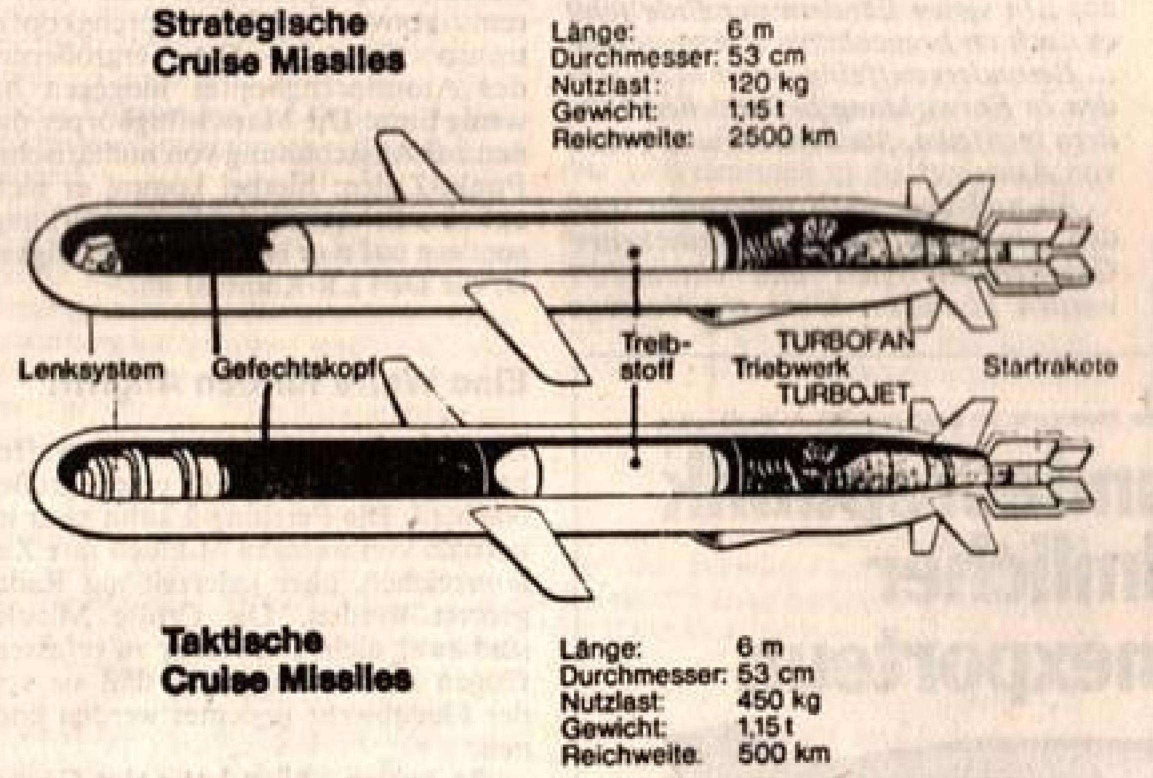
OTRAG: Raketen für Deutschland

Die OTRAG (= Orbital Transport- und Raketen-Aktiengesellschaft) wurde 1974 von einem gewissen Lutz T. Kayser gegründet. Offizieller Zweck der Gesellschaft, so hieß es, sei die Erprobung einer Billig-Rakete für zivile Satelliten. Die OTRAG-Gründung geht auf Bestrebungen in den 40er und 50er Jahren zurück: ,,*1956 fand sich ein Großteil der zwischendurch in verschiedenen Ländern arbeitenden Raketenforscher Hitlers in Stuttgart wieder zusammen und baute mit Hilfe der Bundesregierung und eines Industriekonsortiums unter Führung von Daimler-Benz das Forschungsinstitut für Physik der Strahlenantriebe (FPS) auf, aus dem später die OTRAG-Vorgängerfirma ,Technologieforschung GmbH' hervorging.''* (Arbeiterkampf Nr. 136, 21. Aug. 1978). Die gleichen Leute hatten im 2. Weltkrieg am ,,Projekt Wasserfall'' in Peenemünde gearbeitet, das in der OTRAG-Rakete seine direkte Fortsetzung findet.

ERstmals in die Schlagzeilen geriet die OTRAG, als sie 1975 in Zaire ein Gebiet von der Größe der DDR zur ,,uneingeschränkten Nutzung'' erwarb. Sie hatte sich damit ,,*in Zentralafrika eingenistet wie eine Feudalmacht. Bis zum Jahre 2000 hatte sie das Gelände gepachtet — und die Hoheitsrechte, wie eigene Gerichtsbarkeit, gleich dazu. Sie durfte eine eigene Wachtruppe unterhalten und die Ureinwohner nach Gutdünken umsiedeln. Kayser und die Seinen genossen diplomatische Immunität (in ganz Zaire — Anm. AK), Freiheit von Zoll und Steuer sowie das Recht, jedem Unerwünschten den Zutritt zu verweigern.''*

(Perdelwitz/Fischer, ,,Waffenschmiede Deutschland'', S. 302).

Damit hatte sich der BRD-Imperialismus in Form einer Kolonie ein eigenes Raketengelände geschaffen. Denn hinter der OTRAG mit ihrer offiziell genannten nur 1 Million DM Grundkapital verbergen sich die größten westdeutschen Rüstungskonzerne mit tatkräftiger Unterstützung der Bundesregierung: Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit MBB und Dornier, die bereits Cruise Missile-artige Flugkörper entwickelt haben, aber nicht über einen eigenen Testplatz verfügen. In Zaire wurden unterschiedlichen Quellen zufolge von der OTRAG Cruise Missiles aus bundesdeutscher Produktion getestet (s. AK 136).



Querschnitt durch einen strategischen und einen taktischen Marschflugkörper.
Quelle: Der Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.): Weißbuch 1979. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr. Bonn 1979, S. 103.

Weitreichende („strategische") CMs können bislang nur kleine „Nutzlasten" transportieren, da der Treibstoff zu viel wiegt. — Die DFVLR arbeitet an „Marschflugkörpern hoher Transportleistungen".

Bis 1978 wurde das Geheimprojekt mit mindestens 300 Millionen Dollar vom Bonner Kriegsministerium finanziert (AK Nr. 121, 23.1.78). Außerdem ist die OTRAG als Abschreibungsgesellschaft konzipiert mit der sehr hohen Abschreibungsquote von 325%! Dadurch erhielten die ,,stillen Gesellschafter'' weitere Millionen an Steuergeschenken mit Genehmigung der Oberfinanzdirektion Frankfurt und des hessischen Finanzministeriums.

Außerdem erhielt eine OTRAG-Tochterfirma über 10 Millionen DM aus dem Entwicklungshilfeetat für den Bau einer Brücke, die direkt ins OTRAG-Gebiet führt.

Für das Auswärtige Amt flogen 1977 OTRAG-eigene Flugzeuge Ausrüstungsgüter und Treibstoff in die Zaire-Provinz Shaba, als dort Unruhen ausgebrochen waren. Dafür kassierte die OTRAG fast 1 Million DM. Der BRD-Imperialismus war so direkt an der französisch-belgischen Invasion in Shaba beteiligt.

Allerdings mußte die OTRAG aufgrund des massiven internationalen Protests ihre Raketentests 1979 in Zaire aufgeben.

Nach einem kurzen Zwischenspiel in Libyen trennte sich die OTRAG inzwischen von Lutz Kayser ,,*und läuterte sich seitdem ,zum Partner der europäischen Raumfahrtforschung', wie die seriöse ,Süddeutsche Zeitung' meldete. Seit dieser Wandlung darf sie auch den Raketenstartplatz der ESA benutzen, 40 Kilometer nördlich der schwedischen Erzstadt Kiruna, rund 300 Kilometer vom Nordpol entfernt.''* (Perdelwitz/Fischer, a.a.O., S. 307)

Ein Genosse aus Baden-Württemberg

In den folgenden Ausgaben des Arbeiterkampf wurden Artikel zur OTRAG veröffentlicht: 111; 112; 113; 115; 116; 121; 125; 136; 138; 153; 217.

Anfragen an die Bundesregierung

In den letzten Monaten wurden von Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD Fragen zu Hochenergielasern gestellt, um Informationen über Laserwaffenforschung in der Bundesrepublik und die Zusammenarbeit mit den USA zu erhalten. Einige Auszüge:

Abgeordneter Vogt (Kaiserslautern/DIE GRÜNEN): ,,Welche Mittel aus dem Bundeshaushalt wurden bisher für Forschung und Entwicklung von Laser für militärische Zwecke ausgegeben?''

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretär Würzbach vom Bundesverteidigungsministerium am 6. Mai 1983: ,,Für Forschung und Entwicklung von Laser wurden bisher 107 Millionen DM ausgegeben.''

* * *

Abgeordnete Frau Dr. Hickel (DIE GRÜNEN): ,,Welche Firmen führen im Auftrag der Bundesregierung Forschung und Entwicklung von Lasern für militärische Zwecke aus?''

Staatssekretär Würzbach am 10. Mai 1983: ,,Zur Zeit arbeiten eine Reihe von Firmen an Forschungs- oder Entwicklungsaufträgen auch im Hinblick auf die Erforschung von Lasern. Eine Zusammenstellung habe ich in Auftrag gegeben.'' (Mit dem letzten Satz vermied es Peter-Kurt Würzbach gezielt, die an Hochenergielasern für militärische Zwecke arbeitenden Firmen bekanntzugeben. Der in Militärkreisen verbreitete WEHRDIENST kommentierte das am 6. Juni mit den Worten: ,,Man beachte: Würzbach hat nicht zugesagt, sie den Grünen noch nachzureichen. Von selbst wird die Firmenliste also nicht kommen. Die Grünen werden sie nur erhalten, wenn sie ausdrücklich darauf zurückkommen.'' Tatsächlich hat Erika Hickel die Liste bis heute nicht erhalten.)

* * *

Abgeordnete Frau Dr. Hickel (DIE GRÜNEN): ,,Welches sind die Ziele und Inhalte des zwischen der DFVLR und den USA bestehenden ,,Data Exchange Agreements'' auf dem Gebiet von Hochenergielasern?''

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Probst, Bundesministerium für Forschung und Technologie, vom 11. Mai 1983: ,,Ein ,Data Exchange Agreement' zwischen der DFVLR und den USA auf dem Gebiet von Hochenergielasern besteht nicht.'' (Zwei Monate später gelang dann im Forschungsministerium die Übersetzung von ,Data Exchange Agreement' zu ,Informationsaustausch-Abkommen'').

* * *

Abgeordneter Becker (Nienberge-/SPD): ,,Beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland an Forschung und Entwicklung der Laser-Technik in Amerika, und wenn ja, mit welcher finanziellen Beteiligung?''

Antwort des Staatssekretärs Dr. Probst vom 12. Juli 1983: ,,Die Bundesrepublik beteiligt sich nicht an F+E-Arbeiten zur Lasertechnik in den Vereinigten Staaten von Amerika; lediglich in einem Teilbereich gibt es ein Informationsaustausch-Abkommen.''

* * *

Abgeordneter Hecker (DIE GRÜNEN): ,,Was beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, damit die Forschung an Hochenergielasern keine militärische Anwendung findet?

Welchen wissenschaftlichen Fragestellungen galt bzw. gilt die Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit den USA auf dem Gebiet der Hochenergielaser?''

Dr. Probst am 6. Mai 1983: ,,Der verhältnismäßig jungen Lasertechnik wird übereinstimmend eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung zugemessen. Dementsprechend treiben alle Industrieländer die Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet mit zum Teil beachtlichem Mitteleinsatz voran. Dies gilt auch für den Teilbereich der Leistungs-und Hochenergielaser, die u.a. in der Materialbearbeitung, der Oberflächenveredelung und in der Chemie neue, vielversprechende Ansätze eröffnen; aus naheliegenden Wettbewerbsgründen gibt es hier keine Zusammenarbeitsabkommen.

Die Hochenergielaser sind keine spezifischen Instrumente. Es ist jedoch selbstverständlich, daß die zuständigen Stellen alle Erkenntnisse der naturwissenschaftlichen Forschung und Entwicklung auf einen möglichen und vertretbaren Beitrag zum Verteidigungsauftrag überprüfen.''

(Quellen: Bundestagsdrucksachen 10/64, Fragen 112, 119, 154, 155, 157 und 10/255, Frage 139; beide: Bonn, 1983)

Die atomare Sackgasse und die Zukunft der NATO

Im Frühjahr 1982 veröffentlichte das hochkarätige US-Politiker-Ensemble McGeorge Bundy (Sonderberater des US-Präsidenten für Fragen der internationalen Sicherheit, 1966-1979 Präsident der Ford-Foundation), George F. Kennan (ehemaliger US-Botschafter in Moskau und Belgrad sowie Vater der ,,containment''-Strategie), Robert S. McNamara (Verteidigungsminister der USA 1961-1968, anschließend Präsident der Weltbank bis 1981) und Gerard Smith (Leiter der US-Delegation bei den SALT-Verhandlungen 1969-1972, 1977 bis 1980 Sonderbotschafter und Sonderbeauftragter des Präsidenten der USA für Angelegenheiten der Nichtverbreitung von Kernwaffen) einen Aufsatz mit dem Titel ,,Kernwaffen und das Atlantische Bündnis''. Darin problematisierten sie die Rolle der Nuklearwaffen in der NATO-Strategie, befürworteten den Verzicht auf den ,,first use'' (Ersteinsatz) von Nuklearwaffen (bei gleichzeitigem Ausbau der konventionellen ,,Verteidigung''), und stellten den mililtärischen und politischen Sinn der ,,Nachrüstung'' infrage. (1) Seitdem können sich insbesondere Robert McNamara und George F. Kennan vor zweifelhaften Auszeichnungen ob ihrer nicht minder zweifelhaften Verdienste für den Weltfrieden kaum mehr retten.

Selbsternannte Sprecher der bundesdeutschen Friedensbewegung (in erster Linie solche, die in irgendeiner Weise mit der Sozialdemokratie verbunden sind) begrüßten die ,,Viererbande'' der USA als lang ersehnte Zeugen für die Existenz eines ,,anderen Amerikas''. Ähnlich gierig hatten sich dieselben Kreise zuvor auf Edward Kennedy gestürzt, als dieser einige atomkritische Äußerungen von sich gab. (2) Und ,,der grüne General'' beweist einmal mehr seine Unfähigkeit, über den eigenen Schatten zu springen, wenn er in seinem Buch ,,Frieden schaffen'' die Vorschläge der ,,Viererbande'' vorbehaltlos als Schritte in die richtige Richtung gutheißt und anpreist. Für die SPD und insbesondere diejenigen Teile der SPD, die mehr oder weniger Bauchschmerzen mit dem Atom-Optimismus der Reagen-Administration hatten, müssen die Vorschläge der ,,Viererbande'' seinerzeit einer Gabe des Himmels geglichen haben. Der Einfachheit halber, mangels eigener Ideen, aber auch aufgrund inhaltlich korrespondierender Diskussionen in den eigenen Reihen, wurden die Vorstellungen der ,,Viererbande'' im Kern übernommen. Aber auch aufgeklärtere Konservative wie Kurt Biedenkopf bezogen sich positiv auf die ,,Viererbande'', was manche Friedensbewegten wiederum forsch als Beweis für ihr erfolgreiches Hineinwirken in das christdemokratische Milieu interpretierten. Das alles ist wenig verwunderlich, wenn mensch in Rechnung stellt, daß die westdeutsche Friedensbewegung in erster Linie noch immer eine Bewegung gegen Atomwaffen und gegen einen Krieg mit dem Risiko der eigenen Vernichtung ist. Bis in das ,,linke'' und ,,unabhängige Spektrum'' hinein kann deshalb jeder, aber auch wirklich jeder, der gegen die ,,atomare Abschreckung'' polemisiert, auf wärmste Zustimmung hoffen. Daß solche Polemik oftmals von der Warte eines aufgeklärten Imperialismus aus erfolgt, der an den Atom-Optimismus der Bush, Gray, Payne, Weinberger u.a. nicht glauben mag, der das nuklearstrategische Patt als ,,atomare Sackgasse'' begreift, bleibt dabei ebenso unberücksichtigt, wie die Tatsache, daß die diesbezüglich geäußerten alternativen Vorstellungen bei genauer Betrachtung oftmals darauf hinauslaufen , den Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln auch im Zeitalter der gegenseitig gesicherten atomaren Vergeltung wieder führbar und gewinnbar zu machen.

Im Folgenden sollen die Vorstellungen der ,,Viererbande'' im Einzelnen referiert und beleuchtet werden.

Die Krise der Kriegsführung im Atomzeitalter

Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist die Krise der Kriegsführung im Atomzeitalter, im Zeitalter der gesicherten gegenseitigen Zerstörung per Zweitschlagskapazität, die jeden Ersteinsatz von Atomwaffen zu einem Spiel mit der eigenen Vernichtung macht. Die Autoren halten den ,,Sieg im Atomkrieg'' für unmöglich, und auch was den begrenzten Einsatz von Atomwaffen und den regional begrenzten Atomkrieg anbetrifft, weisen sie auf die Gefahr der globalen Eskalation zum allgemeinen Atomkrieg hin. ,,*Es ist Zeit zu erkennen, daß es niemandem je gelungen ist, einen überzeugenden Grund für die Annahme anzubieten, daß irgendein Einsatz von Kernwaffen, und sei es kleinsten Ausmaßes, mit einiger Sicherheit begrenzt gehalten werden könnte. Jede seriöse Analyse und jede militärische Übung im Laufe von mehr als 25 Jahren haben demonstriert, daß selbst der behutsamste Gefechtsfeldeinsatz zu enormer Vernichtung von Leben und Eigentum von Zivilisten führen würde. Es gibt für niemanden Anlaß, sich irgendwie darauf zu verlassen, daß ein solcher Nukleareinsatz nicht zu weiterem und noch vernichtenderem Schlagabtausch führen würde. Jeder Einsatz von Kernwaffen in Europa, sei es durch das Bündnis oder gegen es, schafft ein höhers und unentrinnbares Risiko der Eskalation in den allgemeinen Atomkrieg, der allen den Ruin und keinem den Sieg bringen würde''*. (3)

Die Zukunft der Allianz

Die Überlegungen der ,,Viererbande'' sind bestimmt von der Sorge um die politische Kohärenz der Allianz. Zweifellos hat die Diskussion um die ,,Nachrüstung'' und die damit einhergehende Auseinandersetzung um die Führbarkeit eines auf Europa begrenzten Atomkrieges schon immer existierende Widersprüche und Risse im Bündnis wieder deutlicher sichtbar gemacht. Das betrifft insbesondere die Frage der Akzeptanz der ,,flexible response''. Fünf Jahre lang hatten sich die Europäer zunächst gegen die Übernahme der ,,flexible response'' als ,,Verteidigungsstrategie'' für Europa gewehrt. Die Europäer bestanden im Gegensatz zu den USA auf eine möglichst schnelle Eskalation bis hin zur ,,nuklearstrategischen'' Konfrontation, d.h. dem totalen, globalen Atomkrieg. Dahinter stand das Kalkül, mit einer derartigen Befürwortung der Selbstvernichtung (nicht nur der Europäer, sondern eben auch der USA) jede reale Kriegsführung an der ,,europäischen Zentralfront'' solange zu unterlaufen, wie man sich im Bündnis nicht auf andere Optionen einigen konnte. Die USA hingegen hatten das Interesse, die ,,Nuklearschwelle'' möglichst hoch anzusetzen (vor allem die Schwelle zwischen dem Einsatz von taktischen

Atomwaffen und strategischen Atomwaffen), um das eigene Territorium aus einer Konfrontation mit der Sowjetunion weitestgehend herauszuhalten. Während die westeuropäischen NATO-Staaten (allen voran der Frontstaat BRD, für den bereits eine begrenzte atomare Kriegsführung mit taktischen Atomwaffen die totale Vernichtung zur Folge gehabt hätte) die „flexible response" als Eskalationsstrategie begriffen, wollten sie die USA als Kriegsführungsstrategie für eine auf Europa begrenzte Konfrontation verstanden wissen. Während die Europäer in den Atomwaffen primär Instrumente der „Abschreckung" und somit „politische Waffen" sahen, betrachteten die USA sie auch als Instrumente der Kriegsführung. Mit ihrer Forderung nach „Anhebung der Atomschwelle" und Zurückdrängung der Atomwaffen auf ihre Funktion als politische „Abschreckungswaffen" zeigt sich die „Viererbande" nun bemüht, diesen traditionellen, zumindest seit der Herstellung des nuklearstrategischen Patts existierenden und z.T. einfach durch die unterschiedliche geopolitische Lage der Bündnispartner bedingten Konflikt beizulegen, um einen neuen transatlantischen Konsens über die Strategie der NATO zu formulieren. Dieser soll nicht nur für die westeuropäischen Regierungen, sondern auch für die westeuropäische Öffentlichkeit akzeptabel sein. Denn im Zuge der „Nachrüstungs"debatte ist der ideologische Massenkonsens in Sachen „Sicherheitspolitik" arg ins Rutschen geraten. Ein Großteil der westeuropäischen Öffentlichkeit hält eine NATO-Strategie für unakzeptabel, die im Ernstfall mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ihre eigene Vernichtung zur Folge hätte.

Von daher versteht die „Viererbande" ihre Vorschläge auch als politische Initiative. *„Wir haben ein Problem der Militärpolitik erörtert, aber unser Interesse liegt auch auf rein politischem Gebiet. Die hauptsächliche, unmittelbare Gerfahr in der gegenwärtigen militärischen Lage des Bündnisses liegt nicht darin, daß sie zu einem Krieg großen Ausmaßes, konventionell oder nuklear, führen würde. Das Gleichgewicht des Schreckens und die Vorsicht auf beiden Seiten erscheinen heutzutage stark genug, um eine solche Katastrophe zu verhindern, zumindest solange keine zutiefst destabilisierende politische Veränderung eintritt, die auf dieser oder jener Seite zu Panik und Abenteurertum führt. Aber die jetzige unausgewogene Abstützung auf Kernwaffen könnte bei längerer Beibehaltung genau zu einer solchen politischen Veränderung führen. Die Ereignisse des letzten Jahres haben gezeigt, daß unterschiedliche Auffassungen im Bündnis über die Rolle der Kernwaffen zu destruktiven gegenseitigen Anschuldigungen führen können ... Der politi-*

Bündnis über die Rolle der Kernwaffen zu destruktiven gegenseitigen Anschuldigungen führen können ... Der politi-

sche Zusammenhalt des Bündnisses ist, besonders in spannungsvollen Zeiten, zumindest ebenso wichtig wie die zur Aufrechterhaltung einer glaubwürdigen Abschreckung erforderliche militärische Stärke. In der Tat gebührt dem politischen Erfordernis, wenn man überhaupt Prioritäten setzt, die höhere. Die Sowjetführer wären liebend gern dabei behilflich, das Bündnis in totalen Wirrwar abgleiten zu lassen, und sie würden einer solche Entwicklung den unausweichlichen Unwägbarkeiten eines offenen Konfliktes weit vorziehen. Umgekehrt werden, wenn ein Konsens über eine Militärpolitik an die die Völker und Regierungen des Bündnisses glauben können, wiederhergestellt wird, sowohl der politische Wille als auch die Glaubwürdigkeit der Abschreckung gestärkt werden." (4)

In der Tat haben die unterschiedlichen Auffassungen über die Rolle der Atomwaffen in der NATO-Strategie und die diesbezüglichen „destruktiven" Auseinandersetzungen die Gefahr eines Krieges in Europa eher gedämmt, da sich das Kriegsbündnis NATO selbst paralysierte, indem es sich nicht auf eine für alle seine Mitgliedsstaaten gleichermaßen akzeptable Strategie der Kriegsführung einigen konnte.

Schon in den 50er Jahren, so die „Viererbande", habe die Diskussion um die Rolle der Atomwaffen in der NATO-Strategie das Bündnis schweren Belastungen ausgesetzt. *„Die Vorstellung eines tatsächlichen Einsatzes von taktischen Kernwaffen (war) für Europäer und auch für mehr als nur ein paar Amerikaner einfach erschreckend. Militärische Pläne für einen solchen Einsatz blieben sowohl streng geheim als auch höchst hypothetisch; der Zusammenhalt des Bündnisses wurde gewahrt durch allgemeines Ignorieren solcher Szenarien, nicht aber durch beharrliche öffentliche Diskussion. In den sechziger Jahren kam es zu einem langwierigen und kräftezehrenden Bemühen, das Problem von auf den Schauplatz Europa beschränkten Kernwaffen in den Griff zu bekommen, aber es stellte sich heraus, daß eine Einigung über neue Kräfte und über Pläne für deren Einsatz nicht erreichbar war. Der Vorschlag einer Multilateralen Atomstreitmacht (Multilateral Force, MLF) wurde schließlich ersetzt durch die Assignierung amerikanischer Polaris-Unterseeboote an die NATO und durch die Einrichtung einer interalliierten Nuklearen Planungsgruppe in Brüssel. Viel mehr ist nicht erreicht worden. In den beiden genannten Jahrzehnten hielt die NATO mehr durch gegenseitiges politisches Vertrauen als durch plausible Pläne für nukleare Kriegsführung zusammen."* (5).

Die Nixon-Administration beschäftigte sich dann „eher im Stillen" mit der Frage der langfristigen Glaubwürdigkeit der „amerikanischen nuklearen Abschreckungsmacht". Einen Vorstoß unternahm Kissinger, als er in einer Rede in Brüssel am 1. September 1979 — dem 40. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges — die nukleare Verkoppelung der USA mit den Risiken eines europäischen Kriegsschauplatzes offen in Frage stellte. *„Weitere Anstöße sowohl zu neuer Doktrin als auch zu neuen Rüstungsmaßnahmen kamen während der Regierungen Ford und Carter, aber jede öffentliche Erklärung, so sorgfältig und qualifiziert sie auch gewesen sein mag, vergrößerte nur die europäischen Besorgnisse. Das Ziel beider Administrationen war die Verstärkung der Abschreckung, aber das Ergebnis war die Verstärkung der Angst vor dem Atomkrieg und sogar davor, daß die Amerikaner ihn anfangen könnten. Gedacht als Beiträge zu Rationalität und Glaubwürdigkeit, bewirkten diese Exkursionen in die Theorie des begrenzten Atomkriegs in Europa das Gegenteil."* (6).

Ähnlich erging es dem NATO-Doppelbeschluß zur „Nachrüstung", der im gleichen Jahr und an gleicher Stelle die von Kissinger infrage gestellte Risikoverkoppelung nach offiziellen Bekundungen militärisch und rüstungspolitisch wiederherstellen und glaubhaft unterstreichen sollte. Erreicht wurde allerdings bekanntlich das Gegenteil: Seit dem Brüsseler Beschluß der NATO wird in der beunruhigten westeuropäischen Öffentlichkeit wieder verstärkt über die amerikanische Absicht einer begrenzten nuklearen Kriegsführung diskutiert. Die „Viererbande" veranlaßt dies, den Doppelbeschluß als militärisch sinnlos und politisch schädlich zu kritisieren. *„Die Regierungen und ihre Vertreter halten nach außen hin die Einheit aufrecht, indem sie an der Unterstützung des Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 festhalten, demzufolge 572 neue amerikanische Raketen mittlerer Reichweite in Europa aufgestellt werden sollen, wenn in den im November 1981 aufgenommenen Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion keine befriedigende Übereinkunft über die Begrenzung solcher Waffen erreicht werden kann. Aber hinter dieser Fassade der Einigkeit finden zwietrachtsäende Debatten statt, besonders in Ländern, in denen die neuen Waffen stationiert werden sollen."* (7).

Anmerkungen

1) Bundy, Kennan, McNamara, Smith: Kernwaffen und das Atlantische Bündnis. In: „Europa-Archiv", 7/1982; der Beitrag erschien gleichzeitig in der Zeitschrift des Council of Foreign Relations, Foreign Affairs (Spring 1982). Damit war die Debatte um die Zukunft der NATO-Allianz und ihrer Strategie quasi offiziell eröffnet.
2) Kennedy, Hatfield: Stoppt die Atomrüstung, Hamburg, 1982
3) siehe Anmerkung 1
4) ebenda
5) ebenda
6) ebenda
7) ebenda

dsm

Die ich rief, die Geister, werd ich nicht los!

So oder so ähnlich könnte mensch das Winden kennzeichnen, mit dem sich die Unterzeichner der sog. „Heilbronner Erklärung" in der Öffentlichkeit um eindeutige Aussagen herumzudrücken versuchen. Verabschiedet worden war diese Erklärung am 17.12. letzten Jahres in der Nähe des Atomwaffenlagers Waldheide bei Heilbronn (s. auch AK 242). Prominente Schriftsteller und andere Persönlichkeiten (u.a. G. Grass, L. Rinser, A. Mechtersheimer) rufen darin — als Antwort auf die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen und die Einführung offener Angriffsstrategien durch USA und NATO — zur massenhaften Kriegsdienstverweigerung auf.

Aber das sollen wir nun doch alles nicht ganz so ernst nehmen: *„Das Wort ‚Wehrkraftzersetzung' ... habe er in diesem Zusammenhang nur ironisch gebraucht"* und *„mit dem Aufruf wolle man ‚eine Diskussion entfesseln', die Diskussion darüber, ob das derzeitige NATO-Konzept überhaupt noch im deutschen ‚nationalen Interesse' liege"*, so kommentiert jetzt der Initiator der Erklärung, Günter Grass (lt. FR, 27.2.84), in einem Streitgespräch

liege", so kommentiert jetzt der Initiator der Erklärung, Günter Grass (lt. FR, 27.2.84), in einem Streitgespräch

mit Vertretern der Soldaten-Gruppe „Darmstädter Signal", die selbst als Kritikerin der NATO-„Nachrüstung" auftritt.

Was wir also ernst nehmen sollen, das sind die „deutschen nationalen Interessen", darin waren sich alle Beteiligten dieses Gesprächs durchaus einig: *„Zur Zeit sei der Einfluß deutscher Soldaten in der NATO ‚gleich Null'"*, so Major Helmuth Prieß; und der Nicht-Unterzeichner Heinrich Böll meinte: *„Wir müssen den Begriff des Patriotismus neu entdecken"*, um *„ins Gespräch mit den Konservativen"* zu kommen (FR, 27.2.). Mit anderen Worten: Die militärische Durchsetzung der nationalen Interessen überlassen gestandene Sozialdemokraten den Konservativen, die friedliche übernehmen sie selbst.

Und noch eine andere Kontroverse, die zunehmend auch in der Friedensbewegung Eingang findet, wurde auf jenem Treffen angespochen: Von „Nachrüstungs"-kritischen Soldatengruppen wird der Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung als Schwächung ihrer Arbeit i n n e r h a l b der Bundeswehr angesehen, sodaß die Darmstädter (lt. taz, 27.2.) sogar so weit gehen, kritische Jugendliche lieber i n die Bundeswehr holen zu wollen!

Wir hielten es dagegen für sinniger, sich a u c h innerhalb der Bundeswehr für Kriegsdienstverweigerung einzusetzen und mit gutem Beispiel voranzugehen. Wem nützen Soldaten, die, wenn auch „unter Protest", die Kriegsvorbereitungen mittragen?

Wir dokumentieren im Folgenden den von der letzten Aktionskonferenz der Friedensbewegung in Köln verabschiedeten und inzwischen vom Koordinationsausschuß überarbeiteten Wortlaut des Aufrufs zur Verweigerung aller Kriegsvorbereitungen und Kriegsdienste. Die oben angeführte Kontroverse spiegelt sich hier im drittletzten Absatz.

Antimil-Kommission KB-Göttingen

Verweigert jetzt!
Aufruf
Zur Verweigerung aller Kriegsvorbereitungen und Kriegsdienste

Trotz millionenfachen Protests gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen und die damit verbundene Erhöhung der Kriegswahrscheinlichkeit haben sich die meisten Regierungen der Stationierungsländer und der USA über den Willen der Bevölkerung hinweggesetzt. Die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles sowie die verstärkte konventionelle und chemische Aufrüstung sind Ausdruck einer neuen offensiven Militärstrategie der USA und zunehmend ihrer NATO-Verbündeten. Der Airland-Battle-Plan, die Kriegsführungs- und Enthauptungsstrategien in der „Verteidigungsrichtlinie" des Pentagon sowie der Plan von NATO-Oberbefehlshaber Rogers erhöhen insbesondere durch ihren Gesamtzusammenhang die Kriegsgefahr. Mit diesen Konzepten sollen militärische Konflikte in der Dritten Welt und in Europa mit konventionellen, chemischen und atomaren Waffen führbar und letztlich gewinnbar gemacht werden.

Diese Entwicklung lehnen wir ab. Aktives Handeln gegen diese wachsenden Kriegsgefahren ist das Gebot der Stunde. Deshalb rufen wir zur Verweigerung von Kriegsvorbereitungen in allen gesellschaftlichen Bereichen auf.

Wir rufen zur Verweigerung aller Kriegsvorbereitungen und Kriegsdienste auf.

Wir rufen zur Verweigerung aller Kriegsvorbereitungen und Kriegsdienste auf.

Unser Ziel ist es, neben anderen Formen des gewaltfreien Widerstandes auch durch massenhafte und vielfältige Formen der Verweigerung militärische Offensivpläne von NATO und Bundeswehr zu durchkreuzen. Deshalb rufen wir alle Bürgerinnen und Bürger auf, ihre Verweigerung der Kriegsvorbereitung durch die Unterzeichnung folgender Selbstverpflichtung öffentlich zu machen:

„Angesichts der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles und der Entwicklung neuer offensiver Militärstrategien innerhalb der NATO verweigere ich hiermit jede Form der Mitwirkung an Kriegsvorbereitungen. Ich erkläre bereits jetzt, daß ich mich auch im ‚Ernstfall' allen Befehlen widersetze, die meine Einberufung zu militärischen oder zivilen Einheiten verlangen, die der Vorbereitung und Führung von Kriegen dienen."

Die Zustimmung zu dieser Verpflichtung erfordert entsprechend konsequentes Handeln. Formen der Verweigerung sind u.a.:

- Verweigerung des Kriegsdienstes durch Soldaten und Wehrpflichtige
- Verweigerung des Kriegsdienstes durch Reservisten
- Verweigerung aller bestehenden und geplanten Kriegs- und Kriegshilfsdienste durch Frauen
- Verweigerung jeglicher Wehrpflicht und Reservepflicht (Totalverweigerung)
- Verweigerung aller Tätigkeiten im Zivilschutz
- Verweigerung aller ABC-Abwehrausbildungen in Katastrophenschutz und Gesundheitswesen
- Verweigerung der Katastrophenmedizin und Gesundheitssicherstellung für den Atomkrieg sowie entsprechende Vorbereitungen hierauf
- Verweigerung der Mitwirkung an Kriegsgerichten
- Verweigerung von Wehrkundepropaganda und Wehrkunde an den Schulen und in den Medien
- Verweigerung von Rüstungsforschungen und Wehrkunde an den Hochschulen
- Verweigerung von militärischen und zivilen Überwachungsanordnungen
- Verweigerung von Kriegssteuerzahlungen
- Verweigerung aller in diesem Rahmen entstehenden Ausgaben und Maßnahmen in den kommunalen, Landes- und Bundesparlamenten.

Wir sind solidarisch auch mit denjenigen Menschen, die in der Bundeswehr und in anderen gesellschaftlichen Bereichen aktiv gegen die Planung von Offensivstrategien und gegen die Vorbereitung des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen politisch arbeiten und Widerstand leisten.

Der politische Preis für eine neue offensive Militärstrategie der USA und ihrer NATO-Verbündeten wird um so höher, je mehr Menschen ihrer Verweigerung weiteres friedenspolitisches Handeln folgen lassen und Alternativen entwickeln und öffentlich machen.

Die Verweigerungen werden den zuständigen Behörden angezeigt sowie auf örtlicher Ebene bekanntgemacht und in der Geschäftsstelle des Koordinationsausschusses gesammelt. Darüber hinaus wird es gemeinsame Aktionen der Verweigerer geben.

Ein Schritt nach vorn, ein Schritt zurück?

Gründungsversammlung für eine Anti-NATO-Initiative ohne Ergebnis

Auf Einladung linker BAF/BUF-Kreise trafen sich am 18. Februar in Bonn ca. 50 Leute, um über die Möglichkeiten einer Anti-NATO-/Raus aus der NATO-Kampagne zu beratschlagen. Anwesend waren Mitarbeiter von Friedensinitiativen aus Dortmund, Bochum, Köln, Kassel, Marburg, Hagen, Hamburg, Göttingen (Göttinger AK), Bremerhaven, Bonn sowie Grüne Niedersachsen, Mittelamerika-Komitee Bonn, KB, DKP (!) und „KPD"/„Volksfront".

Am Anfang diesbezüglicher Bemühungen stand eine Erklärung „Kein Frieden mit der NATO", herausgegeben vom linken Teil des „unabhängigen Spektrums", in der die Forderung nach einem Austritt der BRD aus der NATO entwickelt und begründet wurde. Diese Erklärung hatte seinerzeit mit dazu beigetragen, daß in der Friedensbewegung die Debatte um die NATO endlich eröffnet wurde. Am 18.2. stand nun u.a. der Vorschlag der Gründung eines „Komitees 'Raus aus der NATO'" auf der Tagesordnung, das die Möglichgkeit bieten sollte, *„auch unabhängig von denkbaren und erstrebenswerten Kompromissen in der Friedensbewegung für die Forderung 'Raus aus der NATO' zu werben. Ein derartiges 'Komitee' könnte den ideologischen und organisatorischen Bezugspunkt und Gegenpol zu den (sozialdemokratischen) Funktionalisierungs- und Reintegrationsbemühungen darstellen. Wir verstehen die von uns ergriffene Initiative nicht als Konkurrenzprojekt zur 'Bundeskonferenz der unabhängigen Friedensbewegung', sondern vielmehr als T e i l dieses Zusammenhangs. Wenn wir es trotzdem für notwendig erachten, eine gesonderte Arbeitskonferenz zu dieser Frage abzuhalten, dann nur deshalb, weil es in dieser Frage im Spektrum der 'unabhängigen Friedensbewegung' unterschiedliche Auffassungen gibt"* (aus der Einladung).

Die Arbeitskonferenz konnte die in sie gesteckten Hoffnungen nicht erfüllen. Anstatt über die NATO und die Möglichkeiten einer Anti-NATO-Kampagne zu diskutieren, entbrannte eine stundenlange Debatte um die Frage der Beurteilung sowjetischer Außen- und Sicherheitspolitik in diesem Kontext. Die Mehrheit der Anwesenden

ge der Beurteilung sowjetischer Außen- und Sicherheitspolitik in diesem Kontext. Die Mehrheit der Anwesenden

hatte sich zweifellos in der Hoffnung nach Bonn begeben, dort explizit einmal nicht diese Debatte (149. Folge) führen zu müssen, zumal in der Einladung die „Geschäftsgrundlage" eindeutig definiert war. Aber die wenigen Anhänger der Sozialimperialismus-Theorie aus dem ML-Lager („KPD" u.a.) verstanden es wieder einmal, die Debatte auf die SU zu konzentrieren. In Anbetracht des wenig berauschenden Diskussionsverlaufes wurde die „Komitee"-Gründung erst einmal vertagt. Aus dem Kreis der Anwesenden heraus ein „Komitee" zu gründen, hätte in der Tat wenig Sinn ergeben, dazu mangelte es an der hierzu erforderlichen politischen Übereinstimmung.

Das linke Spektrum im Lager der „Unabhängigen" nimmt diesbezüglich bislang eher eine abwartende und konsumierende Haltung ein. Solange sich hieran nichts ändert, wird jedoch auch das Mittun von Organisationen wie der „KPD", die zwar einerseits lieb und vehement das „Raus aus der NATO" propagiert, andererseits jedoch der „Supermachtstheorie" anhängt (was im völligen Widerspruch zum „Raus aus der NATO" steht und nur mit den totalen inhaltlichen Defiziten dieser Gruppe zu erklären ist), immer ein Problem darstellen.

Konkret vereinbart wurde die Herausgabe eines Info-Blattes, das noch einmal die Forderung „Raus aus der NATO" begründen sowie sich mit anders lautenden Positionen in der Friedensbewegung („Sicherheitspartnerschaft", „Auflösen der Blöcke in Ost und West") auseinandersetzen soll. Des weiteren wurde beschlossen, einen Aufruf zu verbreiten, mit dem für die Idee einer Anti-NATO-Kampagne bzw. eines Anti-NATO-Komitees geworben werden soll. Ein nächstes Treffen wird voraussichtlich am 30. März in Göttingen stattfinden (Kontakt bleibt weiterhin Werner Rätz, Konrad-Adenauer-Platz 1, 5300 Bonn 3, Tel.: 0228/460403).

dsm

Who is Who? - Robert McNamara und George F. Kennan zwei alte Bekannte

Robert S. McNamara, „Republikaner", ehemaliger US-Verteidigungsminister (1960-1968; in seine Amtszeit fiel die „Kuba-Krise") und später Präsident der Weltbank, Ideenproduzent US-amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik, wie sein Kompagnon und Co-Autor George F. Kennan, und Vertreter eines „aufgeklärten Imperialismus". Unvergessen bleibt sein Auftritt vor der Jahrestagung der Weltbank 1973 in Nairobi, als McNamara mit tränenerstickter Stimme und unter Benennung harter Tatsachen die Entwicklung von der „relativen Armut" zur „absoluten Armut" in der Dritten Welt geißelte. Ein Aussteiger, der überwältigt von dem unvorstellbaren Elend an der Peripherie dem metropolitanen Imperialismus den Rücken zuwendet? Keineswegs. Die für die frühen 70er Jahre typische Aufmerksamkeit offizieller Institutionen der weltweiten „Entwicklungsplanung" (zu denen die Weltbank gewissermaßen als Instanz des „ideellen Gesamtkapitalisten" gehört) für den fortschreitenden Verelendungsprozeß an der Peripherie war in der Erkenntnis begründet, *„daß gesellschaftliche Verhältnisse struktureller Gewalt, in denen Menschen per Gesellschaftsordnung vorzeitig getötet werden, meist kurzfristig durch den Einsatz direkter Gewalt stabilisierbar sind, daß eine solche Stabilisierung jedoch langfristig umso unwahrscheinlicher ist, je mehr sich solche Verhältnisse objektiv verschärfen, d.h. je mehr Menschen in einem elementaren Sinne verarmen und je mehr die Legitimation der überkommenden Unrechtsordnung brüchig wird und an Boden verliert; weiterhin: je mehr die Leidtragenden dieser Verhältnisse sich ihrer Lage bewußt werden, und je mehr sie ihre Interessen zu artikulieren, politisch zu organisieren und durchzusetzen lernen. Angesichts sich verschärfender gesellschaftlicher Widersprüche erscheint die jahrzehntelang in den Gesellschaften der Dritten Welt implementierbare Dialektik von direkter und struktureller Gewalt nicht mehr als Garant für die Sicherung des gesellschaftlichen Status Quo. Die realistische Einschätzung der Lage, wie sie in McNamaras Bericht zum Ausdruck kommt, ist deshalb auch nicht als Ausfluß moralischer Empörung zu interpretieren, sondern als Ausdruck eines langfristigen Kalküls wohlverstandenen Eigeninteresses der kapitalistischen Metropolen"*.(Senghaas, 1977).

Unter dem Minister McNamara erlangte die Militärstrategie der „flexible response" Gültigkeit. Zuvor hatte Kissinger, ein weiterer Mann in der Riege „aufgeklärter Imperialisten", im Auftrag der außenpolitischen Denkschule und des Koordinierungs- und Planungsstabes der US-Außenpolitik, des „Council on Foreign Relations" (1), die Vorstellungen formuliert, die letztendlich zur Ablösung der Strategie der „massiven Vergeltung" („massive retaliation") der Dulles-Ära durch die Strategie der „flexible response" führten.

und des Koordinierungs- und Planungsstabes der US-Außenpolitik, des „Council on Foreign Relations" (1), die Vorstellungen formuliert, die letztendlich zur Ablösung der Strategie der „massiven Vergeltung" („massive retaliation") der Dulles-Ära durch die Strategie der „flexible response" führten.

Seit ehedem galten McNamaras Sorgen der Führbarkeit von Kriegen im Zeitalter nuklearstrategischen Patts. Entgegen aller Friedensrhetorik machte die Kennedy-Administration Anfang der 60er Jahre klar, daß die Stärkung der US-Streitkräfte an erster Stelle der politischen Gesamtrevision durch die neue Regierung stand. In der „sicherheitspolitischen" Debatte standen sich in den 60er Jahren zwei Positionen gegenüber: Die eine spekulierte mit der Führbarkeit eines Atomkrieges und der Möglichkeit nuklearer Präventivschläge; sie legte eine Renaissance der „massive retaliation" unter Berücksichtigung der veränderten politischen und militärischen Rahmenbedingungen nahe. McNamara hingegen griff auf die bereits von Kissinger, General Maxwell D. Taylor und Kennan formulierte Einsicht zurück, daß es im Zeitalter des nuklearstrategischen Patts unmöglich sei, einen totalen Atomkrieg zu gewinnen. McNamara warf die Frage auf, wie unter den veränderten politischen und militärischen Bedingungen ein Krieg wieder führbar und gewinnbar gemacht werden könnte. Er befürwortete die Konkretisierung einer den zeitgenössischen und vorhersehbaren Kräfterelationen angemessenen Doktrin, die sich an der Option „abgestufter Kriegsführung" zu orientieren habe. Dieses Vorhaben stand keineswegs im Widerspruch zur amerikanischen Hochrüstung dieser Jahre; es setzte lediglich die Akzente anders. Es ging zum einen darum, militärisch brauchbare, d.h. mit Erfolgsaussichten anwendbare Kriegsführungsoptionen (unterhalb der Schwelle eines totalen Atomkrieges) zu finden, um lokale Kriege im Schatten des strategischen Patts wieder führbar zu machen und sozialrevolutionären Bewegungen in der Dritten Welt militärisch begegnen zu können. Kissinger hatte 1957 konstatiert, daß der Versuch, „sowjetische Übergriffe" mit der Drohung eines umfassenden Atomkrieges „eindämmen" zu wollen, ein bewußtes Spiel mit dem Risiko des „nationalen Selbstmordes" wäre. *„Die Strategie kann die Politik nur dadurch unterstützen, daß sie eine möglichst hohe Zahl von Zwischenstufen zwischen dem totalen Frieden — der die totale Übergabe bedeuten kann — und dem totalen Krieg entwickelt". „Eine Strategie des begrenzten Krieges könnte dazu führen, diese Tendenz* („Erweiterung des sowjetischen Einflußes") *umzustoßen oder zumindest aufzuhalten. (...) Wir müssen imstande sein, den Gegner in eine Lage zu bringen, aus der er sich nur durch den totalen Krieg herausziehen kann, während wir ihn gleichzeitig durch die Überlegenheit unserer Vergeltungsfähigkeit davon abhalten, diesen Schritt zu tun".* (Kissinger, 1959). Mit der „flexible response" glaubten McNamara u.a. die Antwort auf die von Kissinger aufgeworfenen Probleme und Fragen gefunden zu haben. Es galt nicht, einen Angriff des Warschauer Paktes abzuschrecken, sondern den Warschauer Pakt von militärischen R e a k t i o n e n auf Offensiven der Nato vermittels der überlegenen Vergeltungsfähigkeit der USA abzuhalten. Eine „Vergeltungsfähigkeit", die, wie der stellvertretende US-Verteidigungsminister Gilpatric erklärte, *„wenigstens so umfangreich ist, wie das Raketenpotential, das die Russen abzufeuern imstande sind, wenn sie den ersten Schlag führen".*

McNamara äußerte sich skeptisch bezüglich der seitens der US-Luftwaffe favorisierten Strategie des „entwaffnenden Erstschlages", da *„gleichgültig, welche Art von strategischen Waffen wir auch bauen, wir Verluste, die in die Zehnmillionen gehen, nicht ausschließen können".* McNamara gestand damit Anfang 1963 öffentlich die Unmöglichkeit eines nuklearen Erstschlages ein. *„McNamaras Bericht zufolge werden die USA keinen Versuch unternehmen, Waffen zu entwickeln, die sämtliche sowjetischen Abschußbasen für Fernlenkwaffen zu zerstören imstande wären. Er sagte, dies würde nicht durchführbar sein".*(„New York Times" v. 1.2.63, zitiert nach Horowitz, 1969). Kissinger hatte bereits ein halbes Jahr zuvor warnend darauf hingewiesen, daß die Zeitspanne, in der sämtliche sowjetischen Raketen durch einen Gegenschlag vernichtet werden könnten, begrenzt sei. Die Auflockerung und Befestigung der Abschußbasen sowie die Entwicklung Raketenbestückter U-Boote würde es zukünftig unmöglich machen, den Standort aller Raketen des Feindes herauszubekommen und somit die Gefahr eines vernichtenden Vergeltungsschlages auszuschalten.

Die Entwicklung des nuklearstrategischen Kräfteverhältnisses, die Herausbildung eines sowjetischen Zweitschlagspotentials sprachen für die Annahme einer Doktrin begrenzter Kriegsführung unterhalb der Schwelle zur totalen atomaren Konfrontation. Das Eingeständnis der Unfähigkeit zum nukle-

Die Entwicklung des nuklearstrategischen Kräfteverhältnisses, die Herausbildung eines sowjetischen Zweitschlagspotentials sprachen für die Annahme einer Doktrin begrenzter Kriegsführung unterhalb der Schwelle zur totalen atomaren Konfrontation. Das Eingeständnis der Unfähigkeit zum nukle-

aren Erst- und Entwaffnungsschlag war der Ausgangspunkt für die dann folgenden US-Initiativen zur Aufrüstungsbegrenzung im nuklearen Bereich.

Wann immer in den USA und in der Allianz eine außen- und „sicherheitspolitische" Strategiedebatte geführt wurde und wird, tauchte fast unvermeidlich auch der Name **George F. Kennan** auf. Zunächst formulierte Kennan unter dem Pseudonym „Mr.X" 1947 die Grundzüge der US-amerikanischen „Containement"-Politik, als Versuch eines umfassenden „Roll Backs" gegen die Sowjetunion und ihren aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangenen Machtbereich. 1946 schrieb der Sowjetunion-Kenner Kennan (1952 wurde er US-Botschafter in Moskau), daß *„gemessen an der westlichen Welt insgesamt.... die Sowjets noch bei weitem schwächer (sind). Ob sie Erfolg haben, hängt also wirklich von dem Maß an Zusammenhalt, Festigkeit und Kraft ab, das die westliche Welt aufbringen kann. Und das ist ein Faktor, den zu beeinflussen in unserer Macht steht... Infolge seiner kürzlichen Territorialgewinne wird das sowjetische innere Gefüge sich einer Reihe zusätzlicher Belastungen ausgesetzt sehen, die einst für den Zarismus eine schere Bürde waren".* Auf dieser Einschätzung begründete sich sein Entwurf einer westlichen „Containment"-Politik. In seinem 1947 entstandenen und berühmt gewordenen Aufsatz „The Sources of Soviet Conduct" schrieb Kennan u.a.: *„...In Wirklichkeit sind die Möglichkeiten amerikanischer Politik keineswegs darauf beschränkt, die Front zu halten und das Beste zu hoffen. Es ist den Vereinigten Staaten durchaus möglich, durch ihre Aktionen die innere Entwicklung sowohl in Rußland selbst als auch innerhalb der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung zu beeinflussen... Die Vereinigten Staaten haben es in der Hand, die Belastungen, unter denen die sowjetische Politik operieren muß, enorm zu verschärfen... und auf diese Weise Entwicklungen zu fördern, die mit der Zeit ihren Ausdruck entweder im Zusammenbruch oder in der allmählichen Aufweichung der sowjetischen Macht finden müssen."*

Der damalige US-Präsident Truman griff die Vorschläge Kennans für eine gezielte Koordination westlicher Ressourcen, die später in der Gründung der NATO mündete, und für eine unmittelbare Offensive gegen die UdSSR und ihr osteuropäisches Vorfeld in seiner „Truman-Doktrin" auf. Sie war das Konzentrat jahrelanger außenpolitischer Strategiediskussionen. Der traditionelle, auf alle Regionen des Globus ausgedehnte Sicherheitsbegriff der USA wurde hier mit der „intersystemaren" ideologischen Auseinandersetzung der Nachkriegszeit verknüpft. Mit der „Truman-Doktrin" bekundeten die USA ihre Entschlossenheit, die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und ihrem Gesellschaftssystem konfrontativ als „Kalten Krieg" mit dem erklärten Ziel der Auflösung des unter sowjetischer Vorherrschaft stehenden Blocks zu führen. Die absehbare Brechung des US-amerikanischen Atomwaffenmonopols durch die UdSSR setzte Ende der 40er / Anfang der 50er Jahre eine Überprüfung der „Containment"- Politik auf die Tagesordnung. Es galt nun, die Prämissen des „Kalten Krieges" fundierter zu diskutieren sowie das Verhältnis von tagespolitischen Initiativen zu langfristigen politisch-strategischen Zielen präziser zu bestimmen.

Mit der Brechung des Atomwaffenmonopols der USA war der Wert der Atombombe als „Superwaffe" und Instrument der Kriegsführung in Frage gestellt. Einer der Ersten, der auf dieses Problem verwies und nach Auswegen aus der Sackgasse des sich mittelfristig abzeichnenden „nuklearstrategischen Patts" suchte, war George F. Kennan, der sich überdies immer gegen eine primär militärische Auslegung seiner „Containment"-Theorie verwahrt hatte, sondern ein differenzierteres Vorgehen befürwortete. 1954 forderte Kennan deshalb ein „Gleichgewicht zwischen konventionellen und Massenvernichtungswaffen", um sich nicht von Waffen abhängig zu machen, „deren Einsatz uns im Ernstfall vielleicht doch zu abenteuerlich erschiene." Schon damals forderte Kennan die Reduktion der Atomwaffen auf ihre „Abschreckungsfunktion"; über den Ersteinsatz von Atomwaffen müsse nachgedacht werden. *„Je rascher wir lernen, die Massenvernichtungswaffen nur auf ihren Abschreckungswert hin zu entwickeln, desto rascher können wir von jenem Grundsatz abrücken, den man das Prinzip der 'Erstanwendung' solcher Waffen nennt".* Die folgenden Sätze verdeutlichen, aus welchen Motiven Kennan gegenüber der Atombombe eine skeptische Haltung einnimmt: weil die Tatsache, daß die Sowjetunion ebenfalls über diese Waffe verfügt, ihren

Grundsatz abrücken, den man das Prinzip der 'Erstanwendung' solcher Waffen nennt". Die folgenden Sätze verdeutlichen, aus welchen Motiven Kennan gegenüber der Atombombe eine skeptische Haltung einnimmt: weil die Tatsache, daß die Sowjetunion ebenfalls über diese Waffe verfügt, ihren

Einsatz zu einer selbstmörderischen und somit im Sinne imperialistischer Kriegsführung kontraproduktiven Angelegenheit macht, sie also auch in ihrer Wirkung als Instrumentarium der politischen Diplomatie paralysiert. *„Das eigentliche Ziel politischen Handelns besteht letztlich darin, auf die tieferen Überzeugungen der Menschen einzuwirken. Dazu ist die Atombombe nicht in der Lage. Der selbstmörderische Charakter dieser Waffe* (der sich ja ausschließlich aus der Tatsache ergibt, daß die Gegenseite ebenfalls über diese Waffe verfügt und sie im Falle eines US-amerikanischen Angriffs vielleicht einsetzen würde; Anm. des Autors) *läßt sie weder als diplomatisches Sanktionsmittel noch als Grundlage einer Allianz geeignet erscheinen. Solch eine Waffe kann einfach nicht dazu dienen, politische Anliegen durchzusetzen oder seinen Freunden Beistand zu leisten. Es kann keine vernünftige Beziehung zwischen solch einer Waffe und den normalen Zielen nationaler Politik vorliegen. Ein Verteidigungskonzept, in dessen Mittelpunkt eine letztlich selbstmörderische Waffe steht, kann auf lange Sicht nur zur Lähmung der nationalen Politik führen, Bündnisse zerrütten und alle Beteiligten nur tiefer und tiefer in den hoffnungslosen Rüstungswettlauf treiben.* (Kennan, 1958).

Beim Lesen dieser Zeilen fällt ins Auge, wie sehr die damalige Diskussion mit der aktuellen Diskussion um die Strategie des Bündnisses und ihre Akzeptanz durch die europäischen Bündnispartner und die Öffentlichkeit verwandt ist. Kennan spricht sich dann weiter für die Entwicklung einer Doktrin „begrenzter Kriegsführung" aus, die die Option der Anwendung von Gewalt in der internationalen Politik auch im Atomzeitalter offen halten soll. *„Zahlreiche kluge Leute haben, als sie erkannten, welche verheerenden Folgen die Wasserstoffbombe* (als Steigerung der Atombombe; Anm. des Autors) *und die weitreichenden Raketen als Grundlage unserer Verteidigungspolitik hatten, für den gleichzeitigen Ausbau anderer und differenzierterer Waffengattungen plädiert, für Waffengattungen, deren Einsatz für irgendwelche lohnenden begenzten nationalen Ziele denkbar wäre, ohne daß ein solches Unterfangen gleich auf Selbstmord hinauslaufen müßte. Manche hatten eine Politik vertreten, die sich die Politik der 'abgestuften Abschreckungsmittel' nannte. Andere hatten vorgeschlagen, die Voraussetzungen zu schaffen, um einen 'begrenzten Krieg' führen zu können, worunter sie einen Krieg verstehen, der sowohl hinsichtlich seiner Zielsetzung als auch hinsichtlich der Vernichtungsgewalt seiner Waffen begrenzt wäre. In beiden Fällen ging es darum, eine Alternative zur Wasserstoffbombe als Grundlage der nationalen Verteidigung zu finden. Ich denke, diese Überlegungen verdienen unsere Sympathie und Achtung. Sie gehen in die richtige Richtung. Gewalt ist ein unabdingbarer Bestandteil der menschlichen Beziehungen und wird es immer sein. Die Alternative zu einer hoffnungslosen Form der Gewalt kann niemals überhaupt keine Gewalt heißen. Der erste Schritt fort von atomaren Schrecken kann nur die Entwicklung von Gewaltwerkzeugen sein, die in ihrer Wirkung flexibler, differenzierter und weniger selbstmörderisch sind. Wenn es möglich wäre, solche Instrumente in einer von den Atomwaffen klar unterscheidbaren Form zu entwickeln, wäre das fraglos der natürlichste Ausweg aus dem Dilemma"* (Kennan ,1958). Kennan schlug somit schon 1958 vor: a) Atomwaffen auf ihre „Abschreckungsfunktion" zu reduzieren sowie über einen Verzicht auf den „first use" von Atomwaffen nachzudenken; b) an Stelle der unhandlichen atomaren Potentiale präzisere und weniger selbstmörderische konventionelle Waffen zu entwickeln (unterscheidbar von den Atomwaffen, um nicht eventuell mit einem konventionellen Schlag einen atomaren Gegenschlag zu provozieren), um die „Gewalt als unabdingbarer Bestandteil der menschlichen Beziehungen" im Schaten der Atombombe wieder praktizierbar zu machen.

In der außen- und „sicherheitspolitischen" Strategiedebatte der späten 50er/frühen 60er zog Kennan z.T. andere militär-strategische Konsequenzen als Kissinger. *„Die Unlust der Russen, sich aus ihrer Zone Deutschlands zurückzuziehen und den Völkern Osteuropas die volle Freiheit wiederzugeben, entspringt zum Teil aus politischen Erwägungen, an denen eine erhöhte Stärke der NATO nicht das geringste ändern würde — und zum Teil liegt sie gerade an der militärischen Stellung Englands und Amerikas auf dem Kontinent, die man jetzt zu verstärken gedenkt".*(Kennan, 1958). Alleine eine beiderseitige Truppenreduzierung könne die europäische und deutsche Teilung überwinden und langfristig eine gesamteuropäische Einigung auf der

rade an der militärischen Stellung Englands und Amerikas auf dem Kontinent, die man jetzt zu verstärken gedenkt".(Kennan, 1958). Alleine eine beiderseitige Truppenreduzierung könne die europäische und deutsche Teilung überwinden und langfristig eine gesamteuropäische Einigung auf der

Grundlage bürgerlicher Werte und Institutionen ermöglichen. *„Ich kann mir keinen Ausweg aus diesem Dilemma vorstellen, der nicht den baldigen Abzug der russischen Truppen aus den Satellitenstaaten zur Voraussetzung hätte."* Später kritisierte er in einer retrospektivischen Analyse der US-Außenpolitik der Nachkriegsjahre die Dominanz des primär militärstrategischen Kategorien verhafteten Denkens über eher politische Erwägungen, das die Nutzung vorhandener politischer Optionen in Europa verbaut habe. *„Alle diese großen Ziele... die Lösung des Problems der deutschen Wiedervereinigung, die Beseitigung der Spaltung des Kontinents im allgemeinen, die Reintegration der mittel- und osteuropäischen Völker in die europäische Gemeinschaft und die Entwicklung einer europäischen Einheit in kontinentalem Maßstab... wurden mit einem Schlage der Errichtung einer militärischen Verteidigung (NATO) gegen einen Angriff geopfert, den niemand plante... Eine derart unangebrachte Akzentverschiebung konnte, wie mir scheint, nur dem Gehirn von Leuten entsprungen sein... die sich zum Schaden aller ernsthaften politischen Erwägungen ausschließlich mit militärischen Problemen beschäftigen, von Leuten, die sich eine günstige Zukunft Europas nur in Verbindung mit einer völligen militärischen Niederlage der Sowjetunion bzw. einem spektakulären, unerklärbaren und gänzlich unwahrscheinlichen Zusammenbruch des politischen Willens ihrer Führung vorzustellen vermögen. Von dem Augenblick an, da man sich für diesen Schritt entschied, wurde die friedliche Lösung der größten europäischen Probleme auf jeder anderen Basis als der ständigen Teilung Deutschlands und des Kontinents mit stillschweigender Einbeziehung der osteuropäischen Völker in den sowjetischen Machtbereich auf unbestimmte Zeit theoretisch fast undenkbar, und heillose Verwirrung bemächtigte sich des*



Grundprinzips westlicher Politik."(Kennan, 1965). Im Bereich der Militärpolitik vertrat Kennan mit diesen Auffassungen eher eine Minderheitsposition. Mit der Einschätzung, die politischen, sozialen, ökonomischen und militärpolitischen Nachkriegsentwicklungen in Ost- und Mitteleuropa seien nach wie vor „unakzeptabel" und „unhaltbar", somit grundsätzlich revisionsbedürftig, teilte er hingegen die Mehrheitsmeinung der US-Administration in Sachen Ostpolitik. Es war kein Streit um das Ziel, sondern um den gangbarsten Weg dorthin.

Auch bezüglich der US-Außenpolitik gegenüber der Dritten Welt kritisierte Kennan die Schwerpunktsetzung auf kurzfristige militärische „Problemlösungen", die notwendig scheitern müßten. Vielmehr komme es darauf an, in einem langfristigen Prozeß den „psychologischen Schwierigkeiten" in den Empfängerländern amerikanischer Wirtschafts- und Militärhilfe entgegenzuwirken. Stattdessen sollten zunächst die operativen und ideologischen Voraussetzungen zur Bekämpfung antiimperialistischer Bewegungen geschaffen werden. Seine „indirekte Strategie" befürwortete sozialintgrative, reformkapitalistische bzw. „sozialstaatliche" Korrekturen der Sozial- und Wirtschaftsstruktur, sowie eine formaldemokratische Beteiligung der Bevölkerung an den politischen Entscheidungen. Allein dadurch könne die ideologische Verpflichtung auf den kapitalistischen Entwicklungsweg dauerhaft gesichert werden. Trotzdem sollte am Prinzip militärischer Intervention als im Nofall einzusetzendes Mittel der „Konfliktregulierung" festgehalten werden.

Anmerkungen

Literatur: Kennan, George F.: Memoiren eines Diplomaten, München, 1967; ders.: Rußland, der Westen und die Atomwaffen, Ffm, 1958; ders.: After the Cold War: American Foreign Policy in the 1970's, Foreign Affairs, Vol. 51, 1/1972; ders.:The Sources of Soviet Conduct, Foreign Affairs, Juli 1947; ders.: Polycentrism and wester Policy, Foreign Affairs, Januar 1964; ders.: Im Schatten der Atombombe — Eine Analyse der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen von 1947 bis heute, Köln, 1982; McNamara, Robert: Die Sicherheit des Westens, München, 1970; Kissinger, Henry: Kernwaffen und auswärtige Politik, München, 1959; Bundy, McGeorge: Appeasement, Provocation and Policy, The Reporter, 9.Jan. 1951; Horowitz, David: Kalter Krieg — Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Berlin, 1969;

heit des Westens, München, 1970; Kissinger, Henry: Kernwaffen und auswärtige Politik, München, 1959; Bundy, McGeorge: Appeasement, Provocation and Policy, The Reporter, 9.Jan. 1951; Horowitz, David: Kalter Krieg — Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Berlin, 1969;

Greiner,Bernd: Amerikanische Außenpolitik von Truman bis heute, Köln, 1980

1) Innerhalb der amerikanischen politischen Elite vollzieht sich der außenpolitische Meinungsbildungsprozess über eine „indirekte-versteckte Form der Öffentlichkeit. Über programmatische Aufsätze und Diskussionen in den akademischen und exclusiven Politikzeitschriften „Foreign Affairs" und „Foreign Policy". Die Vierteljahreszeitschrift „Foreign Affairs" wird vom „Council of Foreign Relations" herausgegeben, ein 1921 gegründeter, ca. 1600 Mann starker Verband, der als Denkschule und theoretische Koordinationsstelle für die Formulierung der US-Außenpolitik fungiert. Kurswechsel und Akzentverschiebungen in der US-Außenpolitik werden hier stets vordiskutiert und gegen denkbare Alternativen abgewogen. Abgesehen von Goldwater und Johnson stellte dieser Verein seit dem Zweiten Weltkrieg bis Mitte der 70er Jahre sämtliche US-Präsidentschaftskandidaten. Er funktioniert seit seinem Bestehen als eine Art Regierung in der Regierung. Um die weniger bedeutende Zeitschrift „Foreign Policy", die erst Anfang der 70er Jahre ins Leben gerufen wurde, gruppierten sich zunächst die Kritiker der Nixon'schen Außenpolitik, u.a. Brzezinski und Holbrooke, die später zu den wichtigsten außenpolitischen Beratern Carters zählten.

Einen guten und detaillierten Einblick in das Wirken des „Council of Foreign Relations" gestattet das Buch von Laurence H.Shoup und William Minter: Imperial Brain Trust. The Council of Foreign Relations, New York/London, 1977. Seit 1981 ist das Buch auch unter dem Titel „Kulissenschieber e.V.. Der Council of Foreign Relations und die Außenpolitik der USA" in deutscher Übersetzung erhältlich.

dsm

Das folgende Positionspapier schrieb der Autor, Mitglied der Grünen und der Initiative Sozialistische Politik (ISP) sowie einer der Sprecher des hessischen Volksbegehrens für den Frieden, noch vor der Kölner Aktionskonferenz der Friedensbewegung. Wenn die geplante Volksbefragung, der die Auseinandersetzung u.a. gilt, inzwischen von ihren Initiatoren niedriger gehängt wurde (sie soll ausdrücklich kein Plebiszit sein — der irreführende Titel freilich wird beibehalten), so schmälert dies kaum den Kern der im folgenden geäußerten Kritik (Anm. der Redaktion).

Andreas Herberg Rothe:

Wider die selbstorganisierten Niederlagen

Nach dem Beginn der Stationierung diskutiert die Friedensbewegung von neuem über ihre Perspektiven. Eine wesentliche Rolle hierbei spielt die sogenannte Erweiterung des bisherigen, z.T. viel gescholtenen Minimalkonsenses, der da heißt: Keine Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles.

Um es vorweg zu sagen: Ohne einen Minimalkonsens ist die Friedensbewegung als ganze nicht handlungsfähig. Gerade wenn die Stärke der Friedensbewegung die Vielfalt der Ansatzpunkte, Motive etc. ist, ist es notwendig, einen gemeinsamen politischen Bezugspunkt der ganzen Bewegung zu haben, der jedem, vor allem auch dem politischen Gegner verdeutlicht, daß die vielfältigen kleinen und größeren Aktionen der jeweilige spezifische Ausdruck eines gemeinsamen politischen Anliegens sind. Nur auf diese Weise kann die Friedensbewegung eine reale politische Kraft sein und ist es bisher auch gewesen. Um ein Bild zu gebrauchen: Die Friedensbewegung gleicht einem Feuer, das sich aus unterschiedlichen Quellen speist und von dort seine Stärke gewinnt, sich aber letztlich in **einem** Brennpunkt konzentriert und nur dort die größte Hitze erreicht. Reißt man die Feuerscheite auseinander, werden sie einzeln verglühen.

Bevor man die Erweiterung des bisherigen Minimalkonsenses diskutiert, sollte man sich vergegenwärtigen, worin der alte Minimalkonsens genauer bestand. Dies ist aus zwei Gründen von Bedeutung:

Zum einen wird bei den meisten Vorschlägen zur Erweiterung wie z.B. Überwindung der Blockkonfrontation, „Einfrieren" (Freeze) der atomaren Rüstung etc. der alte Minimalkonsens nur scheinbar erweitert (bei formaler Beibehaltung der alten Forderung), in Wirklichkeit aber **anstelle** des alten Minimalkonsenses ein **anderer** gesetzt, der die Interessen von bestimmten Gruppierungen wiedergibt und, in letzter Konsequenz den alten Minimalkonsens aufhebt bzw. hinter diesen zurückfällt (sehr deutlich bei der vorgesehenen Freeze-Resolution der autonomen Volksbefragung am 17. Juni).

Jeder mag unterschiedliche Interpretationen des bisherigen Minimalkon-

Jeder mag unterschiedliche Interpretationen des bisherigen Minimalkonsenses haben, real richtete er sich gegen die Einführung eines neuen Waffensystems der NATO. Es handelt sich somit um eine dezidierte, einseitige Forderung an die NATO bzw. die Regierung der BRD, diese Raketen nicht aufzustellen. Von vielen Seiten wurde der Friedensbewegung vorgeworfen, sie sei wegen dieser Forderung an die NATO einseitig. Es hat viele Analysen, Mühen und Überzeugungsarbeit gekostet zu verdeutlichen, daß diese Forderung deswegen einseitig an die NATO bzw. die Bundesregierung gerichtet ist, weil es sich eben um eine höchst einseitige Maßnahme der NATO gehandelt hat. Begründungen und Interpretationen der Friedensbewegung waren ihrem Charakter gemäß vielfältig, sogar widersprüchlich.

Ob man aber glaubte, die besondere Gefährlichkeit dieser Waffen in der kurzen Vorwarnzeit und der damit verbundenen nicht mehr möglichen Korrektur eines technischen Fehlers zu sehen, oder in der Enthauptung der Sowjetunion, oder in der Begrenzbarkeit eines Atomkrieges auf Europa — bei aller Vielfalt der Begründungen und Ansatzpunkte konnte sich die Friedensbewegung realpolitisch auf diese „einseitige" Forderung verständigen, weil trotz aller Unterschiede deutlich war, daß es sich um eine einseitige Maßnahme der NATO handelte. **In dieser „Einseitigkeit" der Friedensbewegung lag ihre politische Stärke und Sprengkraft als Bewegung.**

Die zur Zeit meist-gehandelten „Erweiterungen" des Minimalkonsenses **beinhalten qualitativ nichts weiter als die „endliche" Aufgabe dieser Einseitigkeit.** Dies ist der gemeinsame Knaktpunkt der Vorschläge, kommen sie nun aus dem SPD-Spektrum, von Teilen der Grünen oder von Teilen der alten MLer.

Psychologisch gesehen ist diese „Erweiterung" des Minimalkonsenses um Forderungen an die UdSSR verständlich, nachdem man den „eigenen" Block, der nun einmal NATO heißt, nicht zur Aufgabe seiner Aufrüstungspläne zwingen konnte. Politisch gesehen werden aber alle bisherigen Anstrengungen und bescheidenen Erfolge der Friedensbewegung, wird der bisherige gemeinsame Brennpunkt aller politischen Anstrengungen zunichte gemacht, indem wir die von den Herrschenden mit Recht so gefürchtete Einseitigkeit aufgeben — eine Einseitigkeit gegenüber der NATO, die ihre Begründung nicht in einem politischen Standpunkt auf Seiten der Sowjetunion, sondern nur in der Politik der NATO selbst findet.

Was hat sich eigentlich seit der Stationierung getan? Sind Pershing II und Cruise Missiles auf einmal weniger gefährlich geworden, sind sie seit der Stationierung plötzlich keine einseitigen Maßnahmen der NATO mehr? Wer gibt uns das Recht, vom „anderen Block" Abrüstungsmaßnahmen zu fordern, solange wir noch nicht einmal eine einzige Aufrüstungsmaßnahme „unseres" Blockes verhindert haben, solange also eine Aufrüstung stattfindet, die uns unseren eigenen Analysen zufolge einem Weltkrieg entscheidend näher bingt. Die notwendige Unabhängigkeit der Friedensbewegung gegenüber beiden Militärblöcken wird nicht dadurch gewahrt, daß wir uns zwar gegenüber beiden Blöcken für unabhängig **erklären**, in unserer praktischen Politik aber die einseitigen Kriegsführungsstrategien der NATO nicht als solche bekämpfen und damit zu verhindern suchen, sondern unsere politischen Forderungen real an ein Entgegenkommen der SU binden. Genau in diesem Moment unterstützen wir real, ob uns das bewußt ist oder nicht, das Streben der NATO nach militärischer Überlegenheit, und die Friedensbewegung wird zu einer Fraktion **innerhalb** des NATO-Lagers degradiert. Unseren eigenen Analysen zufolge setzt die NATO zur Zeit ihren politischen Willen zur Erlangung einer Kriegsführungsfähigkeit gegen die Sowjetunion zielstrebig und planmäßig in die Tat um. Pershing II und Cruise Missiles sind ein Teil hiervon, wenn auch an hervorgehobener Stelle. Nehmen wir unsere ei-

Teil hiervon, wenn auch an hervorgehobener Stelle. Nehmen wir unsere ei-

genen Analysen einmal ernst, daß die NATO nun einmal höchst **einseitig** auf allen militärischen (atomar wie konventionell und chemisch) Ebenen eine Kriegsführungsfähigkeit (*„victory is possible"*) gegen die Sowjetunion anstrebt und planmäßig umsetzt — wie kann es dann eine ernsthafte Begründung dafür geben, die bisher zu Recht bestehende Einseitigkeit der Friedensbewegung über Bord zu schmeißen?

Rekapitulieren wir: Der alter Minimalkonsens der Friedensbewegung war eine Forderung an die NATO, auf die geplante einseitige Einführung eines neuen Waffensystems, welches die Kriegsgefahr beträchtlich erhöht, zu verzichten. Die „Erweiterung" dieses Minimalkonsenses kann doch nicht heißen, wir haben's bei uns nicht geschafft, also versuchen wir's doch mal bei denen im Osten. Diese Aussage klingt zwar verkürzt, aber genau hier liegt der entscheidende Punkt bei vielen aktuellen Vorschlägen zur Neuorientierung der Friedensbewegung.

Eine wirkliche Erweiterung des bisherigen Minimalkonsenses kann sich doch schon rein logischerweise nur darauf beziehen, nicht mehr nur eine einzelne Maßnahme innerhalb der Kriegsführungsstrategie der NATO (denn nicht mehr aber auch nicht weniger bedeutet die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen) zu bekämpfen. Sondern es müssen **alle** Maßnahmen der NATO zur Erlangung einer Kriegsführungsfähigkeit bekämpft werden sowie die zugrundeliegenden NATO-Strategien selbst. Diese kommen am deutlichsten zum Ausdruck in dem sogenannten „Airland-Battle"-Konzept. Bezeichnenderweise ist die dort niedergelegte Kriegsführungsstrategie geographisch bezogen auf Mittelamerika, Europa, den mittleren Osten und Südkorea (nachzulesen im Field Manual 100-5).

Eine logische Erweiterung unter nicht nur formaler Beibehaltung der alten Forderung kann eigentlich nur heißen: **Keine Verwirklichung von Airland-Battle, nicht in Europa und auch nicht anderswo.** Airland-Battle als Kriegsführungsstrategie der NATO, zu verbinden mit deren konventioneller Variante, dem Roers-Plan, ist der natürliche und logische Brennpunkt des Kampfes gegen einzelne Waffensysteme, deswegen, weil diese Strategie den Brennpunkt der Politik der NATO beinhaltet.

Alle anderen bisher vorgeschlagenen „Erweiterungen" des Minimalkonsenses **ersetzen** qualitativ den bisherigen Minimalkonsens, indem sie den strategischen Ansatzpunkt der Einseitigkeit gegenüber der NATO aufgeben, eine Einseitigkeit, die in den einseitigen Kriegsführungsstrategien der NATO ihre Begründung findet.

Hiermit kommen wir zum zweiten entscheidenden Punkt der Diskussion um die Erweiterung des bisherigen Minimalkonsenses, der in seiner vollen Bedeutung allerdings häufig gar nicht wahrgenommen wird. Der alte Minimalkonsens reduzierte sich ja nur scheinbar auf das Ziel der Raketenverhinderung. Unausgesprochen bestand auch ein „Minimalkonsens" über den Weg, der sich in der Praxis immer wieder durchsetzte. Er kommt in Formulierungen wie *„Wir appelieren an den Bundestag, Bundesregierung etc."* zum Ausdruck. Anders ausgedrückt, der nicht diskutierte aber vorhandene Minimalkonsens bestand darin, im Rahmen der parlamentarischen Demokratie auf Politiker, Parlament und Regierung mit unserem Protest einzuwirken oder sie gar zu überzeugen, nicht zu stationieren. Welch ein Selbstbetrug, welche Kraftmeierei mit volltönenden Phrasen, die Illusionen zu verbreiten, mit dem massenhaften Protest der Friedensbewegung als **Appell** an die Herren Politiker könnte die Stationierung ernsthaft verhindert werden! Welch ein Schalmeienstück der SPD, die Bundestagsabgeordneten namentlich über die Stationierung entscheiden zu lassen, als hätte es noch etwas zu entscheiden gegeben!

Bei dieser Orientierung auf die Entscheidung des Bundestages handelte es sich zumindest auf Seiten der SPD um

scheidung des Bundestages handelte es sich zumindest auf Seiten der SPD um

eine bewußte, die erste **selbstorganisierte Niederlage** der Friedensbewegung.

Warum erwähne ich das? Die Friedensbewegung steht kurz davor, zum **zweiten Mal eine Niederlage selbst zu organisieren**, wiederum sehr zum Nutzen der SPD.

Volksbefragung: Diskreditierung des Plebiszits

Der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung hat beschlossen, am 17. Juni eine autonome Volksbefragung vor allen Wahllokalen der Europawahl durchzuführen. Sehen wir einmal von der Geschmacklosigkeit ab, ausgerechnet am „Tag der deutschen Einheit" eine solche Volksbefragung durchzuführen, scheint diese autonome Volksbefragung auf den ersten Blick eine Abkehr von der Orientierung auf die Entscheidung von Bundestag, -regierung usw. zu sein. Es sieht also so aus, als ab der Minimalkonsenes in dieser Frage erweitert werden würde.

Weit gefehlt! Die mangelnde Ernsthaftigkeit dieses Vorgehens ist kaum noch zu überbieten, ja sie erscheint geplant! Eine autonome Volksbefragung, wäre sie ernsthaft geplant, sollte von der Seite der Friedensbewegung nur dann durchgeführt werden, wenn sich in einer solchen Volksbefragung auch tatsächlich eine Mehrheit der Bevölkerung gegen die Stationierung von Pershing und Cruise Missiles ausspricht. Alles andere wäre in der Öffentlichkeit eine **Bestätigung, daß es in der Bevölkerung eben keine Mehrheit gegen die Stationierung gibt.** Nichts gegen Unterschriftensammlungen. Eine Unterschriftensammlung allerdings, die den Anspruch einer Mehrheitsentscheidung der Bevölkerung gegen die parlamentarische Entscheidung vertritt, ist logischerweise eine politische Niederlage, wenn diese „Abstimmung" auch in der abgeschwächten Form der „Befragung" **keine** Mehrheit erreicht. Andernfalls ist sie nichts weiter als ein mit einem hochtrabenden Anspruch verbundener Appell an die Regierenden, der qualitativ nicht nur nichts Neues, sondern im Zusammenhang mit dem in der Öffentlichkeit transportierten Anspruch sogar eine klare politische Niederlage bringen wird. Der Koordinationsausschuß geht selber davon aus, daß am 17. Juni im besten Falle etwa 5 Millionen Unterschriften zu erreichen sind — eine Zahl, die quantitativ sogar noch hinter den Krefelder Appell zurückfällt, indem die sozialdemokratische Freeze-Forderung zur „Abstimmung" gestellt werden soll. Auf die Ankündigung aus Kreisen der unabhängigen Friedensbewegung, eine solche Aktion nicht mittragen zu können, erfolgt kaltschnäuzig die Antwort, dann mache man die Aktion eben alleine. Alles mehr als deutliche Indizien dafür, daß niemand davon ausgeht und ausgehen kann, am 17. Juni auch nur annähernd eine Mehrheit der Bevölkerung gegen die Stationierung zu dokumentieren (Diese bei einigen vielleicht noch vorhandene Illusion wird schon dann zerplatzen, wenn es darum geht, vor den Wahllokalen auch nur personell präsent zu sein. Bei der letzten Landtagswahl in Hessen haben wir für das hessische Volksbegehren zwar an einem einzigen Tag über 30.000 Unterschriften sammeln können, dies entspricht aber noch nicht einmal 1% der wahlberechtigten Bevölkerung in Hessen.)

Zudem hat sich der Koordinierungsausschuß mit großer Mehrheit geweigert, die Forderung nach einer bundesweiten Volksabstimmung bzw. einem Volksentscheid mit in den Abstimmungstext aufzunehmen. Einträchtig mit der Sozialdemokratie glänzt der KA mit schönen Phrasen und hehren Ansprüchen, die man selber offensichtlich nicht so ernst meint, und fürchtet jede ernsthafte Infragestellung der herrschenden Politik wie der Teufel das Weihwasser. 5 Millionen Unterschriften für eine Freeze-Resolution am 17.

Weihwasser. 5 Millionen Unterschriften für eine Freeze-Resolution am 17.

Juni sind angesichts des mit einer Volksbefragung verbundenen Anspruchs einer Mehrheitsentscheidung der Bevölkerung eine politische Niederlage der Friedensbewegung.

Die gleichen 5 Millionen Unterschriften unter die Forderung nach Abhaltung einer Volksabstimmung gemäß Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes würden eine wesentlich größere Sprengkraft beinhalten als eine Neuauflage des Krefelder Appells auf qualitativ niedrigerer Stufe. Der politische Sprengsatz läge darin, daß die Bevölkerung massenhaft die **Legitimation der Bundesregierung zur Stationierung** in Frage stellt (was mehr als die reine Ablehnung der Staionierung), und daß die Demokratie als Herrschaft des Volkes gegen die schein-deokratische Entscheidung und Legitimation des Bundestages und der Bundesregierung ins Feld geführt wird (Entfesselung = Ent-Fesselung des Demokratie-Postulates).

Bei der Teilung der Gewalten in der bürgerlichen Demokratie (Gesetzgebung, Exekutive und unabhängige Gerichte) wurde offensichtlich jemand „vergessen", nämlich die Gewalt der Bevölkerung selbst. Die (Wieder-) **„Einführung"** der direkten Mehrheitsentscheidung der Bevölkerung als „vierte Gewalt" bedeutet nicht die Aufhebung der anderen Gewalten, wohl aber deren notwendige Ergänzung und Kontrolle. Nicht erst die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles hat deutlich gemacht, daß die parlamentarische Demokratie grundsätzlich nicht ausreicht, den Mehrheitswillen der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen.

Von der Wiedereinführung einer Armee, die laut Adenauer erklärtermaßen gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung erfolgte, bis zur Stationierung gibt es zahlreiche Beispiele, in denen die Mechanismen der parlamentarischen Demokratie und der auf diese Weise legitimierten Regierung **gegen** den Mehrheitswillen der Bevölkerung ausgespielt wurden. Das Ideal des nur seinem Gewissen verantwortlichen Abgeordneten ist nicht erst seit der Flick-Affäre anachronistisch geworden, auch wenn es viele erst an diesem Punkt gemerkt haben.

Die Entstehung der Bürgerinitiativbewegung in den siebziger Jahren ist mit aus der Tatsache zu erklären, daß bestimmte Konflikte mit den Mechanismen der parlamentarischen Demokratie nicht zu lösen waren mit der SPD in der Regierung, da keine der in den Parlamenten vertretenen Parteien die Interessen relevanter Bevölkerungsteile vertreten hätte.

Dieser Tatbestand führte zur Gründung der GRÜNEN als Partei, deren Einzug in die meisten Länderparlamente und den Bundestag positiv zu bewerten ist, der aber auch seine Kehrseiten hat. Die faktisch ausschließliche Reduzierung grüner Politik auf die Parlamentsebene und die dort arbeitenden Akteure, der auszehrende Kampf um das richtige Verhältnis zu einer anderen parlamentarischen Partei, losgelöst von der Politik der sozialen Bewegung, die Integration in Mechanismen der bürgerlichen Demokratie (Negativbeispiel die Teilnahme an der diesjährigen „Europa"-Wahl aus rein pragmatischen Gründen des Angewiesenseins auf die Wahlkampfkostenrückerstattung zur Deckung der laufenden Kosten), die kaum zu überbietende Überheblichkeit von großen Teilen der Grünen, an die Stelle der sozialen Bewegung getreten zu sein — all dies verdeutlicht, daß die ursprüngliche „Außerstaatlichkeit" der Bürgerinitiativ- und sozialen Bewegung in die Regelmechanismen der bürgerlichen Demokratie integriert worden ist.

Eine mögliche Entwicklungsrichtung wäre es gewesen und ist es vielleicht auch heute noch, sich nicht nur auf die parlamentarische Vertretung zu beschränken, sondern real existierende Mehrheiten gegen die herrschende Politik in einzelnen Bereichen in Volksabstimmungen und Volksentscheiden zu organisieren.

Allen Unkenrufen zum Trotz ist diese Perspektive eines Volksentscheides quasi als **Veto der Bevölkerung gegen die Stationierung** durch eine Volksabstimmung auf Bundesebene und Volksentscheide auf Landesebene (wie bisher in Hessen und Baden-Württemberg) ein gangbarer Weg, auch wenn er innerhalb der Friedensbewegung noch unterentwickelt ist. Wenn die Friedensbewegung dieses Veto der Mehrheit der Bevölkerung gegen die Stationierung wirklich erreichen will, wenn wir dies als Nummer 1 des gemeinsamen Konsenses begreifen und unsere unterschiedlichen Aktionen auf diesen Brennpunkt konzentrieren, könnten wir uns an eine Situation heranarbeiten, in der Regierung und Bundestagsmehrheit eine solche Abstimmung nur um den Preis des Verlustes der eigenen Legitimation aus dem Wahlergebnis

mehrheit eine solche Abstimmung nur um den Preis des Verlustes der eigenen Legitimation aus dem Wahlergebnis

vom 6. März verhindern können.

Wollen wir nicht auf die Bundestagswahl 1987 hoffen (was sowieso „Vogel-Strauß"-Politik wäre, da die NATO nach den neuesten Plänen **spätestens 1986** einen Krieg gegen die UdSSR „gewinnbar" führen kann), bleibt eigentlich nur die Einlegung unseres Vetos in einem Volksentscheid gegen die Kriegspläne der NATO, zunächst gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles, übrig.

Eine gangbare Politik zur Erreichung dieses Zieles in absehbarer Zeit besteht nicht in der vorgesehenen „autonomen Volksbefragung" vom 17. Juni, da der damit verbundene Anspruch auf der einen Seite und das zu erwartende (oder sogar angestrebte) Resultat auf der anderen das Ziel einer realen Abstimmung diskreditieren wird, was von Seiten der SPD auch so kalkuliert ist. (Im Unterschied zu einer solchen eigenständig durchgeführten Volksbefragung, deren Ergebnis davon abhängig ist, ob es gelingt, vor allen Wahllokalen präsent zu sein, würde eine Volksabstimmung auf gesetzlicher Grundlage analog zu einer Bundestagswahl durchgeführt werden).

Wie können wir die Chancen zur Erreichung einer Volksabstimmung über die Stationierung verbessern, wie können wir eine solche Abstimmung auf Bundesebene tatsächlich erreichen?

Volksbegehren für einen Volksentscheid über die Stationierung

Es ist ja nicht so, daß das Element des Volksentscheides bzw. der Volksabstimmung in den Verfassungen der Bundesrepublik auf Bundes- oder Landesebene ausgeschlossen ist, auch wenn

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

dieses Element aus begreiflichen Gründen in der Verfassungswirklichkeit der bürgerlichen Demokratie eine relativ geringe Rolle gespielt hat.

Im Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes heißt es prinzipiell über die Herrschaft des Volkes: ,,*Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe ... ausgeübt*''. Aus diesem Artikel des Grundgesetzes ergibt sich (für sich genommen) eine Gleichrangigkeit von Wahlen und Abstimmungen. In der Verfassung insgesamt wird allerdings der Schwerpunkt auf den Aspekt der Wahlen, also die parlamentarische Demokratie, gelegt. Nur in einem Fall ist eine Volksabstimmung explizit vorgeschrieben, nämlich bei der Neuregelung des Bundesgebietes. Aus dieser einzigen Muß-Vorschrift zur Durchführung einer Volksabstimmung allerdings abzuleiten, Abstimmungen der Bevölkerung in allen anderen Fragen seien verfassungswidrig (Zimmermann) oder prinzipiell nicht durchführbar, ist mehr als abwegig.

Die in der Bundesverfassung offensichtlich fehlenden Ergänzungs- oder Ausführungsbestimmungen, in welchen Fällen eine solche bundesweite Volksabstimmung durchgeführt werden muß oder kann, werden in einer Reihe von Landesverfassungen explizit aufgeführt. Sie laufen alle darauf hinaus, daß dem eigentlichen Volksentscheid ein ,,Volksbegehren für einen Volksentscheid'' vorgeschaltet ist. Dieses Volksbegehren erfüllt die Funktion, den politischen Willen der Bevölkerung zu einem Volksentscheid ausreichend zu dokumentieren. Für ein solches Volksbegehren müssen je nach Landesverfassung unterschiedliche Bedingungen erfüllt werden, im wesentlichen daß eine gewisse Prozentzahl der wahlberechtigten Bevölkerung ein solches Volksbegehren unterstützt. Die jeweilige Regierung muß ein solches Volksbegehren für einen Volksentscheid zulassen, sofern die rechtlichen Voraussetzungen (z.B. ,,Zuständigkeit der Landespolitik'') erfüllt sind. Erfolgreich war auf diese Weise u.a. ein von der CDU initiiertes Volksbegehren gegen die kooperative Gesamtschule in NRW, woraus zu ersehen ist, daß genausowenig wie parlamentarische Mehrheitsentscheidungen Volksentscheide als solche, von alleine, ,,richtige'' Entscheidungen produzieren. Diese Vorschaltung eines Volksbegehrens vor den eigentlichen Volksentscheid ist deswegen wichtig, damit sich das Instrument des Volksentscheides als Vetorecht der Bevölkerung nicht durch zu häufige Inanspruchnahme ohne Aussicht auf Erfolg abnutzt.

Ein groß angekündigter Volksentscheid oder eine autonome Volksbefragung, die entweder keine Mehrheit der Bevölkerung erhalten, oder bei denen die geringe Beteiligung an der Abstimmung nur ausdrückt, daß man sich in der Minderheit befindet, bleibt bei aller Schönfärberei eine Niederlage und schadet der prinzipiellen Möglichkeit des Volksentscheides bzw. der Volksabstimmung (Zur Erläuterung sei angefügt, daß in den Landesverfassungen z.B. in Hessen der Begriff Volksentscheid verwendet wird, im Grundgesetz hingegen der Begriff der Volksabstimmung Verwendung findet).

Anstelle der ,,autonomen Volksbefragung'' am 17. Juni sollte die Friedensbewegung eigenständig ein ,,Volksbegehren für eine Volksabstimmung'' über die Stationierung durchführen, als Voraussetzung einer zu erreichenden Volksabstimmung. Da eine solche Vorgehensweise (zumindest prinzipiell eine Volksabstimmung) im Grundgesetz vorgesehen ist, in der konkreten Ausführung dieser Bestimmung in Art. 20-2 aber offensichtlich eine **Lücke in der Verfassung** existiert, wird es nicht ausreichen, wenn nur die Grünen im Parlament einen Gesetzantrag auf Durchführung einer Volksabstimmung stellen. Nicht nur, daß ein solcher Gesetzentwurf ohne Probleme abgelehnt werden wird. Diese Vorgehensweise würde auch bedeuten, daß dem jeweiligen Parlament aus eigener Machtvollkommenheit die Entscheidung über die Durchführung eines Volksentscheides eingeräumt würde, was zu Mißbrauch in jeder Hinsicht durch die Parlamentsmehrheit einlädt (sowohl bei der Entscheidung, ob eine Volksabstimmung überhaupt zugelassen wird, wie bei der konkreten Ausgestaltung der zur Abstimmung anstehenden Fragen, wie ,,Sind Sie für Helmut Kohls Politik, oder?''). In diesem Punkt gehen die Landesverfassungen wesentlich weiter. Da mögliche Ausführungsbestimmungen zu den in Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes vorgesehenen ,,Abstimmungen'' (man beachte den Plural) zwar fehlen, aber prinzipiell nicht wesentlich (natürlich aber quantitativ) von den Bestimmungen in den Landesverfassungen abweichen dürften, können wir diese Lücke in der Verfassung dadurch schließen, daß wir die materiellen Voraussetzungen eines ,,Volksbegehrens für eine Volksabstimmung'', wie sie in den Landesverfassungen vorgesehen sind, auf Bundesebene erfüllen. Da die Landesverfassungen in einigen Punkten der konkreten Regelung voneinander abweichen, können wir überlegen, die Bestimmungen einer Landesverfassung auf Bundesebene (entsprechend potenziert) zu erfüllen, ober aber eine Zusammenstellung aus einzelnen Landesverfassungen zu verwenden, wobei es uns nichts schaden kann, wenn wir nicht die jeweils am einfachsten zu erfüllenden Bedingungen übernehmen. Nehmen wir einmal an, 5% der Bevölkerung in einem ersten Schritt und 20% der Bevölkerung in einem zweiten Schritt (= 2 Millionen bis zum 17. Juni und 8 Millionen bis zum 12.12.84 würden sich für die Abhaltung einer Volksabstimmung mit ihrer Unterschrift einsetzen, so erforderte ein solches Volksbegehren unter Einhaltung der sonstigen rechtlichen Voraussetzungen (wie sie in den Landesverfassungen vorgesehen sind) eine prinzipielle Ausführungsregelung einer Volksabstimmung entsprechend Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes. Ein solches Volksbegehren für eine Abstimmung über die Stationierung auf Bundesebene entzieht sich durch die Inanspruchnahme von Verfassungsrecht auf Bundes- und hilfsweise auf Landesebene sowie der Erfüllung der materiellen Voraussetzungen für ein solches Vorgehen der ausschließlichen Entscheidungsgewalt der Parlamentsmehrheit.

Auf diese Weise wäre meiner Auffassung nach mit mehr Aussicht auf Erfolg eine Abstimmung der Bevölkerung als Veto gegen die Stationierung zu erreichen, vorausgesetzt allerdings, die Friedensbewegung will ernsthaft eine solche Abstimmung und nicht einfach einen neuen Appell an die Regierenden.

Die beiden hier diskutierten Erweiterungen des Minimalkonsenses lassen sich in den Forderungen zusammenfassen:

— Keine Verwirklichung von Airland-Battle, nicht in Europa und nicht anderswo;
— für ein ,,Volksbegehren zu einer Volksabstimmung'' über die Stationierung.

GRÜNE diskutieren Bundesabstimmungsgesetz

Zu einem Kongreß ,,mündige Demokratie'' hatten die Bundes-GRÜNEN am 25.2. nach Bonn geladen, doch die Resonanz in der gar nicht mehr so kleinen Partei war eher enttäuschend. Ca. 120 Leute fanden sich ein, um über die gesetzliche Grundlage für die bundesweite Einführung eines Volksentscheides zu debattieren. Gekommen waren hauptsächlich diejenigen, die die Sache ohnehin angestoßen haben, der Achberger Kreis um Wilfried Heidt und Joseph Beuys. Von den Bundespolitikern der GRÜNEN ließen sich nur Fraktionssprecher Schily und Parteigeschäftsführer Beckmann blicken; von außerhalb der GRÜNEN wenige Vertreter der Arbeitsgruppe Volksbefragung des Bonner Friedenskoordinationsausschuß und vom hessischen Volksbegehren für den Frieden. Keine Frage, die ,,Spezialisten'' waren unter sich geblieben, aber: Manchmal wird auf ,,bedeutenden'' Versammlungen Quark breitgetreten, während aus scheinbar ,,unbedeutenden'' Zusammenkünften Interessantes herauskommen kann. Stellenweise machte die Diskussion den Frust über die schwache Beteiligung wieder wett. Rasch kam es zu einer grundsätzlichen Kontroverse um ,,Demokratie'' und ,,Recht'', die auch für Kommunisten spannend ist, wenngleich wir von einem anderen Ansatz, der Klassenfrage, kommen (sollten).

Zunächst hielt Heidt eine agitatorische Einleitung, bei der er strikt darauf achtete, alles zu vermeiden, was die ,,Aktion Volksentscheid'' als radikale Minderheit erscheinen lassen könnte. Nicht weil die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Raketenstationierung sei und auch nicht, weil demoskopische Umfragen steigende Zustimmung für Plebiszite signalisieren würden, sei der Volksentscheid zu fordern, sondern weil es eine ,,*Selbstverständlichkeit*'' sei, die aus dem Grundsatz selber folge (Art. 20-2). Vorbild müsse eigentlich Baden-Württemberg sein, wo der Landtag 1974 einstimmig die Einführung eines landweiten Volksentscheides vorgenommen habe. Um auf Bundesebene erfolgreich zu sein, müßten massenhafte Zustimmungserklärungen für den vorliegenden Entwurf eines Bundesabstimmungsgesetzes gesammelt werden. Sollte der Bundestag dann immer noch den Volksentscheid verweigern, müßte allerdings das Widerstandsrecht in Anspruch genommen werden.

Heidt machte eine ,,rechtsphilosophische Begründung'' der plebiszitären Demokratie geltend, bei der er sich auf die französische Revolution berief (,,*1789 ist die Zäsur in der Menschheitsgeschichte*''). Aus der Aufklärung komme der Begriff der ,,*Volkssouveränität*'', welche allein die Quelle allen Rechts sein könne.

Ausführlich ging er auf die Auseinandersetzungen im Parlamentarischen Rat ein, der die bundesdeutsche Verfassung nach Kriegsende erarbeitet und dabei die Verankerung des Volksentscheides abgelehnt hatte. Die Vertreter des Zentrums und der KPD seien mit dieser Forderung allein geblieben. Heuss habe sich mit der Behauptung durchgesetzt, das Plebiszit sei ,,*eine Prämie für Demagogen*''; dies müsse man als ,,Lehre aus Weimar'' berücksichtigen.

Das jedoch, so Heidt, sei nichts als ein großes Ablenkungsmanöver von der Tatsache gewesen, daß es ja der Reichstag war, der das Ermächtigungsgesetz verabschiedete, und daß Heuss selber dabei zustimmend die Hand gehoben hatte.

Heidt schloß seinen Beitrag mit der Aufstellung von Kriterien, nach denen ein Entwurf für ein Bundesabstimmungs-Gesetz aufgebaut sein müsse:

— jede(r) einzelne Bürger(in) müsse prinzipiell die Möglichkeit haben, die Initiative zu einem Volksentscheid zu ergreifen;
— das Verfahren müsse in drei Stufen ablaufen — 1. Antrag zu einem Volksbegehren (diese Phase definierte er als ,,Volksinitiative''), 2. Volksbegehren, 3. Volksentscheid;
— während des Abstimmungsprozesses müsse eine gleichberechtigte Information der zur Entscheidung stehenden Positionen in den Massenmedien gewährleistet sein.

Ein zweiter vorbereiteter Beitrag kam von Johannes Stüttgen (Kreisverband Düsseldorf). Dieser beschäftigte sich zunächst mit der Rolle der Grünen als Anti-Partei, wobei er kritische Anmerkungen zur ,,Realpolitik'' machte (gegen ,,Juniorpartner''), und mit dem Verständnis von Basisdemokratie. Für die GRÜNEN müsse das Prinzip Volkabstimmung mehr sein als nur ,,*irgendeine politisch kontroverse Forderung unter anderen. Es ist der Prüfstand der GRÜNEN schlechthin*''. Denn ihr Ausgangspunkt sei ja die Idee der **Basis** gewesen, die sich gegen die etablierten Parteien durchsetzen müsse. Stüttgen plädierte für ,,*Vertrauen in die Menschen*'', ihre Kreativität, Energie und ihren Humor. Er wandte sich gegen die These von der ,,*Dummheit der Mehrheit*'' und meinte, es sei eher ein Zeichen von Intelligenz gewesen, daß das Volk den GRÜNEN zunächst einmal nicht mehr Stimmen gegeben habe. ,,*Die Menschen gucken uns sehr genau auf die Finger, weil sie letztlich wissen, daß 5-8% durchaus ausreichen, um damit den Nachweis wirklich brauchbarer und interessanter Ideen nach draußen zu bringen*''.

Schließlich warnte er davor, von einer kurzfristigen Durchsetzbarkeit der Volksabstimmung auszugehen. Dazu bedürfe es vielmehr eines ,,*langen Marsches durch die herrschenden Bewußtseinsgenerationen*''. Genau in diesem Zeitraum werde sich auch die Befähigung zu einem sinnvollen Umgang mit diesem neuen Instrument innerhalb des Volkes herausbilden. ,,*Wir können ganz sicher sein, daß diejenigen, vor denen wir Angst haben, weil sie vielleicht die Todesstrafe wollen, mit Sicherheit nicht die Volksabstimmung wollen; denn das ist zweierlei Geist*''. Und gerade der Widerstand, den diese Kräfte der Einführung des Plebiszits entgegensetzen würden, sei ,,*die Garantie der Stimmigkeit unseres Vorhabens*''.

Damit waren die Stichworte gegeben, die alsbald Schily und Heidt voll aufeinanderprallen ließen. Die Menschenrechte, so Schilys Position, wolle er nicht von Mehrheitsabstimmungen abhängig machen; das könne auch danebengehen, wie die deutsche Geschichte gezeigt habe. Es existierten Dinge, bei denen es nicht zu entscheiden, sondern nur etwas zu erkennen gebe. Und in diesem Sinne müßten bestimmte gesellschaftliche Bereiche der Demokratie, also der Entscheidung der Mehrheit, entzogen werden, um allein der individuellen Entfaltung vorbehalten zu bleiben. Heidt konterte, wer denn entscheide, was abstimmbar sei und was nicht? Die Position des Unabstimmbaren laufe letztlich auf irgendein ,,*Naturrecht*'' hinaus. Dies könne er nicht akzeptieren, da Recht immer gesellschaftlich definiert werde.

Auf Zustimmung traf in dieser Kontroverse schließlich der Vorschlag eines Mitglieds der hessischen Volksbegehrens-Initiative, man solle grob gesagt Schily in praktisch-politischer Hinsicht, aber Heidt im Grundsätzlichen folgen. Der Eindruck solle vermieden werden, als wollten die Plebiszitären die Grundrechte relativieren. Dies sei ja nicht der Sinn der Angelegenheit. Andererseits habe Schily unrecht, wenn er andeute, die Menschenrechte seien von einer genialen Elite erdacht worden, während es in Wirklichkeit die Massen waren, die dafür mit ihrem Blut bezahlt haben.

Man einigte sich darauf, die Möglichkeit des Volksentscheides in all denjenigen Fragen zu fordern, die heute auch Gegenstand der parlamentarischen Gesetzgebung sind. Als nächstes soll vor allem die Diskussion um den Entwurf zu einem Bundesabstimmungs-Gesetz (siehe Abdruck) intensiviert werden, um im Herbst auf der Bundesdelegiertenversammlung der GRÜNEN darüber zu beschließen.

Ein empfehlenswerter Reader dazu ist für 3 DM bei der Bundesgeschäftstelle in Bonn erhältlich. **de.**

Entwurf für ein
Bundesabstimmungsgesetz
(in Ausführung GG Art. 20,2)*1

1. Die Gesetzgebung auf dem Wege der unmittelbaren Demokratie erfolgt durch **Volksentscheid**. Dieser wird eingeleitet durch **Volksinitiativen** und **Volksbegehren**. Gegenstand von Volksbegehren zum Volksentscheid kann alles sein, was auch im Rahmen der parlamentarischen Gesetzgebung behandelt werden kann.
2. **Volksinitiativen** sind darauf eingerichtet, durch Volksbegehren zum Volksentscheid den Erlaß, die Änderung oder das Aufheben eines Gesetzes anzustreben. Sie können von jedem stimmberechtigten Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland ergriffen werden.
3. Einer Volksinitiative muß ein ausgearbeiteter und mit Gründen versehener **Gesetzentwurf** zugrundeliegen.
4. Eine Volksinitiative wird zum amtlich festgelegten **Volksbegehren**, wenn sie mindestens 50.000 von den zuständigen Gemeindebehörden beglaubigte Unterschriften von stimmberechtigten Bürgern beim Bundesabstimmungsleiter vorlegt.
5. **Der Gegenstand des Volksbegehrens (= Gesetzesentwurf und Begründung) muß innerhalb einer Woche nach amtlicher Feststellung in allen Massenmedien, (Fernsehen, Radio, Presseorgane ab 100.000 Auflage) veröffentlicht werden.**
6. Zwei Monate nach Feststellung des Volksbegehrens beginnt auf **amtlichen Unterschriftenlisten** die Durchführung desselben. Die Unterschriftenlisten werden von den Gemeinden ausgegeben. Jeder Bürger ist berechtigt, Unterschriften zu sammeln.
7. Der **Volksentscheid** findet statt, wenn 1 Millione Stimmberechtigte durch Unterschrift ihre Zustimmung zum Volksbegehren erklärt haben. Gibt es zu **einer** bestimmten Sachfrage mehrere Vorlagen, welche die erforderliche Unterstützung gefunden haben, werden diese gemeinsam zur Abstimmung gebracht. Gibt es nur eine Vorlage, dann findet der Volksentscheid nicht statt, wenn der Bundestag dem Volksbegehren bis spätestens zwei Monate for dem Abstimmungstermin unverändert zustimmt.
8. **Im Falle des Volksentscheids beginnt zwei Monate nach erfolgreich abgeschlossenem Volksbegehren für den Zeitraum eines halben Jahres in den Massenmedien (gem. Art. 5 dieses Gesetzes) die *freie und gleichberechtigte Information* durch die Positionen der erfolgreichen Begehren.**
9. Bei der Volksabstimmung entscheidet die **absolute Mehrheit** der abgegebenen gültigen Stimmen. Erreicht keine der Vorlagen die absolute Mehrheit, wird die Abstimmung über die beiden erfolgreichsten wiederholt. Steht nur eine Position zur Abstimmung, wird mit Ja oder Nein entschieden.
   Gesetzesinitiativen mit verfassungsänderndem Charakter erfordern gem. Art. 79 GG die 2/3-Mehrheit.
10. Das **Gesetz** tritt einen Tag nach Feststellung des Abstimmungsergebnisses mit seiner Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt in Kraft.
11. Durch Volksentscheid beschlossene Gesetze können nur durch Volksentscheid abgeändert oder aufgehoben werden. Volksentscheide zum gleichen Gegenstand sind erneut frühestens zwei Jahre nach einer bereits erfolgten Abstimmung wieder möglich.
12. Die näheren Einzelheiten dieses Gesetzes werden durch die **Ausführungsbestimmungen** geregelt.

*1
Auf dem Kongreß der GRÜNEN ,,Mündige Demokratie durch Volksentscheid'' am 25.2.1984 in Bonn wurde der vorgelegte Entwurf für ein Bundesabstimmungsgesetz von der Initiative Volksentscheid um die jeweils beiden letzten Sätze der Punkte 1 und 9 ergänzt.

Es ist an der Zeit
Volksbegehren zum Volksentscheid

Das Bedürfnis der Menschen nach direkter Beteiligung an den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen in unserer Gesellschaft steht in einem krassen Widerspruch zu den Möglichkeiten hierzu. Es gibt viele aktuelle Beispiele dafür, daß durch bloße Parteienwahl der tatsächliche Volkswille zu versciedenen Lebens- und Schicksalsfragen nicht wirklich zum Ausdruck kommen kann.

Das weitgehende Monopol der Parteien als Meinungsmacher und Sprachrohr der Bevölkerung muß gebrochen werden.

Wir fordern deshalb die Einbringung und Verabschiedung eines Bundesabstimmungsgestzes als Ausführungsbestimmung des Grundgesetzes Art. 20/2 (,,Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.'')

Die Ermöglichung der direkten Demokratie durch Volksbegehren zum Volksentscheid ist der jetzt fällige Schritt zur Verwirklichung unserer Verfassung.

Wir wollen gegen die zunehmende Resignation und Ausweglosigkeit einen Weg eröffnen, der der Verantwortung des einzelnen Rechnung trägt. Hierdurch werden die Menschen selbst zum Träger einer dem Leben von Mensch und Natur verpflichtenden Politik.

Die Teilnehmer des Kongresse ,,Mündige Demokratie durch Volksentscheid'' stimmen der Gesetzesvorlage der Initiative Volksentscheid im Grundsatz zu und sprechen sich dafür aus, alles, was heute im Rahmen der parlamentarischen Gesetzgebung behandelt werden kann, auch zum Gegenstand von Volksbegehren zum Volksentscheid machen zu können.

Wir rufen alle Bürgerrinnen und Bürger unseres Landes auf, diese Forderung entschieden durch Veranstaltungen und Unterschriftensammlungen zu unterstützen.

Bonn, den 25. Februar 1984

Die Teilnehmer des Kongresses
der GRÜNEN ,,Mündige Demokratie
durch Volksentscheid'' am 25.2.1984
in Bonn.

Nachlese zum Fall Bastian

Eines muß man Gert Bastian lassen: Nachdem er der grünen Bundestagsfraktion sein Ultimatum gestellt hatte, hat er auf dem Bonner Schlachtfeld wochenlang die Initiative behalten. Nach seinem Überraschungsangriff von Anfang Januar herrschte eine Zeitlang heillose Verwirrung in der Fraktion. Die Fraktionsführung war bemüht, in Bastians Erpressung „das Positive zu sehen", signalisierte Entgegenkommen und überging stillschweigend die mehr als herbe Kritik an den angeblichen „politischen Akzentverschiebungen" der Grünen tief ins Linksradikale hinein. Kontroverse Diskussionen um politische Inhalte heizen bekanntlich nur unnötig die Emotionen an. Stattdessen wurden Rechnungen aufgestellt und schließlich zwei wissenschaftliche Mitarbeiter für Bastians reformerische „Sicherheitspolitik" bewilligt. Peinlich für die Beschwichtigungspolitiker in der grünen Fraktion war nur, daß Bastian es vorzog, statt sich selbst lieber die Fraktion lächerlich zu machen, und allem freundlichen Entgegenkommen zum Trotz seinen Austritt erklärte. Und während in der Fraktion noch heftig darüber gestritten wurde, ob man dieser Entscheidung auch noch „Respekt" zollen sollte, ging Bastian erneut in die Offensive. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Petra Kelly kam er auf seinen Vorwurf einer bedrohlichen Linkswende der Grünen zurück. Den Verlauf dieser Pressekonferenz beschreibt die „taz" sehr schön und ausführlich: *„Gert Bastian sah sich in der Presse falsch verstanden. Er habe die wichtigen politischen Standpunkte in seinem Brief an die Fraktion benannt und diese nicht extra noch wiederholen wollen. Natürlich bestünden seine politischen Bedenken weiterhin. Bastian fürchtet eine politische Verschiebung der Grünen. Diese Furcht untermauerte er mit der Kritik, die an den Aktionen auf dem Alexanderplatz, an der Moskaureise, an seinen Bemühungen um defensive Verteidigungsstrategie und der dazu gehörenden Zustimmung zu einigen Rüstungsbeschaffungen, und an seiner Meinung zu den ‚Krefelder Krawallen' geübt worden sei. Er habe sich seinerzeit von diesen ‚Krawallen' distanziert und würde das noch heute tun. Solidarität verlange, daß man sich zumindest an die Spielregeln der Gewaltfreiheit halte. (...) Mit seiner Kritik an organisatorischen Mängeln in der Fraktion seien von ihm festgestellte politische Akzentverschiebungen nicht erledigt gewesen. Dazu hatte Bastian bereits wachsenden Einfluß von ehemaligen Mitgliedern des Kommunistischen Bundes sowie einseitig gegen den Westen gerichtete Kritik in der Sicherheitspolitik genannt"* („taz", 14.2.).

Unverständnis und Respekt in der Fraktion

In der grünen Fraktion wurde derweil ein Kompromiß ausgehandelt. Während Otto Schilly nach Bastians Austritt — sichtlich gereizt ob der Erfolglosigkeit seiner wochenlangen Entspannungsbemühungen — vor den Fernsehkameras zunächst kundgetan hatte, die Grünen hätten „keinerlei Verständnis für diesen Schritt", setzten u.a. die Abgeordneten Vogt, Hoss und Mann (Nachrücker), die Bastian ihren Respekt aussprachen, eine mildere Fraktionserklärung durch, in der gleichberechtigt und ausgewogen beides vorkommt: Unverständnis und Respekt!

Ausgestanden ist die Sache damit für die Fraktion nicht. Petra Kelly und Milan Horacek haben schon deutlich gemacht, daß der Kampf weitergeht. Kelly sprach von „Intrigen", ohne konkret zu werden; Horacek machte gegenüber der Presse düstere Andeutungen über die Leute, die „Bastian rausgedrängt" hätten und nun auch Petra Kelly rausdrängen wollten („taz", 11.2.). Sollte wieder einmal der zu allem fähige K(G)B — bzw. seine ihm immer noch treu ergebenen „Ehemaligen" — die Finger im Spiel haben?

Mandat zurück!

Mandat zurück!

In diversen Entschließungen grüner Gremien ist Bastian aufgefordert worden, unverzüglich sein Bundestagsmandat zurückzugeben. Bundesgeschäftsführer Walde prägte die vielzitierte Formel, es komme im weiteren Umgang mit Bastian darauf an, die „Hemmschwelle für andere (potentielle Fraktionsflüchtlinge; Anm. AK) „unüberwindbar" zu machen: *„Ein Profitieren von den Arbeitsmöglichkeiten einer Fraktion ist ausgeschlossen."* An ein formelles Parteiausschlußverfahren denkt er ebensowenig wie der überwiegende Rest der Partei. Während die einen Bastian nicht zum „Märtyrer" machen wollen, hoffen andere offenbar immer noch auf friedliche Beilegung der Affäre. Aus den Reihen der grünen Funktionäre und Mandatsträger hat sich bislang allein der Vorsitzende der niedersächsischen Landtagsfraktion, Neddermayer, für einen Ausschluß Bastians ausgesprochen: *„In meinem Kreisverband wäre klar, daß er nicht Mitglied bleiben kann"* („taz", 17.2.).

Der Bundeshauptausschuß der Grünen — höchstes Gremium zwischen den Parteitagen — hat sich mit Bastians „Akzentverschiebungs"-These befaßt und erklärt, die Grünen hielten *„daran fest, daß von den USA und der NATO eine Politik der Hochrüstung betrieben wird, die die Vorbereitung und Planung eines Krieges gegen die Sowjetunion und Länder der Dritten Welt einschließt"*. Bastians Vorstellung von einer „defensiven" Umrüstung der Bundeswehr sei *„— das war auch ihm bekannt — eine Minderheitenposition in den Grünen"* (Immerhin!).

Noch sehr viel deutlicher sagt es der Geschäftsführende Ausschuß der Alternativen Liste Westberlin in seiner überraschend „einseitigen" Erklärung „Ein General desertiert": *„Anders als Gert Bastian fürchten wir aber eine Kräfteverschiebung der Grünen gerade in die Richtung, daß beim Schielen nach bürgerlichen Mehrheiten Grundüberzeugungen aufgegeben werden. So meinen wir, daß die US-Globalstrategie, deutlich ausgedrückt im Air-Land-Battle-Konzept und im Rogers-Plan, uns Grund genug bietet, hier in ‚unserem Lande' von den Amerikanern erste Abrüstungsschritte zu fordern. (...) Auch die Zustimmung Gert Bastians zur Bewaffnung der Bundeswehr mit dem Hubschrauber PAH-2, dessen angebliche Defensiveigenschaften im Rahmen der NATO-Armeen mehr als hergeholt sind, hätte zumindest von Seiten der AL zu absehbaren Konflikten geführt."*

„MoZ"-Sonderkorrespondent „H. Tulpenfeld"

Dieser bislang nicht in Erscheinung getretene, aber erstaunlich gut informierte „Beobachter" der Bonner Szene (1)macht Bastian den — in den friedfertigen Reihen der Grünen nicht sehr populären — Vorwurf, mit seinen Unterwanderungs-Geschichten „die Farbe des Gegners angespielt" zu haben: Bastian habe *„gekronzeugt, daß damit ‚gewaltorientierten' und stark ‚antiamerikanischen' Tendenzen ‚der Weg geebnet' werden."* Als Gag am Rande zitiert „H. Tulpenfeld" aus einem vom 30.11.83 datierten Brief Bastians an einen nicht genannten Fraktionskollegen; dessen aus einem Interview Bastians mit der „Quick" abgeleiteten Befürchtungen, *„daß ich Attacken im Schilde führen würde und einen Parteitagsbeschluß (zur Rotation; Anm. AK) innerhalb der Legislaturperiode stürzen wollte"*, seien gegenstandslos. Solche Entscheidungen dürften unmöglich *„auf kaltem Wege am Willen der Basis vorbeigeschmuggelt werden"*!

Und was nun?

Gert Bastian hat sein „lautes Denken" an einen Wechsel zur SPD schnell „richtiggestellt". Er könne einen Übertritt erst dann überhaupt erwägen, wenn sich in der SPD der Lafontaine-Kurs durchgesetzt habe („FR", 22,2,). Vermutlich ist ihm sehr schnell klar geworden, daß die SPD mit den Grünen anderes vorhat, als nur hier und da einen Abgeordneten einzufangen, für den dann auch noch etwas geboten werden müßte. Gerhard Schröder, früher mal Juso-Chef und jetzt sozialdemokratischer MdB, drückt in einem „taz"-Interview sogar die Befürchtung aus, daß die Anwerbung Bastians den komplizierten Prozeß sozialdemokratischer Integrationspolitik gegenüber dem grünen Wählerpotential eher behindern könnte. Auf die Frage, ob die SPD denn kein Intersse daran habe, „die Grünen auch personell aufzusaugen", antwortet Schröder: *„Das steht*
SPD denn kein Intersse daran habe, „die Grünen auch personell aufzusaugen", antwortet Schröder: „Das steht
am Ende des Prozesses — nicht am Anfang. Wir werden unsere Veränderungen nicht glaubwürdig vor dem Wähler deutlich machen können, wenn wir das nur als personalpolitisches Problem begreifen. Wir müssen unsere Politik profilieren — in Fragen der Sicherheitspolitik, in Umweltfragen, in Fragen der inneren Liberalität. Darum geht es in erster Linie und nicht darum, ein paar Grüne-Abgeordnete einzufangen" („taz", 1.3.).

Bastian will nun erst einmal bis März 1985 (Zeitpunkt der Rotation) im Amt bleiben. Dann werde er seinen Platz räumen, vorausgesetzt allerdings, daß auch die grünen Abgeordneten rotieren und daß sich die grüne Fraktion nicht weiter „ins Abseits" entwickle; für diesen Fall *„erscheine es ihm nicht ratsam, deren Bundestagspräsenz durch Rückgabe des Mandats noch zu stärken"* („FR", 2.3.). Nach Ablauf einer gewissen „Schamfrist" scheint er eine „sachbezogene" Zusammenarbeit mit den Grünen (sicher auch mit der SPD) im Auge zu haben. Das ist gar nicht so unrealistisch: Bastians „sicherheitspolitischen" Vorstellungen sind in der grünen Fraktion keineswegs so minoritär wie noch auf dem Friedensparteitag 1981, wo die Befürworter alternativer Verteidigungsstrategien klar Schiffbruch erlitten hatten.

Die wenigen Linken in der Fraktion haben von der ganzen Affäre jedenfalls nicht profitiert. So allein scheint Milan Horacek mit seiner „Dolchstoßlegende" („taz", 11.1.) nicht zu stehen. Der sachlich-kühle Umgangston eines Jürgen Reents wird von vielen als „ungrün" empfunden („taz", 11.2.). Christa Reetz sieht in Jügens ARtikel „Was besorgt die Grünen eigentlich am ‚Fall Kießling'?" (Vgl. AK 243, S. 8) gar *„eine mit kalter Gewalt entwickelte Strategie zur Durchsetzung von Beurteilungskriterien"* und entwickelt gleich noch eine erweiterte Definition von Gewaltfreiheit: *„Zu den grünen Grundsätzen gehört die Gewaltfreiheit. Darunter verstehe ich auch, daß wir unseren Intellekt zügeln und nicht den oder die andere in aller Öffentlichkeit fertigmachen."*

Welch ungleicher Kampf: Der hochsensible General und der mit „kalter Gewalt" und „ungezügeltem Intellekt" zu Werke gehende Altkommunist. Da mußte das Unheil ja seinen Lauf nehmen.

Js./Hamburg

1) H. Tulpenfeld dürfte das Synonym für „Haus am Tulpenfeld" sein, dem Sitz der Grünen-Bundestagsfraktion. Der „Beobachter" dürfte daher aus dem Fraktions-Inneren stammen.

Petra Kelly und Gerd Bastian verlassen die "Krefelder Initiative"

Starke Beachtung in den Medien fand der Austritt von Petra Kelly und Gert Bastian aus der „Krefelder Initiative". Beide hatten 1980 zum Erstunterzeichnerkreis des Krefelder Appells gezählt. Die zeitliche Überschneidung mit Bastians Austritt aus der Bundestagsfraktion der Grünen, u.a. begründet mit Vorwürfen wegen angeblichem „Antiamerikanismus", wurde in den Medien mit besonderer Aufmerksamkeit registriert - schien sich hier doch jemand von Rang (und sogar von Generalsrang!) um die Stelle eines Kronzeugen gegen die Friedensbewegung bewerben zu wollen. Dieser gezielten Mißdeutung — der sich übrigens die DKP-orientierten Kreise gern anschlossen — sind Petra Kelly und Gert Bastian durch einen ‚Offenen Brief' am 19.2. entgegengetreten, den wir hier dokumentieren.

Manche Fragen bleiben dennoch offen: daß eine Verurteilung der sowjetischen „Gegenmaßnahmen" und eine Solidarisierung mit den „unabhängigen Friedensbewegungen des Ostens" in der Krefelder Initiative nicht konsensfähig sein würden, müßten die beiden Grünen doch wohl vorher gewußt haben. Warum soll ausgerechnet die Niederlage der Friedensbewegung im Kampf gegen die„ NATO-Nachrüstung"und der Stationierungsbeginn der passende Zeitpunkt gewesen sein, um die Krefelder Initiative an den bekannten Streitfragen in der Beurteilung der Sowjetunion und ihrer Verbündeten zu spalten?

Offener Brief von Petra Kelly und Gert Bastian an die Unterzeichner des Krefelder Appells vom 16.11.1980

Liebe Mitkämpferinnen
und Mitkämpfer!

Unser Austritt aus der Krefelder Initiative ist von den professionellen Verleumdern der Friedensbewegung als „Beweis" für die von ihnen schon immer wahrheitswidrig behauptete prokommunistische Steuerung der Krefelder Initiative gedeutet worden. Doch laßt Euch davon nicht beirren; die Verleumder lügen auch diesmal!

Der Krefelder Appel war und bleibt eine historiche Tat, weil er den millionenfachen Protest gegen die nukleare Aufrüstung in unserem Land bezeugt. Mit seiner bewußten Beschränkung auf eine Forderung, die von der für unser Schicksal verantwortlichen Bundesregierung bei gutem Willen hätte erfüllt werden können, nämlich auf die Forderung, die am 12.12.1979 leichtfertig erteilte Genehmigung zur Staionierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen auf deutschem Boden wieder zurückzuziehen, war der Appell nicht „einseitig", sondern maßvoll und vernünftig.

Eine kommunistische Einflußnahme auf sein Zustandekommen oder auf die über zwanzig Erklärungen der Krefelder Initiative in den folgenden Jahren, mit denen das Lügengewebe westlicher Rüstungsrechtfertigung bloßgelegt, aber auch von der Sowjetunion die Bereitschaft zum Rüstungsverzicht und zu einseitigen Abrüstungsschritten gefordert worden war, hat es nie gegeben. Wir hätten sie auch nicht geduldet!

Wer den Krefelder Appell unterschrieben hat, kann stolz darauf sein, mit dazu beigetragen zu haben, das NEIN vieler Millionen zu der von unserer Regierung gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit vollzogenen nuklearen Aufrüstung vor der Geschichte festzuschreiben.

Nachdem jedoch Parlament und Regierung den Willen der Mehrheit am 22.11.1983 frivol mißachtet haben, ist der Krefelder Appell mit seiner vor diesem Zeitpunkt begründeten Forderung heute nicht mehr ausreichend. Wir wollten ihm deshalb einen neuen, weiterreichenden Inhalt geben und dabei auch die gleichfalls abzulehnende sowjetische Gegenstationierung, sowie die nicht hinnehmbare Unterdrückung von Friedensbewegungen im Osten
[illegible]
chenden Inhalt geben und dabei auch die gleichfalls abzulehnende sowjetische Gegenstationierung, sowie die nicht hinnehmbare Unterdrückung von Friedensbewegungen im Osten
miteinzubeziehen. Das ist jedoch von den anderen Initiatoren abgelehnt worden. Wir haben daraufhin die Krefelder Initiative verlassen, weil sie ohne weiterreichende Forderungen dem Ernst der jetzt eingetretenen Lage nicht mehr gerecht werden kann.

Dessenungeachtet werden wir auch in Zukunft gemeinsam mit allen, die gleichen Willens sind, gegen das Abschreckungsdenken, gegen den Mißbrauch unseres Landes als Abschußrampe für Nuklearwaffen, gegen jede Bedrohungslüge, aber auch gegen jede Unterdrückung von Friedensfreunden und gegen alle Menschenrechtsverletzungen, doch für ein block-und atomwaffenfreies Mitteleuropa kämpfen.

Bonn, den 19.2.984

Petra k. Kelly *Gert Bastian*

Austrittsbrief von Petra Kelly und Gerd Bastian

Herrn
Josef Weber
Am Heidt 24

4044 Kaarst 2

Gert Bastian
Mitglied des Deutschen Bundestages

Lieber Josef,

Dein Brief vom 25.1.1984 hat mich sehr enttäuscht. Die von Dir angeführten Gründe für die Nicht-Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung der Krefelder Initiative, die im Kreis der Initiatoren am 13.1.1984 nach langer Diskussion gemeinsam beschlossen worden war, kann ich nicht akzeptieren.
Wie Du weißt, haben Petra und ich darauf bestanden, in diese Erklärung neben den unstrittigen Forderungen an die Regierungen im Westen auch aufzunehmen
— eine Forderung an die Sowjetunion, auf jede „Gegenstationierung" trotz der Nachteile zu verzichten, die für die UdSSR aufgrund der westlichen Mittelstreckenstationierung entstehen,
— einen Appell an alle Regierungen in Ost und West, Friedensbemühungen besorgter und engagierter Bürger nicht nur im jeweils anderen Lager zu begrüßen, sondern auch im eigenen Land zu unterstützen.

Schon Euren hartnäckigen Widerstand gegen diese von uns vertretenen Positionen während der stundenlangen Erörterung am 13.1.1984 habe ich für schwer erträglich gehalten. Er warf die Frage auf, ob für die künftige Arbeit überhaupt noch eine gemeinsame Basis von ausreichender Breite vorhanden sein würde. Mit Deiner von Prof. Ridder, Christoph Strässer, Dieter Lattmann und Gösta von Uexküll unterstützten Entscheidung, unsren mühsam genug ausgehandelten Kompromiß am nächsten Tag hinter unserem Rücken für ungültig zu erklären und die Entschließung entgegen der Absprache vom 13.1.1984 nicht zu veröffentlichen, hast Du diese Frage negativ beantwortet und eine Situation geschaffen, in der eine vertrauensvolle Kooperation leider nicht mehr möglich ist.
Wir erklären daher unseren Austritt aus der Krefelder Initiative und bitten, unsere Namen bei allen künftigen Erklärungen und Appellen nicht mehr zu verwenden.

(Gert Bastian) (Petra K. Kelly)
Gert Bastian

‚Forschungsgruppe Wahlen' zur Europa-Wahl

Absolute Mehrheit für Nichtwähler?

Schlecht steht es derzeit um das „Europa-Bewußtsein" der bundesdeutschen Wahlberechtigten. Das hat eine im Januar von der Forschungsgruppe Wahlen durchgeführte Repräsentativumfrage ergeben. Ein hartes Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Wählern und Nichtwählern wäre vorprogammiert, könnte man nicht mit Sicherheit davon ausehen, daß in den letzten Wochen vor der Europawahl noch einiges an Werbung aufgeboten und so ein größerer Prozentsatz von Unentschlossenen doch noch „überzeugt" werden wird, sie würden Entscheidendes verpassen, wenn sie sich den Gang ins Wahllokal sparen. Das von den Regierungen erhoffte „überzeugende Ja zu Europa" dürfte aber ebenso sicher ausbleiben. Profitieren von einer Minusrekord-Wahlbeteiligung könnten mit etwas Glück die Grünen, die zwar auch nicht plausibel sagen können, wozu diese Wahl und das Straßburger Parlament gut sein sollen, aber die schon 1979 ihr Wählerpotential zu mobilisieren verstanden und für damalige Verhältnisse beachtliche 3,2% erreichten.

Sehr geringes Interesse an der Europawahl

... hat die Forschungsgruppe Wahlen nach Auswertung ihrer Umfrage ermittelt: *„22,5% aller Wähler zeigen derzeit Interesse an der zweiten Europawahl, knapp 47% sind nicht besonders interessiert, und etwas über 30% sind überhaupt nicht interessiert. 1979, vier Monate vor der ersten Europawahl, war immerhin die Hälfte aller Wähler an der Wahl interessiert. Bereits seit August letzten Jahres ist das Inteeresse besonders niedrig und seitdem sogar noch gesunken. (...) Nur 46% aller*
August letzten Jahres ist das Inteeresse besonders niedrig und seitdem sogar noch gesunken. (...) Nur 46% aller
Wähler sagen derzeit, daß sie bei der Europawahl wählen wollen, ein Drittel ist noch unentschieden. Im Februar 1979, vergleichbar früh vor der letzten Europawahl, waren immerhin 71% bereit zu wählen (Tatsächlich gewählt haben dann 65,7%; Anm. AK). *Auch hier ein schlechteres Bild als 1979."*

Die politischen Erwartungen der Befragten an das Europa-Parlament sind unklar. *„Sehr wenig pointierte Meinungen zur Arbeit des Europa-Parlaments in Straßburg"*, vermerkt die Forschungsgruppe Wahlen. Gut ein Drittel möchte aber, *„daß das europäische Parlament in Zukunft mehr zu sagen hat"* und sich um „Umweltschutzprobleme" und „Überproduktion der Landwirtschaft" kümmert.

Bei der Entscheidung zwischen einem starken, außenpolitisch unabhängigen Europa und einer stärkeren Anlehnung an die USA triumphiert eindeutig das Europa-Bewußtsein. Vor diese typische Pest- und Cholera-Alternative gestellt, *„möchten knapp zwei Drittel aller deutschen Wähler Europa außenpolitisch eher unabhängig sehen, gut ein Drittel spricht sich für eine Anlehnung an die USA aus."* Angesichts dieser klaren Mehrheit für ein gegenüber den beiden „Supermächten" auftrumpfendes geeintes (West-)Europa bedeutet das breite Desinteresse an der Europawahl auch, daß dem Straßburger Parlament von vielen einfach keine bedeutenden und diesem Ziel dienlichen Taten und Kompetenzen zugetraut werden. So ähnlich sieht das auch die Forschungsgruppe Wahlen in ihrem Fazit: *„Insgesamt hat das Europäische Parlament und auch die Europäische Gemeinschaft in den Augen der Wähler eher an Reputation verloren. Die Enttäuschung nach den hochgesteckten Zielen einer ersten Europawahl ist offensichtlich; die europäischen Institutionen haben es seit 1979 nicht vermocht, sich positiver in das Bewußtsein der Wähler einzuprägen, obwohl ein Raum für eine stärkere Profilierung offensichtlich vorhanden ist."*

Ökolibertäre wollen um die Mehrheit kämpfen

Die sogenannten „Ökolibertären", ein Sammlungsversuch am rechten Flügel der Grünen Partei, haben sich nunmehr — am 26. Februar in Barendorf — noch einmal ganz offiziell konstituiert, falls man der „taz" (7.3.) Glauben schenken darf. Es scheint, daß die „Ökolibertären" sich in den letzten Monaten schon mehrmals „konstituiert" haben, um ebenso oft das Vergnügen zu genießen, „sich der Öffentlichkeit vorstellen" zu können. Man trifft sich in kleiner Runde, mal sind es 25 Leute und mal auch 30. Was aber nun wirklich nicht so mißzuverstehen ist, wie es die „taz" (s.o.) interpretiert: daß die „Ökolibertären" nur 30 M i t g l i e d e r hätten. erheblich stärker ist diese Strömung bei den Grünen schon, aber man lädt eben nicht j e d e n gleich ein, wenn es darum geht, Inhalte und Strategien zu beraten und festzulegen. Das ist verständlich, da jeder von den „Ökolibertären" eine besonders kostbare Inidividualität ist, die man nicht einfach dem kalten, gefühllosen Ablauf öffentlicher Debatten und Abstimmungsmaschinerien aussetzen darf. Das hat man von der Bremer Grünen Liste/BGL fein gelernt: den Kreis der Ausgewählten so klein wie möglich halten, damit einem nicht Hinz und Kunz dazwischenquatscht und damit kommunistische Unterwanderungsversuche von vornherein keine Chance haben.

In diesem Geiste der wehrhaften Ökologie haben ich erstmals am 30.10. des letzten Jahres einige rechte Grüne aus Norddeutschland in Embsen (bei Lüneburg) getroffen. Motto der Besprechung: „**Grüne Vernunft**". das klingt sympathisch, verpflichtet zu gar nichts und schließt von vornherein niemanden aus — außer den Marxisten, die per Definition unvernünftig sind. Man traf sich wieder am Rande des Duisburger Parteitages (18./19.11.83), nunmehr schon fest entschlossen zum „*Aufbau einer Gegenbewegung zum Wiederaufbau ursprünglicher grüner Zielsetzungen*". Kurz vor dem Parteitag war in der „Frankfurter Rundschau" eine Erklärung „**wider die Lust am Untergang**" erschienen, deren Unterzeichner größtenteils zum engeren Kreis der „Ökolibertären" gehören. — Man kam erneut zusammen am 17./18.12. in Mehdingen (bei Lüneburg), und am 5./6.Januar stellte man ich in Bad Soden (bei Frankfurt) der Öffentlichkeit als Fraktion vor. Man verkündete: „*Das sich entwickelnde Defizit der Grünen bezieht sich insbesondere auf die Ökologie.*".Und man konnte auch schon eindeutig benennen: „*Die erforderliche gedankliche Weiterentwicklung einer politischen Ökologie wird behindert durch die Schere traditioneller marxistisch beeinflußter Vorstellungen, die naturgemäß eine Affinität zu dogmatischer Enge haben.*". Im Gegensatz dazu ist das personelle und programmatische Spektrum der „Ökolibertären" erfrischend undogmatisch und buntschillernd: Da gibt es ein paar der alten „BUS-Fraktion" („Undogmatische Sozialisten") bei den Grünen, die sich einmal als Kampfgemeinschaft gegen die marxistische „Gruppe Z" formiert hatte, ohne sich dabei mit Ruhm zu bekleckern. Dann ist da Boje Maaßen von den eher scholle- und schollenverbundenen rechten Grünen Schleswig-Holsteins. Da ist Thomas Schmid, APO-Veteran, dem nach eigenen Angaben schon 1975 das linke Weltbild zusammenbrach. Seither bemüht er sich um ein rechtes, was ihn zeitweise mit Rudolf Bahro zusammenführte in dem Wunsch, um die Gunst des CDU-Potentials zu werben. Mit von der Partie sind auch zwei ehemalige Trikont-Verleger, Achim Bergmann und Gisela Erler. Aber da ist andererseits auch Winfried Kretschmann, grüner Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg: ein biederer Sozialliberaler mit ML-Vergangenheit, der sich selbst als Realpolitiker mißversteht. Seit neuestem bekennt sich sogar Kretschmanns Kollege Hasenclever zu den „Ökolibertären". „Hasi's" Herz war wohl immer auf dieser Seite, aber bisher war er viel zu clever, um sich direkt und offen auf fraktionelle Dummheiten einzulassen.

Stöbert man dann in dem Zentralorgan der Fraktion, der „Politischen Ökologie", so wird das Bild noch weitaus bunter: Alle Vertreter irgendwelcher spiritualistischen und religiösen Sonderinteressen bei den Grünen fühlen sich offenbar von den „Ökolibertären" angezogen wie die Fliegen von der Scheiße. Da wird auf der einen Seite dafür plädiert, daß „*eine christlich-konservative Einstellung*" in der Grünen Partei „*einen maßgeblichen Stellenwert*" einnehmen müsse, um das „*einseitig falsche Etikett einer traditionslosen chaotischen grünen Gruppierung von seiten der christlichen Traditionszugehörigkeit zu korrigieren*". Gleich daneben erfahren wir einiges über Mondgöttinnen und Erdgöttinnen wie auch allgemein über das Matriarchat. Andere Autoren widmen sich der „**Ethik der Gottesschöpflichkeit**" oder ganz allgemein dem Verhältnis von „**Religion und grüner Politik**". Ein Autor konzipiert gar in kühnem Entwurf eine „**Ökologische Religion**" und weist auf das Bestehen entsprechender Arbeitsgruppen in der Grünen Partei hin. Eine Autorin teilt unaufgefordert ihre Privatphilosophie mit: „*Wirkliche Grüne und wirkliche Christen unterscheiden sich in nichts voneinander. Beide sind höchst aufmerksam auf Bewußtseinsbildung. Dies sind ‚Kompostierungs'-Prozesse. Etwas Altgewordenes geht in ein Größeres ein, dabei leuchtet etwas Neues, oft unter Schmerzen, auf. Wir brauchen täglich Kreativität, wie kein anderer Zusammenhang.*". Die originelle Manon Maren-Griesebach, Vorstandsmitglied der Grünen und freischaffende Erdhockerin, ist mit ei-
Zusammenhang.". Die originelle Manon Maren-Griesebach, Vorstandsmitglied der Grünen und freischaffende Erdhockerin, ist mit ei-
nem planetenübergreifenden Beitrag „**Grüne Ethik ist Universalethik**" vertreten, während auf den nächsten Seiten ein Autor sich „**für einen budhistischen Impuls**" ausspricht. Ja, warum eigentlich nicht? Immer noch besser als ein christlicher!...

Es zeigt sich wieder einmal, wie schon in der Gründungsphase der Grünen Partei selbst, daß solche Sammlungsprozesse gerade eine bestimmte Spezies von Menschen extrem stark anlocken. Nämlich Menschen, die — bei aller Liebenswürdigkeit im Individuellen — sich jeder weit vom Halse halten muß, der praktische Politik wenigstens ansatzweise betreiben will. Und die Spaltung der Grünen Partei — denn das ist vorerst das einzige konkrete Vorhaben, das sich die „Ökolibertären" als Kollektiv stellen — ist zweifellos in hohem Maße praktische Politik. An diesem Problem sind bisher sämtliche Versuche kläglich gescheitert, rechte Fraktionen oder auch Konkurrenzgruppen gegen die Grüne Partei zu sammeln. Daß sich bei den „Ökolibertären" nun gerade viele von den bereits ein- oder zweimal gescheiterten Fraktionsmachern zusammenfinden, verbesssert ihre Chancen vermutlich auch nicht.

Einer der Prominenten unter den „Ökolibertären", Ernst Hoplitschek aus Berlin, stellt die Verhältnisse allzu einfach und optimistisch dar, wenn er in einem Interview (siehe Kasten) behauptet: Es gebe in der Grünen Partei „drei Strömungen", nämlich: „**Die traditionellen Sozialisten (Zentrum Hamburg), die sogenannten Fundamental-Oppositionellen (Zentrum im Römer in Frankfurt) u n d u n s.**" Da verschwindet mit en „Realpolitikern" in Hessen und im Bundestag (Fischer, Schily) einfach eine komplette und derzeit sehr wichtige Strömung. Die Vielzahl von unterschiedlichen Tendenzen bei den Grünen, die zwar keine zusammmenhängenden „Strömungen" bilden, aber dennoch real vorhanden sind (man denke z.B. an das, was Petra Kelly repräsentiert), spielt in Hoplitscheks Schema überhaupt keine Rolle. Man darf vermuten, daß hinter Hoplitscheks Schema von den „drei Strömungen" die Illusion verborgen ist, die nicht erwähnten Strömungen und Tendenzen z w i s c h e n den großen Fronten durch die „Ökolibertären" einzugemeinden oder zumindest dominieren zu können.Wer dann nicht mitzieht, entlarvt sich als heimlicher Traditionssozialist. Einfacher und praktischer formuliert: Das Schlüsselproblem der „Ökolibertären" wird sein, ob ihnen ein Bündnis mit den „Realpolitikern" in Hessen und im Bundestag gelingt. Das setzt jedoch erstens voraus, daß man den lächerlichen Ballast von Sektenpredigern und Universalphilosophen schleunigst los wird. Und es würde zweitens, und das ist noch weit schwieriger als der eben erwähnte Punkt, erfordern, daß sich die „Ökolibertären" von zentralen Elementen ihrer derzeitigen (maßgeblich von Thomas Schmid formulierten) Programmatik trennen, die in schlicht skandalöser Weise eine Kampfansage an die arbeitende Bevölkerung darstellt. Anderenfalls wird man vielleicht gerade noch einen antilinken Block formieren können — wozu bei manchen „Realpolitikern" schon Neigung vorhanden sein dürfte —,aber keinesfalls auch nur in Ansätzen ein gemeinsames p o s i t i v e s Programm für eine Mehrheit in der Grünen Partei formen können. Und die Mehrheit soll es schließlich sein: „**Wir werden daher um Mehrheiten in der Grünen Partei kämpfen. Wären die grünen Wähler demokratisch in den Gremien der Partei repräsentiert, dann wären wir diese Mehrheit schon heute.**" (Thomas Schmid).

Wer so geanu wie Thomas Schmid weiß, was die Mehrheit er grünen Wähler eigentlich wollen würde, wenn man sie fragen könnte, dem ist zukünftig noch manches zuzutrauen. Aber kaum die Gewinnung der Mehrheit in iner Partei, die — bei allen Abstrichen, die man da leider machen muß — doch im Großen und Ganzen immer noch d e m o k r a t i s c h strukturiert ist.

Kt.,Hamburg

"Man könnte versuchen, vielleicht historisch die Rolle der FDP zu übernehmen"
Ernst Hoplitschek

Hier spricht Ernst Hoplitschek

Ernst Hoplitschek aus Berlin, Sprecher der „Ökolibertären" und langjährige Fraktionsmacher ohne Fortune, hat den „Bremer Nachrichten" (5.3.84) ein Interview gegeben, bei dessen Lektüre sich den klügeren unter seinen Kampfgefährten wahrscheinlich mal wieder alle Haare am Leib gestraubt haben. „So etwas d e n k t man, aber man s a g t es nicht", wie sich um die Jahrhundertwende der rechte Sozialdemokrat Bernstein von einem ansonsten durchaus Gleichgesinnten belehren lassen mußte. Hier der Wortlaut des Interview:

Frage: *Welche Strömungen gibt es derzeit bei den Grünen?*
Anwort: Wir gehen davon aus, daß es derzeit drei Strömungen gibt. Die traditionellen Sozialisten (Zentrum Hamburg), die sogenannten Fundamental-Oppositionellen (Zentrum im Römer in Frankfurt) und uns. Wir begreifen uns als eher bürgerliche Strömung, die sich jetzt das Etikett ökolibertär gegeben hat.
Frage: *Sie haben von einer Konkursmasse kommunistischer Sekten, die in die grüne Partei eingeflossen ist, gesprochen. Was meinen Sie damit?*
Antwort: Es hat eine definitive Linksverschiebung stattgefunden. Sie ist wesentlich beeinflußt von Interessenträgern, die historisch und organisatorisch von K-Gruppen kommne.
Frage: *Ist es eine kommunistische Unterwanderung wie Bastian sie den Grünen vorgeworfen hat?*
Antwort: So kann man es nicht sagen. Richtig ist eher: Bestimmte Zielstrategien sind den Grünen aufgepflanzt worden, die von gescheiterten marxistisch-leninistischen Parteien herrühren. Dingfest zu machen sind sie in der Wirtschaftspolitik und in der friedenspolitischen Frage, wo versucht worden ist, die grüne Partei auf einen antiamerikanischen Minimalkonsens zu reduzieren unter der Inschutznahme der sowjetischen Nuklearpolitik. Diese Strategien wollen wir nicht mittragen.
Frage: Manifestiert sich dies auch in der personellen Besetzung?
Antwort: Selbstverständlich. Ich
mittragen.
Frage: Manifestiert sich dies auch in der personellen Besetzung?
Antwort: Selbstverständlich. Ich
mache mich da sicher unbeliebt, aber: Der Bundesvorstand ist mittlerweile annähernd zu sechzig Prozent zusammengesetzt von Personen, die historisch eher aus linken organisatorischen Zusammenhängen kommen. So kommt zum Beispiel die im vergangenen Jahr in Duisburg gewählte gleichberechtigte Vorstandssprecherin Rebekka Schmidt aus dem Umfeld der maoistischen KPD. Sie war vor einem Jahr, das weiß ich definitiv, noch strikt gegen die Grünen, weil sie diese eher für in rechtsbürgerliches Kartell hielt.
Frage: *Sie haben von einer seltsamen Art von Basisdemokratie gesprochen. Was stört Sie?*
Antwort: Bei den Grünen heißt Basisdemokratie heute etwa: Es gäbe ein grünes Gemeinwohl oder grüne Interessen, und Personen, die diese repräsentieren, seien sekundär. Das heißt, sie seien jeweils, in welcher Position auch immer, ersetzbar. Dieses Menschenbild ist für mich ein zutiefst autoritäres, das die Individualität gnadenlos ausbügelt zugunsten des bekannten grauen Apparatschiks, der nur noch als Apparat funktioniert. Es wird nie die Partizipationschance der grünen Wähler ermöglicht. Eine Minorität in der grünen Partei definiert die Basisdemokratie.
Frage: *Sie sind also gegen das Rotationsprinzip?*
Antwort: Selbstverständlich. Ich lehne es ab. Es kasteit, es führt zu nichts. Gerade wenn man diesen hohen Anspruch hat, die Welt vor der ökologischen Katastrophe zu bewahren, kann man diese Politik nicht als Feierabendpolitiker machen, sondern da muß man Berufspolitiker nehmen.
Frage: *Stimmen Sie Bastians Anspruch zu, der von einer Diktatur der Inkompetenz gesprochen hat?*
Antwort: Ich schließe mich an Kernaussagen des Bundestagsabgeordneten Joschka Fischer an, der gesagt hat: Grüne Politik heißt jetzt Parlamentarisierung, Bündnis und Kompromisse. Ich selbst bin zusätzlich der Meinung, diese Bündnisse dürfen ich nicht auf die SPD fixieren. Man muß auch die Dialogbereitschaft zu Minderheienpositionen haben, wie sie in der CDU vorhanden sind, wie sie von Biedenkopf und Spät formuliert worden sind in Ökofragen. Man könnte versuchen, vielleicht historisch die Rolle einer FDP zu übernehmen.
Frage: *Haben Sie mit der FDP selbst keine Kontakte im Sinn?*
Antwort: Aber selbstverständlich. Es gibt als erste Resonanz auf unsere Strömung von den Jungdemokraten eine Programmatik, die überschrieben ist mit „Öko-Liberalismus". Eine Prognose zum Schluß: Ich hoffe, daß es uns gelingt, auch in Entscheidungsgre-
überschrieben ist mit „Öko-Liberalismus". Eine Prognose zum Schluß: Ich hoffe, daß es uns gelingt, auch in Entscheidungsgre-
mien Fuß zu fassen. **Ich glaube, daß die Chance über die Bundestagsfraktion derzeit ganz gut ist. Dort hat die ökolibertäre Strömung Bündnispartner, die sich natürlich im Moment bedeckt halten.** Wenn aber der letzte bürgerliche Flügel die Partei verläßt, ist die grüne Partei eben nur noch eine linke Sekte. Das ist das Vorprogramm zum politischen Aus.

"Grüne Internationale" mit Startschwierigkeiten

Nachdem in den vergangenen Jahren prominente Vertreter der bundesdeutschen Grünen (als international bedeutendste und erfolgreichste der grünen Parteien) ihren Schwesterorganisationen durch öffentliche Auftritte und allerlei Ratschläge auf den richtigen grünen Weg zu helfen versuchten, kommt nun das Projekt einer Grünen Internationalen doch nicht so richtig vom Fleck. Zwar wurden aus Anlaß der bevorstehenden Europawahlen am 23.Januar in Brüssel von zunächst acht Parteien die „Europäischen Grünen" konstituiert. Geschäftsführer Lukas Beckmann hat in einem Brief an die anderen Parteien den von den Grünen selbst eingebrachten Vorschlag einer gemeinsamen europäischen Wahlplattform wieder zurückgezogen, da das „*wegen der unterschiedlichen Entwicklungsstadien grüner Initiativen in den einzelnen Ländern ... sicherlich eine Überforderung*" sei.

Neben dem Bestreben, sich nicht allzu eng an bislang weitgehend erfolglose grüne Kleinstparteien zu binden, ist für die Zurückhaltung der bundesdeutschen Grünen vor allem der Gesichtspunkt „parlamentarische Effektivität" von Bedeutung. Die Festlegung, daß die Grünen „**keine Bündnisse oder Koalitionen, welche auch immer, mit den Eurokommunistischen Parteien in Europa eingehen können**" (Petra Kelly), ließe den grünen Europaparlamentariern keinerlei Spielraum; zumal es durchaus denkbar ist, daß die bundesdeutschen Grünen als einzige grüne Partei ins Europaparlament einziehen und dann mit vier oder fünf Abgeordneten allein die grüne Fahne hochhalten müssen.

Der folgende kurze Überblick über den Stand der grünen Parteien in einigen westeuropäischen Ländern macht deutlich, warum diese Parteien ein so starkes Interesse an Unterstützung und offizieller Anerkennung seitens der bundesdeutschen Grünen haben: anders als hierzulande gibt es dort für sie auch bei den Wahlen ernstzunehmende Konkurrenz. In F r a n k r e i c h haben sich im Februar „Les Verts-Parti Ecologiste" und „Les Verts" (früher „Confederation Ecologiste") zusammengeschlossen unter dem Namen „Les Verts-Confederation Ecologiste/Parti Ecologiste". Die bisherigen Organisationen werden aufgelöst; sonstige „Doppelmitgliedschaften" sind verboten. Trotz ihrer Konstituierung als Partei ist fraglich, ob die französischen Grünen ihre 4,4% von der Europawahl 1979, mit denen die
ten" sind verboten. Trotz ihrer Konstituierung als Partei ist fraglich, ob die französischen Grünen ihre 4,4% von der Europawahl 1979, mit denen die
5%-Hürde nur knapp verfehlt wurde, wiederholen oder gar überbieten können. Negativ dürfte sich das fast völlige Fehlen einer französischen Friedensbewegung auswirken. Eine im »Figaro« veröffentlichte Wählerumfrage ergab für die Grünen aber immerhin 4,5 bis 6% (gegenüber 2,5% für die linssozialistische PSU).

In B e l g i e n benötigen die grünen Parteien der beiden Sprachgebiete — „Agalev" (Flandern) und „Ecolo" (Wallonen) — jeweils 6 bis 7% der Stimmen, um ins Europaparlament zu kommen.

In den N i e d e r l a n d e n haben sich PPR (Radikale Partei), PSP (Pazifistisch-Sozialistische Partei), CPN (KP, mit einem „moskautreuen" und einem „Euro"-Flügel) und die „Progressive Groene Platform" zum „Groen-Progressive Akkoord" (GPA) zusammengeschlossen, der bei den Europawahlen kandidieren wird. „De Groenen", die sich als „nicht-links" und vorwiegend als „Umweltpartei" verstehen, dürften es gegenüber diesem Zusammenschluß schwer haben. Im niederländischen Nationalparlament verfügen PPR, PSP und CPN über 8 von 136 Sitzen (keine 5%-Klausel).

Auch in I t a l i e n, wo der Einigungsdruck einer 5%-Klausel fehlt, haben es die grünen Gruppierungen schwer. Die schon im Europaparlament vertretenen Organisationen der Linken — Partito Radicale (PR), Democrazia Proletaria (DP), Partito di Unita Proletaria (PdUP) — betreiben ihre eigenen Kandidaturen. Ob daneben eine gemeinsame grüne Liste zustande kommt, ist zweifelhaft. Alexander Langer, früher Lotta Continua, jetzt Regionalparlamentarier der „Alternativen Liste für das andere Südtirol", hat im Januar in der linken Tageszeitung „il manifesto" einen entsprechenden Aufruf veröffentlicht.

Mach mal Pause!

Ausgerechnet am Fastnachts-Dienstag brach die Landtagsgruppe der hessischen Grünen zusammen. Tränen, Generve, Schreikrämpfe. Nichts lief mehr. Die Arbeit der Abgeordneten, Nachrücker und Mitarbeiter wurde für eine Woche eingestellt, alle Termine abgesagt. Letztes Lebenszeichen: „Wir sind keine Politmaschinen". Noch am selben Tag buchte ein Teil der Mann- und Frauschaft einen Flug nach Rom. Und im Hessenland geht die bange Frage um: Helau oder Amen?

Na, jedenfalls möchte kein Prolet in deren Haut stecken. So oft Urlaub — das ist kein gutes Zeichen. Muß das schrecklich sein, so als Politiker. Nicht mal den Karneval können sie unbeschwert genießen. Beim Schaffe flippe mer wenigschdns net aus. Wann mir erscht die fünfedreisisch Stunnewoch hawwe, sehe die noch älde aus.

Es war mal wieder alles zusammengekommen. Der Ärger in den Haushaltsverhandlungen mit der SPD, die Unlust, ständig auf der Hut sein zu müssen, um nicht vom übermächtigen Verwaltungsapparat aufs Kreuz gelegt zu werden, und das ewige Gemeckere der fundamentalistischen Basis, der sogenannten. So ist der therapeutische Zweck der befristeten Verweigerung, daß die Kritiker in den eigenen Reihen *„ihre oppositionelle Energie eine Woche lang nicht gegen die eigenen Leute richten können, sondern sich wieder mit dem eigentlichen Gegner auseinandersetzen müssen"*.

Eher beiläufig erfährt man erstmals, daß es in letzter Zeit unwahrscheinlich viele Briefe von BIs, Komitees usw. gegebben habe, die sich ablehnend zu den mit der SPD erzielten Verhandlungsergebnissen geäußert haben sollen. Ein Stimmungsumschwung? Noch auf der Landes-Mitgliederversammlung in Usingen hatte es geheißen, die außerparlamentarischen Bewegungen (ob nun gegen die Startbahn oder gegen AKWs) stünden samt und sonders hinter der „Realpolitik". Speziell die „taz" war nicht müde geworden, diese These immer und immer wieder der geneigten Leserschaft einzuhämmern. Bekannt geworden ist jetzt ein Schreiben der „Bunten Hilfe"/Frankfurt, [redacted] wonach die „rot-grünen" Gespräche „nichts gebracht" hätten; die strafrechtliche Verfolgung und Kriminalisierung von Startbahngegnern halte unvermindert an. Freilich: neu ist diese Erkenntnis nicht gerade. Dem Vernehmen nach hat sogar das Komitee Grundrechte und Demokratie einen Brief nach Wiesbaden geschickt: Keinesfalls dürfe dem Neubau von Strafvollzugsanstalten zugestimmt werden.

Die grünen Parlamentarier dürfte allerdings mehr beeindruckt haben, daß die „taz" selber auf Distanz zum anfangs hochgelobten Hessen-Modell zu gehen scheint. Seit das für die Startbahn West angepeilte Nachtflugverbot an Bonner Härte zu scheitern scheint (wobei der Eindruck kaum zu verdrängen ist, daß Börner selbst von Anfang an mit diesem Ausgang der Geschichte gerechnet hat), ist die „taz" schwer enttäuscht, mehr noch: gekränkt. Ob das nun daran liegt, daß der verantwortliche Hessen-Redakteur in Rüsselsheim just unter der zukünftigen Abflug-Route nächtigt, oder ob die Szene Holger Börner einfach nicht mehr spannend findet, weiß man nicht. Jedenfalls reduzieren sich die publizistischen Stützpunkte grüner Realpolitik momentan auf „Spiegel", „Pflasterstrand", und „Kommune".

Was also ist angesagt? Platzt die „Zusammenarbeit", weil auch in der Müll-Problematik keine Einigung erzielt werden konnte, sondern die SPD hartnäckig am Bau neuer Deponien festhält? Stimmt, was aus Wiesbaden zu hören ist, daß die grüne Landtagsgruppe selbst den Haushaltsentwurf für 1984 — die eigentliche Bewährungsprobe auf das "Bündnis"— für äußerst unbefriedigend hält? Ahnungsvoll sprach die „Hessen-Rundschau" bereits von einem möglichen „politischen Aschermittwoch in Hessen".

„Hessen-Rundschau" bereits von einem möglichen „politischen Aschermittwoch in Hessen".

Freilich kann auch das Gegenteil richtig ein. Die letzten Jahre haben die verblüffte Öffentlichkeit mit der Funktion des Nervenzusammenbruchs im inner-grünen Meinungsstreit vertraut gemacht. Damit soll nicht die *„Tragik der politischen Einsamkeit der grünen Landtagsgruppe"* (Fischer, MdB) bestritten werden. Doch welche Folgen wird sie zeitigen? Es scheint plausibel zu sein, daß jetzt — mit der typischen Verspätung, mit der sich Stimmungen in politischen Institutionen fortpflanzen — eine Ernüchterung bei den Grünen im Landtag eingetreten ist. Ernüchterung kann es nur geben, wenn bestimmte Erwartungen sich nicht erfüllt haben. Die Lobeslieder, wie sie von Fischer, Kerschgens oder Kleinert auf die Zusammenarbeit mit der SPD gesungen wurden, haben nicht zuletzt bei den hessischen Akteuren selber die (konkret durch nichts begründete) Hoffnung geweckt, es werde schon etwas Handfestes und Brauchbares herauszuholen sein. Mühsam beginnt man nun festzustellen, daß dem nicht so ist. Überall sind die Grünen aufgelaufen; da ist praktisch nichts, was als ihr spezieller Beitrag für eine neue, bessere Landespolitik vorzeigbar wäre. Scheißpolitik! Dies beinhaltet einen Erkenntnisprozeß — so oder so. Entweder, daß man's falsch angefaßt hat, oder daß Politik eben Scheißpolitik i s t (sofern sie „real" ist). Daß man Fehler gemacht hat, ist ein ungeheuer schweres Eingeständnis, vielleicht das Schwierigste überhaupt. Diese Richtung des Erkenntnisprozesses läßt sich für unsere grünen Freunde mithin nur unter größten inneren Widerständen einschlagen. Viel leichter ist es, die andere Richtung zu wählen: Was man doch selber trotz allem Realismus naiv gewesen ist! Wie man geglaubt hat, diese sozialdemokratischen Profis auf Anhieb zu übervorteilen ... Jetzt erst geht mir auf, wie dreckig dieses Geschäft wirklich ist (obwohl ich es ja eigentlich schon irgendwie geahnt habe). Das werden die Leute von der Basis nie kapieren, und es ist vielleicht auch besser, ihnen das gar nicht zu erklären (das nimmt ihnen sonst nur die Hoffnung auf eine bessere Welt!).

So härtet sich der Realpolitiker gegen die feindliche Umwelt. „Man muß mit beiden Beinen erst einmal auf den Grund des Sumpfes vorgestoßen sein".

Die nächste Etappe heißt: Werde skupellos!

Arme Grüne. An ihren sozialdemokratischen Kollegen könnten sie studieren, um wieviel verlustreicher dieser Weg ist als das simple Eingeständnis von Irrtümern. Denn irren ist ja menschlich, wie Lenin schon bemerkte.

de.

Aufgespießt

Was stellt dieses Foto dar?

1. Börner und Bastian lassen sich den neuen Panzerabwehr-Hubschrauber vorführen.
2. Ein amerikanischer General bereitet sich darauf vor, wenige Augenblicke später ein Blutattentat auf den hessischen Ministerpräsidenten zu verüben.
3. Ministerpräsident Wüsten und Major Tom Tom auf dem Hessentag in Schlitz.
4. ...oder was?

Einsendungen an Postlagerkarte 032 776B, 600 Frankfurt 1. Preis: ein Eichhörnchen der Firma Steiff. Der/die Gewinner(in) wird natürlich unter Ausschluß des Rechtsweges ermittelt.



Fortsetzung von vorheriger Seite

daß die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich bei entsprechenden flankierenden Forderungen gegen Leistungsverdichtung etc. tatsächlich eine radikale Forderung ist, die in der heutigen wirtschaftlichen Situation den Interessen des Kapitals direkt gegenübersteht. Hier kann es folglich keinen „Interessensausgleich" über den Staat geben.

Ein weiterer Pferdefuß in dem Beschluß der Fraktion der Grünen ist die von ihnen als zweiter, entscheidender Hebel (neben der Arbeitszeitverkürzung) angestrebte grundlegende Umorientierung der Wirtschaftspolitik: *„Keine Subventionierung großtechnologischer, arbeitsplatzvernichtender Produktionsweise mehr; Verwendung der vorhandenen Gelder zur Unterstützung und Förderung arbeitsintensiver mittlerer, kleiner und genossenschaftlicher Produktionsstätten und selbstverwalteter Initiativen"*. Es bleibt offen, wieso ausgerechnet arbeitsintensive kleine und mittlere Betriebe, die ja bekanntlich privatkapitalistischen Eigentums- und Konkurrenzverhältnissen unterliegen, eine menschlichere Arbeitswelt eher möglich machen sollten als die Großindustrie? Warum sollen gerade sie bevorzugt in den Genuß von Subventionen kommen, wo bekanntlich gerade die kleinen und mittleren Betriebe es mit den Arbeitsschutzgestetzen nie so genau nahmen, wo die Ausbildung der Jugendlichen oft am schlechtesten ist u.a.m.?

Auf einem Arbeitszeitforum am 9./10. März in Bonn wollen die Grünen zusammen mit Arbeitsloseninitiativen, prominenten Gewerkschaftern der IGM und DruPa sowie mit Vertretern der Initiative „Gewerkschafter und Grüne gemeinsam für die 35-Stunden-Woche" über die Arbeitszeitverkürzung, die Arbeitszeitgesetzgebung und *„flankierende politische und parlamentarische Initiativen zur 35-Stunden-Woche"* beraten. *„Zum anderen sollen Perspektiven zur Umverteilung der Arbeit und der Arbeitsorganisation aufgezeigt werden"*, heißt es in der Einladung der beiden grünen MdB's Stratmann und Hoss. Beschlüsse sind nicht geplant; die grüne Bundestagsfraktion will nur *„Anregungen und Vorschläge ... aus dem Kreis der teilnehmenden Sachverständigen und Betroffenen"*.

U., B&G-Kommission

Hessen-Grüne satteln drauf:

Kein Pershing-Einsatz außerhalb des NATO-Geltungsbereichs und in Hessen!

genfer konvention

es trafen sich
einige ältere herren
gut erzogen genährt und gekleidet
und legten fest
wie wir uns umbringen
dürfen:

zu wasser
zu lande
und in der luft

ordnung muß sein

Peter-Paul Zahl

Erstaunlich wenig öffentliches Interesse findet die Frage, wie sich der Komplex **„Militärpräsenz und Katastrophengefahren"** in den „rot-grünen" Verhandlungen in Hessen fortentwickelt hat. Wir erinnern an die Szene, als die Grünen das Thema erstmals zur Sprache brachten (s. AK 243): Börner schrie, pöbelte, schlug mit der Faust auf den Tisch und drohte mit dem Abbruch der Verhandlungen. Grund genug für die aufgeschreckte Delegation, Börners Wunsch zu entsprechen und das Thema vom weiteren öffentlichen Gespräch fernzuhalten.

In Hessen wird aber gewöhnlich nichts so heiß gegessen, wie es gekocht

In Hessen wird aber gewöhnlich nichts so heiß gegessen, wie es gekocht

wird. Schon einen Tag nach seinem medienwirksamen Donnerwetter stellt Börner im kleinen Kreis zwei Mitgliedern der grünen Delegation gegenüber klar, daß über einzelne Punkte der grünen Vorschläge sehr wohl zu reden wäre, über die weitere Finanzierung der „Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktfoschung" (HSFK) etwa. Diese Stiftung, geleitet von Prof. Egbert Jahn (Mitglied des SB) ist für SPD-Zwecke schon des öfteren nützlich gewesen. Während des Startbahnkonfliktes sprang sie der Landesregierung mit der Versicherung zur Seite, die Flughafenerweiterung diene keinesfalls militärischen Motiven. Böse Zungen sprachen damals von einer Auftragsstudie. Später rieten Mitarbeiter des HSFK der Startbahnbewegung, „ihre Niederlage zu akzeptieren und zu verarbeiten". Heute agitiert Egbert Jahn gegen die „irrationale Angst" in der Friedensbewegung. Die Mitarbeiter der HSFK wissen also, was angesagt ist, um weiter mit öffentlichen Mitteln gefördert zu werden. Im Stiftungsbeirat sitzen ja auch Friedens-Mäzene wie Holger Börner und Kultusminister Krollmann.

Während die Mehrzahl der grünen Landtagsgruppe das Thema Militarismus in Hessen nunmehr unter dem Gesichtspunkt zu interessieren scheint, ob aus „maßlosen" Forderungen und Vorschlägen zum Friedensthema neuer Ärger in der „rot-grünen" Zusammenarbeit erwachsen könnte, machte sich eine Arbeitsgruppe für Unterverhandlungen, bestehend aus knapp 10 Leuten, sofort wieder mit Feuereifer an die Sache. Hier hatte man Börners Hinweis, er lasse sich das NATO-Bekenntnis der SPD nicht für Kleingeld abkaufen, einfach nicht wahrnehmen wollen. Noch einmal sollte im persönlichen Gespräch mit dem Ministerpräsidenten versucht werden, ihm Zugeständnisse zu entlocken. Dafür mußte nun ein neues — entschärftes — Papier her.

Wie raffiniert dieses Papier argumentiert, wird gleich anfangs beim Punkt **„Atomwaffen- und Giftgaskriegsführung in Hessen"** deutlich. Unter der Überschrift **„Mußmaßliche Verstöße gegen die Hessische Verfassung"** wird die Landesregierung aufgefordert, unverzüglich *„eine Stellungnahme zu vorliegenden Verdachtsmomenten"* beizutreiben,*„daß fremde Stationierungstruppen für den Kriegsfall Atomwaffen- und Giftgaseinsätze g e g e n Z i e l e i n H e s s e n planen und üben"*. Klug wird dazu angemerkt: *„Insbesondere scheint es unmöglich, in Hessen einen — noch so begrenzten — Kriegseinsatz vorzunehmen, ohne gültige kriegsvölkerrechtliche Verträge und Regeln zu verletzen"*. Wir sehen: Hier sind Pazifisten am Werk. Die Grünen sagen ein entschiedenes NEIN zu allen Angriffen auf h e s s i s c h e Ziele. Werft Euren Dreck woanders ab, oder was? Einen derart bescheuerten Inhalt würden nicht einmal wir als chronische Verfassungsfeinde aus dem Art. 69 der Hessischen Verfassung herausinterpretieren, heißt es doch dort als Lehre aus dem Nazi-Krieg: *„Jede Handlung, die mit*

heißt es doch dort als Lehre aus dem Nazi-Krieg: „Jede Handlung, die mit

der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig". Heiliger St. Florian, verschon' mein Haus, greif andre an.

Unter der Überschrift **„Mögliche rein nationale Einsätze fremder Stationierungstruppen"** schlagen die Grünen vor: *„Die Landesregierung fordert von der Bundesregierung verbindliche Garantien, daß fremde Stationierungstruppen Militäreinrichtungen in Hessen in keinem Fall anders als zur Verteidigung der Bundesrepublik und insbesondere nicht für eigene nationale Kriegshandungen und nicht für Militäraktionen außerhalb des NATO-Gebietes nutzen können"*. Daß die Bundesregierung so eine Garantie überhaupt geben k ö n n t e, selbst wenn sie wollte, muß bezweifet werden. Selbstverständlich wird sie auch nicht wollen, und Börner wird auch gar nicht erst deswegen anfragen wollen. **War es etwa der Zweck der grünen Übung, diese Selbstverständlichkeit dem Publikum noch einmal vorzuführen? Aber das wäre doch diese abgestandene, traditionssozialistische Entlarvungsstrategie, die wir eigentlich bei den grünen Realpolitikern nicht mehr erleben wollten.** Im Übrigen ist der Sachverhalt gar nicht so kompliziert: Die Vorbereitung von Kriegsführung ist in Hessen g e n e r e l l verfassungswidrig (s. o.). Und der feine Unterschied zwischen Verteidigung und Angriff verkommt sowieso zur bloßen Klamotte, wenn man weiß, daß die „Verteidigungsstrategien" der NATO im wesentlichen auf die westliche Sowjetunion und Polen zielen (sogenannte „Vorneverteidigung"). Das ist nun einmal so. Da kann es nur Schaden anrichten, wenn man sich zugunsten irgendwelcher spezialklugen, realpolitischen Schachzüge auf eine indirekte Tolerierung der „Verteidigung" einläßt, wie sie in der Garantie-Forderung der Grünen impliziert ist.

Bezüglich der Pershing-Fabrik in Frankfurt-Hausen soll die Landesregierung *„Verdachtsmomenten wegen Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz"* nachgehen, da — *„sofern sich dort Pershing-Raketen ... befinden"* — *„zumindest die Anwesenheit der explosiven Festtreibstoffe (ca. 5000 kg je Rakete) in unmittelbarer Nähe von Wohngebäuden einen schweren Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz"* darstellt. Das mußte mal gesagt werden. Da tun sich ja Abgründe auf. Vielleicht kann M. Marietta gezwungen werden, einen sicheren (und umweltverträglichen) Treibstoff zu entwickeln?

In einem „ Gefahrenkataster Hessen" fordern die Grünen dann eine Liste „besonders schutzbedürftiger Objekte". Es werden außerdem Lärmmeßstationen vorgeschlagen, um Beschwerden über *„u n z u m u t b a r e Lärmbelastungen"* infolge von Tiefflug, Beschuß und Verkehr nachzugehen. Wo bitte liegt für Gewaltfreie, die die Grünen ja angeblich sind, die Zumutbarkeitsgrenze für Militärlärm?

Im folgenden schlägt das Papier der Grünen vor, daß der gemeinsame *„Runderlaß der hessischen Minister*

Grünen vor, daß der gemeinsame

„Runderlaß der hessischen Minister (StAnz. v. 4.3.1980 S.536/537) betr. Bundesimmisionsschutzgesetz, Anwendung und Zuständigkeit für Anlagen der ausländischen Streitkräfte ... aufgehoben und durch eine souveränitätsfreundlichere (!) Verwaltungsrichtlinie ersetzt (wird)". Gemäß dieser sollen ab sofort *„Baumaßnahmen ausländischer Stationierungsstreitkräfte nach den Vorschriften des NATO-Truppenstatuts, des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut und des Verwaltungsabkommens ABG 1975 zu Art. 49 ZA-NTS durchgeführt"* werden. Welcher Antimilitarist ahnt schon, wie wichtig die korrekte verwaltungstechnische A b w i c k l u n g einer n e u e n NATO-B a u m a ß n a h m e ist?

„Treffen die Stationierungsstreitkräfte selbst innerhalb der ihnen zur ausschließlichen Benutzung überlassenen Liegenschaften zur befriedigenden Erfüllung ihrer Verteidigungspflichten erforderliche Maßnahmen, die keine Baumaßnahme nach Art. 49 ZA-NTS sind, so gelten grundsätzlich die materiellen deutschen Rechtsvorschriften" Ein genialer Plan: Grüne Realpolitik rechnet damit, daß bei strikter Anwendung des deutschen Verwaltungsrechts — das ist ja sehr penibel, besonders im Baurecht — sich die NATO in kürzester Frist frustriert aus Hessen zurückziehen wird.

Die Generalklausel des Hessischen Katastrophenschutzgesetzes soll nach den Vorstellungen der Grünen neu gefaßt werden: *„Aufgaben des Katastrophenschutzes sind die Vorbeugung, die Vorbereitung der Abwehr und die Abwehr von Katastrophen"*. Wer's nicht gemerkt hat: Die ökologische Reform liegt in der Verankerung der „V o r b e u g u n g". Da argumentieren Ärzte-Friedensinitiativen, Zivildienstleistende und andere Kenner der Materie seit Jahren überzeugend, daß es im nächsten Krieg keinen wie auch immer gearteten Katastrophenschutz geben kann; ja, daß die Katastrophenschutz-Propaganda vielmehr Teil einer Kriegsvorbereitung sei — aber die Grünen wollen das Katastrophenschutzgesetz „verbessern".

So korinthenkackerisch-juristischpenibel sonst argumentiert wird, um dem Krieg verwaltungstechnisch zu Leibe zu rücken — irgendwann ist mal Schluß. Z.B. wenn die Initiative Hessisches Volksbegehren für den Frieden

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

die Forderung in dem Papier unterbringen will, daß ihr Förderverein e.V. (wichtig für die Finanzierung) endlich durch die hessischen Finanzbehörden als „gemeinnützig" anerkannt wird. Doch da ist der Börner davor. Er hat im kleinen Kreis bereits verlauten lassen, die Oberfinanzdirektion sei eine „Mischbehörde", ohne den Bund könne er da nichts machen. Also fällt diese systemsprengende Forderung gleich weg.

Daß Ökologie vor Ökonomie zu stehen hat, weiß ja inzwischen alle Welt. Wie aber ist das korrekte Verhältnis zur „Verteidigung"? Steht sie hinter, neben oder vor der Ökologie? Eine Antwort auf diese spannende Frage deutet sich in Novellierungsvorschlägen der Grünen an, etwa für den § 17 des Hessischen Raumordnungsprogrammes (HLROP): „*(1) Die Belange der militärischen und zivilen Verteidigung sowie der öffentlichen Sicherheit sind mit den Belangen der Landesraumordnung und des Naturschutzes abzuwägen.*
(2) Geplante Verteidigungsanlagen (Liegenschaften/Standorte) dürfen die Wasserversorgung, den Verkehr, Natur und Landschaft, die Erholungsmöglichkeiten (Naherholungsgebiete, Naturparks und andere geschützte Naturteile) sowie Wohngebiete nicht vermeidbar beeinträchtigen.
(3) Unvermeidbare Beeinträchtigungen sind durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen. Ist kein ökologischer Ausgleich des Eingriffs möglich, so ist er grundsätzlich zu unterlassen".

Auch der Novellierungsvorschlag für §5 Abs. 1 und Abs. 8 HLROP verdient Beachtung:
„*(1) Das Gleichgewicht in der Natur muß insbesondere in biologischer, hydrologischer, bodenkundlicher, lufthygienischer, forst-ökologischer und klimatischer Hinsicht wiederhergestellt werden. Eingriffe, die zu langanhaltenden, großflächigen und tiefgreifenden Folgen für den Naturhaushalt führen, sind zu unterlassen, bei der Nutzung der natürlichen Ressourcen für landwirtschaftliche Zwecke müssen ökologische Erfordernisse abgewogen werden.*
(8) Landschaftlich besonders reizvolle und gesunde Gebiete sollen als Naturparks gestaltet werden. Naturparks sind insbesondere vor militärischen Übungen und der Beeinträchtigung durch Wochenendhäuser zu schützen".

Die Grünen haben sich die Kritik offenbar zu Herzen genommen, sie hätten in den ersten Verhandlungsrunden ökologische Kompetenz vermissen lassen.

Wir lernen: „Verteidigung" ist Teil der Natur, darf sie aber nicht beherrschen. (Dasselbe gilt übrigens auch für Wochenendhäuser). Der makabre Unfug einer realpolitischen Kosmetik an der Kriegs v o r b e r e i t u n g ist
fug einer realpolitischen Kosmetik an der Kriegs v o r b e r e i t u n g ist
damit auf einen Punkt vorangetrieben worden, an dem sich zwingend die Frage nach einem detaillierten Programm für die ökologische Kriegs f ü h r u n g stellt, wie etwa: Kein Giftgas-Einsatz gegen Naturschutzgebiete! Kein Einsatz von Atombomben und schweren Granaten zwischen 0 und 7 Uhr! Verpflichtung zur Wiederaufforstung nach dem Verursacherprinzip!

Unter dem Stichwort **„Polizeieinsatz und innerer Frieden"** werden geradezu essenzielle Forderungen erhoben: **„Die Landesregierung untersagt jeglichen polizeilichen Einsatz von Giftstoffen und Gummigeschossen, bis der gutachterliche Nachweis erbracht ist, daß eine Möglichkeit irreversibler Schädigungen durch den Einsatz der bei der Hessischen Landespolizei vorhandenen Giftstoffe insbesondere auch bei versehentlicher Fehldosierung und Abstandsfehleinschätzung in keinem Fall besteht, auch nicht beim Einsatz gegen kranke und anfällige Personen oder Kinder"**. Der/die Verfasser(in) dieser Zeilen hat sich unbedingt für den Friedenspreis des deutschen Buchhandels qualifiziert..., wenn nicht gar ...(aber nein — in Oslo sollte der Petra der Vortritt gelassen werden).

Gegen das Votum des „Spezialisten" in der Runde in Sachen Frankfurter Flughafen werden die Forderungen diesbezüglich auf folgendes Maß reduziert: „*(1) Die Landesregierung verlangt von der Bundesregierung verbindliche Garantien, daß der Frankfurter Flughafen unter keinen Umständen und zu keinem Zeitpunkt für Militärtransporte außerhalb des NATO-Gebietes genutzt wird.*
(2) Die Landesregierung wirkt bei der Bundesregierung auf die Einstellung des militärischen Flugverkehrs auf dem Flughafen Frankfurt in den Nachtstunden zwischen 22 Uhr und 6 Uhr hin".

Wenn man weiß, daß die Gegenseite zu nichts bereit ist, hat es sich in den hessischen Verhandlungen eingebürgert, erst einmal ein Gutachten zu vereinbaren, wobei die Gutachter-Auswahl zwischen SPD und Grünen einvernehmlich erfolgen soll. So will man Börner hier ein Rechtsgutachten über die Landeskompetenzen in Militärangelegenheiten unter besonderer Berücksichtigung des Weisungsrechtes des Bundes gegenüber dem Land abhandeln. Besonders wichtig ist den Grünen die Einhaltung deutscher Rechtsvorschriften.

Deshalb soll die Landesregierung „*eine Verwaltungsvorschrift für praktische Vorgehensweise von Landesbehörden bei mutmaßlichen und nachgewiesenen Verstößen von Fremdtruppen gegen deutsche Rechtsvorschriften auf den Gebieten der öffentlichen Ordnung und Sicherheit*" erlassen.

Auf dem Gebiet der Gefahrgutverordnungen soll festgeschrieben werden, daß bei Straßentransporten radioaktiver Stoffe pro Stunde im Abstand von 2 m vom Fahrzeug maximal 10 millirem auftreten und daß die Gefahrguttransporte durch die Polizei begleitet werden müssen.

Außerdem schlagen die Grünen vor:„*Die Landesregierung wirkt auf Bundesebene auf eine Novellierung des Fluglärmgesetzes und des Bundesimmissionsschutzgesetzes hin, mit dem Ziel, die bisher nicht erfaßten Hubschrauber in die nicht mehr zeitgemäßen Regelungen einzubeziehen.*"

Bezüglich des Militärstraßennetzes fordern die Grünen:„*Die Landesregierung überarbeitet und revidiert unter Bezug auf Art. 57 Abs. 4 ZA-NTS das mit den fremden Stationierungstruppen vereinbarte Straßennetz für militärische Schwerpunktfahrzeuge derart, daß insbesondere ökologische und Lärmschutzgesichtspunkte entsprechend der heutigen Belastungslage berücksichtigt sind*".

Irgendwie hat uns das Zubetonieren der Sprengschächte durch Friedensfreunde auf osthessischen Militärstraßen mehr erfreut.

Der hier in Auszügen zitierte **„Vorschlag für eine Vereinbarung zwischen den Landtagsfraktionen der Grünen und der SPD betreffend Miliärpräsenz und Katastrophengefahren in Hessen"** vom 13.2.1984 muß beeindrucken (Liebhaber können ihn anfordern bei den GRÜNEN im Landtag, Schloßplatz, 6200 Wiesbaden). Börner kam bei einem Unterkommissionstreffen in der Wiesbadener Staatskanzlei nicht umhin, erst einmal seine „große Hochachtung vor der Ausarbeitung, vor der Systematik des Papiers" zum Ausdruck zu bringen. Gleichzeitig stellte er aber auch klar, daß es in dem Gespräch nicht darum gehen könnte, über „Grundsatzauffassungen" zu diskutieren. Er wolle nicht über Bundes-, sondern nur über Landesangelegenheiten diskutieren.**„Ich gehe ja immer nach der sogenannten Aussonderungsmethode (!) vor"**, erklärte Börner und wollte erst einmal einzelne Punkte aus den Vorschlägen der Grünen diskutieren. ..an denen wir zusammenkommen
den Vorschlägen der Grünen diskutieren, „an denen wir zusammenkommen
könnten". Das kam der Intention der grünen Gäste nahe. Denn klug und taktisch äußerst geschickt wollte man das Gespräch gestalten. Die Atmosphäre sollte gelockert werden, indem man zuerst die Punkte ansprechen wollte, die Börner als verhandelbar gekennzeichnet hatte. Nachdem hierin Einvernehmen erzielt worden wäre, sollte es an die schwierigeren Projekte gehen.

Zum Thema Naturschutz und militärische Maßnahmen erläuterte Börner den andächtig lauschenden Jungpolitikern dann ein wenig Herrschaftswissen. Die Verwaltungspraxis habe sich mit der Zeit gleitend aus Besatzungs-in Schutzmächterecht entwickelt. Rudimente des alten Rechtes seien aber noch vorhanden. So könnten US-Kommandeure immer noch Gelände für ihre Zwecke vereinnahmen; das wäre auch für ihn schon mehr als einmal ein Ärgernis gewesen. Andrerseits solle man auch Verständnis für unumgängliche Maßnahmen an der „Zonengrenze" haben. „Wenn wir die atomare Schwelle höher heben wolen, brauchen wir mehr konventionelle Truppen in Grenznähe". „Ich bin zwar für die Vorneverteidigung , aber ich bin nicht für die Herabzerrung des Atonwaffeneinsatzes auf die Ebene eines Brigadegenerals."

Interessenskonflikte mit den Amerikanern regle man möglichst weitgehend inoffiziell unter der Hand und stoße meist auf Verständnis . Dumm wären dagegen grundsätzliche antimilitaristische Stellungnahmen, weil man damit nur erreiche, daß sich die Gegenseite einigele. Dazu käme noch das Problem, daß jegliche Initiative aus Hessen, die sich gegen unvertretbare Maßnahmen richte, gegenwärtig aus Bonn torpediert würde, um das „rot-grüne" Bündnis zu desavouieren. Börner schlug den Grünen vor, „die Notwendigkeit einer Inanspruchnahme hessischen Gebietes anzuerkennen, aus Gründen der Abwägung aber Beschränkungen festzulegen und dann taktisch vorzugehen." Die Landtagsabgeordnete Gertrud Schilling fand das etwas zu weitgehend: „Wir wollen eine Gleichstellung von Natur und Militär." So einigten sich die Verhandlungspartner auf einen „Regelungsbedarf", wobei Börner nochmals warnte, man solle „das Boot nicht so vollpacken, daß es sinkt."

Bezüglich der militärischen Baumaßnahmen will Börner prüfen lassen, ob deutsche Rechtsnormen stärkere Anwendung finden können, aber die „Landesregierung kann den Amerikanern nicht den Krieg erklären" Er wolle mal ganz offen sein.:**„Schikanen von uns gegen die Amis wird es nicht geben."** Er wisse natürlich genau, was Forderungen nach Hubschrauber-Lärmverordnungen oder nach einer Transportbegleitpflicht bei gefährlichen Stoffen bezweckten. Auch „alles, was nach Souveränität riecht", wolle er mit den Grünen nicht vereinbaren. Dagegen sprächen übergeordnete Gründe. „Mit der SPD in Hessen geht das heute (gestern? morgen?) nicht". Zwanzig Jahre habe man gebraucht, um dem Ruch der „vaterlandslosen Gesellen" zu entkommen. Der Weg, den die Grünen vorschlügen, führe ins Ghetto. Allein die Wählerschaft der Bundeswehrangehörigen („meine Söhne sind Reserveoffiziere") und ihrer Familien mache in Hessen 100.000e aus. Das werde die SPD nicht leichtfertig verspielen.

Nachdem er sein Wohlwollen gegenüber einer weiteren HSFK-Förderung zum Ausdruck gebracht hatte (ohne sich finanziell festzulegen), wurden die Grünen verabschiedet. „Das waren die verhandelbaren Punkte". Den Rest ihrer Forderungen könnten die Grünen ja noch mal in einem Brief mitteilen. Seit dieser denkwürdigen Begegnung ist nun ein Monat vergangen. Das Thema „Militarismus in Hessen" ist nirgendwo wieder aufgetaucht.

Börner hatte gewarnt: Die SPD lasse sich ihre NATO-Solidarität nicht für Kleingeld abkaufen. Daß die Grünen auf der Behandlung des Themas bestanden, war natürlich völlig richtig. Daß sie's mit der Methode „Kleingeld für den Frieden" versuchten, war hingegen katastrophal.

Bemerkenswert ist der Prozeß, der sich innerhalb der Grünen abgespielt hat. Von den ca. 20 Mitgliedern der Landtagsgruppe ist eine einzige Frau, Gertrud Schilling, für Anti-Militarismus zuständig. Ansonsten war die letzte Friedens-Aktivität der Landtagsgruppe die denkwürdige Blut-Spritz-Aktion, woran einige ihrer Mitglieder sicher heute mit Beklemmung denken. Daß das Thema „Anti-Militarismus" überhaupt in die Verhandlungen gekommen ist, ist allein das Verdienst der „Sachbearbeiterin" in der Landtagsgruppe. Der Rest interessiert sich offenkundig nicht. Falsch war allerdings von Anfang an die Konzeption, mit der die Verhandlungen zum Thema vorbereitet wurden. Um der lästigen Auseinandersetzung um
zum Thema vorbereitet wurden. Um der lästigen Auseinandersetzung um
die Gesetzgebungskompetenz zu entrinnen, die von der SPD todsicher immer dann ins Spiel gebracht wird, wenn es ans Eingemachte geht, skizzierte sie mit einigen Beratern in schönster „realpolitischer" Illusion alle hessischen Maßnahmen, die Sand ins Getriebe streuen könnten. Das Nachtflugverbot für die Pershing II auf der Startbahn sollte sozusagen über die hessische Anpassungsordnung zum Frosch-Laich-Schutzgesetz von hinten durch die Brust ins Auge verhängt werden. Einmal auf diesem Trip, verlor die Fundamentalistin Gertrud deutlich den Überblick. „Fachleute", brilliante Akademiker, nahmen die Sache in die Hand. Zwei reisten sogar aus West-Berlin an (was in Friedensangelegenheiten meist nicht von Vorteil ist, weil man nie weiß, ob sie wirklich deutsch-national oder aber "nur" die Karikatur davon sind). Ein agiler Nachwuchsjurist mischte mit, so wurde Militärpolitik in Hessen mit den Grünen machbar. Die Vorstellungen, die schlußendlich in dem Papier zum Ausdruck kommen, dürften die eines Gert Bastians noch rechts überholen (wenngleich sie andererseits eine Titanic-Redaktion vor Neid erblassen lassen).

Daß a n t i m i l i t a r i s t i s c h e Gesichtspunkte dann nicht mehr erörtert werden, liegt in der Natur der Sache. Verantwortlich dafür ist jedoch nicht allein die „Unterverhandlungskommission". Verantwortlich ist die Landtagsgruppe, sind die Protagonisten der Realpolitik in Hessen, in deren Sumpf derartige Blüten erst entstehen konnten, und die das vermurkste Papier ohne Einwände passieren ließen, falls sie es überhaupt gelesen haben.

th., Frankfurt

Bundesversammlung in Karlsruhe

Grüne mit sich selbst zufrieden

„*Entgegen allen in den Medien hochgepeitschten Erwartungen eines zerstrittenen und chaotischen Parteitages bot die außerordentliche Bundesversammlung der GRÜNEN an diesem Wochenende ein Bild produktiver Geschlossenheit. (...)Krise bei den Grünen? In Karlsruhe war davon wenig zu spüren..*" Soweit die offizielle Pressemitteilung. Tatsächlich war die Tagesordnung von vornherein schon so überfüllt, daß jedem Kenner von grünen Parteitagen klar war, daß die entscheidenden Streitpunkte — alles, was mit den Problemen der Bundestagsfraktion zusammenhängt — aufgeschoben werden würden.

Es ging also nur um Europa. „*Das zu wählende EG-Parlament besitzt keinerlei Kompetenzen. Wenn im Imperialismus die bürgerlichen Parlamente die Karikatur der Idee parlamentarischer Vertretung der ‚Bürgerinteressen' sind, dann ist das EG-Parlament die Karikatur auf die Karikatur.(...)*

Es geht um die Großmacht Europa. Mit dieser Wahl soll Zustimmung für ein Europa vorgetäuscht werden, das sich mehr und mehr zu einer imperialistischen Großmacht entwickelt.(...)

Die Tatsache, daß in der BRD keine Europabegeisterung aufkommt und in vielen EG-Ländern massenhafter Widerstand gegen dieses Europa sichtbar geworden ist, halten wir für ein positives Zeichen. Diesen Zustand wollen wir nicht zugunsten einer konsequenzlosen Debatte um ein besseres Europa verändern.

Bei dieser Wahl gibt es nichts zu wählen. Für eine niedrige Wahlbeteiligung, bleibt massenhaft zu Hause."

Das kann doch nicht wahr sein.... Ist es auch nicht. Es handelt sich bei den Zitaten keineswegs um eine in Karlsruhe verabschiedete Resolution der Grünen, immerhin aber um Ausschnitte aus einem Artikel von Rainer Oppermann, den er vor fünf Jahren — also vor der letzten Europawahl — für diese Zeitung verfasste. (AK 154, S.6) Inzwischen ist er Redakteur der MOZ. Und da sich die Zeiten geändert haben, sind die Vertreter der MOZ/ISP heute unbedingt dafür, sich an den Europawahlen zu beteiligen. Und so waren in Karlsruhe diesmal drei Grundströmun-
len zu beteiligen. Und so waren in Karlsruhe diesmal drei Grundströmun-
gen von Europa-Wahl-Befürwortern auszumachen:

— Die sicherlich große Mehrheit derjenigen, die zwar die Kompetenzlosigkeit des Euro-Parlaments zugeben, aber doch mit grandiosen Plänen und geradezu kindlichen Phantasien über die „große Politik" ans Werk gehen. Sichtbarster Ausdruck davon war ein 120 Seiten starker Entwurf für ein Wahl-Programm, in dem z. T. mit akribischer Detail-Besessenheit Pläne für eben diese große Politik ausgearbeitet worden waren.

— Die Linken, die aus ihrer Abneigung gegen das „Europa der Kapitale" keinen Hehl machten, allerdings bei der Begründung, warum sie **trotzdem** für eine Wahlbeteilung eintreten, schlecht aussahen. Diese beschränkte sich auf Aussagen, man dürfe diese Wahlen eben nicht ungenutzt vorbeistreichen lassen. Daß die Hoffnung mancher Linker sich dabei in erster Linie auf die möglichen Finanzspritzen konzentriert, wurde natürlich mit keinem Wort erwähnt.

— Und zum Schluß die radikalen Blockübergreifer, wie z.B. Winfried Kretschmann von der Fraktion der „Ökolibertären", der die allgemeine Europa-Müdigkeit darauf zurückführte, daß „*das Europa-Parlament schon am Eisernen Vorhang endet.*" (O-Ton!) „*Dynamik*" werde erst entwickelt, „*wenn die absurde Logik von Jalta überwunden wird.*" Da hat er wohl nicht ganz unrecht! Ob es wohl erlaubt ist, in diesem Zusammenhang ein Zitat zu wiederholen, das schon Rainer Oppermann in seinem bereits erwähnten Kommentar benutzte? „***Das Europa der neun ist ein Ausgangpunkt. Von diesem Europa der Neun soll später das größere Europa ausgehen. Es geht bis zu den Grenzen Rußlands***" (Otto von Habsburg, Spitzenkandidat der CSU 1979). Igitt, wieder so eine fürchterliche traditionalistische Assoziation.

Na ja, jedenfalls war man sich im großen und ganzen einig, nach Straßburg wollten alle, und so stritt man wie gehabt über dieses und jenes. Daß ein Programm wie das vorgelegte nicht zu diskutieren und zu verabschieden war, sahen alle ein, und so einigte man sich darauf, nur eine Präambel zu verabschieden. Bei der Abstimmung über die Frage, w e l c h e r Präambelentwurf Grundlage für die Diskussion werden sollte handelten sich die Hamburger Linken ihre erste Niederlage ein: Ihr Alternativ-Entwurf, in dem die größten Unsinnigkeiten über „Europa" vermieden wurden, fiel glatt durch. Von nun an kamen sie den ganzen Samstag auf keinen grünen Zweig mehr. Sämtliche Änderungsanträge, die sie in bezug auf die nun zu Grunde gelegte Präambel stellten, wurden nicht einmal von bemerkenswerten Minderheiten getragen — bis auf einen Punkt: Nach Einsatz mehrerer Redner der MOZ/ISP gelang es, an irgendeiner Stelle der Präambel den Begriff „Multinationale Kapitale" einzufügen. Jo Müller (Bremen) fing das Toben an unmd erreichte schließlich in einem Rückholantrag, für den er die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit der Versammlung erhielt, eine erneute Streichung dieser altmodischen Begriffe.

Der Sonntag verlief genauso langweilig, man kennt das ja inzwischen schon. Morgens — noch bevor das Gros der Grünen erschienen war — verteilten Rudolf Bahro und ein paar wenige Jünger auf Tisch und Stühle ein Papier von Rudolf Bahro. Etwas später kam Georg Otto und verteilte ein Papier von Georg Otto. Die „Öko-Libertären" liefen ständig und gewichtig mit ihrer„Gründungserklärung" durch die Reihen. Die Nürnberger Stadtindianer lagerten irgendwo zwischen Büchertischen und Imbiss-Ständen.

Der Präambel wurden am Sonntag noch ein paar Programmpunkte ange-
Der Präambel wurden am Sonntag noch ein paar Programmpunkte ange-
fügt und schließlich der ganze Kram verabschiedet — das übliche Gemisch aus rechts- und links- ökologischen Statements. Kurzfristig kam noch einmal Unruhe auf, als bei der Abstimmung über die Rotation die Mehrheitsverhältnisse nicht ganz eindeutig waren und deshalb ein Hammelsprung notwendig wurde. Nachdem aber alle Redner — Befürworter wie Gegner der Rotation — betont hatten, das es nicht um eine Entscheidung gehe, die in irgendeinem Zusammenhang mit den Problemen in Bonn stünde und das sowieso nur vier bis sechs Leute nach Straßburg kämen, wurde das Ergebniss — 437 für und 350 gegen Rotation nach zweieinhalb Jahren — von allen gelassen hingenommen.

Zu einem einwandfreien Durchmarsch gegen das Lager der gutbürgerlichen Anpasser wurde immerhin die Kür der Kandidaten für das Europa-Parlament: Neben zwei Menschen vom Adel (Friedrich W. Graefe zu Baringdorf auf Platz 1 und Undine von Blottwitz auf Platz 4) finden sich auf den besten Plätzen nur Unruhestifter und Bürgerschrecks: die in Berlin gerade eben drastisch abgeurteilten „Radikal"-Leute Benny Härlin (Platz 3) und Michael Klöckner (Platz 6) neben Brigitte Heinrich, die gerade eine nicht weniger skandalöse Haftstrafe wegen angeblicher Unterstützung der RAF und des 2. Juni hinter sich gebracht hat (Platz 2); Frank Schwalba-Hoth („der Blutspritzer") aus Hessen (Platz 5) vervollständigt das Team für Straßburg.

In den nächsten Wochen soll die Fortsetzung der Karlsruher Versammlung stattfinden — dort soll dann **wirklich** über die Bundestagsfraktion geredet werden. Aber warten wir's ab!

KB/ Gruppe Nürnberg

Willi Hoss (MdB - Die GRÜNEN) zur 35-Stunden-Woche:

"Schaffe, schaffe Häusle baue!"

Ob die Grünen sich in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche zu einer „kritischen Solidarität" durchringen, scheint immer noch fraglich. Nach den Reden von Willi Hoss, die er am 20. und 26. Januar im Bundestag hielt und am 21.2. in einem „taz"-Interview noch einmal erhärtete, hegt er deutliche Sympathien für die Blüm'sche Vorruhestandsregelung. Gleichzeitig spricht er sich gegen eine „Fixierung auf die 35-Stunden-Woche" aus.

Hoss ist z.Zt. der einzige Industriearbeiter in der Bundestagsfraktion der Grünen. Daher und wegen seiner über zehnjährigen Betriebsratsarbeit bei Daimler-Benz für die angesehene gewerkschaftsoppositionelle „Plakat-Gruppe" haben seine Äußerungen in der Öffentlichkeit einiges Gewicht. Hoss gilt in der Bundestagsfraktion als Experte für „Arbeit und Soziales". Als solcher sitzt er auch in dem entsprechenden Bundestagsausschuß. Neben seiner Bundestagstätigkeit arbeitet Hoss noch ein bis zwei Tage in der Woche bei Daimler-Benz.

Laut „taz" vom 23.2. sollen Hoss' Äußerungen in der Fraktion erheblichen Wirbel verursacht haben. Es wäre nicht das erste Mal, das grüne Prominenz versucht, in wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen eigene Wege zu gehen und die Partei mit ihren Programmbeschlüssen im Regen stehen zu lassen.

Nach langen Auseinandersetzungen beschloß die Bundestagsfraktion am 21.2. schließlich, den Kampf um die 35-Stunden-Woche als „wirksamste Form der Arbeitszeitverkürzung" „kritisch-solidarisch" zu unterstützen.

Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich war bei den Grünen immer umstritten, da sie schlecht in das grüne Weltbild paßt. Der volle Lohnausgleich wurde als „wachstumsfördernd" gebrandmarkt. Auf dem Saarbrückener Programmparteitag (1980) war zwar noch der „volle Lohnausgleich" gefordert worden. Auf der Dortmunder Bundesversammlung im gleichen Jahr wurde bereits eine Reduzierung der Forderung (Lohnausgleich nur noch für „niedrige und mittlere" Einkommen) beschlossen. Auf der Sindelfinger Bundesversammlung, wo das Wirtschaftsprogramm der Grünen verabschiedet wurde, konnte nur mit äußerster Kraftanstrengung vor allem der Hamburger Delegierten verhindert werden, daß die Forderung zum dritten Mal gestutzt wurde (Lohnausgleich sollte nur noch für untere Einkommen gefordert werden).

Vor diesem Hintergrund betrachtet, kommt Hoss' Vorstoß nicht aus heiterem Himmel.

Vorruhestandsregelung mit „gutem Kern"?

Vorruhestandsregelung mit „gutem Kern"?

Den Streit in der Fraktion um seine Äußerungen stellt Hoss folgendermaßen dar: „*Nach den letzten Diskussionen habe ich das Gefühl, daß die Linken, zumal die Hamburger, die Tarifrunde zu einer 'Massenauseinandersetzung' hochstilisieren, die sozusagen die 'Grundfesten des Systems' erschüttern soll. Dahinter verbirgt sich die alte Theorie, daß man durch solche Auseinandersetzungen zur Klassenauseinandersetzung kommt, die das System in Schwierigkeiten bringt. Sie bleibt hängen in der alten dogmatischen links-sozialistisch-kommunistischen Politik*" („taz"-Interview, 21.2.84).

In der Bundestagsdebatte, in der Hoss das erste Mal seine „differenzierten Äußerungen" zur Vorruhestandsregelung losließ, meinte Norbert Blüm, der offensichtlich auch nichts von dogmatisch motivierten Klassenauseinandersetzungen hält, daß die Vorruhestandsregelung „*schon jetzt ... zur Entkrampfung erstarrter Fronten und zur Lockerung festgefahrener Positionen beigetragen*" habe. Und weiter: „*Das ist der erste große Erfolg, der in einer Zeit der Dogmatisierung und Ideologisierung von Interessenstandpunkten nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die wechselseitige Ablehnung von Vorschlägen ist noch keine Verhandlung. Zu jedem Nein gehört auch eine Alternative.*" Damit machte Blüm noch einmal die politische Absicht der Vorruhestandsregelung deutlich. In der Öffentlichkeit sollen vor allem die IG Metall und die DruPa mit ihrem Beharren auf der 35-Stunden-Woche isoliert werden. Als scheinbares Zugeständnis führen Kapitalisten und Bundesregierung die Vorruhestandsregelung alternativ zur Wochenarbeitszeitverkürzung ins Feld. Die Vorruhestandsregelung gehört also zum Klassenkampfinstrumentarium „von oben" (s.o.).

Zur Erinnerung: Die Vorruhestandsregelung
— schafft kaum neue Arbeitsplätze (das durchschnittliche Rentenalter liegt bei den Arbeitern heute eh schon bei 57,9 Jahren),
— ist vom Humanisierungsgesichtspunkt her problematisch, da mit ihrer Hilfe eine Umschichtung jüngerer gegen ältere, ausgelaugte Kolleg(inn)en stattfindet, und
— ist finanziell beschissen, da nur 65% des Bruttogehalts gezahlt werden sollen.

Angesichts dieser Probleme mutet es merkwürdig an, wenn Hoss in seiner Bundestagsrede am 26.1. die Meinung äußerte, daß der in der Vorruhestandsregelung „*enthaltene gute Gedanke ... von dem Konzept überlagert wird, das Stoltenberg und Lambsdorff, die Minister des Sozialsparkurses, gegen das setzen, was Herr Blüm ursprünglich vielleicht gewollt hat*".

Daß die Vorruhestandsregelung womöglich auch deshalb mit in die Debatte kam, um die 35-Stunden-Woche zu torpedieren, mag Hoss nicht abstreiten, doch: „*Weil es ein Torpedo ist, soll es nun ganz abgelehnt werden? Damit enthebt man sich doch der Möglichkeit, unbefangen und selbständig den Ursachen der Arbeitslosigkeit nachzugehen und zu eigenen Positionen zu kommen. Stattdessen begibt man sich voll und ganz auf die Forderungsebene der Gewerkschaft. Und das stößt mir auf. Denn diese Leute, die in den Aufsichtsräten aller großen Unternehmungen sitzen ... haben in den letzten Jahren ständig die Investitionspläne der Unternehmungen abgedeckt und mitgetragen, haben die Rationalisierung mit vorangetrieben ...*" („taz", 21.2.). Unter diesem Blickwinkel wäre es konsequent, alles abzulehnen, egal aus welcher Ecke der Gewerkschaften es kommt, selbst wenn es Ansätze für linke Politik bildet.

Hoss beruft sich in seiner Argumentation auf das Sindelfinger Wirtschaftsprogramm der Grünen, in dem „*eine Art Vorruhestandsregelung als Absenkung des Rentenalters gefordert*" wird. Im Sindelfinger Programm ist tation auf das Sindelfinger Wirtschaftsprogramm der Grünen, in dem „eine Art Vorruhestandsregelung als Absenkung des Rentenalters gefordert" wird. Im Sindelfinger Programm ist zwar die Rede von der Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze, „*weil für viele ältere Arbeitskräfte ein früheres Ausscheiden aus anstrengender und ungesunder Arbeit sinnvoll und erstrebenswert ist*"; auf der anderen Seite wird aber auch davor gewarnt, daß „*durch ‚Ausgliederung' älterer Arbeitnehmer Beschäftigungspolitik*" betrieben wird. „*Insbesondere weisen wir die offenkundige Absicht zurück, mittels Diskussion über Frühverrentungsmodelle ... die Verkürzung der Wochenarbeitszeit als wichtiges Thema der Tarifpolitik zu verdrängen.*"

Hier rächt sich wieder einmal der grüne Programmpluralismus, der es jedem ermöglicht, sich für seine spezielle Politik etwas herauszusuchen. Sobald das Programm in die politische Praxis umgesetzt werden soll, zeigt sich, daß die notwendige Präzisierung und Eindeutigkeit fehlt.

Mit linker Kritik auf Blüm'schen Pfaden wandeln?

Das, was Hoss im Bundestag und im „taz"-Interview konkret gegen die 35-Stunden-Woche als unzureichend einwendet, entspricht zu einem großen Teil durchaus der Argumentation derjenigen linken Gewerkschafter und Grünen, die die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche kritisch-solidarisch unterstützen wollen.

So warnt Hoss vor einem neuen Rationalisierungsschub, der durch die 35-Stunden-Woche ausgelöst würde. Er kritisiert Pläne, die auch von der IGM mitdiskutiert werden, nach denen beispielsweise im Automobilbau die Produktion während der Pausen durchgefahren wird, d.h. daß den Kolleg(inn)en die gemeinsamen Pausen genommen werden. Schließlich warnt er vor verstärkter Einführung von Schicht- und Samstagsarbeit, womit die Kapitalisten den Humanisierungsaspekt der 35-Stunden-Woche unterlaufen könnten, um die Produktionsanlagen besser auszulasten.

Mit der Fixierung auf die Arbeitszeitverkürzung — so Hoss — „*laufen wir dieser Entwicklung* (forcierte Technologieentwicklung seitens der Unternehmer) *hinterher und passen uns an*" (ebenda). Pauschal wirft er den „Funktionären der Arbeiterbewegung" wie „den kommunistischen Bewegungen" vor, daß sie die Bedingungen, unter denen gearbeitet wird, den Unternehmern überlassen und sich nur um die Lohntüte kümmern.

Mit dieser Pauschalisierung wird allerdings alles vom Tisch gewischt, was es im linken Teil der Grün-Alternativen (z.B. GAL Hamburg), in der linken Gewerkschaftsbasis (z.B. Rüstungskonversion) oder auch bei linken Gewerkschaftsfunktionären (siehe die Auseinandersetzung auf den IGM- und DruPa-Gewerkschaftstagen um die Absicherung der 35-Stunden-Woche) an weiterführenden (über die traditionelle Gewerkschaftspolitik hinausgehenden) Diskussionen, Programmen und politischer Praxis gibt.

Was schlägt Hoss statt der „Fixierung auf die 35-Stunden-Woche" vor?
1) Mitbestimmungs- und Vetorecht der Betriebsräte beim Einsatz neuer Technologien,
2) Ausgleich von Mehrbelastung während der Arbeit (Nachtarbeit etc.) anstatt mit Geld- mit einem Freizeitzuschlag,
3) Einführung einer Maschinensteuer, mit der die Rationalisierungsbestrebungen der Kapitalisten eingedämmt werden sollen.

„*An diesen Punkten die Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen Konkurrenzsystem führen, bringt mehr ein, als eine Sache mitzutragen, von der die Leute ohnehin nicht glauben, daß sie uns wesentlich weiter bringt*", meint Willi Hoss (ebenda). Der Punkt ist bloß, daß Hoss mit diesen Vorschlägen auf der Wellenlänge der von ihm geschmähten „Funktionäre der Arbeiter- Willi Hoss (ebenda). Der Punkt ist bloß, daß Hoss mit diesen Vorschlägen auf der Wellenlänge der von ihm geschmähten „Funktionäre der Arbeiter- bewegung" liegt, denen diese Forderungen schon viel eher eingefallen sind, was natürlich nicht heißt, daß sie sich ernsthaft um deren Durchsetzung gekümmert hätten. Es bleibt auch die Frage, wieso die Kolleg(inn)en beispielsweise für eine Maschinensteuer eher zu mobilisieren sein sollten als für die 35-Stunden-Woche. Oder hofft Hoss womöglich, dies auf parlamentarischem Wege ohne größeren Unternehmerwiderstand einführen zu können?

4) Als vierten „Alternativvorschlag" bringt Hoss die Flexibilisierung der Arbeitszeit ins Spiel, die „*eine rein reaktionäre Geschichte*" nur solange sei, wie „*die anderen darüber reden*". Es geht — so Hoss — darum, die Arbeitszeit so flexibel zu gestalten, „*daß die individuellen Möglichkeiten, die individuellen Freiräume erhöht werden ... Wenn einer ein Haus baut, warum soll er sich nicht ein Jahr beurlauben lassen und Eigenarbeit machen*". (ebenda).

Auch das hört sich erstmal ganz volkstümlich an, doch welche Konsequenzen hätte eine solche „Strategie" für die Praxis? Zum einen hat nur ein geringer Teil der Kolleg(inn)en heute die Möglichkeit, beispielsweise für ein Jahr „auszusteigen". Sei es, daß sie eine Familie ernähren müssen, oder sei es, daß sie aufgrund des sinkenden Reallohnniveaus gar nicht genug Geld auf der Kante hätten, um sich ein Jahr über Wasser zu halten. (Bei Lehrern oder Freiberuflern mag das anders sein.) Selbst bei einer „bezahlten Nichterwerbstätigkeit", wie sie unter anderem von Claus Offe in der Grünen-Diskussion um eine Reform des Arbeitszeitgesetzes vertreten wurde, stellt sich immer noch die entscheidende Frage der Durchsetzungsmöglichkeit.

Das Problem scheint uns zu sein, daß hier an ganz individuellen Interessen (bei Hoss: Häusle baue, bei Offe: Teilnahme an Genossenschafts- und Vereinsarbeit) angesetzt wird, die z.Zt. auch nur von einem kleinen Teil der Lohnabhängigen geäußert und in Anspruch genommen werden könnten (s.o.). Insofern erscheint es uns falsch, hier einen Hauptansatzpunkt für eine „alternative Tarif- und Arbeitszeitpolitik" suchen zu wollen. Besonders dann, wenn, wie Hoss es tut, diese individuellen Wünsche *alternativ* zu dem Wunsch relevanter Teile der Lohnabhängigen nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich gesetzt werden.

Mit der Schwerpunktsetzung auf Flexibilisierung verbindet Hoss den Gedanken, an dieser Stelle die entscheidende „grüne Komponente" einbringen zu können. „*Mit einer solchen Forderung könnten wir auch die streng hierarchisierte Produktion aufheben, sie menschlicher machen ... Die Hauptaufgabe der Grünen wäre es, sich nicht zum Sachverwalter des Leistungssektors* (diejenigen, die in Lohnarbeit stehen) *zu machen, sondern ihn in Frage zu stellen und ihn menschlicher zu gestalten.*" (ebenda).

Im Bundestag führte er am 20.1. aus: „*Wir werden Vorstellungen entwickeln, wie sich die einzelnen Arbeitnehmer in einer immer stärker 'militärisch erscheinenden Arbeitswelt flexibler bewegen können, wie sie mehr Möglichkeiten erhalten, unbezahlten Urlaub zu bekommen...*".

Die ausschließliche Orientierung an Individualinteressen, wie Hoss sie vornimmt, eröffnet schließlich auch Berührungspunkte mit der CDU/CSU. So sagte Blüm in derselben Bundestagsdebatte: „*Die Spielräume der eigenen Entscheidung auch in der Arbeitszeit müssen erweitert werden. Das Zeitalter, in dem die Industriegesellschaft nach geradezu militärischem Muster organisiert war, geht zu Ende. Die kollektivistische Kolonne marschiert in die Sackgasse. Chancen der Individualisierung der Arbeitsgestaltung und der Arbeitszeit sind Chancen der Selbständigkeit im Arbeitsleben. Wir ziehen die Individualisierung von Lebensentscheidungen der Kollektivierung vor*". Und an anderer Stelle: „*Das Alter könnte das Vehikel sein, über das die ehrenamtliche Arbeit neues Prestige erhält. Die Alten können uns helfen, die Fixierungen einer Erwerbsgesellschaft aufzulösen, die allen Wert vom Geld abliest*".

5) Als fünften und letzten Alternativvorschlag gegenüber der „Fixierung auf die 35-Stunden-Woche" befürwortet Hoss die „*Vergrößerung des Anteils an Eigenarbeit ... Ich bin da für Staatsknete, nicht für ständige Subventionierung, sondern als Starthilfe*" („taz", 21.2.).

Also 'raus aus den Betrieben — 'rein in die Alternativprojekte als Perspektive für die lohnabhängigen Massen? Daß Hoss sich hier auch noch gegen „ständige Subventionierung" ausspricht, müßte sogar das Herz der CDU/CSUler höher schlagen lassen. Sind sie es doch, die z.Zt. wesentliche Teile im öf- Hoss sich hier auch noch gegen „ständige Subventionierung" ausspricht, müßte sogar das Herz der CDU/CSUler höher schlagen lassen. Sind sie es doch, die z.Zt. wesentliche Teile im öf- fentlichen Dienst, der ja soziale Versorgungsfunktionen wahrnimmt, privatisieren wollen, oder wie sie so schön sagen: Auch die soziale Versorgung muß sich auf dem Markt bewähren ... Die Arbeit von Alternativprojekten, die teilweise ähnliche Bereiche umfaßt wie der öffentliche Dienst, ist jedoch auf ständige Subventionierung angewiesen, da mensch z.B. ein Krankenhaus oder die offene Jugendarbeit nicht nach betriebs- und marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten organisieren kann, falls diese Einrichtungen ihre soziale Funktion nicht völlig einbüßen sollen.

Zum Schluß des Interviews äußert sich Hoss noch einmal grundsätzlich zu grüner Politik aus seiner Sicht. Die Mitarbeit in den Gewerkschaften als „*Sachwalter des Leistungssektors*" hat für ihn nur solange Sinn, wie es möglich ist, in den Gewerkschaften „*neue Ideen ... durchzusetzen. Wenn das nicht geht, stellt sich automatisch die Frage nach einer anderen Organisation*" („taz", 21.2.). Grüne „RGO"? Und weiter: „*Der aktuelle Widerspruch liegt ja heute nicht an der Stelle, wo Lohnarbeit und Kapital aufeinandertreffen — in der Fabrik. Die eigentliche Bewegung verläuft doch so, daß immer mehr sich gegen die Produkte einer entfalteten kapitalistischen Warenproduktion, etwa in Form von Autos, Chemie, des Waldsterbens wehren und das Produktionssystem attackieren. Da liegt doch der Punkt und nicht in der Klassenauseinandersetzung.*" Wenn man — wie Hoss — Klassenauseinandersetzungen nur als etwas begreift, wo sich „die da unten" wehren (oder auch nicht), mag diese Einschätzung nachvollziehbar sein. Der Klassenkampf von oben, nämlich die von Hoss selbst angeprangerte Rationalisierung durch verstärkte Einführung neuer Technologien, der Sozialabbau usw. usf. findet dennoch täglich statt. Daß die Lohnabhängigen hier z.Zt. in der totalen Defensive sind, berechtigt nicht zu einer Abkehr vom Kampffeld Betrieb.

Der Beschluß der Bundestagsfraktion der Grünen vom 22.2.

Ohne größere öffentliche Resonanz — im Vergleich zu den Äußerungen von Hoss — blieb bisher ein Beschluß der Bundestagsfraktion der Grünen vom 22.2. Unter dem Motto „*Für die Verkürzung und Humanisierung der Wochenarbeitszeit*" beschlossen die Grünen die Unterstützung der Einzelgewerkschaften, „*denen ein harter Arbeitskampf zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bevorsteht*". Gleichzeitig fordern die Grünen, daß die Belegschaften „*Entscheidungsrechte über die Entwicklung und den Einsatz neuer Technologien erhalten*" sollen. Die „*Anstrengungen der IG Druck und Papier in diese Richtung*" werden ausdrücklich begrüßt.

Weiter heißt es: „*Wir Grünen warnen vor den sich schon heute abzeichnenden Kompromißlinien zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, Arbeitszeitverkürzung nicht in einem Zuge, sondern über Jahre verteilt auszuhandeln*". Sie sind gegen „*Abschaffung der bisher gemeinsamen Pausen der Arbeitnehmer ... Kapazitätsorientierte flexible Arbeitszeit, die es den Unternehmern erlaubt, marktgerecht mit der Arbeitszeit ... zu fahren — ohne Leute einstellen zu müssen ... Auffangen der ‚verlorenen' Stunden durch zusätzliche Schichtarbeit und Wiedereinführung des Samstags als Arbeitstag*".

Als flankierende Maßnahmen zur Unterstützung der Wochenarbeitszeit befürworten die Grünen:
— „*die gesetzliche Einschränkung von Mehrarbeit und Überstunden*
— *Bevorzugung von Freizeitausgleich für unabweisbare Überstunden*
— *steuerpolitische Maßnahmen, um den vollen Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommen leichter realisieren zu können:*
a) Lohnsteuerentlastung für untere Einkommen
b) Wertschöpfungssteuer zur Senkung der Lohnnebenkosten".

Die steuerpolitischen Maßnahmen sind unserer Meinung nach problematisch, denn eine Lohnsteuerentlastung für untere Einkommen beinhaltet, daß es einen vollen Lohnausgleich durch die Kapitalisten wohl nicht geben wird. Stattdessen sollen hier der Staat bzw. die Steuerzahler das Defizit ausgleichen. Offen bleibt außerdem die Frage, welcher Haushaltsposten zugunsten dieser Lohnsteuerentlastung geknackt werden soll, oder ob womöglich an eine Besteuerung „höherer" Einkommen gedacht ist, die für die Grünen schon bei 60.000 DM Jahreseinkommen be- werden soll, oder ob womöglich an eine Besteuerung „höherer" Einkommen gedacht ist, die für die Grünen schon bei 60.000 DM Jahreseinkommen be- ginnen. Diese Überlegung spielte in den Vordiskussionen bei den Grünen eine Rolle.

Mit der Wertschöpfungssteuer ist eine Steuer gemeint, die auf die industrielle Wertschöpfung erhoben wird. Dieser Vorschlag geht auf eine ältere Idee des ehemaligen Arbeitsministers Ehrenberg zurück. Die Steuer soll die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung ablösen. Bezweckt wird mit der ganzen Sache eine Belastung kapitalintensiver Betriebe und eine Entlastung kleiner und mittlerer Betriebe. Außerdem verspricht man sich davon eine Entlastung der Rentenversicherung und ein Herausdrängen der Kapitalvertreter aus den Selbstverwaltungsorganen der Rentenversicherung.

Ob das geeignet ist, den Kampf um die 35-Stunden-Woche zu unterstützen, scheint jedoch fraglich. Wie die Klein- und Mittelbetriebe mit der 35-Stunden-Woche fertig werden, kann keine Sorge der westdeutschen Lohnabhängigen sein (vielleicht der Grünen mit ihrer Basis im Mittelstand). Würde mensch sich auf solche Gesichtspunkte einlassen, käme von interessierter Seite sofort die nächste Fragestellung, die da lautet: ...Und was ist mit der Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Exportindustrie? Hier kann der Staat beim besten Willen nicht mehr helfend eingreifen. Muß er auch gar nicht, denn die Profite der Exportindustrie sind groß genug. Und daß die Klein- und Mittelbetriebe nur rentabel arbeiten könnten, wenn sie auf Sozialmaßnahmen wie die 35-Stunden-Woche verzichten, kann kein Grund sein, nicht für die 35-Stunden-Woche auch in Klein- und Mittelbetrieben einzutreten.

Mensch könnte sich ja, anstatt ein Konzept nach dem anderen aus der Tasche zu ziehen, mal darauf besinnen,

Fortsetzung nächste Seite

25.3.: Bundesweite Konferenz über Wendlandblockade

Renaissance der Anti-AKW- Bewegung?

„Man sieht sie zwar vereinzelt noch, die Aufkleber ‚Atomkraft — nein danke', aber die Kernkraft ist heute für die meisten kein Reizthema mehr. Die jahrelang hitzig geführte Diskussion findet fast nur noch im kleinen harten Kern der totalen Kernkraftverweigerer statt. Für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung stellt sich die Alternative Ja oder Nein zu Kernkraft nicht mehr", **bemerkte vor einigen Tagen ein Kommentator der „Hannoverschen Allgemeine". Ob es dabei bleibt, ist eine andere Frage. Für Hamburg etwa werden wegen Brokdorf jährliche Strompreiserhöhungen von 120 - 180 DM pro Haushalt vorausgesagt, sodaß tatsächlich das Bild der klappernden Familie vor einem Kerzenstumpf Wirklichkeit zu werden droht — allerdings mit einem leicht abgewandelten Slogan: 1986 gehen die Lichter aus weil Atomstrom unbezahlbar ist.**

Auf politischer Ebene wird zunehmend auch von der Friedensbewegung der friedfertige Charakter des Ausbaus der Plutoniumwirtschaft in diesem unseren Lande in Frage gestellt. Und die Atommüll-Entsorgung? Hier bahnen sich insbesondere in Lüchow-Dannenberg Großaktionen an, die zumindest die Chance in sich bergen, nicht nur das Thema Atomkraft erneut zur öffentlichen Streitfrage zu machen, sondern auch die Proteste gegen die menschenverachtende Giftmüll-„Entsorgung" auf anderen Gebieten (Stichwort: Dioxinskandal Wilhelmsburg) zu bündeln und zu radikalisieren. Eine neue Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen und Plutoniumwirtschaft im Herbst '84 in Braunschweig wurde von der letzten Atommüllkonferenz vorsorglich bereits beschlossen.

Im Folgenden ein Zwischenbericht über die Auseinandersetzungen um die Wendlandblockade.

Am 24. März 1984 soll mit einer 30.000-köpfigen Menschenkette der Landkreis Lüchow-Dannenberg von der Nord- bis zur Südgrenze symbolisch abgeriegelt werden. Anlaß hierfür sind die noch in der ersten Hälfte dieses Jahres zu erwartenden ersten Atommülltransporte nach Lüchow-Dannenberg, die den atommüllfreien Status Lüchow-Dannenbergs aufheben und mit der WAA, dem Atommüll-Endlager und diversen Atommüll-„Zwischen"-Lagern diese „ökologische Modellregion" restlos zerstören würden. Neben einem rechtsökologischen Aufruf der BI Lüchow-Dannenberg zur Menschenkette (s. AK 246) existiert mittlerweile auch ein alternativer Aufruf („Lüchow-Dannenberg muß atommüllfreie Zone bleiben"), der die Menschenkette unterstützt als mobilisierendes Element für radikalere Folgeaktionen gegen die Atommülltransporte. Dem hier festgeschriebenen Drei-Stufen-Konzept zufolge soll am 30. April die zwölfstündige Blockierung aller sechs Bundesstraßen in das Wendland folgen („Wendlandblockade"), die wiederum nur Probe und Vorbereitung ist für eine zeitlich unbegrenzte Blockierung der ersten Transportfahrzeuge mit hochradioaktivem Müll unmittelbar am „Zwischen"lager Gorleben.

Zwei überregionale Konferenzen

Am 19.2.84 traf sich in Lüneburg mit ca. 100 Teilnehmern das „traditionelle" Spektrum der Anti-AKW-Bewegung, darunter Vertreter/innen aus allen relevanten norddeutschen Städten zur Vorbereitungskonferenz der Wendlandaktionen. Am 25./26.2. versammelten sich im Rahmen der Atommüllkonferenz etwa 80 Vertreter des eher „gemäßigten" Spektrums der Anti-AKW-Initiativen von den verschiedenen Entsorgungs- und WAA-Standorten.

Beide Konferenzen erteilten dem ursprünglich in Lüchow-Dannenberg ersonnenen Konzept einer „offenen Blockade" am 30.4. eine Absage. Mit diesem Konzept sollte eine Konfrontation mit der Polizei durch ein „langsames" Hindurchlassen der PKW-Fahrer vermieden werden, bei gleichzeitiger Öffentlichkeitsarbeit am Straßenrand.

Es bestätigte sich, daß ein so angelegter Aktions- und Informationstag kein Anlaß sein würde für eine überregionale Mobilisierung. Stattdessen gab es eindeutige Voten für Blockaden mit dem Ziel, die nach Lüchow-Dannenberg führenden Bundesstraßen tatsächlich dicht zu machen. Die „Atommüllkonferenz" übernahm das gesamte „Drei-Stufen-Konzept" (s.o.), fügte aber eine Erklärung zur Präzisierung der Wendlandblockade hinzu, die insbesondere auch den Rahmen des Widerstands benennt (siehe Punkt 3 der nebenstehenden Erklärung): *„Unsere Maßnahme zivilen Ungehorsams muß für die Gegenseite unangenehm und für alle Teilnehmer kalkulierbar sein. Deshalb setzen wir der zu erwartenden Gewalt der Polizei keine Gewalt entgegen, sondern wir wollen durch große Anzahl, Entschlossenheit und Verbundenheit unser Ziel erreichen."* Auf dem Lüneburger Treffen wurde von einzelnen Gruppen eine Unterstützung der Menschenkette grundsätzlich (d.h. auch im Rahmen des „Drei-Stufen-Konzepts") abgelehnt.



Der Diskussionsstand in Lüchow-Dannenberg

Der „sanfte Druck" auswärtiger Gruppen mittlerweile auch landkreisintern die Diskussion um „dichte" Blockaden forciert. Als „Bremser" betätigen sich dennoch dort diejenigen Repräsentanten der BI Lüchow-Dannenberg, denen die gütliche Zusammenarbeit mit der Polizei wichtiger ist als die Mobilisierung tausender auswärtiger Unterstützer. Wer mit besonderem Stolz auf die Zusammenarbeit mit der örlichen Polizeiführung im Zusammenhang mit der Menschenkette verweist (hier will die Gorleben-Bullizei per Funk eine gewiß nicht uneigennützige logistische Hilfe bei der Aufstellung der Kette leisten), muß die Wendlandblockade schon allein deshalb scheuen, weil sie die zarten Bande zur Staatsmacht zerreißt.

Auf der anderen Seite ist diese Politik einzelner BI-Sprecher auch im Landkreis so umstritten wie selten zuvor. Insbesondere in der Region rund um den vorgesehenen Standort Dragahn wird darauf verwiesen, daß die Menschenkette allein nicht annähernd die existenzielle Bedrohung widerspiegelt, die für die örtlichen Landwirte mit der WAA verbunden ist. Hier beißt auch die DWK auf Granit. Ein Ende Februar geplanter Informationsabend dieser Gesellschaft war dort nach einer halben Stunde beendet: die Landwirte der meistbetroffenen Dörfer Fließau, Bellahn und Pudripp waren nahezu geschlossen erschienen, um den DWK-Sprecher ohne viel Federlesen aus dem Saal zu schmeißen („Gehen Sie in den Wald und reden dort mit den Zwergen"). Auch bezüglich der Wendlandblockade wird derzeit mit einigem Optimismus auf die Landwirte in der „Bäuerlichen Notgemeinschaft" verwiesen, die z.T. bereits eindeutig Sympathien für eine „dichte" Blockade („Wat mutt, dat mutt!") bekundet haben.

Die absolut notwendige Akzeptanz der Wendlandblockade im Landkreis wird jedoch im wesentlichen von zwei Dingen abhängen:

a. Die erfolgreiche Verwirklichung der Menschenkette am 24.3.84.
Diese Aktion ist für große Teile der Landkreisbevölkerung ein erster Schritt heraus aus demoralisierender Passivität. Man mag als Großstadtbewohner denken, was man will: Im Wendland ist das Sich-Anfassen am 24.3. kein Schritt „zurück", sondern ein erstes Lufthoien und Durchatmen, nachdem monatelang die Initiative bei DWK- und CDU-Säcken lag. Gleichzeitig bietet diese Aktion für alle, die dies wollen, eine ausgezeichnete Gelegenheit, auf die geplanten Folgeaktionen hinzuweisen.

b. Ein „greifbares" Konzept für die Wendlandblockade am 25.3.84
Am 25.3., ein Tag nach der Menschenkette, wird auf einer Konferenz in Lüchow-Dannenberg über die Wendlandblockade entschieden. Sich zu diesem Schritt durchzuringen ist alles andere als selbstverständlich und wäre in der BRD bisher ohne Beispiel. Ohne aktive Mithilfe der Lüchow-Dannenberger AKW- und WAA-Gegner ist eine solche Aktion auf keinen Fall durchführbar. Dies liegt nicht allein daran, daß bei Blockadebeginn nur ein „pfiffiges" Vorgehen, basierend auf viel Ortskenntnis und örtlicher Mithilfe, der zu erwartenden Polizeipräsenz ein Schnippchen schlagen kann. Noch wesentlicher ist das Zurückweisen der zu erwartenden Demagogie von Presse und Staatsmacht, wonach eine Blockade des gesamten PKW- und LKW-Verkehrs gegen die Menschen vor Ort gerichtet sei. Nur ein großes Verständnis für den Ernst der Situation, der diese Notwehrmaßnahme erforderlich macht, und eine intensive Öffentlichkeitsarbeit speziell in dieser Region (eventuell schon im Rahmen der Menschenkette) wird hier gegenhalten können. Dies setzt aber gleichfalls voraus, daß auf eine Lücke für militante Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dieser Aktion vonseiten der auswärtigen Anti-AKW-Bewegung verzichtet und der von der Atommüllkonferenz verabschiedete Konsens-Vorschlag gegen Angriffe, von welcher Seit auch immer, verteidigt wird.

KB/Gruppe Lüneburg

Dokument
Beschluß der Wendlandblockade
mit 1 Gegenstimme und 0 Enthaltungen
Die Atommüllkonferenz vom 25./26.2.'84 in Hamm (bei Biblis) unterstützt den Aufruf „LÜCHOW-DANNENBERG MUSS ATOMMÜLLFREIE ZONE BLEIBEN" und fügt hinzu:
1. Die Wendlandblockade (Absperrung aller fünf nach Lüchow-Dannenberg führender Bundesstrassen) soll unsere bundesweite Betroffenheit über das zum Ausdruck bringen, was die Bundesregierung als „Entsorgung" bezeichnet. In Wirklichkeit kann von einer Lösung des Atommüllproblems keine Rede sein: überall im Lande hangelt man von Provisorium zu Provisorium, um den Ausbau der Atomenergie (und damit vermehrte Atommüllproduktion) zu legitimieren. Mit möglichst vielen Menschen wollen wir am 30.4.84 zeigen, daß für diese Politik Lüchow-Dannenberg nicht zerstört werden darf.
kulierbar sein. Deshalb setzen wir der zu erwartenden Gewalt der Polizei keine Gewalt entgegen, sondern wir wollen durch große Anzahl, Entschlossenheit und Verbundenheit unser Ziel erreichen.
4. Die Wendlandblockade ist Probe und Vorbereitung auf die im Frühsommer zu erwartende erste Einlagerung hochradioaktiven Mülls in Lüchow-Dannenberg. Die ersten Transporte sollen zum frühestmöglichen Zeitpunkt durch Material- und Menschenblockaden am „Zwischen"lager Gorleben gestoppt und politisch undurchführbar gemacht werden.
5. Nur mit enormer bundesweiter Unterstützung und Solidarität kann die Wendlandblockade gelingen. Ein erster notwendiger Schritt hierzu ist die Teilnahme und Unterstützung der Menschenkette in Lüchow-Dannenberg am

Beide Konferenzen erteilten dem ursprünglich in Lüchow-Dannenberg ersonnenen Konzept einer „offenen Blockade" am 30.4. eine Absage. Mit diesem Konzept sollte eine Konfrontation mit der Polizei durch ein „langsames" Hindurchlassen der PKW-Fahrer vermieden werden, bei gleichzeitiger Öffentlichkeitsarbeit am Straßenrand.
Es bestätigte sich, daß ein so angelegter Aktions- und Informationstag kein Anlaß sein würde für eine überregionale Mobilisierung. Stattdessen gab es eindeutige Voten für Blockaden mit dem Ziel, die nach Lüchow-Dannenberg führenden Bundesstraßen tatsächlich dicht zu machen. Die „Atommüllkonferenz" übernahm das gesamte „Drei-Stufen-Konzept" (s.o.), fügte aber eine Erklärung zur Präzisierung der Wendlandblockade hinzu, die insbesondere auch den Rahmen des Widerstands benennt (siehe Punkt 3 der nebenstehenden Erklärung): „Unsere Maßnahme zivilen Ungehorsams muß für die Gegenseite unangenehm und für alle Teilnehmer kalkulierbar sein. Deshalb setzen wir der zu erwartenden Gewalt der Polizei keine Gewalt entgegen, sondern wir wollen durch große Anzahl, Entschlossenheit und Verbundenheit unser Ziel erreichen." Auf dem Lüneburger Tref-
dennoch dort diejenigen Repräsentanten der BI Lüchow-Dannenberg, denen die gütliche Zusammenarbeit mit der Polizei wichtiger ist als die Mobilisierung tausender auswärtiger Unterstützer. Wer mit besonderem Stolz auf die Zusammenarbeit mit der örlichen Polizeiführung im Zusammenhang mit der Menschenkette verweist (hier will die Gorleben-Bullizei per Funk eine gewiß nicht uneigennützige logistische Hilfe bei der Aufstellung der Kette leisten), muß die Wendlandblockade schon allein deshalb scheuen, weil sie die zarten Bande zur Staatsmacht zerreißt.
Auf der anderen Seite ist diese Politik einzelner BI-Sprecher auch im Landkreis so umstritten wie selten zuvor. Insbesondere in der Region rund um den vorgesehenen Standort Dragahn wird darauf verwiesen, daß die Menschenkette allein nicht annähernd die existenzielle Bedrohung widerspiegelt, die für die örtlichen Landwirte mit der WAA verbunden ist. Hier beißt auch die DWK auf Granit. Ein Ende Februar geplanter Informationsabend dieser Gesellschaft war dort nach einer halben Stunde beendet: die Landwirte der meistbetroffenen Dörfer Fließau, Bellahn und Pudripp waren nahezu geschlossen erschienen, um den DWK-Sprecher ohne viel Federlesen aus dem
aktive Mithilfe der Lüchow-Dannenberger AKW- und WAA-Gegner ist eine solche Aktion auf keinen Fall durchführbar. Dies liegt nicht allein daran, daß bei Blockadebeginn nur ein „pfiffiges" Vorgehen, basierend auf viel Ortskenntnis und örtlicher Mithilfe, der zu erwartenden Polizeipräsenz ein Schnippchen schlagen kann. Noch wesentlicher ist das Zurückweisen der zu erwartenden Demagogie von Presse und Staatsmacht, wonach eine Blockade des gesamten PKW- und LKW-Verkehrs gegen die Menschen vor Ort gerichtet sei. Nur ein großes Verständnis für den Ernst der Situation, der diese Notwehrmaßnahme erforderlich macht, und eine intensive Öffentlichkeitsarbeit speziell in dieser Region (eventuell schon im Rahmen der Menschenkette) wird hier gegenhalten können. Dies setzt aber gleichfalls voraus, daß auf eine Lücke für militante Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dieser Aktion vonseiten der auswärtigen Anti-AKW-Bewegung verzichtet und der von der Atommüllkonferenz verabschiedete Konsens-Vorschlag gegen Angriffe, von welcher Seit auch immer, verteidigt wird.
KB/Gruppe Lüneburg

Dokument

Beschluß der Wendlandblockade

mit 1 Gegenstimme und 0 Enthaltungen

Die Atommüllkonferenz vom 25./26.2.'84 in Hamm (bei Biblis) unterstützt den Aufruf „LÜCHOW-DANNENBERG MUSS ATOMMÜLLFREIE ZONE BLEIBEN" und fügt hinzu:

1. Die Wendlandblockade (Absperrung aller fünf nach Lüchow-Dannenberg führender Bundesstrassen) soll unsere bundesweite Betroffenheit über das zum Ausdruck bringen, was die Bundesregierung als „Entsorgung" bezeichnet. In Wirklichkeit kann von einer Lösung des Atommüllproblems keine Rede sein: überall im Lande hangelt man von Provisorium zu Provisorium, um den Ausbau der Atomenergie (und damit vermehrte Atommüllproduktion) zu legitimieren. Mit möglichst vielen Menschen wollen wir am 3O.4.84 zeigen, daß für diese Politik Lüchow-Dannenberg nicht zerstört werden darf.

2. Unzählige andere Formen des Protestes wurden in der Vergangenheit von den Verantwortlichen ignoriert. Wir sehen uns deshalb genötigt zu dem ungewöhnlichen Schritt einer Wendlandblockade. Diese richtet sich nicht gegen die Bevölkerung der Region, sondern gegen die Zerstörung der Lebensgrundlagen dieser Region durch Atommüll, der 1 Mio. Jahre strahlt.

3. Wir wollen keine Konfrontation mit der Polizei. Unsere Maßnahme zivilen Ungehorsams muß für die Gegenseite unbequem und für alle Teilnehmer kalkulierbar sein. Deshalb setzen wir der zu erwartenden Gewalt der Polizei keine Gewalt entgegen, sondern wir wollen durch große Anzahl, Entschlossenheit und Verbundenheit unser Ziel erreichen.

4. Die Wendlandblockade ist Probe und Vorbereitung auf die im Frühsommer zu erwartende erste Einlagerung hochradioaktiven Mülls in Lüchow-Dannenberg. Die ersten Transporte sollen zum frühestmöglichen Zeitpunkt durch Material- und Menschenblockaden am „Zwischen"lager Gorleben gestoppt und politisch undurchführbar gemacht werden.

5. Nur mit enormer bundesweiter Unterstützung und Solidarität kann die Wendlandblockade gelingen. Ein erster notwendiger Schritt hierzu ist die Teilnahme und Unterstützung der Menschenkette in Lüchow-Dannenberg am 24.3.84.

6. Schon jetzt sind alle AKW-Gegner aufgerufen, auch nach der Wendlandblockade weitere Aktionen durchzuführen. Sollte es nach der Wendlandblockade noch Atommülltransporte ins Wendland geben, rufen wir auf, diese aufzuspüren und sich ihnen dezentral in den Weg zu stellen. Dies kann durch direkte Aktionen ebenso geschehen wie durch Beschlüsse in Kommunalparlamenten zu „Atommüllfreien Zonen" (s. Gemeinde Clenze, Lüchow-Dannenberg).

Dichte Blockade

Hiernach sollen am 30.4. (ein Montag zwischen zwei Feiertagen) die 6 in den Landkreis Lüchow-Dannenberg reichenden Bundesstrassen völlig dicht gemacht werden und nur bei nachweislich akuten Notfällen (Krankentransporte) geöffnet werden. Nur durch ernsthaft angestrebte Blockaden könne der Ernst unseres Anliegens vermittelt werden („Kein Atommüll ins Wendland") und das Eingeschlossensein der örtlichen Bevölkerung im Falle eines Atomunfalls demonstriert werden. Nur eine wichtige, ernsthafte Aktion, bei der es auf jeden ankomme, könne eine größere Mobilisierung in den Landkreis von überall her veranlassen. Voraussetzung sei eine offensive Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld (ev. schon beginnend mit der Menschenkette), um klarzumachen, daß die Aktion nicht gegen die „kleinen Leute", sondern gegen die Betreiber-Pläne gerichtet sei: 12 Stunden „Ausnahmezustand" sei nichts gegen Atommüll, der 1 Mio. Jahre strahlt. Bereits im Vorfeld und per Massenmedien müsse klar sein, daß am 30.4. „nichts läuft", möglichst wenig Privat-PKWs sollen böse überrascht werden. (Auch bei Großdemos an Standorten waren bestimmte Strassen durch PKW-Staus „dicht", was als selbstverständlich galt). Das Ziel einer 12-Stunden-Blockade sei nicht unrealistisch: die zu erwartenden riesengroßen Bullizei-Aufgebote würden die Strassen fleißig mitblockieren, Sitzblockaden mit sehr vielen Menschen seien nur zäh aufzulösen (abgesehen von der Möglichkeit ergänzender Materialblockaden), gegen mögliche Knüppeleinsätze müsse mit größtmöglicher Öffentlichkeit vorgebeugt werden.

(Auszug aus dem Protokoll der Lüneburger Wendlandkonferenz. Das Protokoll dieses Treffens ist erhältlich über LAGA C/o Sültenweg 57, 2120 Lüneburg).

Atommüll in die Wüste Gobi?

Wie die Hanauer Nuklearfirma NUKEM Anfang Februar bekanntgab, unterzeichneten Vertreter der „China Nuklear Energie Industrie Corporation Beijing" (CNEIC), die Alfred Hempel KG als Konsortialführer sowie die Nuklem GmbH und ihre Tochtergesellschaft Transnuklear eine Absichtserklärung, wonach Brennelemente aus westdeutschen Kernkraftwerken *„endgültig in die Volksrepublik China verbracht werden"* können. In der Erklärung, die sich auf alle Länder Westeuropas bezieht, ist die Rede von 4.000 Tonnen Atommüll — eine Menge, für deren Bewältigung die in Dragahn oder Schwandorf geplante WAA auch bei 100%iger Auslastung 12 Jahre brauchen würde. In der Schweiz hat nach Darstellung des Spiegel *„schon das Bundesamt für Energiewirtschaft nach monatelangen Verhandlungsrunden seine Zustimmung und sogar das Interesse an einem Staatsvertrag mit Peking signalisiert."*

Das Interesse der VR China an diesem Deal liegt auf der Hand. Bei dem bis 1990 vereinbarten Preis von 1.500 Dollar pro Kilogramm Atommüll würden insgesamt 6 Milliarden Dollar an Deviseneinnahmen dabei herausspringen. Dieses Geld dürfte im wesentlichen zur Finanzierung des ehrgeizigen Atomprogramms der VR China vorgemerkt sein: denn ob Zwischen- oder Endlager und Wiederaufarbeitung — offerieren will man dem Westen alle drei Möglichkeiten. Zusätzlich laufen mit französischen und westdeutschen Herstellern Verhandlungen über die Lieferung von AKWs.

Last not least soll noch bis zum geplanten Reagan-Trip nach China im April '84 ein Abkommen über die Zusammenarbeit in der Atomtechnik mit den USA ausgehandelt sein. Wie überall in der Welt ist auch im Fall der VR China ein militärisches Interesse hinter derartigen Plänen zu vermuten, befindet sich doch in der Wüste Gobi gleichfalls das 1958 gegründete chinesische Atomwaffenzentrum, auch „Atomstadt" genannt. (Dort soll es zuletzt 1969 nach chinesischen Agenturangaben zu einem schweren Unfall gekommen sein, vgl. FR, 7.12.83).

Bemerkenswert hingegen ist die rasche und ablehnende Reaktion Bonns auf den Deal der Nukem GmbH. Bereits zwei Tage nach der Nukem-Erklärung hieß es seitens der Bundesregierung, derartige Exporte seien *„weder kurz- noch langfristig erforderlich"*. (RF, 9.2.) Es drängt sich die Frage auf, warum die Regierung in einem der dichtbesiedelsten Länder der Welt auf die Einlagerung von Atommüll mit einer Strahlendauer von 1 Mio. Jahren auf eigenem Territorium besteht. Immerhin ist die Wüste Gobi sieben mal so groß wie die Bundesrepublik. Warum, so ist weiter zu fragen, lehnt die Bundesregierung einen Deal ab, der laut CDU/CSU „preislich unschlagbar" ist, weil gegenüber der chinesischen Forderung von 1.500 Dollar pro Kilo allein die geplante WAA nach den vorliegenden Plänen 4.000 DM pro Kilo kosten wird?

Der Grund ist schrecklich simpel und wird chemisch mit Pu abgekürzt. Was mit dem Plutonium aus alten Brennelementen alles gemacht werden kann, verraten diejenigen CDU-Sprecher, die an den Nicht-Beitritt Chinas zum Atomwaffensperrvertrag erinnern, um so die Ablehnung des Atommüllexports zu begründen. Von den USA ist bekannt, daß dort ziviler Atommüll für die Atomsprengkopf-Programme der 90er Jahre fest eingeplant ist. Die hierfür notwendige Technologie zur Plutoniumreinigung nennt sich „Laser-Isotope-Separation" und wird derzeit im US-amerikanischen Atomwaffenzentrum Hanford installiert. (Über die BRD-Forschungen auf diesem Gebiet berichteten wir bereits in AK 224.) Ebenfalls in diesem Atomwaffenzentrum wird derzeit die einzige WAA der USA gebaut, die zivilen Atommüll aufarbeiten, d.h. das darin enthaltene Pu abtrennen kann.

Es kann also nicht verwundern, daß die rasche Ablehnung der Nukemschen China-Pläne durch den Bonner Forschungsausschuß mit der besorgten Frage verbunden war *„ob nicht die Wiederaufarbeitung in der Bundesrepublik in Frage gestellt werde, wenn die Chinesen preislich unschlagbar die Brennelemente abnähmen."* (FAZ, 8.2.)

Daß man nach Herausfilterung des Plutoniums die unbrauchbaren, aber ebenfalls Jahrmillionen strahlenden Atommüllbestandteile der VR China überlassen würde (ebenso wie heute bereits DDR-Territorium mit BRD-Giftmüll belastet wird) dürfte hingegen kaum fraglich sein. Der „Spiegel" spricht denn auch davon, daß „derzeit" die Bonner Regierung den China-Deal „noch" ablehne.

AKW-NEIN-Kommission

Betrifft:

Stuttgarter Staatsvertrag

Mitten in die Vorbereitungen des ,,heißen Herbstes'', der von Teilen der Friedensbewegung unter den Stichworten 'entscheidender Schritt zur Verhinderung der neuen Raketen', 'Radikalisierung des Widerstandes' und 'Notwendigkeit der Eskalation' diskutiert worden ist, platzten die Meldungen über (Bürger-)Dialoge mit der Polizei, die prominente Sprecher dreist als Vertreter d e r Friedensbewegung führten (wie in Loccum) und über Geheimgespräche mit Spitzen der Polizei (in Stuttgart), die zur Aufstellung von Spielregeln für beide Seiten — festgehalten in einem Papier — führen sollten. Dieses ,,Empfehlungspapier'', das uns in seiner neuesten Fassung erst kürzlich zugegangen ist, veröffentlichen wir jetzt zusammen mit den Ergebnissen des letzten Stuttgarter De-eskalations-Gesprächs.

Nach wir vor wird von den Befürwortern solcher Gespräche bestritten, daß es sich dabei überhaupt um Deeskalationsgespräche handelt. Der unabhängige Friedens- und Konfliktforscher Dr. Wolfgang Sternstein, BBU-Vorstandsmitglied und zusammen mit einem hohen Polizeioffizier Autor des ,,Empfehlungspapiers'', schreibt in einer Geschichte der Stuttgarter Gespräche: ,,*Die Gefahr einer ,Verstaatlichung' der Ökologie- und Friedensbewegung durch solche Gespräche sehen wir nicht* (hier schreibt er für den gesamten BBU!- Anm. AK). *Wir haben in den Gesprächen deutlich gemacht, daß es in den Sachfragen, etwa beim Atomkraftwerk Wyhl oder der Stationierung der Pershing II, keinen Kompromiß gibt und geben kann. Die Regierung von Baden-Württemberg will (wollte) sie durchsetzen und wir wollen die verhindern und das mit aller Entschlossenheit.*'' Das nun vorliegende Papier widerlegt diese Verbal-Radikalismen, vielmehr bestätigt es in allen Passagen, daß die Deeskalation des Widerstandes gemeinsames Ziel aller Beteiligten ist. Kein Wunder, daß Sternstein uns keine Fragen beantworten mochte und das Papier in seiner Bedeutung runterspielen will (das ist ein Zwischenergebnis und soll noch überarbeitet werden...).

Mit Datum vom 31.1.84 ist von der Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen (AGU) das Kurzprotokoll des ,,3. Stuttgarter Gesprächs'' vom 8. September 1983 verschickt worden. Beigefügt war der Staatsvertrag, das Empfehlungspapier ,,Überlegungen zur Austragung von Umweltschutzkonflikten'' (Stand: 24.1.84), den wir nachstehend abdrucken.

Bereits im Protokoll des 1. Stuttgarter Gesprächs (datiert 27.10.83) taucht als wesentliche Funktion dieser Gespräche aus Sicht der Polizei auf, daß ein Papier beschlossen werden sollte (ein ,,Staatsvertrag'', wie es die ,,taz'' nannte). Arbeitstitel: ,,Stuttgarter Papier''. Thema: ,,... *zum generellen Gewaltverzicht mit der Konsequenz der Isolierung von Gewalttätigen bei Demonstrationen*'' (Vorschlag der Polizei). Das zweite Deeskalationsgespräch (datiert vom 27.3.83, Protokoll-Abdruck in AK 238, S. 18f) diente bereits dem weitgehenden inhaltlichen Abstecken der Aussagen in dem Papier. Bei diesem Gespräch wurde eine ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Entwurfs gebildet. Der Entwurf sollte sich (laut Protokoll vom 27.3.83) an einem Positionspapier der Polizei orientieren, das diese beim 2. Stuttgarter Gespräch vorgelegt hatte. Das Protokoll vermerkt dazu: ,,*Für die Erarbeitung eines ,Stuttgarter Papiers' sollten die im Positionspapier der Polizei enthaltenen Ansätze für Gemeinsamkeiten aufgegriffen und weiterentwickelt werden*'' (es folgen die Punkte im einzelnen). Auf dieser Basis wurde ein Entwurf von dem Vorstandsmitglied des BBU, Wolfgang Sternstein, und dem Leitenden Polizeidirektor im Baden-Württembergischen Innenministerium, Kraft, ausgearbeitet. Dieser Entwurf wurde dann auf einem Treffen der ad-hoc-Arbeitsgruppe (23. Juni 1983) diskutiert und gebilligt. Im Protokoll dieses Treffens (abgedruckt in AK 237, S. 6f) heißt es: ,,*Die Arbeitsgruppe empfiehlt den Teilnehmern des 3. Stuttgarter Treffens am 8.9.83, die Annahme des Papiers in dieser Fassung zu beschließen. Die Arbeitsgruppe betonte, sie werde sich um jeweils verbandsinterne Akzeptanz des Empfehlungspapiers bemühen.*'' Über das 3. Stuttgarter Treffen (zur Teilnehmerliste siehe Kasten) liegt uns inzwischen ein ,,Kurzbericht'' vor, aus dem wir die wichtigsten Passagen vorstellen wollen. Zunächst wird an die Zielsetzung der Gespräche erinnert: ,,*Die zunehmende Verhärtung der Diskussion von Umweltproblemen, insbesondere die Vorgänge um die Demonstration von Kernkraftgegnern in Brokdorf Anfang 1981, hätten die Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen veranlaßt, das offene Gespräch zwischen den Konfliktgegnern anzuregen und dafür selbst Hilfestellung zu leisten. Man hoffte, am Ende zu einem Arbeitspapier zu kommen, das die Austragung von Umweltkonflikten erleichtere und Formen ihrer Austragung anbiete, die dem hohen Anspruch einer demokratischen Gesellschaft gerecht werden könnten.*''

Das Arbeitspapier ist dann ,,ausführlich'' besprochen aber die Diskussion darüber noch nicht abgeschlossen worden. ,,*Der Arbeitskreis war sich darin einig, daß die Initiative nur dann eine breite Basis finden könne, wenn der Meinungsbildungsprozeß nicht unter Zeitdruck gestellt wird. Die Gesprächsrunde nahm deshalb den im Arbeitspapier wiedergegebenen Diskussionsstand als Zwischenergebnis zur Kenntnis und äußerte die Erwartung einer regen Diskussion des Entwurfs in den den Teilnehmern nahestehenden Organisationen.*'' Schließlich vereinbarte man ein neues, das vierte Stuttgarter Treffen, ,,*zur Bestandsaufnahme und zum Austausch von Erfahrungen*''. Das Arbeitspapier, das ,,*in ersten Stellungnahmen der Gesprächsteilnehmer (...) im Grundsatz breite Zustimmung*'' gefunden hatte, sollte noch einmal überarbeitet werden (die neueste Version ist nebenstehend abgedruckt).

Ein interessanter Hinweis findet sich in dem ,,Kurzbericht'' noch unter dem Punkt ,,Verschiedenes'': ,,*Veranstaltungsteilnehmer sprachen sich dafür aus, die Möglichkeit zu prüfen, den Dialog in anderen interessierten Bundesländern ebenfalls aufzunehmen. Herr Dr. Stümper (Baden-Württembergischer Polizeipräsident) sagte zu, unter seinen Kollegen dafür zu werben. Herr Dr. Weimann (MdL Nordrhein Westfalen) regte an, das Empfehlungspapier zu gegebener Zeit in die UMK einzubringen.*

Es wurde auch erklärt, Selbstverständnis und Zusammensetzung der Arbeitsgemeinschaft (Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen — AGU) beschränkten ihr Mandat auf die Behandlung von Umweltthemen. Die Gesprächsrunde sah es jedoch unter den derzeitigen Gegebenheiten als naheliegend an, die von ihr für den Umweltbereich möglicherweise gefundenen Ansätze zum Konfrontationsmanagement paradigmatisch (= als Beispiel dienend) auch Konfliktpartnern anderer Problemfelder zur Verfügung zu stellen.''

Wieder mit von der Partie beim 3. Stuttgarter Gespräch waren die BBU-Vorstandsmitglieder Sternstein und Schirmer, Sternstein in hervorgehobener Position, ist er doch mit dem Polizei-Funktionär Kraft zusammen Verfasser des Stuttgarter Staatsvertrages. Wir wollten Sternstein zu dem Empfehlungspapier befragen, er aber lehnte mit der Begründung ab, es solle nicht so ein Wirbel um das Papier gemacht werden. Das Papier sei ein Zwischenergebnis der Redaktionsgruppe und werde noch weiter diskutiert und überarbeitet. Tatsache ist, daß das — inzwischen leicht modifizierte — Papier beim 3. Stuttgarter Gespräch ,,im Grundsatz breite Zustimmung'' gefunden hat. So jedenfalls steht es im Kurzbericht über das Treffen. Sternstein moniert sich dann noch über das Interesse, das er sich schon vorstellen könne, so ein Papier zu veröffentlichen, das in dem Geruch steht, ein Geheimpapier zu sein. Wenige Tage zuvor hatte er es abgelehnt, die neueste Fassung des Staatsvertrages, die wir jetzt dokumentieren, der Kasseler Informationsstelle Ziviler Ungehorsam zur Verfügung zu stellen, so daß die nur eine veraltete Fassung (Stand: 22.12.83) veröffentlichen konnten.

Zum Thema Geheimgespräche gehört noch eine kleine Episode aus dem BBU. Die 3. Stuttgarter Gespräche haben Anfang September 1983 (8.9.83) stattgefunden. Das BBU-Vorstandsmitglied Sternstein hat in einer Vorstandssitzung des BBU Mitte Dezember in allgemeiner Aufbruchstimmung — als schon alle in Hut und Mantel waren — kurz von dem Empfehlungspapier erzählt und das nächste Treffen (4. Stuttgarter Gespräch) erwähnt. Daraufhin ist er von einigen BBU-Vorstandsmitgliedern aufgefordert worden, künftig nicht mehr namens des BBU, sondern der Pflugschar-Gruppe, der er ebenfalls angehört, aufzutreten. Wir sind gespannt, ob auf der nächsten BBU-Mitgliederversammlun die Mitglieder endlich informiert werden, und ob Konsequenzen (auch personeller Art) aus den Gesprächen um einen Staatsvertrag gezogen werden. Sternstein hat schon vorgebaut. In einer Darstellung der Geschichte der Deeskalationsgespräche hat er sich einen Persilschein ausgestellt: ,,*Doch selbst wenn die Gespräche zu keinem greifbaren Ergebnis führen sollten, halten wir* (er schreibt im Namen des BBU! — Anm. AK) *sie für nützlich, da sie dazu beitragen können, Vorurteile, Mißtrauen, Mißverständnisse und Feindbilder auf beiden Seiten abzubauen.*''

Dokument

Überlegungen zur Austragung von Umweltkonflikten

Vorlage für das "4. Stuttgarter Gespräch" am 17. Mai 1984 - Entwurf-

Im Blick auf die richtigen Wege zur Lösung der großen existenziellen Fragen unserer Zeit sind viele Menschen heute verunsichert, in Ängsten oder gar in Gewissensnöten; die Verunsicherung bezieht sich zum Teil auch auf unseren Staat und seine Grundordnung.

Zahlreiche Bürgerproteste in lebenswichtigen Fragen, wie z.B. der Umwelt- und Friedens- sowie Wirtschafts- und Sozialpolitik vermitteln den Eindruck, daß in unserem politischen Miteinander etwas nicht mehr stimmt. Die positive Grundeinstellung vieler Bürger zum Staat, zur Verfassung, zu den gewählten Repräsentanten und deren Entscheidungen scheint gestört, der innere Friede in Gefahr.

Eine totale Übereinstimmung ist in einer offenen demokratischen Gesellschaft nicht möglich, ja, nicht einmal erwünscht. Die zahlreichen Bürgerinitiativen sind ein Ausdruck für die Pluralität unserer Gesellschaft und ein wichtiges Element der politischen Willensbildung. Sie sind zugleich ein Hinweis auf mangelnde Bürgerbeteiligung auch in der repräsentativen Demokratie und auf die Schwierigkeiten, im Rechtssystem offener Demokratien parlamentarische Entscheidungen in Handeln umzusetzen.

Der Weg, gefährlichen Entwicklungen vorzubeugen, besteht darin, den bürgerlichen Protest ernstzunehmen, den Fragen nicht auszuweichen und innerlich bereit zu sein, auch eigene Positionen zu überdenken. Andererseits sollten auch Bürgerinitiativen und Verbände die von Regierungsvertretern vorgetragenen Argumente sorgfältig prüfen und ebenfalls bereit sein, eigene Positionen zu überdenken. Ziel von Gesprächen sollte es sein, eine Lösung zu finden, die für beide Seiten annehmbar ist. Dazu gehört die umfassende Information der Betroffenen durch die Regierung und der Nachweis, daß die geplante Entscheidung notwendig ist. Eine Regierung, die sich nicht nur als Vollstrecker des Mehrheitswillens versteht, sollte um Vertrauen werben, statt Beschlüsse gegen den Willen der Betroffenen durchzusetzen.

Zur Herstellung eines politischen und gesellschaftlichen Klimas, in dem sich Diskussion und gewaltfreie Auseinandersetzung von selbst verstehen, ist der Respekt vor der Auffassung des Anderen und der Abbau von gegenseitigem Mißtrauen sowie ein entschlossenes Eintreten aller Beteiligten für die Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung notwendig.

Wesentliche Bestandteile der politischen Willensbildung und Entscheidung in unserer Demokratie sind die Prinzipien
- der Mehrheitsfindung
- des Minderheitenschutzes und
- des Gewaltverzichts.

Mit der politischen Mehrheit und Macht muß sorgfältig umgegangen werden. Die Notwendigkeit, das Mehrheitsprinzip mit dem Gedanken der Mäßigung zu verknüpfen, ist umso größer, wenn es um Entscheidungen geht, die nicht mehr reversibel sind oder allzuweit determinierend in unsere Zukunft wirken. Solche Entscheidungen sind sorgfältig unter Beteiligung aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen vorzubereiten.

Gruppenbestrebungen und Minderheitsinteressen dürfen nicht unterdrückt oder von vornherein abqualifiziert werden. Die Suche nach dem Ausgleich und die Achtung vor Minderheitsmeinungen sind als Grundelemente demokratischer Gesinnung erforderlich. Sie dürfen aber andererseits nicht die Regierbarkeit unseres Gemeinwesens beeinträchtigen.

Minderheiten sollen ihre Anliegen mit Geduld, unter Ausschöpfung der vorgesehenen politischen Wege und im Rahmen des Rechts verfolgen. Nur dann Entscheidungen anzuerkennen, wenn sie sich mit den eigenen Auffassungen decken, widerspricht demokratischem Grundverständnis.

Für die Anwendung privater Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele gibt es keinen Rechtfertigungsgrund. Gerade wenn sich der bürgerliche Protest ethnisch-christlich fundiert versteht, muß er sich gewaltfreier Formen bedienen. Wer sich trotzdem aus eigenem Ermessen heraus Gewalt anmaßt, führt die Gesellschaft hinter die Errungenschaften des freiheitlichen Verfassungsstaates zurück. Wir müssen daher lernen, die aus der großen Problemen unserer Zeit resultierenden politischen Konflikte gewaltfrei auszutragen, wenn wir unsere demokratische Kultur bewahren wollen.

Die Anwendung staatlicher Gewalt ist streng an Recht und Gesetz gebunden und erfordert angesichts der Probleme unserer Zeit eine immer größer werdende Sensibilität. Das Gewaltmonopol des Staates muß außer Diskussion stehen. Seine Beseitigung würde nicht zu einem Zustand des Friedens, sondern zu einem gewaltsamen Ringen rivalisierender Gruppen, zum Unfrieden und zur Unfreiheit führen.

In der Frage der Definition von Gewalt und Gewaltfreiheit gibt es unterschiedliche Meinungen. So ist beispielsweise nach geltender Rechtsprechung eine Sitzblockade vor einem Atomkraftwerksbauplatz oder einem Atomwaffenlager Anwendung von Gewalt und daher in der Regel Nötigung im Sinne von § 240 StGB. Demgegenüber vertreten gewaltfreie Aktionsgruppen sowie Teile der Ökologie- und Friedensbewegung die Auffassung, es handle sich hierbei um eine Aktion des zivilen Ungehorsams, d.h. um eine illegale gewaltfreie Aktion. Die Definition der Gewalt ist juristisch, gesellschaftlich und politisch umstritten. Obgleich das Recht verbindlich ist und sein muß, unterliegt es doch dem gesellschaftlichen Wandel. So war beispielsweise der Streik lange Zeit eine strafbare Handlung bzw. Unterlassung, während er heute als legales und legitimes Mittel des Arbeitskampfes gilt. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß sich die Rechtsprechung auch in dieser Frage im Lauf der Zeit wandelt. Es

Fortsetzung nächste Seite

Drittes Stuttgarter „DEESKALATIONSGESPRÄCH" am Donnerstag den 8. September 1983 im Waldhotel Degerloch bei Stuttgart

Liste der Teilnehmer:

1. Bokler, Michael, freier Journalist, Bonn
2. Bour, Hubert, Domkapitular, Diözese Rottenburg-Stuttgart, Rottenburg
3. Darweger, Karl-Heinz, Pressereferent, Südwestfunk Baden-Baden
4. Decker, Rudolf, Dipl.-Ing. (CDU-Fraktion), Böblingen
5. Erlewein, Günter, Gewerkschaftssekretär (SPD-Fraktion) MdL, Stuttgart
6. Händel, Reinhard, Angestelltensekretär, DGB-Landesbezirk BW, Stuttgart
7. Heyn, Horst, Gewerkschaftssekretär, GdP, Hahn b. Düsseldorf
8. Hoffmann, Wolfhard, Polizeidirektor, Hess.Minister d. Innern, Wiesbaden
9. Kilger, Wolfgang, Kirchenrat, Ev. Landeskirche Württ., Stuttgart
10. Kraft, Horst, Ltd. Polizeidirektor, Innenministerium BW, Stuttgart
11. Krapp Dr., Rolf, Oberkirchenrat, Kirchenamt der EKD, Hannover
12. Liedke Dr., Gerhard, Pfarrer, Evang. Landeskirche Baden, Karlsruhe
13. Menke-Glückert, Peter, Ministerialdirektor a.D., AGU, Bonn
14. Müh Dr., Helmut, Direktionsassistent, EVS, Stuttgart
15. Oeser Dr.-Ing. e.h., Kurt, Pfarrer, AGU, Bonn
16. Ruckriegel Dr., Werner, Ministerialdirigent, IM Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
17. Schäufele, Hermann, Pfarrer, Arbeitsgem. Dienst f. d. Frieden, Stuttgart
18. Schirmer, Jürgen, Fotograf, BBU, Bonn
19. Schmülling, Arnim, Geschäftsführer, AGU, Bonn
20. Sörensen, Heidi, Oberkirchenrätin, Ev. Oberkirchenrat, Stuttgart
21. Stahl Dr., Franz, Ministerialrat, Bundesministerium des Innern, Bonn
22. Steinmeier, Karl, Ltd. Polizeidirektor, Niedersächs. Minister d. Innern, Hannover
23. Sternstein Dr., Wolfgang, Friedens- u. Konfliktforscher, BBU, Stuttgart
24. Stümper Dr., Alfred, Landespolizeipräsident, IM BW, Stuttgart
25. Volz, Friedrich, Pressereferent, MdL, CDU-Fraktion, Landtag BW, Stuttgart
26. Weimann Dr., Benno, MdL Nordrhein-Westfalen, AGU, Bonn
27. Weygandt, Gerhard, Ministerialrat, Min. f. Ern. Landwirt. Umwelt u. Forsten, Stuttgart
28. Windisch, Horst, Ltd. Polizeidirektor, Bundesministerium des Innern, Bonn
29. Worch, Dieter, Dipl.-Volkswirt, AGU, Bonn

Eine „Verteilerliste" umfaßt zusätzlich folgende Namen:

- Pleischer, Lutz; Dipl.-Ing., Badenwerk AG, Karlsruhe
- Gerbert, Helmut; Inspekteur der Polizei, Innenministerium BW, Stuttgart
- Schiller, Rolf-Christian; Parlamentsrat, FDP/DVP Fraktion im Landtag BM, Stuttgart
- Schulz, Erhard; Landesgeschäftsführer, BUND, Landesverb. BM, Freiburg
- Suchan, Hans-Joachim, Pressereferent, Hess. Minister d. Inneren, Wiesbaden.

Fortsetzung von vorheriger Seite

besteht jedoch Einigkeit darüber, daß die Verletzung oder Tötung von Menschen bei politischen Auseinandersetzungen Gewalt ist und deshalb abzulehnen ist.

Auch in der Frage der „Gewalt gegen Sachen" gibt es unterschiedliche Meinungen. Die einen lehnen „Gewalt gegen Sachen" — in welcher Form auch immer — ab. Anderen erscheint die Verwendung des Begriffs „Gewalt gegen Sachen" wenig hilfreich. Sie schlagen vor, anstelle von „Gewalt gegen Sachen" künftig die Begriffe Sachbeschädigung oder Sabotage zu verwenden. Auch sie lehnen Sachbeschädigung oder Sabotage — von Ausnahmefällen abgesehen — ab. Als solche Ausnahmefälle sehen sie Sachbeschädigungen oder Sabotageakte an, die Menschen aus Gewissensgründen glauben ausführen zu müssen, wobei sie sich zu ihrer Tat bekennen und bereit sind, die Folgen zu tragen.

Gerade die bitteren Erfahrungen aus den gewaltsamen Auseinandersetzungen der letzten Jahre müssen als Aufruf an alle verstanden werden, sich zusammenzusetzen, um miteinander nach Ausgleich und gemeinsamen Wegen zu suchen und dadurch ein Mindestmaß an Übereinstimmung zu finden.

Die Wahrnehmung der Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist ein wichtiges Mittel der gesellschaftlichen Konfliktaustragung; ihr kommt im Rahmen der politischen Diskussion, der Information und der Mobilisierung der Öffentlichkeit besondere Bedeutung zu. Demonstrationen sind legale und legitime Mittel, um auf die politische Willensbildung Einfluß zu nehmen. Das Prinzip des Gewaltverzichts sollte dabei die gemeinsame Basis sein.

Schon aus Ihrem Selbstverständnis heraus müssen Ökologie- und Friedensbewegung darauf hinwirken, daß politische Konflikte nicht mit Gewalt ausgetragen werden.

Durch sorgfältigen, die möglichen Folgen bedenkenden Gebrauch von Begriffen wie Widerstand, Legitimität/Legalität, Recht/Unrecht lassen sich Mißverständnisse und daraus resultierende Eskalationen vermeiden.

Die Medien sollten in ihrer Berichterstattung berücksichtigen, daß zwischen der Herstellung von Öffentlichkeit und Gewaltsamkeit von Aktionen ein unheilvoller Zusammenhang besteht, weil Gewalttätigkeiten die öffentliche Aufmerksamkeit durch umfangreiche Berichterstattung in den Medien weit eher erregen als gewaltfreies

daß zwischen der Herstellung von Öffentlichkeit und Gewaltsamkeit von Aktionen ein unheilvoller Zusammenhang besteht, weil Gewalttätigkeiten die öffentliche Aufmerksamkeit durch umfangreiche Berichterstattung in den Medien weit eher erregen als gewaltfreies

Auftreten oder mühevolle politische Überzeugungsarbeit.

Die Medien sollten sich um faire, ausgewogene Berichterstattung über die jeweilige Problematik, die Ziele, Vorhaben und Aktionen des bürgerlichen Protests bemühen und dafür sorgen, daß der Darstellung von Gewalttätigkeiten nicht der Vorzug vor der Berichterstattung über friedliche Aktionen eingeräumt wird.

Journalisten sollten den möglichen Effekt sehen, daß bei Minderheiten, über die ausführlich berichtet wird, ein Gefühl vermeintlicher Stärke und des „Wir haben Recht, die Medien stehen hinter uns" entstehen kann, das die Bereitschaft, gewalttätige Handlungen zu begehen, verstärkt. Gewalttätigkeiten können daher das unerwünschte, aber auch vorhersehbare Ergebnis bestimmter Berichterstattung sein.

Die Ausübung des Demontrationsrechtes erscheint nur da sinnvoll, wo es Wirkung entfalten kann. Es kann aber notwendig werden, in aufgeheizten Situationen auf Massendemonstrationen in der Nähe strittiger Objekte zu verzichten, um einen gewaltsamen Verlauf zu vermeiden.

Ein enger Kontakt zwischen Veranstaltern/Leitern von Versammlungen oder Teilnehmern von Aktionen und den zuständigen Behörden vor, während und nach der Veranstaltung fördert das gegenseitige Verständnis und erleichtert allen Beteiligten die Einschätzung der Situation und die Wahrnehmung der jeweiligen Aufgaben.

Dabei sollten die Möglichkeiten der direkten Kontaktaufnahme in der Vorbereitung, in der ständigen Verbindung während der Veranstaltung und in einem Gespräch danach zur besseren gegenseitigen Information, aber auch zur gemeinsamen Nachbereitung gesucht und ausgeschöpft werden.

Eine umfassende, möglichst auch gegenseitige Information sowohl der Demonstranten als auch der eingesetzten Polizeibeamten kann zum Abbau von Feindbildern, zum besseren gegenseitigen Verständnis und damit zum friedlichen Ablauf von Demonstrationen beitragen.

Die Polizei ist ein zur neutralen Rechtsanwendung verpflichtetes Vollzugsorgan; sie ist nicht der politische Ansprechpartner.

Die ungehinderte Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte zu gewährleisten, also das Grundrecht der freien Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit zu schützen, ist für die Polizei eine erstrangige Aufgabe. Die Polizei nimmt daher eine sorgfältige, der besonderen Bedeutung des Demonstrationsrechts Rechnung tragende Abwägung konkurrierender Rechte und Rechtsgüter vor. Die Polizei muß den Begriff der Gewalt am geltenden Recht messen. Sie darf nicht aus rechtsphilosophischen Überlegungen über Legitimität und Legalität unterscheiden zwischen Gesetzen, die man beachten muß und Gesetzen, die man nicht zu beachten braucht. Sie ist daher nicht zur vorübergehenden Hinnahme von Rechtsbrüchen aus politischen Gründen befugt. Indem sich die Polizei an das geltende Recht hält, werden ihre Reaktionen und Maßnahmen für alle Betroffenen kalkulierbar. Sie macht damit das Risiko überflüssig, zu erproben, wie weit man mit Aktionen gehen kann. Rechtsstaatliche Prinzipien lassen es nicht zu, daß die Polizei bei strafbaren Handlungen tatenlos zusieht. Rechtsverletzungen in Form von Straftaten lösen daher — aufgrund der Strafverfolgungspflicht der Polizei — vorhersehbare polizeiliche Maßnahmen aus. Die Polizei bemüht sich jedoch, durch lageangepaßte und verhältnismäßige Reaktionen Eskalationen zu vermeiden.

Die Polizei legt ihrem Einsatz bei Demonstrationen folgende Leitlinie zugrunde:

— Bereitschaft zum Gespräch mit den Veranstaltern und zur Beration, der Wahrnehmung von Ordnungsaufgaben und der Verkehrsabwicklung
— Unterstützung aller Bemühungen der Veranstaltungsleitung, die der Friedlichkeit der Veranstaltung dienen
— Frühzeitige Einleitung von Maßnahmen zur Verhinderung von

Ordnungsaufgaben und der Verkehrsabwicklung
— Unterstützung aller Bemühungen der Veranstaltungsleitung, die der Friedlichkeit der Veranstaltung dienen
— Frühzeitige Einleitung von Maßnahmen zur Verhinderung von

Tumultdelikten (z.B. Auflagen, Entwaffnung anreisender Gewalttäter)
— Sorgfältige Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit
— Differenzierung zwischen friedlichen, verbal-radikalen und gewalttätigen Beteiligten
— Zurückhaltung bei der Wahrnehmung des staatlichen Gewaltmonopols und flexibler Einsatz staatlicher Machtmittel
— Konsequente Verfolgung von Gewaltdelikten.

Die polizeiliche Vorbereitung auf Demonstrationen soll auf gründlicher Lagebeurteilung beruhen.

Die grundsätzliche Gesprächsbereitschaft aller Beteiligten und der sich daraus ergebende laufende Kontakt vor, während und nach einer Veranstaltung erleichtern die polizeiliche Lagebeurteilung und Einsatzvorbereitung. Sie helfen, die den gewaltfreien Verlauf einer Demonstration gefährdenden Mißverständnisse und Verhaltensweisen zu vermeiden, und führen dazu, daß alle Beteiligten entkrampfter auf Konfliksituationen zugehen und mit ihnen umgehen. Der Einsatz von Verbindungspersonen ist zu empfehlen.

Die Polizei wird sich auf neue gewaltfreie Aktionsformen durch entsprechend defensives Auftreten und Einschreiten einstellen.

Die Polizei kann sich nur dann deutlich zurückhalten, wenn ihre Lagebeurteilung dies zuläßt. Erleichtert wird ihr dies, wenn
— eine frühzeitige, eindeutige Absage an Gewalttätigkeiten erfolgt,
— das Freihalten der Demonstrationen oder Aktionen von Gewalttätigkeiten möglich erscheint

und sie deshalb einen friedlichen Verlauf annehmen kann.

Alle Beteiligten sollten sich **bemühen, Mißverständnisse und provozierend wirkende Verhaltensweisen und Maßnahmen zu vermeiden.** Dazu gehören
— das **Nichtankündigen von Versammlungen und Aktionen**
— die **Bewaffnung** von **Demonstranten**
— **das Verhöhnen** oder Beleidigen **von Polizeibeamten**
— **Aktionen** und Maßnahmen, die Personen unverhältnismäßig **behindern,** bedrohen oder gefährden
— aggressiv wirkendes Auftreten von Demonstranten und Polizeikräften
— unnötig, überzogen oder unverständlich wirkende polizeiliche Einsatzmaßnahmen
— unnötige Machtdemonstrationen von seiten der Polizei und der Verbände/Veranstalter, aber auch der Politiker.

Alle Beteiligten sollten bemüht sein, sowohl die eigenen Möglichkeiten und Grenzen als auch die des potentiellen oder tatsächlichen Konfliktpartners zu beachten.

nen von seiten der Polizei und der Verbände/Veranstalter, aber auch der Politiker.
Alle Beteiligten sollten bemüht sein, sowohl die eigenen Möglichkeiten und Grenzen als auch die des potentiellen oder tatsächlichen Konfliktpartners zu beachten.

In regionalen und örtlichen Gesprächen sollten anlaßbezogen die zahlreichen Ansätze guten Willens ausgebaut werden. Es sollten Absprachen und Regelungen gesucht werden, um Konfliktsituationen zu entschärfen und Fehler konkret am jeweiligen Einzelfall zu besprechen.

Weitere Gespräche zwischen Vertretern von Regierung, Parteien, Behörden, Polizei, Bürgerinitiativen, Verbänden und Kirchen könnnen dazu beitragen, Vorurteile abzubauen, gegenseitige Verständigungsbereitschaft zu fördern und zu einer differenzierten gewaltfreien politischen Auseinandersetzung zu kommen.

Zitate von Wolfgang Sternstein, Friedens-und Konfliktforscher

„Für den Erfolg einer Kampagne ist es entscheidend, ob man aus der Offensive oder aus der Defensive heraus handelt." (Umweltmagazin 1/84)

„Der Angreifer muß die Fähigkeit besitzen zu eskalieren. Ist er dazu nicht imstande, so geht die Initiative an den Gegner über" (Ebenda).

„Doch über Menschenkette und Blockade hinaus gab es kaum Überlegungen zur Eskalation des Widerstandes. (...) Die Pflugschar-Gruppe wollte einen Teil dieser Vorarbeit leisten, um — wenn nötig — nach den Blockadeaktionen die nächste Sprosse auf der Leiter des gewaltfreien Widerstandes zu erklimmen" (Ebenda).

„Vielleicht wird es die Friedensbewegung ***endlich lernen****, eine eigenständige Strategie zu* ***entwickeln, in die Offensive zu gehen, zu agieren statt zu reagieren****"* (Ebenda).

Zu den Grünen und Alternativen in der Zeit der Diskussion um die Herausbildung der Grünen Partei:
„Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß die meisten Politiker Opportunisten sind. Wenn sie erkennen, daß die Übernahme ökologischer Forderungen wahlentscheidend sein kann, werden sie sich beeilen, diese Forderungen in ihr Wahlprogramm aufzunehmen (siehe die SPD von Schleswig-Holstein). Deshalb meine Empfehlung: Vergeßt die Grünen und Alternativen! Statt Geld und Arbeit in Wahlkämpfen zu vergeuden, steckt es lieber in die Bürgerinitiativarbeit. Je früher wir erkennen, daß der parlamentarische Weg ein Irrtum war, desto besser. Noch haben wir die Chance uns als außerparlamentarische Bewegung zu regenerieren. Nutzen wir sie!" („taz", 16.2.82)

„Nein, die wahre Alternative lautet nicht: Fundamentalopposition oder Kooperations- und Koalitionsbereitschaft, die wahre Alternative lautet nach wie vor: Soll die Alternativbewegung den parteipolitisch-parlamentarischen Weg beschreiten

„Nein, die wahre Alternative lautet nicht: Fundamentalopposition oder Kooperations- und Koalitionsbereitschaft, die wahre Alternative lautet nach wie vor: Soll die Alternativbewegung den parteipolitisch-parlamentarischen Weg beschreiten oder den Weg der außerparlamentarischen Basisbewegung, die im Bündnis mit den Ökoflügeln der etablierten Parteien konkrete ökologische Forderungen durchsetzt? Ich plädiere mit Leidenschaft für das letztere" („taz", 16.2.82).

Es gibt noch Wunder

Bei einer „Spaziergang"-Demo am Atomwaffen-Depot Mutlangen Anfang März ereignete sich dies:

> Ein zaunüberschreitender Besucher wurde von zwei amerikanischen Soldaten festgenommen. Sie brachten ihn zu einem der Wachtürme, wo er sich mit über dem Kopf verschränkten Armen auf den Bauch legen mußte. Er wurde nach Waffen durchsucht, wobei er mehrere rüde Schläge einstecken mußte. Danach verbanden sie ihm mit einem T-Shirt die Augen und entsicherten ihre Gewehre. Einer sagte dem Festgenommenen, er würde ihn nun erschießen. Nach dieser Scheinhinrichtung übergaben ihn die beiden Amerikaner der deutschen Polizei...(taz, 6. 3. 84)

Wenn man nicht wüßte, das so eine Begegnung auch sehr viel netter und harmloser verlaufen kann, könnte man tatsächlich ein falsches Bild von unseren Freunden und Verbündeten bekommen. Aber normalerweise sind sie ganz anders. Nämlich so: Man steigt einfach durch den Zaun (vorher Loch reinschneiden!) in einen US-Stützpunkt ein, geht zügig auf die dort stehenden schweren Sattelschlepper (Transportfahrzeuge für die Pershing 2) zu, zerfetzt alle erreichbaren Elektrokabel und Hydraulikschläuche mit einem Bolzenschneider (den muß man allerdings selbst mitbringen), haut mit einem Vorschlaghammer (ebenfalls mitzubringen) die Scheiben des Fahrzeuges ein (fest schlagen, nötigenfalls auch mehrmals) und drischt mit dem Hammer aufs Amaturenbrett. Der Sachschaden liegt dann irgendwo zwischen 30.000 und 100.000 DM. Nun setzt man sich auf den Boden, singt beispielsweise „ We shall overcome" („99 Luftballons" geht auch ganz gut) und wartet ab, bis die Amis endlich kommen. Die lassen sich gewöhnlich Zeit, so mehr als 10 Minuten kann das schon noch dauern. Und dann spielt sich etwa folgende Szene ab:

> ...näherten sich...einige Soldaten von der Kaserne her..., „wie neugierige Passanten, die einer Prügelei unter Saufbrüdern zuschauen"...Die neugierigen GIs kamen — meist unbewaffnet - langsam immer näher, dieweil ihre Zahl sich vermehrte. Militärpolizei oder ein erkennbarer Befehlshaber schienen an diesem Sonntagmorgen nicht zu existieren. Sternstein:

Es ist nämlich der Friedens- und Konfliktforscher Sternstein, dem solches leibhaftig widerfahren ist. Sternstein also berichtet weiter:

> „Die GIs gingen im Bogen um uns herum und besahen sich den Schaden an dem Fahrzeug so gelassen,. als ob sie gar nichts damit zu tun hätten. Ich habe keine Spur von Aggression uns gegenüber bemerkt."
>
> Nach weiteren zwanzig Minuten, in denen die vier unbehelligt, nun stehend und sich warm stampfend, an ihrem Platz verweilten, erschienen zwei deutsche Polizeibeamte in Zivil ohne Blaulicht und mit einem aufgeräumten „Guten Morgen" auf dem Schauplatz...

Den Bericht verdanken wir dem „Spiegel" (12.12.83). Das Ereigniss selbst fand am 4. Dezember statt. Angekündigt worden war es — anständige Menschen haben keine Geheimnisse! — in aller Öffentlichkeit schon mehr als einen Monat vorher. In einem, wie sie es selbst nannten, „langen Marsch" hatten sich Sternstein und drei Kampfgefährten seit dem 3. November quer durch die BRD bewegt. Im Gepäck befand sich — außer den schon erwähnten Werkzeugen — auch ein richtiger Pflug, weshalb man das Unternehmen auch als „Pflugschargruppe" bezeichnete.

In einem Land, wo sonst schon weit weniger manifeste und öffentlich bekundete Tatvorsätze für Razzien und lange U-Haft ausreichen, ließ man die Sternstein-Truppe ruhig durchs Land ziehen, obwohl sie immerhin ihre Absicht bekanntgegeben hatte, „Atomwaffen unbrauchbar machen" zu wollen. Man ließ sie ungehindert in einen US-Stützpunkt eindringen, obwohl (oder vielleicht w e i l ?!) es sicher ein leichtes war, den kleinen Trupp unter ständiger Beobachtung zu halten. Und die US-Soldaten zeigten sich an diesem Tag von ihrer allerbesten Seite, obwohl ihre Kameraden gerade ein paar Tage vorher beim Flugtag in Ramstein sogar ganz harmlose Flugblatt-Verteiler grob mißhandelt hatten.

Endgültig wird sich das Geheimnis des 4. Dezember wohl niemals klären lassen. E i n e Möglichkeit jedoch wird man mit absoluter Sicherheit ausschliessen müssen:Daß der gesamte Vorgang von Anfang bis Ende abgesprochen war. Daß sich Sternstein and Company vor ihrem Besuch korrekt bei den Amerikanern angemeldet hatten. Daß der anzürichtende Sachschaden schon in groben Zügen zwischen den beteiligten Stellen ausgehandelt war. Daß gar schon Geld oder finanzielle Sicherheiten vor der Aktion hinterlegt worden waren. Daß hinter dem ganzen Vorgang die tiefere Absicht stand, Sternstein als einen „Mann der Tat" dastehen zu lassen und ihm damit Flankenschutz für seine Deeskalationsgespräche mit der Polizeiführung zu geben. Alles das, um es noch einmal unmißverständlich zu wiederholen, muß kategorisch ausgeschlossen werden. Ein **Wunder** kann das Ganze durchaus gewesen sein, aber bestimmt keine Schweinerei!

Kt., Hamburg

Wer ist die „Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e.V."?

„Gespräche über die Austragung von Umweltkonflikten gibt es im Rahmen der AGU (Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e.V.), eines Beratungsgremiums der Bundesregierung, in dem Vertreter der Behörden (BMI (Innenministerium)), Umweltschutzverbände (DNR (Deutscher Naturschutzring), BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland), BBU (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz)), der Gewerkschaften, der Industrie, der Kirchen u.a. sitzen, schon seit Jahren. Die Öffentlichkeit nahm davon, wie auch von den übrigen Aktivitäten der AGU, kaum Notiz", schreibt Wolfgang Sternstein, Vorstandsmitglied des BBU, dem wir an dieser Stelle ganz besonders herzlich für seine nicht vorhandenen Beiträge über die AGU danken wollen. Aber recht hat er schon, es lohnt sich, die AGU etwas genauer anzusehen. Doch bevor wir das tun, wollen wir noch kurz weitergehen in Sternsteins Text über die Geschichte der Deeskalationsgespräche: *„Auf Anregung von Sta-Dickatssekretär Günter Hartkopf* (Innenministerium und AGU! — Anm. AK) *und Ministerialdirigent Menke-Glückert* (AGU — Anm. AK) *fanden im Oktober 1982, im März 1983 und im September 1983 Gespräche auf Landesebene statt* (gemeint sind die Stuttgarter Gespräche — Anm. AK), *an denen auch die Polizeiführung des Landes Baden-Württemberg sowie Vertreter der politischen Parteien, der Presse* (wenn auch nicht in ihrer Eigenschaft als Berichterstatter — im Gegenteil: ‚Mit den anwesenden Journalisten wurde vereinbart, von einer Presse- oder Funkberichterstattung über das Treffen abzusehen', Protokoll des 2. Deeskalationsgesprächs Anm. AK) *und der Wissenschaft teilnahmen. Gastgeber war die Evangelische Kirche."*

Wer die AGU, die die Deeskalationsgespräche auf den Weg gebracht hat, ist, hat Sternstein, der es doch genauer weiß, leider nur ganz allgemein gesagt. Dabei ist diese Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e.V., Matthias-

Dabei ist diese Arbeitsgemeinschaft für

Umweltfragen e.V., Matthias-Grünewald-Straße 1-3, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/375005, eine nähere Betrachtung wert, sitzen hier doch hochrangige Kapitalistenvertreter, Politiker, Ministerialbeamte mit eher rechteren Umweltschutzverbänden zusammen, aber auch der BBU darf nicht fehlen.

Vorsitzender des geschäftsführenden Vorstands ist **Dr. jur. Benno Weimann**, MdL Nordrhein-Westfalen, Vorstandsvorsitzender der Gelsenwasser AG, Gelsenkirchen (über 450 Millionen DM Jahresumsatz), Präsident der Vereinigung Deutscher Gewässerschutz e.V.

Stellvertretende Vorsitzende sind **Dr.-Ing. E.h. Kurt Oeser**, Beauftragter des „Rates der EKD (Ev. Kirche Deutschlands) für Umweltfragen und **Dr.jur. Karl-Heinz Kürten**, Generaldirektor, langjähriger Präsident der Industrie-und Handelskammer (IKH) Duisburg, Vorstandsvorsitzender der Thyssen Niederrhein AG, Vorstandsmitglied der August Thyssen Hütte AG, verschiedene Aufsichtsratsmandate, Rotarier.

Mitglieder des „Hauptausschusses" sind u.a.:

- **Dr. jur. Klaus Boisserée**, Ministerialdirigent a.D., Hauptgeschäftsführer der IHK Düsseldorf, verschiedene Vorstandsposten, u.a. im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und im Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.
- **Dr. rer. nat. Otto Koch**, Vorstandsmitglied der Bayer AG, Präsident der Deutschen Physikalischen Gesellschaft.
- **Dr. rer. pol. Hans Werner Oberlack**, Vorstandsvorsitzender der Hamburgischen Elektrizitätswerke (Stichwort: Brokdorf), Rotarier.
- Dr. jur. Günter Hartkopf, Staatssekretär im Bundesinnenministerium.
- **Alfred Dick**, Minister für Landesentwicklung und Umweltfragen, CSU.
- **Dr. rer. pol. Volker Hauff**, Ex-Bundesminister für Forschung und Technologie, SPD.
- **Franz Kroppenstedt**, Präsident des Statistischen Bundesamtes.
- **Dr. jur. Achim Rohde**, Regierungspräsident von Düsseldorf.

(Informationen aus der westdeutschen Ausgabe des „Who is who" von 1981).



AUFRUF

AUSLÄNDISCHE UND DEUTSCHE FRAUEN GEGEN FRAUENUNTERDRÜCKUNG, RASSISMUS UND AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT!

ERSTER GEMEINSAMER FRAUENKONGRESS

GEGEN DIE BESONDERE UNTERDRÜCKUNG VON AUSLÄNDISCHEN MÄDCHEN UND FRAUEN

**IN FRANKFURT
VOM 23.—25. MÄRZ 1984
IN FACHHOCHSCHULE
NORDWESTSTADT,
LIMESCORSO**

Veranstalterinnen dieses Kongresses sind Frauen und Frauengruppen aus Portugal, Spanien, Italien, Jugoslawien, Griechenland, der Türkei, Kurdistan, dem Iran, aus Afrika, Asien und Lateinamerika sowie der Bundesrepublik Deutschland/West-Berlin.

Über ihre Ziele schreiben die Frauen in ihren Aufruf folgendes:

Unser großes Frauentreffen soll keine „Fachtagung" werden, von der viele interessierte Frauen und Mädchen von vornherein ausgeschlossen sind. Wir sehen auch in der Situation der Immigrantinnen keine Marktlücke für „forschende Soziologinnen und Sozialpädagoginnen". Wir wollen kein „Modethema" sein! Für uns ausländische Frauen wird es höchste Zeit, daß wir aus unserer Isolation, d.h. aus unserer Vereinsamung im täglichen Kampf gegen die Unterdrückung seitens der Gesetzgebung — Männer — Arbeitsplatz und gesellschaftliche Diskriminierung das Schweigen brechen im Austausch untereinander aber auch im Austausch mit deutschen Frauen. Wir wollen aber nicht ihre Maßstäbe zur Grundlage unseres emanzipatorischen Weges machen. Wir werden unsere eigenen Ziele und Formen entwickeln.

Ziel ist, daß wir das Wochenende dazu nutzen, um gemeinsam als Frauen die Interesse haben oder betroffen sind,

— uns unserer eigenen Stärke bewußt zu werden
— Erfahrungen und Wissen auszutauschen
— Forderungen aufzustellen und
— Aktionsformen und Austauschmöglichkeiten zu diskutieren.

Für uns als deutsche Frauen ist die Beteiligung keine „caritative Zuwendung an die bedauernswerten Schwestern" und darf auch schon gar nicht der Form und dem Inhalt nach als eine Fortsetzung von leiser Integrationspolitik durch die deutsche Frauenbewegung betrieben werden, indem sie die eigenen Wege und Ziele zum „Maß aller Dinge" macht.

Vielmehr haben wir erkannt, daß uns eine Menge an Diskriminierungsformen gemeinsam betrifft: Frauenprobleme werden überall — auch bei den Gegnern von Ausländerfeindlichkeit — nur als Randprobleme diskutiert, das Recht auf Lohn für gleiche Arbeit, auf Ausbildung und berufliche Aufstiegsmöglichkeiten ist auch für uns als deutsche Frauen in der Praxis nicht verwirklicht, sexistische Werbung, Angriffe auf das Recht am eigenen Körper, Gewalt gegen Frauen bestimmen unseren Alltag. Was wir gemeinsam entwickeln wollen, ist wirkliche gegenseitige Unterstützung. Was wir gemeinsam erreichen wollen, ist: das große Schweigen brechen und aus der Isolierung und Vereinzelung hervortreten.

Das Unrecht gegen ausländische Frauen ist ein Unrecht gegen alle Frauen!

Der Programmablauf sieht wie folgt aus:

Freitagabend 23.3. — 18 bis 20 h
Eröffnungsveranstaltung „Frauenunterdrückung, Rassismus und ausländerfeindliche Politik"

Samstag 24.3.
Arbeitsgruppen u.a. zu Themen wie:
— die rechtlichen Grundlagen für die Diskriminierung ausländischer Frauen und deren Verschärfungen
— Auswirkungen von Diskriminierungen, Folgen von Fremdheitsgefühlen
Ausländerinnen — die „Exotinnen"? Alltäglicher Sexismus und Rassismus
— Religion — letzter Halt oder eisernste Fessel?
— Die Situation der Mädchen aus der 2. Generation
— Zur Lage der erwerbstätigen Frauen
— „In der Diskussion das Schweigen lernen ..." — Frauen in organisierten politischen Zusammenhängen
— Was verbindet uns ...? Ausländerinnen über deutsche Frauen — Deutsche über Ausländerinnen.

Samstagabend 18 h
Großes Frauenfest „Gemeinsam, sind wir stark!"

Sonntag 25.3., 10 h
Gemeinsames Abschlußplenum, Auswertung, Zusammenfassung der Ergebnisse der Arbeitsgruppendiskussion.

CDU/CSU-Abgeordnete legen Gesetzentwurf vor:

Soll die Finanzierung der Abtreibung abgeschafft werden?

Kaum veröffentlicht die Bundesregierung ihr Programm „Schutz des ungeborenen Lebens", mit dem sie eine Reihe „flankierender Maßnahmen" zum § 218 ankündigt (s. AK 243), bringen 74 CDU/CSU-Abgeordnete einen Gesetzantrag in den Bundestag ein, mit der die Krankenkassenfinanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen nach der Notlagenindikation abgeschafft werden soll. Hatten nicht viele befürchtet, daß die Propagierung des Schutzes „ungeborenen Lebens" und die Einrichtung einer Bundesstiftung „Mutter und Kind" hauptsächlich ideologische Ziele verfolgen und Wegbereiter sein würden für Maßnahmen, die den § 218 verschärfen?!

Der Gesetzentwurf

„Die Pflichtversicherten haben vor dem Hintergrund des Verfassungsauftrages zum Schutz des Lebens einen Anspruch darauf, daß der Staat soziale Notstände mit sozialen Hilfsangeboten ausgleicht und sie nicht gezwungen werden, über ihre Beitragspflicht gegen diesen von ihnen bejahten Schutzgedanken verstoßen zu müssen. Der Gesetzentwurf sieht daher vor, die bisherige Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen in den Fällen der Indikation der 'sonstigen schweren Notlage' nach § 218 a Abs. 2 Nr. 3 Strafgesetzbuch durch die soziale Krankenversicherung abzuschaffen." (Gesetzentwurf, Bundestagsdrucksache 10,941)

Und da *„konsequenterweise die Regelungen über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bei Schwangerschaftsabbrüchen auf die Fälle einzugrenzen sind, für die Ansprüche auf Leistungen in der sozialen Krankenversicherung bestehen"* (a.a.O.), soll mit der Finanzierung durch die Krankenkassen auch gleich die Lohnfortzahlung bei einem Abbruch nach der Notlagenindikation abgeschafft werden.

Die *„mindestens 40 bis 60 Mio. DM jährlich"* Ersparnisse für die A r b e i t g e b e r dabei werden bezeichnenderweise in der Begründung des Antrages speziell hervorgehoben.

Für Frauen bedeutet das, in Zukunft nicht nur teurere und medizinisch schlechtere Abtreibungsmöglichkeiten zu haben, sondern außerdem unbezahlten Urlaub nehmen zu müssen — oder das gesundheitliche Risiko auf sich zu nehmen, nach zwei Tagen schon wieder arbeiten zu gehen.

Die Begründung dieses Gesetzentwurfs erinnert stark an die Klage von Frau Zöller vor dem Dortmunder Sozialgericht. Auch dort ging es um die gesetzliche Krankenkassenfinanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen. Im Gesetzentwurf der 74 Abgeordneten heißt es: *„Insbesondere können Mitglieder der Solidargemeinschaft in der Krankenversicherung nicht gezwungen werden, ihre Beiträge gegen den Schutz der Leibesfrucht für ethisch sowie gesundheitlich bedenkliche Schwangerschaftsabbrüche im Rahmen der Indikation der 'sonstigen schweren Notlagen' einsetzen zu lassen."* (a.a.O.)

Frau Zöllers Klage bzw. der auf diese Klage vom Dortmunder Sozialgericht ergangene Vorlagenbeschluß ist schon seit Ende 1981 vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig. Denn Frau Zöller will gleich die Finanzierung von nicht-medizinisch indizierten Abtreibungen durch die gesetzlichen Krankenkassen für verfassungswidrig erklärt sehen. In Karlsruhe jedoch, das stellt sich inzwischen heraus, wird so schnell nicht entschieden — genauer gesagt, bis 1985 auf keinen Fall.

Statt Karlsruhe jetzt Bonn?

Und genau das ist der Hintergrund des parlamentarischen Vorstoßes der 74 Unionsabgeordneten: Bis zur Entscheidung in Karlsruhe nämlich wollten CDU/CSU und FDP, so die Koalitionsvereinbarung, abwarten, in der leisen Hoffnung, auf diese Weise einer den Koalitionsfrieden störenden Differenz höchstrichterlich entledigt zu werden.

Aber so lange wollten die Abtreibungsgegner jetzt nicht mehr warten — gehören sie doch größtenteils zu denen, die mit der Wende unbedingt eine Verschärfung des § 218 verbinden — und sich bereits emsig darum bemühten.

Schon im Frühsommer letzten Jahres sammelten sich die ersten 18 CDU-Abgeordneten des Landtags Baden-Württemberg um eine Initiative, die damals bereits die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen gestrichen sehen wollte. Koalitionsfrieden hin, Koalitionsfrieden her, schon kurz nach der Wahl der Koalitionsregierung waren sie der Meinung, es *„dürfe ... nicht gewartet werden bis zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts"* („Südwestpresse", 1.6.83).

Im November '83 waren es schon 52 CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete, die eine derartige Gesetzesinitiative in der Presse ankündigten. In letzter Minute konnten sie noch einmal zu mehr Geduld überredet werden. Offensichtlich nicht zum ersten Mal wurde dann an einer „gemeinsamen Linie" gearbeitet, die auch vom Koalitionspartner FDP akzeptiert werden könnte. Als dieser Versuch scheiterte, scharten die (in der Mehrzahl wieder baden-württembergischen) CDU/CSU-Abgeordneten erneut die schärfsten Abtreibungsgegner der Unionsfraktionen um sich und brachten jetzt zum 31.1.84 die Gesetzesinitiative in den Bundestag ein — mit schließlich 74 Abgeordneten. *„Viele andere"*, so CDU-MdB Herbert Werner aus Ulm, *„hätten auch gern mitgemacht. Ihnen sei jedoch letzten Endes der Koalitionsfrieden wichtiger gewesen."* („Südwestpresse", 28.1.84)

Frauen gegen Männer?

Als erstes meldete sich jedoch Protest gegen die Gesetzesinitiative an, nicht vom liberalen Koalitionspartner — sondern von den CDU-Frauen! Im Namen der weiblichen Fraktionsmitglieder distanzierte sich die CDU-Abgeordnete Renate Hellwig von dem Gesetzentwurf und kündigte *„eine eigene Initiative"* der CDU-Frauen an. Der *„Männer-Antrag"* („FR" vom 20.2.) sei *„nicht geeignet, praktisch und wirksam ungeborenes Leben zu schützen"*. („Südwestpresse", 1.2.84)

Auf den Gegenantrag unserer 18 CDU-Schwestern, die *„geschlossenen Widerstand"* („FR", 20.2.) gegen den Gesetzentwurf angekündigt hatten, durfte frau also gespannt sein.

Mensch mag den CDU-Frauen zugute halten, daß sie offen aussprechen, was sowieso alle wissen, nämlich *„daß mit dem Versuch, Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr durch die Krankenkasse bezahlen zu lassen, keine einzige Abtreibung verhindert"* wird. („FR", 20.2.)

Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß selbstverständlich auch der weibliche Teil der Reaktion reaktionär ist und ebenso wie der männliche gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frau und gegen den *„Verfall der biologischen Leistungsgemeinschaft"* (so Strauß nach „FR", 20.2.) zu Felde zu ziehen bereit ist. Unterschiede bestehen höchstens graduell und in Fragen der Taktik.

Der so großartig angekündigte „Gegenantrag" liest sich dann auch nicht viel anders als der Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe zum Programm „Schutz des ungeborenen Lebens". Ähnlich wie dieser enthält er viele Appelle, die Gesellschaft kinderfreundlicher zu gestalten, Hausfrauen und Müttern die Rückkehr ins Erwerbsleben zu erleichtern, und einige Anregungen, Familien steuerlich zu entlasten, das Erziehungsgeld nicht aus dem Auge zu verlieren u.a.m. Ziel des Antrages soll die Erarbeitung eines *„Konzeptes ... zur Förderung der Familie und zur Verbesserung des Schutzes des ungeborenen Lebens"* sein, das *„als Humaninvestition ... für Staat und Gesellschaft nicht nur finanziell belastend (ist), vielmehr stabilisiert es langfristig die Generationensolidarität und kann außerdem dazu beitragen, Beschäftigung und wirtschaftliches Wachstum zu fördern, wenn sich in unserer Gesellschaft Lebensoptimismus und Zukunftsorientierung sowie die Wert- und Sinngehalte von Ehe, Familie und Elternschaft wieder stärker durchsetzen."* (aus dem Antrag)

Lupenreine CDU/CSU-Familienideologie also. Kein Wort in diesem Antrag zu der vorher so lautstark kritisierten Gesetzesinitiative der männlichen Kollegen. Wen wundert's, daß unter den Unterstützern des angeblichen „Frauen-Antrages" auch Namen von Männern zu finden sind (Kroll-Schlüter, Dr. Althammer, Jagoda u.a.), die schon unter der Gesetzesinitiative stehen, ja sogar zu deren Mitinitiatoren zählen.

Ll., Frankfurt



Der türkische Mannesmann-Arbeiter Necip Caykara, 52, der 18 Jahre in Deutschland gelebt hat, ist mit seinen beiden Töchtern und seiner Frau in der Türkei angekommen. Sie warten noch auf ihre Möbel aus Hüttenheim, solange müssen sie aus ihren Koffern leben.
aus: „Stern" 10/84, S.27

Seit dem 29.11.83 ist es in Kraft: Das „Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern". Hinter sog. ‚Rückkehrprämien', ‚Kapitalisierung von Rentenansprüchen' verbirgt sich eine nackte Tatsache: Es geht darum, eine bestimmte Gruppe von arbeitslosen Ausländern und ihre Familien kostengünstig loszuwerden. Das Gesetz eröffnet auch eine günstige Möglichkeit zur Sanierung der deutschen Renten. Der ausländische Arbeitnehmer (vor allem Türken und Portugiesen) kann sich jetzt — ohne Wartezeit — seinen **Arbeitnehmeranteil** aus der Rentenversicherung auszahlen lassen. Laut Spiegel 9/84 S. 97 ff. haben bereits 25.000 türkische Arbeitnehmer entsprechende Anträge bei den Landesversicherungsanstalten eingereicht. Bayerns Sozialminister Pirkl setzt auf 50.000 Anträge, das macht — die Familienangehörigen mitgezählt — 200.000 Türken und Portugiesen weniger in der BRD. Zunächst entstehenden Kosten von 680 Millionen DM stünden langfristig 2,5 - 3 Milliarden DM gegenüber, die fällig würden, wenn die 50.000 Rente bezögen!

Es wäre aber kurzsichtig, das Rückkehrhilfegesetz nur unter dem Gesichtspunkt der ökonomischen Übervorteilung der ausländischen Kollegen zu beurteilen. Es eignet sich auch zum weiteren Schüren von Ausländerfeindlichkeit nach dem Motto: Will der Ausländer auch nicht ‚mit Geschenk' gehen, dann eben ohne! Auch ‚Sanierungskonzepte', sprich: Rationalisierung von Arbeitsplätzen lassen sich mit dem neuen Gesetz bewerkstelligen. Dies und vieles mehr schildert sehr anschaulich der nachfolgende Bericht aus Hüttenheim, Duisburg, wo der Exodus von fast 4.000 Türken eine ‚Kleinstadt' leergefegt hat. Wir drucken den Bericht ab aus REVIER Nr. 2 1984, S. 29-31, von Jochen Werner.

Wer sich genauer über das Gesetz informieren möchte, kann:
1.) ein Informationsblatt des „Deutsch-Ausländischen-Aktionsbündnisses" (auf deutsch) anfordern: DAAB, c/o F. Scheuerer, Wallgraben 37, 2100 Hamburg 90;
2.) auf türkisch Info-Blätter von den Grünen in Bonn erhalten;
3.) in die Broschüre des DGB-Bundesvorstandes mit dem Titel „Der DGB informiert die ausländischen Arbeitnehmer" (mehrsprachig) schauen, die allerdings, da sie kaum eine politische Einschätzung enthält, mit Vorsicht zu genießen ist;
4.) schließlich (sehr empfehlenswert) die „Rückkehrförderung" vom REVIER bestellen, die als Broschüre für 1,- DM in 4100 Duisburg, Siegstraße 15, zu haben ist.

AG Ausländer

Beispiel Mannesmann

„Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer"

Artikel aus „Revier" von Jochen Werner

Mit dieser Parole ging die NPD schon vor Jahren auf Stimmenfang. Alle etablierten Parteien wiesen das weit von sich; die Holzhammerargumente der NPD waren aber gut geeignet, um sich selbst nachdrücklich von „Ausländerfeindlichkeit" abzugrenzen. Im Zusammenhang mit der Abfindungsaktion für Ausländer bei Mannesmann fiel mir die alte NPD-Parole wieder ein. Nicht zufällig.

Von Unternehmen ist inzwischen eine ganze Palette von Maßnahmen entwickelt worden, mit denen Belegschaftsabbau „weich", d.h. ohne größere Konflikte, durchgeführt werden können. Die berüchtigte 59er-Regelung, Sozialpläne für über 55jährige oder Abfindungsaktionen gehören dazu. Die Betroffenen wägen individuell die Vor- und Nachteile gegeneinander ab und treffen ihre Entscheidung. Ihnen mag das Ausscheiden attraktiv erscheinen, für das Unternehmen ist die angepeilte Belegschaftsreduzierung wichtig. Im Grunde genommen erkauft sich das Unternehmen von den Beschäftigten den „sozialen Frieden" für den Arbeitsplatzabbau.

Vorausgesetzt wird dabei, daß die Belegschaft die Reduzierung als unabänderlich akzeptiert. Kampf um jeden Arbeitsplatz? „Da kann man doch nix machen!", Achselzucken. Dann bleibt
Vorausgesetzt wird dabei, daß die Belegschaft die Reduzierung als unabänderlich akzeptiert. Kampf um jeden Arbeitsplatz? „Da kann man doch nix machen!", Achselzucken. Dann bleibt
nur noch die Frage, wen es trifft. Mit ihren „Angeboten" knüpfen die Unternehmen an vorhandene Interessenlagen und Denkstrukturen an. Ältere sind z.B. oft so kaputt malocht, daß sie froh sind, mit einigen tausend Mark aus den Knochenmühlen rauszukommen.

Mannesmann bot zuletzt 1982/83 Abfindungen für freiwillig ausscheidende Ausländer an, die bis zu 24.000 DM betrugen. Ungefähr 50 Kollegen machten davon Gebrauch. Aber schon damals haben einige Deutsche geschimpft, das „die Türken das Geld nachgeschmissen kriegen."

Seit Dezember 1983 versucht Mannesmann nun massiv, ausländische Kollegen zum „freiwilligen" Ausscheiden zu bewegen. Zunächst wurde ein „Personalüberhang" von 1.000 Leuten festgestellt. Durch normale Fluktuation und Ausscheiden über Montan-Union-Vertrag für Ältere sollen 400 Arbeitsplätze abgebaut werden. Die restlichen 600 sollten durch ein „Angebot" an die ausländischen Kollegen eingespart werden. Wenn nicht so viele Ausländer „freiwillig" gehen, seien Entlassungen notwendig. Sollten aber mehr als 600 die Abfindung annehmen, ist vom Unternehmen die zusätzliche Übernahme von Lehrlingen nach der Ausbildung in Aussicht gestellt worden.

Das „Angebotspaket" für die ausländischen Kollegen ist geschickt geschnürt. Alle wurden zur „Beratung" ins Personalbüro bestellt und erhielten dort einen Computerausdruck über die Geldsumme, die sie bekommen konnten. Dabei wurde aber nicht nur der Betrag angegeben, den Mannesmann zahlt (je nach Betriebszugehörigkeit und Bruttoverdienst um 40.000 DM). Ebenfalls angeführt war die staatliche Rückkehrförderung und der Arbeitnehmeranteil aus der Rentenversicherung (damit gekoppelt auch eine Pauschale zur Abgeltung der Betriebsrente), den sich die Ausländer beimVerlassen der BRD auszahlen lassen können. Dadurch kamen teilweise Gesamtsummen von über 100.000 DM zustande. Solche Zahlen können so
Betriebsrente), den sich die Ausländer beimVerlassen der BRD auszahlen lassen können. Dadurch kamen teilweise Gesamtsummen von über 100.000 DM zustande. Solche Zahlen können so
manchen blenden!

Mannesmann nützt auf diese Weise die Möglichkeiten aus, die durch die Verabschiedung des „Gesetzes zur Rückkehrförderung von Ausländern" von der Regierung bereitgestellt wurden (siehe a.a.O. „Es ist nicht alles Gold was glänzt").

Um dieses Gesetz ist viel Rummel gemacht worden. In einer wenig informierten Öffentlichkeit entstand der Eindruck, „die Ausländer" bekämen irgendetwas geschenkt; jetzt sollen sie dieses Geschenk aber auch endlich annehmen und endlich abhauen. Tatsächlich rechnet die Bundesregierung wegen der zeitlichen Begrenzung des Gesetzes (bis 30.6.84) und den eng definierten Voraussetzungen mit 20.000 Antragstellern für die Rückkehrförderung. Wenn trotz der geringen Zahl soviel Aufhebens um die ganze Angelegenheit gemacht wird, dann liegt die Vermutung nahe, daß die oben skizzierten Reaktionen der Öffentlichkeit einkalkuliert wurden. Anders ausgedrückt: dieses Gesetz schürt Ausländerfeindlichkeit — trotz aller gegenteiligen Beteuerungen. Die Rückkehrförderung ist nichts anderes als eine „Hau-ab"-Prämie.

Daß diese Rechnung aufgeht, zeigt das Beispiel Mannesmann. Die Firmenleitung stellt „Personalüberhang" fest und winkt mit dem Zaunpfahl Entlassungen. Das „Angebot" für die Ausländer wird so zum Rettungsring für die deutschen Kollegen, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben. Plötzlich scheinen die ausländischen Kollegen verantwortlich dafür zu sein, ob Deutsche entlassen werden oder nicht,

„Wenn's die Türken trifft, bin ich gerettet", lautet die trügerische Hoffnung vieler Kollegen, die sich längerfristig als Illusion erweisen wird. Die „Rette-sich-wer-kann"-Mentalität, Produkt jahrzehntelanger Sozialpartnerschaft und Stellvertreterpolitik, schlägt voll durch.

Im Fall der ausländischen Kollegen zeigt sich zudem deutlich, daß sie von den meisten Deutschen nur als zeitweise Arbeits-Gäste in diesem „unseren" Lande geduldet werden und wurden. Jetzt werden die Rufe lauter: „Die sollen doch nach Hause abhauen!" Die großen Summen heizen die Stimmung zusätzlich an. Schimmert es da nicht durch: „Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer"?

Diese vorhandenen Ressentiments waren der Ansatzpunkt für Mannesmann. Geschickt wurde an der vorhandenen Spaltung in der Belegschaft angesetzt und diese Spaltung durch das Gespann Entlassungsdrohung/-Abfindungsangebot vertieft.

Auch der Betriebsrat wird mit der Entlassungsdrohung und der Aussicht auf Übernahme von Lehrlingen unter Druck gesetzt. In dieser Situation zieht er sich mit dem Hinweis auf die „freiwillige" Entscheidung der ausländischen Kollegen zurück. Nur von der Auszahlung der Rentenversicherung wird ihnen abgeraten, „Wenn wir sagen: nehmt das Geld nicht! und die Kollegen werden später rausgeschmissen, kriegen wir dann die Vorwürfe gemacht!". Ist die ganze Angelegenheit im Vorfeld der Betriebsratswahlen und angesichts zunehmender Ausländerfeindlichkeit bei den deutschen Kollegen ein zu heißes Eisen?

Ein anderes Verhalten würde ein Konzept gegen Arbeitsplatzabbau voraussetzen. Das existiert ebensowenig wie eine kämpferische Belegschaft, die ein solches Konzept solidarisch umsetzen könnte. Da hilft auch die Aufforderung des IG-Metall-Vorstandes an die Betriebsräte und Vertrauensleute nicht, die den ausländischen Kollegen von der Inanspruchnahme der Rückkehrförderung abraten sollen. Diese Aufforderung und die Charakterisierung des Rückkehrförderungsgesetzes als „Fortsetzung der Rausschmiß-Politik der Bundesregierung" sind ohne Grundlage eines solidarischen Kampfes um Arbeitsplätze nur verbalradikale Erklärungen. Wo kollektive Gegenwehr nicht entwickelt wird, ist individuelles Reagieren die einzig möglich erscheinende Alternative.

Und so spielen auch die ausländischen Kollegen das „Rette-sich-wer-kann"-Spiel mit. Im Vorfeld der ganzen Aktion wurden sie reihenweise zum Deutsch-Diktat bestellt, ihre „mangelhafte Qualifikation" festgestellt und mit dieser Begründung ihre Versetzung
kann"-Spiel mit. Im Vorfeld der ganzen Aktion wurden sie reihenweise zum Deutsch-Diktat bestellt, ihre „mangelhafte Qualifikation" festgestellt und mit dieser Begründung ihre Versetzung
in den Einsatzbetrieb vorgenommen. Dort wird Dauerkurzarbeit gefahren, und bei den erwarteten Stillegungen von Betriebsteilen steht der Einsatzbetrieb ganz oben auf der Liste. Mannesmann hat sie noch zusätzlich unter zeitlichen Druck gesetzt durch die kurze Frist von 4 Wochen, in der sie sich entscheiden mußten, sonst gab's weniger Geld.

Mit dem gleichen Mechanismus drängt auch das staatliche Gesetz zur Rückkehrförderung auf eine schnelle Entscheidung. Viel Zeit zur Abwägung der Vor- und Nachteile wird also nicht gelassen. Und so schieben sich andere Faktoren bei der Entscheidungsfindung in den Vordergrund, z.B. die enttäuschten Erwartungen. Denn der Lack vom gelobten Land „Almanya" ist ab. Die Erfahrung von Diskriminierung und Benachteiligung in der BRD läßt die Heimat in neuem Glanz dastehen: die Rückkehr wird zur Perspektive. Mit dem Geld in der Tasche scheint der Aufbau einer eigenen Existenz möglich. Daß durch die Auszahlung der Rentenversicherung die Alterssicherung futsch ist, wird ebenso zweitrangig wie alles Wissen über Inflation und Massenarbeitslosigkeit in der Türkei. Sie haben die Nase voll, wollen weg: rette sich wer kann! Ergebnis: bisher haben schon über 900 ausländische Kollegen die Aufhebungsverträge unterschrieben.

Mannesmann ist kein Einzelfall. Thyssen führt eine Abfindungsaktion bis zum 29.2.84 durch, bei der die betriebliche Abfindung bis zu 30.000 DM betragen kann. Obwohl die Aktion formell für Ausländer **und** Deutsche gilt, sind offensichtlich nur die ausländischen Kollegen gemeint. Denn im Aushang der Personalabteilung wird ausdrücklich auf die zusätzlichen Möglichkeiten des Rückkehrförderungsgesetzes hingewiesen. Und bei einer ähnlichen Aktion im Vorjahr haben 169 Belegschaftsangehörige unterschrieben: 168 Ausländer und eine deutsche Frau.

Der stellvertretende Arbeitsamtsdirektor hat nach einem Gespräch mit Vertretern der Duisburger Großunternehmen verlauten lassen, daß die angeschlagene Stahlstadt Duisburg wohl ein Zentrum der Inanspruchnahme der Rückkehrförderung sein wird. Die Zusammenarbeit von Arbeitsamt und Unternehmen beim Ausländer-Loswerden klappt also offensichtlich!

Bei einer neuen Abfindungsaktion der Hoesch Hüttenwerke sollen *„vor allem Ausländer angesprochen"* werden (WAZ, 14.1.84). Hier liegen die Beträge zwischen 5.000 und 20.000 DM.

Auch die Ruhrkohle AG *„will Türken die Heimreise erleichtern"* (so die Überschrift in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung, 11.1.84). Mit einem Durchschnittsbetrag von nur 7.000 bis 8.000 DM Abfindung hofft man, 500 Ausländer loszuwerden.

Staatliche Rückkehrförderung und die Auszahlung der Rentenversicherungsbeiträge sind für die Unternehmen eine Möglichkeit, ihre eigenen Abfindungen aufzustocken; das Ausscheiden wird für die ausländischen Kollegen attraktiver. Durch die Verabschiedung des Gesetzes hat der Staat nicht nur diese Möglichkeit für die Unternehmen geschaffen: er fordert sie indi-
den wird für die ausländischen Kollegen attraktiver. Durch die Verabschiedung des Gesetzes hat der Staat nicht nur diese Möglichkeit für die Unternehmen geschaffen: er fordert sie indi-
rekt sogar auf, jetzt den Belegschaftsabbau bei Ausländern zu verstärken. Voraussetzung für die Inanspruchnahme des Gesetzes ist u.a. die „Stillegung wesentlicher Betriebsteile", worunter juristisch auch die Entlassung von mehr als 30 Arbeitnehmern bei einer Betriebsgröße von über 500 Beschäftigten verstanden wird. Es liegt in der Hand des Unternehmers, diese Voraussetzung selbst herbeizuführen. Insofern provoziert dieses Gesetz die Unternehmer zu Massenentlassungen von Ausländern. Denn wenn Belegschaftsabbau, dann ist er jetzt bei Ausländern günstig durchführbar, weil sie finanziell mit Unterstützung des Staates einigermaßen beruhigt werden können.

Für die auftretenden Folgeprobleme fühlen sich weder Mannesmann noch die Bundesregierung zuständig. Das Angebot ist ja „freiwillig", und außerdem wird „beraten". Wen interessieren z.B. die Familientragödien, wenn die hier aufgewachsenen Kinder ihre Ausbildung abbrechen müssen und mit ihren Familien in eine „Heimat" ziehen, die einige bloß vom Urlaub her kennen? Und wer schert sich um das ganze Drum und Dran, das eine überstürzte Haushaltsauflösung und der Umzug über tausende von Kilometern in ein anderes Land mit sich bringt?

Es dauerte Jahre, bis nach der Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften die vielfältig auftretenden sozialen Probleme „entdeckt" wurden. Aus dieser Zeit stammt der Satz von Max Frisch: „Wir haben Arbeitskräfte gerufen, und es kamen Menschen." Mit dem gleichen menschenverachtenden Zynismus, mit dem damals Arbeitskräfte importiert wurden, wird heute Arbeitslosigkeit exportiert. Oder, in Fortsetzung von Max Frisch: „Wir sind Arbeitslose losgeworden, und es gingen Menschen." Nur: deren Elend sehen wir dann ja nicht tagtäglich. Und wer unbedingt Arbeitslose loswerden will, schert sich wenig darum, daß es Menschen sind.

---

§§§

„Arbeitgeber und Betriebsrat haben darüber zu wachen, daß alle im Betrieb tätigen Personen nach den Grundsätzen von Recht und Billigkeit behandelt werden, insbesondere, daß jede unterschiedliche Behandlung von Personen wegen ihrer Abstammung, Religion, Nationalität, Herkunft, politischen oder gwerekschaftlichen Betätigung oder Einstellung oder wegen ihres Geschlechts unterbleibt."

So steht's im Betriebsverfassungsgesetz, § 75, Absatz 1. Die Abfindungsaktion für Ausländer bei Mannesmann steht dazu offensichtlich im Widerspruch. Wer hat denn da nun nicht „gewacht", sondern gepennt!

„Frankfurter Allgemeine Zeitung", 22.2.84

Angehörige türkischer Kumpel nicht von Ausweisung bedroht

L. B. DÜSSELDORF, 21. Februar. Die Witwen der auf der Zeche Consolidation in Gelsenkirchen tödlich verunglückten türkischen Bergarbeiter sowie deren insgesamt zwölf minderjährige Kinder brauchen nicht zu befürchten, demnächst aus der Bundesrepublik ausgewiesen zu werden. Der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor (SPD) sowie Sprecher der Zechenleitung und der Gewerkschaft haben eine entsprechende Erklärung der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Frau Funcke (FDP), zurückgewiesen. Frau Funcke hatte die Sorge geäußert, die Hinterbliebenen könnten nun in die Türkei zurückgeschickt werden, weil durch den Tod des jeweiligen Familienvorstands das Aufenthaltsrecht erloschen sei. Die Familien von drei der vier getöteten türkischen Kumpel leben schon wesentlich länger als fünf Jahre im Ruhrgebiet, so daß sie nach den Bestimmungen des Ausländergesetzes ein unbefristetes Aufenthaltsrecht genießen. Auch der zweite mögliche Ausweisungsgrund, nämlich die Gefahr, daß die Familien der Sozialhilfe zur Last fallen könnten, besteht nicht. Die Witwen haben Anspruch auf eine Hinterbliebenenrente aus der Knappschaftsversicherung, die monatlich zwischen 1500 und 1800 Mark liegen wird. Sie erhalten überdies eine zusätzliche Rente aus der Unfallversicherung der Bergbauberufsgenossenschaft von monatlich etwa tausend Mark. Hinzu kommen Waisenrenten für die Kinder, die pro Kind monatlich bis zu 500 Mark betragen können. Diese finanzielle Versorgung, bei der türkische Bergarbeiter genauso behandelt werden wie deutsche, stellt sicher, daß Sozialhilfe überhaupt nicht in Anspruch genommen werden kann.

Die verschärfte Ausländerfeindlichkeit trifft zuallererst die Schwächsten

„In keinem Land dieser Erde und an keinem anderen Volk wurde mit solch einer Kontinuität und Intensität Unrecht jeglicher Art geübt wie hier in Deutschland an uns, den sogenannten 'Zigeunern'. Eine der wenigen Aufgaben bei der quer durch alle Gesellschaftsschichten eine gewisse Einigkeit bestand, war die Bekämpfung der 'Zigeunerplage'. Den Bemühungen, diese 'kulturell minderwertigen Asozialen' auszutilgen, schienen keine moralischen Grenzen gesetzt. Doch alle Verfolgungsmaßnahmen des Mittelalters wurden von den Perfektionisten des nationalsozialistischen Rassenwahns in einen schrecklichen Schatten gestellt. Weit über 500.000 Roma und Cinti fielen ihm zum Opfer, wurden durch Nazi-Schergen mit Zwangsarbeit zu Tode geknechtet, erschossen, vergast, vergewaltigt und zu bestialischen pseudomedizinischen Experimenten mißbraucht. Doch auch heute, fast 40 Jahre nach Zerschlagung des Hitler-Faschismus, ist unser Volk wie eh und je der Willkür und den Vorurteilen von Behörden und Gesellschaft ausgesetzt. So gehören für uns polizeiliche Erfassung, Campingplatzverbot, Razzien, Abschiebung von Stadt zu Stadt, von Land zu Land, ebenso zum bundesdeutschen Alltag, wie das Dahinvegetieren am Rande dieser Konsumgesellschaft. Mit welchem Maß soll man eine Gesellschasft messen, die durch Vorurteile und rationales Kastendenken Begriffe wie Toleranz und Humanität vergewaltigt, in der Fremdenfeindlichkeit und Ablehnung zum Alltag werden und die Vergangenheit durch fortgesetztes Unrecht bewältigt?"

Diese bitteren Worte stellte R. J. Kawcynski, Vorstandsvorsitzender der Rom und Cinti Union dem „Bericht zur Lage der Rom und Cinti in Hamburg" (Februar 1982) voran.

Hungerstrike
of the gypsies to get full moral compensation for official diffamation (in the way of the Nazis) in Bavaria after 1945 until today.
The minister of interior affairs should give the moral compensation

Hungerstreik der Sint (Zigeuner) für moralische Wiedergutmachung von Nachkriegsunrecht.

Lage der Rom/Cinti in der BRD



aus: Zigeuner — Gert Schwab / Edgar Wüpper



aus: Zigeuner — Gert Schwab / Edgar Wüpper

Ende der 70er Jahre hatten die Rom/Cinti zum ersten Mal in der Geschichte der BRD mit Aktionen wie einer Gedenkfeier im ehemaligen KZ Bergen-Belsen, mit einem Hungerstreik in Dachau (Ostern 1980) und mit einem Memorandum an die Bundesregierung begonnen, eine breitere Öffentlichkeit über ihre Lage zu informieren. Von den vor dem zweiten Weltkrieg rund 6 Millionen in Europa lebenden Cinti und Rom wurden 500.000 von den Nazis ermordet. Heute leben 70 - 90.000 Rom/Cinti in der BRD.

In ihrem Memorandum an die Bundesregierung forderten sie:

1. Der an den Rom/Cinti verübte Völkermord soll als Völkermord anerkannt und damit auch eine materielle „Wiedergutmachung" möglich werden.
2. Die (z.T. von den Nazis, z.T. von den BRD-Behörden) aberkannten Staatsangehörigkeiten sollten zuerkannt werden.
3. Gesetze mit diskriminierendem Charakter sollen aufgehoben werden, ebenso die angeblich nicht existierenden Landfahrerkarteien.
4. Die Geschichte der Vernichtung der Rom/Cinti soll Eingang in den Geschichtsunterricht finden.
5. Rom/Cinti sollen als ethnische Minderheiten anerkannt werden.
6. Ein Wohnungsbauprogramm, das sich an den kulturellen Traditionen der Rom/Cinti orientiert, soll erstellt werden.
7. Es müssen Schulmöglichkeiten, Wohnwagenplätze geschaffen werden, ferner muß für Berufsausbildung, soziale Absicherung und Gesundheitsfürsorge gesorgt werden.
8. Ausdrücklich wird gegen den Rassismus auf deutschen Campingplätzen („Für Landfahrer verboten") Stellung genommen.
9. Die Rom/Cinti fordern eine paritätische Beteiligung an Ausschüssen und Institutionen, die sich mit ihren Angelegenheiten befassen.
10. Die Bundesregierung wird aufgefordert, Sprecher der Roma-Welt-Union zu einem Gespräch zu empfangen.

Von Hamburg bis München, von Kiel bis Darmstadt: Große Koalition in der „Zigeunerfrage"

Von Hamburg bis München, von Kiel bis Darmstadt: Große Koalition in der „Zigeunerfrage"

In den vier Jahren, in denen die Rom/Cinti nun schon versuchen, die Öffentlichkeit zu mobilisieren, hat sich außer der Einrichtung einiger „Modellversuche" für die Mehrheit der Rom/Cinti nicht viel verändert. Im Gegenteil: Mit steigender staatlich verordneter Ausländerfeindlichkeit mehren sich die Angriffe aller Art. so sollten zwar die Richtlinien für Campingplätze geändert werden, trotzdem wurde es Ende Juni 1983 von einem Amtsgericht in **München** abgelehnt, einen Strafbefehl gegen eine Campingplatzbesitzerin zu erlassen, die *„Zigeunern Zutritt auf ihrem Platz grundsätzlich verboten"* hatte.

So soll jetzt eine aus Jugoslawien stammende Roma-Sippe aus **Darmstadt** ausgewiesen werden. Drei Abschiebeverfügungen waren Anfang Januar schon ergangen, fünf weitere sind angekündigt. Allen anderen wurde angekündigt, sie würden für 1984 keine Aufenthaltsgenehmigung mehr bekommen. Der SPD-Oberbürgermeister von Darmstadt hatte sich bereits im Sommer 1983 durch seine rassistische Einstellung hervorgetan, als er wegen „akuter Seuchengefahr" die Unterkünfte der Roma-Familie abreißen ließ, während sich die Sippe im Norden der BRD aufhielt.

Schon längere Zeit war die Sippe durch eine Reihe städtischer Vertreibungsversuche in Angst und Schrecken gehalten worden. Mal wurde mit Abschiebung gedroht, mal mit Ausweisung, die Fremdenpässe wurden vorenthalten, Sozialhilfe trotz Anspruch nicht ausbezahlt, ständige Polizeirazzien verbreiteten Angst unter den 25 Männern, Frauen und Kindern. Höhepunkt des täglichen Terrors war die Zerstörung der Unterkünfte im September 1983. Möbel, Hausrat, Kleider, Marien-Altäre, Fotos, Erinnerungsstücke an Verstorbene wurden mit dem Bagger niedergewalzt. Der SPD-OB behauptete, er hätte geglaubt, die Roma „seien weitergezogen" (und das unter Zurücklassung ihrer gesamten Habe einschließlich ihrer Werkstatt, in der sie Kessel und Töpfe herstellen).

Während in Darmstadt ihre Unterkünfte zerstört wurden, wurden in Schleswig-Holstein (wo sich die Familie auf Verkaufstour befand) zunächst die Tochter Fatima (12 Jahre) wegen angeblichen Einbruchs und dann die Söhne Dejan (9) und der Pflegesohn Ivan (10), die sich verlaufen hatten, in vorläufige Fürsorgeerziehung genommen. Die Kinder wurden erkennungsdienstlich behandelt und angeblichen Tatzeugen gegenübergestellt. Obwohl das ergebnislos war, blieben die Kinder wegen „drohender Verwahrlosung" in Fürsorgeerziehung. Die Eltern erhielten über zwei Monate lang nicht einmal eine Auskunft über den Verbleib ihrer Kinder, Anwälten der Familie wurde Akteneinsicht verwehrt.

Helmut Kubick, verantwortlicher Amtsgerichtsdirektor in Trittau wollte *„endlich mal ein Exempel statuieren und mit diesen herumstreunenden Zigeunerbanden aufräumen"* (Stern 43/83).

Die Vorfälle stießen auf öffentliche Proteste und die Stadt Darmstadt wurde vom Gericht verurteilt, winterfeste Unterkünfte für die Familie bereitzustellen. Bis zur Fertigstellung wurden die Roma vor den Toren der Stadt zwischen Autobahn und Müllkippe in Zelten untergebracht, ohne Strom und Wasser. Die fertiggestellte Unterkunft war dann eine Holzbaracke mit ähnlich unzureichenden sanitären Einrichtungen. Und selbst diese Unterkunft ist dem SPD-OB ein Dorn im Auge. Mit fast täglichen Polizeirazzien mit z.T. über 30 Bullen sollen die Menschen vertrieben werden. Der Anwalt der Roma nennt das ein deutliches Zeichen der unverblümten Abschiebestrategie. Mit bloßen polizeilichen Erkenntnissen soll die erforderliche Rechtsgrundlage für die Ausweisung konstruiert werden.

In der **Pfalz** hatten im letzten Jahr die Verfolgungen der Rom/Cinti schon Pogromcharakter angenommen. Als eine neunköpfige Cintifamilie sich zu Besuch bei Verwandten in Heidelberg aufhielt, ließ der Bürgermeister zwei Bauwagen, die den Cinti als Unterkunft überlassen worden waren, von der Polizei aufbrechen und abtransportieren. Nach der Rückkehr der Cintifamilie wurden sie vorübergehend in das evangelische Gemeindezentrum eingewiesen. Dort zog gegen Mitternacht eine pöbelnde Menschenmenge auf, die in Sprechchören „Zigeuner raus aus unserer Kirche" und „Hängt den kleinen Dicken auf" gröhlten. Ein Mitarbeiter des Zentralrats der Roma/Cinti, der der Familie zu Hilfe eilen wollte, wurde schon am Ortseingang zum Anhalten gezwungen. Als er das Gemeindezentrum betreten wollte, wurde er von mehreren Männern bedroht und umgestoßen. Dann versuchte der Pöbel, das Gemeindezentrum zu stürmen. Die Familie wurde unter Polizeischutz aus dem Zentrum gebracht, aber trotzdem geschlagen und getreten. Der Ortsvorsteher Mathes hat Verständnis für den Rassismus seiner Gemeindemitglieder, schließlich seien die Leute alle aufgebracht und wollten das Zigeunerproblem nicht im Dorf lassen. „Oder haben sie schon mal einen Zigeuner in der Kirche gesehen?" Außerdem sei es völlig normal, daß Leute am Ortseingang angehalten werden, die Bürger hätten ja ein Recht darauf zu erfahren, wer in den Ort fahre.

Aber um praktizierten Rassismus zu erleben muß man in dieser Republik ja nicht erst in die Provinz gehen. Das rechtssozialdemokratische Musterländle **Hamburg** steht in der Behandlung der Cinti/Rom anderen Bundesländern nicht nach. Rund 6000 von ihnen leben in der Hansestadt, zum überwiegenden Teil schon seit mehreren Generationen. Im „Bericht zur Lage der Rom und Cinti in Hamburg" ist nachzulesen, daß seit den 60er Jahren drei „Zigeuner" von der Polizei „aus Versehen" getötet worden sind. Für 1981 wurden der Rom und Cinti Union (RCU) weit über 40 Übergriffe der Hamburger Polizei gemeldet. Im Übergangslager in Billstedt ist es für die Polizei zur Routine geworden, sämtliche Wohnungen zweier Sippen zu durchsuchen.

Eines Nachts wurde *„die an eine schreckliche Zeit erinnernde Szenerie durch einen über dem Dach kreisenden Polizeihubschrauber hell (erleuchtet). Polizeihubschrauber, Maschinengewehre, Mobile Einsatzkommandos bei der Polizei — verängstigte Menschen, darunter viele Kinder, bei den 'Zigeunern'. Bilanz dieser Nacht: zwei von der Polizei verletzte erwachsene 'Zigeuner', ein verletztes und fast dreißig unter Schock stehende Kinder. Sichergestellt: eine alte verrostete Schrotflinte"*. (Bericht, S. 51)

In Hamburg gab es bis 1980 eine spezielle Fachdirektion 633, die sich mit der Erfassung und Überwachung von in Hamburg lebenden Rom und Cinti befaßte. Vernehmungsvordrucke bei der Polizei enthalten bis heute den Vermerk ZN = Zigeunername. Die Hamburger Standesämter meldeten bis Herbst 1983 nachweislich automatisch Daten über Cinti/Rom wie Geburt, Trauung oder Tod an die Hamburger Innenbehörde. (Eine entsprechende Vorschrift soll seit dem Herbst angeblich nicht mehr existieren.)

Zwar ist das Sammeln solcher Daten mit gutem Grund von den Autoren unserer Verfassung verboten worden, trotzdem wurde eine „Landfahrerverordnung", die solche Sammlungen ermöglichte, erst 1969 aufgehoben. Noch bis 1971 arbeitete die Landfahrerzentrale offiziell weiter. Inoffiziell hat die „Landfahrerzentrale" bis mindestens 1980 weiter gearbeitet. Akten aus dieser Zeit lagerten im Polizeipräsidium in Hamburg und wurden erst im April 1980 an das Hamburger Staatsarchiv übergeben.

Die RCU verlangte Einsicht in diese Akten (immerhin enthalten die 1.120 Akten unzählige Informationen über die NS-Zeit und könnten u.a. für Widergutmachungsansprüche und evtl. Strafanzeigen von großem Wert sein). Aber — wie das so bei den Spezialdemokraten ist, man vertröstet, verspricht, hält hin, ist nicht kompetent — bis schließlich den Cinti der Kragen platzte. Der Archivdirektor des Staatsarchivs, Dr. Ewald und des Bürgermeisters Staatssekretär, Dr. Diether Haas begründen ihre Verweigerung der Akteneinsicht mit der Behauptung, man müsse, wenn die Cinti die Akten kennen, „Blutrache" befürchten. Eine solche „kriminalpräventive" Maßnahme ist *„absolut der gleiche Grund warum wir ins KZ gewandert sind"*, sagt dazu Rutko Kawcynski. Die Cinti/Rom beschlossen einen Hungerstreik. Sie beteiligten sich demonstrativ nicht an der Eröffnung einer Ausstellung über Roma, Cinti, Manusch und Cale, um auf die Diskrepanz zwischen angeblichem Einvernehmen von Senat und Rom/Cinti und der Wirklichkeit hinzuweisen. Ihren Hungerstreik begannen sie im ehemaligen KZ Neuengamme, in dem mindestens 500 Rom/Cinti umgekommen sind. Ihre Forderungen waren u.a. Akteneinsicht, Distanzierung von den Äußerungen des Staatsrates Haas, Abschaffung diskriminierender Gesetze wie das Hamburger Wohnwagengesetz, Meldungen der Standesämter an die Polizei etc. (siehe Interview). Aufgrund erster Reaktionen des Hamburger Bürgermeisters unterbrachen die Cinti ihren Hungerstreik. Die ersten „Zusagen" und „Erklärungen" sind ein Meisterstück sozialdemokratischer wohlwollend und unverzüglich prüfender und nichts konketes aussagender Laviererei.

Eine besonders grausame Variante der Verfolgung und Diskriminierung von Rom/Cinti hat man sich in **Frankfurt** einfallen lassen. Dort wird versucht, mit Hilfe von Röntgenaufnahmen von Cinti/Romakindern (z.T. auch von türkischen Kindern) das Alter zu ermitteln. Gerichtsmediziner sollen durch Untersuchungen der äußerlichen Körpermerkmale und durch Röntgenaufnahmen des Skeletts herausfinden.

sucht, mit Hilfe von Röntgenaufnahmen von Cinti/Romakindern (z.T. auch von türkischen Kindern) das Alter zu ermitteln. Gerichtsmediziner sollen durch Untersuchungen der äußerlichen Körpermerkmale und durch Röntgenaufnahmen des Skeletts herausfinden,

ob die vorgeführten Kinder, die häufig des Einbruchdiebstahls verdächtigt werden, unter oder über 14 Jahre alt und damit strafmündig sind.

Professor Joachim Gerchow, Direktor des Zentrums der Rechtsmedizin an der Frankfurter Universität, hat nicht nur eine solche Zwangsuntersuchung praktiziert, er forderte auch andere Röntgenärzte auf, ihm Röntgenaufnahmen von „Zigeunern" zu schicken, damit er „Vergleichsmaterial" habe, um exaktere Aussagen machen zu können. Seinen Kollegen teilte er brieflich mit, daß die *„vielen tausend Einbrüche der letzten Monate Sinti-Kindern zugeschrieben"* würden. Um den Kollegen die Suche nach Röntgenaufnahmen zu erleichtern, fügte Gerchow dem Brief noch eine Liste häufiger Zigeunernamen bei.

Daß dies nicht der Ausrutscher eines einzelnen und übereifrigen Rassenfanatikers ist, zeigen die Reaktionen der zuständigen Dienststellen auf Proteste der Grünen, der FR und diverser Initiativen. So kann „der Leitende Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht Frankfurt" überhaupt nicht nachvollziehen, daß diese Maßnahmen in den Zusammenhang mit Begriffen wie *„Rassentheorie, Holocaust, Deportation, Konzentrierung und Massenvernichtung, also Verfolgung Unschuldiger"* gestellt werden können (Stellungnahme vom 4.5.1983). Der Herr Oberstaatsanwalt bedauert vielmehr außerordentlich, daß es *„keine rechtliche Möglichkeit (gibt), die Kinder auf Dauer festzuhalten und mit Mitteln der Sozialarbeit auf sie einzuwirken. Wurden sie nach Ergreifung in einem Heim untergebracht, so waren sie nach spätestens zwei Stunden entwichen"*. Zu dem Zeitpunkt kannte er wahrscheinlich den Amtsgerichtsdirektor Kubick in Trittau noch nicht, dem es ja immerhin fast zwei Monate lang gelungen war, die Kinder der Familie Nikolic festzuhalten.

Fortsetzung nächste Seite

"Es gibt nichts, was nicht auf uns zukommt"

Interview mit R. Kawczynski, Vorsitzender der Rom/Cinti-Union, Hamburg

AK: Rutko, Ihr habt bei Eurem Hungerstreik verschiedene Forderungen an den Senat gestellt. Kannst Du kurz was zu den Forderungen sagen und die bisherigen Ereignisse nennen?

Rutko: Unsere Forderungen waren: Eine lang ausstehende Stellungnahme des Senats zu unserem „Bericht zur Lage der Rom und Cinti in Hamburg" von 1982 (und eine Klärung der Finanzierung). Dann haben wir Abschaffung der Standesamtverordnung 103 gefordert, nach der alle standesamtlichen Daten an die Hamburger Polizei automatisch gemeldet werden, außerdem wollen wir, daß das Hamburger Wohnwagengesetz wenn nicht abgeschafft so doch wenigstens abgeändert wird. Dies war ja eines der ersten Anti-Zigeunergesetze Hamburgs, das nach dem Krieg wieder erlassen wurde. Das erste stammt von 1952. Es ist dann 1956 und 1959 revidiert worden. Außerdem haben wir gefordert, daß der Hamburger Senat sich von der Hamburger Landfahrerzentrale distanziert und dann natürlich eine klarstellende Äußerung von Staatsrat Haas.

Erfüllt worden ist bisher nur die Distanzierung von der Landfahrerzentrale von Seiten des Senats. Die anderen Sachen stehen noch aus, insbesondere die Stellungnahme zu unserem Bericht. Die sollte übrigens bis Dezember 1983 erfolgt sein. Das ist mal wieder nicht passiert und wir überlegen jetzt gerade, ob wir da was machen. Unser Hungerstreik ist ja nicht abgebrochen, sondern bisher nur unterbrochen. Wir haben jetzt erstmal ein Schreiben an Bürgermeister Dohnanyi geschickt und warten auf eine Antwort. Zur Äußerung von Staatsrat Haas wurde gesagt, daß — so wie es in der „Hamburger Rundschau" dargestellt worden ist — Herr Haas sich nicht geäußert habe. Er habe niemals behauptet, wir würden Blutrache begehen. Wir haben das dann so zur Kenntnis genommen. Also hat Haas es nicht so gemeint und außerdem ist er ein „aufrechter Demokrat".

Zur Standesamtsverordnung 103 wurde uns erklärt, daß die seit längerer Zeit nicht mehr angewandt wird, aber daß sie noch nicht gestrichen worden ist, weil das bundesweit geschehen muß und auf Bundesebene beschlossen werden muß.

Hat die Hamburger Behörde denn Antrag gestellt, um eine Streichung zu erreichen?

Das wissen wir nicht, wir bemühen uns um abschließende Antworten, um dann zu entscheiden, was weiter mit dem Hungerstreik geschehen soll.

Kann man das Ergebnis so zusammen-
dann zu entscheiden, was weiter mit dem Hungerstreik geschehen soll.

Kann man das Ergebnis so zusammenfassen, daß Ihr außer der Distanzierung von der Landfahrerzentrale (was den Senat ja nichts kostet) nur einen Haufen Zusagen habt und keine weiteren konkreten Ergebnisse?

Ja, aber trotzdem ist es ein sehr wichtiger Schritt gewesen diese Distanzierung. Mittlerweile ist ja überall bekannt, was die Landfahrerzentrale für Aufgaben gehabt hat und wie sich das ausgewirkt hat. Es ist vielleicht interessant, die Distanzierung so zu sehen, daß man sich von derartigen Institutionen, Gruppierungen und Spezialisten innerhalb der Hamburger Behörde distanziert hat, wenn es solche geben würde. Wir hatten am 7.2. mit dem Hamburger Polizeipräsidenten ein Gespräch, wo wir das angesprochen haben.

Was ist bei diesem Gespräch sonst noch rausgekommen?

Wir haben alle Probleme, die die Polizei betreffen, angesprochen, auch die grundsätzliche Einstellung der Polizei uns gegenüber, die u.a. während der Ausbildung vermittelt wird. Polizeipräsident Heering zeigte sich über die konkreten, von uns vorgetragenen Vorfälle erschrocken und versprach, den Vorwürfen nachzugehen. Innerhalb der nächsten Wochen sollen wir einen Bericht mit den Ergebnissen erhalten.

Ein anderer Punkt, den wir angesprochen haben, ist die Einschüchterung einzelner RCU-Mitglieder durch die Polizei. Damit wird böses Blut geschaffen und die Fronten werden verhärtet. Herr Heering versprach, diese Fälle aufzuklären.

Wie ist das mit Eurer Forderung nach Akteneinsicht weitergegangen?

Wir haben vor dem Hamburger Verwaltungsgericht einen Vergleich mit dem Hamburger Senat geschlossen. Der Vergleich besagt, daß wir, d.h. die Vorsitzenden der RCU in Begleitung eines Anwalts die Akten uneingeschränkt einsehen und auswerten dürfen. Es gab da anfänglich Schwierigkeiten, wir durften uns keine Notizen machen, jetzt dürfen wir das bedingt. Wir dürfen keine Namen nennen, dazu haben wir uns auch verpflichtet. Ich denke, daß das auch sinnvoll ist, Namen von Betroffenen nicht ohne deren Einwilligung zu nennen, aber das ist sowieso

wir uns auch verpflichtet. Ich denke, daß das auch sinnvoll ist, Namen von Betroffenen nicht ohne deren Einwilligung zu nennen, aber das ist sowieso

klar, darüber braucht man gar nicht zu reden. Aber darüberhinaus haben wir darauf bestanden, daß wir die Namen von Bediensteten, die vor 1945 an der Ermordung beteiligt waren und in der Behörde tätig waren, nennen dürfen. Kopieren dürfen wir die Akten gegen 1 Mark das Stück, die Namen sind dann durchgestrichen. Das ist natürlich auch finanziell ein Hindernis. Es ist schwer so zu arbeiten, wenn man, wie wir zur Zeit einmal in der Woche im Staatsarchiv sitzt und dann das Material nicht mitnehmen kann, weil es an den Finanzen hapert. Bei jeder Kleinigkeit, die man nochmal nachsehen muß, muß man wieder ins Staatsarchiv, sich die Akte vorlegen lassen usw. Das ist natürlich eine zeitaufwendige Geschichte. Wir empfinden das als eine Behinderung unserer Arbeit, aber ich glaube, daß wir hartnäckig genug sind, um uns nicht behindern zu lassen. Wenn wir nur einmal in die Akten sehen, dann wird es zwar länger dauern, aber wir werden sie aufarbeiten.

Habt Ihr aufgrund Eurer Akteneinsicht schon konkrete Ergebnisse? Gibt es z.B. Hinweise auf Straftaten oder Beweise für Behinderungen bei Wiedergutmachungsfragen?

Es ist noch zu früh, dazu was zu sagen. Wir haben bisher 85 Akten durchgearbeitet. Insgesamt sind es 1120 Akten und 5 Kisten mit sonstigem Material. Außerdem weit über 90 Genealogien (Stammbäume), von denen eine bis

beitet. Insgesamt sind es 1120 Akten und 5 Kisten mit sonstigem Material. Außerdem weit über 90 Genealogien (Stammbäume), von denen eine bis



Diese Sammlung von Modellen (sogenannte Moulagen) der Köpfe von Zigeunern befand sich in der kriminalbiologischen Abteilung des Reichsgesundheitsamtes in Berlin-Dahlem, in der Eva Justin und Robert Ritter tätig waren. Die Aufnahme stammt aus dem April 1942.
aus: Geschichte der Zigeunerverfolgung in Deutschland, Campus

über 20 Meter lang ist. Bei dem Umfang des Materials ist es also zu früh, um über Strafanträge etwas zu sagen. Aber generell können wir jetzt schon sagen, daß das, was wir befürchtet haben, bei weitem übertroffen worden ist. Die Verfolgung an uns hat mit der Zerschlagung des Hitler-Faschismus nicht aufgehört, sondern ganz im Gegenteil, sie ist in der BRD perfektioniert worden. Wir können anhand dieses Materials lückenlos nachweisen, wie die Systematik und die Mechanismen dieser Verfolgung auch auf andere Gruppierungen übertragen worden sind. Ohne Übertreibung können wir sagen, daß die Zigeuner so eine Art Versuchspersonen waren, an denen man bestimmte Verfolgungsmethoden und Erfassungsmethoden ausprobiert hat, um sie dann auf andere Gruppierungen zu übertragen, z.B. die Punkerkarteien u.ä. Es befinden sich bei den Akten Vordrucke zur Erfassung von Zigeunern, daß sind dann sog. Kontrollmeldungen wo z.B. erfaßt wird, ob Tiere mitgeführt werden, welche Farbe, welches Geschlecht, ob Frauen schwanger sind, ob sie Schmuck getragen haben u.ä. Dann gibt es Beweise, daß auf bestimmten polizeilichen Sitzungen und internen Besprechungen und beim BKA auf Dienstbesprechungen z.B. „spirituelle Diebstähle" besprochen wurden, d.h. daß Zigeuner durch Zauberei Diebstähle begehen könnten. Ferner wurde dort besprochen, wie man das Informationssystem der Zigeuner am besten knackt, wobei ganz absurde Theorien dort aufgestellt wurden. Aus dem gesamten Material kann man gut ersehen, wie und warum die Überwachung an uns vorgenommen wird. Bis jetzt können wir sagen, daß der Bericht von Richter Bertram bei weitem übertroffen worden ist durch das, was wir da finden — und es wird noch schlimmer sein als in diesem schon schrecklichen Bericht drinsteht.

Bis zu welchem Zeitraum gehen die Akten?

Es wurde immer wieder behauptet, sie gingen bis 1970, wir haben bisher bei den von uns gesichteten 85 Akten aber z.T. schon Aktenteile gefunden, die von 1976 und 1977 stammen.

Es ist natürlich interessant, daß die Akten seit 1970 im Keller gelegen haben sollen und man sie dennoch bis mindestens 1977 aktualisiert hat. Wir können den Eindruck Richter Bertrams bestätigen, nach dem die Akten ungeordnet sind und die Numerierung durcheinander gebracht wurde.

Von welchen Behördenstellen sind die neueren Akten geführt worden?

Von welchen Behördenstellen sind die neueren Akten geführt worden?

Die Akten sind zum einen von der Hamburger Kripo geführt worden, von der Landfahrerdienststelle. Aktenteile finden sich eigentlich von allen Behörden: Sozialbehörde, Wiedergutmachungsämter, eine Unmenge von persönlichen Aktenteilen wie Geburtsurkunden, Eheschließungen, Staatsbürgerschaftsnachweise, Kfz-Zulassungen — alles wo man mit irgendwelchen Behörden zu tun haben kann, auch persönliche Fotos, bei denen auf der Rückseite vermerkt ist, daß das Foto nicht vorgelegt werden soll, weil es ohne das Wissen des Betroffenen beschafft worden ist.

Wie steht es mit den Wiedergutmachungen? Habt Ihr Hinweise auf ungerechtfertigte Behandlung gefunden?

Ja, unsere bisherigen Vermutungen haben sich in den Akten bestätigt gefunden, daß die Landfahrerzentrale Wiedergutmachungsansprüche massiv blockiert hat.

Laufen zurzeit noch Anträge auf Entschädigung?

Zum größten Teil sind sie abgeschlossen. Es gab eine zeitlang einen „Härtefond" mit 5.000,- Mark. Auch in Hamburg sind Anträge gestellt worden, nur die wenigsten sind als berechtigt anerkannt worden. Berechtigt war derjenige, der keinen Wiedergutmachungsantrag gestellt und keine Gelder in der Vergangenheit bekommen hatte. Früher sind viele um ihre Wiedergutmachung betrogen worden. Es gab Fälle, wo Menschen für 5 Jahre KZ 450 Mark Entschädigung als „Vergleich" bekommen haben und diesen standen dann die 5.000 Mark aus dem Härtefond nicht mehr zu. Es laufen jetzt über den Zentralrat auf Bundesebene Initiativen, wie man das neu auflegt und die Akten hier in Hamburg werden ihren Beitrag dazu leisten, den Betrug nachzuweisen. Bei jeder Akte sind wir bisher auf neue Sachen gestoßen, die alles bisherige übertreffen. Wir denken: Schlimmer kann's nicht werden, schlägt man dann was Neues auf, macht man wieder eine neue schlimme Entdeckung. In absehbarer Zeit werden wir ein Zwischenergebnis veröffentlichen müssen, weil das so umfangreich ist, daß man das nicht auf einmal machen kann.

In der letzten Zeit gingen Meldungen durch die Presse, daß der Zentralrat der Sinti gegen Gerold Tandler, ehemaliger Bayerischer Innenminister, Strafanzeige wegen Strafvereitelung gestellt hat. Was hat es damit auf sich?

Ja, ich will das noch mal ganz kurz zusammenfassen. Es war so, daß Materialien aus dem „Reichssicherheitshauptamt" bzw. dem „Rassehygienischen und Kriminalbiologischen Forschungsinstitut am Reichsgesundheitsamt" in Berlin nach dem Krieg von der Bayerischen Landfahrerzentrale übernommen worden sind, die ja die Nachfolgeorganisation der Nazi-Zigeuner-Polizei in Bayern war. Die Landfahrerzentrale bestand seit Anfang der 50er Jahre. Nachdem sie offiziell aufgelöst worden ist, hat man das Material an den Landauer Amtsarzt Dr. Arnold gegeben, der einer der Chefideologen in Bezug auf die Zigeuner nach dem Krieg war. (Er war bis Mitte der 70er Jahre der „kompetente" Mann im Familienministerium für Zigeunerfragen.)

Dr. Arnold hatte schon früher Material von dem führenden NS Zigeuner-Rasse-Forscher Dr. Ritter, dem geistigen Vater der Ausrottung an den Zigeunern, übernommen und hat zusammen mit dem Material aus der Landfahrerzentrale bis Mitte der 70er Jahre rassische Gutachten erstellt, z.T. für Wiedergutmachungsanträge. Das muß man sich mal vorstellen! Da wird von der Polizei, also einer Dienststelle, die eigentlich kriminelle Vergehen aufklären soll, Material, dem man entnehmen konnte, wer im einzelnen an der rassischen Ausrottung der Zigeuner beteiligt war, ausgerechnet einem Nazi in die Hand gedrückt. Dieses Material ist dann verschwunden — aus verständlichen Gründen.

Darüberhinaus liefen Strafanträge gegen Dr. Arnold wegen Beihilfe zum Mord (wegen der Vermessungen). Ein weiteres Verfahren ist gegen Frau Prof. Dr. Sophie Erhardt angestrengt worden. Sie war in der Nazi-Zeit tätig in der „Rassehygienischen und Kriminalbiologischen Forschungsstelle in Berlin".

Dort wurden damals die Gutachten über Zigeuner erstellt, d.h. es wurden Selektionen gemacht in „lebenswert" und „nicht lebenswert", wer sterilisiert werden soll, wer Zigeunermischling, wer „reinrassiger" Zigeuner ist usw., d.h. dort wurden die Grundlagen für die Ausrottung gelegt. Die Frau Dr. Erhardt hatte das Material von Arnold, das sie im „Dritten Reich" mit ange-

die Ausrottung gelegt. Die Frau Dr. Erhardt hatte das Material von Arnold, das sie im „Dritten Reich" mit ange-

legt hat, nachdem er es „durchgearbeitet" hatte, bekommen. Sie hat dann mit dem Material weitergearbeitet und, finanziert von der „Deutschen Forschungsgemeinschaft" am sog. Handleistensystem der Zigeuner gearbeitet. Sie wollte nachweisen, daß Zigeuner andere Handlinien haben als „normale" Menschen und daraus herleiten, wie man Zigeuner erkennen kann. Das hat sie bis 1981 in Tübingen gemacht, bis dann Cinti dahintergekommen sind, daß das angeblich verschwundene Material bei ihr liegt. Dort haben wir es dann beschlagnahmt und ins Staatsarchiv Koblenz überstellt. Es läuft jetzt ein Verfahren gegen sie wegen Beihilfe zum Mord.

Übrigens hat die Sophie Erhardt nach neuestem Material, das wir jetzt gefunden haben, im KZ auch Vermessungen an Juden gemacht. Es war reiner Zufall, daß wir im Laufe unserer jetzigen Arbeit auf eine von ihr selbst erstellte handschriftliche Aktennotiz gestoßen sind, in der sie gesagt hat, wenn sie die Juden fertiggemacht hat, wird sie sich den Zigeunern zuwenden.

Gegen die beiden führenden NS-Zigeuner-Rasseforscher, Dr Eva Justin und Dr. Robert Ritter sind damals Verfahren eingestellt worden mit der Begründung, daß es kein Material gebe. Klar, das hatte ja auch inzwischen Arnold. Interessant ist, daß der Verteidiger des Dr. Ritter auch Verteidiger im Majdanek-Prozeß war. Er war derjenige, der Strafanträge gegen Zeugen wegen Beihilfe zum Mord gestellt hat. Das betraf jüdische Menschen, die Zyklon-B-Dosen transportieren mußten. Daraus wurde dann Beihilfe zum Mord konstruiert. Das ist wirklich eine Clique, anders kann man es gar nicht bezeichnen, eine Clique von Naziverbrechern, die unglaublichen Einfluß in der BRD hatte und z.T. bis heute noch hat.

In Eurem Bericht schreibt Ihr, daß der Rom/Cinti Union für 1981 weit über 40 Übergriffe der Hamburger Polizei gemeldet wurden. Wie ist die Situation heute?

Grundsätzlich hat sich an der Situation seit Erscheinen unseres Berichts nichts

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Auch der Hessische Minister der Justiz findet ein solches Vorgehen völlig normal, schließlich sei in Fällen, in denen das Lebensalter nicht durch Urkunden nachgewiesen werden kann (und das ist eben eines der zentralen Probleme der Cinti, da sie ja keine Papiere bekommen), die Justiz auf medizinische Gutachten angewiesen. Außerdem würden ja nur „zur Untersuchung der jungen Beschuldigten Röntgenaufnahmen gemacht, die sich im Regelfall auf die linke Hand und ausnahmsweise auch einmal auf ein Knie- oder Schultergelenk beschränken" (Schreiben vom 20. Juni 1983). Er hoffe, daß damit „*Ihre Befürchtungen und Ihre Beanstandungen ausgeräumt werden könnten.*"

Hessische Datenschutzbeauftragte wollten in diesem Zusammenhang wissen, ob auch solche Aufnahmen mit Angaben über die Personen in einer Datei erfaßt werden. Sie wiesen auf die Pläne hin, Register über genetische Schädigungen und Krebskrankenregister anzulegen. Register dieser Art haben in der Nazi-Zeit zu Selektionen von „lebenswertem" und lebensunwertem Leben" geführt. Und das soll heutzutage undenkbar sein?

Eine Genossin aus HH

Fortsetzung von vorheriger Seite

großartig verändert. Man kann aber feststellen, daß die Polizei vorsichtiger geworden ist seit die RCU da ist und massiv gegen derartige Übergriffe vorgeht. Meistens handelt es sich bei den Repressalien um Maßnahmen gegen Menschen, die mehr oder weniger schutzlos sind, die in Abhängigkeit zum Staat stehen. Abhängig insofern als sie keine Aufenthaltsgenehmigungen haben, besonders die Menschen in der Bezeliusstraße (in Billstedt, einem Hamburger Stadtteil, d. Verf.), die Roma, die dort in Übergangswohnheimen wohnen.

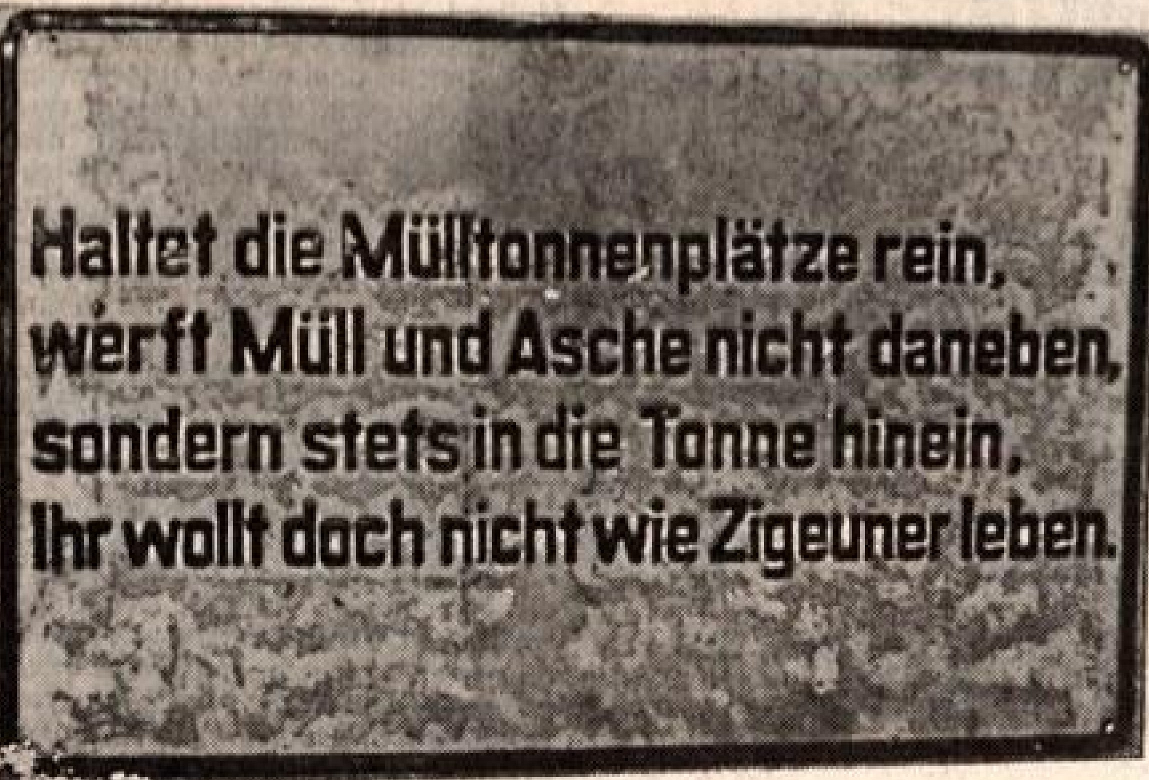
Dort ist es an der Tagesordnung, daß Razzien durchgeführt werden, grundsätzlich in allen Wohnungen. Kürzlich sind alle Wohnungen wegen eines gestohlenen Fährrads durchsucht worden. Natürlich ist das Fahrrad nicht gefunden worden.

Was man immer mehr absehen kann ist, daß die RCU massiv unter Druck gesetzt wird, d.h. es laufen Scheinermittlungsverfahren gegen Vorstandsmitglieder der RCU. Ihnen wird Körperverletzung, Diebstahl u.ä. unterstellt.

Kannst Du zur Situation der Roma in dem Übergangsheim noch etwas sagen?

Als die Roma 1980 nach Hamburg kamen, hat sich der Hamburger Senat unwahrscheinlich beweihräuchert und an die Brust geschlagen, er würde den armen Herumgestoßenen helfen. Das ist nicht geschehen. Im Gegenteil. Man hat sie dort zusammengepfercht und läßt sie mehr oder weniger verkommen. Sie bekommen zurzeit 14tägige Aufenthaltsgenehmigungen, die sie bezahlen müssen. Das sind Duldungen, keine richtigen Aufenthaltsgenehmigungen. Abschiebungen sind auch schon ergangen, das ist ein unmöglicher Zustand. Die Menschen sind gezwungen, durch Betteln zu leben und das im 20. Jahrhundert gerade hier in Hamburg, in einer der reichsten Städte Europas. Und wenn die Menschen betteln, wird ihnen daraus auch noch ein Strick gedreht.

Die Sozialhilfe wird ihnen wegen „unkontrollierbarer Nebeneinnahmen" noch weiter gestrichen. Wir arbeiten jetzt mit dem Kinderschutzbund zusammen. Wir haben ihnen die Situation der Kinder dort geschildert, die in menschenunwürdigen Verhältnissen leben müssen. Sie haben z.B. 2 qm pro Person zur Verfügung. Es besteht zur Zeit Seuchengefahr dort, es gibt für rund 70 Personen 2 Duschen im Keller, unbeheizt, und das für Familien mit Kleinkindern. Eine unvorstellbare Armut herrscht dort. Sie haben nicht mal 3 Mark pro Person pro Tag einschließlich Waschmittel und alles was dazugehört. Der Kinderschutzbund war ursprünglich an uns herangetreten, weil ihm berichtet worden war, daß die Zigeuner ihre armen Kinder zum Betteln mißbrauchen. Im Gespräch haben wir dann dem Kinderschutzbund dargelegt, daß die Menschen betteln, um überleben zu können. Die Kinder haben am allerwenigsten Schuld an der ganzen Situation. Die Zuständigen vom KSB waren nach diesen Informationen sehr betroffen. Sie werden jetzt in die Bezeliusstraße gehen und mit den Leuten dort reden.



PAN-Foto

Wir werden sehen, ob wir dann nicht gemeinsam eine Resolution machen können oder in irgendeiner Form das alles veröffentlichen können, denn es kann nicht angehen, daß der Hamburger Senat sich taub stellt angesichts der Tatsache, daß die Kinder langsam verkommen und umkommen. Wir finden es sehr wichtig, daß sich ein Verband wie der Kinderschutzbund für diese Sache engagiert. Als nicht direkt betroffene Organisationen können sie vielleicht mehr erreichen und durchsetzen.

Der Hamburger Senat muß endlich ein Problembewußtsein entwickeln für uns und unsere Leute, denn was er uns im Dritten Reich angetan hat ist ja bis heute in keinster Form wiedergutgemacht. Es ist an der Zeit, daß hier endlich mit der Vergangenheitsbewältigung in Hamburg angefangen wird. Da sind natürlich alle Parteien gefordert, Farbe zu bekennen und sich auch eindeutig dazu zu stellen und nicht diese Menschen dort vor sich hinvegetieren und umkommen zu lassen, sondern ganz deutlich zu sagen: Nein, wir wollen sie nicht haben, damit man dann auch entsprechende Schritte unternehmen kann oder halt sagen: Wir nehmen sie — aber dann ohne Wenn und Aber.

Ihr habt in der letzten Zeit viel Öffentlichkeitsarbeit gemacht, ein Büro eröffnet, sogar einen Verein gegründet etc. Was sind Eure zukünftigen Aufgaben und Pläne?

Zunächst mal zum Verein. Wir sind als gemeinnützig anerkannt, wir können Spendenbescheinigungen ausstellen, wenn jemand spenden will. Das ist aber sehr, sehr dürftig. Wir haben im Jahr 1983 rund 600 Mark durch Spenden erhalten. Wir haben Mitgliedsbeiträge von 36 Mark im Jahr, bisher haben wir 20 zahlende von über 1000 Mitgliedern in Hamburg. Die meisten sind Sozialhilfeempfänger und somit kann man natürlich nichts erwarten. Wir sind ja auch nicht dazu da, wie irgendein bundesdeutscher Fußballverein Mitgliedsgelder zu kassieren und dafür irgendwas zu machen, sondern wir sind ja eine Bürgerrechtsbewegung, deshalb haben wir ein bißchen Schwierigkeiten mit der deutschen Vereinsmeierei.

Unsere nächsten Aufgaben sind einmal ein Gespräch mit der Hamburger Kultursenatorin, Frau Schuchart. Wir wollen mit ihr darüber reden, wie es weitergehen soll mit der Erhaltung unserer Kultur. Es gibt ja keinerlei Anstrengungen, dies zu unterstützen, es gibt keinerlei Mittel dafür. Wir wollen wissen, was die Kulturbehörde, nachdem sie ihr Feuerwerk Ausstellung und kulturelles Rahmenprogrammm gezündet hat, weiter machen will, unabhängig von Feuerwerken. Dann haben wir eine Anhörung vor der Bürgerschaft zur Lage der Zigeuner in Hamburg. Natürlich werden auch Solidaritätskonzerte weiter laufen. Wir haben jetzt verschiedene Künstler angesprochen, ob sie bereit wären für die RCU zu spielen. Es hat uns sehr gefreut, daß viele gern bereit sind und wir hoffen, daß wir jetzt so ein Konzert jährlich machen können. Aber es ist natürlich ein ziemlicher Aufwand und mit den wenigen Leuten, die wir haben und die ehrenamtlich arbeiten, ist es fast nicht zu schaffen. Im Augenblick arbeiten wir an einer Ausstellung über Hamburg. In Hamburg sollte ein KZ für Zigeuner entstehen als Musterlager. Die Hamburger Sozialbehörde war federführend in der NS-Zeit bei diesem Projekt. Das KZ sollte in Öjendorf (Außenbezirk Hamburgs) entstehen. Wir sind jetzt erst darauf gestoßen, wir haben Material darüber, sogar Architekturpläne, die Finanzierung war gesichert. Es ist dann nicht gebaut worden, weil ein Erlaß des Reichsführers der SS, Himmler, kam, daß die Zigeuner zunächst nach Polen und dann nach Auschwitz zu deportieren sind und damit war die Sache dann erledigt. Damit hatte man Geld gespart. Interessant ist, daß die Hamburger Polizei, nicht die GeStaPo oder die SS für die Zigeunerdeportation zuständig war. In Hamburg gab es unseres Wissens kein einziges Verfahren gegen Polizeibeamte deswegen. Dies wird ein Teil unserer Ausstellung. Es soll eine Wanderausstellung werden, die durch Hamburg geht (vielleicht auch noch weiter), zunächst mal durch Hamburger Schulen und ähnliche Einrichtungen.

Unsere Büroarbeit setzt sich aus einer Unmenge von Dingen zusammen: Soziale Beratung, Betreuung im weitesten Sinne bis hin zur Gefangenenbetreuung, die wir in Fuhlsbüttel (Gefängnis in Hamburg, d. Verf.) regelmäßig machen. Asylanträge, Sozialhilfeanträge, jetzt müssen wir uns um die Schweinerei mit den Schwerbehinderten kümmern, die ab 1. April 1984 nicht mehr die Bahn kostenlos benutzen dürfen, sondern 120 Mark im Jahr bezahlen müssen, die Steueranhebungen treffen uns auch besonders. Z.B. die Hundesteuer. Alte Leute, die die ganze Familie verloren haben und nur noch ihren Hund haben, müssen jetzt doppelt so viel dafür bezahlen. Zum Beispiel auch diese Dioxin-Geschichte in Wilhelmsburg trifft uns unmittelbar. Cinti leben z.T. seit Jahrzehnten neben dieser vergifteten Müllhalde. Sie haben dort Altmetalle gesucht und haben z.T. auch diese Sachen dort ausgebrannt auf dieser Halde, haben dann rumgewühlt in den dioxinvergifteten Abfällen.

Unsere Betreuung umfaßt wirklich alles, es gibt nichts, was wir nicht machen. Aber es gibt auch nichts, was nicht auf uns zukommt in Hamburg.

AStA Bildung in Göttingen

An der Universität Göttingen fanden am Ende des vergangenen Wintersemester Studentenratswahlen statt. Die linken Hochschulgruppen konnten sich wieder mit 57% der abgegebenen Stimmen gegen die in Göttingen traditionell starken Rechten (43%) durchsetzen. Erfreulichstes Ergebnis dieser Wahl war das gute Abschneiden der erst zwei Monate jungen Alternativen Liste (AL) an der Uni, die auf Anhieb mit den Jusos gleichzog und jetzt 10 Sitze im Studentenparlament inne hat. In dem für das laufende Jahr neugebildeten Koalitions-AStA wird die AL neben Jusos und der Gewerkschaftlich Orientierten Liste mitarbeiten.

Die AStA-Politik der vergangenen Wahlperiode 1983 wurde durch die Jusos im Verbund mit den Gewerkschaftlich Orientierten Verbänden dominiert (GO = Gewerkschaftlich Orientiert; so definieren sich der MSB, Studentenverband der DKP, und der SHB, Sozialistischer Hochschulbund mit SPD-Neigung, selbst). Die GO hatte sich durch eine interne Vereinbarung in allen politischen Fragen vorbehaltlos an die Jusos gekettet, und so stimmte dieses Lager jeden Vorschlag des ehemaligen Koalitionspartners LBL nieder (LBL = Linke Bündnisliste, ein Bündis aus unabhängigen Linken, Basisgrüpplern und KB-Studenten). Die LBL, stärkste linke Fraktion und von einigen Fachschaftsräten unterstützt, vermochte sich nicht gegen diesen Block aus Jusos und GO durchzusetzen. Inhaltlich hatte sich der Politikansatz der LBL überlebt, außeruniversitäre Konflikte (Anti-AKW-Kampf, Häuserkampf und Internationalismus) zum Gegenstand der Uni-Politik zu machen. Zwar hatte die LBL-Politik damit einige Bedeutung für die Univeritätsstadt Göttingen selbst erlangt, mit der Zeit aber wanderten viele Träger dieser Politik in Initiativen, Bündnisse und die örtliche alternativ grüne Kommunalliste (AGIL) ab. Dazu führten interne Auseinandersetzungen in der LBL zu ihrer eigenen Arbeitsunfähigkeit. Zwar konnte die LBL gegenüber den Jusos und der GO auf Uni-VVs in Einzelfragen durchaus Abstimmungssiege erringen, aber die Lähmung der LBL ließ keine Umsetzung dieser Siege in praktische Politik zu. Die LBL löste sich schließlich auf.

Diskussionsunwillig und dominant gegenüber den Linken, staatsloyal und buckeln nach oben, so stellten sich die Jusos in der jüngsten Amtszeit des AStA dar. Sie gaben eine mit der Universitätsleitung ausgehandelte inoffizielle Wohlverhaltenserklärung ab, mit der die Jusos und GOler in ihrer weiteren AStA-Arbeit auf die Wahrnehmung der Politischen Mandates verzichteten. Die Gegenleistung der Universitätsleitung bestand in einer vagen Zusicherung auf „freies Geleit" gegenüber der Repression, unter der immer noch Teile des jetzigen und früheren Göttinger AStA standen und stehen. Im Laufe der vergangenen Amtsperiode war der AStA mal wieder durchsucht worden, Akten wurden beschlagnahmt und gegen ehemalige Mitglieder des AStA läuft ein Verfahren mit dem Vorwurf der Veruntreuung studentischer Gelder (übersetzt: widerrechtliche Inanspruchnahme der Politischen Mandates). Mit der Wohlverhaltenserklärung versuchten die sich die Jusos aus der Schußlinie der Staatsanwaltschaft zu bringen und sich den Zwangsgeldandrohungen der Universitätsleitung zu entziehen.

Zeitgleich mit der Abgabe dieser Wohlverhaltenserklärung durch die Jusos stimmten jedoch 10.000 Studentinnen und Studenten für einen politischen Streik, mit dem sie sich gegen die Repression gegen ihre studentische Vertretung wehrten.

Die kandidierenden Listen zur Wahl 1984

Zunächst zur Neugründung: Kräfte der ehemaligen LBL nahmen an der Gründung der Alternativen Liste (AL) teil. Schwerpunkte der AL-Politik sollten die Kritik universitärer Forschung wie die Bereiche der Kriegsforschung, Mikroelektronik und Rationalisierung sowie der Neuen Medien sein. Ausgangspunkt für die AL ist die Einschätzung, daß die Studentenbewegung heute nicht mehr initiierend politische Bewegungen hervorbringen oder sie entscheidend mitgestalten kann. Gleichwohl kann die studierende Intelligenz als kritisches Potential für die verschiedenen außeruniversitären Bewegungen arbeiten. Das Forschungsziel und -monopol der Universitäten soll analysiert werden — in der Universität wird beispielsweise die übernächste Waffengeneration erforscht und der Ausbau Neuer Kommunikationstechniken betrieben. Unruhe in den Elfenbeinturm der natur- und geisteswissenschaftlichen Fächer zu bringen, das soll die künftige Aufgabe der Aktiven an der Hochschule sein.

Neben AL, Jusos und GO kandierte auf der Linken noch eine ‚Wahlliste', die aus ehemaligen Basisgrüpplern und einigen Fachschaftsmitgliedern gebildet wurde. Diese ‚Wahlliste' hüllte sich während des Wahlkampfes jedoch weitgehend in Schweigen und machte es ihrem potentiellen Publikum sehr schwer, an ihren Vorstellungen teilzuhaben.

Die Rechte war diesmal mit drei Listen vertreten:
- der UFO = Unabhängige Fachschaftsoffensive; eine Gruppe mit der Selbsteinschätzung aufgeklärt, unabhängig und dynamisch zu sein;
- dem RCDS;
- der Konservativen Hochschulliste (KHL), deren Gruppe sich aus Burschenschaftern und Evangelikalen zusammensetzte. Programmatisch lieferte diese Truppe neben Aufrufen zu mehr Leistungsbereitschaft und Privathochschulen offene Hetze gegen „linke Umstürzler und Kriminelle" an den Unis. Die Wahlvorstellung dieser rechtsradikalen Truppe fand denn auch ihr wohlverdientes Ende mit dem beherzten Eingreifen der Linken.

Das Wahlergebnis:

Liste	Stimmen 1984	Sitze im Stud.-Rat 1983	Sitze im Stud.-Rat 1984
UFO	2.369	13	16
GO	924	4	6
AL	1.486	-	10
KHL	122	-	-
Jusos	1.555	11	10
Wahlliste	871	-	6
RCDS	1.167	8	8
Wahlbet.		39%	30%

Die geringere Wahlbeteiligung gegenüber 1983 ist im wesentlichen das Ergebnis eines themenlosen und über weite Strecken langweiligen Wahlkampfes. Deshalb war das Ergebnis für die beteiligten radikalen Linken überraschend, standen doch die beiden Neuen — die AL und ‚Wahlliste' — einem etwa gleichstarken Block aus Jusos und GO gegenüber.

Die Neubildung des AStA

Die Möglichkeiten, die mit dieser Blockbildung für eine politische Gestaltung der diesjährigen AStA-Politik gegeben waren wurden jedoch verspielt. Die ‚Wahlliste' betonte in der ersten ihrer beiden Erklärungen während der AStA-Verhandlungen, niemals mit den GOlern in einen AStA zu gehen. Inhaltliche politische Aussagen der ‚Wahlliste' für die Zukunft: Kein Anschluß unter dieser Nummer...

So verhandelte denn die AL mit den Jusos und der GO alleine weiter. Die Gemeinschaft aus GO und Jusos signalisierte Kompromißbereitschaft — wohl ein Lernerfolg aus der Absage weiter Teile der linken Studentenschaft an ihre loyale Buckelpolitik vor der Universitätsleitung. Man arbeitet zunächst einmal zusammen, z.B. in der Unterstützung der ehemaligen AStA-Mitglieder, die gegenwärtig Prozesse wegen ihrer Arbeit im AStA laufen haben. Das Pärchen Jusos und GO sicherten der AL schließlich auch zu, Freiräume für ihre eigenen politischen Vorstellungen zu lassen, und so schlug man und frau ein. Die AL wird das Hochschul- und Außenreferat besetzen und ihre Arbeit mit den Themen Neue Techniken, Wissenschaftstransfer, Kriegsforschung und der Kampagne gegen den neuen Personalausweis (die Verhandlungen fanden Ende des Wintersemesters statt) ausfüllen. Daneben wurde der AL noch das Ökoreferat überlassen. Bei strittigen Fragen haben Jusos und GO die Mehrheit im AStA, jedoch soll die AL die Möglichkeit haben, bei verschiedenen Meinungen ihre Minderheitsposition mit zu veröffentlichen. Einer — positiven — Meinung waren die Beteiligten beim Eingehen auf ein Freundschaftsabkommen mit der Studentenschaft von León/Nicaragua.

Zweier Meinung waren die Beteiligten in der Frage des Stimmrechts für das autonome Frauenreferat. Die Frauen des Frauenreferats und die Frauen-VV hatten ein eigenständiges Stimmrecht im AStA gefordert. Hier hatte die ‚Wahlliste' ihren zweiten Auftritt: Sie lehnte dieses Stimmrecht ab, und GO und Jusos schlossen sich an.

Besonders heikel bei solchen AStA-Verhandlungen zwischen einem Bündnis aus GO und Jusos auf der einen Seite und unabhängigen Linken auf der anderen Seite ist in der Regel das Verhältnis zu den Vereinigen Deutschen Studentenschaften (VDS). Meist geht es den Beteiligten darum, wer bei welcher Fraktion auf den Versammlungen der VDS mitstimmt. Bündnis-ASten — wie der Göttinger — haben meistens das Abkommen, daß ihre Stimmen auf den Versammlungen auf keiner Seite der Fraktionen gezählt werden, die Stimmen sind also geblockt. Nun, in Göttingen ist einiges anders: Die Göttinger Jusos haben so manche Differenz mit dem großen Rest der Jusos, und lassen sich nicht ohneweiteres in den großen Fraktionstopf aus Jusos und GO auf den VDS-Versammlungen werfen. Eine generelle Stimmenblockierung des Göttinger AStA würde deshalb auf den VDS-Versammlungen der unabhängigen Linken einen zwar schwankenden, aber doch möglichen Bündnispartner gegen die SPD-orientierten Jusos nehmen. Und so entschloß man sich in Göttingen — gegen die Stimmen des MSB — für den Fall die Stimmen des Göttinger AStA auf VDS-Versammlungen freizugeben, wenn die Göttinger Jusos nicht mit den Barackenjusos stimmen (gemeint ist die Juso-Strömung, die sich dem SPD-Parteivorstandskurs unterwerfen) und sich für den Erhalt der VDS einsetzen. Ein Abkommen, das sehr viel gegenseitiges Vertrauen als Basis hat. Allgemein ist den Koalitionspartnern dieses doch sehr labilen Dreiecksverhältnisses zu wünschen, daß die neuerlich geknüpften zarten Bande nicht gleich wieder durch rüde Machtpolitik des Stärkeren zerrisen werden. Aber wer redet denn schon von Zwist, wenn gerade geheiratet worden ist ...

KB Hochschulgruppe Göttingen

Bunker-Beute

„Zivilverteidigung“ und „Zivilschutz“

Laut veröffentlichter Meinung hat das Militär die Aufgabe, die Bevölkerung vor Angriffen von außen zu schützen. Tatsächlich werden beachtliche Teile des Militärs für den Einsatz gegen die eigene Bevölkerung speziell ausgebildet, ausgerüstet und bereitgehalten. Diese Funktion des Militärs gegenüber der Bevölkerung des eigenen Landes - sei es im Kriegsfalle oder im Falle „innerer Unruhen“ — hat die Aufmerksamkeit von „Onkruit“ in besonderem Maße auf sich gezogen.

Am 20. Mai 1981 überfiel „Onkruit“ am hellichten Tage das Provinziale Militärkommando (PMC) Nord-Holland in Amsterdam, die regionale Koordinationsstelle für die Bekämpfung des „inneren Feindes“. Bei diesem Überfall wurden einige Kubikmeter Materialien (darunter als geheim eingestufte Dokumente) eingesackt. Ein Teil der Beute wurde in fünf „PMC-Papers“ veröffentlicht (mit einer jeweiligen Auflage von 15.000). Die Informationen, die wir im folgenden zur „territorialen Verteidigung“ in den Niederlanden bringen, entstammen zum größten Teil diesen „PMC-Papers“ sowie einer 80-seitigen, ebenfalls von Onkruit herausgegebenen Broschüre mit dem Titel „Krieg in den Niederlanden — oder das Gewehr deines Nachbars“ (1).

Der „innere Feind“

„Das Ziel der Kriegsmacht ist, die Interessen des Königreichs mit bewaffneter Hand zu schützen gegen Gewalttaten von außen oder von innen heraus“, heißt es im „Handbuch für den Soldaten“ des niederländischen Heeres (2). 1971 schrieb der damalige niederländische Verteidigungsminister in einem Brief an beunruhigte Soldaten: *„Im Prinzip kann jeder Teil des Heeres bei Unruhen eingesetzt werden.“* (3)

In einem NATO-Dokument, das 1967 der norwegischen Presse in die Hände fiel, heißt es: *„Im Falle innerer Unruhen, die dem Auftrag oder der Sicherheit der US-Truppen tatsächlichen Schaden zufügen können, wie etwa bewaffnete Gewalt oder allgemeiner Aufruhr, wird die Regierung von* ... (das jeweilige NATO-Land — Anm. AK) *versuchen, diese Ruhestörungen zu unterdrücken. Wenn allerdings die Maßnahmen kein Resultat aufweisen, oder die Regierung von ... nicht in der Lage ist, die Unruhen zu unterdrücken, können die Truppen der Vereinigten Staaten, die Maßnahmen treffen, die der amerikanische militärische Kommandant für notwendig hält, sei es in Zusammenarbeit mit der Regierung von ... oder auch einseitig.“* (3 a)

Die „territoriale Verteidigung“ (d.h. die „Verteidigung“ des eigenen Landes) dient nicht nur den *„Interessen des Königreichs“*, sondern ist auch eine Verpflichtung, die die Niederlande im Rahmen der NATO eingegangen sind. Dabei geht es vor allen Dingen darum, die „lines of communication“ (nach einem Regierungsbericht *„alle Land-, Wasser- und Luftwege, die die operierenden Streitkräfte mit ihren Operationsbasen verbinden und über die Vorräte und Verstärkungen zugeführt werden müssen“* (4)) sicherzustellen. Die Niederlande dienen der NATO im Kriegsfall vor allem als Landestelle und Durchfuhr-Gebiet für Nachschub. In dem bereits zitierten Regierungsbericht heißt es, im Hinterland müsse *„Sorge getragen werden für das Neutralisieren von zu erwartenden feindlichen Aktionen wie: Luftlandungen, Sabotage, Infiltration, Guerilla-Aktivitäten und psychologische Kriegsführung“* (5). Bei der „territorialen Verteidigung“ wird von einer doppelten Bedrohung ausgegangen: einer Bedrohung von außen (z.B. durch feindliche Luftlande-Einheiten) und einer Bedrohung von innen (die inneren Feinde werden meist als *„Agenten“, „5. Kolonne“, „Parteigänger“, „Saboteure“* usw. bezeichnet).

Die „territorialen Streitkräfte“ des niederländischen Heeres, die Streitkräfte also, die speziell für den Einsatz im eigenen Land vorgesehen sind (d.h. wenn im Kriegsfall das erste und einzige niederländische Armeekorps — Kriegsstärke etwa 70.000 Mann — in die norddeutsche Tiefebene gebracht wird), umfassen in Kriegsstärke über 30.000 Mann, darunter: 3.000 Mann

ge niederländische Armeekorps — Kriegsstärke etwa 70.000 Mann — in die norddeutsche Tiefebene gebracht wird), umfassen in Kriegsstärke über 30.000 Mann, darunter: 3.000 Mann

Marechaussee (mit dem westdeutschen BGS zu vergleichen); 4.500 Mann Natres (eine in kleinen Gruppen operierende freiwillige Truppe von Ex-Soldaten — dazu weiter unten genaueres); 9 kasernierte (also jederzeit bereitstehende) und 50 mobilisierbare Wachkompanien (insgesamt etwa 9.000 Mann); 2 mobilisierbare Infanteriebrigaden (etwa 7.000 Mann); diverse Spezialkommandos. (Da es hier nur um die militärische Streitkräfte geht, sind Gemeindepolizei, Reichspolizei und die etwa 10.000 Mann/Frau umfassende „Reservepolizei“, die zuerst eingesetzt werden, um „Ruhe und Ordnung“ zu gewährleisten, nicht aufgeführt).

Die „territorialen Streitkräfte“ unterstehen dem „Nationalen Territorialen Kommando“ (NTC), das wiederum direkt dem Kommando des Heeres unterstellt ist. Unter dem Kommando des NTC stehen die 9 „Provinzialen Militärkommandos“ (PMC), die den Einsatz in ihren Gebieten koordinieren und die Natres-Gruppen befehligen.

„In der territorialen Situation kann ein jeder der Feind sein“, heißt es in einem Ausbildungsbuch der Natres (6). An anderer Stelle wird die eigene Bevölkerung unterteilt in drei Kategorien: *„(a) feindliche Bevölkerung, (b) wohlgesonnene Bevölkerung, (c) 5. Kolonne (Sabotage usw.)“* (7).

Daß die Militärs davon ausgehen, daß im Falle eines Krieges nennenswerte Teile der Bevölkerung Widerstand leisten werden, zeigt sich auch daran, daß in Manövern, Stabsübungen usw. immer wieder von Protesten, Friedensdemonstrationen, Streiks, Verweigerungsaktionen, Desertion, Sabotageaktionen, militanten Massenaktionen, bewaffnetem Widerstand und Aufständen ausgegangen wird, die niedergeschlagen werden müssen. In den Onkruit-Publikationen sind zahlreiche Materialien enthalten, die das belegen (siehe dazu auch die Szenarien zu Wintex in AK 243).

Ähnlichkeiten zwischen den Widerstandsgruppen, die in diesen Übungen auftreten und Gruppen der heutigen Friedensbewegung sind keinesfalls zufällig. In den Szenarien zu Wintex '83 werden Protest- und Verweigerungsaktionen von Beschäftigten im Gesundheitsbereich, große Soldatendemonstrationen, organisiert von einer Gruppe „Soldaten für Frieden“ und Sabotage-Aktionen gegen Eisenbahnlinien simuliert (dabei waren der NATO die Aktionen gegen die Munitionstransporte im Januar 1982 sicherlich noch in Erinnerung). In einem Manöver Anfang 1980 wurde eine radikale Widerstandsgruppe namens „Black Palermo“ simuliert, die — wie ein Mitarbeiter des IKV-Sekretariats schrieb — anscheinend *„eine Mischung aus KGB, RAF, Onkruit, Stoppt die Neutronenbombe und IKV“* (8) darstellte.

arbeiter des IKV-Sekretariats schrieb — anscheinend „eine Mischung aus KGB, RAF, Onkruit, Stoppt die Neutronenbombe und IKV“ (8) darstellte.

Im April 1981 übte eine Bewachungseinheit die „Bekämpfung innerer Unruhen“ — die „Gegner“ wurden dargestellt von einer anderen Bewachungseinheit in Zivil und versehen mit Transparenten und Flugblättern der antimilitaristischen Soldatenorganisation BVD (9).

Im Militärapparat wird eifrig an der Ortung und Kostümierung des „inneren Feindes“ gebastelt. In der Beute vom PMC-Überfall enthalten sind Aufzeichnungen eines Major De Boer, Chef der „Nationalen Reserve“ (s.u.) in der Provinz Noord-Holland, von einem Vortrag des militärischen Geheimdienstes Anfang der 70er Jahre. Nebst prominenten Linken (vom Parlamentsvertreter der Pazifistisch-Sozialistischen Partei, Van der Spek, heißt es, er könne *„direkt in die UdSSR reisen, ohne Visum/Stempel“*) und Friedensaktivisten sind in De Boers Aufzeichnungen auch die Namen von liberalen Journalisten, sozialdemokratischen Politikern usw. aufgeführt. Verbunden sind diese Personen — logo! — mit, wahlweise, „Moskau“, „Peking“ oder der „Vierten Internationale“.

Nationale Reserve

Die schnell einsetzbare und schlagkräftige „Nationale Reserve“ (Natres) ist eines der wichtigsten Instrumente für die Bekämpfung des inneren Feindes. Die Natres ist zur Zeit des niederländischen Kolonialkrieges in Indonesien entstanden. In einem internen Papier der Natres zur eigenen Geschichte heißt es, der niederländische Staat habe wegen des Kriegs nur über eine geringe Anzahl Truppen verfügen können, *„um bei einem revolutionären Vorgehen von inländischen Extremisten ihre gesetzmäßige Macht mit genügender Kraft der Waffen zu handhaben“* (10).

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre ist die Natres im Rahmen einer umfassenden Verbesserung der „territorialen Verteidigung“ nachgerüstet worden (mehr Leute, bessere Ausrüstung und Bewaffnung, bessere Ausbildung, organisatorische Verbesserungen).

Die Natres ist eine innerhalb von 24 Stunden mobilisierbare freiwillige Truppe — Werbeslogan sinngemäß übersetzt: „Gib ein Stückchen von deiner Freizeit für die Zeit, in der es drauf ankommt!“ Ihr gehören „politisch zuverlässige“ Ex-Soldaten an, die in kleinen selbständigen Gruppen operieren und die ihre Region genau kennen. Die insgesamt 113 „Abteilungen“ bestehen aus jeweils 42 Mann, verteilt auf fünf Untergruppen: drei 9 Mann starke „Schützengruppen“ (Bewaffnung: 2 Gewehre, 1 Maschinengewehr, 6 Maschinenpistolen, 1 Pistole), eine 8 Mann starke „Unterstützungsgruppe“ (tragbare Raketen, 1 Maschinengewehr, 5 Maschinenpistolen, 3 Pistolen), eine 7 Mann starke „Kommandogruppe“ (5 Maschinenpistolen, 2 Pistolen). Ihre Waffen haben die Jungs zuhause im Schrank.

Zur PMC-Beute gehören Unterlagen von einer Natres-Übung mit dem Namen „Oostdorp“ (Ostdorf!), die am 18./19. Mai 1979 stattfand. Teilnehmer der Übung, bei der ein von „bewaffneten Parteigängern“ besetztes Dorf „gesäubert“ werden mußte, waren 7 Abteilungen Natres (also knapp 300 Mann) aus Nord-Holland. Leiter der Übung war der PMC-Chef aus Nord-Holland.

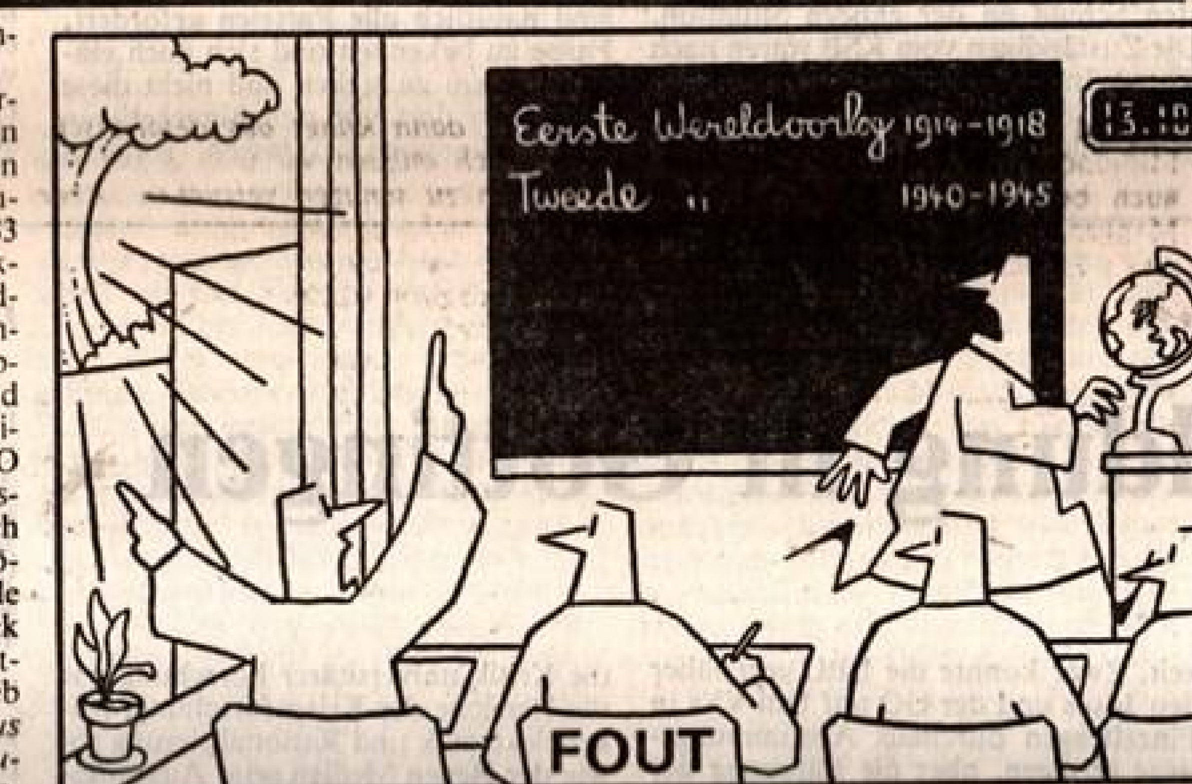
Das Szenario der Übung stellt einen Krieg dar, in dem es um Ölquellen im Ijsselmeer geht. Die Gegner sind „Blauland“ (die Niederlande) und „Grünland“ (?), deren (fiktive) gemeinsame Grenze durch die Nord-Ost-Niederlande verläuft. Grünland will — nach dem Scheitern einer Gipfelkonferenz — die Ölvorkommen *„mit Gewalt in seine Einflußsphäre ziehen. Seine Flotte nähert sich der Nordsee aus der Umgebung Norwegens. Grüne Truppen haben an einer Reihe von Punkten die Staatsgrenze überquert und Brückenköpfe gebildet“. — „Informationen haben ergeben, daß der Angriff der Grünen von den Brückenköpfen aus verschoben ist wegen technischer Probleme beim Übersetzen von schwerem Material infolge des hohen Wasserstands der Flüsse. Im Hinterland von Blau sind Saboteure aktiv. In allen Provinzen sind bereits Fälle von Sabotage gegen vitale Objekte gemeldet ... Die Blauen Einheiten haben defensive Positionen so dicht wie möglich an der Grenze eingenommen. Blaue Panzereinheiten machen sich in Sammelgebieten bereit, um in einem schnellen Angriff die Brückenköpfe zu räumen, bevor Grün diese verstärkt hat. Nur ein kleiner Teil der Einheiten, die vitale Objekte und Wege im Hinterland sichern müssen, ist bereits in ihrem Gebiet oder bei ihrem Objekt anwesend. Die übrigen Sicherungskräfte, u.a. die Natres, werden erst im Laufe des nächsten Tages ihre Bestimmungsorte erreichen. Die blaue Führung hat den Auftrag erteilt, sich den entsprechenden Objekten behutsam zu nähern, da hier schon Saboteure oder Parteigänger anwesend sein können. Weil einsatzbereite Truppen im Hinterland knapp sind, werden die Objekte in diesem Fall von unserer Nationalen Reserve vom Feind gesäubert werden.“*

Die Natres-Abteilungen haben den Auftrag erhalten „vitale Objekte“ (einen Kommandoposten und ein Verbindungszentrum) in „Oostdorp“ zu sichern. Dann kommt eine Meldung vom Bürgermeister von Oostdorp: Sein Dorf ist „von Parteigängern“ besetzt. Die Abteilungskommandeure werden vorgewarnt: *„Rechnen Sie mit einem Angriff und einer Säuberung des Dorfes vor Einbruch der Dunkelheit von einem Sammelgebiet aus im östlichen Waldgebiet von Oostdorp. Bringen Sie Ihre Abteilung zum Sammelgebiet.“* Die Meldung des Bürgermeisters wird bestätigt: *„Oostdorp ist in Händen von Parteigängern, bewaffnet mit Karabinern, Maschinengewehren und Handgranaten“*. Befehl: *„Nehmen Sie Oostdorp ein und säubern Sie die Häuser und Gebäude dieses Dorfes!“* Ausführungsbestimmungen: *„Der Angriff wird um x Uhr durchgeführt mit zwei Abteilungen nebeneinander, jede mit zwei Gruppen vorne und einer Gruppe hinten ... Erobern und säubern Sie die Objekte im Ihnen zugeteilten Angriffsbereich. Konsolidierung am Rande des Dorfes ... Rechnen Sie mit der Sicherung von noch näher zu bestimmenden Objekten.“* (11)

„Onkruit“ kommentiert: *„Die allgemeine fiktive Kriegssituation, Ölfunde im Ijsselmeer, die zu einem Konflikt führen zwischen ‚Blauland‘ (an dessen Seite die Natres kämpft) und ‚Grünland‘ (der Feind also) hat einen geringen Realitätswert. Worum es hier geht, ist die Übung selbst.“* (12)

Während die allgemein-politische Ausgangslage in den Wintex/Cimex-Szenarien, die für den militärischen Stab und hohe Staatsfunktionäre bestimmt sind, *„so realistisch wie möglich“* gehalten ist (wie ein Sprecher des niederländischen Verteidigungsministeriums äußerte, s. AK 243), sind die Übungsszenarien, soweit es ihren allgemein-politischen Teil angeht, für den „gemeinen Mann“ eher möglichst irreal gehalten, um eben diesen „gemeinen Mann“ vorn vornherein daran zu hindern, über die „Kriegsgründe“ nachzudenken. Das Fußvolk soll Befehle ausführen, in jeder Situation — sonst nichts!

Die „Feinde“ in „Oostdorp“ werden diffus als „Parteigänger“ bezeichnet. Ob es sich etwa um Menschen aus „Oostdorp“ selbst handelt, wird im unklaren gelassen. Kein Wunder: „Oostdorp“ wird für die Übungsteilnehmer im Ernstfall in Nord-Holland liegen. Vielleicht ist es sogar ihr eigener Wohnort, in dem sie jedes Haus unter Feuer nehmen müssen. In einer Fernsehsendung anläßlich der Onkruit-Veröffentlichungen antwortete der Natres-Chef aus Nord-Brabant auf die Frage, ob seine Natristen auch auf die eigenen Nachbarn und Familienangehörigen schießen würden: *„Unsere Leute sind sehr gut motiviert ... Sie geben tatsächlich ein Stückchen ihrer Freizeit für die Zeit, wenn's drauf ankommt, und dann werden sie sicher tun, was wir ihnen auftragen“*. (13)



Wegen der großen Fenster haben die Kinder und die Lehrer keinerlei Chancen

Wegen der großen Fenster haben die Kinder und die Lehrer keinerlei Chancen



Um also Panik zu verhindern, die Vorhänge schließen und den Unterricht normal fortsetzen (aus: Stefan Verwey, Overleven? Doe het zelf)

Allzeit bereit

Allzeit bereit

Der Einsatz des niederländischen Militärs im Innern findet nicht nur bei

Der Einsatz des niederländischen Militärs im Innern findet nicht nur bei Übungen bzw. im Kriegsfall statt. Juristisch abgedeckt durch eine in Friedenszeiten geltende „Beistands-Regelung“ (für den Kriegsfall oder in „Ausnahmesituationen“ gibt es Kriegsrecht, diverse „Ausnahmezustände“ und ein Paket von „Notstandsgesetzen“), werden Teile des Militärs in zunehmendem Maße eingesetzt zur Unterstützung der Polizei bei der Wiederherstellung von „Ruhe und Ordnung“. Einige Beispiele aus den letzten Jahren:

- Einsatz von wehrdienstpflichtigen Sanitätern und Koch-Mannschaften bei großen Polizeieinsätzen gegen AKW-Gegner (Dodewaard-Blokkaden im Oktober 1980 und September 1981);
- Bewachung von Munitionstransporten bei antimilitaristischen Aktionen (Eemshaven, Januar 1982);
- Einsatz von Panzern und Scharfschützen gegen besetzte Häuser; (Vondelstraat, Amsterdam, August 1980);
- Einsatz von Starfightern für Luftaufnahmen vom besetzten Grote Keyzer (Amsterdam, November 1980);
- Beteiligung des PMC-Stabs am Kommandozentrum der Polizei bei der Räumung von Barrikaden (Piersonstraat, Nijmegen, Februar 1981);
- Sturm auf einen Zug, in dem Südmolukker Geiseln festhielten, mit einer halben Armee (Starfighter, Panzer, Maschinenwaffen) bei De Punt im Juni 1977;
- Beschießung von südmolukkischen Wohnvierteln (Assen und Bovensmilde, September 1977).

(Über die meisten dieser Einsätze wurde im AK berichtet).

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

„Zivile Verteidigung"

Teil der beim Einbruch in den Kommandobunker für ,,Zivile Verteidigung" in Noordwijk im April letzten Jahres erbeuteten Dokumente ist das ,,Synchronisationsschema von zivilen Bereitschaftsmaßnahmen". Dieses achtundvierzigseitige als ,,geheim" klassifizierte Papier wurde vom Innenministerium und dem ,,Stab für Zivilverteidigung" erstellt.

Das Schema soll, heißt es in der Einleitung, *,,der Regierung als Leitfaden"* in einer ,,Spannungssituation" dienen und einen Überblick geben *,,über den Zusammenhang der vielen zivilen Bereitschaftsmaßnahmen untereinander sowie zwischen diesen und bestimmten militärischen Mobilisierungsmaßnahmen".* Es umfaßt eine sehr große Anzahl von Maßnahmen auf den verschiedensten Gebieten: Innere Sicherheit, Zivilschutz, Gesundheitswesen, Transport, Telekommunikation, Meteorologie, Lebensmittel- und Energieversorgung, Finanzwesen, Arbeissicherung usw. usf.

Die Maßnahmen bestehen u.a. in
- der Inkraftsetzung von Notstandsgesetzen, die sämtliche demokratischen Rechte ausschalten und den Behörden fast unbegrenzte Möglichkeiten zum Eingriff in das Leben eines Jeden geben;
- Evakuierung der Bevölkerung aus bestimmten Gebieten;
- sofortige Entlassung von 50 % aller Krankenhaus-Patienten;
- Beschlagnahme von u.a. Kraftfahrzeugen und Wohnungen;
- Sperrung von Autobahnen und öffentlichen Verkehrsmitteln für den zivilen Verkehr;
- Abschalten fast des gesamten zivilen Telefonnetzes;
- Gleichschaltung der Medien;
- Einführung von Hamsterverboten und Lebensmittelrationierung;
- Einführung einer Arbeitspflicht (Dienstverpflichtung).

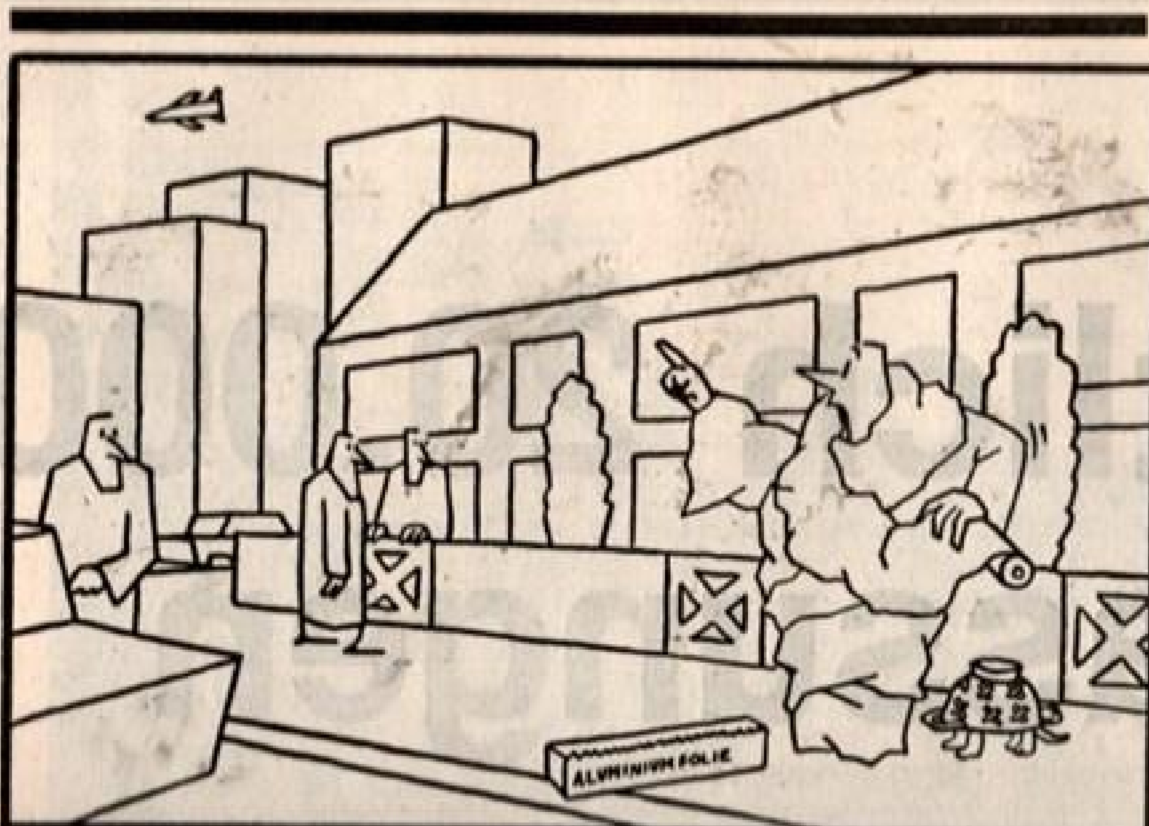
Allerdings, wie pedantisch die Maßnahmen ziviler Kriegsvorbereitung auch ausgetüftelt worden waren, nachdem ,,Onkruit" das Dokument veröffentlicht hatte, muß es — wie das Ministerium verlauten ließ — zumindest zum Teil umgearbeitet werden. (16)

Zu den einzelnen Maßnahmen gibt es detaillierteste Ausführungsbestimmungen (die, als Teil der Bunker-Beute, von ,,Onkruit" ebenfalls und größtenteils kommentiert in ,,Bunker in Bunkerbuit" veröffentlicht worden sind).

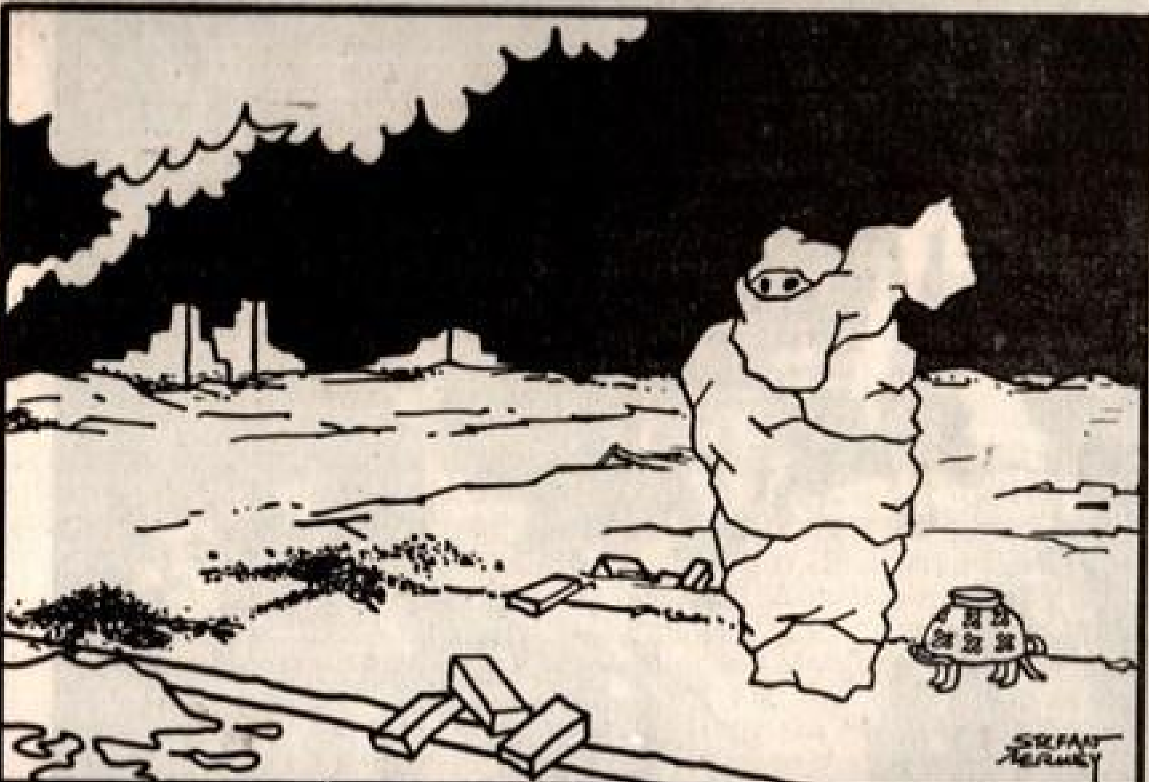
Beispiel: Lebensmittelversorgung im Kriegsfall. Dazu gibt es nicht allein eine Reihe von Notgesetzen, auf deren Grundlage *,,Regelungen getroffen werden können zum Anbauen, Ziehen, Züchten, Fangen, Ernten, Schlachten, Aufbereiten, Herstellen, Vorhanden haben, Aufbewahren, Gebrauchen, Verarbeiten, Transportieren, Verpacken, Verfüttern, Kaufen, Verkaufen oder Liefern, Empfangen etc. von Produkten".* (17) Es gibt auch schon einen (in Reserve gehaltenen) organisatorischen Apparat zur Lebensmittelverteilung mit 11 ,,Provinzialen Nahrungskommissaren", denen die insgesamt 93 ,,Nahrungsdistrikte" unterstellt sind und große, über das ganze Land verteilte, Notvorräte mit ,,Notbiskuits", Fetten, Milch und Büchsennahrung. Sogar die ,,notwendigen täglichen Minimalrationen" sind schon errechnet, wobei zwischen Soldaten und Zivilbevölkerung unterschieden wird, ,zwischen Männern und Frauen, Erwachsenen und Kindern, Arbeitenden und Nicht-Arbeitenden (die Arbeit wird unterteilt in ,,normale Arbeit", ,,schwere Arbeit" und ,,sehr schwere Arbeit"). Falls es sich nicht vermeiden läßt, radioaktiv verseuchte Nahrung zu verteilen, sollen Personen, die jünger als 40 Jahre sind, nach Möglichkeit geschont werden, denn: *,,Personen, die älter als 40 Jahre sind, werden im Vergleich zu Personen von 40 Jahren und jünger, die Aufnahme von radioaktiv verseuchter Nahrung mit weniger schädlichen Folgen für die Gesundheit vertragen".* (18)

Die kriegsvorbereitenden Maßnahmen beziehen sich auf jeden Sektor der Gesellschaft — von Banken und Industrie, über Bahn, Post und Massenmedien, bis hin zu Gesundheitswesen, Schulwesen und Arbeitsamt.

Für die über die Notstandsgesetze juristisch abgedeckte Medienzensur sind bereits Richtlinien erstellt. Die höchste Zensurinstanz (,,Besondere Informationskommission") ist zusammengestellt. Die Provinzialen Militärkommandos (PMC) haben Listen angelegt mit Namen von Journalisten (in der Regel Reservisten), die als Zensoren zu den Zeitungen geschickt werden können. Es ist sogar von bereits getroffenen ,,Vereinbarungen" mit der Presse die Rede (19). Die Radio- und Fernsehprogramme können abgeschaltet und durch ein einheitliches Programm oder regionale Programme des Staatsapparates ersetzt werden. Die Bahn hält genügend Dieselloks und zweieinhalb Millionen Liter Diesel in Reserve, um auch bei Stromausfall noch enorme Mengen von Soldaten und Kriegsmaterial in Richtung Front schaffen zu können. Die Telegramme an die Bürgermeister zur Einleitung der Evakuierung ihrer Gemeinde (Kodenamen: *,,Spazierstock-Spazierstock")* sind schon vorgedruckt, ebenso wie die Telegramme an die Krankenhausdirektionen, nach deren Erhalt sie 50 % ihrer Patienten auf die Straße setzen müssen, weil die Betten beansprucht werden für Kriegsverletzte (die allerdings auch nur zum kleinsten Teil aufgenommen werden können), oder wie die Karten zur Registrierung der identifizierten und nicht-identifizierten Toten, die danach in von den Gemeinden z.T. bereits angewiesenen Massengräbern begraben werden. Das Verbrennen der Leichen ist natürlich auch möglich, allerdings wird darauf hingewiesen, daß nach einer Atombombenexplosion die radioaktive Asche dann *,,auf eine sichere Weise aufgeräumt werden muß".* (20)



Es ist nicht schlecht, immer eine Rolle Haushaltsaluminiumfolie zur Hand zu haben



Sofern Sie keine Zeit mehr haben, eine Deckung aufzusuchen, bietet die Folie einen guten Schutz gegen die Hitze und die radioaktive Strahlung (aus: Stefan Verwey, Overleven? Doe het zelf!)

„Zivilschutz"

,,Zivilverteidigung" wurde in AK 184 (,,'Zivile Verteidigung' — Kriegsvorbereitung unter humanitärem Vorzeichen") definiert als Sammelbegriff für *,,alle nicht-militärischen staatlichen und privaten Maßnahmen, die die Führung eines Krieges möglich machen und unterstützen".* In einem Papier des niederländischen Innenministeriums heißt es: *,,Die Zivilverteidigungs-Vorbereitungen müssen mit gerichtet sein auf die Unterstützung der im Rahmen der NATO von den Niederlanden zu leistenden Verteidigungsanstrengungen und auf eine maximale Unterstützung bei der Zu- und Durchfuhr von alliierten Streitkräften und militärischen Gütern."* (21)

Neben der direkten Unterstützung (der Mobilisierung) des Militärs und der Ausrichtung der gesamten Gesellschaft auf den Krieg gehört die Linderung der Kriegsfolgen im eigenen Land (,,Zivilschutz") und insbesondere der ,,Schutz des Menschen" zu den Aufgaben der ,,Zivilverteidigung". Unter den heutigen Bedingungen (Atomkriegsdrohung) wird diese Aufgabe allerdings auch von den Behörden kaum ernst genommen (sofern es die gesamte Bevölkerung und nicht sie selbst betrifft). Das zeigt sich u.a. an den — im Vergleich zu den Rüstungsausgaben — relativ geringen Ausgaben hierfür und daran, daß nur für einen sehr kleinen Teil der Bevölkerung überhaupt Schutzbunker zur Verfügung stehen.

Der ehemalige niederländische Verteidigungsminister Visser zum ,,Zivilschutz": *,,Wenn ich sage: ,Es bedeutet nichts', dann klingt das defätistisch. Natürlich müssen wir uns so gut wie möglich zu schüzen versuchen. Aber das ist nicht das Wichtigste. Wichtig ist, daß wir unseren Verteidigungswillen damit zum Ausdruck bringen. Es ist ein Mittel, um zu zeigen, daß wir es sehr ernst meinen".* (22)

Eine mindestens genauso wichtige psychologische Funktion des Zivilschutzes ist es, der Bevölkerung die Angst vor dem (Atom)Krieg auszureden bzw. der Panik, die nach dem Atomkriegsalarm ausbrechen wird, im vorhinein so stark wie möglich entgegenzuwirken. Denn: die Angst macht kriegsunwillig, und wer weiß, was alles passieren kann, wenn tatsächlich Panik ausbricht! In den ,,Tips", die die Obrigkeiten zum ,,Selbstschutz" unter der Bevölkerung verteilen, wird die Gefahr einer Atombombenexplosion auf eine geradezu lächerliche Art heruntergespielt. Da gibt es zahlreiche Anweisungen zur Einrichtung von ,,improvisierten Schutzräumen" (,,Sorgen Sie für gute Luft!") (23), und es wird so getan, als sei radioaktive Strahlung überhaupt nicht besonders problematisch, wenn mensch nur Wasser, Seife und eine Bürste hat. An anderer Stelle steht: *,,Da radioaktiver Staub sich von normalem Staub nur durch die Eigenschaft unterscheidet, eine gefährliche Strahlung auszusenden, kann er auch auf die gleiche Art wie normaler Staub bekämpft werden".* (24)

Die Furcht vor Panik oder anderen ,,unkontrollierten" Handlungen der Bevölkerung kommt zum Ausdruck, wenn es in einem vertraulichen ministeriellen Schreiben heißt: *,,In außergewöhnlichen Situationen ist das Bestreben des Ministeriums der Schulen und Wissenschaften darauf gerichtet, den Unterricht so lange wie möglich fortzusetzen, unter anderem mit dem Ziel, die Jugend von der Straße zu halten".* (25)

Durch Gleichschaltung der Massenmedien, Sperrung des zivilen Telefonnetzes, Beschlagnahme ziviler Kraftfahrzeuge und Schließung der öffentlichen Verkehrsmittel für den Zivilverkehr werden die Bewegungs-, Informations- und Kommunikationsbedürfnisse der Bevölkerung weitestgehend eingeschränkt. Für die unmittelbar physische Niederhaltung der Bevölkerung ist ein enormer Unterdrückungsapparat aufgebaut worden — Zusammenschlagen, Einsperren, Erschießen sind seine integralen Bestandteile. Die Maßnahmen der ,,Zivilverteidigung" und des ,,Zivilschutzes" lassen keinen Zweifel: Der Feind ist der Zivilist.

Niederlande-Kommission

— Dokument —
Instruktion zur „Oostdorp"-Übung der Nationalen Reserve (Auszüge)

Das Eindringen in ein Gebäude
a. Durch ein Fenster oder ein Loch in der Mauer zu ebener Erde
Ausgangsposition am Fuß des Gebäudes (...).
Der Gruppenkommandant achtet insbesondere auf:
(1) Daß sich gegen die Mauer drücken der Schützen.
(2) Das bereit (wurfbereit) machen der Handgranaten.
(3) Korrekte Ausführung der Sicherung durch die Schützen an den Hausecken. Danach kommandiert er ,,Handgranate werfen".
Zuvor Platz bestimmen, wo in Deckung gegangen wird, sofern der Feind eine Handgranate wirft oder eine eigene Granate zurückfällt.
Direkt nach der Explosion der Handgranaten i n dem Gebäude dringt der Angriffstrupp in der kommandierten Reihenfolge nach innen ...
Vor dem Eindringen hat der Gruppenkommandant dem Deckungstrupp Befehl erteilt (zum Beispiel: nachrücken in denselben Raum; Feuer verlegen auf den nächsten Raum; oder flüchtenden Feind ausschalten).
Während des Eindringens wird eine Handgranate bereit gehalten, um eventuell gegen eine intakt gebliebene (z.B. durch Sandsäcke verstärkte) Aufstellung in dem Raum gebraucht zu werden. (Anm. AK.: Mit intakt gebliebener ,,Aufstellung" — niederländ. opstelling sind übrigens Menschen gemeint)...

8. Das Säubern eines vom Feind besetzten Gebäudes
a. Auftreten des Angriffstrupps beim Säubern der Räume
Zuerst muß das Eindringen in einen Raum gründlich geübt werden.
Man muß davon ausgehen, daß in jedem Raum Widerstand geboten wird.
Es ist darum n o t w e n d i g , vor dem Eintreten eine Handgranate zu werfen, auch wenn noch kein Feind festgestellt worden ist.
Ausgangspunkt (dieses Wurfes — Anm. AK) von einem bereits gesäuberten Raum aus.
Beim Eindringen in einen Nebenraum muß den folgenden Schwierigkeitsgraden Rechnung getragen werden:
(1) Mit geöffneter Tür
(2) Mit geschlossener Tür
(3) Mit verbarrikadierter Tür ...
Nach der Explosion der Granate im ersten Stock (des Hauses — Anm. AK) stürmt der Angriffstrupp in der befohlenen Formation nach oben; der vorderste Schütze feuert aus der Bewegung heraus direkt auf den erkannten Feind;
im Flur angekommen gehen die vorderen Schützen direkt in Deckung neben einem angrenzenden Raum und machen sich schnell bereit, in diesen auf Kommando einzudringen;
die anderen Leute des Trupps erhalten den Befehl, andere Türen auf dem Flur und das Treppenhaus zu den höheren Stockwerken unter Feuer zu halten ...

Das Säubern von Kellern
Hier wird nach denselben Prinzipien aufgetreten wie bei der Säuberung der übrigen Räume.
Wahrscheinlich ist der Keller ein befestigter Gruppenaufenthalt(sraum — Zufügung AK) und schwierig zu säubern.
Es ist einfacher, den Feind in Kellern auszuräuchern oder mit Tränengas oder brandstiftenden Mitteln (Phosphorhandgranate) nach außen zu treiben.
Im Prinzip wird ein Keller als letztes gesäubert.
Bei dem Ausräuchern usw. von Kellern nimmt der Deckungstrupp solche Positionen ein, daß der flüchtende Feind ausgeschaltet werden kann.
Der Gruppenkommandant gibt vor der Säuberung deutliche Befehle:
z.B.: ,,Nr. 2 werf eine Rauchgranate durch das zweite Kellerfenster an der anderen Seite des Gebäudes:
Nr. 3, werf eine Phosphorgranate durch das erste Kellerfenster;
Nr. 4, werf eine Tränengasgranate durch die Kellertür; Deckungstrupp, sichere den Hinterausgang und schalte den flüchtenden Feind aus;...".

h. Brand
Eines der durchschlagenden Mittel, um einen Feind, der sich in einem Haus zur Verteidigung eingerichtet hat, zu bekämpfen, ist Brand (Phosphorhandgranate, Napalm, Flammenwerfer).
Der Feind wird versuchen, aus dem in Brand gesteckten Haus zu flüchten.
Für den Angreifer gilt dann nur die richtige Aufstellung seiner Waffen, wodurch der Feind vor die Wahl gestellt wird
— zu verbrennen
— durch feindliches Feuer außer Gefecht gesetzt zu werden
— sich zu ergeben ...

j. Bürger
Bei Gefechten in Orten bilden die Bürger ein großes Handicap und ein sehr großes Problem.
Wir können die Bürger einteilen in:
(1) Feindliche Bevölkerung
(2) Wohlgesonnene Bevölkerung
(3) 5. Kolonne (Sabotage usw.)

***

(Übers. n. dem in den ,,PMC-Paper" Nr. 2 wiedergegebenen Faksimile)

Im ersten Teil dieser Artikelserie (AK 243) veröffentlichten wir die Szenarien der Wintex/Cimex '81-Stabsübungen. Im dritten Teil unserer Serie (in AK 245) werden wir die Aktionsgruppe ,,Onkruit", ihre Geschichte und ihre großen Beschaffungsaktionen, darstellen.
Schon mal notieren: am 9. April gibt's den nächsten ARBEITERKAMPF!

Anmerkungen:

1. „Oorlog in Nederland — of het geweer van je buurman", Amsterdam, Mai 1981.
2. Zit. n. „Anti Militaristies Tijdschrift", September '83, S. 44.
3. a.a.O., S. 43.
3a. Zit. n. „PMC-Papers", Nr. 4, S. 6.
4. „ADA-rapport 1977"; zit. n. „Oorlog in Nederland ...", S. 9.
5. a.a.O., S. 9.
6. Zit. n. „PMC-Papers" Nr. 1, S. 5.
7. Aus einem Natres-Ausbildungsbuch; zitiert nach dem Onkruit-Buch „Bunker in Bunkerbuit — die de oorlog mogelijk maken", Amsterdam 1983, S. 114.
8. „IKV-Berichten", Juni 1980.
9. Siehe „Anti Militaristies Tijdschrift", September 83, S. 50.
10. Zit. n. „Oorlog in Nederland ...", S. 27/28.
11. Zit. n. „PMC-Papers" Nr. 2, S. 3/4/5.
12. „PMC-Papers" Nr. 2, S. 4.
13. „BGTV" vom 11.5.1983; zit. n. „Bunker in Bunkerbuit ...", S. 116.
14. entfällt
15. Es gibt in den Niederlanden vier verschiedene „Ausnahmezustände": den „Zustand erhöhter Wachsamkeit" („Toestand van Verhoogde Waakzaamheid"), den „Zivilen Ausnahmezustand" („Burgerlijke Uitzonderingstoestand"), den „Kriegszustand" („Staat van Oorlog") und den „Belagerungszustand" („Staat van Beleg") und daneben über 30 einzelne „Notgesetze".
Mittels dieser diversen Nostandsgesetze bekommen die zivilen und militärischen Behörden sehr weitgehende Befugnisse: Sie können jeden zum Verhör mitnehmen; Post- und Pressezensur verhängen; Versammlungs- und Ausgangsverbote aussprechen; Hausarreste erteilen; überall und zu jeder Zeit Haussuchungen und Leibesvisitationen durchführen; Personen, die „Gefahr bringen für die äußere oder innere Sicherheit", in „Internierungslager" stecken; ganze Gebiete räumen lassen; jeden zu Militärdienst oder anderen Dienstleistungen zwingen usw.
16. „Bunker in Bunkerbuit ...", S. 100.
17. a.a.O., S. 196.
18. a.a.O., S. 200.
19. a.a.O., S. 128.
20. a.a.O., S. 203. — Das Dokument, in dem dieser Hinweis steht, bezieht sich zwar auf das Verbrennen von Tierleichen, aber der Hinweis kann genausogut dem Verbrennen von Menschenleichen gelten. Während zum „Aufräumen" von Tierleichen detaillierte Anweisungen gegeben werden, sind in den entsprechenden Dokumenten die Passagen zum „Aufräumen" von Menschenleichen wesentlich weniger konkret gehalten.
21. zit. n. „PMC-Papers" Nr. 4, S. 14
22. zit. n. „Bunker in Bunkerbuit ...", S. 180.
23. a.a.O., S. 181.
24. a.a.O., S. 177.
25. zit. n. „Bunker in Bunkerbuit ...", S. 134

Frankreich: Monatlich 20.000 Entlassungen

Die Bedingungen für einen „Waffenstillstand der Klassen", frohlockte Mitterand noch im September vergangenen Jahres, hätten sich „seit Beginn des 20. Jahrhunderts schrittweise verbessert". Tatsächlich hat sich die Lage der einen Klasse unter der PS/KPF-Regierung schrittweise verschlechtert.

Allein in diesem Jahr sollen 200.00 Menschen entlassen werden — mindestens! Zwischen Sommer '82 und Sommer '83 waren es bereits 185.000. Im Namen einer „*Modernisierung*" der Industrie sollen Zigtausende ihren Arbeitsplatz verlieren:

— 6 bis 8.000 im Kohlebergbau; bis 1988 sind dort weitere 20.000 Entlassungen vorgesehen
— 35.000 in der Stahlindustrie
— 10.000 im Eisenbahnbau
— 15.000 in der Möbelfabrikation
— 100.000 in Bauunternehmen
— im Automobilbau entließ Peugeot bereits 6.000 Beschäftigte, mindestens weitere 10.000 sollen bis 1986 folgen; Citroen sieht in diesem Jahr 4.500 Entlassungen vor
— im Druckgewerbe und bei den Werften sind ebenfalls Massenentlassungen anvisiert.

Im realpolitischen Staatsjargon nennt sich das: Abbau der „*Überbelegungen*" (sogenannte „*sur-effectifs*").

Die Unternehmer setzen die „Überbelegungen" noch höher an: Bis 1986 möchten sie die Zahl von gegenwärtig 20.000 auf 80.000 Entlassungen monatlich steigern.

belegungen" noch höher an: Bis 1986 möchten sie die Zahl von gegenwärtig 20.000 auf 80.000 Entlassungen monatlich steigern.



Talbot im Kampf

Der jetzt zur Debatte stehende Modernisierungsplan der Regierung setzt die Austeritätspolitik konsequent fort. Austerität — aber nicht für jeden: für die einen weitere Verschlechterungen, für die anderen Subventionen und Staatsanleihen.

Unabhängig von den ohnehin vorgesehenen Entlassungen sollen 10.000 bis 15.000 Lohnabhängigen aus bedrohten Industriebereichen wie Werften, Kohlebergbau und Stahl sogenannte „*Umschulungs-Urlaube*" angeboten werden. Eine elegante Lösung: man wird nicht mehr entlassen, man wird auf Urlaub geschickt. Während dieser „Umschulungs-Urlaube" erhalten die Arbeiter/innen nur 70% ihres vorherigen Lohns. Noch vor einigen Jahren erhielt man bei sog. „Kündigungen aus wirtschaftlichen Gründen" (Auftragsmangel, Konkurs) 90% des früheren Lohns. Entlassene Werktätige, die bereit sind, eine schlechter bezahlte Arbeit anzunehmen, sollen mit einem progressiv abnehmenden Zuschuß belohnt werden. Wie lange dieser Zuschuß noch gewährt wird, steht allerdings in den Sternen. Das aktuell gültige System der Frührente mit 56 Jahren wird nicht nur beibehalten, sondern Frührente soll auch schon mit 50 Jahren möglich sein.

Soviel zu den Kampfmaßnahmen der Freunde der Arbeiterklasse in der Regierung (O-Ton von Pierre Mauroy, Premierminister). Der anderen Seite soll das Leben mithilfe eines umfangreichen Katalogs von Maßnahmen erleichtert werden: Steuererleichterungen, staatliche Subventionen, Heruntersetzung des Unternehmer-Anteils bei den Sozialabgaben, Prämie von 50.000 F. pro Einstellung eines anderswo Entlassenen u.v.a.m. Wie es sich gehört, reicht dies für kapitalistischen Frohmut allerdings nicht aus. Der neue Schlachtruf der französischen Unternehmer lautet: Verteidigung der Freiheit(en). Entlassungs„freiheit", Lohn„freiheit", Preis„freiheit", Kredit„freiheit", Beschäftigungs„freiheit", „Freiheit" von Sozial„lasten" — diesen Aufgaben haben sie sich verschrieben (Vollversammlung der französischen Unternehmer/CNPF; „Le Monde", 13.12.83).

Die „Freunde der Arbeiter" am Werk

Zur Einweihung des Jahres 1983 kündigte Präsident Mitterand gleich 18 Preiserhöhungen an. Im einzelnen handelte es sich um 11 bis 13% Erhöhung der Stromtarife, um 8% bei den öffentlichen Nahverkehrsmitteln, um 10% bei der Bahn, um 11% bei der Krankenhausaufenthalts-Kostenbeteiligung, um 5% bei Medikamenten, um 30% bei Tabak, um 9,8% bei Mieten und um eine durchschnittliche Preissteigerung von 7% bei Produkten des täglichen Lebens von Seife bis Bier. Parallel dazu wurde den privatwirtschaftlichen Unternehmen 45 Milliarden Franc und diversen nationalisierten Betrieben 20 Mrd. F. bewilligt.

Im April '83 ging die „Reform" des Gesundheitswesens weiter: Seitdem müssen die Patienten 20 F. pro Krankenhaus-Tag selbst zahlen. Eine weitere „Reform" — nämlich eine 12prozentige Senkung der Kostenübernahme durch die Kassen bei bestimmten Operationen wie etwa Blinddarm-Entfernung — scheiterte an allgemeiner Empörung. Dafür wurde an anderer Stelle eingespart: arbeitsunfähige pensionierte Arbeiter bekommen keine Arbeitsunfähigkeitsrente mehr ausgezahlt, sondern nur noch die reguläre Rente. Wobei diese ebenfalls gekürzt wurde (nur noch 65% des früheren Lohns).

Die Beiträge für die Arbeitslosen-Versicherung wurden für die Lohnabhängigen um 0,4%, für die Unternehmer um 0,6% erhöht — bei gleichzeitiger Verschlechterung des Arbeitslosengeldes. Als Grundlage dafür gilt nicht mehr der Lohn der letzten drei, sondern derjenige der letzten sechs bis zwölf Monate. Dieser längere Berechnungszeitraum, der die Inflationsrate und angepaßte Lohnerhöhungen ignoriert, verschlechtert real die Situation der Arbeitslosen. Darüber hinaus ist die Bezugsdauer des Arbeitslosen-Geldes gekürzt worden. Früher erhielt jeder, der mindestens 91 Tage beschäftigt war, drei Jahre lang die Grundleistung. Heute wird je nach vorausgegangener Beschäftigungsdauer 91 bis höchstens 912 Tage lang gezahlt.

Bei Kündigungen, die nicht aus wirtschaftlichen Gründen (s.o.) erfolgt sind, sind die Sperrzeiten von sechs Wochen auf drei Monate erhöht worden. Die zusätzliche Leistung bei Kündigungen aus wirtschaftlichen Gründen wird nicht mehr wie früher ein ganzes Jahr, sondern nur noch sechs Monate lang ausgezahlt.

Nach wie vor müssen etwa 12% der französischen Lohnabhängigen vom Mindestlohn leben. Dieser beträgt bei einer 39 Stunden-Woche 3600 F. (ca. 1.200 DM). Im Mai '81 betrug der gesetzliche Mindest-Stundenlohn 15,20 F., heute sind es 21,55 F, d.h. 7 DM brutto ... Die Gewerkschaften berechneten, daß diese Anhebung des Mindest-Stundenlohns real nur einen Franc bedeutet — der Rest wird von gestiegenen Lohnabzügen, Versicherungsbeiträgen und Steuern verbraucht.

Diese „*Politik des Mutes*", so Wirtschaftsminister J. Delors, soll noch drastischer fortgesetzt werden. Der Haushalt '84 sieht bei einem Gesamtvolumen von 900 Mrd. F. eine Steigerung der Gesamtausgaben um 7% vor. Da allerdings die Inflationsrate etwa bei 9% liegt, handelt es sich real um eine Senkung. Ausgenommen von diesem Sparprogramm sind jedoch drei Ministerien: Industrie, Verteidigung und Forschung. In diesen Bereichen sollen die staatlichen Ausgaben durchschnittlich um 16% erhöht werden.

Mit Volksgemeinschafts-Demagogie werben Mitterand und seine Regierung um Ruhe: „*Die Anstrengung, die ich den Franzosen abverlange, wird nur dann ertragbar sein, wenn sie gerecht auf alle verteilt wird, wenn also die nationale Solidarität voll zum Zuge kommt*", predigt der Präsident (LM, 3.2.84). „*Wenn wir (!) unsere (!) Betriebe nicht oder zu spät modernisieren, dann haben wir schon jetzt den Wirtschaftskrieg verloren, dann ist die Arbeitslosigkeit nicht mehr rückgängig zu machen*". Schamlos entwirft „Sozialist" Mitterand das Bild einer Gesellschaft, in der die Unternehmer als neue Freunde und Helfer der Arbeiterklasse sich den Kopf um deren Glück zermartern: „*Wenn ein Betrieb neue Technologien einführt, reduziert er seine Belegschaft. Ein modernisierter Betrieb aber vergrößert seinen Markt, seine Situation verbessert sich, er bekommt neue Aufträge — und der Betrieb stellt neu ein*" (ebda.). Heute wird eben nur entlassen, um demnächst Arbeit für alle zu schaffen.

Der „französische Sozialismus" bedeutet in der Tat vor allem, daß man sich in Geduld übt. 1981 wurde der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zur Priorität der Prioritäten erklärt. Eine Million arbeitsloser Jugendlicher sollte einen Arbeitsplatz erhalten. Anderthalb Millionen neue Arbeitsplätze sollten bis 1985 geschaffen werden. Die Realität ist eine andere: Von Wirtschaftsexperten wird der tatsächliche jährliche Zuwachs der Arbeitslosenzahl seit 1981 auf 400.000 geschätzt.

Den harten Fakten wird von der PS vor allem mit einer Revolution der Sprache begegnet: Man spricht nicht länger vulgär von Arbeitslosen, Entlassenen oder Abbau der Arbeitsplätze. Stattdessen heißt es „*Modernisierung*", „*Konversion*", „*technischer Urlaub*", „*Umschulungs-Urlaub*", „*Synchronisierung*", „*Anpassung*", „*Überbelegung*" etc. pp. Der „FAZ" (15.12.83) fällt es leicht zu kommentieren: „*Der Erfolg der sozialistischen Beschäftigungspolitik erscheint daher vielen Fachleuten in Frankreich als eine große Verschleierung der Wirklichkeit*". Gerade die sprachlichen Verschleierungs-Anstrengungen seitens der PS lassen aber auch deutlich erkennen, daß eine Änderung dieser Art von „sozialer" Politik nicht beabsichtigt ist, d.h. daß die PS selber nicht von einer Veränderung in absehbaren Zeiträumen ausgeht.

Der Kampf bei Talbot

Anfang Dezember begann im Peugeot-Tochterbetrieb Talbot (ehemals Simca, dann Chrysler-France) von Poissy in der Pariser Region ein Streik gegen 2.905 Entlassungen. Die Parole der Streikenden lautete: „Keine einzige Entlassung!" Am 8.12. wurde der Betrieb besetzt. Zweimal griff die CRS ein — in der Silvesternacht und am 6. Januar.

Talbot gehört Frankreichs größtem Privatunternehmen, dem PSA-Konzern, der bereits im Mai '83 ankündigte, 8. bis 12.000 Arbeiter entlassen zu wollen. Dieser Konzern, von Peugeot und Michelin kontrolliert und vormals größtes Automobil-Unternehmen Westeuropas, nimmt heute — nach Renault und Fiat, und vor Ford und VW — den dritten Platz ein. Von der Konzernleitung ist die Liquidierung von Talbot als kleinster französischer Automobilfirma seit längerem anvisiert. Der Marktanteil von Talbot, früher 10,2%, beträgt heute nur noch 4,5%. Zwischen 1978 und 1982 wurde die Talbot-Belegschaft von 25.000 auf 17.000 reduziert.

Von den übriggebliebenen 17.000 Talbot-Werktätigen sind 10.000 sogenannte „*OS*", d.h. Arbeiter ohne besondere Qualifikation. Von diesen 10.000 wiederum sind 65% Ausländer und über die Hälfte Marokkaner. Die überwiegende Mehrheit der ausländischen Arbeiter bei Talbot ist dort seit mindestens 10 Jahren beschäftigt.

Ihre Lage ist für Frankreich repräsentativ. Derzeit leben in Frankreich

mindestens 10 Jahren beschäftigt.

Ihre Lage ist für Frankreich repräsentativ. Derzeit leben in Frankreich

4,5 Millionen Ausländer/innen. Sie bilden 8% der Gesamtbevölkerung und 9% der arbeitenden Bevölkerung. 85% der ausländischen Werktätigen sind „*OS*". Sie stellen 17,5% der gesamten Arbeiterklasse. Besonders stark vertreten sind die Ausländer auf dem Bausektor (25%), im Automobilbau (über 15%), im Bergbau (über 10%), in der Metallindustrie (über 15%) und nicht zuletzt im Dienstleistungs-Sektor wie bei der Müllabfuhr (75%!). Gerade diese Bereiche sind besonders stark der „Modernisierung" ausgesetzt. Im Zeitraum von 1976 bis 1981, also noch unter Giscard, waren von 385.000 Entlassungen 225.000 ausländische Werktätige betroffen. Ein anderes, aktuelles Beispiel unter der gegenwärtigen Regierung: 1982 trafen 12% der Entlassungen beim Bau Ausländer. (Zahlen aus LM, 1.2.84).

Seit Mitterands Amtsantritt führten ausländische Arbeiter im Automobil-Bereich verschiedene Streiks durch:

— 1981 in zwei Renault-Werken (Sandouville und Billancourt);
— 1982 im Renault-Werk Flins sowie in zwei Citroen-Betrieben (Aulnay und Levallois);
— 1983 wiederum in den beiden genannten Citroen-Werken sowie bei Talbot/Poissy.

Sie fordern das Recht auf Arbeit und die Gleichstellung mit den französi-


CSL-Angriff 5./6.1.84

schen Arbeitern in den Betrieben (gewerkschaftliche Organisierungsrechte, Versammlungs- und Redefreiheit). Sie fordern auch das von ihnen so formulierte „*Recht auf Würde*", d.h. Ausbildung und Weiterbildung, unter der Parole „*Non aux OS à vie! — wir wollen keine lebenslänglichen Hilfsarbeiter sein!*"

Bei Talbot/Poissy konnten von 4.400 marokkanischen Arbeitern 88% keine Schule besuchen. Der gleiche Anteil von ihnen kann nicht französisch lesen.

Bevor die jüngsten Auseinandersetzungen geschildert werden, muß etwas zur spezifischen Hausordnung der PSA-Betriebe gesagt werden. Bei Talbot ist die KP-nahe CGT Mehrheitsgewerkschaft. Sie erhielt bei den letzten Wahlen 42,25% der Stimmen. 8,15% bekam die „sozialistische" CFDT und 34,72% die Unternehmer-Miliz CSL.

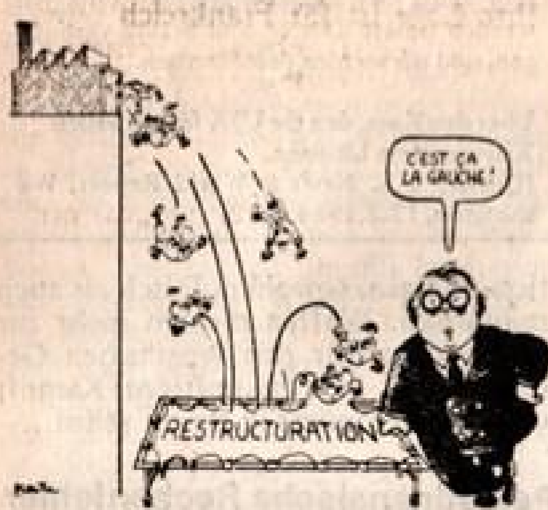


Polizeiräumung

Die PSA-Ordnung

Innerhalb des PSA-Trusts herrscht seit Jahren eine spezifische Hausordnung, die früher von der sog. Gewerkschaft CFT („Französische Konföderation der Arbeit"), heute von ihrer Nachfolgeorganisation CSL („Konföderation der freien Gewerkschaften") garantiert wird. Die CFT/CSL setzt sich aus ehemaligen Angehörigen gaullistischer Parallelpolizeien wie des SAC, der antikommunistischen Organisation „Travail et Liberté" („Arbeit und Freiheit") und der faschistischen PFN zusammen („Partei der neuen Kräfte") von J.-M. Le Pen; siehe hierzu Artikel in AK 242). „Travail et Liberté" galt als Hort ehemaliger Mitglieder des Ordnerdienstes der RPR, einer 1947 von de Gaulle gegründeten antikommunistischen Truppe, in der sich Kollaborateure und ähnlich liebenswürdiges Gesindel wiederfanden. **Auf ihrem letzten nationalen Kongreß erklärte die CSL die Vertreibung der Ausländer aus Frankreich zu einer ihrer Hauptaufgaben.**

Diese Spezies von Unternehmer-Miliz tauchte erstmals Ende der fünfziger Jahre bei Simca auf. Die Arbeit der CFT bestand unter anderem in der Rekrutierung willfähriger Arbeitskräfte im Ausland selbst. Dies geschah vor allem in Marokko und dort in Zusammenarbeit mit der Polizei von König Hassan II. Die Wohnheime der Ausländer in Frankreich wurden ebenfalls von der CFT kontrolliert. In den Betrieben der Peugeot-Familie arbeiteten linke Gewerkschafter noch bis Ende der sechziger Jahre in der Klandestinität. Die Entdeckung ihrer Mitgliedschaft in CGT oder CFDT führte zu Erpressungen, Morddrohungen und ähnlichem mehr. Dieser Terror war verantwortlich für den Selbstmord eines CGT-Gewerkschafters bei Peugeot/Sochaux 1980. Innerhalb von weniger als drei Jahren hatte er 75 Mahnungen und Drohungen erhalten.



„Das ist die Linke!" (Le Monde)

Als bei der Auseinandersetzung bei Talbot die Situation eintrat, daß nur noch wenige an der Betriebsbesetzung teilnahmen, griffen die CSL-Truppen die Arbeiter in barbarischer Weise, wie sie nur selten bekannt wurde, an: Am 5. Januar um 7 Uhr morgens stürmten etwa 1.000 CSL-Aktivisten, bewaffnet mit Fleischerhaken, Bolzen und Schleudern und mit dem Schlachtruf „Kanacken in den Ofen", auf die Arbeiter los. Ein ausländischer Kollege verlor ein Auge; hundert wurden verletzt. Tags darauf verteilte die faschistische PFN in Poissy ein Flugblatt mit der Überschrift: „*Setzen wir das Saubermachen fort!*" Die PFN rühmte sich: „*Am Donnerstag, den 5. Januar, haben wir die Mitglieder der CSL von Poissy und vom gesamten Peugeot-Trust aus Sochaux, Aulnay, Nanterre, Rennes und Paris u.a. bei einer großen Aufräum-Aktion im Werk von Poissy unterstützt ... Nachdem wir bei Talbot aufgeräumt haben, werden wir jetzt Poissy von allen Faulenzern, Ausländern und Chaoten befreien*" (zit. nach „Rouge", Zeitung der LCR/IV. Internat., vom 13.-19.1.84).

CGT und CFDT

Im Dezember '83 handelten bei Abwesenheit der beiden Gewerkschaften CGT und CFDT die Regierungsvertreter Mauroy (Premierminister, PS) und Ralite (Beschäftigungsminister, KPF) mit der PSA-Leitung ihre „exemplarische" (so Mauroy) Konfliktlösung aus: 1.905 statt 2.905 Entlassungen. Generös sagte die PSA-Leitung den 1.905 Entlassenen einen Rabatt von 20.000 F auf den Kauf eines Autos zu, wenn dieses „zu Arbeitszwecken eingesetzt" wird. Die Regierungsseite brachte hundert Umschulungen ins Gespräch sowie „Rückkehrprämien" für die ausländischen Kollegen, die sich in der astronomischen Höhe von 20.000 bis 40.000 F bewegen, d.h. zwischen 6.000 und 12.000 DM. Außerdem ist Unternehmern, die bereit sind, einen ehemaligen, am Streik beteiligten ausländischen Talbot-Kollegen einzustellen, eine Belohnung von 20.000 F pro Kopf in Aussicht gestellt worden.

CGT und CFDT hatten beide unter der gemeinsamen Losung „*Keine einzige Entlassung*" den Kampf bei Talbot begonnen. Nach der ersten polizeilichen Räumung rief die CGT zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Die CFDT dagegen forderte zur weiteren Besetzung auf. Vor der zweiten Räumung am 6. Januar besetzten nur noch weniger als 1.000 Arbeiter eine Betriebshalle.

Die erste polizeiliche Räumung erfolgte mit der Zustimmung der Regierung. Das zweite Mal rief die Sektion der CFDT bei Talbot selber die CRS, als die CSL eine noch besetzte Halle angriff (siehe oben).

Mittlerweile haben beide Gewerkschaften die 1.905 Entlassungen zur Kenntnis genommen. Die CGT erklärt, dies müsse man zur Verteidigung der übrigen 15.000 Arbeitsplätze hinnehmen. Die CFDT-Sektion bei Talbot ersetzte die ursprüngliche Parole durch „*Kein einziger Entlassener darf hängengelassen werden*".

Über das unterschiedliche Vorgehen von CGT und CFDT erregten sich die Gemüter. Hier wie dort lobte die linke Presse die CFDT und schalt die CGT als vermeintlich Schuldige für die Niederlage. Allgemein stellt sich indes die Frage, ob den Entlassungsplänen der Kapitalisten noch Betrieb für Betrieb begegnet werden kann, wie es vor 10 Jahren praktiziert wurde. Dieses Problem ist aufgrund der allseitigen Krisensituation entstanden, die nicht automatisch eine breitere Solidarisierung anderer Volksschichten produziert, sondern sie zumindest aktuell bremst. Angesichts der angekündigten allseitigen Offensive der Unternehmer fragt sich, ob der Widerstand einer einzelnen Belegschaft dem gewachsen sein kann.

Im konkreten Fall ist zunächst einmal das wortradikale Auftreten der CFDT-Führung bemerkenswert: Denn die gleiche CFDT-Führung attackiert ansonsten die CGT stets als „maximalistisch" oder ähnlich. Freilich erst seit dem 10. Mai 1981. Erstaunlich ist auch, daß „Libération" plötzlich einen Faible für die Interessen der Arbeiterklasse entdeckte — eine Zeitung, die wenig später unter der Parole „*Vive la crise!*" um alternatives Verständnis für die Regierungspolitik warb. Zwar ist die Rolle der KPF-Minister in der Talbot-Auseinandersetzung weder rühmlich noch zufällig. Doch werden bei der Kritik aus vordergründiger Absicht aus drei Leuten zwei gemacht — als ob KPF-Ralite a l l e i n e mit der Konzernleitung von PSA verhandelt hätte. Nun: Die PS war mit von der Partie.

Trotzdem griff die CFDT-Führung schamlos die CGT an, sie begreife sich wohl als „*Transmissionsriemen des Staates*", sie sei eine „*leninistische Gewerkschaft*", eine „*Jakobiner-Gewerkschaft*" u.ä.m.

Wenig überraschend ist, daß hierzulande Winfried Wolf („was tun"/GIM) das gleiche Strickmuster benutzt: „*Jetzt sagt die CGT plötzlich Ja zu 2.000 Entlassungen ... Der Schwenk kommt nicht von ungefähr. Immerhin ist es Jack Ralite, der diesen ‚Kompromiß' mit der PSA-Konzernleitung zu verantworten hat (!). Er ist Beschäftigungs-Minister in der Mitterand-Regierung und KP-Mann. Und die CGT ist die der KP nahestehende Gewerkschaft*" („konkret", Februar '84). (In „La brèche", Zeitung der IV. Intern. in der Schweiz, phantasiert W.W. übrigens gar von einer „vierten Gewerkschaft" bei Talbot, nämlich derjenigen „*der Dissidenten der CGT: der Schwenk der CGT führte dazu, daß sich der größte Teil der alten CGT-Basis von der offiziellen CGT löste und sich getrennte Strukturen gibt*". Da scheint der Wunsch mal wieder schneller als die Realität gewesen zu sein ...).

Dagegen sprach die französische Sektion der Vierten, LCR, die in der Talbot-CFDT an bedeutender Stelle repräsentiert ist, von einem „*gezinkten Spiel der CFDT-Führung*" („Rouge", 20.-26.1.84). Wie dem auch sei: Über schlechte Beziehungen zum Staatsapparat kann sich die „der PS nahestende Gewerkschaft" CFDT bestimmt nicht beschweren. Um das Imbroglio perfekt zu machen, wurde die CFDT von den Regierungsmitgliedern der PS einhellig schwer kritisiert („zu radikal" u.ä.), während Zeitungen wie „Le Monde", die mittlerweile eine reine Hofberichterstattung für die PS pflegen, die „gewerkschaftliche Spaltung" bedauerten und genüßlich über die CGT herzogen. So erregte man sich in diesen Medien zwar berechtigterweise über Äußerungen des CGT-Chefs Krasucki — etwa anläßlich des CSL-Übergriffs, wo „Kra-Kra" in bewährter Revi-Manier von „*linken und rechten Provokateuren*" und „*betriebsfremden Elementen*" sprach — daß aber die Pariser CGT eine Protestdemonstration mit immerhin 12.000 gegen den Überfall durchführte, wurde mit dem Schwamm des Schweigens weggewischt.

Sei's drum: Was Maire, Generalsekretär der CFDT und PS-Mitglied, mit seinen exaltierten Reden zu Talbot tatsächlich meinte, enthüllte er noch rechtzeitig. Zwar begann er seine Pressekonferenz am 10. Januar mit den Worten: „*Auf der Seite der entrechteten Arbeiter zu stehen — das ist das ABC des Syndikalismus*". Doch folgte sogleich ein modern-sozialistischer Einwand: „*Wir wissen, daß es bei Talbot und anderswo Überbelegungen gibt*". Und damit auch kein Mißberständnis übrigbleiben kann: „*Wenn es Leute in unserem Land gibt, die Realitäten leugnen, dann aber nicht bei uns*". In staatsmännischem Ton fährt er fort: „*Wir haben offene Augen. Wir wollen Rigorosität mit Ambition verbinden, um einen neuen Wachstumstypus zu beherrschen ... Wir haben die Ambition und den Willen, uns mit aller Kraft an der Modernisierung unserer (!) Industrie zu beteiligen (...) Versetzungen erfolgreich durchzuführen (...), eine bessere berufliche Mobilität zu erreichen*". Die Kampfmethode dazu soll sein: „*In unserer entwickelten Gesellschaft gibt es keinen Fortschritt ohne Verhandlungen und Absprachen*". Und dabei ist etwas schief gelaufen: „*Die Methode von Talbot kann nur zur Unordnung, zur ökonomischen Verschwendung und zur Arbeiter-Revolte führen*" (LM, 11.1.84). Mensch sieht: Maire würde einen mindestens ebenso schlechten Beschäftigungsminister abgeben wie Ralite ...

Am Gesellschaftsspiel „Wem gebe ich die Schuld?" beteiligt sich die KPF, die an der Beibehaltung ihrer vier Minister-Sessel interessiert ist, notwendigerweise mit gebremster Energie. Immerhin ist die Kritik an Ralite anzumerken, weil er beim Abkommen mit PSA die CGT und CFDT nicht hinzuzog. Ansonsten scheint es sich bei der KPF-Führung ähnlich zu verhalten wie bei der PS: Je härter das Leben, desto reicher die Phantasie. Marchais, Generalsekretär der KPF, offenbarte anläßlich einer ZK-Sitzung: „*Ich bin dafür, daß Betriebe Profite abwerfen. Ich bin dafür, daß die Arbeiter die Früchte ihrer Arbeit ernten. Und ich bin dafür, daß Aktionäre anständige Erträge erwirtschaften*" (nach „Rouge", 2.2.84 und „Le Monde", 20.1.84). Es könnte alles so schön sein, wären nicht die Unternehmer so unredlich: „*Im Fall des Automobilbaus, der 1982 238.000 Arbeitsplätze stellte, bedeutet die Einführung der Roboter den Abbau von 476 Arbeitsplätzen. Die Unternehmer wollen aber bis 1985 45.000 Werktätige entlassen*" (LM, ebda.). 44.524 zuviel ...

Dazu hat die KPF bekanntlich ein Patent-Rezept: „*Die Roboter müssen in Frankreich konzipiert, fabriziert und gewartet werden*", erklärte Politbüromitglied Cl. Poperen (LM, 25.1.84).

Derweil schlagen linke Gewerkschafter/innen anderes vor:

- Nationalisierung des PSA-Konzerns ohne jegliche Entschädigung von Großaktionären,
- strafrechtliche Ermittlungen gegen die CSL,
- Befürwortung von Robotern, wenn diese der Verbesserung der Arbeitsbedingungen dienen, insbesondere, wenn sie die Fließbandarbeit ersetzen,
- Ausbildung der Arbeiter entsprechend der neuen Technologie,
- Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramme unter gewerkschaftlicher Kontrolle,
- für diejenigen ausländischen Kollegen, die es wollen, Rückkehrhilfen in Höhe von 200.000 F,
- 35-Stunden-Woche zur Verteilung der Arbeit auf alle,
- Aufbau und Koordinierung einer nationalen Bewegung unter der Losung „Keine einzige Entlassung".

Schließlich muß noch die Sorge der PS-Linken (CERES) erwähnt werden: „*Wer 1986 über 2,8 Millionen Arbeitslose hinnimmt, akzeptiert damit die Wahlniederlage der Linken*" (J. Chevènement, Wortführer des CERES; „taz", 15.12.83).

Frankreich-Kommission

Dackel Genscher in Den Haag

Erst war der niederländische Premier Lubbers in Sachen „Nachrüstung" zum Befehlsempfang bei Reagan und überläßt seither Parlament und Presse dem Rätselraten, wie Reagans Gebot für die Niederlande nun gelautet hat. Dann trabte BRD-Außenminister Genscher in Den Haag an und äußerte dortselbst auf einer Pressekonferenz: „*Ich kenne die niederländische Position und erwarte, daß alle Bündnispartner sich an die NATO-Absprachen halten werden.*" Und dann stand den Niederlanden noch Mitterrand ins Haus, von dem ähnliche Sprüche erwartet wurden.

Für den Kolumnisten der sozialdemokratisch orientierten Tageszeitung „de Volkskrant", Stoker, war das allesdann doch etwas zu herbe. Unter der Überschrift „**Maul halten**" (in deutsch! Stets wenn im Niederländischen etwas besonders bösartig-militaristisches oder -autoritäres ausgedrückt werden soll, werden dafür die entsprechenden deutschsprachigen Begriffe vewendet!) schreibt er: „*Kurz bevor im westdeutschen Parlament über die Pershings abgestimmt wurde, machte Bonn bekannt, daß die Niederlande keinen Kommentar geben durften, denn das würde ‚eine unfreundliche Handlung' sein. Welche Strafe darauf stand, wurde nicht dazu gesagt, aber auf den Rat von Dr. L. de Jong hielten wir tunlichst die Klappe* (Anm. AK: De Jong ist Direktor des „Reichsinstituts für Kriegsdokumentation" und Verfasser eines vielbändigen Werkes über die Niederlande im 2. Weltkrieg, was natürlich größtenteils die Geschichte der Niederlande unter **deutscher** Besetzung ist). *Jetzt kommt der deutsche Dackel Genscher nach Den Haag, um uns zu erzählen, daß wir die Cruise Missiles nehmen müssen. Und Montag kommt der nicht minder glatte Pudel Mitterrand dasselbe fordern. Fürsprecher der Atomraketen, und die gibt es, argumentieren oft mit der Deutschen Gefahr und mit der Heiligen NATO, aus der man niemals austreten darf. Und dann kommen ein Deutscher und der Präsident des einzigen Landes, das jemals die NATO verlassen hat, uns Rat erteilen!*

Gegen Amerika kommen wir nicht an, schon gar nicht, wo jetzt unbekannt bleibt, was Reagan Lubbers genau geboten hat. Aber gegen die Achse Bonn-Paris müssen wir standhalten. Wenn Genscher und Mitterrand über Woensdrecht (Anm. AK: Vorgesehener Stationierungsort in den Niederlanden) *mitbestimmen wollen, dann sollen sie erst vier Jahre unsere Straßen fegen kommen, und dann, mit der Mütze in der Hand, um die niederländische Nationalität bitten.*

An die Waffen! Alle Bomben raus aus den Niederlanden, laßt uns anfangen mit dem Moffen (Anm. AK: Bezeichnung für Deutsche aus der Kriegszeit) *und dem Franzosen.*" („de Volkskrant", 3.2.1984).

Zwar sind die Niederlande ein kleiner Staat, viel Staat aber zu machen ist mit ihren Kolumnisten!

Niederlande-Kommission

Maul halten

Vlak voordat in het Westduitse parlement over de Pershings werd gestemd, maakte Bonn bekend dat Nederland geen commentaar mocht geven, want dat zou „een onvriendelijke daad" zijn. Welke straf daarop stond werd er niet bijverteld, maar op advies van dr L. de Jong hielden wij gedwee de bek. Nu komt de Duitse teckel Genscher naar Den Haag om te vertellen dat wij de kruisraketten moeten nemen. En maandag komt de niet minder gladde poedel Mitterrand hetzelfde eisen. Voorstanders van de atoomraketten, en die bestaan, schermen vaak met het Duitse gevaar en met de Heilige NATO waar je nooit uit moet lopen. En dan komen een Duitser en de president van het enige land dat ooit uit de NATO liep, ons raadgeven!

Tegen Amerika kunnen we niet op, zeker niet nu onbekend blijft wat Reagan precies aan Lubbers bood. Maar tegen de as Bonn-Parijs moeten we pal staan. Als Genscher en Mitterrand willen meebeslissen over Woensdrecht moeten ze eerst vier jaar onze straten komen vegen, en dan met de pet in de hand om de Nederlandse nationaliteit vragen.

Te wapen! Alle bommen Nederland uit, te beginnen met die mof en die fransoos.

Opposition im Libanon

Die NATO-„Friedenstruppe" hat — bis auf das französische Kontingent — die libanesische Hauptstadt Beirut verlassen und sich auf die Kriegsschiffe vor der libanesischen Küste zurückgezogen. Der noch „amtierende" libanesische Präsident Amin Gemayel kündigte die Annullierung des israelisch-libanesischen Abkommens an, das im Mai 1983 geschlossen wurde. Die Nationale Versöhnungskonferenz in Genf soll wieder tagen.

Die Wahl Gemayels im August 82 war von a l l e n heute in Opposition stehenden Gruppierungen und Parteien unterstützt oder zumindest mit vorsichtiger Kritik gutgeheißen worden — so damals auch vom Generalsekretär der Libanesischen Kommunistischen Partei, Hawi (siehe Interview). Selbst die israelische Invasion war von der schiitischen Bevölkerung im Süden und auch von den Drusen in den Choufbergen zunächst kampflos hingenommen worden; Widerstandsaktionen gab es von dieser Seite in der ersten Zeit der Invasion kaum.

Der israelische Besatzungsterror im Süden und der militärische Versuch Gemayels, einen faschistischen Libanon zu errichten, rief die Opposition in ihrer ganzen Breite auf den Plan. Schließlich hatten sie sich vom Präsidenten Gemayel nach Jahren des Bürgerkriegs und der Zerrissenheit die Schaffung eines einheitlichen Libanons, frei von allen „fremden" Truppen (auch der palästinensischen Kämpfer) und eine nationale Versöhnung sowie die Beteiligung an der Macht versprochen.

Die Invasion Israels führte zur Auflösung der Libanesischen Nationalen Bewegung, deren Vorsitzender der Drusenchef und Führer der Sozialistischen Partei, Jumblatt, war.

Die Angriffe der libanesischen Armee und der falangistischen Milizen auf Westbeirut (ebenfalls Hochburg der Schiiten) und in den von Drusen dominierten Chouf-Bergen führten im August 1983 zu schweren Kämpfen, die nach dem Waffenstillstand nicht zu ernsthaften Verhandlungen seitens Gemayels, sondern nach einer Atempause zu neuen militärischen Lösungsversuchen führte. Inzwischen haben sich zwei neue Bündnisse der Opposition gebildet: Die Nationale Widerstandsfront im Süden des Libanons, die den israelischen Truppen empfindliche Schläge versetzt und unter Führung der Libanesischen Kommunistischen Partei (Hawi) und der Kommunistischen Aktionsorganisation (Ibrahim Mohsen) steht, und die Nationale Errettungsfront, geführt von Jumblatt, dem ehemaligen Staatspräsidenten Frangieh (lange Zeit Verbündeter der Falangisten) und Rashid Karame, der unter der sunnitischen Bevölkerung Einfluß besitzt. Diese Front ist weitgehend von Syrien abhängig. Seit einigen Monaten arbeitet die einflußreiche schiitische Bewegung AMAL, die seit 1978 stark an Einfluß gewonnen hat und nicht zuletzt wegen ihrer religiösen Ausrichtung stark antikommunistisch ist, mit dieser Front zusammen. Auch in der Nationalen Widerstandsfront im Süden arbeitet AMAL mit.

Im folgenden dokumentieren wir drei Interviews: mit dem Führer der AMAL, Nabih Berri, mit dem Führer der Sozialistischen Partei, Jumblatt, und mit dem Generalsekretär der Libanesischen Kommunistischen Partei, George Hawi.

Nahost-Kommission

Walid Junblat — Yankees geht nach Hause!

aus: „AIB" Die Dritte-Welt-Zeitschrift, Nr. 3 / März 1984



Walid Junblat, Führer der Progressiven Sozialistischen Partei, der drusischen Gemeinschaft im Libanon (rund 400.000) und einer der drei Präsidenten der im Mai 1983 gegründeten Front der Nationalen Errettung, zählt zu den Schlüsselfiguren einer Lösung im kriegsmüden Land der Zedern. Kurz vor der Rückeroberung Westbeiruts durch die libanesische Opposition im Februar d.J. benannte er die aktuellen Ziele der von ihm repräsentierten Kräfte des libanesischen Widerstands.

Zur US-Verwicklung im Libanon

Die Vereinigten Staaten haben 1982 die falsche Methode angewandt, als sie mit der Begründung, daß der Libanon eine starke Regierung benötige, die Wahl von Präsident Beshir Gemayel (Phalangeführer, ermordet im September 1982; d. Red.) unterstützten. Aber eine starke Regierung muß das Resultat einer nationalen politischen Lösung sein. Sie kann nicht von den Amerikanern oder Israelis aufgezwungen werden. Darüber hinaus unterstützen die USA und Israel immer noch (den jetzigen Präsidenten) Amin Gemayel und seine Armee.

Die Armee ist wie die Todesschwadronen in El Salvador — sehr ähnlich, ungewöhnlich ähnlich. Schauen Sie sich nur den Report der französischen Kommission für Menschenrechte an, der aussagt, daß seit der israelischen Invasion 1.500 Menschen im Libanon verschwunden sind.

Zum Verhältnis zu Syrien

Ich spreche nicht für Syrien. Aber ich betrachte das libanesische und syrische Volk als ein Volk, eine Nation. Deshalb bin ich mit den Syrern eng verbunden. Und ich bin ein Araber.

Zur Internationalen Friedenstruppe

Die multinationale Streitmacht verhindert den Konflikt nicht. In Wirklichkeit hilft sie, die Kämpfe auszuweiten.

Zur weiteren Kriegführung

Amin Gemayel, ermutigt durch die Amerikaner, denkt immer noch, es sei möglich, einen militärischen Sieg über seine Opponenten zu erringen. Er versucht, die bewaffnete Volksrebellion gegen seine Regierung zu schwächen, indem er die südlichen, von Schiiten bewohnten Vororte Beiruts und die Drusen-Gebiete in den Schuf-Bergen systematisch zerstört.

Zu den Friedensbedingungen der Drusen

Wir haben erfolglos versucht, die Regierung Gemayel zu grundlegenden Reformen zu bewegen, darunter zu einer Volkszählung. Eine Volkszählung ist seit 1932 nicht mehr durchgeführt worden. Wir wollen ein Parlament, das gerecht gewählt wird, um dem Volk eine wahre Repräsentation zu geben. Außerdem besteht die Notwendigkeit, den wirtschaftlichen Wohlstand umzuverteilen.

Ich sehe keine Chance für eine Regelung, wenn sie nicht unsere Bedingungen akzeptieren. Warum gibt es zum Beispiel eine Ausgangssperre im (moslemisch dominierten) Westbeirut, nicht aber im (christlichen) Ostbeirut? Warum wird die Presse in Westbeirut zensiert?

Über die nationalen Versöhnungsgespräche in Genf

Es gibt keine Chance, daß die Gespräche (vom November 1983; d. Red.) fortgeführt werden, solange Gemayel Präsident ist. Er sollte jetzt zurücktreten. Ich bin nicht in der Lage und nicht willens, seine Politik und seine Verbrechen zu akzeptieren.

Ich glaube, daß eine politische Lösung im Moment einfach unmöglich ist. Es gibt zwei gegensätzliche, sich widersprechende politische Richtungen, und es ist unmöglich, sie miteinander auszusöhnen.

Über die drusische Bestimmung

Unsere Städte und Dörfer sind buchstäblich zerstört. Das tägliche Trommelfeuer trifft etwa 20 von unseren 100 Dörfern. Früher wohnten 250.000 Drusen im Schuf, heute sind es weniger als 100.000. Heute sind die Berge nahezu menschenleer, abgesehen von den Kämpfern.

Aber wir müssen leben. Wir hängen an diesem Land, das Libanon genannt wird. Wir werden unsere Dörfer und Städte verteidigen, und wir werden dafür sterben.

Über den Kurs, den die USA fahren sollen

Raus aus dem Libanon.

(Quelle: U.S. News & World Report, Washington, 13.2.1984, S.32)

aus: „AIB" Die Dritte-Welt-Zeitschrift, Nr. 3 / März 1984

Nabih Berri
Gemayel sollte verschwinden

Nabih Berri ist Vorsitzender der schiitischen Bewegung Amal („Hoffnung"), die 1975 von Imam Mussa Sadr gegründet wurde und heute über eine ca. 10.000 Mann starke Miliz verfügen soll. Berris Bewegung arbeitet, im Unterschied zur fanatischen schiitischen Islamischen Amal Hussein Mussawis (sie spaltete sich Ende 1982 von der Amal-Bewegung ab), eng mit der Nationalen Errettungsfront zusammen. So auf der Genfer Versöhnungskonferenz vom November 1983 (siehe AIB 1/1984, S. 8ff.) und bei der Rückeroberung Westbeiruts Anfang Februar d.J.
In einem Gespräch mit dem Spiegel vom



nicht einnehmen. Es ging darum, die Bewohner zu terrorisieren, um sie zur Flucht zu bewegen und dadurch das soziopolitische Gewicht dieser Bevölkerung, die die Staatsmacht behindert, zu verringern. Sie ist gegen den Konfessionalismus, gegen die Feudalen, die sie im Parlament vertreten, gegen das libanesisch-israelische Abkommen vom 17. Mai 1983, und entschlossen, den Libanon von Süden her zu befreien.
FRAGE: Welchen politischen Ausweg aus der Krise sehen Sie angesichts der Tatsache, daß Präsident Gemayel nicht zurücktreten will?
N. BERRI: Wir wollen Präsident Gemayel nicht stürzen, aber wir schätzen ein, daß er zurücktreten muß. Um innerhalb der verfassungsmäßigen Formen zu bleiben, nehmen wir Zuflucht zum parlamentarischen Verfahren. Schließlich brauchen die Maroniten nur einen anderen maronitischen Präsidenten zu wählen.

lis aufgezwungen werden. Darüber hinaus unterstützen die USA und Israel immer noch (den jetzigen Präsidenten) Amin Gemayel und seine Armee.
Die Armee ist wie die Todesschwadronen in El Salvador — sehr ähnlich, ungewöhnlich ähnlich. Schauen Sie sich nur den Report der französischen Kommission für Menschenrechte an, der aussagt, daß seit der israelischen Invasion 1.500 Menschen im Libanon verschwunden sind.
Zum Verhältnis zu Syrien
Ich spreche nicht für Syrien. Aber ich betrachte das libanesische und syrische Volk als ein Volk, eine Nation. Deshalb bin ich mit den Syrern eng verbunden. Und ich bin ein Araber.
Zur Internationalen Friedenstruppe
Die multinationale Streitmacht verhindert den Konflikt nicht. In Wirklichkeit hilft sie, die Kämpfe auszuweiten.
Moment einfach unmöglich ist. Es gibt zwei gegensätzliche, sich widersprechende politische Richtungen, und es ist unmöglich, sie miteinander auszusöhnen.
Über die drusische Bestimmung
Unsere Städte und Dörfer sind buchstäblich zerstört. Das tägliche Trommelfeuer trifft etwa 20 von unseren 100 Dörfern. Früher wohnten 250.000 Drusen im Schuf, heute sind es weniger als 100.000. Heute sind die Berge nahezu menschenleer, abgesehen von den Kämpfern.
Aber wir müssen leben. Wir hängen an diesem Land, das Libanon genannt wird. Wir werden unsere Dörfer und Städte verteidigen, und wir werden dafür sterben.
Über den Kurs, den die USA fahren sollen
Raus aus dem Libanon.
(Quelle: U.S. News & World Report, Washington, 13.2.1984, S.32)

aus: „AIB" Die Dritte-Welt-Zeitschrift, Nr. 3 / März 1984

Nabih Berri — Gemayel sollte verschwinden

Nabih Berri ist Vorsitzender der schiitischen Bewegung Amal („Hoffnung"), die 1975 von Imam Mussa Sadr gegründet wurde und heute über eine ca. 10.000 Mann starke Miliz verfügen soll. Berris Bewegung arbeitet, im Unterschied zur fanatischen schiitischen Islamischen Amal Hussein Mussawis (sie spaltete sich Ende 1982 von der Amal-Bewegung ab), eng mit der Nationalen Errettungsfront zusammen. So auf der Genfer Versöhnungskonferenz vom November 1983 (siehe AIB 1/1984, S. 8ff.) und bei der Rückeroberung Westbeiruts Anfang Februar d.J.

In einem Gespräch mit dem Spiegel vom 13.2.1984 forderte N. Berri den Rücktritt von Präsident A. Gemayel und die Überwindung des konfessionellen Verfassungssystems (Nationalpakt von 1943, der eine Vorherrschaft der maronitisch-christlichen Minderheit festschreibt). Er bekannte sich zur Zusammenarbeit mit der Nationalen Errettungsfront bzw. mit deren Präsidenten Walid Junblat und mit Syrien.

Wie diese fordert er den vollständigen Abzug der US-amerikanischen und israelischen Militärkontingente sowie die Aufkündigung des Separatabkommens Libanon-Israel vom Mai 1983.



FRAGE: Welche Gründe haben Sie veranlaßt, die Schlacht um Westbeirut auszulösen?

N. BERRI: Der unmittelbare Grund war die Absicht der Staatsmacht, die in Westbeirut stationierte 6. Brigade der Armee durch jene zu ersetzen, die drei Tage vorher die südlichen Vororte verwüstet hatte. Als am Montag, dem 6. Februar, gegen 10 Uhr 20 Panzer vorrückten, um in Westbeirut einzuziehen, gaben wir den Befehl zum Kampf.

Dies ist jedoch nur der Auslöser eines wesentlich tiefergehenden Konflikts, der von den südlichen Vororten ausgeht.

FRAGE: Warum die südlichen Vororte?

N. BERRI: In diesen Vororten vor den Toren Beiruts leben 25% der libanesischen Bevölkerung (ungefähr 700.000 Personen).

Diese Zone ist sicherlich in ihrer großen Mehrheit schiitisch, aber dort wohnt auch eine nicht unwesentliche Anzahl von Christen, besonders in Haret-Hreik — und sie sind noch immer dort — sowie Sunniten und Drusen. Alle diese Leute haben nur eine Gemeinsamkeit: es sind Arme und Mittellose. Die südliche Vorstadt ist andererseits ein Knotenpunkt der Straßen der südlichen Beeka-Ebene und des Flughafens.

Wir haben den Präsidenten Amin Gemayel nach seiner Wahl aufgefordert, aus den südlichen Vororten ein Modell einer gerechten Verwaltung zu machen. Ich habe alles versucht. Ich habe mich dreimal mit Präsident Gemayel getroffen und ungefähr zehnmal mit seinen Beratern. Ohne Erfolg.

Die durch die Staatsmacht „phalangisierte" Armee behandelt diese arme Bevölkerung wie das südafrikanische Regime seine Schwarzen.

Die libanesischen Kräfte (Milizen der von den Phalangisten dominierten Libanesischen Front; d. Red.) kamen in die Vororte. Sie eröffneten sogar Büros, namentlich in Borj Barajneh und in Haret-Hreik, und wirkten unter dem Schutz der Armee.

Ich habe dann mit friedlichen Mitteln versucht, die Staatsmacht vor einem solchen Eindringen zu warnen. Man mußte auf jeden Fall verhindern, daß sich das Drama von Nabaa, einem anderen armen Schiiten-Viertel wiederholt, dessen Einwohner 1976 durch die Phalangisten verjagt wurden. Ich organisierte Versammlungen, hielt Pressekonferenzen ab, alarmierte die Öffentlichkeit. Ohne größeren Erfolg.

Als unsere Milizionäre sich am 2. Februar d.J. der Kirche Mar Mikhael, die von der libanesischen Armee gehalten wurde, bemächtigten — was ich zugeben will, um unnütze Diskussionen zu vermeiden —, erwartete ich einen Gegenangriff der Armee, um diese Position zurückzuerobern und ich akzeptierte dies. Doch nichts dergleichen geschah.

Anstatt zu kämpfen, ließ die Armee die dicht bevölkerten Viertel der südlichen Vororte während 18 Stunden durch 60 Panzer bombardieren. 170.000 Einwohner mußten ihre Häuser verlassen. Das ist ein historisches Verbrechen.

Selbst nach diesem barbarischen Bombardement habe ich nicht den Rücktritt des Präsidenten gefordert. Ich wandte mich an das libanesische Volk und wies darauf hin, daß unsere maronitischen Brüder eine verantwortliche Haltung einnehmen müßten, um den Präsidentenposten zu behalten, und ich hörte die Rundfunkerklärung von Herrn Gemayel. Aber dieser fand weder ein Wort des Bedauerns noch suchte er Verantwortlichkeiten festzustellen.

Ich schloß daraus, daß ein solcher Präsident unannehmbar ist.

Um trotz alledem die Gesetzlichkeit zu respektieren, wollte ich das Parlament einschalten, indem ich die Reduzierung der Amtszeit von Herrn Gemayel von 6 auf 2 Jahre vorschlug.

Da kein Oberster Gerichtshof besteht, wollte ich die Abgeordneten, die ihn gewählt haben, dazu verpflichten, sich zu einer Verantwortlichkeit für diese Verbrechen zu äußern. Da ich weder selbst Abgeordneter bin noch Einfluß im Parlament habe, weiß ich, daß ich über weniger Trümpfe als Präsident Gemayel verfüge. Aber ich wollte, daß diese Angelegenheit vor eine Art Tribunal der Geschichte kommt, und ich verfügte über keine andere Instanz.

FRAGE: Warum war die Schlacht so heftig? Glauben Sie, daß eine Invasion der südlichen Vororte vorbereitet wurde?

N. BERRI: Man kann die südlichen Vororte nicht einnehmen. Es ging darum, die Bewohner zu terrorisieren, um sie zur Flucht zu bewegen und dadurch das soziopolitische Gewicht dieser Bevölkerung, die die Staatsmacht behindert, zu verringern. Sie ist gegen den Konfessionalismus, gegen die Feudalen, die sie im Parlament vertreten, gegen das libanesisch-israelische Abkommen vom 17. Mai 1983, und entschlossen, den Libanon von Süden her zu befreien.

FRAGE: Welchen politischen Ausweg aus der Krise sehen Sie angesichts der Tatsache, daß Präsident Gemayel nicht zurücktreten will?

N. BERRI: Wir wollen Präsident Gemayel nicht stürzen, aber wir schätzen ein, daß er zurücktreten muß. Um innerhalb der verfassungsmäßigen Formen zu bleiben, nehmen wir Zuflucht zum parlamentarischen Verfahren. Schließlich brauchen die Maroniten nur einen anderen maronitischen Präsidenten zu wählen.

Wir fordern nicht, daß er schiitisch sei, wir sind noch nicht soweit, den Nationalpakt von 1943 in Frage zu stellen. Amin Gemayel benimmt sich noch immer wie ein Mitglied der phalangistischen Partei und vergißt, daß er der Präsident aller Libanesen ist.

FRAGE: Es ist also eine Sackgasse?

N. BERRI: Ja, wir sind in einer Sackgasse. Und es ist nicht möglich, aus ihr herauszukommen, ohne den Präsidenten zu wechseln. Wir hatten auf der Genfer Konferenz Vorschläge vorgelegt, von denen alle Punkte zur Verhandlung stehen, bis auf zwei: die Abschaffung des libanesisch-israelischen Abkommens und die arabische Identität des Libanon.

Wir lehnen es ab, daß der Libanon, wie es einige Phalangisten oder Mitglieder der Libanesischen Front behaupten, ein christliches Land sei. Aber wir wollen auch nicht, daß er ein moslemisches Land sei.

FRAGE: Welcher Natur sind Ihre Beziehungen zu Imam Khomeini?

N. BERRI: Im Westen versteht man nicht, daß Khomeini für uns ein verehrungswürdiger Mann und eine große religiöse Autorität ist, ohne daß wir jedoch eine politische Beziehung zu ihm oder zum Iran hätten. Es ist in etwa die gleiche Beziehung wie zwischen einem katholischen Land und dem Papst.

FRAGE: Welche Beziehungen haben Sie denn demnach zu Herrn Mussawi, der die schiitischen Extremisten in Baalbek anführt?

N. BERRI: Keine. Mussawi wurde zum Zeitpunkt der israelischen Invasion aus der Amal ausgeschlossen, weil er einen christlichen Bischof entführt hatte. Wir haben seitdem keine Beziehungen mehr zu ihm.

FRAGE: Über wieviel Kämpfer und über welche Mittel verfügt die Amal?

N. BERRI: Ich verfüge nicht über einen Kämpfer und gleichzeitig habe ich 1 Million (im Libanon leben etwa 1 Million Schiiten; d. Red.).

Die Unterstützung des Volkes innerhalb unserer Gemeinschaft ist in der Tat so, daß wir vor Ort die Kämpfer finden, die wir für jede Schlacht brauchen. Wir haben es nicht nötig, unsere Truppen zu bewegen. Unsere Organisation ist in drei Sektoren unterteilt: Beirut, die Vororte eingeschlossen, der Süden und die Bekaa. Die Anzahl unserer Kämpfer ist ein militärisches Geheimnis. (...)

FRAGE: Was halten Sie von den multinationalen Streitkräften?

N. BERRI: Die multinationalen Streitkräfte wurden durch die Ereignisse überholt. Man muß jetzt versuchen sie durch die „Blauhelme" der UNO zu ersetzen. (...)

(Quelle: Le Monde, Paris, 16.2.1984)

Das folgende Interview mit George Hawi erschien in der theoretischen Vierteljahreszeitschrift der libanesischen KP, „al-Tariq", im November 1982. In dem Interview gibt Hawi seine persönlichen Ansichten wider, die eine offene Debatte linker Kräfte in der Zeitschrift anregen sollten.

Einigen unserer Alliierten fehlte die Klarsicht

Viele sahen nicht die Möglichkeit eines israelischen Feldzuges voraus, der durch den ganzen Süden bis in das libanesische Bergland und dann sogar nach Beirut gehen würde. Die Kräfte in den Bergen schienen völlig überrascht zu sein, weil es dort überhaupt keine Kämpfe gab. Die (Fortschrittliche) Sozialistische Partei (Walid Jumblatts), mit ihren starken Wurzeln im libanesischen Bergland, trägt hierfür eine Verantwortung, die nicht ignoriert werden kann. Gewisse Leute mit fehlender Voraussicht unterschätzten die Zusammenarbeit zwischen Israel und den libanesischen faschistischen Kräften — eine Zusammenarbeit, die sich als sehr weitreichend und eng erwies.

Natürlich ist die Sozialistische Partei nicht a l l e i n für das totale Fehlen einer militärischen Konfrontation in den Bergen verantwortlich. Wir dürfen nicht vergessen, wie demobilisiert die Menschen in der Region nach den ersten wenigen Kampftagen waren, als die Syrer vom Schlachtfeld flohen und die Israelis blitzschnelle Vormärsche machten. Ferner hatten Agenten der libanesischen faschistischen Kräfte und des israelischen Geheimdienstes große Anstrengungen gemacht, um den Widerstand zu unterminieren. Gleich zu Beginn der Invasion tauchten im libanesischen Bergland hoch organisierte und tief verwurzelte Kräfte auf, die nach Ergebung riefen — sehr zur Überraschung der Sozialistischen Partei.

Diese Irrtümer der Vorausschau waren nicht auf das libanesische Gebirge begrenzt. Alliierte in Beirut, wie die Murabitun (Nasseristen), hatten jede Möglichkeit der erneuten Feindseligkeiten in Libanon seit 1976 ausgeschlossen. Diese Kräfte machten sich einen „Theater"-Stil in ihrer Organisation zu eigen, sowohl politisch als auch militärisch. Waffen dienten mehr zur Schau denn für den ernsthaften Gebrauch für den zukünftigen Kampf; dies galt besonders in Beirut selbst...

Palästinensische Rechenfehler

Wir denken, daß die palästinensiche Führung sich verrechnete. Die Art, wie die Palästinenser kämpften, zeigt es. Wie anders können wir erklären, daß die palästinensische Führung sich selbst erlaubte, nach nur zehn Tagen Kampf in einer Stadt wie Beirut eingeschlossen zu sein? Wenn die PLO den Umfang des Kampfes vorausgesehen hätte, hätte sie gewiß anders gehandelt. Der Kampf wäre schwerer gewesen und hätte länger gedauert im Süden, in Sidon und Tyrus, und ebenso im Gebirge und entlang der Straße nach Damaskus, und alles wäre getan worden, um einen Rückzugsweg zu sichern.

Die PLO mußte mit der Möglichkeit gerechnet haben, daß die Araber und der Rest der Welt die israelische Invasion zu Beginn stoppen würden. Sie stellten sich augenscheinlich nicht eine unbegrenzt lange Schlacht vor, in der die palästinensischen und libanesischen fortschrittlichen Kräfte alleingelassen würden, ohne irgendeine effektive arabische oder internationale Unterstützung.

Syrische Irrtümer

Die syrische Politik schwankte, und offensichtlich fehlte es ihr an klarer Vorstellung. Zu Beginn seiner Offensive signalisierte Israel absichtlich, daß seine Streitkräfte sich nicht in Auseinandersetzungen mit den in Libanon stationierten syrischen Truppen begeben wollten. Als die israelischen Truppen aber vorrückten, nahmen sie die syrischen Positionen ein, eine nach der anderen, vom Süden geradewegs bis zur Straße nach Damaskus.

Die Syrer nahmen die israelische Botschaft für bare Münze. Sie entschieden sich, nicht mit den israelischen Streitkräften zusammenzustoßen, aus Furcht, der Krieg könnte sich ausbreiten. Als die israelischen Streitkräfte

vorrückten, zogen sich die syrischen Streitkräfte Richtung Norden zurück, wenn auch nicht ohne schwere Verluste an Menschen und Material zu erleiden. (Diese syrischen Verluste wären gewiß nicht größer gewesen, wenn die syrischen Soldaten mit dem Feind gekämpft hätten!). Syrien mußte von den ersten Stunden der Invasion an gedacht haben, daß eine israelische Besetzung des Südlibanons nicht seine direkte Angelegenheit war. Wie auch immer, selbst wenn die Invasion begrenzt gewesen wäre, waren Syriens Interessen berührt, ganz gleich, wie man es betrachtet. Nicht zuletzt war Syriens Anwesenheit in Libanon und das Gleichgewicht der syrischen Streitkräfte mit Israel berührt.



Weder das von Kugeln durchsiebte Stop-Schild neben dem französischen Soldaten in Beirut, noch die Regierung Amin Gemayel, noch alle Truppen der westlichen Staaten konnten den Vormarsch der antiimperialistischen Truppen stoppen.

Die schwere Verantwortung der arabischen Reaktion

Auf der Ebene der arabischen Welt, glauben Sie mir, gab es nicht die geringste Illusion oder Fehlrechnung. Im Gegenteil, die arabische Reaktion hatte volle Kenntnis von den Invasionsplänen, war einverstanden, daß die Invasion stattfand und unterstützte sie sogar. Man könnte sogar sagen, es gab eine indirekte arabische Finanzierung der Invasion über die Vereinigten Staaten...

Israel ist also nicht einfach ein Knüppel in den Händen der Vereinigten Staaten, sondern auch ein Förderer der Klasseninteressen der arabischen Reaktion. Diese arabische Reaktion sieht Israel als ein effektives und billiges Mittel an, Revolten, Befreiungsbewegungen und revolutionäre politische Kräfte zu zertreten.

Die gesamten arabischen Regierungen haben eine schwere Verantwortung für das, was geschah. Arabische Staten gesellten sich entweder direkt an die Seite der Vereinigten Staaten und Israels während der Offensive, oder sie waren an der Offensive mitschuldig oder sie waren unfähig.

Libanon sollte nicht soviel erlitten haben

Der Hauptfehler, der im Libanon in der der israelischen Invasion vorausgehenden Periode begangen wurde, war, die Einwirkungen der Camp-David-Abkommen auf das Gleichgewicht der Kräfte in der Region nicht in Erwägung zu ziehen...

Konnte sich Libanon nach den Camp-David-Abkommen noch leisten, die syrische Armee auf seinem Boden zu haben? Konnte sich Libanon noch eine so ausgedehnte Anwesenheit der palästinensischen Armee leisten, einer Armee, die nahezu überall im Lande war, beladen mit Waffen, aber unfähig, ihren Gebrauch zu organisieren oder sogar sich zu verteidigen?

Wir teilten diese Sorgen mit den meisten ernsthaften und klar denkenden Mitgliedern der palästinensichen Führung. Vor allem teilten wir sie mit Arafat, der seinerseits ein Opfer der innerpalästinensischen und innerarabischen Konkurrenz war. Diese Konkurrenz trieb den palästinensischen Widerstand zu einer albernen Anhäufung einer enormen Menge Waffen, deren einziger Zweck war, diese oder jene Tendenz im innerpalästinensischen Konflikt oder palästinensische Beziehungen mit diesem oder jenem arabischen Staat zu stärken.

Die fatalen Irrtümer des palästinensischen Widerstands

Diese nutzlose Überbewaffnung war mit einer anderen, ebenfalls alarmierenden Praxis verbunden: Erpressungsakte, begangen von Individuen und sogar ganzen Organisationen des palästinensischen Widerstandes. Obwohl wir Kommunisten mit unserer Kritik an diesen Erpressungsakten gegenüber der PLO-Führung am schärfsten waren, denken wir, daß wir an dieser Praxis mehr öffentliche Kritik hätten leisten müssen, um einen größeren Druck zu schaffen, diese zu stoppen. Weil diese Praxis, mehr als alles andere, die Unterstützung und Sympathie für den palästinensischen Widerstand unter der libanesischen Bevölkerung schwächte.

Ich möchte hier auch ein Problem der gemeinsamen Strategie des palästinensischen Widerstands, der Nationalbewegung und Syriens in Libanon zwischen 1977 und der israelischen Invasion erwähnen. Dieser ernste Fehler war ein mannigfaltiger Widerspruch zur Stärkung einer zentralen libanesischen Regierungsautorität. Es ist wahr, daß das Fehlen einer solchen Autorität dem palästinensischen Widerstand während der zwei Jahre des Bürgerkrieges, 1975 und 1976, einen nützlichen Schutz lieferte. Aber nach der Unterzeichnung der Camp-David-Verträge und angesichts des Fehlens einer alternativen Strategie war es notwendig, daß die libanesische Regierung reale Macht zurückerhielt. Das Fehlen einer solchen Macht setzte den palästinensischen Widerstand allen äußeren Gefahren aus, die in der Periode seit dem israelisch-ägyptischen Abkommen zum Vorschein kamen.

Unglücklicherweise ignorierte der palästinensische Widerstand diese Gefahr und ging sogar so weit, eine Art Mini-Staat auf libanesischem Boden zu errichten. Er umging die legale Autorität im Libanon und übernahm wirkliche Macht in vielen Teilen des Libanons, mißbrauchte libanesische Bürger und sogar die Libanesische Nationale Bewegung. Wir haben niemals die Notwendigkeit des palästinensischen Widerstands verstanden, außerhalb (und auf Kosten) der libanesischen gesellschaftlichen Realität, der libanesischen Regierungsautorität und der libanesischen fortschrittlichen Kräfte zu operieren. Wir haben uns selbst gefragt: Wie ernsthaft waren die „Lehren", die vom Widerstand nach den Ereignissen in Jordanien 1970 und teilweise aus den Erfahrungen mit der jordanischen nationalen Bewegung vermutlich gezogen wurden?

Der innere Konflikt hätte eine strikte libanesische Angelegenheit bleiben sollen

In den letzten Jahren haben wir immer die Notwendigkeit betont, den inneren Konflikt strikt libanesisch zu halten. Andererseits scheint der Konflikt zwischen einer Falangistischen Partei, die das Banner der Unabhängigkeit und der nationalen Befreiung trug, einerseits und andererseits Kräften, die, obwohl libanesisch, so etwas wie eine arabische Diaspora im Libanon sind, zu bestehen.

Wir haben immer die Mißlichkeit der libanesisch-arabischen Beziehungen für die innere libanesische Politik betont. Wir haben gewisse libanesische Moslem-Kreise *(gemeint sind der frühere Premierminister Saeb Salam und Rashid Karame)* kritisiert, die immer von arabischen Ländern abhängig waren, die sie im internen libanesischen Kräftegleichgewicht unterstützten. Wir haben auch die unglückliche Tendenz gewisser arabischer Länder kritisiert, sich selbst als Vermittler zwischen libanesischen Gemeinschaften einzusetzen. Drittens haben wir die Tendenz der libanesischen isolationistischen Kräfte kritisiert *(gemeint sind Falangisten und Anhang, die Libanon von der arabischen Welt isolieren wollen)*, die Bedingung für die moslemische Gemeinschaft mit den arabischen Ländern zu verhandeln. All diese unglücklichen Tendenzen haben ein gemeinsames Ergebnis, das schädlich für wirkliche libanesische Patrioten ist — für die, die die Idee eines Libanons als Teil der arabischen Welt verteidigen. Der Grund für diese Anomalie, für dieses Paradoxon, liegt in der Klassenbasis derer begründet, die in arabischen Ländern die Macht haben, genauso wie in der der Isolationisten und der moslemischen politischen Kräfte im Libanon.

Wir wollen über dies nicht schweigen, auch wenn es unseren palästinensischen und syrischen Alliierten nicht gefällt. Wir glauben weiterhin, daß wir die Entwicklung des libanesischen Patriotismus in unseren eigenen Reihen stärken müssen. Wenn wir das täten, würden wir den Faschisten das einzige Argument abschneiden, das sie gebrauchen können, um ihre wirkliche Politik des nationalen Verrats und des Rufens fremder Streitkräfte zu verdecken.

Politische Grenzen innerhalb der Libanesischen Nationalen Bewegung

All das Obige scheidet die Notwendigkeit einer eigenen Selbstkritik nicht aus — das heißt, Selbstkritik auf der Ebene der Libanesischen Nationalen Bewegung. Ich sollte aber geradeheraus sagen, daß diese Kritik der Libanesischen Nationalen Bewegung auch eine Kritik an unserer eigenen Politik von dem Zeitpunkt an ist, seit dem wir Kommunisten eine führende Rolle in der Bewegung gespielt haben, besonders bei der Festlegung der politischen Linie in den letzten sieben Jahren.

1976 haben wir unser Reformprogramm aufgegeben *(gemeint ist das Vorläufige Programm der fortschrittlichen und nationalen libanesischen Parteien vom 18.8.75, das eine Absage an den Konfessionalismus und die Garantie demokratischer Rechte forderte)*. Wir taten das unter Druck, als in den ersten zwei Jahren nach dem Bürgerkrieg das ungünstige Kräfteverhältnis uns zu einem taktischen Rückzug zwang. Aber dies hatte verheerende Rückwirkungen auf den inneren libanesischen Konflikt. Es ermöglichte, die Forderungen der moslemischen Gemeinschaften — legitime Forderungen nach Gleichheit — als einzige Positionen des antifaschistischen Lagers erscheinen zu lassen. Unser Lager verlor so seine säkulare *(nicht-religiöse)* und demokratische Natur. Moslemische Forderungen nach Gleichheit hätten innerhalb eines weiten demokratischen und säkularen Programms der Nationalen Bewegung subsummiert werden sollen, eines Programms, dessen säkulare Reformen jede religiöse Unterdrückung beseitigen würde. Stattdessen schien die Nationale Bewegung von der moslemischen Bewegung dominiert zu werden, als wäre sie nur Teil eines der beiden Lager im „traditionellen" libanesischen Konflikt...

Ein anderer taktischer Fehler war, nicht immer der Arbeit für die nationale Versöhnung den Vorrang gegeben zu haben. Wir sind uns immer bewußt gewesen, daß wirkliche nationale Versöhnung solange unmöglich ist, wie eine der Konfliktparteien eng mit Israel alliiert ist und die zentrale Regierung der amerikanischen Politik untergeordnet ist. Aber eine Basis für solche Versöhnungsarbeit liegt trotzdem in unseren Verbindungen zu den Massen und zu allen ehrenhaften Menschen in unserem Lande. Die Mehrheit der Libanesen erwartete von der Nationalen Bewegung, ihre Arbeit für eine demokratische Lösung des libanesischen Konflikts wiederaufzunehmen. In der Zwischenzeit jedoch und aufgrund des Fehlens solcher Arbeit auf unserer Seite, vereinigten sich viele Menschen mit der Moslemströmung oder sogar in den von Falangisten kontrollierten Gebieten unter militärischem Druck mit der isolationistischen Strömung.

Es gab viele Behinderungen für eine Versöhnungspolitik von unseren arabischen Alliierten; einige von ihnen versuchten offen, eine interne Lösung des libanesischen Konflikts zu verhindern. Außerdem waren dieselben Alliierten gegen jede Arbeit der Nationalen Bewegung, die die Probleme der Bevölkerung in der Krise zu lösen suchte. Tatsächlich gab es Widerstand gegen jede Anstrengung, den libanesischen Charakter des Konflikts wiederherzustellen und seine interne Lösung zu erreichen.

Autonomie der Nationalen Bewegung und Bemühungen, sie zu dominieren

Diese Fehler schufen einen Abgrund zwischen der Führung der Nationalen Bewegung und Teilen der libanesischen Massen. Die Ursache dieser Fehler liegt in der Gegnerschaft unserer Alliierten zu einer wirklich autonomen Bewegung, die unabhängig in ihren Entscheidungen, ihren Positionen und ihrer Arbeit ist.

Dies bringt uns zurück zu der palästinensischen Tendenz, sich selbst als eine Partei im innerlibanesischen Konflikt einzusetzen und in diesem Konflikt Beziehungen außerhalb derer seines Alliierten, der Libanesischen Nationalen Bewegung, aufzubauen. *(Gemeint sind direkte PLO-Kontakte zu den Falangisten und arabischen Regierungen wie Syrien und Libyen in der Zeit von 1975 bis 1978.)*

Dies bringt uns auch zur syrischen Logik in dem Konflikt zurück. Syrien versuchte immer, seine eigene Karte in diesem Konflikt zu spielen, und es betrachtete Libanon auch als eine Karte, die es halten könnte, um seine regionalen Interessen zu fördern.

Diese Tendenzen unserer Alliierten waren weder in ihrem noch in unserem Interesse. Wir verteidigten unsere eigene Unabhängigkeit der Entscheidung und der Aktion nicht energisch genug.

„Selbstzerstörung" des patriotischen Lagers

Wir sollten betonen, daß innerhalb der Libanesischen Nationalen Bewegung die Kommunisten die grimmigsten Verteidiger der Autonomie der Bewegung waren. Dies lief auf sehr große Spannungen mit gewissen Flügeln des palästinensischen Widerstands hinaus. *(Gemeint ist die Fatah-Führung.)* Das schlimmste von allem war eine Serie von blutigen Zusammenstößen mit der schiitischen Bewegung, AMAL — ein aufreibender Bürgerkrieg, der eine Menge zur Schwächung des patriotischen Lagers beitrug, gerade vor der israelischen Invasion.

Die Selbstzerstörung unseres Lagers hatte ebenso auch andere Ursachen. Es gab den mörderischen Konflikt zwischen Syrien und der PLO... Es gab den libanesischen Widerhall aller Konflikte der arabischen Welt. Aber vor allem gab es die fortdauernden palästinensischen Erpressungsakte gegen die Interessen der Bevölkerung (und das Fehlen von Festigkeit auf unserer Seite, uns ihnen zu widersetzen).

Erpressungen durch gewisse Elemente der libanesischen Nationalen Bewegung

In aller Ehrlichkeit: Der palästinensische Widerstand und der syrische Geheimdienst waren es nicht allein, die diese Art von Erpressung verübten. Gewisse Elemente der Libanesischen Nationalen Bewegung, gewöhnlich solche, die einem besonderen arabischen Regime oder einer besonderen palästinensischen Organisation verbunden sind, waren ebenso verwickelt. Sie sind teilweise verantwortlich für ein Klima der inneren Spannung und der schwelenden Kriegsführung innerhalb des patriotischen Lagers seit dem Beginn des libanesischen Bürgerkriegs 1975, und besonders in der Periode unmittelbar vor der israelischen Invasion.

Wir sollten zugeben, daß unsere Partei nicht genug gegen diese Erpressungsversuche ihrer eigenen libanesischen Alliierten gekämpft hat, auch wenn wir jeden auffordern, Feinde wie Alliierte, auch nur die geringste Erpressung, die von Mitgliedern unserer Partei in dieser Periode begangen wurde, anzuführen.

Unsere eigene Integrität entschuldigt nicht, daß wir mit Organisationen am gleichen Tisch gesessen haben, die Diebstahl begingen und Menschen zwangen, Lösegeld zu zahlen, was dem Ansehen der Nationalen Bewegung einen ernsten Stoß versetzte. Für diese Aktivitäten verantwortliche Organisationen waren nicht nur kleine, vom syrischen Geheimdienst und dem palästinensischen Widerstand geschaffene Gruppen. Unglücklicherweise waren Schlüsselorganisationen der Nationalen Bewegung diesem Verhalten verfallen. In dieser Zeit übten wir unsere Kritik in privaten Sitzungen mit ihnen. Heute denken wir, daß wir hätten weiter gehen und diese Aktionen öffentlich kritisieren müssen, die extrem schädlich für die Nationale Bewegung und unsere eigene Partei waren.

Wir könnten auch über konfessionell begründete Praktiken der gleichen Organisationen der Libanesischen Nationalen Bewegung sprechen, Praktiken, die sogar das Leben vieler christlicher kommunistischer Militanten kosteten!

Zögern in der Bereitstellung des täglichen Bedarfs der Bevölkerung

In den nicht von den faschistischen Kräften kontrollierten Regionen erlitten die Beziehungen zwischen der Führung der Nationalen Bewegung und der örtlichen Bevölkerung Hochs und Tiefs. Die Libanesische Nationale Bewegung war sich immer der Notwendigkeit bewußt, für die täglichen Bedürfnisse der Menschen in diesen Regionen zu sorgen, in denen extreme Anarchie herrschte. Unglücklicherweise wurde der Wunsch, etwas zu tun, niemals in die Praxis umgesetzt.

Zuallererst hatten Elemente der Nationalistischen Bewegung, wie die Sozialistische Partei und ihr Führer Walid Jumblatt, Illusionen über die Zentralregierung unter Präsident Sarkis. Eine lange Zeit dachte Walid Jumblatt, daß die Zentralregierung fähig sein würde, Versöhnung unter den Libanesen zu erreichen und ihre unabhängige Macht auf Kosten der Faschisten wiederaufzubauen. Aus dieser Sichtweise könnte es ein Schritt in Richtung Teilung sein, wenn die Nationale Bewegung die täglichen Bedürfnisse der Bevölkerung in den patriotischen Gebieten des Landes organisieren würde, weil das die Anstrengungen der Regierung blockieren würde, Vereinigung zu schaffen. Diese Illusionen ließen uns kostbare Zeit verlieren. Als die gesamte Nationale Bewegung sich die engen Beziehungen zwischen der Zentralregierung und den faschistischen Kräften vergegenwärtigte, war es vielleicht schon zu spät, eine wirksame Anstrengung in Gang zu bringen, um für die täglichen Bedürfnisse der Bevölkerung in den patriotischen Zonen zu sorgen.

Diese Regionen wurden Beute unzähliger kleiner, vom syrischen Geheimdienst, dem palästinensischen Widerstand und gewissen traditionellen moslemischen Kräften geschaffenen Gruppen. Solche Milizen schnitten die Städte voneinander ab, verhinderten jede Möglichkeit der Einheit, sowohl in der Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs als auch in der Sorge für die Sicherheit. Diese Aufteilung der Macht und diese Anarchie wurden so weit getrieben, daß jede ernsthafte Anstrengung für die Reorganisierung einen großen Eingriff gefordert hätte.

Wir sollten hinzufügen, daß die Libanesische Nationale Bewegung für eine lange Zeit eine pasive Haltung beibehielt hinsichtlich dessen, was in den Regionen geschah, die sie hätte kontrollieren sollen. So kritisierte sie dauernd das Fehlen einer zentralen Regierungsmacht und Verwaltung, die Auswüchse der syrischen Politik und sofort, ohne selbst eine unabhängige Initiative zu ergreifen, für die täglichen Bedürfnisse und die Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen.

Die Libanesische Nationale Bewegung befand sich so in einer schwierigen Situation: Die Bevölkerung betrachtete sie als die Autorität, die regieren und das Leben in den Gebieten organisieren sollte, aber sie war unfähig, das zu tun und verlor alle Macht an einen Haufen privater Milizen.

(aus „al-Tariq" übersetzt von Jim Paul, in MERIP-Reports, 118, October 1983, Seite 18 bis 22. Deutsch: Nahost-Kommission)

Peru aus linker Sicht

Das nachstehende Interview mit Ricardo Lets, Vertreter der Vanguardia Revolutionaria, wurde anläßlich des IV. Kongresses der spanischen revolutionären Organisation 'Movimiento Comunista' (MC) von deren Zeitung 'Servir al Pueblo' gemacht, und in den Nummern 216 und 217 vom 10./24.11. 1983 veröffentlicht. Die Übersetzung besorgte ein Genosse aus Köln; Kürzungen wurden von der Lateinamerika-Kommission vorgenommen.

Mit diesem Interview wird die Auseinandersetzung um die peruanische Guerilla-Gruppe „Sendero Luminoso" fortgesetzt. Bereits im Arbeiterkampf Nr. 237 (5.9.83) veröffentlichten wir einen Artikel unter dem Titel „Guerilla und Repression in Peru", In diesem Artikel wurde die Situation der Widerstandskräfte in Peru dargestellt und die Politik und Position „Sendero Luminoso" eingeschätzt. Zu positiv, wie der Autor des in AK Nr. 243 erschienenen Artikels „Die Vereinigte Linke (IU) in der Kommunalwahl und Sendero Luminoso" kritisierte. In diesem Artikel wird sehr parteilich aus der Sicht der peruanischen 'legalen' Linken die Auseinandersetzung mit Sendero Luminoso geführt und im Grundsatz als politisch falsche Linie im Kampf um Freiheit und Demokratie im jetzigen Peru angegriffen.

Auch das folgende Interview bezieht sehr kritisch Stellung zu Sendero Luminoso, wenn auch in nicht so drastischer Form wie der Artikel in AK Nr. 243. Letztlich sind es aber nur Nuancen, die diese beiden Einschätzungen voneinander unterscheiden, auch hier wird im Fazit von einer Trennung innerhalb des Widerstandes in Peru gesprochen: Sendero Luminoso in Abgrenzung zu der restlichen Linken.



Wie war dann die Situation nach den Wahlen 1980 in Peru? (2)

Hier beginnt eine Periode der verfassungsmäßigen Demokratie. Belaunde hatte mit ungefähr 45% der Stimmen gewonnen (mit breiter Unterstützung), und hatte überdies eine Regierungskoalition mit der Christlichen Volkspartei (PPC), einer früheren Abspaltung der Christdemokratie nach rechts, gebildet. Gemeinsam konnten sie das Land mit einer absoluten Mehrheit in beiden Kammern führen. Das bedeutete allerdings, daß jene Periode verfassungsmäßiger Demokratie sich durch den oligarchischen, großbürgerlichen und plutokratischen Charakter der Regierungskoalition immer schwächer zu zeigen begann. Umso mehr aufgrund der absoluten Mehrheit in den Kammern.

Wann tauchte Sendero auf der politischen Bühne auf?

Genau 1980, am 18. Mai, dem Tag der Wahlen, trat eine politische Organisation der Ultralinken, die zum Wahlboykott aufgerufen und ihre Haltung nicht korrigiert hatte, die kommunistische Partei der chinesischen Linie,

Genau 1980, am 18. Mai, dem Tag der Wahlen, trat eine politische Organisation der Ultralinken, die zum Wahlboykott aufgerufen und ihre Haltung nicht korrigiert hatte, die kommunistische Partei der chinesischen Linie,

(chinesisch im Sinne der „Viererbande" — AK), mit der Gründung von Sendero auf. Die große Spaltung der Peruanischen Kommunistischen Partei fand im Jahre 1963/64 statt, und die Mehrheit der Jugend und der Landarbeiterbasis zog mit der prochinesischen Strömung. Später spaltete sich diese wiederholt, wobei ihr Hauptzweig die Gruppe wurde, die die Zeitung „Bandera Roja" (Rote Fahne) herausgab. Um das Jahr 69 folgte, vor allem mit der Jugendbewegung, die wichtigste Abspaltung, „Patria Roja" (Rotes Vaterland), eine der Organisationen, die der IU beitraten. Aber eine andere Strömung, angesiedelt im Regionalkomitee von Ayacucho und mit Basen in diesem Landgebiet des südöstlichen Gebirges Perus, begann sich mit dem Motto zu identifizieren, daß neben dem Namen ihrer Partei stand: „Auf dem leuchtenden Pfad von Jose Carlos Mariátegui". Das war der große marxistische peruanische Denker und Gründer der Partei im Jahre 1928, der 1930 starb. Er wird von allen Organisationen der Linken als „amauta" beansprucht, was in Quechua soviel wie Meister bedeutet. Sendero Luminoso bereitete sich während der Militärdiktatur auf den bewaffneten Kampf vor. Sie waren logischerweise mit der Ausrichtung einer Organisation dieser Art etwas spät dran. Schließlich waren sie in der Lage, ans Licht der Öffentlichkeit zu treten, als sich der Charakter der politischen Situation, gerade grundlegend verändert hatte: von einer Militärdiktatur zu einer verfassungsmäßigen Demokratie im Jahre 1980. Zu dieser Zeit begann Sendero mit seinem Kampf, ohne daß die Aktionen, die sie durchführten, zu jener Zeit nötig gewesen wären. Unter diesen Aktionen ragten Anschläge hervor, in denen Dynamit benutzt wurde. Das ist ein Sprengstoff, der im Land vor allem bei Minenarbeiten und im Straßenbau in den Anden weit verbreitet ist.

Was ist die Meinung der linken Kräfte über das Auftauchen des Phänomens Sendero?

Während der gesamten ersten Etappe blieb der Kampf von Sendero unverstanden, nicht nur von der Rechten, der Reaktion oder dem staatlichen Repressionsapparat, sondern auch vom größten Teil der Linken. Wir hatten auf eine eigene Weise eine ziemlich ähnliche Sichtweise wie sie. Vor allem, weil unbestreitbar eine ländliche Basis hinter der Bewegung stand und es sich nicht um irgendeine anarchoide Gruppe handelte, wie sie von der IU klassifiziert wurde. Es handelte sich um eine Organisation mit doktrinärer Ausbildung, Ideologie, marxistisch-leninistisch, mit einer Kaderorganisation, mit einer Parteistruktur, die sie jedes Vertrauens würdig machte, einer Betrachtung und Behandlung als Genossen der Linken. Die Linke glaubte anfangs nicht an das Phänomen Sendero, behauptete wiederholt, es handele sich um ein Manöver der Rechten. Daß sie Terrorkommandos der Ultrarechten seien, die links zu sein vorgäben. Daß es sich um bewaffnete Einheiten der Marine handele, Zerstörungstrupps, die die Strommasten angriffen, um die Stromausfälle herbeizuführen. Daß es die Marine sei, die diese spektakulären Aktionen durchführe, die Sendero ausmachten. Später, als es nicht mehr länger möglich war, die Sonne mit einem Finger zu verdecken, gingen sie dazu über zu behaupten, es handele sich um anarchoide Gruppen. Sie erkannten nicht ihren ideologischen und doktrinären Ursprung an, ihre Wurzeln und ihren lebendigen Stamm mit der Gemeinsamkeit der marxistischen Linken des Landes. Und schließlich haben sie, in der jüngsten Zeit, nichts getan, als ihre eigene Einschränkung und Unterdrückung zu bejammern. Besorgt (in deutlich reformistischer Verirrrung) um ihre Vertretung im Senat und in der Kammer, um die Beziehungen zu den anderen Parteien innerhalb der verfassungsmäßigen Struktur wegen des Drucks, den die Rechte zwecks einer klareren Eingrenzung der Linken ausübte, lieferten sie eine Menge absolut unzulässiger Verurteilungen der Aktionen von Sendero. Es gab praktisch keine Unterschiede zwischen dem, was die reaktionärste Rechte an Verurteilungen formulierte und dem, was die IU im Namen des Volkes von sich gab (3). Diese Situation hat sich geändert. Wir haben in dieser ganzen Etappe für den Kampf gesprochen, vor allem für ihre Anerkennung als Organisation des Volkes, der Linken, mit denselben Idealen wie wir, wenn auch schwere Fehlströmungen durchlaufend, die zu korrigieren seien.

Worauf beziehst du dich, wenn du sagst, Sendero hätte Fehlströmungen?

Ihr größter Fehler ist, daß sie vermutlich nicht in der Lage sind, sich in der Gesellschaft zu zeigen, um das Vertrauen des Volkes zu gewinnen. Und daß sie versuchen, ihren Weg des bewaffneten Kampfes aufzuzwingen ... Sie haben es geschafft, sich in einigen Sektoren der Landbevölkerung zu verwurzeln und dann haben sie eine passive Anziehungskraft, eine entfernte Sympathie bei Teilen der Schichten, die sie nicht erreichen. Und sie schaffen es nicht, diese zu organisieren, weil sie keine Politik der Fronten und Bündnisse haben, weil sie nicht die konkreten Fragen behandeln, die diese Schichten der Bevölkerung interessieren. Weil es für sie nichts außer dem bewaffneten Kampf gibt. Das sind schwere Fehlströmungen, und sie bewirken, daß ihre ursprüngliche Konzeption, nach der „der Funke den Steppenbrand entfacht", nicht greift. Es sind jetzt drei Jahre Funken, Strohfeuer, Brände, wenn man so will, aber lokal begrenzt.

Welches Verhältnis haben die Volksschichten zu Sendero?

Angesichts dessen, daß heute die ökonomische Situation in Peru ziemlich kritisch ist, entsteht eine Annäherung der am meisten benachteiligten Schichten an Sendero-Positionen. Die Auswirkungen der ökonomischen Krise sind verheerend gewesen, und das hat Teile der Volksmassen dazu gebracht, Sendero Sympathie entgegenzubringen und sie als ihre Rächer zu sehen. Aber das schließt nicht ein, daß sie sich in den bewaffneten Kampf stürzen. Es gibt andernorts keine Rebellionen. Sie haben oft versucht, mit den Stromausfällen in Lima den Anstoß zu Plünderungen zu geben. Kleine Gruppen von 30 oder 40 Leuten initiieren Plünderungen mit dem Ziel, daß sich die Bevölkerung unter ihrer Führung in die von ihnen geschlagene Bresche stürzt. Das ist nicht so vorgekommen. Es gibt einen Anstieg der Kriminalität in Lima, aber dieses Phänomen hat verschiedene andere Charakteristika. Es sind keine bewußten Sektoren, die sich die Ernte wieder holen, wie sie sich das, die chinesische Erfahrung der Ernteaufstände mechanisch kopierend, vorstellen. Diese Bewegung gibt es nicht, und die, die es gibt, ist nicht mit ihnen verbunden. Es gibt sie, aber verbunden mit den Gewerkschafts- und Volksorganisationen, die ihre Richtung in der IU und den in ihr vertretenen Parteien finden. Sendero ist eine mutige Gruppe, und man muß ihnen zugestehen, daß sie Kämpfer für die gleiche Sache wie wir und Persönlichkeiten der nationalen peruanischen Revolution sind. Aber sie zeigen nicht irgendetwas wie den Weg, die Richtung.

Das System versucht, sie mit Propagandakampagnen herabzuwürdigen?

Ja, es gibt eine Herabwürdigungskampagne, aber auch eine Gegenkampagne. Ersichtlicherweise nicht, um die Fehler von Sendero zu rechtfertigen, aber um die Morde, Folterungen und brutalen Gewaltakte, die die Streitkräfte und der staatliche Repressonsapparat begehen, aufzudecken. In diesem Sinne haben Teile der Linken eine starke und lebhafte Aktivität entfaltet, die auf Widerhall stößt. Amnesty International präsentierte kürzlich ein Dokument mit mehr als 140 Fällen schwerster Verletzungen der Menschenrechte,

rat begehen, aufzudecken. In diesem Sinne haben Teile der Linken eine starke und lebhafte Aktivität entfaltet, die auf Widerhall stößt. Amnesty International präsentierte kürzlich ein Dokument mit mehr als 140 Fällen schwerster Verletzungen der Menschenrechte,

Hinrichtungen und Folterungen. Die Regierung konnte diese nicht dementieren. Sie ist vor den Vereinten Nationen aufgetreten, um vier Fälle aufzuklären, in denen Amnesty Irrtümer in der Formulierung unterlaufen waren; alles übrige blieb unwidersprochen und ohne Erklärung.

Welcher Art waren die Analysen, die Sendero in diesen Jahren über die politische Konjunktur herausbrachte?

Das Problem der Interpretation und Handhabung des Phänomens Sendero Luminoso ist eine der fundamentalen Fragen gewesen, die sich in der politischen Arbeit in Peru allen Sektoren gestellt hat. Für die Linke freilich stellte sie sich mit besonderer Schärfe. Sendero begann seinen Kampf mit einer ziemlich dogmatischen und mechanistischen Konzeption, mit einer Position von Prinzipien gegenüber jedweder Regierung. Sie charakterisierten die Regierung Belaunde (unter jener — wenn auch verdrehten — verfassungsmäßigen Demokratie) wegen ihres oligarchischen Charakters als faschistische Regierung und Fortführung der Faschisierung der Regierung Velasco Alvarado. Jene nannten sie damals faschistisch, ohne den Widerspruch zwischen dieser Tendenz der Militärs und dem nordamerikanischen Imperialismus, in den Staatsstrukturen durch seine Basis in der Großbourgeoisie vertreten, zu begreifen. Nicht nur der nordamerikanische Imperialismus, sondern auch Teile der Großbourgeoisie und der Grundbesitzer wurden zu seiner Zeit enteignet. Sendero qualifiziert nicht nur die Sowjetunion, sondern auch China (das China von Deng Siao Ping — Anm. AK) als die Höhlen der Weltreaktion, Zentren der Revolution zuwiderlaufender Aktivitäten. Sie konkretisierten ihr politisches Gedankengut und formierten sich unter dem Einfluß der Kulturrevolution und den späteren Abweichungen der Viererbande. Deshalb brachen sie, als 1976 Mao starb, und eine Berichtigung der chinesichen Revolution begann, mit China. Sie brachen mit der Partei, die in Peru zu einer Übereinstimmung mit der chinesischen Linie neigte. Sie setzten unbeugsam ihr Konzept fort. Die falschen Charakterisierungen und politischen Interpretationen, die sie formuliert haben, sind unzählig. Es ist bezeichnend, daß sie den bewaffneten Kampf gerade in dem Moment aufnahmen, als sich eine Wahlperspektive eröffnete, als die Vorstellung des Volkes von der Möglichkeit eines Vorrrückens unter diesen Bedingungen eingenommen war. Selbstverständlich gab es im ganzen Land weder eine bemerkenswerte Enthaltung noch einen Boykott. Es bestand ganz im Gegenteil der heftige Wunsch, sich mittels Wahlen politisch zu äußern.

Wie entwickeln sich die Dinge seit den Wahlen? Worauf läßt sich die gegenwärtige tiefgreifende Verschlechterung der peruanischen Wirtschaft zurückführen?

Was sich in Peru fortsetzt, ist die absolute Schwerfälligkeit und Ergebenheit in der reaktionären politischen Linie der Regierungskoalition und der PPC, der Belaunde vorsteht. Statt die Probleme, die die weltweite Krise Peru auferlegte, zu meistern, ließ er ein weitaus höheres Eindringen imperialistischen Kapitals zu. Er versuchte die wirtschaftliche Entwicklung auf Grundlage ausländischer Investitionen anzukurbeln, entgegen dem nationalen Interesse und gerade zu einer Zeit, als sich die weltweite Krise, schwunghaft entwickelte, und jeden Aufschwung verhinderte.

Und wie ist angesichts all dessen die Haltung der Streitkräfte? (Es ging in den oben gekürzten Abschnitten um den Aufschwung der Massenkämpfe und die Chancen der Linken bei den Wahlen).

Sich einen Sieg der IU vorzustellen, auch wenn es sich nur um Kommunalwahlen handelt, führt uns direkt zu der Warnung des Oberkommandierenden der Streitkräfte. Dieser hat vor kurzem eine jede Rechts- und Verfassungsnorm verletzende Erklärung veröffentlicht.

Für einen Militär geht nichts darüber, sich über politische Themen zu äußern. Er griff Teile der Presse und die Linke an (und innerhalb dieser die kämpferischsten und radikalsten Sektoren, jene Parteien, die von der Legalität Gebrauch machend dennoch eine recht feste Position haben). Diese bezeichnete er als „Teil einer Verschwörung der kommunistischen Weltbewegung zur Errichtung eines internationalen Staates" und Komplizen des Kampfes von Sendero, deren Mitglieder er „Terroristen" nannte. In dieser Weise drohen sie angesichts des Vormarsches

rung der kommunistischen Weltbewegung zur Errichtung eines internationalen Staates" und Komplizen des Kampfes von Sendero, deren Mitglieder er „Terroristen" nannte. In dieser Weise drohen sie angesichts des Vormarsches

der Volkskräfte mit der Möglichkeit eines militärischen Eingreifens. Andere Abteilungen der Streitkräfte haben ihre Sympathie für diese Erklärung zu erkennen gegeben.

Wie verhält sich die gegenwärtige Regierung gegenüber solchen Drohungen?

Weit davon entfernt, sich der Situation zu stellen und eine Haltung einzunehmen, die dem Respekt gegenüber der verfassungsmäßigen Demokratie entsprechen würde, haben sie im Gegenteil diesen Kreisen Unterstützung zukommen lassen und sich den von den Militärs verfochtenen Positionen angenähert.

Wäre demnach also die gesamte peruanische Linke eine Bedrohung der Streitkräfte?

Genau. Bis zum jetzigen Zeitpunkt hat Sendero mit seinen Aktionen eine Stärke erreicht, die die Widersprüche zugespitzt hat. Sie haben die reaktionärsten Kreise (insbesondere das Militär) zum Eingreifen und zum Bruch mit der Rechtsstaatlichkeit provoziert. Dazu erweist sich heute der Kampf der IU, der sich innerhalb der Legalität bewegt, um ein Bewußtsein der Massen zu schaffen, als provokativ für die Militärinteressen. Deshalb ist die Gefahr eines Putsches gegenwärtig.

Welche Rolle spielen in Bezug auf den Kampf Senderos die Streitkräfte?

Seit Dezember 1982 greifen die Militärs direkt in Ayacucho ein. Die neun Provinzen in den Departements Apurimac, Ayacucho und Huancavelica, in denen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

man den Ausnahmezustand verhängt hat, befinden sich unter Militärherrschaft. So entwickelt sich der Krieg. Angesichts der offensichtlichen Unfähigkeit, die Kräfte Senderos zu zerstören, werden laufend gerichtslose und illegale Erschießungen und Folterungen vorgenommen. Die peruanische Verfassung läßt, außer im äußeren Kriegsfall für Vaterlandsverrat, die Todesstrafe nicht zu. Aber der ständige Mißbrauch und die Willkürakte in diesem Gebiet unter Kontrolle des Generals Clemente Noel, sind eigenmächtig und anhaltend. Die Kriegsberichte des Heeres erwähnen immer nur Tote, es sind Gefechte, in denen niemals weder Gefangene noch Verwundete auftauchen. Wir sind sicher, daß das nach militärischen Begriffen absurd ist und einfach beweist, daß die Verwundeten oder Gefangenen erschossen und zu den Gefechtsschauplätzen zurückgebracht werden. Auch haben sie sich hinreißen lassen, in dieser so ‚argentinischen' Formel von Verschwundenen zu sprechen. Nach der Annäherung an die städtischen Gegenden der Region („rastrillaje" = Harken) werden die Einwohner, nur nach Einschätzung ihres Alters, entführt, und man hört nichts mehr von ihnen. Von Mai bis jetzt sind auf diese Art 450 Menschen verschwunden. Vor dem Hintergrund all dieser Erklärungen wird der repressive Charakter der Streitkräfte hinlänglich deutlich.

Wie reagiert das demokratische System auf diese Verletzung der Menschenrechte?

Strafanzeigen haben keinen Sinn, da die politische Kontrolle der Region in ihrer Gesamtheit in den Händen des Heeres liegt. Es gibt keine Verteidigung noch irgendwelche Hilfe seitens des Justizapparates. Man kann das am Fall der Abmetzelung der neun Journalisten in Uchujaray genau belegen. Zu keiner Zeit gewährte das Militärkommando der Region die Hilfe, um die man sie wiederholt bat. Die Morde bleiben unaufgeklärt.

Welche Entwicklung nimmt derzeit die Volksbewegung in Peru?

Sie gründet sich auf ihren aktivsten und zahlenmäßig stärksten Sektor, die CGTP(Gewerkschaft) und die Zusammenarbeit, die zwischen ihr und anderen Teilen der Gewerkschafts- und Landarbeiterbewegung bestehen. Die ansteigende Entwicklung der Massenkämpfe hält an. Die Durchführung zweier Generalstreiks, die das Land lahmlegten, hat die Kraft der Arbeiter gestärkt. Die organisierte Volks- und Gewerkschaftsbewegung bereitet sich verstärkt auf ihre Offensive vor und beweist ihr Kampfniveau. Die Volksbewegung verzeichnet heute eine große Entwicklung. Es sind mehr als 30 Jahre, in denen alle Massenbewegungen nur gewachsen und stärker geworden sind.

beweist ihr Kampfniveau. Die Volksbewegung verzeichnet heute eine große Entwicklung. Es sind mehr als 30 Jahre, in denen alle Massenbewegungen nur gewachsen und stärker geworden sind.

Wie, denkst du, werden sich die Dinge von jetzt an weiterentwickeln?

Peru befindet sich an einem entscheidenden Kreuzweg seiner Geschichte. 1985 sind wieder allgemeine Wahlen. Wenn, wie zu erwarten, die Linke weiter vormarschieren wird, wird dies eine Herausforderung für die Militärs sein. Zusammengefaßt ist, was die Aktionen von Sendero betrifft, klar, daß sie nicht aufhören werden, zu kämpfen und die Polizei- und Streitkräfte zu beuteln. Demzufolge werden die militärischen Befehlshaber, die immer Werkzeuge der Reaktion gewesen sind, vorbereitet sein, in den demokratischen Prozeß einzugreifen. Die Strömungen des Klassenkampfes werden sich also in der einen oder anderen Richtung zu entscheiden haben.

Welche Rolle könnte die Linke in all dem spielen?

Für den Fall, daß sie sich in den Wahlen als stärkste Kraft etablieren und in die Regierung aufsteigen sollte, würde das einen wichtigen Punkt in der Geschichte des Landes markieren. Wenn sie jedoch zwar die Regierung, nicht aber die Macht haben sollte, würde die Regierung sich nicht behaupten können. Sie würde ein paar Tage, einige Zeit bestehen. Wir brauchen eine Macht, die mit den politischen Interessen der Klassen des Volkes, der nationalen, demokratischen und revolutionären abgestimmt ist, mit dem Ziel, die Regierung behaupten zu können. Wir müssen uns auch der reformistischen Versuchung bewußt sein, die die Linke im Falle Regierung zu werden, überkommen kann.

Wie läßt sich das Problem, das du aufzeigst, lösen?

Es ist ganz klar, daß es dazu eines sehr fähigen, scharfsichtigen und flexiblen Kurses bedarf. Die Linke ist dabei, ihn zu schaffen, aber noch weit davon entfernt, ihn zu konkretisieren. Einige Kräfte streben in Richtung Einheit. Vanguardia Revolucionaria (deren Mitglied ich bin), Partido Communista Revolucionaria und Movimiento de Izquierda Revolucionaria. Wir wollen eine einzige Partei der mariáteguistischen Einheit schaffen. Im Dezember werden wir eine Zusammenkunft und im März einen Kongreß haben. Wenn wir das schaffen, könnte es die Grundlage zur Korrektur einiger reformistischer Verirrungen sein, die es in der IU gibt. Und auch, um mit guten Ausgangschancen die Bedingungen eines Dialogs, einer Verständigung mit Sendero zu schaffen. Sie zu Korrekturen aufzufordern, aber nach ihrer Erhaltung als politische und militärische Organisation trachtend, um auf diese Kräfte zählen zu können, die eine Basis sein könnte, um den Militärs entegegenzutreten. Und auch, um die Ziele der Macht festzulegen.

Wie bewertet Vanguardia Revolucionaria angesichts der Entwicklung von Sendero ihre Mitarbeit im Parlament?

Wir wissen, daß die Veränderung dieses Systems nicht auf parlamentarischem Wege stattfinden kann. Dennoch glauben wir, daß unsere Position teilzunehmen richtig gewesen ist. Nicht nur das, sondern die forcierte Ausnutzung aller denkbaren Mittel, die die bürgerliche Legalität erlaubt. Bis zum letzten Tag, bis sie uns alle Türen dichtmachen.

Wie siehst du die Zukunft der Linken?

Wie bereits gesagt ist es das Problem der IU, ihren Kurs zu bestimmen. Aufgrund all des Gesagten ist die Bedeutung des Kurses unter diesen Umständen sehr groß. Die Situation ist risikoreich aber gleichzeitig voll von Möglichkeiten für große revolutionäre Schritte und Sprünge.

Anmerkungen:

1) Anmerkung aus gut unterrichteten Kreisen, genauer von einem Genossen, der die Vereinigte Linke aus eigener Erfahrung und Diskussion gut kennt: Ricardo Lets ist innerhalb der IU eine eher schillernde Persönlichkeit. Er war bis vor einiger Zeit mitsamt seiner kleinen Partei (PVR) Mitglied im Bündnis der Moskau-orientierten KP. Seit Januar 1983 ist er wieder Mitglied von Vanguardia Revolucionaria und der Vereinigten Linken. Er ist zugleich Direktor der linken Tageszeitung „El Diario", wo er die Diskussion über Sendero ebenfalls geführt hat. Dabei vertritt er offenbar nicht die „offizielle" IU-Position. Er wurde verschiedentlich wegen unabge- Vanguardia Revolucionaria und der Vereinigten Linken. Er ist zugleich Direktor der linken Tageszeitung „El Diario", wo er die Diskussion über Sendero ebenfalls geführt hat. Dabei vertritt er offenbar nicht die „offizielle" IU-Position. Er wurde verschiedentlich wegen unabgesprochener Alleingänge und seiner Position zu Sendero kritisiert.
2) Bei den allgemeinen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 18.5.80 erhielt die AP 92 Sitze in der Abgeordneten-Kammer und 26 im Senat, die APRA (Alianza Popular Revolucionaria Americana) 50/18, die PPC (Partido Popular Cristiano) 9/6, die maoistische UNIR (Union Nacional de Izquierda Revolutionaria) 9/2), die trotzkistische PRT (Partido Revolucionario de los Trabajadores) 2/2, die UDP (Unidad Democratica Popular) 1/2, die FOCEP (Frente Obrero Campesino y Popular) 1/1. Weitere 16/3 Sitze gingen an verschiedene Gruppen der Linken wie VR und Einzelkandidaten.
3) Laut IU gibt es sehr wohl Unterschiede zwischen der Hetze der Herrschenden gegen Sendero und der Kritik von IU. IU habe Sendero nie dem Lager des Klassenfeindes zugeordnet. Dies geschehe umgekehrt durch Sendero und ihren radikalen Kampf gegen die ‚legalistische Linke'.

22. Januar 1984

„Aus den Gefängnissen Chiles ..."

Die Volkskräfte machen sich bereit, diesem neuen Jahr mit größerer Hoffnung und der Überzeugung entgegenzutreten, daß es ihnen gelingen wird, die Diktatur zu stürzen durch die Anwendung aller Formen des Kampfes. Es ist nicht abzustreiten, daß 1983 für unser Volk entscheidend war. Es war nicht einfach und nicht ohne Komplikationen zu erreichen, daß es heute eine Bewegung des Volkswiderstandes gibt. Es hat viele Leben, Entbehrungen und Leiden gekostet, die Volksbewegung entstehen zu lassen. Die Diktatur hat unsere Bewegung einer Prüfung unterzogen, indem sie tausende von Soldaten in die Hauptstadt (Santiago de Chile) verlegte; trotzdem ist unser Protest nicht kleiner geworden, noch hat er sich angesichts des Aufmarsches jener immensen Macht einschüchtern lassen. Auf diese Weise haben wir bewiesen, daß die Volksbewegung nicht hinweggefegt werden kann, da sie zu einem Zeitpunkt sich herausgebildet und entwickelt hat, zu dem die Bourgeoisie und der Imperialismus das Volk durch tägliche Anwendung ihrer repressiven Kräfte beherrschten. Aus diesem Verständnis heraus verstärkten und errichteten wir die Organisierung und den Kampf unserer mutigen Volksbewegung.

Das vergangene Jahr hat uns gezeigt, daß die Diktatur keine Möglichkeit hat, erfolgreich aus der tiefen Krise, in der sich unser Land befindet, herauszukommen. Das ist grundlegend auf ihr falsches politisches, ökonomisches und soziales Konzept zurückzuführen. Die Konsequenzen des Scheiterns dieses Konzepts sind bedauernswert, vor allem, weil die soziale Lage des Volkes am härtesten betroffen ist: mehr als 30% Arbeitslosigkeit, ein Defizit von fast einer Million Wohnungen, die Privatisierung des Gesundheits- und Erziehungswesens, die zahlreichen Bankrotte in unserer vielversprechenden nationalen Industrie — all dieses drückt einen Teil unserer chaotischen Situation aus.

Die Unfähigkeit, die die Diktatur bei der Lösung der Krise bewiesen hat, hatte nicht nur schwerwiegende Konsequenzen im sozialen Bereich, sondern auch für den bürgerlichen Block. Sein Rückhalt wurde in politischer Hinsicht enorm geschwächt.

Seit 1983 erleben wir einen Zersetzungsprozeß, der bis heute andauert. Teile der DC (Christdemokratie) bis hin zu den Faschisten unter Pablo Rodriguez finden sich unter dem Dach der Opposition ein, die sich als „demokratisch" bezeichnen. Selbstverständlich bewegt sich ihre Opposition im Rahmen des Regimes und sind sie damit einverstanden, daß die Verletzung der hin zu den Faschisten unter Pablo Rodriguez finden sich unter dem Dach der Opposition ein, die sich als „demokratisch" bezeichnen. Selbstverständlich bewegt sich ihre Opposition im Rahmen des Regimes und sind sie damit einverstanden, daß die Verletzung der Menschenrechte und die Repression gegen die Volkskräfte beibehalten werden.

Der Auflösungsprozeß der Basis des Regimes hat seinerseits die Krise verschärft. Zum Zeitpunkt der tiefsten Krise tauchte seitesn der Diktatur ein Angebot der „Öffnung" auf. Dieses war angeblich darauf ausgerichtet, eine „demokratische Lösung" zu suchen. Auf diese Weise erreichte das Regime die Zustimmung der „Alianza Demokrática" (Demokratische Allianz) zu dem angeblichen Dialog.. Die Realität, die Entwicklung der Ereignisse bewiesen jedoch, daß die Volksbewegung recht hatte. Der Plan Jarpa war nur dazu bestimmt, Zeit zu gewinnen, um die politische Basis wiederherzustellen und einen Plan auszuarbeiten, der nachhaltig dem Regime die Initiative zurückgeben und Kontinuität verleihen sollte. Trotzdem endeten Jarpas Versuche in dem größten Fiasko,weil dieses Projekt nicht in der Lage war, die Krise des diktatorischen Regimes zu bewältigen, das sich vor der Kraft und der heroischer Haltung des Volkes schützen muß.

Es ist wichtig, daß die internationale Solidarität, speziell die Leser des *Arbeiterkampf*, berücksichtigen, daß die gegenwärtige Volksbewegung von neuer Art ist. Sie ist nicht identisch mit der Volksbewegung vor dem Militärputsch von 1973. Die neue Volksbewegung hat diese furchtbare Erfahrung gemacht und neue Erfahrungen werden hinzukommen. Diese demokratische Bewegung ist sich sehr bewußt darüber, was die internationale Solidarität für sie bedeutet. Die gegenwärtigen Offensiven werden durch die besten Kader des chilenischen Volkes geführt, von denen viele die Erfahrung des Exils gemacht und internationale Solidarität kennengelernt haben. Diese Genossen marschieren jetzt in der vordersten Reihe als Führer und vermitteln die Erfahrungen, die sie mit der internationalen Solidarität gemacht haben.

Im Dezember 1983 gab es sicher einen leichten Rückgang der Mobilisierung, der zum Teil auf die demobilisierende Taktik der „Alianza Demokrática" zurückzuführen ist. Sie hat versucht, die soziale Unzufriedenheit in Veranstaltungen in verschlossenen Schlupfwinken zu kanalisieren, um die Radikalisierung des Volkes abzuschwächen. Auf diese Weise verhinderte sie eine direkte Konfrontation mit dem Regime. Dennoch wurden ihre Absichten durch die Aktionen des bewaffneten Widerstandes blockiert.

Der bewaffnete Widerstand verfolgte im Dezember mehrere Aspekte:
— Die Versuche der bürgerlichen Opposition, den Kampf gegen das Regime unabhängig von der Volksbewegung abzuschwächen, wurden gestört, da die Aktionen alles in Unruhe versetzten.
— Der bewaffnete Kampf kann die Entwicklung der Ereignisse beschleunigen.
— Die Aktionen im Dezember zeigten, daß der bewaffnete Widerstand ein höheres Niveau erreicht hat, d.h. er verfolgt heute komplexere Ziele, die eine bessere militärische Ausbildung verlangen, wie z.B. Brückensprengungen.
— Der bewaffnete Kampf hat sich landesweit und in koordinierter Form ausgebreitet.
— Es zeigt sich, daß der bewaffnete Kampf organisiert und auch spontan von größeren Teilen unseres Volkes angenommen wird und daß die Linie der Revolutionäre richtig ist, die Volksmacht (Poder popular) mit bewaffneter Präsenz zu entwickeln.
— Allein die Tatsache, daß die Avantgarde den bewaffneten Kampf aufgenommen hat, zerstört das Mythos von der Unbesiegbarkeit des tyrannischen Heeres und eröffnet große Hoffnungen auf Veränderungen.

— Allein die Tatsache, daß die Avantgarde den bewaffneten Kampf aufgenommen hat, zerstört das Mythos von der Unbesiegbarkeit des tyrannischen Heeres und eröffnet große Hoffnungen auf Veränderungen.

Der Kampf um Menschenrechte in Chile

Vorher (1) hatte ich den Genossen vom *Arbeiterkampf* geschrieben, daß wir, die konsequenten Demokraten, eine politische Kampagne mit dem Ziel vorbereiten, ein Kriegsgerichtsverfahren über fünf gefangene Genossen aufzuschieben. Die christlichen Basisgemeinden, Volksorganisationen sowie die Gruppe der Familenangehörigen politische Gefangener (AFPP) sowie die der verschwundenen Gefangenen (AFDD), die Anti-Repressionskomitees (CAR), die CODEPU und auch die Organisation der politischen Gefangenen (OPP) entfalteten intensive Aktivitäten, Mobilisierungen, um national und international bekanntzumachen, daß die Militärs vorhatten, dem Versuch, diese Genossen zu ermorden, einen legalen Anstrich zu geben.

Zum Glück gelang es uns, national und international eine große Solidaritätsbewegung zu initiieren, die dazu führte, daß das Kriegsgerichtsverfahren verschoben wurde. Die Entscheidung eines der Gerichtstribunale unter dem Vorsitz eines Generalmayors, das Verfahren zu vertagen, bedeutete, daß sich zum erstenmal ein Gericht der Militärmacht entgegenstellte. Natürlich hatte ein solcher Vorfall große Wirkungen auf alle Ebenen der chilenischen Gesellschaft.

Wir, die politischen Gefangenen, beschlossen, einen Hungerstreik von fast 10 Tagen zu initiieren. Dieser wurde auf die öffentliche Bitte der AFPP, CODEPU und anderer Volksorganisationen eingestellt. Der Kampf geht weiter, wir werden diese Genossen nicht allein lassen und bereiten in diesem Sinne neue Mobilisierungen vor.

Die Situation der politischen Gefangenen

Ich möchte das Angebot des *Arbeiterkampf* nutzen, um auch über die spezifische Situation der politischen Gefangenen zu informieren. Vor einem Monat wurden zwei Genossen aus dem Foltergefängnis Victoria verlegt, die drei Monate lang intensiven Folterungen ausgesetzt waren, durchgeführt von Funktionären der Gendarmerie. Ich habe persönlich mit ihnen gesprochen und sie haben mir das schreckliche Erlebnis erzählt. Daraufhin habe ich gedacht, ich muß die internationale Öffentlichkeit darüber informieren , daß das Leben der politischen Gefangenen starkem physischen und psychischen Druck ausgesetzt ist (um nicht zu sagen Folter). Die Verlegung der Genossen war nicht auf den guten Willen des Regimes, die Menschenwürde zu respektieren, zurückzuführen, sondern ist zum Teil den Anklagen zu verdanken, die verschiedene Sektoren der Bevölkerung und speziell die politischen Gefangenen erhoben haben. Auf diese Weise gelang es, zwei Genossen aus den Folterkammern der Diktatur herauszuholen, aber wir bleiben immer noch in den Klauen dieses ehrenrührigen Regimes.

Es ist drei Uhr morgens, ich muß diesen Brief beenden. Ich möchte zum Schluß noch über das letzte Ereignis informieren, das uns ziemlich besorgt macht: In der Strafanstalt befindet sich der politische Gefangene HERIBERTO MENA, langjähriger Kämpfer des Widerstandes, der wiederholt durch die Sicherheitskräfte festgenommen worden ist, bestialisch gefoltert wurde, doch dank der Anklagen der AFPP der politische Gefangene HERIBERTO MENA, langjähriger Kämpfer des Widerstandes, der wiederholt durch die Sicherheitskräfte festgenommen worden ist, bestialisch gefoltert wurde, doch dank der Anklagen der AFPP konnten sie ihn nicht umbringen, sondern mußten ihn ins Gefängnis schicken. Seit drei Monaten hat dieser Genosse laufend epileptische Anfälle, was uns verpflichtet, ihn 24 Stunden am Tag nicht allein zu lassen. Dieser Genosse müßte in einem Krankenhaus behandelt werden, und dafür muß er die Erlaubnis der Militär-Staatsanwaltschaft und der Gefängnis-Gendarmerie erhalten, die ihm bis heute verweigert wird. Dieser Genosse riskiert täglich sein Leben, so daß wir, die politischen Gefangenen, beschlossen haben, eine Kampagne zur Rettung seines Lebens voranzutreiben. Dabei soll

Fortsetzung nächste Seite



Drahtzieher für Nicaragua

Aufruf zur Unterstützung des Metallbetriebs INCA

Bei ihrem Aufenthalt in Nicaragua waren einige Frankfurter IG Metaller, die selber in der Elektrobranche arbeiten, in der Metallfabrik INCA in Massaya, in der u.a. Nägel hergestellt werden und Draht gezogen wird. Eingesetzt werden dort eine Anzahl deutscher Maschinen, an denen häufig Reparaturen anfallen. Zur Unterstützung bei diesen Problemen werden Kollegen gesucht, die in einer Drahtzieherei oder Nagelfabrik arbeiten, und in deren Betrieb entsprechende Maschinen gefertigt oder eingesetzt werden. Vielleicht kann sich daraus ein direkter Kontakt zwischen einem deutschen und einem nicaraguanischen Betrieb entwickeln.

Einige an den Maschinen eingesetzte Werkzeuge verschleißen vorzeitig oder brechen. Wir hoffen durch Erfahrungen von Kollegen, die hier an den Maschinen arbeiten, den Nicaraguanern helfen zu können. Außerdem besteht die Möglichkeit, daß Kollegen mit einer entsprechenden Ausbildung nach Nicaragua fahren, um dort im Betrieb unterstützend zu arbeiten. Für sie wären Informationen über die Maschinen hilfreich. Die folgenden deutschen Maschinen (neben amerikanischen) werden bei der INCA benutzt:

1. Zum Kaltziehen von Draht:
Trefiladora
Kuhlenkampf § Konitzky
Bremen
Typ GMDG 6
Vertrieb: Ernst Koch & Co. KG
Maschinenfabrik
Ihmert/Westfalen

2. Zur Nagelherstellung:
Wafios
Typ STO E
NR ZX 006 399
Reutlingen

Wo sich die Möglichkeit bietet, intakte und produktionsfähige Maschinen dieser Art zu kaufen, weil sie bei uns ausrangiert oder ersetzt werden, sollten Hinweise gegeben werden. Der Verein Monimbo verfügt ebenfalls über eine Liste von dringend benötigtem Werkzeug. Wenn ihr helfen könnt, dann wendet euch bitte an:

Verein Monimbo
c/0 DGB Ortskartell Dietzenbach
6057 Dietzenbach
Darmstädter Str. 23
Tel.: 06074-26891

[redacted]

6057 Dietzenbach
Darmstädter Str. 23
Tel.: 06074-26891

[redacted]

Fortsetzung von vorheriger Seite

das Recht der politischen Gefangenen auf Leben und Gesundheit im Mittelpunkt stehen. Ich rufe die internationale Öffentlichkeit auf, Initiativen zu entwickeln, damit das Recht auf Leben und Gesundheit der politischen Gefangenen respektiert und die Krankenhausbehandlung für den Genossen Mena genehmigt wird.

Noch einmal bedanke ich mich für die Veröffentlichung dieses Briefes im *Arbeiterkampf* und möchte den einheitlichen Kampf gegen die gemeinsamen Feinde hervorheben — speziell gegen die Brut der Faschisten. Nach Chile ist ein Exponent der westdeutschen Nazis gekommen und hat eine Erklärung als Mitglied der Nationalsozialistischen Partei abgegeben (2) . Natürlich hat die Diktatur ihn sicherheitshalber für einige Stunden festgenommen. Ich wage zu behaupten, daß, wenn ein Chilene oder ein Ausländer eine öffentliche Erklärung des MIR abgeben würde, würde er heute die diversen Foltermethoden der Militärregierung kennenlernen.

Bis bald und fest, brüderlich
Rolando

Anmerkungen:
(1) Bezieht sich auf den vorangegangenen Brief, abgedruckt im AK 241
(2) Hier war uns nicht ganz klar, wer gemeint ist. Falls es sich um eine Anspielung auf den ehemaligen SS-Offizier Walter Rauff handelt, der die mobilen Gaskammern entwickelt hat, in denen zehntausende Juden umgebracht wurden, so müßte dazu gesagt werden, daß Rauff schon seit 25 Jahren relativ unbehelligt in Chile lebt, sein Fall aber in letzter Zeit wieder ein wenig Aufmerksamkeit erregt hat, nachdem die chilenische Regierung ein Auslieferungsersuchen Israels erneut abgelehnt hat und Rauff sich ungerührt zu seiner Vergangenheit bekennen konnte (vergl. „FR" vom 13.2.'84).

Zurück vom Brigadeneinsatz in Nicaragua



Markt in San Carlos

Vor unserer Abreise nach Nicaragua hatten wir in der Solidaritätsbewegung und in unserer Gruppe ausführlich über die Bedeutung der Arbeitsbrigaden diskutiert. Das Ergebnis dieser Diskussionen waren Stellungnahmen, bei denen hauptsächlich auf den politischen, genauer gesagt, auf den Wert der Arbeitsbrigaden innerhalb der Solibewegung und der BRD-Öffentlichkeit eingegangen wurde, sowie auf die Möglichkeit, dazu beizutragen, eine Invasion durch demonstrative politische Solidarität zu verhindern. Dies kam in erster Linie dadurch zustände, daß die Invasionsgefahr im Dezember, als die Brigaden gebildet wurden, noch sehr viel größer erschien als derzeit. Es wurde zwar gesehen, daß die Brigaden auch einen ökonomischen Beitrag in der Kaffee-Ernte leisten können, doch wurde dies meist als zweitrangig angesehen gegenüber ihrer politischen Bedeutung. Die politische Bedeutung der Brigaden und ihrer Arbeit in Nicaragua selber, d.h. die Wirkung, die die Anwesenheit der Brigaden auf die nicaraguanische Öffentlichkeit haben könnten, spielte bei unseren Vorüberlegungen fast gar keine Rolle. die Wirklichkeit sah teilweise erheblich anders aus.

Nicaragua brauchte jede helfende Hand in der Ernte:

Wir kamen zu einer Zeit nach Nicaragua, als die Kaffee-Ernte schon begonnen hatte, und es wurde uns sehr schnell klar, daß unser Einsatz auf den Kaffeefincas eine fest eingeplante ökonomische Notwendigkeit war. Tagtäglich waren die Zeitungen voll von Meldungen über noch fehlende Erntearbeiter. In der Hochphase der Ernte war von bis zu 20.000 fehlenden Arbeitskräften die Rede. Die hohen Zahlen kommen durch das Wegfallen von Arbeitern aus El Salvador ebenso zustande wie durch den hohen personellen Einsatz im militärischen Bereich, der Nicaragua aufgezwungen wird. Überall wurden Studenten-und Schülerbrigaden in der Ernte eingesetzt. Ihr Beitrag fand ebenso wie die bescheidene Hilfe der ausländischen Brigaden stets lobende, fast dankbare Anerkennung in den Medien. Immer, wenn es möglich war, gingen auch die Soldaten mit aufs Feld. Auf einigen Fincas war es so, daß bestimmte dringend anstehende Arbeiten auf Kartoffelfeldern und Kaffeeplantagen ohne unsere Arbeit nicht hätten verrichtet werden können. Umso betrüblicher ist die Tatsdache, daß es innerhalb der bundesdeutschen Arbeitsbrigaden Schwierigkeiten mit der Arbeitsmoral gab. Wenn die meisten dieser Probleme auch durch freundschaftliches Diskutieren und gegenseitiges Agitieren aus der Welt zu schaffen waren, so gab es doch ein paar wirklich unangenehme und peinliche Vorkommnisse. Es ist weder den nicara-

ser Probleme auch durch freundschaftliches Diskutieren und gegenseitiges Agitieren aus der Welt zu schaffen waren, so gab es doch ein paar wirklich unangenehme und peinliche Vorkommnisse. Es ist weder den nicara-

guanischen Companeros gegenüber solidarisch,noch der Arbeitsmoral der ganzen Brigade zuträglich, wenn Mitglieder einer internationalen Arbeitsbrigade sich hinter kleinen Verletzungen verschanzen, um nicht zur Arbeit gehen zu müssen und dann nachmittags, wenn die anderen vom Feld kommen, ausreiten oder Spazierfahrten auf kleinen Lieferwagen unternehmen. In der in Frankfurt zusammengestellten Brigade wurde dieses Verhalten von einer Gruppe auf die Spitze getrieben. Gingen die anderen morgens zur Arbeit, wurde sich im Schlafsack knurrend umgedreht. Kamen die anderen nachmittags zur Finca zurück, kam ein Teil dieser „Genossen" angetrunken aus der Kneipe. Einige Mitglieder der Frankfurter Brigade haben es fertig gebracht, einen siebenwöchigen Arbeitseinsatz auf wenige Tage zu reduzieren. Die Stimmung in der Gruppe war entsprechend geladen. Den Genossen der Frankfurter Brigade, die unter diesen Bedingungen ihren Arbeitseinsatz bis zum letzten Tag strikt durchgezogen haben, ist es zu verdanken, daß die Brigade, doch noch ein vorzeigbares „Pflückergebnis" zu Wege brachte. Alle Achtung! Selbstkritisch muß hier wohl ein Teil der Genossen, die an der Organisation der Brigaden beteiligt waren zugeben, daß es auch gerade die Genossen des „knallharten" Antiimpispektrums waren, die begriffen haben, daß Revolutionen nicht nur durch politische Präsenz und mit der Knarre in der Hand verteidigt werden, sondern auch ganz simpel im Kaffeefeld. (Dieser Teil war vorher äußerst mißtrauisch beäugt worden, da vermutet wurde, er würde nur wegen der „Romantik" des bewaffneten Kampfes mitfahren). Warum soll man sich auch nicht mal eine Lektion von einer Seite erteilen lassen, von der man es nicht erwartet hat. Die Gruppe, mit der es Auseinandersetzungen wegen der Arbeitsmoral gab, setzt sich aus dem ganzen politischen Spektrum zusammen, das an der Brigade beteiligt war. Die harten Differenzen in der Vorbereitungsphase um eine Kopplung der Arbeitsbrigaden mit einer Kampagne „Waffen für El Salvador" hatten jeenfalls keine praktischen Auswirkungen auf die Arbeit in Nicaragua.

der Vorbereitungsphase um eine Kopplung der Arbeitsbrigaden mit einer Kampagne „Waffen für El Salvador" hatten jeenfalls keine praktischen Auswirkungen auf die Arbeit in Nicaragua.

Im großen und ganzen kann man eher sagen: „Die Diskussion trennt, was die Aktion wieder zusammenführt".

„Ihr seid die ersten Ausländer, die in unser Land kommen, um zu helfen statt uns zu bestehlen"

Welches Gewicht die Nicaraguaner den Brigaden innenpolitisch beimessen, wurde uns erstaunten Brigadisten schon gleich nach der Landung auf dem Flughafen in Managua deutlich. Der nicaraguanische Kulturminister Ernesto Cardenal stand auf dem Rollfeld und begrüßte jeden einzelnen Brigadisten mit Handschlag oder Umarmung. In der Empfangshalle des Flughafens hielt Ernesto Cardenal eine Begrüßungsrede und die zahlreich erschienenen Pressevertreter interviewten die Brigadeteilnehmer. Am Nachmittag waren wir zu einem offiziellen Begrüßungsakt der Regierung eingeladen. Wieder war die Presse und das Fernsehen präsent. Es begrüßte uns im Namen der Regierung Jaime Wheelock, Agrarminister, Mitglied der dreiköpfigen Regierungsjunta und Comandante der Revolution. Am nächsten Tag waren die Medien voll mit Meldungen über unsere Ankunft. Das Interesse hielt während des ganzen Aufenthaltes an. Eine US-amerikanische Brigade hielt sich während der Angriffe auf Punta Nata und Potosi am 2. und 3. Februar in unmittelbarer Nähe auf. Eine US-amerikanische Companera berichtete in der Barricada: Es sei ein auf merkwürdige Weise bewegender Moment gewesen, zu sehen, wie die nicaraguanischen Companeros sie vor den Bomben und Schüssen geschützt hätten, die ihr eigener Präsident geschickt hätte. Die Wirkung dieser Meldungen in der nicaraguanischen Öffentlichkeit war immens. Überall im Land trafen wir Menschen, viele waren arme Bauern, die uns sagten:„Es ist gut, daß wir jetzt sehen können, wie es sogar in den größten imperialistischen Länden Companeros gibt, die mit uns solidarisch sind." Ein von der Revolution al-

ern, die uns sagten:„Es ist gut, daß wir jetzt sehen können, wie es sogar in den größten imperialistischen Länden Companeros gibt, die mit uns solidarisch sind." Ein von der Revolution al-

phabetisierter Campesino, der gerade Mitglied einer neuen Cooperative geworden war und zum ersten Mal Boden bebauen wird, der ihm gehört, sagte mir auf dem Feld: „Ihr seid die ersten Ausländer, die in unser Land kommen, um zu helfen statt uns zu bestehlen".

Weitere Arbeitsbrigaden nach Nicaragua — aber vieles noch verbessern

Die oben beschriebenen Erfahrungen mit der ersten Arbeitsbrigade zeigen, was wir im nachhinein anders einschätzen müssen. Es muß schon in der Vorbereitung der Arbeitsbrigaden ein größerer Wert auf die konkrete ökonomische Hilfeleistung gelegt werden. Auch für die Erntebrigaden hat es sich als sehr nützlich erwiesen, Companeras/os mit praktischen Fachkenntnissen dabei zu haben. Es waren auf den Fincas Motorspritzen, Trecker und Raupen zu reparieren, Werkbänke und Traggestelle für Mulis zu zimmern und etliche Krankheiten und Verletzungen zu behandeln. Die innenpolitische Bedeutung der Brigaden für Nicaragua muß von uns stärker als bisher berücksichtigt werden. Das bedeutet auch: der Anteil der spanisch sprechenden Brigadeteilnehmer muß wesentlich größer werden. Die nicaraguanischen Companeros wollen mit uns Interviews machen, mit uns diskutieren, all das setzt Sprachkenntnisse voraus. Durchgängige Erfahrung aller Brigadisten ist auch, daß man nur die Hälfte vom Land mitbekommt ohne Spanisch. Im Zusammenhang mit dem Interesse der Nicaraguaner an den Arbeitsbrigaden muß auch die Frage der die Brigaden begleitenden Prominenten und Journalisten noch ausführlich diskutiert werden. Es kann einfach nicht angehen, daß wir uns, wie geschehen, weigern, wegen der für den „Spiegel" mitgefahrenen chica plastica M.L.Janssen-Jurreit und der mit ihr gemachten schlechten Erfahrungen, Journalisten und Prominente mitzunehmen. Eine eigene Brigade für diese Leute kann da auch keine Lösung sein. Sowohl wir als auch die Nicaraguaner haben ein Interesse an Berichterstattung und das bedeutet auch; das Risiko einzugehen, daß einzelne Journalisten sich Stories über Arbeitsbrigadisten in den weichen Betten der Luxushotels aus den Fingern saugen, wie bei der Spiegelschreiberin geschehen. Schließlich mit den Prominenten und Journalisten auch positive Erfahrungen (z.B. Hansen, Henning Scherf, "Konkret" usw.). Bis jetzt war die Aufmerksamkeit, die wir mit den Arbeitsbrigaden erreicht haben — und auch das war ja eines unserer Zeile — nicht schlecht. Die Berichterstattung war insgesamt eher wohlwollend; Informationsveranstaltungen zu Nicaragua gibt es reichlich und sie stoßen auf viel Interesse, auch dort, wo internationale Fragen bisher nicht unbedingt mit viel Interesse verfolgt wurden, wie in der Friedensbewegung.

Frieden für Nicaragua — Freiheit für El Salvador

Bei Weiterführung der Arbeitsbrigaden für Nicaragua stellt sich weiterhin die immer noch umstrittene Frage nach den politischen Inhalten dieser Kampagne, genauer gesagt, nach der Einbettung der Arbeitsbrigaden in eine auf ganz Zentralamerika gerichteten Solidaritätsarbeit. Die Brigade hat in Nicaragua jede sich bietende Gelegenheit genutzt, ihre Solidarität mit allen kämpfenden Völkern auf dem Kontinent zum Ausdruck zu bringen: auf mitgebrachten Transparenten, durch Einladungen an Genossen aus El Salvador auf die Fincas und durch Diskussionsveranstaltungen mit Guatemalteken und El Salvadorianern in Managua. Einigkeit bestand immer über die Frage, daß es mit Sicherheit einfacher ist, eine Solidaritätsarbeit mit einem anerkannten Staat zu entwickeln als mit einer bewaffnet kämpfenden Befreiungsorganisation wie der FMLN oder der URNG. Es wird ja in breiten Teilen der mit Nicaragua solidarischen Bewegung heute auch gern vergessen, daß der sandinistischen Macht ein bewaffneter Befreiungskampf vorausging. Streitpunkt unter uns ist nicht, ob man im Zusammenhang mit den Arbeitsbrigaden auch eine Solidarität mit den in Zentralamerika geführten Befreiungskriegen zum Ausdruck bringt, sondern w i e . Eine direkte Kopplung einer Kampagne „Waffen für El Salvador" an die Arbeitsbrigaden ist kein praktikabler Weg, zumal keine konkreten Vorschläge existieren, wie so etwas genau aussehen soll. Der Vorschlag, die gesammelten Gelder fifty/fifty für beide Projekte zu teilen, hat noch nichts mit einer inhaltlichen Füllung

praktikabler Weg, zumal keine konkreten Vorschläge existieren, wie so etwas genau aussehen soll. Der Vorschlag, die gesammelten Gelder fifty/fifty für beide Projekte zu teilen, hat noch nichts mit einer inhaltlichen Füllung

des Vorschlags zu tun. Um die inhaltliche Unterstützung der bewaffneten Kämpfe in Guatemala und El Salvador muß es uns aber wohl in erster Linie gehen. Wenn uns schlicht die politischen Ideen fehlen, wie wir eine Öffentlichkeitsarbeit in diesem Sinn entwickeln sollen, können wir uns nicht aus dem Dilemma retten, indem wir dieses einfach als Nachsatz an eine laufende Kampagne anhängen wie: „Arbeitsbrigaden für Nicaragua — Waffen für El Salvador".

Es ist schon etwas verwunderlich, wenn sich die Solidaritätsbewegung monatelang mit der Frage der Koppelung zweier Kampagnen herumschlägt, aber nichts Praktisches auf die Beine gestellt bekommt, wenn verkündet wird, daß im Haushalt '84 Entwicklungshilfe in Höhe von 23 Millionen DM für El Salvador vorgesehen ist und die Hilfe für Nicaragua im selben Moment auf die Hälfte (8 Mio. DM) zusammengestrichen wird. Von der Auszahlung der seit langem anstehenden 40 Mio. an Nicaragua wird kaum noch gesprochen, dafür umso mehr vom neuen Botschafter für El Salvador. Es gäbe eigentlich genug Ansatzpunkte für die Solidaritätsbewegung, aktiv zu werden. Stattdessen streitet man sich um die Frage, ob die Forderung „Frieden für Nicaragua" an sich richtig oder für sich falsch sei. Dabei steht doch wohl außer Frage, daß das Land eine militärisch entspannte Zeit braucht, um seinen Aufbau voranzutreiben, seine innenpolitische Situation zu stabilisieren. „Queremos la paz", wir wollen Frieden, sagen die Nicaraguaner selber, auch wenn dieser „Friede" nur eine kurze Waffenruhe mit dem imperialistischen Gegner sein kann.

NICARAGUA VENCIO

EL SALVADOR VENCERA!

M.,Hamburg

Heiner Karuscheit

Welkes Grün und rosa Pläne

Die Krise der Grünen und die Attraktivität der Sozialdemokratie

Heiner Karuscheit ist Redakteur der Zeitschrift „Aufsätze zur Diskussion", die herausgegeben wird von der Gruppe Neue Hauptseite Theorie (NHT). Dieser Aufsatz erscheint gleichzeitig in der März-Ausgabe der „AzD".

Das Abebben der Friedensbewegung, nachdem das selbstgesteckte Ziel — die Verhinderung der US-Mittelstreckenraketenstationierung — nicht erreicht worden ist, hat alle Kräfte, die daran beteiligt waren, dazu gebracht, vorläufige Bilanz zu ziehen und die nächsten Perspektiven zu überdenken. Bei der Sozialdemokratie hat die Friedensbewegung die Entwicklung von Umrissen einer Strategie befördert, deren Ziel die Erlangung größerer Selbständigkeit gegenüber den USA ist, um die eigenständigen Interessen des BRD-Kapitals gegenüber Ost und West (vor allem den USA) besser verfolgen zu können. (1) Eckpfeiler dieser Strategie ist das Bestreben, militärisch endlich unabhängig von dem atomaren „Schutzschild" der USA zu werden. Mittelfristig darin eingeschlossen ist das Ziel, innerhalb der NATO die Gewichte auf Kosten der USA zugunsten der BRD zu verschieben, ja evtl. zu einer anderen Form des Bündnisses mit den USA zu gelangen, als das die NATO darstellt. Außenpolitisch ist man sich mit den Regierungsparteien über die Fortsetzung der europäischen Entspannungspolitik einig.

Die Beteiligung der SPD an der Friedensbewegung hat ihr bei deren Teilnehmern erneut massenhaften Zuspruch verschafft, weil kaum jemand sich über die tatsächliche SPD-Sicherheitsstrategie im klaren ist. Wieder einmal scheint es der Sozialdemokratie gelungen zu sein, eine gesellschaftliche Bewegung unter ihre Hegemonie zu bringen und für die eigene Stärkung auszunutzen. Anders sieht es bei den Grünen aus, die in den vergangenen Jahren einen scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg erlebt hatten. Mit dem Niedergang der Friedensbewegung sind auch die Grünen in eine Krise geraten.

1. Die Krise der Grünen

„Doch wo auch man sich bei den Grünen umhört, ist von Krise und Depression, von Orientierungslosigkeit und politischer Müdigkeit die Rede." (2) Diese Feststellung des FAZ-Kommentators Günter Bannas ist kaum zu bestreiten. In Hessen haben die Grünen eine Tolerierungspolitik gegenüber der SPD-Regierung Börners beschlossen, die sofort die Kritik des Bundesvorstands fand: das Resultat der wochenlangen Verhandlungen sei „nicht ausreichend", ließ sich dieser vernehmen. Andere prominente Grüne sehen ihre Partei mittlerweile auf deren ureigenstem Gebiet — der Ökologie — in der Defensive: *„Die Partei DIE GRÜNEN läuft heute Gefahr, ausgerechnet in den Bereichen, die sie als erste Partei entschieden und folgenreich thematisiert hat, die Initiative zu verlieren — und zwar an die herrschenden Parteien. Es ist eine Situation vorstellbar, in der vielen überhaupt nicht mehr klar sein könnte, warum es überhaupt die Partei DIE GRÜNEN geben soll. Vor allem in ökologischen Fragen hat die Partei die Initiative verloren."* (3) Gerd Bastian hat seinen Austritt aus der Bundestagsfraktion für den Fall angekündigt (den er mittlerweile vollzogen hat, die Red.), daß die Grünen nicht endlich gängige Perspektiven in der Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik entwickeln und sich die Arbeitsweise der Fraktion nicht verbessert.

Die Bundesversammlung der Grünen im November 1983 in Duisburg brachte die gegenwärtige Situation auf den Punkt. Die Bundestagsfraktion hatte erst gar keinen Rechenschaftsbericht vorgelegt, und die über zweieinhalb Tage geführten Debatten vermochten nicht ein einziges der aufgeworfenen Probleme zu klären. *„Die friedenspolitische Diskussion unmittelbar vor der Bundestagsentscheidung, der erwartete politische Mittel- und Höhepunkt des Kongresses, war stattdessen ein Trauerspiel. Weder Bundesvorstand noch Bundes-Friedens-AG der Grünen hatten einen Leitantrag vorgelegt, auf den sich die Diskussion über Bestandsaufnahme und Perspektiven der Friedensbewegung hätte beziehen können. Nirgends wurde der Mangel an politischer Konzeption, an Vermittlung zwischen ‚Fernzielen' (Frieden ohne Waffen, blockfreies Europa) und ‚Tagespolitik' so deutlich wie hier. Die Leidenschaften entzündeten sich an solchen Bedeutsamkeiten wie dem Boykott amerikanischer Waren oder dem Appell, das Fianazkapital durch Abheben der Bankguthaben zum Einsturz zu bringen. Wie strategische Orientierungen (Auflösung der Militärblöcke, Austritt aus der NATO, blockübergreifende Ausrichtung der Friedensbewegung, Dritte-Welt-Solidarität) in Politik umzusetzen wären, darüber wurde allenfalls in Form von Appellen gesprochen."* (4) Das ist der Kommentar des Ex-KBWlers und jetzigen Grünen Ralf Fücks zu dem Duisburger Spektakel.

Die Klippen, auf denen die Grünen aufgelaufen sind, haben sich zuerst und am spürbarsten in der Bundestagsarbeit bemerkbar gemacht. Der grüne Bundestagsabgeordnete Tischer schreibt dazu: *„Die Bundestagsfraktion der Grünen begibt sich seit ihrer Anwesenheit im Bundestag insgesamt wie auch in vielen Fachbereichen auf unbekanntes Neuland. Die Wirtschafts-, Außen-, Forschungs- und Sozialpolitik sind z.B. Themen, die aufgrund der erst vierjährigen Parteigeschichte noch gar nicht ausdiskutiert sein können. Die inhaltliche Auseinandersetzung im Detail wird und muß nunmehr in der Bundestagsfraktion erfolgen, welches auch der Fall ist."* (5)



Aufbruch mit Bauhelm und wehenden Fahnen 1968 ...

Daß die inhaltliche Arbeit noch nicht genügend „im Detail" entwickelt sei, ist eine schamvolle Untertreibung, denn auf welchem der benannten Gebiete ist bei den Grünen eine Linie „im Großen" vorhanden, die nur noch „im Detail" konkretisiert werden müßte? Das heißt, wo gehen die Positionen über eine Handvoll persönlicher Meinungen und das Aufgreifen einiger aktueller Forderungen hinaus? Aber davon abgesehen weist die Beobachtung auf das richtige Problem. Mit dem Einzug in den Bundestag wurden die Grünen auf allen Gebieten der Politik gefordert — und ihre Abgesandten mußten feststellen, daß sie bestenfalls auf dem Gebiet der Ökologie über ausgewiesene Positionen verfügten. Die fehlende programmatische Substanz, die stets als „Offenheit" gefeiert wurde, zeigte plötzlich ihre Schattenseiten, die Krise war unausweichlich.

Diese Entwicklung ist eine Folge der spontanen Bewegung, in deren Verlauf die Parteibildung der Grünen vonstatten gegangen ist. Als Partei haben sie sich formiert im Zuge der Anti-AKW-Bewegung der 70er Jahre, deren Schubkraft als „ökologische" Bewegung die Parteibildung forcierte und überhaupt ermöglichte. Am Ende der Anti-AKW-Bewegung stand die offizielle Gründung der Grünen als 1.Partei am 12./13. 1980. Weiterhin getragen wurden die Grünen von der sich direkt anschließenden neuen Welle spontaner gesellschaftlicher Bewegung: von der Friedensbewegung, die ihre erste Großdemonstration am 10. Oktober 1981 mit ca. 300.000 Teilnehmern hatte. Mittlerweile geht auch diese Bewegung dem Ende zu. Was sie zusammengehalten hat — die spontane Gegnerschaft gegen die US-Raketenstationierung —, hat auch bei den Grünen vorhandene Differenzen überlagert. Aber mit der Erledigung des Anlasses stellen sich die jahrelang zurückgetretenen Probleme der grundsätzlichen politischen Orientierung aufs neue, mit der sich abzeichnenden Folge: *„In der Friedensbewegung werden die Grünen mangels eigener Konzeption immer stärker zwischen die Mühlsteine von SPD, DKP und dem militanten Flügel geraten."* (6) Die nächste größere gesellschaftliche Auseinandersetzung, die 1984 ins Haus steht, ist der Kampf für die 35-Stunden-Woche. Das aber ist ein Kampf, der nicht auf dem Terrain der Grünen ausgetragen wird, sondern auf dem Terrain der Arbeiterbewegung und ihrer Gewerkschaften. Und auch wenn die Grünen sich positiv dazu stellen, wird das keine Bewegung sein, die von der Sache her die Grünen stärken wird.

Bis jetzt sind die Grünen von der spontanen Bewegung getragen worden, die ihren Charakter als „Bewegungspartei" sichergestellt hat. Die Krisen, die sie durchgemacht haben, waren Wachstumskrisen wie bei der Abspaltung von Gruhl und Springmann, als weltfremde und offen reaktionäre Kräfte abgestoßen wurden, und begünstigten letzten Endes nur die weitere Ausbreitung. Die Auseinandersetzungen, die sich jetzt abzeichnen, werden jedoch unter anderen Voraussetzungen ausgetragen, nicht mehr im Aufschwung, sondern im spontanen Abschwung. Sie werden erbitterter, und zum Erstaunen aller Beteiligten wandelt sich das zuvor beschworene Klima des neuen Umgangs neuer Menschen miteinander in Grabenkämpfe miteinander verfeindeter Fraktionen. Damit einher geht ein Wandel in der politischen Trägerschaft: *„Die Grünen drohen sich zunehmend zu uniformieren: Zum beinahe allein herrschenden Typ des grünen Politikers wird der (in Ausnahmefällen : die) alt-linke Routinier zwischen 30 und 40, der mit seinen Bruchstücken an theoretischem Wissen, seiner politischen Erfahrung, seinem taktischen Geschick und seiner Bereitschaft, das halbe Leben in Sitzungen zu verbringen, fast naturwüchsig das Heft in die Hand bekommt, je mehr die Grünen zur Partei werden. Diese soziale und politische Selektion ist aber gleichzeitig eine Verarmung, die uns ins politische Ghetto zurückführen kann."* (7) Diese Klage des „altlinken Routiniers zwischen 30 und 40", Ralf Fücks, über das Breitmachen von seinesgleichen innerhalb der Grünen hat eine reale Grundlage.

Nachdem die „Alt-Linken" insbesondere in verschiedenen ml-Organisationen jahrelang Massenpolitik gespielt hatten, ohne über eine gesellschaftliche Basis zu verfügen, waren sie der Reihe nach scharenweise zu den Grünen gelaufen, deren plötzliche Ausbreitung ihnen die ersehnten „Massen" zu garantieren schien. „Je mehr die Grünen zur Partei werden", d.h. je weniger sie noch eine „Bewegung" repräsentieren, desto häufiger bleiben die Alt-Linken nun unter sich, als Bodensatz, der noch grüne Bewegung spielt, nachdem die grüne Bewegung schon vorüber ist. *„Anlaß zu kritischem Nachdenken ist allerdings, daß die Stärkung des (wie auch immer definierten) ‚sozialistischen Flügels' der Grünen (und zwar um Kräfte, die der ökologischen Problematik eher fern stehen) einhergeht mit dem Verstummen der eher bürgerlich-humanistisch geprägten, vom Naturschutz oder einer antroposophischen Lebensauffassung herkommenden Teile der Partei."*(8) In demselben Maße, wie die Grünen ihren Charakter als Bewegungspartei verlieren, gewinnen die „Sozialisten" in der Organisation an Bedeutung. Aber die Siege, die sie bei der Besetzung von Posten erringen, sind Siege über eigenen Truppen auf einem sich leerenden Schlachtfeld.

Jahrelang konnten die Grünen die unterschiedlichsten politischen Kräfte in sich aufnehmen, von der AUD Haußleitners über die ehemalige SPDler bis zu MLern. Die vorhandenen politischen Divergenzen wurden von praktischen Erfolgen überspült, und die inhaltiche Unbestimmtheit war ein Garant ihres Zulaufs. Mit dem Abflauen der Bewegung treten die Differenzen um so schärfer hervor; die Programmlosigkeit, die vorher die Stärke der Grünen war, zeigt sich jetzt als grundlegende Schwäche. *„Es fehlt an programmatischer Sicherheit und politischer Substanz"* (9). Ist aber an gemeinsamer Grundlage, an verbindlicher inhaltlicher Programmatik wenig vorhanden, so gibt das die Garantie, daß die anstehenden Auseinandersetzungen bis aufs Messer ausgetragen werden. In den Fragen, die die Friedensbewegung aufgeworfen hat: Stellung zur Sowjetunion, Einschätzung der Blöcke, NATO-Mitgliedschaft und deutsche Frage — zeichnet sich das bereits ab. *„Der ... Verbalradikalismus der Grünen, die vom ‚Widerstand' und vom ‚Raus aus der NATO' reden, soll die Brücke verkleistern. Ihre Forderungen kommen zustande wie die Sprüche auf linksgewirkten studentischen Vollversammlungen — sie drücken Gefühle aus, sind jedoch nicht Ergebnis rationaler politisch-strategischer Überlegungen. Politische Zielkonflikte — und die gibt es überall — führen dann bei grünen Politikern zu Hilflosigkeit und Streiterei. Bislang genügten die Formelkompromisse der Parteitage, die die unterschiedlichen Parteiströmungen zusammenschnürten. Doch in den Parlamenten reicht dies nicht aus. Orientierungslosigkeit bei den Grünen ist die Folge ... — bei jenen ‚oben' und bei denen an der ‚Basis'."* (10)

Das macht auch die Bestrebungen in Richtung auf eine Zusammenarbeit mit der SPD so problematisch. Die Crux liegt nicht in der Zusammenarbeit als solcher, sie liegt ebensowenig in der befürchteten größeren taktischen Geschicklichkeit der sozialdemokratischen Politiker, sondern woanders. Die fehlende programmatische Substanz der Grünen ist die sicherste Voraussetzung, um bei allen Verhandlungen über den Tisch gezogen zu werden, und in etwaigen „grün-roten" Bündnissen auf einmal ohne Gesicht dazustehen. *„Seit der ‚Tanker' SPD Kurs in grüne Gewässer nimmt, weiß die Besatzung des ‚Schnellbootes' kaum weiter. Beschleunigt sie, wird die Mannschaft überfordert. Bei Kursänderungen wird ein Teil das Schiff verlassen. Schon reibt sich die Nachwuchsriege der SPD vergnügt die Hände — jene Grüne, die es wert seien, würden schon den Weg in den ‚Schoß der Mutter SPD' finden."* (11) *Unbeschadet werden die Grünen aus ihrer gegenwärtigen Krise nicht herauskommen. Eilt ihnen keine neue Bewegung gnädig zu Hilfe, ist nicht einmal auszuschließen, daß der grüne Frühling plötzlich in eine lange Eiszeit mündet.*

2. Die grünen Linken

Was für Auswirkungen hat diese Entwicklung auf die linken Gruppierungen, die den Weg zu den Grünen angetreten sind? Beginnen wir mit der Organisation, die als letzte den Absprung gemacht hat, dem KBW.

KBW und „Kommune"

Unter der Führung Joscha Schmierers war der KBW wie stets zu spät, aber gründlich. 1973 entstand er als letzte der bundesweiten ml-Organisationen nach einer Programmdebatte, die zwar tiefergehend als bei den anderen geführt wurde, dafür aber ebenso gründlich mit den richtigen Forderungen aufräumte, eine Imperialismus- und Klassenanalyse der BRD als Grundlage eines Programms durchzuführen. (12) Ende der 70er Jahre trieb der KBW das Sektierertum in einem Zeitpunkt zur Höchstblüte, als andere ml-Organisationen schon davon Abschied nahmen. 1982/83 leitete Schmierer den Übergang zu grünen Vorstellungen mit einem politökonomischen Artikel über das Genossenschaftswesen ein (13) — wiederum als letzter, aber dafür gründlicher als bei anderen MLern üblich. Heute hat er die marxistische Kritik am Kapitalismus vollständig durch die grüne Kritik am „Industrialismus" ersetzt (14). Ihm *„stellt sich auch das Verhältnis von politischer, sozialer und materieller Umwälzung neu."* (15) Nicht mehr um eine soziale Revolution, um den Klassenkampf zum Sturz der Bourgeoisie durch die Arbeiterklasse soll es entscheidend gehen, sondern um eine „matrielle Umwälzung" des „Industriesystems", die auch nicht mehr in einem revolutionären Akt erfolgen soll, sondern durch allmählichen Umbau der stofflichen, materiellen Gestalt der industriellen Produktion: *„Wenn man den Charakter der anstehenden Revolution ernst nimmt, die eine materielle Umwälzung oder zuwenig sein wird, wenn man deshalb davon ausgeht, daß sie im Gegensatz zu Lenins Annahme nicht schnell, sondern nur allmählich verwirklicht werden kann, würde auch eine ‚grüne Revolution' noch lange Zeit auf ‚Reparaturmaßnahmen' nicht verzichten können".* (16) Das wird bis zu der intelligenten Erkenntnis vorgetrieben, daß ein gegenwärtig drohender Krieg, weil mit Atomwaffen geführt, Folge der industriellen Entwicklung ist — denn ohne Industrie müßte er mit Pfeil und Bogen ausgetragen werden: *„Bloß woraus entspringt die Gefahr des Atomkrieges, wenn nicht gerade aus dem von Kapitalismus und Staatsmonopolismus hervorgetriebenen Industrialismus, an dem heute allein radikale Kritik sich entzünden kann?"* (17)

Das zu späte Ankommen bei den Grünen droht sich allerdings auf die KBW-Zeitschrift „Kommune" auszuwirken. Zwar ist es gelungen, einige ehemalige „99er" (Restbetände der 1980 aufgelösten KPD, ursprünglich KPD/AO), sowie ganz früh abgesprungene Alt-KBW'ler (wie Wilfried Maier und Gerd Koenen) zur Mitarbeit zu bewegen. Aber das Ziel, die „Kommune" zum allseitig anerkannten offenen Forum der Debatte grüner Alternativpläne zu machen, stößt angesichts der gegenwärtigen Entwicklung in der neuen Mutterpartei auf Schwierigkeiten. Mit *„Wahrscheinlichkeit wird es in der nächsten Zeit aufgrund der Fraktionierungs- und Spaltungstendenzen innerhalb der Grünen schwerer, die Zeitschrift als Forum offenzuhalten und weiterzuentwickeln. Der Zwang zur Einordnung wächst doch ziemlich."* (17a) Schmierers Patentlö-

sung: ,,*Die jetzigen Tendezen in Richtung Kaderpartei müßten eher gebremst werden*'' (18). Nur wie soll dieser fromme Wunsch Wirklichkeit werden, wenn mit der Bewegung auch die Zeiten der Bewegungspartei zu Ende gehen?

Nachzutragen bleibt, daß die Auflage der Zeitschrift eine leicht steigende Tendenz hat und jetzt bei 3.000 Exemplaren liegt, davon etwa 1.550 Abonnements. Gleichzeitig mußten die bezahlten Redaktionsmitglieder zum Jahresende 1983 von sechs auf vier verringert werden (19), wodurch das theoretische Niveau der Zeitschrift nicht gerade gehoben wird. Vielleicht kann die ,,Kommune'' durch das im Vergleich zur MOZ konsequentere Aufgehen in den Grünen noch einiges an grüner Diskussion konzentrieren. Dieser Übergang hat aber als Begleiterscheinung den weiteren organisatorischen Zerfall des ,,Kommune''-Trägers, des KBW, zur Folge. Wie die Zeitschrift aus der damit gegebenen Zwickmühle ohne weitere Einbußen bei den bezahlten Redakteure herauskommen will, ist nicht abzusehen.

MOZ (Moderne Zeiten)

Die Zeitschrift ,,Moderne Zeiten'' und ihr Trägerkreis ,,Initiative Sozialistische Politik'' (ISP) tragen mit der Orientierung auf die Grünen im Prinzip ähnlichen Charakter wie der KBW und die ,,Kommune''. Der Unterschied zwischen beiden Gruppierungen liegt einerseits darin, daß die MOZ — insbesondere die Gruppe ,,Z'' — strikter an marxistischen Positionen festzuhalten versucht hat, andererseits in politischen Fragen: Für die ,,Kommune'' ist die ,,staatsmonopolistische'' Sowjetunion eine imperialistische Supermacht und existiert so etwas wie eine ,,deutsche Frage''. Die MOZ dagegen lehnen die Supermachts-These ab und unterstellen der Sowjetunion nicht nur gegenwärtig gegenüber den USA, sondern grundsätzlich eine Defensivpolitik; für sie ist bereits das **Aufwerfen** der deutschen Frage, gleich welche Antworten gegeben werden, eine Wendung hin zum Nationalismus.

Mit der Dezemberausgabe 1983 der MOZ wurde jetzt ein finanzieller Hilferuf losgelassen: ,,*Wenn wir bis in wenigen Wochen nicht eine Geldsumme von ca. 50.000 aufgebracht haben, kann die MOZ nicht weiter erscheinen*'', und ein ,,*Ende der MOZ wäre notwendig auch das Ende der ISP.*'' (20) Nach der — wahrscheinlich überholten — Impressumsangabe liegt die Druckauflage bei 10.000 Exemplaren. Zur finanziellen Sanierung sind 4.000 verkaufte und bezahlte Exemplare erforderlich: Diese Zahl liegt jedoch gegenwärtig bei 3.700 und hat seit einigen Monaten eine leicht
Zahl liegt jedoch gegenwärtig bei 3.700
und hat seit einigen Monaten eine leicht
rückläufige Tendenz. Darum sind ,,*alle, die die MOZ mit ihrer Orientierung auf eine linksgrüne und linksalternative Politik ohne jede Staatsmännerei oder Deutsch-, Europa- etc. -Tümelei für nützlich und wichtig halten*'' (21), aufgefordert, für das Überleben der MOZ zu spenden. Ob dieser Aufruf Erfolg hat, ist zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Artikels noch nicht bekannt.

Gegründet haben sich die MOZ im Zuge der drei ,,Sozialistischen Konferenzen'' seit März 1980 im Herbst 1981. Ihre Trägerschaft, die seinerzeit noch von ehemaligen Mitgliedern des SB und der SPD, des KB und des KBW bis hin zur DKP/SEW reichte, beförderte die Hinwendung der dort sich orientierenden Linken zu den Grünen ebenso, wie sie selber Ausdruck dieser objektiv vonstatten gehenden Hinwendung war. ,,*Die ,Modernen Zeiten' nehmen in verschiedener Hinsicht eine Zwitterstellung ein. Abstrakt halten sie am Marxismus fest — konkret revidieren sie ihn in zentralen Punkten; abstrakt halten sie an der Arbeiterbewegung fest — konkret orientieren sie sich an der Alternativbewegung.*'' (22) Das wurde in dieser Zeitschrift (der ,,AZD'', Anm. AK-Red.) seinerzeit zur Gründung der MOZ festgestellt. Nach nur zwei Jahren fordert diese Zwitterstellung ihren Tribut. An dem Widerspruch, einerseits ,,sozialistische'' Positionen beibehalten zu wollen, andererseits in einer Bewegung bzw. Partei aufzugehen, die alles andere als sozialistischen Charakter trägt, sind die MOZ in den Strudel des Niedergangs geraten.

Von einem Mitglied der MOZ-Kernredaktion ist die gegenwärtige Krise nur ,,*als eine Frage schwindender Resonanz sozialistischer Positionen in dieser Gesellschaft zu begreifen, die zum Zerbröseln der Reste unabhängiger, sozialistischer Organisiertheit geführt hat.*'' (23). Die ,,schwindende Resonanz sozialistischer Positionen in dieser Gesellschaft'' ist eine bequeme Ausrede. Objektiv gesehen, wächst mit der Fortdauer der Wirtschaftskrise die Resonanz ,,sozialistischer Positionen''. Darum handelt es sich in Wahrheit auch nicht um ein Zerbröseln dieser Positionen, sondern um ein Zerbröseln der ,,Bewegungssozialisten'', denen die Bewegung stets wichtiger war als der Marxismus.

Mit der Krise der Grünen kommt ein Prozeß zum Abschluß, der einen Teil der Linken zur grünen Partei geführt hat. Die Friedensbewegung, die diesen Prozeß zunächst weiterbefördert hat, hat zugleich die Perspektivlosigkeit der Grünen offengelegt. Mit ihrem Ende kehrt sich die Bewegung gegen ihre eigenen Anbeter. Wer bis jetzt nicht den Weg zu den Grünen gefunden hat, wird ihn nur bei völliger Blindheit noch gehen. Im Gegenteil wird sich für einige der dort organisierten ernsthaften Linken die Frage ihrer politischen Perspektive auf Dauer neu stellen.

3. Das Lager des radikalen Reformismus

Nachdem das Sozialistische Büro (SB) als Organisation in Agonie liegt, und es den Demokratischen Sozialisten (DS) nicht besser geht, bleiben als nennenswerte Gruppierungen der ehemals selbständigen reformistischen Linken noch die Zeitschrift ,,Revier'' und die SOST mit ihrer Zeitschrift ,,Sozialismus'' übrig.

Revier

Die Revier-Gruppe versucht ihre Perspektiven aus der Friedensbewegung heraus zu entwickeln. ,,*Deshalb muß das machttaktische Konzept der Friedensbewegung lauten: Alternative '87, Abwahl der Konservativen.*'' (24) 1987 soll eine ,,Regierung des Volkswiderstands'' gebildet werden, die die stationierten Atomraketen wieder beseitigt. Diese ,,Regierung der Mehrheit'' soll einmaligen Charakter besitzen, sie ,,*wäre ein Bruch in der Geschichte Deutschlands, nicht nur in der Geschichte der BRD. Es wäre der Bruch mit dem Untertanengeist, der zwei Weltkriege erst möglich gemacht hat. Erstmals in der Geschichte Deutschlands würde eine mehrheitsfähige Kraft existieren, die in den Schicksalsfragen von Krieg und Frieden keine Kompromisse mehr macht. Die die demokratische Substanz des bürgerichen Staaten auch gegen die Staatsorgane verteidigt.*'' (25) Mit den Bundestagswahlen 1987 soll dieses phantastische Gebilde Gestalt annehmen, deshalb ,,Alternative '87''. Aber wie soll dieser schöne Traum konkret verwirklicht werden? Auch darauf ist eine Antwort parat: ,,*Die ,Regierung der Mehrheit' könnte momentan nur von der SPD und den Grünen gebildet werden*''. Da aber diese ,,*beiden linksbürgerlichen Parteien ... den Teufel tun, von sich aus in dieser Richtung aktiv zu werden*'' (26), müssen sie ,,*von unten*''
aus in dieser Richtung aktiv zu werden'' (26), müssen sie ,,*von unten*''
dazu gezwungen werden. ,,*Die ,Regierung der Mehrheit' müßte von unten gegen beide Parteien durchgesetzt werden.*''(27)

Es fällt schwer, angesichts solcher Vorstellungen, die der SPD die Bildung einer ,,Regierung des Volkswiderstands'' und eine nicht-imperialistische Politik zutrauen, ernst zu bleiben. Dergleichen Traumtänzerei zeigt nur, daß nichts von den realen Zielen und Inhalten sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik begriffen ist (28). Darüber hinaus wird plastisch demonstriert, daß vom Boden des Reformismus aus, auf dem die REVIER steht, die Hinwendung zur Sozialdemokratie immer wieder unausweichlich ist.

Die Sozialistischen Studiengruppen (SOST)

Am konsequentesten begründen die SOST ihre Hinwendnung zur Sozialdemokratie. Sie wollen den gegebenen bürgerlichen Staat zum Hebel der Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse machen; anders ist die von ihnen propagierte ,,Politik der radikalen Reform'' (29) nicht durchzusetzen. Ihnen geht es darum ,,*die zentralisierte gesellschaftliche Macht als Instrument einzusetzen, um eine Belebung der Wirtschaft, eine Anhebung der Lage der Diskriminierten und eine Veränderung der Strukturen der Marktwirtschaft und des Sozialstaates einzuleiten.*'' (30) Nur mit Hilfe des Staates kann die ansonsten drohende ,,gesellschaftliche Katastrophe'' verhindert werden. Um dem Zusammenbruch der Gesellschaft zu begegnen, bestehe die Aufgabe der Linken darin, ,,Verantwortung bei der Rettung und der Neustrukturierung eines gesellschaftlichen Systems zu übernehmen'', denn: ,,*Die Gesellschaft soll in ihren Grundstrukturen geändert werden und die dafür nötige politische Hegemonie kann nicht auf der Basis des Zusammenbruchs, der gesellschaftlichen Katastrophe errungen werden.*'' (31) Wie eine neue Gesellschaft aufgebaut werden soll, ohne daß die alte zuvor beseitigt ist, erfahren wir nicht.

Stattdessen zieht die positive Stellung zum bürgerlichen Staat die Hinwendung zur Sozialdemokratie nach sich. Die SOST erklären es für ,,*günstig, daß keine größeren Teile der Arbeiterbewegung sich auf das unzeitgemäße Modell der Oktoberrevolution zurückbesinnen*'' (32). Günstig sei das deshalb, weil es dadurch keine Spaltung der Arbeiterbewegung gibt, sondern die SPD deren einzig relevanter Repräsentant ist. Diese Sozialdemokratie muß daher dahingehend beeinflußt werden, die von den SOST für richtig befundenen Anti-Krisenmaßnahmen in staatliche Politik umzusetzen. ,,*Den Charakter der SPD als Reformpartei sicherzustellen, den Faktor Sozialdemokratie in seiner eigenen Identität als Element einer Antikrisenpolitik der Arbeiterbewegung zu konditionieren und zu bewahren, muß das strategische Ziel aller politischen Kräfte sein, die sich links von und kritisch zur Sozialdemokratie definieren.*'' (33)

Die SOST sind von einer Gruppierung, die ursprünglich einmal revolutionäre Zielsetzungen mindestens in Worten vertreten hat, zunächst zur Anlehnung an die DKP und von dort mittlerweile zur SPD gekommen (34). Die Ursache dafür ist nicht schwer auszumachen. Es ist die Hinwendung zur Politik, genauer gesagt, die Überzeugung, heute bereits eine ,,sozialistische Politik'' für die ,,breiten Massen'' der Bevölkerung machen zu müssen bzw. zu können. Die Realität zeigt jedoch, daß genau dies heute noch nicht möglich ist. Die Arbeiterklasse ist in ihrer Masse für sozialistisches Gedankengut immer noch nicht zugänglich, erst ein winziger Teil davon ist dafür zu gewinnen. Und diese fortgeschrittensten Kräfte der Arbeiterbewegung müssen vor allem **ideologisch** gewonnen werden. Demgegenüber sind die SOST bereits seit einiger Zeit zur ,,Massenpolitik'' übergegangen: ,,*Sollte die Linke oder die Arbeiterbewegung dauerhaft darauf verzichten wollen, hier und heute neue Formen der Politik und ein anderes Handeln praktisch-politisch durchzuführen, dann steht es in den Sternen, wie der Kampf um das Engagement der breiten Massen gewonnen werden soll.*'' (35) Das hat sie mit Notwendigkeit in die Arme der SPD geführt. Aufgrund der politökonomischen Fundierung, die die SOST besitzen, stellten die Grünen mit ihrer alternativen Wirrnis für sie nie eine ernstzunehmende Kraft dar, um die gesellschaftliche Basis für den ,,Kampf um die breiten Massen'' zu erringen. Als Alternative stand daher nur die SPD offen, an deren Verankerung in eben diesen ,,breiten Massen'' nicht zu zweifeln ist.

Zum Lager des radikalen Reformismus sind schließlich noch Teile der Zeitschrift ,,Probleme des Klassenkampfs'' (PROKLA) zu zählen (andere Teile neigen eher grünen Positionen zu). Dazu gehören insbesondere die Kräfte um Elmar Altvater, bei denen im Hinblick auf die SOST in letzter Zeit ein näheres Zusammenrücken zu beobachten ist.

4. Fazit

Die Linke, wie sie sich in verschiedenen Flügeln aus der Jugend- und Studentenbewegung der 60er Jahre herausgebildet hat, ist als eigenständige Formation so gut wie untergegangen. Ein ganzer Teil hat zu den Grünen gefunden, deren Krise für einige erneut die Frage nach der eigenen Perspektive stellen wird; ein anderer Teil ist zur SPD gegangen bzw. ist auf dem Weg dorthin oder definiert sich im Bezug auf die Sozialdemokratie. Die in den 70er Jahren immer wieder neu aufgelegten Pläne einer ,,sozialistischen'' Partei des Dritten Wegs zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus, zwischen Reformismus und Revolution sind mit dieser Linken dahingeschieden. Sie tragen weniger Realitätsgehalt denn je.

Was von der ehedem ,,neuen Linken'' übrigbleibt und sich weder auf die Grünen noch auf die SPD orientiert, sind die Reste ihres revolutionären Flügels. Dieser Flügel zeichnet sich durch unterschiedliche Varianten des Sektierertums, des Spontaneismus und der Illusionen gegenüber der SPD aus und ist in seinen verschiedenen Organisationen von den Marxistischen Gruppen (MG) über den BWK, den KB und die MLPD unterschiedlich stabil. Daß diese revolutionären Teile einem weiteren Abwanderungsprozeß ähnlich wie in den 70er Jahren unterliegen werden, ist angesichts der Entwicklung bei den Grünen und der reformistischen Linken nicht zu unterstellen. Eher ist anzunehmen, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit vorrangig theoretischer Anstrengungen zur Schaffung eines stabilen ideologischen Fundaments heute auf fruchtbaren Boden fällt. Ohne diese Anstrengungen sind weder die noch vorhandenen wertvollen Kräfte aus der Linken noch die fortgeschrittensten Kräfte aus der Arbeiterbewegung zu gewinnen, an denen vorbei keine revolutionäre kommunistische Partei aufgebaut werden kann.

Anmerkungen

1) vgl. dazu H. Karuscheit, Die Außen- und Militärpolitik der Sozialdemokratie und die Illusionen der Friedensbewegung; in: AzD 24; H. Karuscheit/A. Schröder, Eine große Debatte? in: AzD 25
2) Günter Bannas, Die Grünen in der Krise, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung
3) Wider die Lust am Untergang. Thesen zum Zustand der Partei DIE GRÜNEN; Mitunterzeichner des Papiers, das zur Bundesversammlung der Grünen im November 1983 erschien: Thomas Schmid, Wolf-Dieter Hasenclever, Winfried Kretschmann, Dieter Marcello u.a.
4) Ralf Fücks, Wohin des Wegs? Anmerkungen zum Bundeskkongreß der Grünen, in: ,,Kommune'' 12/1983; der Artikel wurde auch in der MOZ 12/1983 abgedruckt.
5) MdB Udo Tischer, Leserbrief in der TAZ v. 23.1.1984
6) R. Fücks, a.a.O., S. 12
7) R. Fücks, ebda.
8) ebda
9) ebda
10) G. Bannas, a.a.O., S.1
11) ebda
12) vgl. dazu A. Schröder, Das Programm des KBW oder der KBW als Vorreiter des Plagiats, VTK, Gelsenkirchen 1978
13) J. Schmierer, Genossenschaften — politische Ökonomie der Arbeit gegen politische Ökonomie des Kapitals, in : ,,Kommune'' 1/83
14) J. Schmierer, Grüne Zukunft und Zukunft der Grünen — Weichenstellungen; in: ,,Kommune'' 12/1983
15) ebda., S. 6
16) ebda
17) ebda., S. 9
17a) Editorial zur ,,Kommune'' 12/1983
18) J. Schmierer, Weichenstellungen, ebda., S. 9
19) Editorial zur ,,Kommune'' 12/1983
20) Wir verkaufen die MOZ an unsere Leser, MOZ 12/1983, S. 3
21) ebda
22) K. Lente/A. Schröder, Ein Formierungsversuch der reformistischen Linken: Moderne Zeiten, in: AzD 15 (1981), S. 17
23) ISP-Zirkular, zitiert nach: ARBEITERKAMPF 242 v. 16.1.1984
24) REVIER-Papier, Hände hoch! Überfall! NATO-Land ist überall, S. 10
25) ebda, S. 12
26) ebda, S. 13
27) ebda, S. 14
28) vgl. Anm. 1
29) SOST, Bundesrepublik in der Krise, Hamburg 1983, S. 228
30) ebda., S. 230
31) ebda., S. 231
32) ebda., S. 225
33) ebda., S. 227
34) vgl. J. Lidtke/K. Winter, Zur Entwicklung der SOST, in: AzD 11/12 (1980)
35) SOST, Bundesrepublik in der Krise, a.a.O., S. 230

Leserbrief

Leserbrief

Betr.: MOZ funkt SOS, AK 242

Die dankenswerte Analyse in AK 242 über die finanziellen Nöte der MOZ, und vor allem über ihre darüber hinaus wichtigeren **politischen** Probleme regte zu Überlegungen über unsere Organisation und Zeitung an.

Die im MOZ-Artikel entwickelten Kategorien erschienen uns so geglückt, daß wir sie zur Analyse unserer Probleme übernehmen.

,,Aufruf zur Weihnachtsspendensammlung'' lautet die wahrheitsgemäße Überschrift eines Hilfeschreis, mit dem der AK dazu aufruft, die weitere finanzielle Destabilisierung des Unternehmens abzuwenden. Der AK soll, so wird mitgeteilt, in wenigen Wochen rund 50.000 DM aufbringen. Gelingt dies nicht, so geht vorerst alles weiter wie bisher. Hintergrund: Der AK muß bisher ständig bezuschußt werden... Die erwartete Spende ist ein Beitrag für das Weitererscheinen des AK. Der AK hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß er nicht kostendeckend arbeitet, so ist die Notwendigkeit von Spenden keine Überraschung (wird auch nicht durch falsche Auflagenzahlen kaschiert), der projektgebundene Verwendungszweck der Spenden ist garantiert...

Niemand behauptet, daß ein auf ökonomischer Grundlage erneuerter AK eine sehr gute Chance hätte, sich wieder zu stabilisieren und mittelfristig auch wieder zu expandieren. Das Problem wird in den für die Öffentlichkeit bestimmten Verlautbarungen nicht auf finanzielle Probleme reduziert, sondern seit längerem nicht mehr behandelt. Daß es um den AK auch politische und organisatorische Probleme gibt, kann man manchmal dem intern gehandelten Org-Bulletin oder dem sogenannten Beschlußprotokoll entnehmen.
— Schritte zur organisatorischen Festigung des KB sind nicht vorangekommen; die Auflösung des KB in die GAL und alternative Zusammenhänge hinein hält an.
— Der Kontakt zu KB-Gruppen und Individuen läuft schlecht (Berichtewesen).
— Die verkaufte Auflage des AK stagniert stetig.
— Die Trägerschaft des AK — nur durch den KB — wurde beibehalten. Nach dem Scheitern des 5 vor 12 - Konzeptes mußten keine zusätzlichen Träger (breiteres Spektrum) gefunden werden. Trotzdem sollte der AK zusätzliche Zielgruppen ansprechen, wieder mehr zum Bewegungsorgan werden, ohne seinen Charakter als ML-Zeitung aufzugeben.

Nach dem 5 vor 12 - Konzept gab es keine weiteren Modelle für die Suche nach einem Ausweg aus der Krise...

Die meisten der geschilderten Schwierigkeiten waren auch schon früher Gegenstand von KB-Debatten (Kongressen, Zeitungsdiskusssionen). Dem KB ist es nicht gelungen, sich Organisationsstrukturen zu erhalten. Im Gegenteil, die aus der ML-Zeit eingebrachten Organisationsstrukturen sind weitgehend zerfallen. Dieser Gang der Dinge ist nicht logisch und natürlich, weil der KB erklärtermaßen eine Strömung repräsentieren will, die sich nicht jenseits vom linken Ghetto befindet und die eine **organisierte** politische Intervention für notwendig hält. Auf der anderen Seite hat auch der MOZ das kokett-modische Image ihrer Zeitschrift nicht die breiten linksundogmatischen Lesermassen zugeführt, auf die man einmal bei Gründung des Unternehmens spekuliert hatte. Einesteils werden die Bedürfnisse **dieses** Publikums besser durch eine noch offenere Zeitung wie die Kommune angesprochen. Andernteils ist vermutlich beim Publikum generell der Wunsch nach einer politisch-theoretischen Zeitschrift überhaupt nur minimal entwickelt.

Die Krise des KB (der MOZ, der Linken) ist, wie ein auffallend nüchterner Genosse der MOZ-Kernredaktion im ISP-Zirkular analysiert, letzten Endes als eine Frage schwindender Resonanz sozialistischer Positionen in dieser Gesellschaft zu begreifen, die zum Zerbröseln der Reste unabhängiger, sozialistischer Organisiertheit geführt hat.

Die immer wieder zu vernehmenden Beschwörungen — haltet den KB, sonst geht die letzte ML-Strömung über den Jordan — haben nur scheinbar die Logik der Tatsachen auf ihrer Seite. In der Wirklichkeit liegen die Dinge eher umgekehrt: die Nöte des KB dokumentieren das sinkende Interesse an organisierter, fraktioneller (pfui, das schlimme Wort) sozialistischer Arbeit in den meisten gesellschaftlichen Bereichen. Wieviel Genossinnen und Genossen des KB beteiligen sich denn heute überhaupt noch inhaltlich am AK und im KB, um das Problem mal ganz penetrant zuzuspitzen...

Wer einige der KB-Wortführer aus jahrelanger politischer Zusammenarbeit kennt, wird ihnen zutrauen, daß sie die Lage bewußt unterdramatisieren (keine Grundsatzdebatten oder der KB krepiert), um die noch vorhandenen Funken von politischem Überlebenswillen im Einzugsbereich des KB weiter glimmen zu lassen. 50.000 DM sind eigentlich eine relativ bescheidene Summe, und es ist damit zu rechnen, daß das Geld zusammenkommt. Aus AK 242 ist zu entnehmen, daß bereits 23.454 DM zusammengekommen sind. Man wird dann allerdings in ein paar Monaten sehen, daß von den **politischen** Problemen des KB keins einer Lösung näher gekommen ist. AK funkt SOS?

3 Genossen aus Hamburg

Fragen eines lesenden Redakteurs

Was wollen die Autorinnen und Autoren dieses Leserbriefs uns nun eigentlich mitteilen? Daß mal wieder über die Perspektiven des KB und des AK diskutiert werden sollte? Ja, warum eigentlich nicht? Aber warum fangt ihr nicht gleich damit an? Und warum werden Leserbriefe nicht so verfaßt, daß sie auch von Redakteuren ohne Gebrauchsanweisung verstanden werden können?

Jürgen Reents im Bundestag

anläßlich der Israel-Reise von Helmut Kohl



Reents (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe durch die Rede von Herrn Dregger eben zwei Dinge hinzugelernt. Herr Dregger hat davon gesprochen, daß das Existenzrecht Israels auf die Tapferkeit seiner Soldaten gegründet sei.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Ich denke, da wir ja um die Übereinstimmung wissen, die in der CDU/CSU-Fraktion und zwischen der Fraktion und dem entsprechenden Teil der Regierung besteht, man darf in diesem Fall das hinzuaddieren, was vor kurzer Zeit Herr Minister Geißler in seiner bösartigen Unterstellung gegen den Pazifismus vorgebracht hat, der für Auschwitz mit verantwortlich sein soll. Ich habe schon immer vermutet, daß dieser seinerzeitige Vorwurf von Herrn Geißler weit über das hinausgeht, was dazu sichtbar wurde, und daß sich dieser Vorwurf irgendwann — irgendwann — aus dem Munde eines Sprechers der CDU/CSU in eine direkte Beschuldigung auch der jüdischen Opfer des Faschismus umwandeln wird; denn mit dem, was Sie gesagt haben, Herrn Dregger, beziehen Sie natürlich implizite auch all diejenigen ein, die in Israel heute sagen: Unsere Zukunft hängt eben nicht mehr von der Tapferkeit der Soldaten ab, sondern unsere Zukunft hängt vom Ausgleich und von der Verständigung mit dem palästinensischen Volk ab; die davon reden, daß endlich Schluß mit der israelischen Besetzung des Südlibanon und ähnlichem gemacht werden muß. Alle diese beziehen Sie, wenn man die gesamte Programmatik der CDU nimmt, heute mit ein als die Verantwortlichen dafür, daß es Opfer im jüdischen Volk im Faschismus gegeben hat.

(Zurufe von der CDU/CSU: Absurd, so etwas! — Solches Gerede! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Das ist das eine, was ich gelernt habe.

(Anhaltende Zurufe von der CDU/CSU)

Das zweite, Herr Dregger: Sie haben die Waffenlieferung an Saudi-Arabien damit zu bagatellisieren versucht, daß das Naziregime keinen Krieg gegen die Juden geführt habe,

(Dr. Dregger, CDU/CSU: Nein, kein Krieg des deutschen Volkes gegen das jüdische Volk!)

sondern einen Massenmord. Sie sagen, daß der Massenmord etwas Schlimmeres sei als ein Krieg. Das ist eine Ansicht, die ich nicht teile, Für mich ist es das gleiche. Aber wenn Sie sagen, daß das etwas Schlimmeres sei als der Krieg — was ich nicht verstehe —: wieso kann man mit etwas, was man für unmoralischer, was man für schlimmer, was man für gefährlicher, was man für bedrohlicher hält, begründen, daß es

das etwas Schlimmeres sei als der Krieg — was ich nicht verstehe —: wieso kann man mit etwas, was man für unmoralischer, was man für schlimmer, was man für gefährlicher, was man für bedrohlicher hält, begründen, daß es

heute legitim sein soll, wieder Waffen an einen Staat zu liefern, von dem auch die ehemaligen Opfer des Nazifaschismus bedroht sind?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das ist das eine dabei. Aber das zweite dabei ist: Krieg hat das Naziregime z.B. auch gegen die Sowjetunion geführt. Was folgt denn aus Ihrer Aussage? Es folgt daraus, daß die Bundesrepublik an keinen Staat mehr Waffen liefern darf und demzufolge auch selber nicht haben darf, wo dies gegen die Sowjetunion gerichtet wäre; denn da wurde ja damals von seiten des Naziregimes Krieg geführt.

(Dr. Stercken, CDU/CSU: Ein schöner Vergleich! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Was man, glaube ich, zu dem hinzufügen muß, was Sie gesagt haben, ist folgendes: Ihnen geht es — das fällt mir nicht zum erstenmal auf — überhaupt nicht um Logik,

(Schwarz, CDU/CSU: Jetzt beschreiben Sie Ihre eigene Rede!)

Ihnen geht es nicht um Aufklärung, Ihnen geht es nicht um Moral, Ihnen geht es lediglich darum, alle möglichen absurden Argumente zu erfinden, um eine ganz bestimmte waffenklirrende Position der CDU/CSU-Fraktion hier zu verankern.

(Beifall bei den GRÜNEN — Schwarz, CDU/CSU: Sie wissen gar nicht, was Logik ist! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Nach dem Besuch des Bundeskanzlers in Israel hat man im „Spiegel" den Kommentar eines israelischen Politikers zu diesem Besuch lesen können. Er sagte: „Er — der Bundeskanzler — neigt den Kopf zur Seite und redet Platitüden."

(Klein, München, CDU/CSU: Sie waren ja dabei?!)

Ich finde, daß ist ziemlich milde gesprochen, und es ist auch nur die halbe Wahrheit. Wenn es nur Platitüden wären, dann würden wir das unter die schützenswerte Intimsphäre des Bundeskanzlers mit veranschlagen.

Aber es geht um mehr bei all dem, was dort in Israel von seiten des Bundeskanzlers vorgetragen wurde und was heute hier noch einmal in der Rede von ihm und von Herrn Dregger verstärkt worden ist. Es geht darum, daß mit diesem Besuch die Frage des Umgangs mit der deutschen Vergangenheit, die Frage des Umgangs mit den Naziverbrechen neu aufgeworfen ist, der von dieser Regierung leichtfertig, makaber und gefährlich betrieben wird.

Die kurze Botschaft, die der Bundeskanzler immer wieder -rüberzubringen versucht hat, ist: Die Bundesrepublik heute mit ihrem Kanzler von knapp 54 Jahren hat mit der deutschen Vergangenheit nichts mehr zu tun.

(Weiß, CDU/CSU: Das ist doch nicht wahr! Das stimmt doch überhaupt nicht! — Dr. Kunz, Weiden, CDU/CSU: Was ist das für ein wirres Zeug!)

Weil das so sei, müsse endlich international und vor allem in Israel akzeptiert werden, daß Saudi-Arabien für deutschen Waffenhandel genauso offenstehe wie die übrige Welt.

Rüstungslieferungen an Saudi-Arabien gab es immer schon und gibt es auch jetzt schon. Das ist durch die Beantwortung der Kleinen Anfrage bekannt geworden, die von Walter Schwenninger von unserer Fraktion gestellt wurde, **auf die die Bundesregierung keine konkreten Antworten gegeben hat unter explizitem Hinweis auf die Wahrung von Geschäftsgeheimnissen und wegen möglicher außenpolitischer Schädigung durch die Publikation.** Das ist implizit natürlich eine Bestätigung.

Aber der Bundeskanzler hat seine Auffassung, daß die heutige Bundesrepublik und namentlich die heutige Bundesregierung nichts mehr mit der Nazivergangenheit zu tun habe, prompt widerlegt. Das ist das, was jetzt ab diesen Tagen als die neue Affäre dieser Bundesregierung, als die Ziesel-Affäre, mit Sicherheit noch reichlich debattiert werden wird.

(Lachen bei der CDU/CSU — Dr. Kunz, Weiden, CDU/CSU: Das ist ja unerträglich, was Sie da verzapfen!)

Über diesen Herrn Ziesel, über den Herr Ehmke vorhin schon gesprochen hat, muß man, glaube ich, noch etwas hinzufügen,

(Klein, München, CDU/CSU: Fügen Sie mal!)

vor allem, nachdem sich der Bundeskanzler auf diese Frage in der Art eingelassen hat, wie er es getan hat.

(Klein, München, CDU/CSU: Fügen Sie mal!)

vor allem, nachdem sich der Bundeskanzler auf diese Frage in der Art eingelassen hat, wie er es getan hat.

(Weiß, CDU/CSU: Sehr gut hat er es gemacht!)

Herr Ziesel ist 1930 dem NS-Studentenbund beigetreten.

(Zuruf von der CDU/CSU: Nicht dem Kommunistischen Bund!)

Er ist 1931 Mitglied der NSDAP geworden. Er ist sozusagen ein Nazi der ersten Stunde gewesen. Seine Mitgliedsnummer habe ich hier. Wenn es Sie interessiert, kann ich Ihnen das bringen.

(Lattmann, CDU/CSU: Nennen Sie doch Ihre eigene!)

Herr Ehmke hat bereits Zitate aus dem „Völkischen Beobachter" aus Aufsätzen gebracht, die von Herrn Ziesel stammen.

(Lattmann, CDU/CSU: Wenn ein Radikaler über Radikale redet, dann wird es lächerlich!)

Man kann hinzufügen, daß es wirklich ein ganzes Werk von ihm gibt, wo er nicht nur gegen das sogenannte „jüdische Untermenschentum" hetzt, sondern wo er beispielsweise auch „die schöpferische Urkraft des Krieges für das Wesen des Dichterischen" gepriesen hat. Der Herr Bundeskanzler hat ja eine gewisse Vorliebe für das Dichterische.

Ein Punkt muß allerdings noch unbedingt erwähnt werden. Herr Bundeskanzler Kohl — das habe ich nicht gewußt: ich kannte zwar die Bekanntschaft, die Herr Ziesel früher mit dem ehemaligen CSU-Bundestagsabgeordneten Becher und dem CSU-Verleger Kapfinger hatte — hat hinzugefügt, er kenne diesen Herrn seit 1959. Das ist in der Tat interessant. Denn wenn er ihn seit 1959 kennt, dann weiß er sicherlich, daß dieser Ziesel nach 1945 ein Verbot zur Publikation sämtlicher Schriften in Österreich erhalten hat, aber in der Bundesrepublik reichlich weiter publiziert hat, in allen möglichen neonazistischen Blättern.

(Klein, München, CDU/CSU: Das ist falsch!)

unter anderem 1962, drei Jahre nach dem Anknüpfen der Bekanntschaft mit Herrn Kohl, in der „Deutschen National- und Soldatenzeitung" zum „Kampf gegen die entartete Linke, die unser Volk besudelt", aufgerufen hat. Ein Mann, der noch 1968 im Impressum des „Deutschen Studentenanzeigers" der NPD vermerkt gewesen ist, neun Jahre nach dem Anknüpfen der Bekanntschaft zwischen Herrn Kohl und Herrn Ziesel. Ich glaube, das sind Dinge, die in der Tat interessant sind.

(Klein, München, CDU/CSU: Das ist verleumderischer Quatsch, was Sie hier sagen!)

Man muß jetzt, nachdem das bekannt ist, danach fragen und feststellen, daß es offensichtlich im Umkreis des Bundeskanzlers Leute geben muß, die eine direkte Protektion von Altnazis und Neonazis betreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN — Zurufe von der CDU/CSU: Unerträglich! Unverschämtheit! — Lügen und Verleumdungen! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU — Abg. Dr. Stercken (CDU/CSU) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsident Stücklen: Herr Abgeordneter Reents, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Reents (GRÜNE): Tut mir leid, Herr Stercken, ich muß heute meine Zeit voll nutzen.

(Klein, München, CDU/CSU: Kommunistischer Rufmord ist das!)

Ich denke, daß das aufgeklärt werden muß.

Denn es muß ja diese Protektion geben, wenn es möglich ist — da kann man sich nicht mit irgendwelchen Losentscheidungen herausreden —, daß dieser Herr Ziesel in der Bundeskanzlermaschine mitfliegen konnte, offensichtlich deswegen, damit man die Sache mit dem Visum geheimhalten konnte. Denn Herr Ziesel hätte vom israelischen Staat kein Visum bekommen.

(Klein, München, CDU/CSU: Er braucht keines!)

Man muß danach fragen: Wer ist dafür verantwortlich, daß der Name von Herrn Ziesel auf der Presseliste nicht aufgetaucht ist? Wer sind diejenigen im Umkreis des Bundeskanzlers, die diese Protektion von Alt- und Neonazis betreiben?

Das Geburtsjahr des Bundeskanzlers, auf das er in Israel häufig hingewiesen hat, ist zweifellos die unwichtigste Information, die es für das Verhältnis dieser Republik zur deutschen Vergangenheit gibt. Die wirklich wichtigen Informationen lassen sich nicht alle in einem kurzen Beitrag zusammentragen.

ste Information, die es für das Verhältnis dieser Republik zur deutschen Vergangenheit gibt. Die wirklich wichtigen Informationen lassen sich nicht alle in einem kurzen Beitrag zusammentragen.

(Klein, München, CDU/CSU: Vor allem nicht von Ihnen! Dr. Stercken, CDU/CSU: Sie haben doch gar nicht zu den deutsch-israelischen Beziehungen gesprochen!)

Aber ich denke, die Tatsache, daß Altnazis wie Oberländer, wie Globke, wie Gehlen Minister, Kanzlerberater oder Chef des Bundesnachrichtendienstes in dieser Republik werden konnten,

(Zuruf von der CDU/CSU: Wie lange waren Sie Kommunist? — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Was heißt „war"?)

gehört ebenso dazu wie die Tatsache, daß man auch 1984 noch als ehemaliges NSDAP-Mitglied Bundespräsident in dieser Republik sein kann.

(Zuruf von der CDU/CSU: Unerhört! — Wie lange waren Sie Kommunist? — Sie Ex-Kommunist!)

Daß z.B. der Auswärtige Dienst der Bundesrepublik zu zwei Dritteln mit ehemaligen NSDAP-Mitgliedern aufgebaut wurde — wie Adenauer 1952 selbst zugegeben hat —,

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie haben es nötig!)

gehört ebenso dazu wie die Tatsache, daß heute noch oder heute wieder auf Weisung eines Bundestagspräsidenten Kränze vom Gedenkstein für die von den Nazis ermordeten Mitglieder des Deutschen Reichstages entfernt werden.

Daß angesichts der rund 35.000 Personen, die laut Simon Wiesenthal an den Massenmorden der Nazi-Zeit als Täter direkt beteiligt waren, nur 6.000 Ermittlungen von der Ludwigsburger Zentrale zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen überhaupt durchgeführt wurden, gehört sicherlich ebenso dazu wie die Tatsache, daß Ausländer in der Bundesrepublik wieder Angst vor staatlicher und nichtstaatlicher Verfolgung haben müssen. Und schließlich ist die Tatsache, daß Flick, Krupp und andere heute wie damals alles, bis hin zur Politik, kaufen können, die wohl **wichtigste** Information über deutsche Traditionslinien.

Wer angesichts der naturwüchsigen Auslöschung von Geschichtsbewußtsein durch den Generationswechsel den Blick nach vorn anstatt den Blick nach hinten predigt, wer das angesichts der Tatsache tut, daß sich in letzter Zeit Meldungen über neonazistische Beeinflussungen unter Jugendlichen häufen — z.B. in Fußballfanklubs —, fischt im trüben.

(Zuruf von der CDU/CSU: Quatsch!)

Da hilft es nichts, wenn sich Herr Dregger hier hinstellt und sagt, das gehe ohne Vergessen der Vergangenheit ab; denn es war schließlich die „Jerusalem Post", die den Bundeskanzler erst wieder an Herrn Globke erinnern mußte. Er hat in seinen Reden nur diejenigen in Erwähnung gebracht, die aus den Reihen der CDU/CSU Gegner des Nazi-Regimes gewesen sind.

(Zuruf des Abg. Klein, München, CDU/CSU)

Das andere spielt eben keine Rolle mehr.

Der Freispruch der Bundesrepublik und ihrer politischen Repräsentanten von der Geschichte des deutschen Faschismus und der Freikauf gegenüber den Opfern des Nazi-Regimes, vor allen Dingen gegenüber den 6 Millionen Juden — das Eineinhalbfache der heutigen Bevölkerung Israels — sind nichts Neues. Dasselbe blödsinnige Argument mit dem eigenen Geburtsjahr hat übrigens auch schon Herr Barzel 1965 in die Debatte des Bundestages über die Verjährung der NS-Verbrechen eingeführt.

(Klein, München, CDU/CSU: Sind Sie für Sippenhaft?)

„Als Hitler kam, war ich acht Jahre alt", sagte er damals. Dazu dient das eben immer: um damit zu begründen, daß die historische Last personell jetzt endlich abgetragen sei. Zu nichts anderem werden diese Argumente ja gebracht.

eben immer: um damit zu begründen, daß die historische Last personell jetzt endlich abgetragen sei. Zu nichts anderem werden diese Argumente ja gebracht.

(Zuruf von der CDU/CSU: Seien Sie froh, daß Sie noch jünger sind! — Weiterer Zuruf des Abg. Schwarz, CDU/CSU)

Eine weitere Bundestagsdebatte, die in demselben Jahr über die Nahostpolitik der Bundesregierung geführt worden ist — am 17. Februar 1965 —, ist auch lehrreich in bezug auf die Kontinuitäten, in die sich der Herr Bundeskanzler so gerne stellt. Der damalige Bundeskanzler Erhard

(Klein, München, CDU/CSU: Hat die diplomatischen Beziehungen aufgenommen!)

erklärte in jenem Jahr — ich zitiere aus dem Stenographischen Bericht —: Unter Entbehrungen und Opfern haben die Deutschen ... sich bemüht, Schulden abzutragen, die ihnen das „Dritte Reich" aufgebürdet hat.

(Zurufe von der CDU/CSU: War das nicht so! — So war es doch!)

Der Vorwurf des Freikaufs ist in der Tat nicht polemisch, wenn weniger von der politischen Schuld und von der politischen Haftung, von der Hannah Arendt gesprochen hat, die Rede ist,

(Zurufe von der CDU/CSU: Was haben die Kommunisten in der Zeit gemacht? — Wo waren denn Ihre kommunistischen Freunde aus der DDR in der Zeit?)

sondern von Schulden abtragen. Darum geht es auch.

Das ist dieselbe Mentalität, die den Bundeskanzler heute dazu führt, daß er sich in Israel genötigt sieht, darauf hinzuweisen, daß die Entwicklungshilfe an Israel das einzige sei, was nicht gekürzt worden sei. Wer die Wiedergutmachungszahlungen für die Opfer des Nationalsozialismus überhaupt für ein Argument in dieser Auseinandersetzung hält und diese als Großzügigkeit ausgibt, an dessen politischer Moral klebt ein Preisschild. Das hat uns der Bundeskanzler vorgeführt.

(Beifall bei den GRÜNEN — Zurufe von der CDU/CSU: Sie haben es nötig! — Bei Ihrer Vergangenheit!)

Das ist ja bei den Waffengeschäften mit Saudi-Arabien nichts anderes. Die israelischen Politiker haben gesagt: Es darf nie deutsche Waffen in den Händen eines Staates geben, die auf Juden zielen.

(Dr. Müller, München, CDU/CSU: Unterstützen Sie weniger die PLO, dann ist es besser!)

Ich denke, daß dieses Argument allein bereits zählt, um deutsche Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien auszuschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN — Zuruf von der FDP: Sehr verkürzt!)

Ich denke aber, daß man etwas hinzufügen muß; ich tue das aus unserer Sicht. Dieses Argument, das von israelischer Seite vorgebracht wird, wird natürlich immer nur zeitweise — das ist jetzt die zurückliegende Zeit — für diejenigen zählen, die grundsätzlich bereit sind, an Waffen zu verdienen, die grundsätzlich mit eigenen Großmachtinteressen in anderen Regionen Politik machen wollen.

(Klein, München, CDU/CSU: Zum Beispiel Moskau!)

Weil wir dagegen sind, sind wir gegen einen Rüstungsexport überhaupt.

(Beifall bei den GRÜNEN — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Auch wenn ich weiß, daß Sie diese Position nie einsehen werden, denke ich, daß für Sie allein das Argument, das aus israelischer Sicht vorgebracht wurde, wegen der deutschen Vergangenheit genügend zählen sollte.

Acht der zehn Staaten, die an der Weltspitze der größten Waffenimporteure stehen, sind Staaten des Nahen Ostens. Die USA beispielsweise haben in den letzten zehn Jahren 60% ihrer Rüstungsexporte in Staaten des Nahen Ostens gelenkt.

Weltspitze der größten Waffenimporteure stehen, sind Staaten des Nahen Ostens. Die USA beispielsweise haben in den letzten zehn Jahren 60% ihrer Rüstungsexporte in Staaten des Nahen Ostens gelenkt.

(Clemens, CDU/CSU: Und die Sowjetunion?)

— Ich habe die Zahlen jetzt nicht hier; ich weiß das nicht. Walter, hast du die Zahlen im Kopf?

(Lebhafte Zurufe von der CDU/CSU)

— So einfach können Sie mir nicht kommen. Das ist nicht das Problem. Ich weiß, daß die Waffenlieferungen der Sowjetunion in den Nahen Osten einen ganz beträchtlichen Umfang haben. Ich stehe hier überhaupt nicht an zu sagen, daß ich das genauso verurteile. Ich habe Ihnen lediglich gesagt: Ich habe die Zahlen nicht hier.

(Beifall bei den GRÜNEN — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Sie sollten sich wegen meiner grundsätzlichen Äußerung gegen den Rüstungsexport solche billigen Retourkutschen sparen.

Wer weiß, wie die Rüstungsgüter in den Nahen Osten gepumpt werden, sollte begreifen, daß der Krieg im Nahen Osten ein Teil unseres Friedens hier in Europa ist

(Berger, CDU/CSU: Erklären Sie das doch mal!)

und daß man sich nicht moralisch damit herausreden kann, daß es hier um neue Stabilitäten im Nahen Osten geht. Man muß sehen, daß alles das, was Sie als positiv verbuchen, beispielsweise das Camp-David-Abkommen, nicht einmal zu einer Reduzierung der Waffenlieferungen an die beteiligten Staaten Ägypten und Israel geführt hat, sondern vielmehr zu einem Anstieg.

Ich habe sehr viel Zeit auf dieses Thema des Verhältnisses zur deutschen Vergangenheit verwendet.

(Dr. Kunz, Weiden, CDU/CSU: Das ist völlig überflüssig gewesen!)

Weil Israel so, wie es geworden ist, eine Folge der Naziverbrechen an den Juden

Fortsetzung nächste Seite

"Waffen, die auf Juden zielen ..."?

Seit Kohls Israel-Reise weiß die Welt, daß der Bundeskanzler „damals" erst 15 war. Oft genug hat Kohl es jedenfalls beteuert. Daß es bei dieser ungebetenen Angabe zur Person nicht um den langweiligen Lebenslauf eines langweiligen Menschen geht, wissen — vielleicht mit der bezeichnenden Ausnahme des Kanzlers selbst? — alle, die es angeht. Es geht aber auch nicht, entgegen dem allgemeinen Verlauf der Debatte, um „das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Vergangenheit". Daß dieses absolut finster ist, drückt sich in der bloßen Existenz der BRD, so wie sie nun einmal ist und geworden ist, sowieso tagtäglich aus.

Die Wiederzulassung nazistischer Organisation, die nahezu ununterbrochene Duldung der Traditionsverbände des NS-Terrors (Wehrmacht, Waffen-SS), das Verbot der KPD, die Bildung der Bundeswehr, die Behandlung von Homosexuellen, Zigeunern, Ausländern in diesem Lande: eine lückenlose Beweiskette, daß aus den unermeßlichen Verbrechen n i c h t mehr

Mein Lieblingswitz



Ein Türke wird in West-Berlin von einem Polizisten angehalten: „Können Sie sich ausweisen?" „Wieso, muß man das jetzt schon selber tun?"

Adolf Schmidt, Vorsitzender IG Bergbau und Energie

aus „Bild", 8.3.84

gelernt worden ist, als daß man es zukünftig gescheiter anstellen will und sich lieber gleich auf die stärkere Seite stellt, anstatt zum dritten Mal die ganze Welt herauszufordern. Besonders viel Skandal hat diese Entwicklung bis heute in der westlichen Welt nicht gerade gemacht. Dafür gibt es handfeste politische Gründe. Sie hier zum zweiundzwanzigsten Mal aufzuzählen, wäre fad.

Wenn die Bundesregierung die Verhandlungen mit Saudi-Arabien zum Anlaß nimmt, um de facto a l l e noch bestehenden besonderen Einschränkungen und Verpflichtungen aufzukündigen, die sich aus der deutschen Vergangenheit ergeben, so hat dies allerdings eine politische Dimension, von der in der ganzen Debatte auffallend wenig die Rede war: Die Aussage, daß das Vergangene nun schon „ewig lange her" ist und daß der BRD folglich recht sein muß, was anderen Großmächten billig ist, zielt nicht nur auf ein Waffengeschäft der Super-Klasse, sondern auch auf Öff-

schen Vergangenheit ergeben, so hat dies allerdings eine politische Dimension, von der in der ganzen Debatte auffallend wenig die Rede war: Die Aussage, daß das Vergangene nun schon „ewig lange her" ist und daß der BRD folglich recht sein muß, was anderen Großmächten billig ist, zielt nicht nur auf ein Waffengeschäft der Super-Klasse, sondern auch auf Öff-

nung des Weges zu eigenen Atomwaffen und Einsatz bundesdeutscher Truppen im Ausland. Seit Gründung der BRD 1949 sind Stück um Stück die Einschränkungen und Verpflichtungen fortgefallen, die die neuerliche Entwicklung Deutschlands zu einer „gleichberechtigten" imperialistischen Großmacht hätten hindern sollen. Der aufdringliche Hinweis, daß unser Kanzler „damals" erst 15 war, hat als tiefsten Zweck die Sprengung der allerletzten Schranken zum *Platz an der Sonne*.

Das spezielle Argument gegen ein Waffengeschäft mit Saudi-Arabien, diese Waffen würden „auf J u d e n zielen", geht allerdings in der Sache voll daneben. Die gigantische Aufrüstung der Region, insbesondere der arabischen Halbinsel, durch den Westen richtet sich auf einen völlig anderen Zweck als einen Krieg gegen Israel. Das hat zu tun mit Erdöl, Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion,

Schneller Eingreiftruppe und Startbahn West, mit dem Aufbau „subimperialistischer" Zentren in der 3. Welt, die Funktionen für den Westen wahrnehmen. Es gibt also aus linker und alternativer Sicht an dem geplanten Geschäft genug zu kritisieren, ohne das man ausgerechnet den unwahrscheinlichsten und jedenfalls marginalen Fall, daß ein paar von den Waffen in „falschen" Händen (beispielsweise bei der PLO) landen könnten, als angebliche Hauptsache herauszugreifen braucht.

Man könnte einwenden, daß es doch auf die S a c h e (Verhinderung eines deutsch-saudischen Waffengeschäfts) ankommt, und daß dazu jedes Argument (und jeder Bündnispartner) recht sei, sofern es dazu beiträgt, in der Sache selbst etwas zu erreichen. Wenn dies so wäre, ist allerdings nicht recht einzusehen, warum nicht z.B. der Kampf gegen die Startbahn West zukünftig unter dem Hauptargument betrieben wird, daß die BRD nicht zum Ausgangspunkt einer Aggression gegen Israel werden darf. Oder warum die Pershing 2 nicht als Bedrohung Frankreichs kritisiert wird. Es kommt eben doch auf die Argumente und Absichten an, mit denen jemand für oder gegen eine Sache auftritt. **Was dies angeht, ist das Argument von den „Waffen, die auf Juden zielen", nicht nur sachlich falsch, sondern auch gefährlich:**

1. Es akzeptiert die offizielle israelische Staatsdoktrin, daß alle arabischen Staaten (und folglich auch deren Waf-

an, mit denen jemand für oder gegen eine Sache auftritt. **Was dies angeht, ist das Argument von den „Waffen, die auf Juden zielen", nicht nur sachlich falsch, sondern auch gefährlich:**

1. Es akzeptiert die offizielle israelische Staatsdoktrin, daß alle arabischen Staaten (und folglich auch deren Waf-

Zitat des Tages

„Kann ich schweigen, wenn Deutschland sich wieder auf ein Programm einläßt, das auf die Vernichtung meines Volkes zielt? Gerade ein Land, das sechs Millionen Juden ermordet hat, darf niemals Waffen an Araber liefern."

New Yorks Bürgermeister Ed Koch

aus „Bild", 27.2.84

fen) eine B e d r o h u n g Israels darstellen, gegen die der jüdische Staat immer hoch gerüstet und kriegsbereit sein muß. Daß dabei selbst ein extrem „gemäßigter", pro-westlicher Staat wie Saudi-Arabien als reissender antijüdischer Wolf dargestelt wird, deutet die Radikalität dieser israelischen Position an. Darüber hinaus klingt in manchen prominenten jüdischen Äusserungen (z.B. des New Yorker Bürgermeisters Koch) eine Gleichsetzung der arabischen Staaten mit dem von Deutschland organisierten Völkermord an den Juden an. Das heißt: „die Araber" als Fortsetzer des Vernichtungswerks von Hitler und Eichmann. Dieselbe Argumentationsweise spiegelt sich auch bei manchen linken Kritikern wieder. So, wenn Otto Köhler („konkret", März 84) von „*Waffenlieferungen für die Feinde der überlebenden Juden*" spricht. So, wenn der grüne Abgeordnete Reents im Bundestag sich dagegen wendet, „*wieder Waffen an einen Staat zu liefern, von dem auch die ehemaligen Opfer des Nazifaschismus bedroht sind*". Wohl ungewollt wird der Gedanke suggeriert, Israel befinde sich gegenüber den arabischen Staaten in der Situation eines O p f e r s.

2. Die Staatsdoktrin von der ständigen Bedrohung Israels durch „die Araber" (einschließlich der allerzahmsten Kreaturen des Westens) ist ideologische Grundlage für eine Politik des permanenten Präventivkrieges, wie anhaltend im Libanon demonstriert.

3. Bezogen auf Saudi-Arabien bedeutet das: „*Israelische Militärs erwägen für einen ‚akuten Spannungsfall', den saudiarabischen Militärstützpunkt Tabuk, etwa 200 Kilometer südlich des israelischen Rote-Meer-Hafens Eilat, durch eine p r ä v e n t i v e militärische Operation zu zerstören ...*". Israel habe gar keine andere Wahl, denn „*die Militärbasis Tabuk ziele strategisch eindeutig gegen Israel.*" Dies schreibt die „Welt" (15.2.84) aus dem Springer-Konzern. Um das richtig zu interpretieren, muß man wissen, daß sich Axel Springer seit vielen Jahren uneingeschränkt für die israelische Politik engagiert (was ihm 1983 endlich den offiziellen Titel eines „Bewahrer Jerusalems" einbrachte), daß er selbstverständlich vehement gegen ein deutsch-arabisches Waffengeschäft argumentiert, und daß die „Welt" wie immer so auch in diesem Punkt Springers Kampfblatt ist. In dem eben anzitierten Artikel der „Welt" (vom Korrespondenten des Blattes in Tel Aviv) heißt es weiter: „*Diese Überlegungen des Generalstabes in Tel Aviv*" — Tabuk anzugreifen — **„gewinnen vor dem Hinter-**

arabisches Waffengeschäft argumentiert, und daß die „Welt" wie immer so auch in diesem Punkt Springers Kampfblatt ist. In dem eben anzitierten Artikel der „Welt" (vom Korrespondenten des Blattes in Tel Aviv) heißt es weiter: „*Diese Überlegungen des Generalstabes in Tel Aviv*" — Tabuk anzugreifen — **„gewinnen vor dem Hinter-**

grund saudiarabischer Bestrebungen, deutsche Waffen direkt oder auf dem Umwege über deren Produktion in Ägypten zu erwerben, besondere Aktualität. Bereits Ende Januar hatte der Staatssekretär im Amt des israelischen Premierministers, Matti Shmulevitz, gewarnt, Jerusalem könne sich im Falle deutscher Waffenlieferungen an Riad zu militärischen Präventivschlägen gegen Saudi-Arabien gezwungen sehen ...".

Man mag diese bewußt laut gesprochenen Drohungen als bloßen Versuch zur Beeinflussung des Streits um das geplante deutsch-saudische Waffengeschäft interpretieren und darum nicht allzu ernst nehmen. Jedenfalls sind es Selbstdarstellungen eines Staates, der es für sein gutes Recht hält, zum passenden Zeitpunkt „präventive Militäraktionen" gegen seine Nachbarn durchzuführen, das heißt: diese angreifen.

4. Ein zentrales israelisches Argument lautet, daß niemand für Saudi-Arabiens Politik garantieren könne, wenn es im Land zu einem Umsturz der Verhältnisse kommt, beispielsweise zu einer „islamischen Revolution" nach iranischem Muster. Genau d a s ist aber einer der Modellfälle, für die heute schon der Einsatz der Schnellen Eingreiftruppe (RDF) der USA geplant und vorbereitet wird. In diesem Fall würde wahrscheinlich genau das Argument eine große Rolle spielen, daß der Westen intervenieren m ü s s e, um zu verhindern, daß die gigantischen Waffenmengen, die jahrelang ins Land gepumpt wurden, „in die falschen Hände fallen" und Israel bedrohen. **Je mehr Waffen heute an das saudische Regime verkauft werden, umso überzeugender werden übermorgen die Vorwände für eine NATO-Intervention sein.** Ob es sich dann um deutsche, amerikanische, französische oder englische Waffen handelt, die nicht „in die falschen Hände fallen" dürfen, wird kein Unterschied machen. Ein Grund mehr, erstens deutsche Waffenlieferungen an Saudi-Arabien entschieden abzulehnen, und zweitens die offizielle israelische Argumentation („Waffen, die auf Juden zielen") mit etwas mehr Zurückhaltung aufzunehmen. Im Übrigen kann Saudi-Arabien seine super-

Mein Lieblingswitz



Der zehnjährige Thomas aus Ost-Berlin fragt seinen Vater: „Papa, was gab es eigentlich vor dem Sozialismus?" Der Vater: „Alles!"

Willi Weiskirch, CDU-Abgeordneter

aus „Bild", 28.2.84

modernen Waffensysteme nur mit Hilfe von vielen Tausenden westlichen Experten usw. betreiben. Falls diese Waffen jemals „in falsche Hände fallen" sollten, würden sie dort voraussichtlich ohnehin wenig bewirken können. Die Vorstellung von den wildgewordenen

modernen Waffensysteme nur mit Hilfe von vielen Tausenden westlichen Experten usw. betreiben. Falls diese Waffen jemals „in falsche Hände fallen" sollten, würden sie dort voraussichtlich ohnehin wenig bewirken können. Die Vorstellung von den wildgewordenen

Khomeiny-Fans, die in Riad die Macht übernehmen, sich dann in einen deutschen Leo 2 setzen und Richtung Jerusalem loskurven, mag zwar für Gruselschauer sorgen, ist aber alles andere als realistisch.

5. Daß Israel so heftig darauf besteht, daß Waffen in arabischer Hand i m m e r „auf Juden zielen" (das ist insofern keine Spezialität deutscher Produkte) hat — neben dem Offenhalten der Option auf Präventivschläge und Interventionen — noch einen weiteren praktischen Grund: Da so getan wird, als seien westliche Waffenlieferungen an Ägypten, Saudi-Arabien, Jordanien u.ä. eine potentielle Bedrohung für Israel, ist sichergestellt, daß Israel selbstverständlich annähernd die g l e i c h e n Mengen bekommen muß, „um das Gleichgewicht in der Region aufrechtzuerhalten". **Das heißt, vereinfacht gesagt, daß der Westen das große Vernügen hat, jede Waffe gleich zweimal in die Region verkaufen zu dürfen. Doppelter Profit und doppelte Aufrüstung! Ärgerlich bloß für diejenigen, die sich von israelischen wie von saudiarabischen Waffen gleichermaßen bedroht fühlen müssen.** In Zahlen für 1983: Saudi-Arabien bekam für etwas über 2,5 Milliarden Dollar US-Waffen, Israel für 2,5 Milliarden, außerdem Ägypten für 720 Millionen Dollar („Frankf. Rundschau", 10.1.84).

6. Israels Verhältnis zu der zunehmenden Orientierung des Westens auf Ägypten, Saudi-Arabien u.a. ist ambivalent: Einerseits ist offensichtlich, daß Israel eine völlig isolierte Stellung in der Region nicht für alle Zeiten durchhalten könnte, zumal selbst gewonnene Kriege wie der von 1973 stark an die Substanz gehen. Andererseits ist der Verlust der einsamen Vorzugsstellung, den Israel jahrelang vor allem in der Strategie der USA einnahm, mit Nachteilen und Ängsten, wie auch mit der Einbuße von Druckmöglichkeiten verbunden. Es kommt hinzu, daß auf die innere Entwicklung der arabischen Staaten wirklich „kein Verlaß" im Sinne westlicher Interessen und Pläne ist. Da ist es gut, wenn Israel gelegentlich daran erinnern kann, daß es eben doch der einzige z u v e r l ä s s i g e Verbündete des Westens in dieser Region ist.

Israel hat wegen dieser Ambivalenz schon seit Jahren — nämlich seit den Anfängen solcher Geschäfte Mitte der 70er Jahre — immer wieder heftig gegen westliche Waffenlieferungen polemisiert. Selbstverständlich vor allem dann, wenn höchstqualifizierte und strategisch bedeutsame Posten auf dem Spiel standen. In vielen Einzelpunkten hat Israel sich auch durchsetzen oder einen „Ausgleich" erreichen können. Daß es für Israel ein b e s o n d e r e s Ärgernis ist, wenn der BRD eine Festsetzung in der Region gelänge, leuchtet aus tagespolitischen Gründen ebenso ein wie vor dem Hintergrund der deutschen Verbrechen am jüdischen Volk. Und Israel hat selbstverständlich damit Recht, daß es nur bei Waffenlieferungen kaum bleiben würde, sondern daß diese „eigendynamisch" Ausbilder, Berater etc. nach sich ziehen würden. Dies Argument trifft im Falle Saudi-Arabien ganz besonders zu, weil das Land tatsächlich völlig außerstande ist, die angehäuften Waffenmengen autonom zu „bedienen". Daher befinden sich viele Tausende ausländischer Experten und Militärs (vor allem US-Amerikaner, Briten und Franzosen sowie pakistanische Piloten) im Land. **Es geht also in der Tat**

sonders zu, weil das Land tatsächlich völlig außerstande ist, die angehäuften Waffenmengen autonom zu „bedienen". Daher befinden sich viele Tausende ausländischer Experten und Militärs (vor allem US-Amerikaner, Briten und Franzosen sowie pakistanische Piloten) im Land. **Es geht also in der Tat**

bei der ganzen Auseinandersetzung nicht nur um ein Super-Waffengeschäft, sondern auch um den imperialistischen Drang der BRD, sich noch stärker als bisher schon in der Region festzusetzen und in die Nahost-Politik einzuschalten. Man k a n n zwar annehmen, daß hinter der offiziellen israelischen Polemik gegen ein deutsch-saudisches Geschäft a u c h der Wunsch verborgen ist, für Israel deutsche Kompensationsleistungen, in Waffen oder auf andere Weise („zur Wahrung des Gleichgewichts"), auszuhandeln. Man m u ß das jedoch keineswegs annehmen, um den israelischen Protest als selbstverständlich und — vor allem, soweit es die Ansichten und Gefühle der israelischen Bevölkerung angeht — nachvollziehbar anzusehen. Das ist jedoch nicht dasselbe wie die Ü b e r n a h m e eines falschen Argumentes, **das sich in seiner Wirkung gegen Dritte richtet.**

7. Jürgen Reents von den Grünen hat im Bundestag für seine Partei erklärt, daß er generell j e d e n Waffenexport verurteilt und daß dies g e n a u s o wie für die BRD auch für sowjetische Waffenlieferungen in den Nahen Osten gilt. Diese Äußerung, unter starkem Druck von aggressiven Zwischenrufen der CDU/CSU zustande gekommen, sollte genauer durchdacht und weiterdiskutiert werden. Immerhin impliziert sie nicht nur eine umstandslose Gleichsetzung zwischen westlichem Waffenexport als Geschäft und sowjetischen Waffenlieferungen in die Dritte Welt, die doch wohl ein klein wenig differenzierter zu betrachten sind. Sie richtet sich, konsequent weitergedacht, auch gegen die Waffenhilfe der Sowjetunion für Staaten wie Kuba und Nicaragua oder Befreiungsbewegungen wie die PLO. Da diese Staaten und Organisationen Waffenhilfe im Wesentlichen aber nur von der Sowjetunion erhalten k ö n n e n, kommt die von Jürgen für die Grünen formulierte Haltung der Forderung nach ihrer Entwaffnung gleich. Das ist wohl doch etwas mehr an Ausgewogenheit und nulläugigem Pazifismus, als bisher selbst von strenggrüner Seite zu vernehmen war.

Kt., Hamburg

Fortsetzung von vorheriger Seite

ist, gibt es hier in der BRD auch eine politische Verantwortung und eine politische Haftung für die Lage des palästinensischen Volkes. Die Politik dieser Regierung unseres Landes hat diese zweite Haftung, nämlich gegenüber den Palästinensern, nicht wahrgenommen, weil sie sich aus ihrer ersten Haftung gegenüber den Juden herauszustehlen und herauszuschleichen versucht hat. Es ist eine Grundsatzfrage, welche Lehre man aus dem Faschismus gezogen hat, ob das unbedingte Selbstbestimmungsrecht der Völker — aller Völker — nicht nur etwas für Sonntagsreden, sondern etwas für die alltägliche Politik ist, oder ob die eigenen wirtschaftlichen Interessen, nach denen man die Welt zu ordnen gedenkt und Abhängigkeiten in bestimmten Regionen schafft, die übergeordnete Leitlinie sind, wie es bei dieser Bundesregierung der Fall ist.

Ich sehe, daß meine Redezeit zu Ende ist.

(Zuruf von der CDU/CSU: Gott sei Dank!)

Ich hätte gern noch zur Frage des palästinensischen Volkes gesondert gesprochen. Das werden wir sicherlich später hier noch tun können.

Ich will nur eines zum Schluß sagen. Herr Ehmke hat zum Schluß seiner Rede davon gesprochen, daß in keiner Form von seiten der Bundesrepublik aus militärisch interveniert werden darf. Gerade angesichts der Meldungen aus jüngster Zeit über das, was im Libanon, was in Beirut vor sich geht, denke ich, daß endlich der Bundestag der Bundesrepublik Deutschland den Schlußstrich ziehen sollte und tatsächlich jede finanzielle Unterstützung für das, was im Libanon unter dem Namen Friedenstruppe läuft und was sich immer mehr als tatsächliche Kriegspartei im Libanon entpuppt, einzustellen,

(Beifall bei den Grünen)

daß man sich nicht mehr damit herausreden kann, wie es bislang der Fall ist, nur für eine Einfrierung dieser Mittel einzutreten,

(Zurufe von der CDU/CSU: Damit die Sowjetunion die führende Oberhand gewinnt! Damit die Russen schnell da sind! So ist das richtig!)

sondern es geht darum, hier tatsächlich den Beweis dafür anzutreten, daß man sich militärisch herauszieht und diese Finanzzuwendungen an die sogenannten Friedenstruppen endgültig aus dem Bundeshaushalt herausnimmt.

Wir, die Deppen Europas?

Autobahngebühren!
Die Franzosen, die Österreicher, die Italiener kassieren schon erfolgreich alle ab, die ihr Land durchfahren. Die Schweizer sind jetzt auch mit von der Partie.
Und wir? Treudeutsch, Besitzer der schönsten Autobahnen?
Bei uns kann jeder kostenlos fahren. Wenn was kaputtgeht, zahlt der deutsche Steuerzahler und nicht Herr Schwitzerli aus Zürich oder Monsieur Dupont aus Paris.
Bonn muß jetzt den großen Knüppel rausholen: Entweder alle Autobahnen frei oder wir kassieren auch.
Wir wollen das nicht.
Aber wir wollen nicht die Deppen Europas sein!

aus „Bild", 28.2.84

Interview mit Klaus („Willi") Goltermann

Die Linke ist weiter von ihrer Perspektive entfernt, als vor 10 Jahren

AK: Willi, nach gut fünfzehn Jahren intensiver politischer Tätigkeit im SALZ, KB, Gruppe „Z" und als Redakteur bei der Zeitschrift „MOZ" hast Du nun in Hamburg einen Schallplattenladen eröffnet, der sich weniger durch die sogenannten „Neuheiten" und aktuellen Hits, vielmehr als Fundgrube für Freunde guter Rockmusik der 60er, 70er und 80er Jahre auszeichnet. Welches Konzept hast Du für den Laden?

Willi: Nun — ich war auch fast zehn Jahr lang Redakteur des AK. Das sollte vielleicht nicht unerwähnt bleiben. — Doch erstmal zum Ladenkonzept: Zunächst verkaufen wir second-hand-Schallplatten. So deklarieren wir auch jene Posten, die wir gelegentlich fabrikneu ankaufen. Das garantiert uns eine Preispolitik, die es ermöglicht, die normale Standard-LP für 10 DM anzubieten. Zweitens zeichnen wir uns gegenüber anderen second-hand-Läden, von denen es in Hamburg einige gibt, dadurch aus, daß wir alle gebrauchten Platten nach speziellen japanischen Patenten waschen, pflegen und antistatisch imprägnieren. So bieten wir nur neuwertige Platten an, die akustisch und visuell die Konkurrenz mit fabrikneuen Platten nicht zu scheuen brauchen. Zum dritten konzentrieren wir uns in der Sortimentsaufbereitung auf solche Musik, von der man einen bleibenden musikalischen Wert annehmen kann.

Sozialpolitisch zielt unser Konzept ab auf eine Änderung vorherrschender Konsumgepflogenheiten bei Musikfreunden und Plattensammlern. Wir möchten eine Lockerung von Abhängigkeiten des eigenen Geschmacks an den jeweils allerneuesten Trend, wie er von der Plattenindustrie und ihren Mittelsmännern in Presse-, Funk- und anderen Häusern zugunsten des eigenen Profits propagiert und — im wesentlichen — auch durchgesetzt wird. Darum sind wir bemüht, ständig einen repräsentativen Querschnitt an Produkten der ganzen Entwicklungsepoche progressiver Musikrichtungen — vom alten Rock 'n Roll und schwarzem Blues bis zur jüngsten Kreation des New Wave — im Sortiment zu führen. Im Gegensatz zu den meisten Plattenläden führen wir nicht nur die Produktionen der letzten paar Jahre. Sondern wir bieten mit ständig über 15.000 verschiedenen Titeln und einem sich rasch umschlagenden und verändernden Gesamtprogramm die Möglichkeiten zur eigenständigen und individuellen Geschmacksausprägung. Wir sperren uns zwar nicht gegen neue Musikformen und -stile. Im Gegenteil, dazu gleich noch. Aber wir negieren ihre Fetischisierung, die im wesentlichen nur für die Profiteure der großen Musikkonzerne lukrativ ist. Und wir erdreisten uns, auch bei Neuproduktionen, neuen oder angeblich neuen Stilrichtungen nach Qualitätsmerkmalen zu differenzieren.

Zugleich wollen wir ein gewisses Recycling-Verfahren — wie das die Hamburger Kulturzeitschrift „Szene" einmal über uns formulierte — unter Musikfreunden in Gang bringen. Es existieren allerorten unförmig große Plattensammlungen, die mehr die Sammler-„Leidenschaft" ihrer Besitzer demonstrieren als ihre Musikbegeisterung. Wir raten ihnen, ihre Sammlungen auf den Standard zu reduzieren, der ihr tatsächliches Musikbedürfnis abdeckt. Der Überhang kann uns verkauft werden. Und wir können ihn — nach entsprechender Behandlung — anderen Menschen, möglicherweise wirklichen Liebhabern gerade dieser Platten, zugänglich machen. Im weitgehenden Gegensatz zu Anhängern klassischer Musik, entwickelt sich der Geschmack von Freunden progressiver Musik ja weiter. Ständig wird Neues entdeckt, anderes dagegen abgehakt. Wir wollen also dahin überzeugen, die Besitzverhältnisse den kulturellen Bedürfnissen anzupassen und unterzuordnen, statt diese von Ersteren blockieren zu lassen. — Wir sind zwar keine Tauschzentrale, sondern kaufen und verkaufen mit Gewinn. Denn auch wir wollen ja leben und arbeiten sehr hart dafür.

Wir haben zur Untermauerung dieses speziellen Konzeptes auch die Lage des Ladens gewählt. Im Gegensatz zu den anderen second-hand-Läden sind wir nicht in irgendeinen Hinterhof oder ein Kellerverließ gegangen, sondern haben in einer sehr belebten Hamburger Einkaufsstraße aufgemacht, in der Osterstraße.

Wir wollten damit deutlich machen, daß es nicht darum geht, den kleinen existierenden second-hand-Markt erneut aufzuteilen, sondern wir wollen den Neuladenketten Konkurrenz machen, die in der Regel direkt an die Industrie gekoppelt sind, oder von ihr besessen werden, wie z.B. die GOVI-Kette. Nicht ganz richtig ist deine Annahme, wir würden uns um die sogenannten „Neuheiten" nicht kümmern. Ganz im Gegenteil:

Wir unternehmen ganz spezielle Anstrengungen, auch die brandneuesten Platten zu führen. Dabei konzentrieren wir uns allerdings auf die in der letzten Zeit immer interessanter werdenden Versuche einer sich neu herausbildenden Avantgarde, die in dem Wust aktueller, minderwertiger Disco-Klänge und halbherziger Traditionspflege ohne jede neue Idee, tatsächlich musikalisch und künstlerisch Neues in die Öffentlichkeit bringt.

Hier wollen wir auch im Rahmen unseres Engagements einhaken. Noch als Versuchsballon bereiten wir derzeit ein Konzert mit zwei, drei Gruppen vor, die in der ehrlichen Tradition der Rockmusik stehen, also antitraditionalistisch sind. Also Gruppen, die Neues 'rüberbringen können und wollen und nicht bloß bekannte Geschichten schlecht und recht nacherzählen. Es ist ja nicht bloß die Politik der 68er, die in den verschiedenen Sackgassen und Sümpfen in die Krise geraten ist, sondern die diese Bewegung mehr oder weniger eng begleitende Rockmusik befindet sich aktuell ja am gleichen Ort. Der Schwung ist raus, der Biß verlorengegangen, die alten Gebetsmühlen verbreiten hauptsächlich Langeweile. In der Musik ebenso wie in der Politik.

Unsere Konzertvorbereitung befindet sich natürlich noch im Planungsstadium und der angestrebte Rahmen wird natürlich bescheiden ausfallen. Avantgardistische Rockmusik findet heute nicht in Arenen statt. Aber wenn wir das schaffen — es gibt noch eine Menge Probleme zu bewältigen — und wenn es unsere spärlichen finanziellen Ressourcen zulassen, wollen wir Veranstaltungen dieses Zuschnitts wiederholen. Vielleicht kann das sich später zu einer festen Einrichtung etablieren — sofern Musiker und Publikumswünsche mitspielen. Immerhin war Hamburg vor 15 Jahren, als die entscheidenden Weichen gestellt wurden, mit dem Starclub als Mittelpunkt Zentrum der Rock-Avantgarde. Heute existiert hier hauptsächlich Wüste.

„Die Rockmusik, zumindest in ihren ersten Anfängen, war Musik von unten, die aus unterschiedlichen Strömungen und Schichten des Volkes kam. Rock mußte sich gegen die herrschende Musik erst durchsetzen, wurde von dieser bekämpft, integriert."

AK: Welches Spektrum von Musik bietet Ihr in Eurem Laden überhaupt an?

Willi: Unsere Musik umfaßt die sogenannte progressive Musik, die „Musik von unten". Also: Keine Schlageraffen, keine Klassik, wohl aber alle Richtungen des frühen Rock'n Roll, des schwarzen und weißen Blues, des Rythm and Blues, des ganzen Rock, von Folk über Psych, Westcoast bis Heavy Metal, des Beat, des Jazz und Jazz-Rock, des New Wave — auch der sogenannten Neuen Deutschen Welle (wir nennen das BRD-Welle) — bis zum Punk. Ausgegrenzt bleiben solche Gruppen, die die Musik gebrauchen, um offen reaktionäre bis faschistoide Inhalte rüberzubringen — exemplarisch die Gruppe KISS. So etwas bieten wir nicht an, weil Gruppen dieser Art Sinn und Tradition der oben genannten Musikrichtungen diametral entgegenstehen. Sie transportieren Inhalte, die dem antirassistischen und emanzipatorischen Wesen dieser Musik widersprechen. Dazu muß ich aber zugestehen, daß wir nicht allzu großzügig mit der Ausgrenzung umgehen können. AK-Leser kennen ja die rassistischen Entgleisungen eines David Bowie oder eines Rod Stewart, die meines Wissens zwar nicht Gegenstand ihrer Musik oder Texte waren, wohl aber einiger ihrer anderweitigen Auftritte. Wir müssen auch da zusehen, daß bei aller sozialpolitischer Programmatik, die unser Konzept mit beinhaltet, die ökonomische Seite nicht ganz hintenüberfällt. Wir leben vom Verkauf von Schallplatten.

AK: Was verstehst Du heute unter Avantgarde?

Willi: Damit meine ich die Bemühungen, derzeit vor allem englischer, aber auch einiger amerikanischer und ganz wenig kontinentaler Rockgruppen, die — zum Teil im Rückgriff auf traditionelle Musikrichtungen — diese in Kombination verschiedener Stile ins Moderne, ins Zeitgenössische übersetzen — besser: zu übersetzen versuchen. Gruppen, die die Sensibilität entwickeln, gesellschaftspolitische Entwicklungen vorauszuspüren und musikalisch umzusetzen versuchen. Das sind Gruppen, die weit entfernt davon sind, in die aufgestellten Fallen penetranter Disco-Klänge und oberflächlichen Synthisizer-Gedudels abzurutschen. Da werden sehr wohl auch neue Musikinstrumente verwendet, und gegenüber

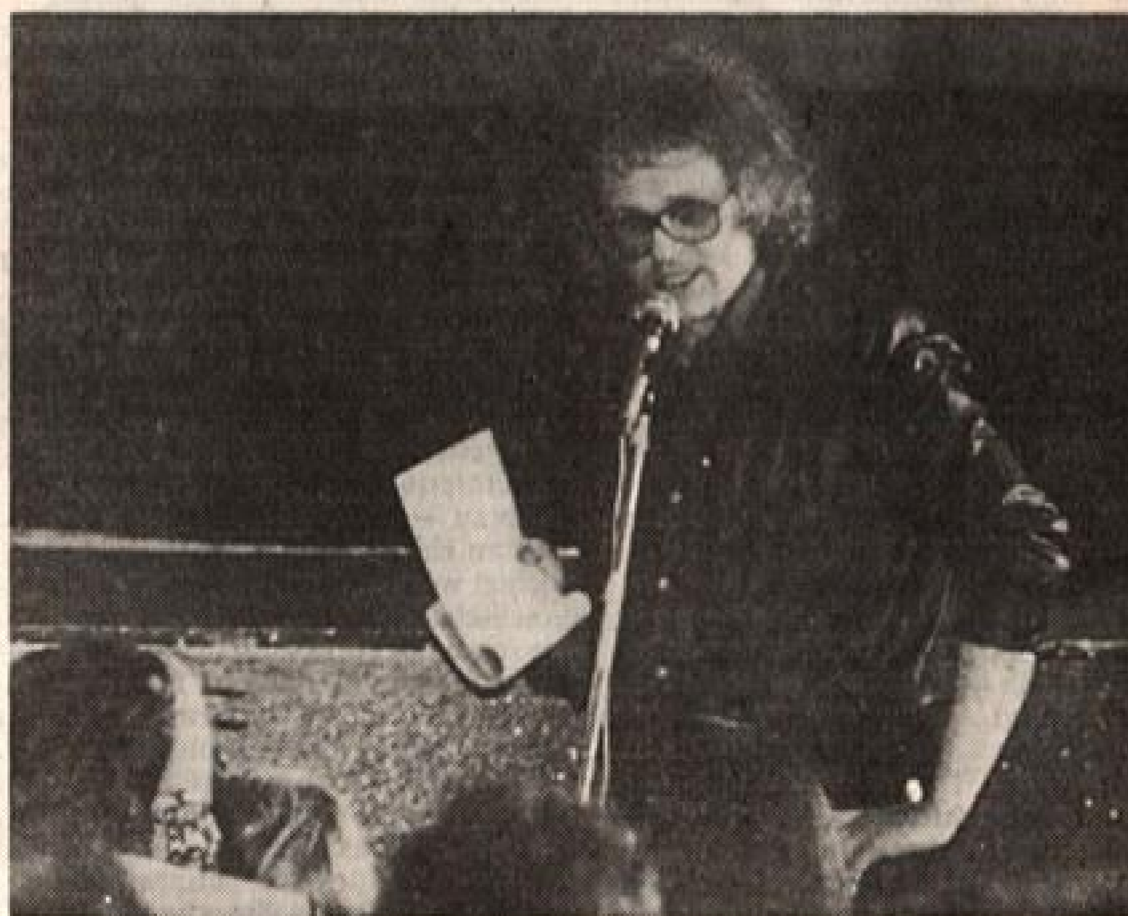
Klänge und oberflächlichen Synthisizer-Gedudels abzurutschen. Da werden sehr wohl auch neue Musikinstrumente verwendet, und gegenüber

den Rock-Stilen der frühen 70er Jahre tatsächlich neue Klänge herausgeformt. Ich denke da z. B. an die Psychebilly-Richtung, einer Synthese des alten ländlichen Rockabilly mit dem Psych-Rock der 70er Jahre, in die hektische Litanei anstehender gesellschaftlicher Entwicklung übersetzt. Meines Erachtens kann man aber noch nicht davon sprechen, daß es eine fest gefügte Avantgarde im Rockbereich schon geben würde, auch noch keine festgelegte Marschrichtung. Man befindet sich hier — sehr deutlich noch — in einer Experimentierphase. Witzigerweise sind einige der ganz alten experimentierfreudigen Häupter — z. B. Leute aus dem Stall von „Velvet Underground" oder der Urformation von „Roxy Musik" (Eno) — wieder dabei, an den musikalischen Schalthebeln der Zeit mitzumischen.

Ich möchte noch einen wichtigen Aspekt zum Ladenkonzept nachtragen. Wir bemühen uns zusätzlich um den Aufbau eines Platten- und Musikliteratur-Versandes. Wir haben unseren ersten kleinen Katalog mit einigen Tausend Titeln und einer kleinen Raritäten-Auktion herausgebracht und uns vor allem an Musikfreunde in Kleinstädten und Dörfern gewandt. Die wohnen ja weit entfernt vom Puls der Zeit und natürlich auch vom nächsten Plattenladen.

AK: Was macht die Besonderheit der Rockmusik für Dich aus und was verbindet Dich mit ihr? Was sind ihre guten Traditionen?

Willi: Ich sehe das so, daß Musik, wie alle anderen Kulturgüter auch, nicht unabhängig und außerhalb von Klassenzusammenhängen und Klassengegensätzen zu sehen ist. Es gibt und gab zu allen Zeiten Musik der herrschenden Klassen und Musik des Volkes bzw. Musik von unten. Die Musik der letzten Jahrhunderte, sofern sie uns überliefert worden ist, ist in der Regel die Musik der herrschenden Klassen, da nur sie aufgeschrieben wurde.



Die Rockmusik, zumindest in ihren ersten Anfängen, war Musik von unten, die aus unterschiedlichsten Strömungen und Schichten des Volkes kam. Rock mußte sich gegen die herrschende Musik erst durchsetzen, wurde von dieser bekämpft, integriert.

Der bürgerliche Schlager, diese platte Quintessenz aus der aristokratischen Kurzweil Operette und dem bürgerlich-militaristischen Aufputschmittel Marschmusik, hat die pseudokulturelle Funktion, die platten, reaktionären herrschenden Kulturgewohnheiten zu reproduzieren, eine kritische Auseinandersetzung mit dem „Geist der Zeit" erst gar nicht zuzulassen. Der Rock der 50er Jahre hatte — trotz seiner eher ländlichen Provenienz — damit nichts im Sinn und brachte und bringt — wenn man gut zuhört — deutliche emanzipatorische Inhalte rüber. Da kommen Elemente des „Zu sich selbst"-Findens, des „sich befreiens" von bestimmten herrschenden Kulturzwängen rüber. Diese Tradition hat sich — trotz Unterbrechungen und Integrationsbemühungen durch die Gegenseite — über die letzten 20 Jahre fortgesetzt, wenn auch mit vielen Umwegen!

Die proletarische Ablösung des fortgesetzt, wenn auch mit vielen Umwegen!

Die proletarische Ablösung des Rock'n Roll durch den Liverpooler Beat hat diese Tradition fortgesetzt und verstärkt. Der Beat war eine neue Kombination von musikalischen Elementen: Sowohl die Sensibilität junger Proletarier als auch des Rhythmus von Großstädten und Industriezentren kommen in ihm zur Geltung. Zugleich war der Beat in seiner Attitüde und seinen Texten brav, und — aus heutiger Sicht — auch angepaßt. Man braucht da nur die Texte der Beatles zu lesen, um dieses Element der Anpassung mitzukriegen. Dagegen war der musikalische Ausdruck natürlich rebellisch (für die damaligen Verhältnisse)!

Abgelöst wurde der Beat durch die schmutzige Rebellion des Rythm and Blues, der in den gesamten 70er Jahren die Haupttendenz in der Rockmusik kennzeichnete. Die Rolling Stones waren der Inbegriff, oder besser die Spitze dieses Aufbruchs. Nicht mehr „P.S.: I love you" war angesagt, sondern „Factory girl" und „Street fighting man". Dies hat Anfang der 70er Jahre zu einer Befreiung, zu einer Explosion verschiedenster Stilarten im Rock geführt, und die Integration aller traditioneller und ethnischer Musik- und Stilrichtungen in den Rock hinein möglich gemacht. Der Facettenreichtum der Rockmusik ist dadurch enorm!

Das soll ersteinmal genügen, um mein Verständnis von der progressiven Linie dieser Musik zu erläutern. Aber wie schon gesagt, die Musik — und auch die Rockmusik — stehen nicht außerhalb der Klassengegensätze. Die Amerikaner haben es nicht nur institutionell geschafft, den Rock'n Roll in ihr Schlagergeschäft zu integrieren, sondern auch musikalisch. Dafür ist Elvis Presley das Parade-Beispiel: vom Rebell zum amerikanischen Vorzeige-Millionär der herrschenden Lebensart! Letztlich gilt das auch für die Beatles: Von der Mersey-Beat-Rebellion zum Handschlag mit der englischen Aristokratie!

Oder beachtet die Versuche, Bemühungen um die Herausbildung neuer Musik kaputtzumachen durch die massive Propagierung der peinlichen Disco-Musik und der mit großem Werbeaufwand verbreiteten Disco-Filme! Da werden die ehemals rebellischen Rhythmen eingeebnet und zurückgedrängt in den Schlagerbetrieb und garniert mit öligen Stimmen, nackten Bu-

Da werden die ehemals rebellischen Rhythmen eingeebnet und zurückgedrängt in den Schlagerbetrieb und garniert mit öligen Stimmen, nackten Bu-

sen, Glitter und Lichteffekten.

Natürlich hat es auch Versuche gegeben, sich dem zu widersetzen, sogar radikal zu widersetzen: Der Punk war darum bemüht, Schluß zu machen mit der hochtechnisierten Rockmusik, a la Supertramp und 10cc, die den superteuren Stereoanlagen maßgeschneidert gewissermaßen hinterhergeliefert wurde. Die Punks wollten den Rock wieder zurückführen auf den Level, auf dem jeder mitmachen, sich wiederfinden oder sich einbringen konnte. Diese bemühte Wiedergeburt ist zwar gründlich mißlungen, m. M. nach wegen mangelnder musikalischer Kompetenz und der Ziel- und Richtungslosigkeit eigener Aggression — aber deutlich geworden ist auch die Form der Auseinandersetzung in der Musik zwischen rechts und links. Das wäre eine sehr handgreifliche Formel.

AK: Du benutzt den Begriff „proletarisch" als Synonym für den fortschrittlichen Aspekt des Rock. Ist das nicht sehr undifferenziert? Zumindest die Rockmusiker, auf die wir uns in der



Fortsetzung von vorheriger Seite

Regel berufen, begreifen sich nicht als Sprecher oder gar Aktivisten sozialer und politischer Bewegungen, sondern als deren Reflex ... Ich denke da an John Lennon und Bob Dylan ...

Willi: Musik überhaupt ist stets eher Reflex auf sozialpolitische Bewegungen und Entwicklungen mit gelegentlich stimulierender Rückwirkung auf sie, als daß sie irgendwelche politische Avantgarde-Funktionen übernehmen könnte. Was „proletarische Musik" angeht, meinte ich nicht unbedingt Musik v o n Proletariern, obgleich der Rockbetrieb voll ist von Musikern, die tatsächlich aus dem Proletariat kommen. Musiker der von mir gemeinten „proletarischen" Musik kommen durchaus auch aus anderen sozialen Schichten. Janis Joblin war keine Proletarierin, machte aber proletarische Musik: Da waren Elemente des Aufbegehrens und des glaubwürdigen Bekennens und Erkennens eigener und eigentlicher Bedürfnisse! Sie propagierte die sofortige Befriedigung dieser Bedürfnisse ohne Wenn und Aber! Das sind schon proletarische Züge.

Nun muß man sehen, daß die Lage des Proletariats in den Industriestaaten selbst äußerst zwiespältig ist. Aufbegehren und Anpassung liegen da eng beieinander.

AK: Kannst Du den Zusammenhang von gesellschaftlicher Aufbruchstimmung jener Jahrzehnte und heutiger Krise, und die Reflexion dieser Entwicklung durch die Rockkultur genauer erläutern?

Willi: Ich glaub nicht daran, daß irgendeine Musikrichtung bestimmte gesellschaftspolitische Prozesse vorantreiben kann. Im wesentlichen ist sie Reflex und Interpret solcher Entwicklungen. Einzelne Ausnahmemusiker haben bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen vorausgeahnt, vorausgespürt und musikalisch und textlich umzusetzen versucht. Insofern haben sie auch diesen und oder jenen Denkanstoß vermitteln können.

„Wir sind mit einer politischen Perspektive gestartet, von der die wichtigsten Annahmen und Ausgangspunkte heute nicht mehr stimmen."

Ich habe deshalb die Kritik von vor allem linken Zeitungsmachern an Dylans religiöser Phase für ziemlich unsinnig gehalten, insbesondere dann, wenn ihm politischer Verrat oder ähnliches vorgeworfen wurde und das von „politischen Führern", die keinesfalls verhindern konnten, daß mehr als 80 % der linken Bewegung in die diversen religiösen oder halbreligiösen Formen der Verinnerlichung gefallen sind. Dylan hat Jahre später nicht viel anderes gemacht, als die Mehrheit einer sozialen Bewegung, deren Teil er war, die er musikalisch und poetisch begleitet hat.

AK: Der Aufbau Eures Projektes erfordert doch sicherlich (zumindest aktuell) intensiven Krafteinsatz Deinerseits, und das vor dem Hintergrund, daß Du die letzten 15 Jahre mit höchstem politischen und persönlichen Einsatz gelebt hast. Was hat Dich letztendlich bewogen, diesen massiven Einschnitt zu wagen?

Willi: Das sind mehrere Motive gewesen. Vorweg muß ich sagen, daß mein derzeitiges Engagement für dieses Projekt mir nicht als positiver Ersatz meiner vormaligen politischen Arbeit erscheint und auch nicht so definiert ist! Für diese Entscheidung gibt es einen höchst pragmatischen Denkansatz: Ich war ja nicht nur politisch aktiv, sondern ich war auch als freigestellter Funktionär (erst KB, dann Gruppe „Z") bezahlt worden, und konnte damit meinen Lebensunterhalt bestreiten. Das ist mit der Auflösung der „Z" und dem Abschaffen von bezahlten politischen Funktionären nicht mehr möglich gewesen. Ich war gezwungen, anderweitig Geld zu verdienen, ganz unabhängig von meinem politischen Engagement. Viele Möglichkeiten hatte ich nicht, und ich habe mit diesem Laden ein Kapitel aufgeschlagen, das mir einerseits Spaß macht, wie es auch die politische Arbeit getan hat, und das ich bis zu einem gewissen Grad als nützlich und keinesfalls als nutzlos bezeichnen würde. Dieses Kapitel ist von Politik nicht durch hohe, unüberwindliche Mauern getrennt. Andererseits hatte ich auch das Bedürfnis nach einem Tapetenwechsel, nach dieser langen Zeit des n u r Politikmachens. Die bringt einen ja dazu — wie ihr sicherlich wißt — 90 % seiner Energien auf die Lösung kurz- und mittelfristiger Fragen und Probleme zu konzentrieren. Davon mußte ich einmal etwas Abstand gewinnen, um Luft zu schöpfen, um Fragen, die sich im Laufe der Jahre angesammelt haben, deutlicher zu formulieren und um ihre Beantwortung nachzudenken.

Ich habe mich in einer Lage befunden, in der sich alle die befinden sollten, die Anfang der 70er Jahre mit einer ganz bestimmten, heute noch nachlesbaren Perspektive gestartet sind. Wir sind mit einer politischen Perspektive gestartet, von der die wichtigsten Annahmen und Ausgangspunkte heute nicht mehr stimmen. Geblieben ist uns allenfalls noch ein undeutliches Fernziel. Alle wichtigen taktischen und strategischen Zwischenschritte, so wie sich das früher gedacht wurde, sind aber heute nicht mehr zeitgemäß! Ja, sie sind nicht mehr richtig und müssen ausdrücklich verworfen werden. Um es mal deutlicher zu sagen: Wir sind Anfang der 70er Jahre mit dem Bewußtsein gestartet, daß nicht nur Rebellion gerechtfertigt ist — das trifft heute noch zu —, sondern daß diese Rebellion zu einer politischen Strategie verdichtet werden muß, die fähig ist, diese gesellschaftlichen Verhältnisse radikal umzuschaufeln. Dazu schienen uns damals bestimmte politische und organistorische Voraussetzungen notwendig. Die organisatorische Voraussetzung einer kommunistischen Partei z. B., die nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis die „Klasse an sich" zur „Klasse für sich" bringen sollte. Die sie befähigen sollte, die politische Herrschaft zu erringen. Diese Kommunistische Partei solle herauswachsen aus den Anfang der 70er Jahre in allen großen und mittleren Städten aufkeimenden kommunistischen und sozialistischen Zirkeln und Bünden.

Praktisch — wohlgemerkt: praktisch ist von dieser Perspektive nichts mehr nachgeblieben. Es fehlen alle Voraussetzungen. Zwar sind wesentliche Elemente unserer damaligen Einschätzung der gesellschaftlichen Entwicklungsrichtung inzwischen zur bitteren Wahrheit geworden. Etwa die Massenarbeitslosigkeit, die erhöhte Kriegsgefahr etc. Allein die subjektiven Voraussetzungen, die wir damals erhofft und für die wir mehr als zehn Jahre Arbeit und Kraft verwendet haben, sind vollständig ins Hintertreffen geraten. Nicht proletarische Rebellion, sondern Wiederaufschwung der CDU, Restabilisierung des Imperialismus auf Weltebene, Unerschütterlichkeit des gesellschaftlichen Konsens hierzulande, sind die Ergebnisse. Die Zahl der aktiven Kämpfer für eine sozialistische Perspektive ist sehr klein geworden. Die linken Organisationen haben samt und sonders an Radikalität, Biß, Fähigkeit zur exakten gesellschaftlichen Analyse etc. verloren. Sie haben sich in die mehr „für den Frieden strickende" als für ihn kämpfende Alternativ-Bewegung eingereiht und sind in ihr untergegangen. Wir sind von dem damals skizzierten gesellschaftlichen Ziel weiter entfernt als zu Beginn vor über zehn Jahren. Die Frage nach dem Warum drängt sich doch da auf? Und ich habe bis heute da keine vernünftige Antwort, weder selbst, noch gehört oder gelesen. In einer solchen Lage wird es natürlich immer schwieriger, sich auf die Lösung kurzfristiger Tagesaufgaben mit ungebrochenem Elan zu konzentrieren.

AK: In diesem Prozeß gibt es ja doch einige wichtige Ereignisse. Ich denke da an den 77er Kalkar- und Stammheim-Schock, der den Zerfall der radikalen Linken beschleunigt hat. 1978 hast Du im AK angesichts der bevorstehenden Bürgerschaftswahlen in Hamburg mit der „Bunten Liste" die These vertreten, die Existenzberechtigung einer Kommunistischen Organisation muß sich daran messen lassen, ob sie in der Lage ist, Massenbewegungen anzuführen. 1979 hast Du zu Beginn des Spaltungsprozesses im KB zwecks Herausbildung der Gruppe „Z" die Mehrheit kritisiert, sie würde dem zunehmenden Verfall der marxistisch-leninistischen Theorie im KB nichts entgegensetzen außer einer nicht ausreichenden „Krisenverwaltung".

Gemessen an Deiner heutigen Situation und Deinen Erkenntnissen hast Du da vielleicht hoch gesetzt, und auch hoch verloren?

Willi: Was sollte ich verloren haben? — Im Rahmen dieses Interviews können wir sicherlich nicht den vielschichtigen Entwicklungsprozeß der damaligen KB-Spaltung, als auch die wechselvollen Entwicklungen der Gruppe „Z" und des KB gebührend nachzeichnen. Ich bin auch darauf nicht vorbereitet. Hinter mir liegt ein halbes Jahr politischer Abstinenz und die hinterläßt zweifellos ihre Spuren, auch im Gedächtnis ...

Die Kritik der „Z" war durchaus vielschichtig. Man kann sie nicht einfach pauschal als Kritik von links oder von sonstwo her bezeichnen, sondern man muß da schon präziser werden, um die späteren Prozesse verstehen zu können. E i n wesentliches Element war unser damaliges Bemühen, bestimmte Elemente sozialistischer Politik, ihre Rebellion gegen das herrschende Umfeld zu retten vor einem immer seichter werdenden Gehabe und Getue, wie es von der sogenannten Massenbasis unserer Organisation in diese hineingebracht wurde. In diesem Zusammenhang haben wir versucht, verschiedenste Formen von Scheindemokratismus zu kritisieren, hinter deren Schleier der politische Abgesang vorbereitet wurde. Ebenso wurden kritisiert verschiedene Formen der Verinnerlichung, wie sie u. a. durch die Frauenpolitik vorangetrieben wurden. Die Zeit danach zeigt, daß wir mit einem Teil unserer Kritik ganz richtig lagen. Da wären zu nennen das Ersetzen des politischen Sachverstandes durch Gefühl, neue Innerlichkeit und zunehmende politische Abstinenz, und das Ersetzen des Kopfes durch den Bauch.

„Ich glaube schon, daß wir heute eine Situation haben, in der die Wahlbewegung mit der grünen Partei als Zentrum das hauptsächliche Streitfeld der Linken ist."

Wir haben auch Elemente mangelnder politischer Effektivität kritisiert, und zwar im Zusammenhang der Wahlbewegung. Wir haben gemeint — ich seh das eigentlich immer noch so — daß das politische Potential des KB zu wesentlich stärkerer Einflußnahme auf die politische Richtung der Wahlbewegung Anlaß geben könnte und genutzt werden müßte. Wir haben eine bestimmte Einschätzung der Wahlbewegung damals gehabt, und ich sehe uns durch die nachfolgende Entwicklung auch tendenziell bestätigt. Die Wahlbewegung ist nicht n u r eins von diversen Projekten der westdeutschen Linken, sondern es hat ich wohl mit der Grünen Partei ein anderer, neuer (anders als wir uns das in den 70er Jahren vorgestellt haben) Parteibildungsprozeß durchgesetzt, der inzwischen die politische Rolle, die die Gesamtheit der Mitte der 70er Jahre noch bestehenden organisierten Linken hatte, übernommen hat.

Ich glaube schon, daß wir heute eine Situation haben, in der die Wahlbewegung mit der grünen Partei als Zentrum das hauptsächliche Streitfeld der westdeutschen Linken ist. Andere Projekte der Linken haben sich Schritt für Schritt in irgendeiner Weise dieser allgemeinen Tendenz zugeordnet. Die politische Relevanz von Strömungen, wie sie sich Mitte der 70er herausgebildet haben, schlägt sich innerhalb der Grünen Partei nieder. Ich meine, daß der KB damals wirklich nicht gut beraten war in seiner allzu rabiaten Ablehnung dieses Prozesses und der daraus folgenden Methoden des Enthüllungsjournalismusses gegenüber der Grünen Partei, der ja bis heute mehr oder weniger anhält. Dabei gerät der KB — bedauerlicherweise (ich sag das ganz ehrlich!) — immer mehr in die Rolle des bloßen Kommentatoren. Wenn man das auf der einen Seite sieht, und auf der anderen Seite die bis auf Null geschrumpfte Perspektive aus unseren Gründerjahren, die ja doch irgendwie noch die Legitimationsbasis weniger für die bloße spezifische Existenzweise des KB, aber doch für die von ihm entwickelte Kritikrichtung, z. B. an der Grünen Partei abgibt, kommt ein Szenario heraus, daß unsere damaligen Bemühungen als Gruppe „Z" — mögen sie auch im einzelnen voller falscher Hoffnungen gewesen sein — im großen und ganzen historisch doch irgendwie als richtig ausweist.

Ich sag das ausdrücklich im Bewußtsein, daß die Grüne Partie und ihre optimale Entwicklungsmöglichkeit nicht d a s ersetzt, nicht ersetzen k a n n, was wir uns Anfang der 70er Jahre als selbstgesetzte Perspektive genommen haben.

AK: Willi, Du hast zu Beginn von Deinem eigenen hohen politischen und persönlichen Einsatz gesprochen. Dazu gehört ja auch die Herausbildung der Gruppe „Z". Die Hoffnungen, maßgeblich in der Grünen Partei politikfähig im Sinne der damals immer noch auch für Dich geltenden selbstgesteckten Perspektive haben sich nicht eingelöst. Trotzdem hat es was gebracht?

Willi: Es ist zweifellos richtig, daß die politischen Optionen, die in die Gründungsdokumente der „Z" eingeflossen sind, als zum Teil ebenfalls nicht mehr gültig und damit als gescheitert betrachtet werden müssen. Ob das im einzelnen gut und richtig war, oder aber zu bedauern, muß untersucht werden und wird wohl auch von Person zu Person unterschiedlich bewertet. Ich selber habe mit vielen anderen Freunden und Genossen noch während der organisatorischen Blütezeit der „Z" dafür gestritten, die spezifische Organisationsform, die wir aus unserer Vergangenheit übernommen haben — den demokratischen Zentralismus — bewußt ad acta zu legen. Er gab für unsere politische Arbeit keinen Sinn mehr. Er erhöhte nicht unsere Effektivität, sondern er lähmte uns. Das ist ein altes Phänomen! Im KB kannten wir das auch schon. Das Festhalten am demokratischen Zentralismus, das beim politischen Output keine Relevanz hatte, degenerierte dahin, daß eine Vielzahl talentierter Politiker ihre Fähigkeiten einzig und allein für die Aufrechterhaltung innerorganisatorischer Abläufe verwendeten. Das war zum Schluß eben Krisenverwaltung. Nach außen hin war ihre Wirkung gleich Null!

Das kann niemals der Sinn dieser Organisationsform gewesen sein. Zudem waren unsere Probleme in der Konstituierungsphase der Gruppe „Z" darauf gerichtet, einerseits bestimmte taktische Fragen vor Ort zu lösen, die dann auch von den Kräften vor Ort in Eigenverantwortung am besten gelöst werden konnten, und andererseits theorie- und strategiebildender Natur, wo der demokratische Zentralismus nichts Sinnvolles beizutragen imstande war.

Für diesen Schritt, den man sehr wohl als Teilschritt in Hinblick der gänzlichen Auflösung unserer Organisationsstrukturen interpretieren kann, bin ich sehr stark eingetreten!

Das ist keine grundsätzliche Kritik an einer effektiveren Organisationsform, aber es ist der Versuch, diese in engem Zusammenhang mit den tatsächlich anstehenden praktischen und theoretischen Aufgaben der Zeit zu interpretieren.

In unserer derzeitigen gesellschaftlichen Situation macht ein demokratischer Zentralismus des alten Stils keinen Sinn und wenn ich das durch meine Lektüre des AK richtig verfolgt habe und interpretiere, existiert das im KB f a k t i s c h auch in dem Sinne nicht mehr. Allenfalls wird das als Anspruch noch auf die Fahnen geheftet, aber es wird doch in der einen oder anderen Weise sehr direkt zugegeben, daß der Anspruch weit von seiner Einlösung entfernt ist.

Dieses Eingeständnis ist kein Ausdruck der spezifischen Schwäche des KB, sondern eher eine „Stärke". Jedenfalls erscheint mir das näher an dem, was politisch zu leisten ist, als irgendwelche Sekten, die sich schon lange von der Politik allgemein verabschiedet haben, aber das im demokratisch-zentralistischen Gleichschritt. Ich denke da an Ernst Aust und seine Truppe, oder an den Stalinisten-Haufer unter Fochler.

Ich selbst war für eine Überwindung tradierter Organisationsformen, als auch allzu starrer Mauern zwischen Mitgliederschaft und Nichtmitgliedern, die sich in der Praxis immer weniger als richtig ausweisen konnten. Ich war für eine Auflockerung all dieser Zusammenhänge, war aber doch f ü r die Gestaltung eines engeren Diskussionszusammenhanges, als es uns schließlich gelungen ist.

Ich meine schon, daß auch heute die MOZ-Strömung einen engeren, nicht strafferen, Diskussionszusammenhang haben sollte, damit die Aufgaben, die vor uns liegen, gelöst werden können.

AK: Aufgrund der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation bezeichnest Du die Auflösung tradierter Organisationsformen als richtigen Schritt. Was sind dann „zeitgemäße" Organisationsformen?

Willi: Ich bin immer für eine optimale Effektivität marxistischer Politik. Also ich würde mir schon wünschen, daß sich die Sozialisten marxistischer Prägung — das ist keine Abgrenzung des ökologischen Politikansatzes, im Gegenteil! — innerhalb der Grünen effektiver zusammentun sollten. Den Marxisten und Sozialisten außerhalb kann ich nur ähnliches empfehlen. Alles andere ist dummes Zeug! Aber das läßt noch keine Aussage darauf zu, in welcher F o r m diese Organisierung stattfinden sollte, und ich bin weit davon entfernt, hier irgendwelche allgemeinen Muster anbieten zu können. Ich glaube auch, daß die jeweils zu bewältigende politische Aufgabe die entsprechende Organisationsform zwingend nach sich zieht.

Soweit es sich um die Linke bei den Grünen handelt, ist die Frage leicht zu beantworten. Denn sie ist Teil einer Partei, die tatsächlicher politischer Faktor hierzulande ist. Für die wenigen Restbestände linker Gruppierungen außerhalb der Grünen und ohne strategischen Bezug auf sie ist das ziemlich problematisch. Denn erstens ist ihr politisches Gewicht irrelevant. Und das bliebe es auch, gleichgültig, welche Organisationsform sie sich gäbe. Und zweitens gibt es in der BRD nach meiner Meinung keinen Ansatz mehr für revolutionäre P r a x i s , außer vielleicht solcher, wie sie von der RZ betrieben wird. Und selbst die Chancen für eine linksreformistische Praxis sind vertan, wie sie früher einmal mit der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit betrieben wurde. Von daher entfällt auch von dieser Seite der Praxis her eine spezifische Determination von Organisationsform. Derzeit hat die Debatte um die Organisationsform für die Linke außerhalb der Grünen keine wirkliche Bedeutung und der schrittweise Verfall ihrer wenigen Reste ist wohl logischer Ausdruck davon.

AK: Wie siehst Du in diesem Zusammenhang den KB und den AK?

Willi: Ich glaube, die Frage nach dem AK schließt auch die Frage nach dem KB mit ein.

„Die grüne Partei kann nicht das ersetzen, was wir uns Anfang der 70er Jahre als selbstgesetzte Perspektive genommen haben."

Der KB stellt sich in der Öffentlichkeit hauptsächlich durch seinen AK dar, und weniger deutlich durch Aktivitäten seiner Kader und Aktivisten. Es ist ein Phänomen innerhalb der Linken, daß eine Monatszeitung dieses Umfanges kontinuerlich herausgebracht wird. Es ist auch ein Phänomen, wie eine Fülle von Fakten dort verarbeitet, zu Papier gebracht, getippt, gedruckt, vertrieben wird, kurz: Der KB existiert noch! Der AK auch, wenn auch nur noch als Zeitung und nicht mehr als „kollektiver Propagandist". Immerhin unterscheidet ihn das von seinen alten Mitkonkurrenten um die „Gunst der Arbeiterklasse" aus dem Beginn der 70er Jahre. Die Mehrheit dieser Mitkonkurrenten hat schon das Zeitliche gesegnet, oder verbringt ein Schattendasein außerhalb der Politik, verkam also von der politischen Sekte zur bloßen Sekte. Gegenüber dieser Art von Lob scheint es von vornherein weltfremd, den KB/AK an der eigenen Aufgabenstellung aus seinen Gründerjahren zu messen. Schade eigentlich.

AK: Das Nachdenken und die damit verbundene Zwangspause von der Politik wird sich doch sicherlich nicht ausschließlich im Laden, geschweige denn mit im Schoß gefalteten Händen abspielen?

Willi: Mir ist berichtet worden, daß ich manchmal die Hände im Schlaf gefaltet hab ...

Berlinale 1984

"... wir beobachten den Flug der Vögel!"

„Wissen Sie, ich bin einfach nicht bereit, pseudokünstlerische Experimente, die nur der Selbstbefriedigung — ah — Selbstverwirklichung dienen, zu unterstützen. — Da ruf ich dann schon lieber zur selbstgemachten Aktion ohne Kamera auf ..."
(F. Zimmermann)

Die Schlange ist genervt, lustlos versucht sie den agilen Quälgeist, eine Wüstenspringmaus, zu schnappen, aber ihr Vorstoß geht wiederholt ins Leere — Wüstensand ist geduldig. Das ist Walt Disney: die Wüste lebt! *„Nein, nein — Sie werden nicht verkartet. Ich will nur wissen ... Verkartet? Das ist ein Fachausdruck, also so ... ja genau: verkartet. Ich will ja nur wissen, ob Sie die Justizvollzugsanstalt in jemandes Auftrag oder aus freien Stücken gefilmt haben?... In wessen ... Ja — Terroristen zum Beispiel könnten so ein Gefängnis filmen ..."*: das ist O-Ton eines Justizbeamten, der einen Kameramann anruft. Dieter Vervuurt und Marie-Susanne Ebert haben 1 + 1 zu einem dritten addiert: **„Sandtanz"** heißt der witzigste bundesdeutsche Film auf der Berlinale, neun Minuten kurz, eine bemerkenswerte Nähe zu den leider nicht nur realsatirischen Verhältnissen in jenem, ihrem Lande.

„Sandtanz" ist auch ein Film, der die Schnittstelle verschiedener Auseinandersetzungen und Trends dieser Berlinale 1984 markiert: 1. Der Unterhaltungsfaktor: zwar gab es auch im Wettbewerb (2) Filme, die akzentuiert eine politische Geschichte erzählten; der Drang zu unterhaltenden, privatisierenden Filmen war gleichwohl stärker — Synthesen waren selten; 2. Verdrängung ästhetischer und filmpolitischer Auseinandersetzungen zugunsten vor allem verbalradikaler Verbandspolitik gegenüber Bundesinnenminister Zimmermann: deutlich wurde das an der miserablen Behandlung, die den Kurz- und Dokumentarfilmen auf dem kommerziellen Herzstück der Berlinale, der Filmmesse, zuteil wurde: sie wurden nur in Videonorm vorgeführt und durften in dem dicken Filmmessekatalog nicht mehr mit Inhalts- und Kontaktadressenangabe aufgeführt werden.

„In Gefahr und größter Not ..."

Die neuen Richtlinien für die Film-förderung des Bundesinnenmi-

„In Gefahr und größter Not ..."

Die neuen Richtlinien für die Film-förderung des Bundesinnenmi-

nisteriums (Bundesfilmpreise — s. AK 236 S. 44/45 — Filmbänder in Gold und Silber, sowie Projektförderung) sind durch den Innenausschuß des Bundestages gegangen: mit einigen unwesentlichen Veränderungen schaffen sie eine Situation, die nicht neu (s.u.), gleichwohl aber verschärft ist. Kernstück der neuen Richtlinien, nach denen ein Etat von ca. fünf Millionen Mark verwaltet wird, ist eine Kompetenzerweiterung der Filmförderungsanstalt (FFA) (3) — eine bundesunmittelbare rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, deren Haushaltsplan vom Bundeswirtschaftsministerium genehmigt werden muß. Die FFA ist schon aufgrund ihrer Zusammensetzung (4) erheblich rechtslastig. Von ihr werden Förderungsmittel von ca. 19 Millionen Mark im Jahr (im wesentlichen Erlöse aus den 15 Pfennig „Filmgabe" auf jede verkaufte Kinokarte) vergeben. Die FFA ist für die Abwicklung des Filmförderungsgesetzes zuständig: dessen Ziel ist es, *„die Qualität des deutschen Films auf breiter Basis zu steigern und die Struktur der Filmwirtschaft zu verbessern"*.

Auch für die FFA werden aber seit geraumer Zeit im vertrauten (Referenten-)Kreise schon Verschlimmbesserungen gehandelt. Zielsetzungen hier: den Marktanteil des bundesdeutschen Films zu erhöhen („Struktur der Filmwirtschaft"). Nun ist es mit diesem berüchtigten Marktanteil des „neuen deutschen" Films so eine Sache: 1983 wäre dieser Marktanteil auf 5 bis 6 % gesunken, behauptete Zimmermann und konstatierte die dahinterstehende Haltung, nämlich: Filme ohne Rücksicht darauf zu drehen, ob Menschen sie sehen wollen, sei ein *„menschenverachtender und demokratiefeindlicher Standpunkt"* (zit. n. FR v. 16.1.84). Noch deutlicher wurde ein „MvS" in der „Welt": der Marktanteil des bundesdeutschen Filmes liege bei 3,5 %, wird da geschmiert, oftmals spielten bundesdeutsche Streifen nicht einmal 2.500 Mark ein, verschlängen dafür aber „in den letzten Jahren" (konkreter geht's nimmer) knapp 100 Millionen Mark Förderungsmittel. Auf einer Pressekonferenz auf der Berlinale über „Die Zukunft des deutschen Autorenfilms" hatte Alexander Kluge andere Zahlen parat: benutze man die Statistiken der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO), komme man auf 11,4 % Marktanteil des bundesdeutschen Films; rechne man die Coproduktionen noch dazu, ergebe das sogar über 18 %. Die 5 % von Zimmermann bezögen sich auf die Monate Dezember und Januar — Monate also, in denen die Kinos ihre Weihnachtsprogramme zeigen — und hier habe der bundesdeutsche Autorenfilm allerdings weniger zu bieten als Hollywood.

Die zu erwartenden Veränderungen im Filmförderungsgesetz werden aber nicht lauthals von Zimmermann propagiert, sondern in den Hinterstübchen der Ministeriumsjuristen ausgeheckt. Das öffentliche Interesse an dieser in ein bis zwei Jahren vollendeten Arbeit dürfte nicht den Bruchteil des Interesses auf sich ziehen, wie Zimmermanns Zensurbestrebungen, gleichwohl aber einschneidendere Auswirkungen haben. Doch weniger genau als die Zustandsbeschreibung sind die Gegenstrategien, die die Förderer und Aktiven des derzeitigen Autorenfilmes anzubieten haben.

„... bringt der Mittelweg ..."

Gewollt naiv wirft Moritz de Hadeln, Festivaldirektor der Berlinale, in seinem Vorwort zur „Dokumentation 1984" in die Waagschale, was er für hoffnungsvoll hält: *„Der Ausgang dieses Duells* (zwischen Zimmermann und den Filmern, Anm. f.) *könnte für den deutschen* (gemeint ist wohl der BRD-, Anm. F.) *Film gefährlich werden, verfügte er nicht über ein unersetzliches, nicht zu veräußerndes Kapital: sein Talent"*. Schade nur, daß mensch mit diesem „Kapital" keinen Meter Film bezahlen kann, und daß das andere Kapital genau dieses Talent gar nicht will ... Realistischer, kaum konkreter aber, ist da schon Wolfram Schütte in der FR: die Auseinandersetzungen um die Förderung durch das BMI hält er für „Nachhutscharmützel"; solange Zim-

tal genau dieses Talent gar nicht will ... Realistischer, kaum konkreter aber, ist da schon Wolfram Schütte in der FR: die Auseinandersetzungen um die Förderung durch das BMI hält er für „Nachhutscharmützel"; solange Zim-

mermann dort das Sagen habe, sollten die guten Filmer nicht glauben, *„sie hätten dort ein Wort mitzureden (gar ein Widerwort)"* (FR, 28.2.84). Als Allheilmittel weiß aber auch er nur *„die phantasievolle Einläßlichkeit auf unsere Gegenwart und Zeit"* zu fordern, *„damit der Zuschauer merkt: es geht ums Ganze"* (ebd.). Am scharfsinnigsten zeigen sich in trautem Verbunde FAZ und taz. Erstere liebt zwar Zimmermanns Tolpatschigkeiten nicht so sehr, hält seine Vorschläge aber auch nicht für gefährlich: *„In Berlin war von Krise wenig zu spüren, wenn man auf die Leinwand sah"* (FAZ, 1.3.84). Und dieser Leinwand, bitteschön, sollen sich die Filmer doch auch weiterhin annehmen, schön bunt füllen und nicht so viel an Finanzen und Politik denken. Ganz anders und doch so gleich die taz: Krise überall wittert Kritiker Opferdach und guckt deswegen ganz von der Leinwand weg hinter die Kulissen. Er entdeckt Fürchterliches, hat ihm doch ein irgendwer zugeflüstert, daß sich mancher Jungregisseur von seinen Fördergeldern die Wohnung neu renovieren läßt, ein neues Sofa kauft und außerdem häufig noch eine neue Lederhose dabei rausspringt. Scheiße das! (taz, 28.2.84). Als Geheimvorschlag zur wirklich endgültigen Verbesserung der Lage: *„... zwei Filme in einem Programm zu zeigen. Im Rockbusiness könnten sie lernen, wie man so was macht"* (taz, ebd.).

Sinnvoller waren da schon die Vorschläge der „Bundesvereinigung des deutschen (gesamt oder wie?) Films" (BuFi), die SPD-regierten Länder in die Pflicht zu nehmen. Da Kulturförderung Ländersache ist (deshalb sind die auf Bundesebene verteilten Mittel Wirtschaftsförderungsmittel) haben Hamburg und NRW Länderfilmbüros eingerichtet; in Hessen wird die Gründung eines Filmbüros geplant. Sollte die SPD also wirklich ernsthaft gegen die „Wende" in der Kulturpolitik agieren wollen, müßte sie hier ihre Förderung ausbauen. Geschehen ist bisher das Gegenteil: der Etat des Hamburger Filmbüros ist von drei Millionen auf 2,6 Millionen Mark gekürzt worden; in NRW stehen statt ehemals 2,4 Millionen nur noch gerade 1,7 Millionen Mark zur Verfügung — weniger, als das Fernsehen für einen „Tatort" ausgibt. Also auch hier: Taten statt Worte und ein breites Betätigungsfeld für die GRÜNEN, die sich in kulturellen Debatten bisher auffallend zurückgehalten haben.

Wenig hoffnungsvoll stimmen in diesem Kontext auch die beiden Riesenpakete mit US-Filmen, die ARD und ZDF im Februar für 220 Millionen bzw. 250 Millionen Mark eingekauft haben. Die insgesamt 2.550 Filme wollen schließlich alle gezeigt werden (und zwar viele mehrmals), und zweitens werden sich die enormen Ankaufsummen negativ auf den Etat für eigene Filme und Coproduktionen mit anderen Produktionsfirmen auswirken.

Keine rosigen Zeiten also für die bundesdeutschen Filmemacher und Kinogänger — zumal auch noch *„die Opportunisten und Opportunistinnen aus dem Boden (schießen) wie nach einem sauren Regen im deutschen Blätterwald die Pilze"* (W.S. in FR, 28.2.84).

„... den Tod!"

Die Phalanx der Filmemacher gegen die finanziellen Attacken der Minister ist nämlich beileibe nicht geschlossen. Der eigene Produktionsetat ist vielen Künstlern letztenendes doch wichtiger als die politische Unschuld. Als Realfilmer präsentiert sich z.B. Roland Emmerich, Absolvent der Münchner Hochschule für Film- und Fernsehen (5), dessen Debutfilm **„Das Arche Noah Prinzip"** sicher nicht zufällig im Wettbewerbsprogramm und ein paar Tage später schon in den wichtigsten Berliner Ku'Damm-Kinos zu sehen war. An der Qualität kann es kaum liegen: die Geschichte von zwei Astronauten, die im All gegen ihre amerikanisch-europäischen Kommandeure rebellieren, die ihnen gefährliche Wetterversuche über Saudi-Arabien befehlen, ist dilettantisch und mit einem Übermaß an unfreiwilliger Komik erzählt, sodaß nur noch Ulrich Greiner in der ZEIT von „gute(m) Unterhal-

deure rebellieren, die ihnen gefährliche Wetterversuche über Saudi-Arabien befehlen, ist dilettantisch und mit einem Übermaß an unfreiwilliger Komik erzählt, sodaß nur noch Ulrich Greiner in der ZEIT von „gute(m) Unterhal-

tungskino" schwadronieren kann.

Interessant an der mit knapp zwei Millionen Mark realisierten Produktion ist also der Erfolg ohne Qualität und die Rezeption des Filmes durch Greiner, aber auch den „stern" (10/84) sowie diverse andere auflagenstarke Zeitungen und Illustrierten. *„Vielleicht geht es auch ohne Geld vom Minister"*, meint „Stern"-Kritiker Schaper und vermutet, wie Greiner, daß Emmerichs Produktion wegen ihres „Antiamerikanismus" durch das BMI nicht gefördert worden sei.

Abgesehen davon, daß Emmerichs in der Story angelegter „Antiamerikanismus" nicht kritscher ist als das, was Sydney Pollack oder Costa Gavras in ihren Filmen anklingen lassen, ist die Machart und Filmtechnik alles andere als „antiamerikanisch", sie ist bestenfalls — und das wird an ihr gerühmt — gut gemachter Hollywoodimport. Das Interesse bundesdeutscher Filmpolitiker an Emmerichs Streifen ist also ein anderes: ihm könnte es gelingen, „das Feld (Unterhaltungskino, F.) nicht allein den Amerikanern zu überlassen" (Greiner). Wirtschaftliche Erfolgsaussichten erlauben, über Anfangsschwierigkeiten großzügig hinwegzusehen. Hauptsache, es entstehen Arbeiten, die „spannend und ohne überflüssige Schlenker" („Stern") Geschichten mit reißerischem Inhalt, der dann von illusionsträchtigen Trickmaschinerien verstellt wird, erzählen.

Das Enstehen eines solchen Kinozweiges in der BRD wäre sicher kein unwillkommener Nebeneffekt der Zimmermann'schen Förderungspolitik: weniger Staat, mehr Kommerz — dafür nimmt er auch ein paar kritische Töne in kauf. Als nächstes plant Emmerich einen Horrorfilm und außerdem einen Fantasie-Streifen — das freut die Filmtheaterbesitzer.



„Morgen in Alabama" — ein Film über die Einzeltäter-These

Achternbusch hat auf die neue Filmpolitik zwei Antworten: mit sichtlich niedrigem Etat verfilmte er **„Rita, Rita"**, mit 180.000 DM aus dem Topf der Hamburger Filmförderung brachte er seinen umstrittenen **„Wanderkrebs"** zum Abschluß. Der „Wanderkrebs" (s. AK 236) wurde auf der Berlinale außer Konkurrenz gezeigt und, angeblich aus technischen Gründen, auf die letzte Sonntagnacht verschoben. Es ist einer der besten Achternbuschfilme geworden: am Anfang eine aberwitzige Parabel über Arbeit, Gesundheit und Kostendämpfung. Eine monströse Maschine, an deren Hebeln die Arbeiter hängen, bis sie herunterfallen, niemand wird mehr bei der Arbeit krank, weil laut Beschluß nur noch Freizeit krank macht. Achternbusch flieht aus dieser Welt mit seinem ausgestopften Stoffhund nach Japan, dem Land seiner Liebe, begegnet unterwegs aber dem Ministerpräsidenten, der eine Rede vorbereitet und Achternbusch zu seinem Berater macht. Der Film führt ins Zentrum der Macht und von dort in die mitten im, durch den sauren Regen geschädigten, Wald gelegene Wirtschaft „Zum Wanderkrebs", deren Wirt außer Bier nur noch Pommes zu offerieren hat. Achternbusch ist im „Wanderkrebs" wieder nahe am BRD-Alltag dran, sieht ihn mit unverklärtem Seitenblick und wird so weniger spekulativ und egozentrisch als im „Gespenst".

Ganz anders **„Rita, Rita"** — der erste Achternbuschfilm, in dem er gar nicht mitspielt. Doch „Rita, Rita" ist ein Achternbuschfilm auf der Meta-Ebene, ein Kommentar zum eigenen Werk und als solcher nur für eingefleischte Fans und Kenner ergiebig. Am spannendsten ist die abgefilmte „Susn"-Inszenierung aus Paris, die sich von dem, was Achternbusch auf bundesdeutschen Stadttheaterbühnen angetan wird, wohltuend abhebt, weil sie eben gar nicht „werktreu" ist.

Unbedingt sehenswert ist Norbert Kückelmanns **„Morgen in Alabama"** — ein Film, der es aus unerklärlichen Gründen sogar dem FAZ-Kritiker angetan hat, der ihn gleichwohl als Film zum „Extremismus"-Thema mißverstanden hat (FAZ, 1.3.84). Genau das ist der Streifen des Münchner Rechtsanwalts aber nicht: ausgehend von zwei Schüssen auf einen bundesrepublikanischen Politiker erzählt er, wie ein Rechtsanwalt (der Pflichtverteidiger des Attentäters nämlich) die nationalen und internationalen Verflechtungen des Neofaschismus entdeckt und gleichzeitig auch die Reaktionen der BRD-Justiz auf seine Recherchen zu spüren bekommt. Das ist raffiniert und kaum unrealistisch aufgebaut: anfangs nämlich reizt den Anwalt an seinem

Fortsetzung letzte Seite



„Wanderkrebs" — eine aberwitzige Parabel über Arbeit, Gesundheit und Kostendämpfung

Was soll man einleitend anmerken? Er ist nicht älter geworden. Er beansprucht nicht (nicht einmal im geringsten), eine „Instanz" zu sein. Er ist keine Vaterfigur und erst recht kein Prediger. Es fehlt jeder Unterton von Selbstgefälligkeit. Unnachahmlich (und leider durch das geschriebene Wort nicht zu vermitteln) ist es, wie er mitunter etwas durchaus Schwerwiegendes formuliert und dabei halblaut in sich hineinlacht — als ob er selbst den Kopf darüber schüttelt, welcher Gedanke ihm da wieder „entschlüpft" ist. Hätten solche „Kleinigkeiten" nur etwas mehr Verbreitung im linken Lager — wieviel Ballast könnte im (notwendigen) Meinungsstreit abgeworfen werden. — Das Gespräch mit Erich Fried fand am 15.2.84 in Frankfurt statt.

de



Interview mit Erich Fried

Sie sündigen den Umständen entsprechend

ARBEITERKAMPF: Ich wollte dir erstmal eine Frage zur Friedensbewegung stellen. Bei uns ist es im Moment so, daß der Grad an Schärfe, mit der man sich von der Sowjetunion abgrenzt, zum Siegel für Glaubwürdigkeit, politische Moral und Radikalität geworden ist. Nun lese ich in der „Frankfurter Rundschau" einen von dir verfaßten Aufruf an die Deutschen — eine fingierte Rede, die Hitler halten könnte, wenn er heute lebte — und das scheint mir in eine ganz andere Richtung zu gehen. Das ist unausgewogen, da wird einseitig der Westen angegriffen und sogar eine Linie zur deutschen Vergangenheit gezogen. Du scheinst andere Akzente zu setzen als beispielsweise Petra Kelly, Jo Leinen oder auch Alexander Schubart zur Zeit. Warum?

ERICH FRIED: Weil ich finde, daß die Sowjetunion, von deren Sozialismus als Sozialismus ich nur mit ungeheuren Abstrichen etwas halte, einfach sachlich nicht die Seite ist, von der die Gefahr ausgeht. Die Sowjetunion ist im wesentlichen in der Defensive, schon weil die Amerikaner in Wirklichkeit stärker sind. Die Russen sagen zwar, sie seien gleich stark, weil sie nicht als die Unterlegenen dastehen wollen. Aber sie können gar nicht zugeben, daß sie schwächer sind. Sonst demoralisieren sie ihren eigenen Block, die Rumänen hauen ab, und andere Dinge geschehen. In Wirklichkeit sind ihnen die Amerikaner militärisch überlegen — vor allem auch durch die strategische Stellung, durch die Umkreisung der Sowjetunion. Die Amerikaner haben das Konzept eines für sie gewinnbaren Atomkrieges, die Russen haben kein Konzept eines gewinnbaren Atomkrieges. Die wissen ganz genau, daß sie kaputtgehen, wenn ein Atomkrieg kommt. Deswegen, und nicht weil sie den echten Sozialismus und die anderen den unverfälschten Imperialismus haben — obwohl die anderen tatsächlich den unverfälschten Imperialismus haben, das möchte ich dem Reagan gar nicht streitig machen — deswegen also sind die Russen in der Defensive. Sie haben ja seinerzeit in der Kuba-Krise versucht, auch die Amerikaner mit Raketen einzukreisen. Aber sie haben damals verloren und diese Sache eigentlich nie wieder aufgeholt. Außerdem waren die Amerikaner, was Atomwaffen betrifft, seit Kriegsende immer den Russen voraus, und das ist auch heute noch so. Ich habe mich darüber sorgfältig informiert, und ich bin auch nicht jemand, der auf russische Propaganda ohne weiteres hereinfällt. Ich glaube außerdem, daß auch die neue Friedensrede von Reagan am Anfang des Wahljahres nur leere Worte waren — vielleicht um die amerikanischen Wähler zu beruhigen. Denn gleichzeitig kam der Kissinger-Bericht, in dem es hieß, bei der Hilfe für El Salvador dürfe die Mißachtung der Menschenrechte in diesem Land keine Rolle spielen, und Krieg gegen Nicaragua könne nicht ausgeschlossen werden. Gleichzeitig begann auch die ungeheure Rüstungswelle in den USA, die sogenannte Space War- und Star Wars-Rüstung.

In Europa hat die antirussische Stimmung — und ich meine jetzt nicht den Antikommunismus, denn Antikommunisten sind die Russen selber schon ganz gute — so großen Aufschwung genommen, als das südkoreanische Passagierflugzeug abgeschossen wurde. Ich bin fest davon überzeugt, daß dieses Flugzeug wirklich einen Spionageflug durchgeführt hat. Das läßt sich nachweisen, weil ein rechtsradikaler Kongreß-Abgeordneter, der in dem Flugzeug abgeschossen wurde, der Präsident der John Birch Society, MacDonald, von einer amerikanischen Dienststelle vorher gewarnt worden war, daß dieser Flug riskant sei und er einen anderen wählen solle. Zu seiner Ehre sei erwähnt, daß er eine Sonderstellung ablehnte und meinte, was für die anderen Fluggäste gut genug sei, sei auch für ihn gut genug. Als der Flug schon begonnen hatte, aber noch nicht in Alaska zwischengelandet war, erkundigte sich sein Public Relations Man, sein Pressesprecher, im Verteidigungsministerium, was denn eigentlich das Risiko wäre, und man sagte ihm: Vor allem haben wir Angst, daß dieses Flugzeug von einem russischen Flugzeug abgeschossen werden könnte. — Dies allein zeigt schon, daß es da nicht mit rechten Dingen zuging. Außerdem haben die Japaner inzwischen gesagt, daß die Behauptung, der Funkkontakt mit diesem Flugzeug sei abgebrochen, nicht stimmt .

Diese sog. technische Panne schien sowieso äußerst unwahrscheinlich zu sein.

Das ist alles Unsinn, genauso wie das versehentliche Abweichen um 500 km von der Flugbahn. In England hat Duncan Campbell, einer der besten Forschungsjournalisten im „Statesman", einer gemäßigt linken Zeitschrift (fabian-sozialistisch), am 8. oder 9. September veröffentlicht, daß im Lauf der Jahre reihenweise amerikanische Flugzeuge über der Sowjetunion abgeschossen worden sind. Nur hat Amerika — mit Ausnahme der U2 seinerzeit — es immer geheimgehalten, weil die Flugzeuge die Aufgabe hatten, die Verteidigungsysteme des Gegners auszuprobieren, auch auf die Gefahr hin, daß sie abgeschossen werden. Nur dadurch kann nämlich herausgefunden werden, was wirklich an Kampfflugzeugen gegen sie hochgeht und welche Radarstationen wirklich effektiv sind, sodaß man weiß, welche Ziele man im Kriegsfall mit Raketen angreifen muß und welche man mit Flugzeugen angreifen kann. Die Flieger hatten schon immer die Weisung, im Fall, daß sie abgeschossen werden, Selbstmord zu begehen. Sie hatten ursprünglich Blausäure-Kapseln bei sich, später den Silber-Dollar, d.h. eine Münze, in die eine Blausäure-Nadel eingelegt war, sodaß man sogar nach der Gefangennahme noch damit Selbstmord begehen konnte. Der Powers, der mit der U2 abgeschossen wurde, hatte den Silber-Dollar bei sich , machte aber keinen Gebrauch davon.

Du behauptest also ungeniert, daß an der Spitze der USA...

Nicht an der Spitze. Ich bin nicht überzeugt, daß Reagan von der Geschichte gewußt hat.

... gut — daß Leute innerhalb der Administration gezielt derartige Methoden anwenden.

Wieso ich das behaupten kann? Weil ich recherchiere. Ich war 17 Jahre lang außenpolitischer Kommentator in der BBC — für Sendungen nach der DDR — und habe damals gelernt, wie man sich Nachrichten verschafft und Nachrichten überprüft. Ich habe damals versucht, zwar sehr kritisch in Bezug auf die DDR zu sein, aber nicht Kalten Krieg zu machen, und mußte daher etwa viermal so viel arbeiten, wie wenn man sich nur nach den Weisungen der BBC richten würde. Aber mit dieser Arbeit konnte ich dann tun, was ich wollte.

Ich frage deshalb, weil in der Friedensbewegung bei uns immer so diskutiert wird, als ob die Gefahr in der Technik läge und nicht in bösen Absichten von Menschen, seien es nun Politiker, Militärs, Geheimdienste etc.

Das stimmt auch. Natürlich sind die Russen auch vom Rüstungswahnsinn ergriffen. Denn die Sojwetunion hätte während der Verhandlungen im letzten Jahr, auch wenn die Amerikaner sie zu sabotieren versucht haben, z.B. ihre SS 20-Rüstung nicht fortsetzen müssen. Daran wäre sie nicht kaputtgegangen. Doch sie haben stur weitergemacht und ich fürchte, daß durch die Kalte Kriegs-Haltung der Amerikaner jetzt auch der Einfluß der Militärs im sowjwtischen Politbüro wieder steigt. Ich glaube, daß es wirklich einen gegenseitigen Rüstungswahnsinn gibt. Nur haben die Amerikaner die Initiative dabei. Ich habe beim ersten Schriftsteller-Treffen in Ost-Berlin gesagt: Ich habe Angst vor allen Atombomben und vor dem Denken, das dahintersteht. Nur aus ganz speziellen praktischen Gründen habe ich derzeit mehr Angst vor den amerikanischen als vor den russischen. Hingegen ist das Argument, das jemand in Ostberlin brachte, als er fragte, wie man vor den Russen Angst haben könne, wo sie doch so gute Menschen seien, natürlich Blödsinn.

Das Wesentliche ist doch, daß man in Washington an einen gewinnbaren Atomkrieg glaubt.

Sie könnten ihn militärisch auch gewinnen — das stimmt. Was ich nicht glaube, ist, daß sie nach einem Atomkrieg in Europa durch den aufgewirbelten Staub einer mittleren Wintertemperatur von minus 43 bis 45 Grad Celsius entgehen könnten, wodurch alle Tiere und Pflanzen, die ganze Ökologie der nördlichen Hemisphäre zerstört und zahllose Menschen erfrieren würden. Aber das hat sich im Pentagon noch nicht offiziell herumgesprochen, und Politik wird nie auf der Basis der wirklichen Interessen von Menschen und eines richtigen Bewußtseins gemacht, sondern immer nur auf Basis des jeweiligen falschen Bewußtseins. So ist das. Also wenn man die Zeit, bis sich so etwas rumspricht, ohne Atomkrieg überstehen kann, dann sind die Chancen wieder besser.

Nochmal zurück zur Sowjetunion. Ihre gleichzeitige Verurteilung wird in der Friedensbewegung häufig zu einer Frage der politischen Moral gemacht. Nur wer das tut, ist moralisch einwandfrei.

Niemand ist moralisch einwandfrei. Ich bin nicht nur ein Moralist, sondern ich sehe beide Seiten auch als Opfer ihrer unüberwundenen gesellschaftlichen Antagonismen und als Opfer ihres falschen Bewußtseins. Es kommt nicht darauf an, zu allen Leuten zu sagen, du bist ein großer Sünder und du bist ein großer Sünder... Natürlich sind alle Sünder. Aber sie sind den Umständen entsprechend Sünder. Nicht weil die einen anständiger wären als die anderen. Der Kennedy zum Beispiel, der auch ein Imperialist war, hat sich in der Kuba-Krise viel gewissenhafter benommen, als es Reagan getan hätte. Dafür haben wir Reagans eigene Worte. Schon im Wahlkampf hat er gesagt, er hätte niemals militärische Schritte unternommen, was lächerlich ist, weil Kennedy ohne militärische Schritte die Kuba-Krise gewonnen hat. Zweitens hat Kennedy nachher bis zu seinem Tod einen Entspannungsversuch mit Vorleistungen unternommen, auf den die Russen eingegangen sind und ihrerseits auch Leistungen erbracht haben. Das ist in Horst Eberhard Richters Buch „Psychologie des Friedens" dokumentiert. Und das hängt vielleicht zum Teil — bei allen Einschränkungen gegen die bürgerliche Psychoanalyse, die falsche Triebtheorie und den Todestrieb — damit zusammen, daß Kennedy analysiert war und infolgedessen nicht so sehr ein Opfer seiner eigenen unbewußten paranoischen oder anderen Vorstellungen. Davon halte ich wirklich was. Ich halte das für Amerika sogar für wichtig, weil in Amerika die Analyse hochangesehen ist und man damit ja auch propagandistisch gegen das Dunkelmännertum um Reagan Fortschritte erzielen konnte.

Das Bedürfnis nach Verurteilung der Sowjetunion, wie es Moment wirklich stark die Diskussion beherrscht, wird auch aus der Geschichte der SU abgeleitet...

Natürlich. Für Linke ist es der Verrat am Sozialismus, daher der Intimhaß.

... und in diesem Zusammenhang wollte ich dich auf den gerade verstorbenen Manes Sperber ansprechen, weil er als Kronzeuge gilt.

Man konnte ihn aber nicht mehr als Linken bezeichnen. Manes Sperber war jahrelang Kommunist gewesen und kam aus einer osteuropäischen jüdischen Familie. Dort wurden die Söhne der jüdischen Familien entweder Zionisten oder Kommunisten. Das ging dort auch quer durch die Familien. Werner Scholem beispielsweise war in der kommunistischen Reichstagsfraktion und wurde von Lenin in seinem Buch „Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus" angegriffen, während sein Bruder, Gershom Scholem, ein radikaler Zionist wurde (kein linker Zionist!), der mitgeholfen hat, den armen Adorno dazu zu überreden, die nachgelassenen Schriften von Benjamin zu verfälschen. also Stellen zu „korrigieren", die zu prokommunistisch waren.

Zu verfälschen, tatsächlich?

Ja, zurück zur Sowjetunion. Ihre Geschichte ist die Geschichte des Verrats an allen Idealen des Sozialismus und des Kommunismus. Nur daß dieser Verrat nicht immer ganz freiwillig und nicht ganz bewußt erfolgt ist. In Wirklichkeit sind das tragische und komplizierte Prozesse. Sogar ein Stalin, für den ich wirklich nicht allzu viel übrig habe, hat 1927, als Sinowjew und Kamenew zu ihm kamen und ihm vorschlugen, er solle doch den Trotzki hinrichten lassen, gesagt: Genossen, Vorsicht mit der Guillotine; wenn wir es heute praktisch finden, einen Genossen zu köpfen, dann sind es morgen zwei und übermorgen drei, und bevor wir wissen, was los ist — was ist dann von der Partei übrig geblieben? Und er hat damals dem Trotzki nichts getan. Die Ironie der Geschichte wollte es, daß er Sinowjew und Kamenew umbringen ließ, noch bevor er den Trotzki umbringen ließ... dann Jahre später.

Kann man aus der Geschichte, wie es etwa Sperber tut, folgern, es bestehe eine sowjetische Bedrohung, es gäbe die sowjetische Agressivität und das Ziel, das sowjetische Gesellschaftsmodell Europa aufzuzwingen?

Der Wunsch kann natürlich bestehen, denn Politik ist die Kunst, sich Trümpfe zu verschaffen. Es ist selbstverständlich, daß jede Seite das versucht. Das ist in jeder politischen Partei so, in jedem Land und in jeder Gruppe, die sich als Gruppe konstituiert. Nur daß die Russen es so wenig gut gemacht haben, daß die einzige Chance, die ihnen geboten wurde, eigentlich durch Hitlers Aggressionskrieg und durch den Zusammenbruch dieses Aggressionskriegs gegeben war. Sonst hätten sie auch nicht so weit nach Westen vorstoßen können, wie sie gekommen sind. Heute haben sie alle Mühe, ihren eigenen Block zusammenzuhalten. Die Fluchttendenzen in Polen, in der CSSR, in Rumänien oder Ungarn haben wir gesehen. Jeder unbefangene Beobachter sieht, daß die Russen im wesentlichen Angst haben. Man kann natürlich auch aus Angst aggressiv sein. Der Gedanke, daß sowjetische Generalstabsmitglieder Pläne zu einem Erstschlag erarbeiten, um einem amerikanischen Erstschlag zuvorzukommen, ist nicht nicht ganz von der Hand zu weisen. Das beste Mittel dagegen ist klarzumachen, daß man keinen Erstschlag führen wird. Ein Erstschlag der Sowjetunion würde sie zudem auch nicht retten, sondern wäre immer noch ein verzweifeltes Manöver, und das wissen die sowjetischen Generäle genau.

In der Hauptstadt

„Wer herrscht hier?"
fragte ich
Sie sagten:
„Das Volk natürlich"

Ich sagte:
„Natürlich das Volk
aber wer
herrscht wirklich?"

Bei den Genfer Verhandlungen hat man ja auch gesehen, daß England und Frankreich darauf bestanden haben, daß ihre Waffen nicht mitgezählt werden, was im Fall Frankreichs ein sehr schwaches Argument ist und im Fall Englands, das Vollmitglied der NATO ist und dessen Atomwaffen der NATO unterstehen, ein vollständig blödsinniges Argument ist, welches in England auch in liberalen Kreisen auf Unverständnis stößt. Man hat also gesehen, wie diese Verhandlungen geführt wurden. Rostow und Gray, die amerikanischen Unterhändler, sind sog. Falken, harte Männer. Trotzdem wurden sie von Reagan entlassen, weil er meinte, diese Leute würden zuviel Wert darauf legen, zu einem Übereinkommen zu kommen. Sie wurden ersetzt durch Adelsman, der schon vorher erklärt hatte, er halte diese Verhandlungen überhaupt für einen Unsinn. Den Bock, der sich als Bock gemeldet hat,

Fortsetzung nächste Seite

Kultur und Politik

Fortsetzung von vorheriger Seite

zum Gärtner zu machen, zeigt doch, was da beabsichtigt war. Ganz abgesehen von den anderen Erklärungen Reagans, der ja manchmal recht ehrlich ist. Er glaubt an die Offenbarung Johannes' und an Harmaggedon, und daß dieser letzte Kampf jetzt in unserer Generation auf uns zukomme. Da er einer der zwei Menschen auf Erden ist, die diesen letzten Kampf auslösen könnten, ist es sehr unangenehm, daß der Idiot daran glaubt.

Not kennt kein Gebot

Heute haben wir leider
für Feinheiten
keine Zeit

sagte einer
den ich schon vor Jahren
als Grobian kannte

Was ist deine Meinung zu der heiß debattierten Sperber-Rede, die er anläßlich der Friedenspreis-Verleihung geschrieben hat, und die ja eigentlich nur Ausdruck einer starken Strömung innerhalb der französischen Intellektuellen ist?

Die ist natürlich keine reine Kriegstreiberei gewesen. Engelmann hat da unrecht, indem er das so versimpelt hat. Es war viel komplizierter. Manes Sperber hat gedacht, daß ein unabhängiges Europa, eine Art gesamtwesteuropäischer Gaullismus, natürlich die Interessen Europas vertreten würde und nicht die Interessen Amerikas. Und Europa würde sowieso keinen Atomkrieg wollen. Aber es müsse stark sein, denn die Russen verstünden nur Stärke. — Ob die Russen nicht heute wirklich nur Stärke verstehen, das ist eine Frage, die ich keineswegs von vornherein völlig verneinen würde. Besonders verstehen sie aber nur Stärke, solange ihnen nur mit Stärke begegnet wird. Wenn ihnen mit Entgegenkommen begegnet würde, würden sie auch andere Dinge verstehen lernen, denn ihre Lage ist eine ziemlich verzweifelte. Manes Sperbers Idee ist wie schon die Idee von de Gaulle keineswegs ein völliger Unsinn. Es hat sich gezeigt, daß die Amerikaner ein sich einigendes Europa als Bedrohung empfinden, weil sie nicht eine andere Supermacht haben wollen. Als es um die Erdgas-Versorgung aus der Sowjetunion ging, wollte sich die Reagan-Regierung sperren, und plötzlich waren die proreaganische Mrs. Thatcher, der in der Außenpolitik ebenfalls recht wjetunion ging, wollte sich die Reagan-Regierung sperren, und plötzlich waren die proreaganische Mrs. Thatcher, der in der Außenpolitik ebenfalls recht proreaganische Mitterand, die Bundesrepublik und das linke Griechenland sich völlig einig darin, gegen diese Politik Amerikas zu sein. Die westeuropäischen Regierungen sind zwar Juniorpartner, wollen oder müssen es sein, aber sie wollen keine Sklaven sein.

Dieses Europa ist jedoch so weit weg davon, sich wirklich als integrierte Macht zu konsolidieren — es fällt ja gegenwärtig immer noch fast auseinander, wenn auch nur die landwirtschaftlichen Zuwendungen verhandelt werden — und Amerika würde dem auch so viele Hindernisse in den Weg legen, daß die Vorschläge von Manes Sperber in der Zeit, in der es darauf ankommt, einen Atomkrieg zu verhindern, also im Laufe der nächsten Jahre, nicht reifen könnten.

Kann es denn überhaupt sinnvoll sein, der Atomkriegsgefahr durch eine zusätzliche atomare Großmacht zu begegnen?

Darüber könnte man sprechen. Vielleicht immer noch lieber eine eigene Macht, die am Überleben interessiert ist, als eine westliche Macht, die nicht unbedingt am Überleben Europas interessiert ist, weil Europa der große Konkurrent ist.

Das überzeugt mich nicht.

Mich auch nicht. Aber es ist — wie oft an Dingen, die falsch sind — ein Funken Wahrheit daran. Man soll den alten Sperber nicht für einen Idioten halten oder für einen Menschen, der sich nach Atomkrieg sehnt, sondern für jemand, der schon darüber nachgedacht hat und einen politischen Vorschlag gemacht hat, den er subjektiv ehrlich gemeint hat, der aber, weil er verschiedene quantitative Dinge falsch eingeschätzt hat, falsch ist.

Er könnte aber auch verheerende Wirkungen haben...

Er ist verheerend, ja!

... weil die westeuropäischen Staaten keine Friedensengel sind, sondern ähnlichen ökonomischen Triebfedern unterliegen wie die USA auch.

Ja, aber wir verlangen von Menschen bzw. Menschengruppen im Allgemeinen nicht mehr als aufgeklärten Egoismus. Man muß nicht ein Friedensengel sein, um zu wissen, daß ein Atomkrieg in Europa der eigene Untergang wäre. Wir sehen, daß der Kohl, der stark im Gefolge Amerikas war und immer noch zu sein versucht, trotzdem von einem gewissen Zeitpunkt an richtig Angst gekriegt hat, als er sah, daß diese Verhandlungen wirklich gescheitert waren. Er hat dann versucht, sich daran zu klammern, daß die Verhandlungen ja weitergehen könnten. Das war nicht nur ein Trick. Das war wirklich Angst, weil er ja nicht will, daß Deutschland in einen Atomkrieg verwickelt wird. Nur konnte seine Politik den Abbruch nicht gut verhindern, weil er von verschiedenen Interessen herumgezerrt wurde und nicht Manns genug ist, um eine entschiedene Politik gegen diese Entwicklung zu stellen.

Was mir aber z.B. von der Marxistischen Gruppe in Bremen gesagt wurde, daß es dem Kohl völlig wurscht sei, ob Deutschland eine atomare Wüste wird oder nicht, solange er in einem Bunker sitzend die deutschen Kapitalinteressen wahrnehmen kann, ist nicht Marxismus, sondern Dummheit. Denn abgesehen davon, daß er nicht so konstruiert ist, daß er die Verwandlung Deutschlands in eine Wüste wirklich aushalten könnte, kann man auch nicht die Kapitalinteressen Deutschlands wahrnehmen, wenn es eine atomare Wüste ist. Erstens wäre das Meiste kaputt, was nicht irgendwo in nicht zerstörten Teilen der Welt investiert worden ist, und zweitens könnte man Kapitalinteressen dann gegenüber Amerika nur noch von einer Position völliger Machtlosigkeit aus verteidigen. Große Kapitalinteressen wahrzunehmen, ist nicht nur eine wirtschaftliche Frage, sondern immer auch eine Machtfrage. Das weiß auch Kohl.

Angst und Zweifel

Zweifle nicht
an dem
der dir sagt
er hat Angst

aber hab Angst
vor dem
der dir sagt
er kennt keinen Zweifel

Ist es das „Stalin-Trauma" der Linksintellektuellen, daß man sich heute teilweise sogar eine starke Militärmacht gegen die Sowjetunion wünscht?

Stalin ist auch ein Reizwort geworden, die Sache ist älter. Stalin ist ein vergröbernder und schlechter, aber wahrscheinlich lange Zeit subjektiv ehrlicher Schüler von Lenin gewesen, bevor er von Verfolgungswahn befallen wurde. Ich glaube, daß die Sache schon auf Lenin zurückgeht. Ich glaube, daß die Kritik der Rosa Luxemburg an den Leninschen Normen in ihrem Artikel „Über Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie" vom Jahr 1904 und dann viel später nochmals in ihrer Schrift „Kritik der russischen Revolution" vom Jahr 1918 vorausgesehen hat, was beim demokratischen Zentralismus usw. herauskommt. Diese Gedanken und Kritiken haben sich voll bestätigt und sind von der Wirklichkeit sogar noch bei weitem übertroffen worden. Wenn nämlich organisatorisch gegen die Selbstentfremdung und Verdinglichung einer Machtstruktur nicht genügende Sicherheiten eingebaut sind, dann wird diese Machtstruktur entfremden und verdinglicht werden. In diesen Worten hat sie es nicht gesagt, weil Entfremdung und Verdinglichung innerhalb des Marxismus damals nicht so moderne Ausdrücke waren wie zu Zeiten des jungen und mittleren Marx und Engels oder wie heute. Aber sie hat genau das gemeint; das kann man in diesen beiden Schriften nachlesen. Wenn man heute die Widerlegungen dieser Artikel nachliest — von Clara Zetkin, der es schwergefallen ist, sie zu widerlegen, weil sie mit Rosa Luxemburg gut befreundet war, und von Georg Lukacs u.a. — dann sind diese Widerlegungen tragikomisch, weil sie ihrerseits durch die Geschichte widerlegt wurden.

Das heißt noch nicht, daß wir eine wesentlich stärkere Kampfstruktur erfolgreich aufgebaut hätten als mit dem demokratischen Zentralismus damals. Aber das heißt, daß der demokratische Zentralismus ein sicheres Mittel ist, daß die Sache danebengeht. Und so geschah es in einem Land nach dem andern.

Kann denn die Organisationsform tatsächlich eine so entscheidende Rolle spielen? Sind es nicht wesentlich Keulenschläge der Geschichte gewesen, die zu einer enttäuschenden Entwicklung geführt haben, der permanente Krieg, in den die Sowjetunion von Anfang an verwickelt war, die Einkreisung, die ökonomischen Schwierigkeiten?

Da kann man aber nix dagegen machen. Wenn man den Kapitalismus stürzen will, kann man nicht erwarten, daß sich die Kapitalisten nicht dagegen verteidigen werden. Leider Gottes hat sich eben die ursprüngliche Vorhersage von Marx und Engels, daß die fortgeschrittenen Länder als erste die Revolution haben werden, nicht bewahrheitet. Sonst wäre nämlich ein Interventionskrieg der rückständigsten Länder gegen die fortgeschrittensten ein recht aussichtsloses Unternehmen gewesen. Die Interventionskriege — sowohl die ersten als auch der zweite, nämlich von Hitler — wurden aber von fortgeschrittenen Ländern gegen verhältnismäßig rückständige geführt, und dadurch ist es viel ärger geworden. Im ersten Krieg wurden 84% des ohnehin schon geringen sowjetischen Produktionspotentials vernichtet. Und im zweiten unter Hitler war es wieder ungefähr diese Größenordnung.

Ich wollte damit sagen, daß Krieg nicht nur ein Mittel ist, ein fremdes Land zu erobern, sondern auch das beste Mittel, ein sozialistisches Experiment kaputtzumachen. Wenn in Angola alle vier Monate südafrikanische Soldaten im Land stehen oder Nicaragua jeden Tag mit einer Intervention rechnen muß, soll man sich nicht wundern, daß großartige gesellschaftliche Fortschritte ausbleiben.

Ja sicher, aber solange es ein Amerika gibt oder ein Südafrika, können wir uns darüber nicht wundern. Oder kann irgendein vernünftig denkender Mensch glauben, daß die größten imperialistischen Hochburgen demokratisch sagen werden: Nun ist die Geschichte gegen uns ausgegangen — jetzt schauen wir zu und warten darauf, daß man uns den Rest gibt? So wird Klassenkampf nicht geführt von den Mitgliedern der herrschenden Klasse. Die kommunistischen Analysen des Kapitalismus sind ja im Großen und Ganzen richtig. Allerdings hat es auch da Fehler gegeben. Stalin hat geglaubt, daß schon 1948 eine ganz große Krise in Europa sein werde, und daß ihm Europa dann sozusagen in den Schoß fällt. Er hatte nicht mit der Marshall-Hilfe gerechnet. Diese Marshall-Hilfe, die sehr erfolgreich war, hat Europa natürlich nur der So- de, und daß ihm Europa dann sozusagen in den Schoß fällt. Er hatte nicht mit der Marshall-Hilfe gerechnet. Diese Marshall-Hilfe, die sehr erfolgreich war, hat Europa natürlich nur der So-wjetunion zu verdanken. Sonst hätte Amerika sich ja nicht gezwungen gesehen, seine eigenen Konkurrenten wieder aufzubauen. Die Sowjetunion konnte diese Dankesschuld niemals für sich reklamieren, weil sie ideologisch behauptete, die Marshall-Hilfe tauge nichts.

Man muß aber auch sehen, daß der Stalinismus, also das Terror-Regime, in der Sowjetunion heute überwunden ist. Denn jetzt ist es kein Terror-Regime mehr. Es ist ein sehr repressives, unangenehmes, bürokratisches Regime, aber den wirklichen stalinistischen Terror gibt es seit Chruschtschow nicht mehr. Ich erinnere mich daran, wie ich mit dem Havemann und dem Biermann in Ostberlin saß, und Biermann meinte, das sei ja reiner Stalinismus. Da sagte Havemann: Halt, halt, halt — das ist alles sehr schlecht und alles sehr repressiv und unangenehm, aber wenn das wirklich noch Stalinismus wäre, dann säßen wir drei nicht hier und lästerten. — Das stimmte natürlich. Die Frage ist: Wie kann man es retten? Wie kann man die Sowjetunion retten? In sozialistischen Ländern habe ich häufig Studenten getroffen, die gemeint haben, sie würden gern den Kapitalismus wiederhaben, denn vom Kapitalismus könne man zu einem wirklichen Sozialismus viel leichter kommen als von dem System, das sie jetzt hätten. Das ist natürlich ungeheuer naiv. Sie glauben, daß der Kapitalismus, den sie dann kriegen würden, ein liberaler Kapitalismus wäre, und das wäre er ganz entschieden nicht: Das wäre ein Kapitalismus, der irrsinnig viel dazugelernt hätte. — Aber wie kommt man von dort weiter? Das erste bedeutende Buch von Bahro, die „Alternative", war ja dadurch so faszinierend, daß es mit den Mitteln des altmodischen klassischen Marxismus den Produktions- und Zirkulationsprozeß der sogenannten sozialistischen Länder zu analysieren versucht hat und die Kräfte dargestellt hat, auf die man sich stützen könne. Ich glaube, was er da geschrieben hat, war damals qualitativ richtig und quantitativ falsch, d.h. er hat die Kräfte überschätzt, auf die man sich stützen kann. Und er ist ja davon dann auch abgekommen — ich würde manchmal fast sagen: Leider. Denn er stellt jetzt den Klassenkampf im Westen zu weit zurück, glaube ich.

So gut wie vollständig. Und mit seiner Teilnahme an den Sannyassin-Versammlungen erledigt er sich selbst.

Das ist nicht ganz so einfach. Ich kenne auch andere Linke, die sich seinerzeit Poona angesehen haben und die natürlich wissen, daß der... — na, wie heißt der Kerl? — der Baghwan korrupt ist, aber trotzdem sahen, daß es doch viel Befreiendes hat, wenn man etwas gegen die psychischen Prozesse tut, durch die die Unterdrückung in unserer Gesellschaft aufrechterhalten wird, z.B. sexuelles schlechtes Gewissen usw. Das wird natürlich von Baghwan mißbraucht, teils um seines Einkommens willen, teils um einer ungeheuren Versimpelung willen. Es gibt auch so etwas wie repressive Entsublimierung, ein Ausdruck, der von Hartmut Reiche zur Zeit der Studentenbewegung benutzt wurde; soweit ich mich erinnere, auch von Marcuse. So etwas gibt es auch beim Baghwan. Trotzdem ist er nicht in einem Atemzug etwa mit der Moon-Bewegung zu nennen. Der Baghwan ist nicht aktiv reaktionär, sondern wirkt nur gelegentlich reaktionär, indem er Kräfte ablenkt usw. Aber die Praktiken, die Gruppentherapien, die entwickelt wurden, hätten, wenn sie nicht anders gerichtet wären, auch positive Möglichkeiten. Das ist manchmal so wie mit der bürgerlichen Wissenschaft, die natürlich im Großen und Ganzen im Interesse der herrschenden bürgerlichen Klasse steht, aber in der sich immer auch Dinge entwickeln, die eigentlich im Gegensatz zu dieser stehen.

Ich sehe das anders

Der Bahro ist einfach verzweifelt und sucht rum... und macht dabei auch einen Fehler nach dem andern. Aber ich glaube nicht, daß es eine Endphase ist.

Nein, es geht mir auch nicht darum, den Stab über ihn zu brechen. Es ist vielleicht weit hergeholt, aber ich habe einfach den Eindruck, was sich da auf ganz verschiedenen Ebenen entwickelt, das ist Idealismus, das ist Kant. Das ist die Annahme, daß der Geist die Materie bewegt und nicht umgekehrt.

Allerdings findet sich dieses Element auch bei Marx und Engels, die durchaus davor warnen, die Funktion des Überbaus zu unterschätzen. „Wenn der Geist die Massen ergreift"... — leider gilt auch: Wenn der Ungeist die Massen ergreift. Aber ich glaube, diese Tendenz ist unvermeidlich. Da die großen linken Organisationen dies jahrelang unterschätzt haben, gibt es jetzt ei- der gilt auch: Wenn der Ungeist die Massen ergreift. Aber ich glaube, diese Tendenz ist unvermeidlich. Da die großen linken Organisationen dies jahrelang unterschätzt haben, gibt es jetzt ei-nen Pendelschlag zur Überschätzung. Auch deshalb, weil es so viele frustrierte Linke gibt, die nicht wissen, wie man die Massen anders ergreifen kann. Wenn eine wirkliche Bewegung aufgezogen werden könnte, die an die Massen genügend nahe rankäme, dann würde dieser Fehler, der zum Teil Verzweiflungsprodukt ist, viel weniger gemacht werden. Natürlich bliebe es deswegen trotzdem ein Fehler.

Taucht in diesem Kuddelmuddel der westdeutschen Linken — Grüne, Alternative, Linke, Bahro usw. — irgendwo auch deine Identität auf und an welcher Stelle?

Also erstens sehe ich meine Identität nicht, ich bin nicht identisch mit mir, sondern ich wackle, ich gucke verzweifelt nach überall hin, wo man einen Halt und einen Anhaltspunkt gewinnen könnte, um wirksam zu werden. Aber davon findet man nicht viele. Die ganze Bestrebungen um eine neue Lebensqualität sind potentielle Rebellionen, die zum Teil in Handwerkelei und Theoriemangel steckenbleiben, aber nicht unbedingt daran ersticken müssen. Es gibt in der Friedensbewegung psychologische Ansatzpunkte wie den von Horst Eberhard Richter, an dem eine ganze Menge dran ist. Es gibt in der bürgerlichen Psychologie die keineswegs besonders linke Alice Miller, die aber im Unterschied zu Freud und seiner Triebtheorie nicht für das Establishment, nicht für die Eltern und Lehrer, für die repressiven Einflüsse, sondern für die Patienten und Unterdrückten Partei nimmt. Dadurch soll den Menschen die Möglichkeit gegeben werden, Kampfarbeit und Trauerarbeit zu ihrer eigenen individuellen Emanzipation ohne schlechtes Gewissen zu leisten, was ungeheuer wichtig ist. Marx hat im Kommunistischen Manifest gesagt, daß die freie Entfaltung des Einzelnen die Vorbedingung der freien Entfaltung aller ist. Das haben kommunistische Organisationen leider immer wieder vergessen. Es gilt aber immer noch. Ich habe Genossen erlebt, die bereit waren, sich für die Sache in Stücke reißen zu lassen. Wenn sie aber ihre Neurosen und ihr eigenes falsches Bewußtsein in den Kampf eingebracht haben, dann haben sie dem Kampf geschadet. In England hatten wir im Krieg eine erfahrene Genossin, die zu jedem Opfer bereit war. Als Hitler den Krieg gegen die Sowjetunion begonnen hatte, brachte sie den Antrag ein, daß alle kommunistischen Frauen, die jetzt schwanger würden, eine Abtreibung machen lassen sollten, weil alle Kräfte zur Verteidigung der Sowjetunion eingesetzt werden müßten. In der Partei wurde dann gefragt: Sag, Eva, ich hab' gehört, du kannst keine Kinder kriegen, stimmt das? — Es stimmte. Damit war dieser Antrag gestorben. Das zeigt, wie bei großer subjektiver Ehrlichkeit die eigenen ungelösten Probleme die politische Tätigkeit gefährlich machen können.

Sie

Sie frißt ihre Kinder
sie trinkt das Blut ihrer Toten
sie predigt den Tauben
sie kennt keine höheren Werte

Sie vergißt ihren Weg
sie wankt von Verrat zu Verrat
von Fehler zu Fehler
sie schläft in den Niederlagen

Daß sie unnötig ist
lernt jedes Kind in der Schule
daß das Volk sie nicht will
hat das Volk sich endlich gemerkt

Daß sie nicht siegen kann
ist zehnmal genau bewiesen
Die es bewiesen haben
schlafen nicht gut

Die an sie glauben
sind manchmal müde von Zweifeln
Einige die sie hassen
wissen sie kommt

Problem erkannt — aber Gefahr leider nicht gebannt. Wenn ich mal unsere bescheidene Organisation nehme, da werden solche Fragen eigentlich seit Jahren diskutiert. Aber erstens, was kann man wirklich zur Lösung tun? Und zweitens bekommt man oft den Eindruck, daß diese Diskussionen zur politischen Handlungsunfähigkeit führen.

Und zweitens bekommt man oft den Eindruck, daß diese Diskussionen zur politischen Handlungsunfähigkeit führen.

Ich glaube, solche Krisen sind unvermeidbar. Wir wollen immer ein neues Leben beginnen, ohne ein wenig zu sterben. Aber man kann nicht ein neues Leben beginnen, ohne ein wenig zu sterben. Man soll nur schauen, daß man dabei nicht ganz stirbt. Aber man darf sich notwendigen Entwicklungen nicht verschließen, weil sie nicht ohne Krisen herbeizuführen sind. Je länger man es aufschiebt, desto gefährlicher wird die Krise. Man muß sich darüber klar sein, daß Politik heute nicht ohne Kommunikationstheorie und Soziologie gemacht werden kann; ohne naturwissenschaftliches Wissen sowieso nicht, aber auch nicht ohne psychologisches Wissen. Da haben sich Marx und Engels in mancher Hinsicht geirrt. Sie haben geglaubt, daß sich Menschen in Krisen-Situationen von selbst immer mehr um ihre wahren Interessen scharen würden. Das ist ihnen überhaupt nicht zu verübeln, denn sie waren Söhne der Aufklärung und haben daher den Wirkungsbereich der ratio überschätzt. Denn das war das, in dessen Zeichen zu ihrer Jugendzeit eine große Befreiung versucht worden war. Natürlich hält man daran fest. Aber wir wissen heute, daß in Krisen-Situationen das irrationale Panik-Denken blüht. Man arbeitet dem irrationalen Denken nicht entgegen, indem man die Augen davor verschließt. Man muß versuchen, dem beizeiten entgegenzuwirken. Die Psychologie-Feindlichkeit der Linken kam eigentlich erst mit der stalinistischen Entartung wirklich ganz entschieden auf. Bei Marx und Engels ist es ungeheuer interessant zu sehen, daß sie sich über Bewußtsein, über richtiges und falsches Bewußtsein, sehr den Kopf zerbrochen haben, was dann später vulgarisiert wurde. Die bürgerliche Wissenschaft hat natürlich Versuche, eine linke Psychologie aufzubauen, bekämpft. Ich denke da nicht nur an Wilhelm Reich, sondern auch an seinen Vorläufer, Otto Gross, der 1920 gestor-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

ben ist, über den auch Franz Jung geschrieben hat. Es gibt ein außerordentlich gutes Buch über ihn von Emanuel Hurwitz, ,,Otto Gross — Paradiessucher zwischen Freud und Jung". Das Wesentliche an diesem Paradies-Sucher war, daß er ebenso wie der Verfasser dieses Buches ein Linker war. Er hat versucht, Psychologie und Politik zu verbinden und dabei auch neue Formen anstelle der viel zu umständlichen Freudschen Analyse zu entwickeln.

Ich glaube, wir kommen darum nicht herum, daß die Menschen auch sich selbst als Instrument des sozialen oder revolutionären Handelns erkennen müssen. Denn wenn sie sich selbst falsch einschätzen, dann werden sie ihre Handlungsweisen und deren Effektivitäten zwangsläufig falsch einschätzen müssen. Allerdings kann diese Selbsteinschätzung nicht durch einen dauerndern Rückzug aus politischer Aktivität erfolgen — gar nicht mal wegen der Loyalität zur politischen Bewegung, sondern weil man etwas tun muß, um Erfahrungen daraus zu ziehen, sonst kommt man zu falschen Folgerungen. So einfach ist das. Ich glaube nicht an eine revolutionäre Dienstpflicht. Politischer Mensch oder Revolutionär soll man freiwillig sein. Wenn man die Nase davon voll hat, dann macht man es ohnehin nicht mehr gut, auch wenn man es aus Pflichtgefühl macht. Aber man soll sich davor hüten, die Dinge so zu akkumulieren, daß man die Nase davon voll hat. Das Komische ist, daß ich in meinem doch jetzt schon ziemlich langen politischen Dasein immer bemerkt habe, daß es die Typen sind, die am intensivsten in eine Sache hineingehen, die manchmal dann die Nase davon voll haben und ganz umfallen, ganz ausgebrannt sind. Während die Leute, die bei einer Sache mitmachen, aber sich auch das Recht des Zweifelns und das Recht der Selbstkritik bewahren — nicht nur im Sinne bolschewistischer Selbstkritik, sondern im Sinne einer gesamtwissenschaftlichen Kritik an sich als Erkenntnisinstrument — die fallen auch nicht so hundertachtzigprozentig um nach der anderen Seite.

Aufklärungsarbeit

Er wollte
beweisen
daß er tun dürfe
was er tun mußte

Das gelang ihm
doch nun
war es zu spät
es zu tun

(aus: Erich Fried, ,,100 Gedichte ohne Vaterland"; Wagenbach, Berlin)

Willst du das wirklich als Regel aufstellen?

Natürlich nur im Allgemeinen. Wenn man Normen festlegt — so sind die Leute —, wird es immer falsch. Es gibt viel zu viele Faktoren dabei.

Jedenfalls glaube ich, daß es es sehr viele Ansatzpunkte gibt, linke Politik weiterzuentwickeln — auch all das, über das man jetzt lacht. Nur entarten diese Ansatzpunkte, wenn man sie nicht im Zusammenhang sieht, wenn man nicht versucht, sie theoretisch wieder zusammenzufassen. Zum Beispiel kann die Frauenbewegung nicht nur zur Entpolitisierung in ihren eigenen Reihen führen, sondern lächerlicherweise auch zur Übernahme von Verhaltensmustern der entfremdetsten Männerbündnisse. Aber wenn das reflektiert wird, wenn man sein Tun selbst beobachtet, auch wenn dabei die Aktivität im Augenblick vielleicht ein bißchen reduziert wird, weil man auch Zeit braucht, um Forschungen anzustellen, dann wird man vor solchen katastrophalen Entwicklungen bewahrt bleiben.

Du hältst also nichts davon, zu sagen: So Leute, jetzt schart euch mal wieder stärker um die Hauptfragen.

Nein, es gibt keine Hauptfragen. Der Stalin hat einmal etwas ungeheuer Intelligentes gesagt, was natürlich in Stalins Mund mir auch einen Schauder über den Rücken jagt, weil ich denke, welche blutigen Folgen es gehabt haben kann. Er hat gesagt, die gefährlichste Abweichung sei die, gegen die man zu kämpfen aufgehört hat. Das ist dasselbe, wie wenn ein Stratege sagt: Die gefährlichste Stelle in unserer Schlachtordnung ist immer die, die wir gerade vernachlässigen. Wir dürfen nichts vernachlässigen. Wir müssen suchen, ein allumfassendes, die ganze Spannweite menschlicher Aktivitäten einschätzendes Denken und Theoretisieren und eine entsprechende Praxis zu entwickeln. Das ist ganz klar. Wenn wir eine mathematische Formel aufstellen und sagen, das Resultat, das hinter dem Gleichheitszeichen steht, ist das Resultat von soundsoviel Faktoren, die durch eine Klammer oder anders miteinander verbunden sind, dann kommen wir zu einem falschen Resultat, wenn wir nur einen einzigen Faktor auslassen. Wir kommen sogar dann zu einem falschen Resultat, wenn wir den Faktor nicht auslassen, sondern ihn nur quantitativ falsch einschätzen. Denn bekanntlich machen zu große quantitative Irrtümer Sprünge ins Qualitative.

Das sind alte Geschichten. Wenn Lenin irgendwann erklärt hat, daß das europäische Proletariat gegenüber der russischen Revolution versagt hat, stimmt das zwar und er hat das ganz ehrlich gemeint. Aber dahinter verbirgt sich eine soziologisch falsche Einschätzung der Situation in den westlichen Ländern. Letzten Endes muß man dem Lenin sagen: Du bist aus verständlichen Gründen — weil niemand vollkommen ist und seiner Zeit so ganz und gar voraus sein kann — ins Moralisieren geraten mit so einer Bemerkung, weil du einige Faktoren quantitativ nicht richtig erkannt hast. Natürlich ist auf der anderen Seite auch Rosa Luxemburg ins Moralisieren geraten, weil sie die Kampfkräfte nicht richtig eingeschätzt hat und ja auch versucht hat, mit dreißig Kadern in Berlin Revolution zu machen im Jahr 1919. Das konnte nicht gehen. Das war eigentlich genauso dumm wie die RAF. Aber wenn ich ,,genauso dumm" sage, dann möchte ich hinzufügen, daß ich die Rosa Luxemburg ungeheuer liebe und verehre, und daß ich übrigens auch die Ulrike Meinhof für einen ganz großartigen Menschen gehalten habe. Aber Menschen machen eben entscheidende Fehler.

Zur Geschichte des Antisemitismus Teil XIII

Antisemitismus und Zionismus

Der Zionismus als politische (Jugend-)Bewegung entstand aus einem bestimmten sozial-politischen Kontext im **Osteuropa des 19. Jahrhunderts** — als **eine** Reaktion auf den Nationalismus der sich formierenden östlichen Bourgeoisien.

Die gleichen sozial-politischen Bedingungen machten Osteuropa zur Wiege sowohl der sozialistischen jüdischen Arbeiterbewegung als auch des Linkszionismus.

Noch ein Jahr vor Gründung der SDAPR und parallel zum ersten zionistischen Kongreß in Basel wurde der ,,Allgemeine yiddisher Arbeterbund für Litauen, Polen und Rußland" 1897 in Vilna gegründet, allgemein als ,,Bund" bezeichnet. Der Zionismus selbst blieb bis zum zweiten Weltkrieg eine kleine, wenn auch relativ gut organisierte Minderheit innerhalb der jüdischen Öffentlichkeit. Das westeuropäische Judentum, hierbei insbesondere seine religiöse Vertretung, das im Zuge der französischen Revolution die formelle Rechtsgleichheit erlangt hatte, lehnte allgemein den Zionismus ab. In Deutschland wurde 1893 der ,,Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" gegründet, später die größte Organisation des deutschen Judentums, der als ersten Programmpunkt die Verbundenheit mit Deutschland betonte.

In der Geschichte hatte es zwar immer wieder Projekte zur Rekonstruierung eines jüdischen Zentrums auf palästinensischem Boden gegeben, sie blieben aber alle praktisch bedeutungslos. Bis zum 19. Jahrhundert gab es keine Emigrantenbewegung nach Palästina.

Das osteuropäische Elend

Beim Ausbruch des ersten Weltkriegs lebten 5,5 Millionen Juden im russischen Reich, über 2,5 Millionen in Österreich-Ungarn, 300.000 in Rumänien (insgesamt in Europa: An die 11 Millionen).

Anfang der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts lebten in Warschau 125.000 Juden; Wien, Odessa, Budapest (wie auch New York und Berlin) hatten Gemeinden mit über 50.000 Menschen.

Seit dem Beginn des 17. Jahrhunderts verschlechterten sich die Lebensbedingungen des Ostjudentums kontinuierlich. Die Aufstände des 17. Jahrhunderts, der Kosaken-Aufstand, die Chmjelnizki-Bewegung, hatten die jüdischen Händler und Vermittler als Zielscheibe. Die kapitalistische Entwicklung im Laufe des 18. Jahrhunderts erschütterte die ökonomischen Lebensgrundlagen — nämlich vor allem das Handwerk und den Kleinhandel — der jüdischen Massen. Waren 1914 72% der Geschäfte in den Dörfern jüdisch, sank ihre Zahl 1935 auf weniger als die Hälfte (Abraham Leon: ,,Judenfrage und Kapitalismus", S. 92).

1926 war die Hälfte der jüdischen Werktätigen arbeitslos, darunter 80% der Handwerker (Nathan Weinstock: ,,Le sionisme contre Israel", S. 26).

Vor dem zweiten Weltkrieg baten 40% der jüdischen Massen Osteuropas um finanzielle Hilfe bei humanitären Institutionen. Ihre traditionelle soziale Ordnung wurde zerstört, in die moderne Wirtschaft wurden sie nicht aufgenommen.

Der Wirtschaftsnationalismus der östlichen Bourgeoisien drückte sich in einem brutalen Antisemitismus aus:

- — 1824: Vertreibung der Juden aus russischen Dörfern;
- — 1835: Antisemitische Verfügungen des Zaren Nikolaus I., der insgesamt über 600 derartige Verordnungen erließ;
- — 1821, 1859, 1871: Pogrome in Odessa;
- — 1881-1884: Pogrome in Südrußland, die sogenannten ,,Stürme im Süden";
- — 1882: Neue antisemitische Verfügungen, u.a. — Niederlassungsverbot in Dörfern; Verbot, Grundbesitz außerhalb der Städte zu erwerben, Güter und Bauernland zu pachten;
- — 1887: Einführung von Zulassungsquoten für Juden an Gymnasien und Universitäten;
- — 1891-1892: Vertreibung jüdischer Handwerker aus Petersburg und Moskau;
- — 1903: Pogrom in Kiew;
- — 1905: Pogrome in über 700 Orten;
- — 1906: Weitere Pogrome;
- — 1909-1910: Wirtschaftsboykotte gegen Juden in Polen;
- — 1910: Vertreibung aus Kiew;
- — 1911-1913: Ritualmord-Prozeß gegen den Juden Mendel Beilis (der mit einem Freispruch endete) ...

Besonders elend war die Situation der jüdischen Jugend, die ,,*ohne Aussicht auf Integration in das Wirtschaftsleben im hoffnungslosen Elend dahinvegetierte*" (Abraham Leon, S. 94). Ein repräsentatives Beispiel aus einer polnischen Kleinstadt: ,,*Nahezu 50% der Kinder jüdischer Händler arbeiten bei ihren Eltern mit, aber nur, weil es ihnen nicht gelingt, eine andere Beschäftigung zu finden. 25% erlernen irgendeinen x-beliebigen Beruf und die restlichen 25% sind zum Nichtstum verurteilt. 70% der Kinde von Handwerkern bleiben in den Werkstätten ihrer Eltern, obwohl diese nahezu ohne Arbeit sind und sehr gut ohne Hilfe auskommen könnten. 10% erlernen neue Berufe, 20% haben nichts zu tun. Die Söhne von Rabbinern und Angestellten der jüdischen Gemeinschaften neigen dazu, ihren Lebensunterhalt durch die Erlernung eines Berufes zu sichern. Die ganze Jugend möchte auswandern, 90% nach Palästina, aber ihre Chancen sind gering, da die Zahl der Auswanderungsgenehmigungen beschränkt ist. Aber das macht nichts, sie gingen selbst auf den Nord- und Südpol, nur um dieser Stagnation zu entfliehen*" (Abraham Leon, S. 94, Zahlen nach: ,,Die Ökonomische Situation der Juden in der Welt", Jüdischer Kongreß, Paris 1938).

Der Prozentsatz jüdischer Studenten in Polen verringerte sich zwischen 1923 und 1934 um 24,5% zwischen 1933 und 1936 um 13,2% — ähnlich in Lettland und Ungarn. ,,*Lange vor dem Judenstern Hitlers führte die polnische Bourgeoisie die Ghettobanken in den Universitäten ein*" (Abraham Leon, S. 93, Zahlen: ebenda).

Die quasi Inexistenz jüdischer Arbeiter in der polnischen Industrie zeigt die folgende Tabelle (Zahlen von 1931, Tabelle aus: Nathan Weinstock, ,,Le sionisme contre Israel", S. 23):

Betriebstypus	Juden	Nicht-Juden
Kleinbetriebe (Handwerk)	82%	37%
Mittlere Betriebe	15%	20%
Schwerindustrie	3%	42%

Die Zerstörung ihrer Lebenserwerbsgrundlagen und die Vertreibung aus neuen Bereichen der Wirtschaft bewirkten zunächst eine innere Emigration hin zu den Städten.

Ab Ende des 19. Jahrhunderts, aufgrund der Pogrom-Welle, die sich zunächst in Rußland, später in Polen ausbreitete, handelt es sich um eine Emigration ins Ausland. Die USA, bis zur Verschärfung der Einreisebestimmungen ab 1921/1924, stehen dabei an erster Stelle, wie aus der Tabelle zu entnehmen ist.

Jüdische Emigration von 1880 bis 1929

Aus:	Rußland	Österreich-Ungarn ab 1920: aus Polen*	Rumänien	Groß-Britannien**	Andere Länder	Summe
Nach						
USA	1.749.000	597.000	161.000	114.000	264.000	2.885.000
Kanada	70.000	40.000	5.000	-	10.000	125.000
Brasilien	6.000	10.000	4.000	-	10.000	30.000
Argentinien	100.000	40.000	20.000	-	20.000	180.000
Mittel- oder Südamerika	5.000	10.000	5.000	-	10.000	30.000
Summe Amerika	**1.930.000**	**697.000**	**195.000**	**114.000**	**314.000**	**3.250.000**
Großbritannien	130.000	40.000	30.000	-	10.000	210.000
Deutschland	25.000	75.000	-	-	-	100.000
Frankreich	40.000	40.000	-	-	20.000	100.000
Belgien	15.00	30.000	-	-	5.000	50.000
Schweiz, Italien skandinavische Länder	30.000	-	-	-	-	30.000
Summe Europa	**240.000**	**185.000**	**30.000**	**-**	**35.000**	**490.000**
Südafrika	45.000	10.000	-	-	5.000	60.000
Ägypten	20.000	10.000	-	-	5.000	35.000
Summe Afrika	**65.000**	**20.000**	**-**	**-**	**10.000**	**95.000**
Palästina	45.000	40.000	10.000	-	25.000	120.000
Australien, Neuseeland	5.000	10.000	-	-	5.000	20.000
Summe	**2.285.000**	**952.000**	**235.000**	**114.000**	**389.000**	**3.975.000**

(*: Galizien wurde 1920 Polen einverleibt; **: Hierbei handelt es sich um russische Juden in Transit in Großbritannien).
(Quelle: Nathan Weinstock, ,,Le sionisme contre Israel", S. 25).

Die Folgen der Verfolgungen

Historisch gilt als erster Theoretiker des Zionismus Moses Hess, der in der Bonner Judengasse aufwuchs, eine Zeitlang mit Marx und Engels zusammenarbeitete und später in Lassalles ,,Allgemeinen deutscher Arbeiterverein" eintrat.

In früheren Schriften wie ,,Die europäische Triarchie" (1841) forderte der damals 29-jährige noch die Assimilation der Juden zwecks ihrer Emanzipation.

1862 aber veröffentlicht M. Hess das Buch ,,Rom und Jerusalem", die erste Beschreibung einer zionistischen Utopie. Sein Wandel wird allgemein auf die ersten Manifestationen des modernen Antisemitismus in Deutschland zurückgeführt.

Wie dem auch immer sei, ,,Rom und Jerusalem" traf auf Unverständnis, Desinteresse und Skepsis. 1863, ein Jahr nach Erscheinen, waren gerade 160 Exemplare davon verkauft worden. Erst viele Jahre nach Moses Hess' Tod (1875) wurde es ins Yiddische, die Sprache der osteuropäischen Juden, übersetzt.

Die Pogromwellen in Rußland und Polen ab 1881 mit ihren barbarischen Ausbrüchen in Hunderten von Städten und Dörfern veränderten die Situation.

In Odessa, wo der letzte Pogrom drei Tage lang gewütet hatte, schrieb der Arzt Leo Pinsker das Buch ,,Autoemanzipation" (1882). Pinsker nennt dort den Antisemitismus eine ,,*unheilbare und vererbliche Psychose*". Nur die Neu-Sammlung der Juden auf einem nationalen und autonomen Territorium könne ihnen auf Dauer Schutz und Asyl vor den Antisemiten gewähren. Pinsker dachte dabei nicht unbedingt an Palästina: ,,*Nicht das heilige Land soll jetzt das Ziel unserer Bestrebungen werden, sondern das eigene*" (Zit. nach Ben-Sasson, ,,Geschichte des jüdischen Volkes", Bd. III., S. 213).

Ebenfalls aufgrund der Pogromwelle erlebten die ,,Chowewe Zion"-Zirkel (,,Liebhaber" bzw. ,,Freunde Zions"), die schon länger existierten, einen neuen Aufschwung. Ab 1881 gründeten sich zahlreiche kleine nationalistische jüdische Zirkel von radikalisierten Studenten.

So wurde beispielsweise 1881 die ,,BILU"-Assoziation gegründet (,,Komme, Haus Israel"): ,,*Zweck der Genossenschaft ist die politisch-ökonomische sowie geistig-nationale Wiedergestaltung des hebräischen Volkes in Syrien und Palästina*" (Ben-Sasson, S. 212). Orthodoxe Juden nannten die BILU-Studenten ,,russische Anarchisten". In der Tat übten die sogenannten utopischen Sozialisten großen Einfluß auf ihre Vorstellungen aus. In solchen Zirkeln, wie übrigens in den entsprechenden russischen, wurde beispielsweise Tschernyschewskis Roman ,,Was Tun" mit großer Begeisterung gelesen ... Eine bedeutende Strömung des russischen Zionismus identifizierte sich mit den Ideen Achad Haams (= Ascher Ginzberg; Achad Haam = ,,Einer aus dem Volke"). Achad Haam hatte wenig Interesse an einem Territorium, kaum an einem Staat, sondern vor allem an einem ,,geistigen Zentrum", das bedeutet an der Neugestaltung oder auch Konsolidierung eines jüdischen Nationalbewußtseins. Nach einer ersten Reise nach Palästina kritisierte Achad Haam scharf die Kolonisierungspraxis der ,,Chowewe Zion". Während der russischen polnischen Pogrome wanderten (hauptsächlich aus Rußland) 24.000 Juden nach Palästina: Die sogenannte erste ,,Alija" (,,Einzug") von 1880-1905.

Theodor Herzl

Der Hauptideologe der zionistischen Bewegung kam allerdings aus Westeuropa. 1896 veröffentlichte der Wiener Journalist und Dramaturg Theodor Herzl die Schrift ,,Der Judenstaat".

Zwei Jahre zuvor hatte er sich noch in einer Theater-Kritik ironisch-amüsiert über den ,,Zion-Rückkehr-Traum" geäußert (N. Weinstock, S. 50). In der Zwischenzeit lebte Herzl als Korrespondent der Wiener ,,Neuen Freien Presse" in der Stadt, die als das geistige Zentrum der zivilisierten Welt galt: Paris. Dort erlebte er die Dreyfus-Affaire, die ihn, wie viele andere Juden, erschütterte.

Herzls These war denkbar knapp und einfach: Nur ein eigener Staat könne den Antisemitismus zunichte machen. In dieser Schrift steht die Frage, ob in Palästina oder in Argentinien, noch offen. Das Land, das Territorium, war für Herzl nicht so bedeutend wie vor allem der **eigene Staat**. Viel hatte er sich ohnehin nicht mit jüdischer Geschichte und Kultur befaßt. So schlug er in seinem 1904 erschienenen zionistisch-utopischen Roman ,,Altneuland ... Deutsch (und nicht Yiddisch, die Sprache der Mehrheit der Juden) als Landessprache des zukünftigen Staates vor.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die ,,Rückkehr nach Zion'' konzipierte Herzl von vornherein als koloniales Unternehmen, mittels einer ,,Jewish Agency'' nach dem Modell der britischen Kolonial-Handelsgesellschaften: ,,*Für Europa würden wir da unten ein Stück des Schutzwalls gegen Asien formen; wir wären die Vorposten der Zivilisation gegen die Barbarei*'' (,,Der Judenstaat'', S. 42).

Im übrigen schwebte Herzl keine Demokratie ,,da unten'' vor, sondern eher eine Monarchie bzw. eine ,,aristokratische Republik''. Im Gegensatz zu früheren ähnlichen Werken erregte ,,Der Judenstaat'' gleich großes Interesse, insbesondere in Osteuropa. Anders in West-Europa oder auch in den USA, wo insbesondere Rabbiner und Gemeinde-Vorsteher Herzls Projekt scharf ablehnten. Der Wiener Oberrabbiner protestierte gegen dieses ,,Kuckucksei des Nationaljudentums''. Zionismus und Judaismus, das heißt die Lehren des Gesetzes, seien unvereinbar (Walter Laqueur, ,,Der Weg zum Staate Israel'', S. 113).

Mit dem ersten zionistischen Kongreß in Basel 1897, woran sich 204 Delegierte aus aller Welt beteiligten, wurde der Zionismus zur politisch-nationalen Bewegung. Im Basler Programm wurden die Ziele der Bewegung abgesteckt:

,,*Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Heimstätte in Palästina. Zur Erreichung dieses Ziels nimmt der Kongreß folgende Mittel in Aussicht:*

1. *Die zweckdienliche Förderung der Besiedlung Palästinas mit jüdischen Ackerbauern, Handwerkern und Gewerbetreibenden,*
2. *Die Gliederung und Zusammenfassung der gesamten Judenschaft durch geeignete örtliche und allgemeine Veranstaltungen nach den Landesgesetzen,*
3. *Die Stärkung des jüdischen Volksgefühls und Volksbewußtseins,*
4. *Vorbereitende Schritte zur Erlangung der Regierungszustimmungen, die nötig sind, um das Ziel des Zionismus zu erreichen*'' (Walter Holstein, ,,Kein Frieden um Israel'', S. 22).

Das Wesen des zionistischen Gedanken-Gebäudes ist die Annahme der Ewigkeit des Antisemitismus. Symmetrisch zur antisemitischen Denkweise wird vom unlösbaren Problem einer jüdischen Existenz innerhalb einer nichtjüdischen Welt ausgegangen. Dem kann nur durch das Verschwinden der Juden aus dieser nichtjüdischen Welt entgangen werden.

Diese vermeintliche Interessen-Identität zwischen Zionisten und Antisemiten führte Herzl zu hektischen di-

kann nur durch das Verschwinden der Juden aus dieser nichtjüdischen Welt entgangen werden.
Diese vermeintliche Interessen-Identität zwischen Zionisten und Antisemiten führte Herzl zu hektischen di-

plomatischen Aktivitäten, wobei er beispielsweise den zaristischen Innenminister von Plehven, Verantwortlicher für die Pogrome, ebenso als potentiellen Bündnispartner ansah wie den deutschen Kaiser, den italienischen König oder auch den Papst.

Die großen Kolonialmächte Europas zeigten allerdings zunächst wenig Interesse. Großbritannien bot zwar eine Region auf der Sinai-Halbinsel an wie auch ein Territorium in Kenya; diese Vorschläge wurden allerdings alle abgelehnt, besonders von den russischen Zionisten.

Nach dem Tode Herzls (1904) verschärften sich die inneren Auseinandersetzungen der zionistischen Bewegung. Die Geschichte des historischen Zionismus ist dermaßen bunt schattiert, daß weder ein noch zwei (AK-) Artikel ihr gerecht werden könnten. Stichwortartig sollen verschiedene Strömungen genannt werden:

— Die Zionisten-Revisionisten (Jabotinsky), die einen jüdischen Staat in den historischen Grenzen Palästinas anstreb(t)en,
— die Zionisten-Minimalisten (z.B. Buber), die einen ,,bi-nationalen'' Staat befürworte(te)n,
— die Zionisten-Territorialisten (Zangwill), die ein Territorium auch außerhalb Palästinas anstrebten (während der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts gewannen sie wieder an Zuspruch).

Sozialistischer Zionismus

Der Links-Zionismus (auch ,,Arbeiter-Zionismus'' genannt) entwickelte sich insbesondere nach dem ersten Weltkrieg zur **stärksten** politischen Kraft innerhalb der zionistischen Bewegung. Die größte jüdische politische Aktivität traf man in Polen.

Um 1901 entstanden zunächst in Rußland zahlreiche Gruppen mit dem Namen ,,Poale Zion'' (,,Arbeiter Zion''), die später zur Partei ,,Poale Zion'' fusionierten (1904). Die ,,Poale Zion''-Mitglieder verstanden sich sowohl als Revolutionäre wie auch als Zionisten. Sie waren von der Möglichkeit der Verbindung von Sozialismus und Zionismus überzeugt. Während des 1. Weltkrieges nahmen die russischen ,,Poale Zion'' eine eindeutig anti-imperialistische Position ein. Eine zionistische Einheit, das ,,Regiment Barokow'' (nach dem Haupttheoretiker der Poale Zion genannt), kämpfte später in den Reihen der Roten Armee. Die Poale Zion existierten in der SU noch bis 1927.

Borokhow (1881-1917) beschrieb die (Ost-)Juden als ,,Luftmenschen''. Eine Normalisierung der (ost-)jüdischen Sozialstruktur, im Sinne der Formierung eines jüdischen Land- und Industrieproletariats, sei nur mittels einer ,,politisch-territorialen Autonomie'' zu

(Ost-)Juden als ,,Luftmenschen''. Eine Normalisierung der (ost-)jüdischen Sozialstruktur, im Sinne der Formierung eines jüdischen Land- und Industrieproletariats, sei nur mittels einer ,,politisch-territorialen Autonomie'' zu

erlangen. Nur in einem ,,unterentwickelten Land'' könnte die Normalisierung herbeigeführt, nur dort die ,,Luftmenschen'' an einen ,,normalen Klassenkampf'' herangeführt werden. Warum in Palästina, erläuterte Borokhow allerdings nicht, wenn er auch, im Unterschied zur übrigen zionistischen Literatur, die Existenz einer arabisch-palästinensischen Bevölkerung nicht nur zur Kenntnis nahm, sondern auch zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk aufforderte.

Indes spielte die links-zionistische Strömung während des ersten Kolonisierungsprozesses Palästinas **die** entscheidende Rolle. Sie stellte die Mehrheit der zweiten ,,Alija'' (1905-1914), wobei die Allermeisten, nämlich 80%, enttäuscht entweder nach Rußland zurückkehrten oder nach den USA weiterzogen. Die Oktoberrevolution schuf für den Links-Zionismus eine neue Ausgangslage — seine Anhänger waren von der Unmöglichkeit der Lösung der Judenfrage innerhalb des **kapitalistischen** Systems ausgegangen. Nun schlossen sie sich in ihrer Mehrheit der kommunistischen Partei an.

Die Schlußbemerkung zum ,,Rechts-Zionismus'' gilt auch hier: Die Darstellung der gesamten Organisations-Palette des Links-Zionismus ist in diesem Rahmen nicht möglich.

Der Bund

Osteuropa war sowohl Geburtsstätte des Zionismus wie auch des Antizionismus.

Der Bund, 1897 in Rußland gegründet, war entschiedener Gegner des Zionismus, den er als ,,reaktionäre Utopie'' bekämpfte. Insbesondere setzte er sich mit dem Links-Zionismus auseinander. Betont antiklerikal propagierte er gegen das Hebräische, ,,Sprache der Rabbiner und Träumer'', das Yiddische, Sprache der jüdischen Massen. 1903 zählte er 40.000 Mitglieder. Diese Zahl sank zunächst auf 500 infolge der gescheiterten 1905-Revolution und der polizeilichen Repressionen. 1917 allerdings zählte die russische Bund-Sektion 45.000 Mitglieder, wovon sich wie bei Poale Zion die Meisten ebenfalls der KP anschlossen.

Zwischen den beiden Kriegen war der Bund auch in Polen wieder die stärkste jüdische Partei. Anfangs führte der Bund noch seine Agitation und Propaganda in russischer Sprache; 1910 wird das Yiddische als nationale jüdische Sprache anerkannt. 1899 noch lehnt die Mehrheit jegliche nationale Forderung ab, 1901 wird das jüdische Volk als Nation anerkannt. Als sowohl die Bolschewiki wie Menschewiki im Rahmen der Auseinandersetzung um den Organisations-Typus (zentralistisch oder föderalistisch) die Anerkennung des Bund als einzigen Vertreter der jüdischen Arbeiterklasse ablehnen,

die Bolschewiki wie Menschewiki im Rahmen der Auseinandersetzung um den Organisations-Typus (zentralistisch oder föderalistisch) die Anerkennung des Bund als einzigen Vertreter der jüdischen Arbeiterklasse ablehnen,

trat der Bund 1903 aus der SDAPR zunächst aus, um ihr allerdings 1906 wieder beizutreten.

Die Bund-Losung hieß ,,Nationalität ohne Eigenstaatlichkeit'' — das bedeutet weder Assimilation noch eigener Staat, aber kulturell-nationale Autonomie.

Er war übrigens die erste jüdische Partei, die jüdische Selbstverteidigung (zusammen mit nichtjüdischen Sozialisten) organisierte.

Nationalismus und Zionismus

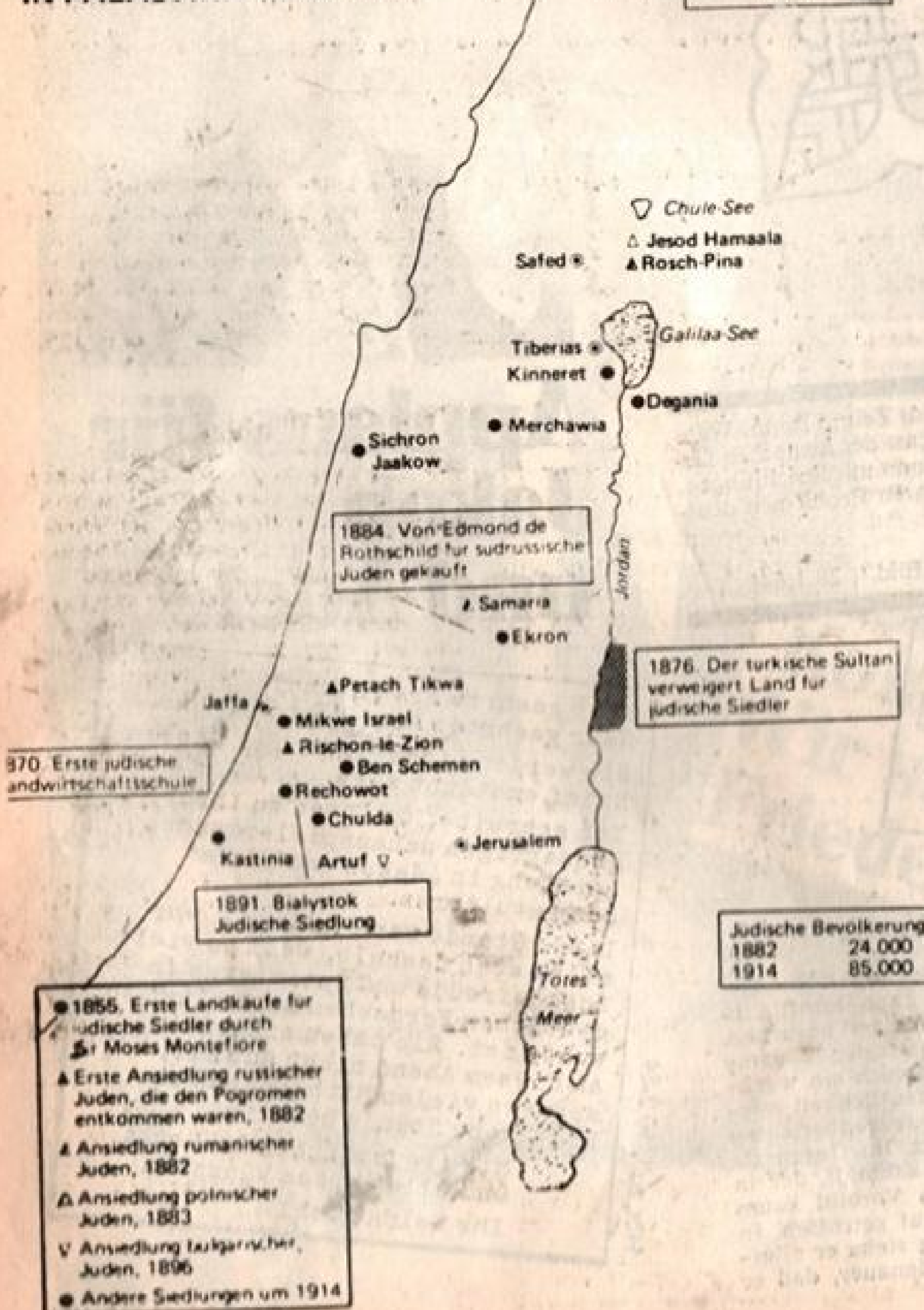
Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung und dann nach dem Krieg stieg der Einfluß des Zionismus, voher eine Minderheit, in Europa und in den USA sprunghaft an. So stieg beispielsweise die Mitgliederzahl der amerikanischen zionistischen Organisation (ZOA) von 8.400 im Jahre 1932 auf 43.000 im Jahre 1939, um schließlich bei Kriegsende 200.000 zu erreichen (W. Laqueur, S. 571). 1946 traten 2 Millionen Juden der zionistischen Weltorganisation bei, also etwa 20% des Welt-Judentums (Nathan Weinstock, S. 221).

Die jüdische Öffentlichkeit — trotz seines pessimistischen Ausgangspunktes auch der Zionismus — hatten das Ausmaß der NS-Vernichtung nicht geahnt. Bis 1939 wanderten die Juden vor allem nach Amerika (USA) aus. Die britische Mandatsregierung reglementierte die Einwanderung nach Palästina: Einerseits gewährte sie sog. reichen Juden die uneingeschränkte Einwanderung, andererseits sollte die Einwanderung nur noch 5 Jahre lang möglich sein, bei maximal 10.000 Juden jährlich. Insgesamt war die Zahl der jüdischen Zwangsflüchtlinge größer, als die Welt aufzunehmen bereit war.

Das NS-Regime verschärfte seine antisemitische Politik — die europäischen Nachbarländer parallel dazu ihre Immigrationsbestimmungen. Im **Juni 1941**, als Emigration zur Angelegenheit von Leben und Tod geworden war, ergriff das amerikanische State Departement Maßnahmen, um die Einwande-

Fortsetzung auf Seite 47

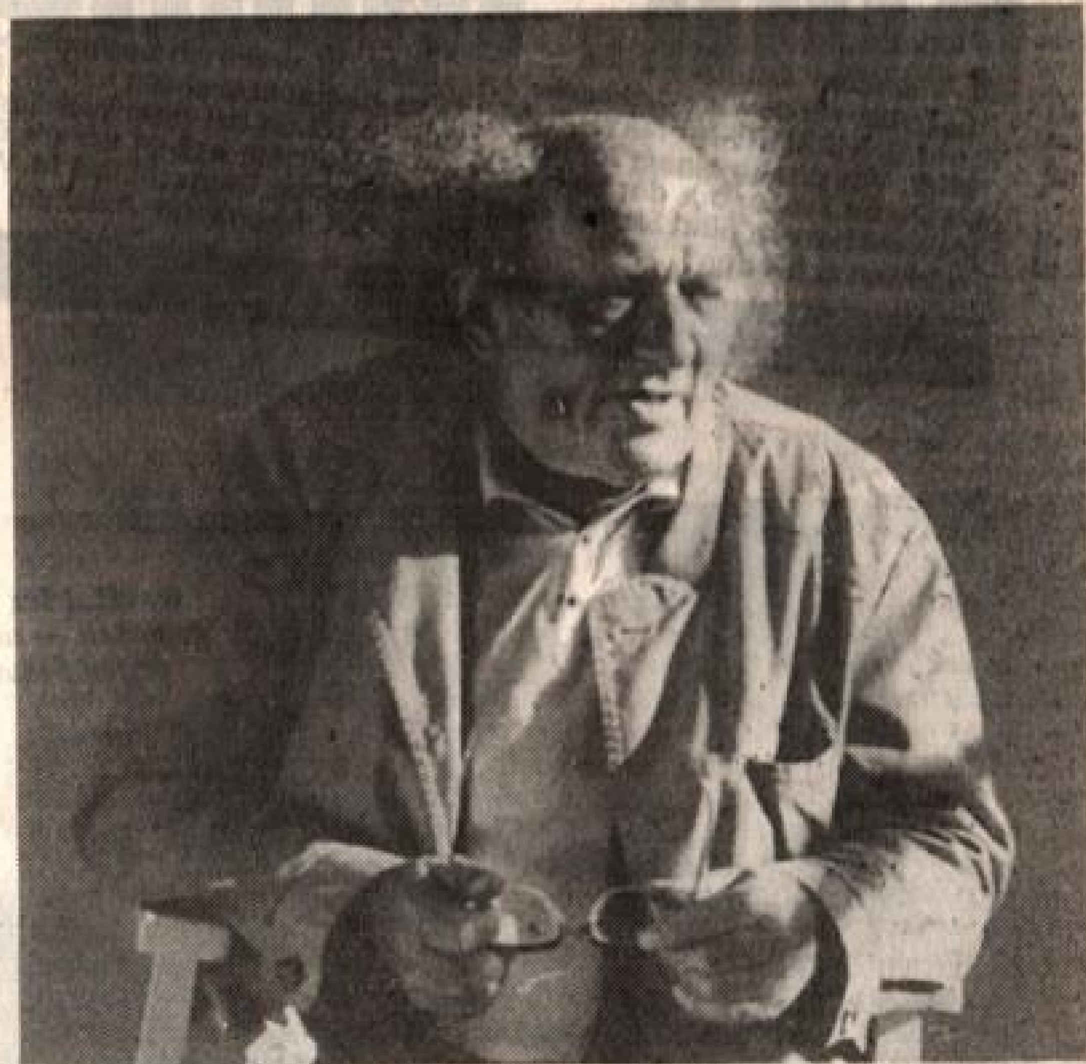
JÜDISCHE SIEDLUNGEN IN PALÄSTINA 1855–1914



Arie Goral:

''Um Mitternacht''

Gedichte '44 - '48



Arie Goral, Streiter an vielen Fronten des sozialistischen Kampfes und unermüdlicher Mahner gegen verschleppten und wiederaufkommenden Anti-Semitismus, hat einen Gedichtband mit eigenen Gedichten aus seinem israelischen Exil vor vierzig Jahren sowie einigen neueren veröffentlicht. Es ist ein trotziges Denkmal zutiefst verletzter und verzweifelter Liebe zu seinen jüdischen Kampfgefährten und -gefährtinnen, jüdischer Lebensart und seiner Zugehörigkeit zum deutschen Kulturkreis mit dem er ,,seine Toten'' wieder ins Leben ruft. Wir geben Arie selbst das Wort:

Ein Nachwort? Eine Begründung oder gar Rechtfertigung dafür, daß man heute veröffentlicht, was vor über vierzig Jahren entstand? Eine Erklärung, warum es nicht früher geschah? Viele Gründe wären anzuführen. Einer da-

Fortsetzung auf Seite 47

So zwischen den Mauern,
Wuchs wie ich wuchs
Ins Leben mir Wundmal.
Von Not zu Not, wie die Saat
Auf dem Feld, tausendfach aber.
Und im Gemäuer der Nacht
Zu Brachland ward dorr
Mein letzter Garten der Kindheit.
Faltig wurde das Laub, gilb
Lang vor der Zeit — Nur Tränen
Wie Tau von Antlitz zu Antlitz
Kamen dem Sohn von der Mutter,
Dem Jüngling bang von der Liebsten,
Faltig wurde das Laub, gilb
Lang vor der Zeit — Nur Tränen
Wie Tau von Antlitz zu Antlitz
Kamen dem Sohn von der Mutter,
Dem Jüngling bang von der Liebsten,
Wann einsam öd lag und verdarb
Dunkelnd das Paradies.

Draussen aber war kalt.
Stand drohend bereit
Gewappnet ein Heer
Und wuchs wie die Saat
Auf dem Feld, millionenfach.
Von Krieg zu Krieg, reif
Für des Ernters Hand — Und ich trat

**Durch dröhnendes Tor in die Welt
Und sah nahe: Den Tod.**

**Da war unter allen Gerechten
Keiner mächtig wie er und bot
Aus wahrer Hand Einhalt, eh
Von den Himmeln die Düsterheit fiel —
Und die vom bösen Trotz
Höhnten den lichten Gestirnen!**

**Die aber daheim, und wir
Vertriebenen draussen, im Ödland
Die Blinden, und welche verdarben:
Schon unter der Erd, und ihr
Die pfadlos ziehen am Abgrund hin
Durch die Wildernis — bleiben geeint.**

**Ein Mächtiges wächst wie Saat
Zum Todfeld und hält
Allen vergessenes Gericht —
Und Keiner: derer die mit dem Schwert,
Ob von den schuldvoll Gefehmten,
Verbirgt sich dem Spruch.**

**Nicht Trost fand ich,
Nicht Flucht — Wollt Tränen
Wie Tau. Doch weiss nimmer ein Aug
Das sie mir weint, kein Antlitz,
Mir nahe wie einst.**

DIE GEEINTEN

Nicht wo der Abgrund
Und selten ein Pfad.
In der Wildernis,
Ich sah es früh:
Nahe am Elterntisch
Und im Antlitz der Strassen.
War jung noch, freundlich
Zogen die Jahre daher
Und vorbei. Lachen
Konnte auch ich, war fröhlich
Und sprang in die goldenen Tümpel
Des Frühlings, vom Sommer
Ins raschelnde Herbstlaub dann
Und auf blinkendem Glück über Eis.
Anderes aber kam noch, namenlos,
Unbekannt den Gespielen —
Ein Mächtiges rief und bot mir
Allen vergessenes Gesetz
Von Ahnen her, verbannt wohl
Heut bei den Nachbarn —
Feig hauste da böser Blick,
Schon keimte der Hass;
Und widerspenstig mischte mein Atem
Sich denen ins Blut. Harsch
Ward mein pochendes Herz, und fremd
Unter Fremden die Seele.

Nicht wo Johann Sebastian sang,
Fand ich Ruh, im Hallengewölb —
Bei keinem der Götter.

Denen der Liebe, der Rache nicht,
In keinem Tempel, an keinem Mund.
Spürte im Lande umher, Durst
Wie nach reinem Quell, weglos
Suchend im Steinland, wo liebkalt
Wurden die Herzen, und Nacht
Nistete ein in den Seelen.

1 Jahr Kanzler Kohl: Meine Bilanz

„Bild", 8.3.84

Interview mit dem Bundeskanzler
Von MAINHARDT GRAF NAYHAUSS

BILD: Vor genau einem Jahr gingen Sie als Sieger aus der Bundestagswahl hervor. Sind Sie mit dem Erreichten zufrieden?

Kohl: Ja, wenn ich bedenke, was alles gemacht werden mußte. Das fing ja schon mit dem Wahltermin an! Außerdem haben wir als Bundesrepublik Deutschland in West und Ost enorm an Ansehen gewonnen. Unter anderem, weil wir in der Nachrüstung unser Wort gehalten haben. Ich war mir meiner Sache immer sicher. Aber hundertprozentig weiß das niemand.

Weiter Seite 2



Die Zunge
läßt Bundeskanzler Helmut Kohl manchmal sichtbar werden. Die Experten für Körpersprache deuten das so: „Irgend etwas schmeckt ihm da nicht. Selbst, wenn Kohl dabei lächeln sollte, ist die vorgeschobene Zungenspitze ein winziges Signal dafür, daß er etwas wegschieben möchte, was ihm nicht behagt. Das können Personen sein oder unangenehme Fragen und Probleme"



Stimme der anderen

„Abgesehen von seiner elefantischen Dickhäutigkeit, scheint seine (Kohls) Stärke vor allem in seinem instinktiven Verhältnis für den einfachen Bürger und dessen Wunsch zu liegen, nicht unnötig von Politikern gestört zu werden. Das ist eine großartige Begabung, die nicht unterschätzt werden sollte."
Der britische „Guardian".

8.3.84

Kohl, Reagan — in vielem so ähnlich ...

„... Kohl und Reagan regieren mit einem kleinen Kreis von Vertrauten. Mit Einzelheiten wollen sie sich nicht verzetteln. So bereitete sich Kohl am Sonntag nicht auf das Gespräch mit dem Präsidenten vor (Reagan umgekehrt wahrscheinlich ebensowenig). Der Kanzler ging gut essen, machte einen Ausflug zu den Potomac-Wasserfällen. Stöberte in einem Schallplattenladen."

(„Bild", 6.3.84)

Beinahe zu oft spricht er davon, daß er stets als eine Art Provinzdepp dargestellt worden sei. Nun begreife man allmählich den Unterschied zwischen Ruf und Wirklichkeit. Demütigungen wirken nach. Die Glätte des Umgangs mit Reagan und den europäischen Regierungschefs und das Echo darauf scheinen ihn bei seiner Revanche gegen ein seiner Meinung nach früher übliches Kohl-Bild, unter dem er litt, zu bestätigen und zu beflügeln. Der Triumph macht deutlich, daß er verletzt war.

(FAZ, 9.12.1982)



Zitat
„Frage: ‚Sind Sie ein Pragmatiker?' Antwort: ‚Sowohl als auch!'" (Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Interview mit dem Schweizer Fernsehen).
„Spiegel", 23.1.84



An seinem Glücksgefühl läßt Kanzler Kohl alle teilhaben

Mainhardt Graf Nayhauß berichtet aus Israel

Schon eine Stunde später erlebt Kohl ungeplant den heimlichen Höhepunkt seiner Reise. In der Messehalle von Tel Aviv gibt er für 2000 Gäste einen Empfang. Nach den Reden drängen die Menschen nach vorn, bitten um eine Autogramm.

Lebensgefährliches Gedränge.

gibt er für 2000 Gäste einen Empfang. Nach den Reden drängen die Menschen nach vorn, bitten um eine Autogramm.

Lebensgefährliches Gedränge.

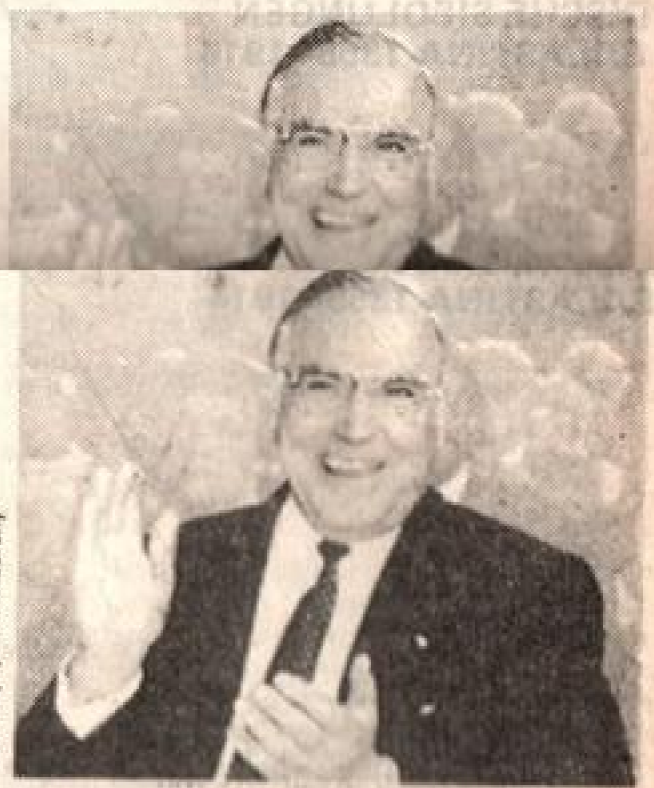
Der Kanzler genießt die Sympathiewelle, signiert Karte um Karte.

Ein in Berlin geborener Halbjude („Ick bin Mampe halb und halb") lästert: „Jetzt könnt ihr ihn Kohl-Rabbi nennen."

„Bild", 28.1.84

„Kaum Begreifliches geschieht zur Zeit in Bonn. Während Helmut Kohl in Israel die Last der deutschen Geschichte trägt, beschäftigt sich Bonn mit Strichjungen. Es wird Zeit, daß wir zu den echten Problemen deutscher Politik zurückkehren."

(Ministerpräsident Albrecht, in „Bild", 28.1.84)



Fotos: dpa, H. v. Miserony

Applaus für Jakob und Adele

Sehr geehrte Frau Horney,
Sehr geehrter Herr Schroth,
Sie werden sicherlich über diesen Brief erstaunt sein.
Ich schreibe, um Ihnen zu Ihrer großartigen schauspielerischen Leistung in „Jakob und Adele" zu gratulieren.
Diese Stunde war ein Genuß, vor allem auch deshalb, weil so viel Lebensfreude und Optimismus im deutschen Fernsehen nur selten zu sehen ist. Sie haben sicherlich an diesem Abend nicht nur mir, sondern vielen Mitbürgern eine köstliche Stunde bereitet.
Mit freundlichen Grüßen und allen guten Wünschen
Ihr Helmut Kohl

„Hör zu", 10.2.84



Sein größter Triumph

Selbst einzelne Überlebende des Holocaust applaudierten Kohl.

„Bild", 7.3.84

„Warum soll ich mit dem Kabinett unzufrieden sein? Ich habe nicht den geringsten Grund für eine Regierungsumbildung. Wir lieben das Leben. Wir lassen uns die Lebensfreude nicht vergällen."

(Helmut Kohl, nach „Welt", 2.2.84)

Kohl in Wachs

„FR", 8.12.83

LONDON, 7. Dezember (dpa). Bundeskanzler Helmut Kohl kann künftig in London seinen Doppelgänger besuchen. Im Wachsfiguren-Kabinett der Madame Tussaud wurde am Mittwoch ein wächserner Kanzler der Öffentlichkeit vorgestellt, der nach Augenzeugenberichten gestreßt und steif wirkt. Im Gegensatz zu Ex-Kanzler Helmut Schmidt, der in Wachs seinem lebenden Vorbild kaum gleiche, sei Kohl aber gut getroffen. In einem blaugrauen Anzug stehe er allerdings so vor Konrad Adenauer, daß er ihn fast verdeckt.

Aus dem Leben gegriffen

Kettchen für Hannelore, der Kanzler feilschte

Von WOLFGANG KENNTEMICH

„Alles ganz schön teuer", wunderte sich Kanzler Kohl beim Bummel durch die winkligen Basar-Gassen der Altstadt Jerusalems. Plötzlich entdeckte er ein goldenes Halskettchen, das er seiner Hannelore kaufen wollte. Es sollte 25 Mark kosten. Kohl feilschte wie ein geübter Händler, bekam's für zehn.

Ein anderer Händler schenkte ihm eine farbige Kachel (Aufschrift: „Zur Erinnerung an Jerusalem"). Pech für den Bazar-Händler: Im Gedränge stieß ein Sicherheitsmann eine Tonkanne runter, die in tausend Stücke zersprang.

Die israelische Sicherheit kam ins Schwitzen. Eine Nacht zuvor waren am Tempelberg sechs Kilo Sprengstoff und 18 Handgranaten nur durch Zufall entdeckt worden. Die Polizei: „Israelische Rechtsextremisten wollten den Felsendom und die Al-Aksa-Moschee in die Luft sprengen." Deshalb schützten Kohl 1000 Soldaten.

Tasse Kaffee beim Großmufti

Plötzlich sah Kohl eine Soldaten-Gruppe, die eine Seitengasse sicherte. „Wegen mir müßt ihr hier ganz schön ran", ließ Kohl den Soldaten übersetzen. „Macht nichts, tun wir gerne", kam die Antwort.

Überraschung auf dem Tempelberg: Der Großmufti (oberster islamischer Rechtsgelehrter in Jerusalem) empfing den Kanzler höchst persönlich, trank eine Tasse türkischen Kaffee mit ihm. Als beim Großmufti das Telefon klingelte, frotzelte einer aus der Delegation: „Ackermann aus Bonn, vielleicht wegen Wörner."

„Bild", 30.1.84

ZITAT DES TAGES

„Wer den politischen Eros in sich spürt, den kann ich nur ermuntern, sich an der Friedensdiskussion zu beteiligen."

Kohl: Raketen, Millionen – dann Brosche für Hannelore

„Bild", 31.5.83

Kohl bei Reagan – ohne Hannelore, aber mit Walter

Hamburg, 26. Juli 1983 • BILD • Seite 9

Wenn der Kanzler klettert, macht Frau Hannelore Betten

„Was Hannelore Kohl schließlich so vorzeigbar macht, ist ihre Fähigkeit, in jeder Situation eine Rede zu halten — auch in Englisch oder Französisch."

(„Bild", 26.1.84)

Demonstrant Helmut Kohl

In seiner Verabschiedungsanspruche in Schleswig-Holstein vor der Besatzung der In seiner vere. »Rheinland-Pfalz« – sie In seiner Schleswig-Holstein vor den Jahres in Dienst Schleswig-Holstein vor der Besatzung der neuen Fregatte »Rheinland-Pfalz« – Helmut wurde am 9. Mai dieses Jahres in Dienst gestellt – äußerte Bundeskanzler Helmut Kohl am 19. Oktober». . . man kann *gegen etwas* demonstrieren, und man kann *für etwas* demonstrieren. Und ich bin heute mittag zu ihnen gekommen, um für die Bundesmarine, für den Friedensdienst unserer Soldaten in der Bundeswehr zu demonstrieren«.

E. H.

„Euro(Europ. Wehrkunde" 12/83

„Scherze, in denen Kohl weniger als der Erbe Konrad Adenauers, sondern mehr als der Sohn Heinrich Lübkes auftritt, haben Konjunktur. Sie gehen bis zur fiktiven Frage, an Kohls Amtschef Schreckenberger, ob sich der Kanzler denn nicht über die Flut solcher Witze ärgere. ‚Ganz und gar nicht', lautet die Antwort, ‚solange wir ihm die Pointe nicht erklären' ".

(„Frankf. Rundschau", 2.3.84)

Kohl zu Thatcher: Wir sind die wahre Friedensbewegung

„Hamb. Abendblatt", 5.2.83

Kohl: Wir brauchen keine Friedensbewegung

„Welt", 19.2.83

Fortsetzung von Seite 45

von, daß man sich selbst, der man in der Zeit der Entstehung der Dichtungen war, abhanden kam, was auch für die Dichtungen selbst gilt. Dann und wann tauchte die Idee einer Veröffentlichung auf. Die Zeit ging darüber hinweg. Anderes, gegenwartsbezogen Atuelleres war zu tun. Also kein Nachwort, keine Rechtfertigung, eher schon etwas wie eine Zustandsbeschreibung, wie es war, als diese Arbeiten entstanden, von denen einige, wie aus dem Nachdruck ersichtlich, damals, also vor fast einem halben Jahrhundert, am Ort, an dem sie entstanden, also in Jerusalem, gedruckt wurden...

Es war Krieg in der Welt; in Palästina und Jerusalem ging es zwischen Juden und Arabern auch nicht gerade friedlich zu. Soweit es nicht Dichterfehden zwischen uns gab, trafen wir uns im Café Sichel oder im Café Atara. Eine geregelte Geistesarbeit, von der sie leben konnten, hatten nur die, die im Buchhandel tätig waren. Vom Dichten lebte keiner. Nachdem ich einige Monate meinen Lebensunterhalt damit verdient hatte, daß ich für den Antiquar Salingré „antike orientalische Landkarten" fälschte, die unwahrscheinlich echt aussahen, der Markt aber bald erschöpft war: die Kundschaft bestand vornehmlich aus englischen Offizieren, arbeitete ich wieder als Betonmischer und Steineträger auf dem Bau. Dann ging ich in die Tiefen der judäischen Wüste: als Bademeister ans Tote Meer, d.h. mehr als Lebensretter für Verrückte, die von einer Bootsanlegestelle mit einem Kopfsprung in die Salzlauge sprangen, von der ein Schluck genügt, um, ohne im Salzbrei unterzutauchen, zu ersticken. Die rettende Medizin bestand in schon vorbereiteter angewärmter Milch. Der so aus Menschenliebe verdiente Bakschisch überstieg um ein Vielfaches den Lohn des Bademeisters. Mein Freund Horst Andreas Perez, eine Figur aus einem ungeschriebenen Roman von Scholem Alejchem, der sich als Barmann in einer abenteuerlichen Wüstenspelunke am Rande des Toten Meeres etabliert hatte, bot mir Partnerschaft in ziemlich dunklen Geschäften, die er mit den Besuchern der Spelunke tätigte, an. Zu den berühmten Moonlights — der blutrote Vollmond ging auf wie ein Weltglobus über den transjordanischen Bergen — kamen aus der Wüste Karawanen von Beduinenscheichs und aus Jerusalem Herren mit ihren Damen und Damen mit ihren Knaben. In der Nähe lag das Luxushotel „Kallia". Wir vermittelten alles gegen alles: Hasch gegen Whisky, Lustdamen für Lustscheichs, Lustknaben für Piloten der British Air Force, Briefmarken von France Libre gegen Lucky Strike-Zigaretten. Nach einem Jahr hatte ich die Nase und die Taschen voll. Tagsüber nervten mich die unerträgliche Hitze — aus dem Wasserhahn schoß kochendes Wasser — die Riesenspinnen und zwei Meter lange Schlangen. Nachts das Geheule der Schakale. Mittags war jeder Normale — ob Europäer, Sudanese oder Sabre — total betrunken, ob von Hasch oder Schnaps, obwohl Verbot bestand, vor 14 Uhr Alkohol auszuschenken. Der entsicherte Revolver regelte das. Damals trug da unten jeder einen Revolver.

Aber diese Landschaft, diese titanische Steinlandschaft, diese Eisglutlandschaft — und der aberwitzige riesige Blutmond... Ich wollte unten ein Epos schreiben DAS TOTE MEER. Das war der eigentliche Grund, daß ich durch diese Hölle ging. Statt des Gedichtes machte ich Geld. Mit dem Geld fuhr ich wieder in die Oberwelt, ins Zauberreich Jerusalem. Ich wollte nur eines noch: dichten. Ich lebte bescheiden in einer Kellerhöhle im sagenumwobenen Viertel Mea-Shearim („hundert Tore" — das Viertel der ultrafrommen Juden) mit dem Blick auf das Kidrontal. Einige meiner Dichtungen las ich im Antiquariat Salingré vor. Mut sprach mir damals Louis Fürnberg zu. Er las auch Verse von mir. Else Lasker-Schüler lobte wohldosiert. „Ballade von Kaliban" und anderes ließ ich in der „Jerusalem Press" drucken. Nahezu die ganzen Auflagen, alles Gedruckte flog eines Nachts mit dem Verlagsgebäude in die Luft. Egal, ob es Engländer oder Araber taten. Gedichte und Geld waren futsch. (Ein bekannter Schweizer Antiquar bot vor Jahr und Tag für viel Geld ein Heft als „große Rarität" an.) Mit dem Rest des Geldes wanderte ich ins Jordantal, arbeitete in Orangenplantagen, bewunderte am Kinereth-See die Eisvögel. Aber es war Krieg. So geschah, daß ich mir und meinen Dichtungen abhanden kam. Ich verließ das Land, meine zweite Heimat. Um nicht alles verloren zu geben, lege ich jetzt, nach vierzig Jahren noch einmal einige Arbeiten vor. Ich widme sie jener, die lebte, aber zum Glück nie gab: ANJU.

Mit dem 30. Januar 1933 hörte Deutschland auf, meine Heimat zu sein. Es ist kein Zufall, daß die Veröffentlichung der Dichtungen aus der Lebenszeit in meiner zweiten Heimat unter diesem Datum geschieht ...

Fortsetzung von Seite 45

rung europäischer Flüchtlinge zu unterbinden. **1943,** zu einem Zeitpunkt, wo die entsprechenden Stellen und Dienste von Art und Ausmaß des NS-Vernichtungsapparates bescheid wußten, durften gerade **4.705** Juden in die USA einwandern. 1938 fand im französischen Evian eine Alliiertenkonferenz zum Flüchtlingsproblem statt — außer der dominikanischen (Diktatur-) Regierung war **keine einzige** Regierung zu Hilfe bereit.

Diverse Rettungspläne für gewisse Zahlen von Juden (Austausch) oder Vorschläge zur Bombardierung der Eisenbahnlinien nach Auschwitz wurden **alle** abgelehnt.

Im Sommer 1939 bekam ein Schiff aus Hamburg mit 900 Zwangsflüchtlingen keine Landeerlaubnis auf Kuba. Aus Protest gegen die Indifferenz der Welt tötete sich der Bund-Delegierte in der polnischen Exil-Regierung, Zygelbojm, 1943 in London.

Ab 1938 nahm die illegale Einwanderung nach Palästina drastisch zu. 1938 und 1939 kamen jeweils 16.000 Juden „illegal" ins Land. Indes: Viele Flüchtlingsschiffe erreichten nie ihr Ziel. Auch nach Ende des Krieges zeigten sich die westlichen Regierungen nicht hilfsbereiter. Zwischen 1945 und 1948 gewährten die USA gerade 25.000 Juden die Einwanderung (Nathan Weinstock, S. 220).

Bis Ende 1946 war die Zahl der jüdischen „Displaced Persons" (DPs) in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands auf 204.000 angewachsen, die in Lagern untergebracht wurden.

Bis 1948 wuchs die Zahl auf eine Viertelmillion, aufgrund neuer Pogrome in Polen 1945-1946. Als die polnische Regierung den Kardinal Hlond um eine Stellungnahme gegen den Antisemitismus bat, erklärte er: *„Die Ursache der Exzesse liegen nicht im rassistischen Haß, sondern in der Politik. Der rassistische Haß ist die Folge der Beteiligung jüdischer Persönlichkeiten an der Regierung"* (Nathan Weinstock, S. 219).

Die Viertelmillion jüdischer DPs wanderte schließlich nach:

Israel	142.000
USA	72.000
Kanada	16.000
Belgien	8.000
Frankreich	2.000
Andere	10.000

(Zahlen aus R. Hilberg, „Die Vernichtung der europäischen Juden", S. 780).

Unabhängig von der notwendigen Beurteilung des politischen Zionismus sollte hier der Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Zuspruch für den Zionismus dargestellt werden. *„Denn die Mehrheit der nach Palästina bzw. nach Israel eingewanderten Juden sind nicht aufgrund zionistischer Einsichten oder Motive ins Land gekommen; so etwa die Opfer des Nationalsozialismus, deren primäre Motivation Flucht oder Vertreibung war ..."* (Dan Diner, „Keine Zukunft auf den Gräbern der Palästinenser", S. 102).

E., KB/Frankfurt

Anmerkungen

Bei den hier zitierten Büchern handelt es sich um:

— Nathan Weinstock, „Le Sionisme contre Israel", Francois Maspero, 1969
— Abraham Leon, „Judenfrage und Kapitalismus", trikont. Leon, ursprünglich Mitglied einer sozialistisch-zionistischen Jugendgruppe, schloß sich später dem Trotzkismus an und blieb dabei Präsident der zionistischen Föderation Belgiens. Im Alter von 26 Jahren wurde er in Auschwitz ermordet.
— Walter Hollstein, „Kein Frieden um Israel", pdw 1977 (allerdings vergriffen), zur Geschichte des Nahost-Konflikts.
— Walter Laqueur, „Der Weg zum Staat Israel", Europa Verlag 1977.
— Raul Hilberg, „Die Vernichtung der europäischen Juden", Olle & Wolter, 1982.
— Dan Diner, „Keine Zukunft auf den Gräbern der Palästinenser", VSA 1982.

Fortsetzung von Seite 41

"... wir beobachten den Flug der Vögel!"

Mandanten, daß er von der Staatsanwaltschaft offensichtlich unverhältnismäßig streng behandelt wird; der Anwalt hat den Verdacht, hier solle ein Exempel statuiert werden, daß auch „auf dem rechten Auge niemand blind ist". Tatsächlich ist das Interesse des Staates an einer harten Verurteilung des Einzeltäters hoch. Als jedoch immer deutlicher wird, daß er eben kein Einzeltäter sein kann, schwindet das Interesse des Gerichts. Der Junge kommt schließlich mit einer geringen Bewährungsstrafe davon und wird wenig später von einer Bombe zerrissen, die er selbst auf einem großen Volksfest gelegt hat, um „ein Fanal zu setzen" — wie es in dem vorher abgeschickten Bekennerbrief heißt. Kaum ist der Anschlag passiert, hat der Staat schon wieder die Version vom „verblendeten Einzeltäter" parat. Bei allem fragwürdig, weil sehr ausschließlich psychologisch gefaßt, bleibt Kückelmanns Faschismusbegriff — doch das taugt als Kritik an dem Film letztenendes genau so wenig wie Ulrich Greiners — durchaus nicht falsche — Feststellung, daß man den in den Film eingearbeiteten Liebesszenen kein Wort glauben kann.

„Gestern in Rom und Berlin, heute in Bologna und morgen in Alabama" — die Losung der neofaschistischen Gruppe in dem Film ist deutlich und als Ansatz, darauf als Filmer zu reagieren, ist „Morgen in Alabama" ein bemerkenswerter Versuch.

Einen ganz anderen Weg als Kückelmann, der mit routinierten Mitteln eine politisch wichtige Geschichte genau erzählt, geht Ula Stöckl mit **„Schlaf der Vernunft"**. Ihrem Film merkt man die Unzufriedenheit mit den einfach erzählten Geschichten an: von der Story her hätte ihr Film ein Thriller werden können, durch ihre Ästhetik ist es ein Bericht über Bewußtseinszustände in diesem Land geworden. Dea ist Frauenärztin und lebt seit Jahren von ihrem Mann getrennt mit den Töchtern und ihrer Mutter zusammen in Berlin.

Sie forscht über Nebenwirkungen der Pille und bereitet eine Kampagne gegen einen ortsansässigen Pharmakonzern vor. Eines Tages wird in ihrer Praxis eingebrochen, alle Patientenkarteien werden gestohlen.

Mehr Raum nimmt in dem schwarzweiß für 800.000 Mark gedrehten Film der Versuch ein, das Verhältnis zwischen der emanzipierten, fortschrittlichen Dea und ihren unpolitischen, aus dem Haus drängenden Töchtern zu charakterisieren, die sich von der Mutter nicht verbieten lassen wollen, die Pille zu nehmen, „nur weil Du einen Narren daran gefressen hast, über die Nebenwirkungen zu forschen". „Schlaf der Vernunft" ist trotz einiger Längen und einer ziemlich pathetischen Liebesgeschichte im zweiten Teil des Filmes ein vielschichtiger Streifen geworden, den anzuschauen sich lohnt. Im Programmzettel zu dem Film, der im Forum lief, ist außerdem ein bemerkenswertes Interview von Ula Stöckl und Erika und Ulrich Gregor abgedruckt: *„Stöckl: Ich denke ja, daß die Diskussion* (um Zensur durch Filmförderung, F.) *viel zu spät angefangen hat, denn unter der sozialliberalen Regierung fing das schon an, was ich vorhin Geschmackszensur genannt habe. Da es aber unsere großen Kollegen noch nicht betroffen hat, waren es die Frauen ... Wenn ich es richtig analysiere, hat mich doch bis zum Jahre 1977 keiner davon abgehalten, Filme zu machen ... Aber die männlichen Kollegen haben es nicht zur Kenntnis genommen. Insofern war auch nicht interessant, als ich durch die Welt lief und sagte, jetzt darf ich schon wieder einen Film nicht machen, weil ich hier und hier was ändern muß, und das will ich nicht ... Das, worüber die männlichen Kollegen jetzt klagen, hat für die Frauen die ganze Zeit bestanden".*

Tatsächlich lief im Wettbewerbsprogramm dieses Jahr ein einziger Film einer Regisseurin: der holländische Beitrag **„Der Stille Ozean"** von Digna Sinke, ein ziemlich langweiliger Film über die midlife-crisis einer Lateinamerika-Korresondentin. Ärgerlicher als die längen war die Tatsache, daß die Verhältnisse in Südamerika nur als Kulisse für die Selbstbespiegelungen der Filmprotagonistin Marian Winters mißbraucht wurden. Kaum erfreulicher ist auch die Rolle, die ihr geistig behinderter Bruder Emil spielen muß, er wird aus der im Film ziemlich heilen Welt in seinem Heim herausgerissen und kommt mit der Realität, mit der ihn seine Schwester konfrontiert, überhaupt nicht zurecht. Der Krüppel als Emotionsobjekt — eine Subjektivität wird Emil nicht zugestanden. Der Film suggeriert, daß eigene Empfindungen, eigene Ziele bei derartig behinderten Menschen nicht vorhanden sein können. Man soll Behinderte halt nehmen, wie sie angeblich sind, und trotzdem lieb zu ihnen sein.

Arm dran und hilflos

Behinderung hat als Sujet nichts an Attraktivität für Filmemacher eingebüßt: die Anormalität provoziert offensichtlich unqualifizierte Auseinandersetzungen damit.

Besonders widerlich war der österreichische Beitrag zum Thema: Gerald Kargl behauptet, mit seinem Spielfilm **„Angst"** einen wirklichen Fall nachzuerzählen. Er porträtiert ein Schlachtfest, das von einem „Irren" kaltblütig geplant in einem einsamen Landhaus begangen wird. Eine Augenweide für das blutgierige Publikum. Für den irren Täter: Kopf ab als Therapievorschlag?

Auch aus Österreich kam Niki List's Dokumentarfilm **„Mama lustig ..."**, der ein Wochenende des mongoloiden Christian, der in einem Heim lebt, zu Hause filmt. Gut gemeint, aber langweilig — zumal es ihm nicht gelingt, die Konfliktfelder anzureißen: warum ist Christian im Heim, wie ist seine Mutter mit der Tatsache zurechtgekommen, ein behindertes Kind zu haben, wie reagiert die Umwelt? Da ist der schwedische Film **„Schmerzgrenze"** von Agneta Elers-Jarleman schärfer und aufschlußreicher. Die Regisseurin setzt sich in dem Dokumentarfilm mit ihrer Beziehung zu ihrem Freund Jean auseinander, der 1977 einen schweren Autounfall hatte und seitdem blind, schwer sprachgestört und halbseitig gelähmt ist. Der Film ist ehrlicherweise kein Film über Jean, sondern über Agneta, und es werden keine Rezepte angeboten, sondern Schwierigkeiten und Hoffnungen beschrieben. Agneta will sich nämlich für ihren Freund nicht aufopfern, will nicht ihr ganzes Leben nach ihm und seiner Behinderung richten. Andererseits liebt sie ihn noch immer und will sich nicht wie die anderen Freunde von ihm zurückziehen. Ihr Glaube an ärztliche Urteile und die negativen Perspektiven, die ihr Jeans Therapeuten eröffnen, wird zusehends eingeschränkt — andererseits sieht sie sich auch außerstande, selbst Jeans Therapie und Pflege zu übernehmen.

Ganz anders, aber auch gelungen: Kurt Gloors Schweizer Beitrag **„Der Mann ohne Gedächtnis"**. Auf einer Autobahnraststätte bei Bern wird ein nicht identifizierbarer Mann aufgegriffen, der kein Wort spricht. Zwecks Feststellung der Identität wird er in eine psychiatrische Klinik überwiesen und stellt dort Ärzte und Pfleger vor ein Rätsel: die Diagnosen greifen nicht, aus dem Mann ist nichts herauszubekommen. Dabei kann es aber schon deshalb nicht bleiben, weil sonst die Kostenübernahme durch den Bund nicht geklärt werden kann. Die Psychiater versuchen nun mit verschiedenen Methoden, doch noch zu einer Diagnose zu kommen: der Mann ohne Gedächtnis wird mit Elektroschocks bearbeitet, bekommt Wahrheitssera gespritzt, wird mit Psychopharmaka vollgestopft — je weniger Ergebnisse die Behandlung zeitigt, desto aggressiver und brutaler gehen die „Helfer" mit dem Patienten um, bis die Oberärztin schließlich Einhalt gebietet und vorschlägt, den Mann ohne Diagnose in eine Wohngemeinschaft zu entlassen. Die Geschichte wird witzig und detailreich erzählt — schade, daß in einem zweiten Strang die Motive des Mannes ohne Gedächtnis enthüllt werden, das wirkt etwas banal: er hat nämlich seine Arbeit als Cheflaborant bei Tierversuchen nicht verkraftet. Der Zwang, Geschichten zu erzählen, die in sich geschlossen sind, kaum Fragen offen lassen, wirkt sich wenig realitätsfördernd aus.

Realer Sozialismus, realer Antikommunismus

Immer immer immer immer weitergehen auf dem Weg zum richtigen Kapitalismus — die Filmindustrie der VR China leistet Schützenhilfe. Auch der diesjährige Berlinale-Beitrag, **„Heißes Blut"**, war eine scharfe Abrechnung mit der „Viererbande". Luo Xingang übernimmt 1979 die Leitung einer Seidendruckfirma, deren Ware vom westlichen Ausland wegen mangelhafter Qualität schon lange nicht mehr gekauft wird. Ihm gelingt es aber, einen Exportauftrag für seine Firma nach Hongkong zu ergattern. Bedingung ist, daß seine Fabrik von Maschinendruck auf Handdruck umgestellt und außerdem der einst wegen „antisozialistischer Tendenzen" von Kulturrevolutionären entlassene Designer Shen Hua wieder eingestellt wird. Das wird alles durchgesetzt; jetzt sind nur noch die unflexiblen alten Parteikader und Ministerialbeamten im Weg. Mit ein paar faulen Tricks gelingt es Luo, auch sie auszutricksen, und beinahe schafft er es, den Auftrag rechtzeitig abzuliefern. Da schickt die Bezirksregierung eine Untersuchungskommission, die die Ursachen für die steigende Unzufriedenheit unter den Textilarbeitern untersuchen soll. Luo droht die Strafversetzung, aber nun greift er sich ein Mikrofon und hält eine flammende Rede an die staunende Belegschaft: er kritisiert sich selbst, weil er den werktätigen Massen nicht genug vertraut habe; schärfer fällt allerdings seine Kritik an den Hemmnissen der Bürokratie und an verknöcherten Beamten in dem Ministerien aus. Ein Lob auf das 3. Plenum des ZKs und seine Beschlüsse zur Modernisierung beenden den Film, tosender Applaus der Arbeiter. Besonders pikant ist eine in den Film eingearbeitete Rehabilitierung des Katholizismus: die einzige Frau, welche einer alten kranken Frau, die in einer erbärmlichen Wohnung haust, hilft, ist eine Katholikin, die ihr Engagement mit einem Bibelzitat erklärt: „Alle Menschen sollen Brüder (!) sein". Dramaturgie und Ästhetik waren Hollywoodimport, mit dem typisch chinesischen Hang zum knalligbunten Bild und der superschmalzigen Musik.

Erträglicher war da schon der Beitrag der SU „Frontromanze", der die Wege ehemaliger Rotarmisten nach dem Zweiten Weltkrieg verfolgt und eine erstaunlich offene Kritik an den oft schlechten Lebensbedingungen in der Sowjetunion der sechziger Jahre ist.

Aus dem anderen Lager sehenswert war der Film **„Seeing Red"** von Julia Reichert, einer amerikanischen Linken, die einen Film über das Leben US-amerikanischer Kommunisten in antikommunistischen Zeiten drehte. Der Dokumentarstreifen besticht durch seinen Witz — ist allerdings insgesamt eher oberflächlich. Das Verhältnis amerikanischer Kommunisten zu ihren Genossen aus der SU oder auch zu europäischen Kommunisten wird kaum angerissen — intensiver widmet sich die Regisseurin dem Verhältnis von offiziellem Alltag und abweichender Meinung. Erklärt wird das in einem Interview: eigentlich sei es mehr darum gegangen, militante Lebensläufe nachzuzeichnen. Finanziert wurde die Arbeit unter anderem mit Mitteln der „Playboy Foundation".

Fassanbass

Anmerkungen:

1. „Wir wissen nicht, wann der Tiger angreift, aber nähert er sich, schrecken die Vögel auf. Also beobachten wir den Flug der Vögel!" — aus dem Nachspann zu „Morgen in Alabama" von N. Kückelmann.

2. Die Berlinale hat verschiedene Sparten, in denen zahlreiche Preise verliehen werden: am wichtigsten ist der Wettbewerb (Preis: Goldener und Silberner Bär); experimentellere Filme sind im Internationalen Forum des Jungen Films zu sehen; unter ferner liefen gibt es noch das Kinderfilmfest, eine Retrospektive (dieses Jahr von E. Lubitsch-Filmen) etc.

3. Anträge auf Filmförderung durch das BMI sollen nicht mehr direkt an das Ministerium gestellt werden können, sondern müssen künftig eine Vorauswahl bei der FFA durchlaufen, die nur noch die Vorhaben weiterleiten, die erfolgreich zu werden versprechen.

4. Der Verwaltungsrat der FFA besteht aus 33 Mitgliedern: MdBs, Vertreter des Bundesrates, der Bundesregierung, aller Bereiche der Filmwirtschaft, Fernsehanstalten, Journalisten, Kirchen, Gewerkschaften (Stand 1979).

5. Ebendiese hat vor drei Jahren den Dokumentarfilm „Der Lange Atem" über den Widerstand gegen die Remilitarisierung nicht als Abschlußarbeit anerkannt und für Vorführungen nicht freigegeben: kommunistische Tendenzen. Mittlerweile ist der Rilm mit dem neuen Titel „Der längere Atem" in den Kinos zu sehen.

Hau rein, Toni

Das schlägt doch dem Faß den Boden aus: Der Deutsche Fußballbund überlegt, ob unsere Nr. 1 im Tor bei der Europameisterschaft überhaupt eingesetzt werden soll. Schumacher könnte nämlich, so die Befürchtung der Funktionäre, anti-deutsche Reaktionen beim französischen Publikum auslösen. Man rechnet damit, daß die Franzosen nachtragend sind: Wegen des Fouls vor zwei Jahren in Spanien, das Schumacher im Halbfinale an Battiston verübte. Schon haben wir wieder einen klassischen Fall von Einmischung der Politik in den Sport. Nicht die Qualifikation entscheidet, sondern (falsche) Rücksichtnahme auf gutnachbarliche Beziehungen in der EG.

Ein, so meine ich, schlimmes und in diesem Fall sogar verheerendes Verständnis von deutsch-französischer Freundschaft. Wobei es von nebensächlicher Bedeutung ist, daß Silberlocke ebenso wenig an Sepp Herberger heranreicht wie Birne an Adenauer (oder auch Mitterrand an de Gaulle). Form und Format sind halt zwei Paar Schuh. Aber wie gesagt: das ist zweitrangig.

Von äußerster Relevanz aber könnten die Folgen einer solchen Entscheidung (die hoffentlich noch nicht getroffen ist) für die Stimmungslage dieser unserer Länder und Völker sein. Deshalb darf die Linke hierzu nicht schweigen. Denn: Daß die westdeutsche Nationalmannschaft augenblicklich nicht gerade in der Blüte spielerischen Könnens steht, ist unbestreitbar. Was aber wird passieren, wenn wir nun auch noch ihre letzten Stützen — noch dazu in der Hintermannschaft! — rausnehmen und stattdessen mit den geforderten Softies antreten? Wenn die gegnerischen Sturmreihen durch den deutschen Strafraum hindurchspazieren wie durch einen Schweizer Käse? Wer auch nur einen Funken Phantasie hat, kann sich leicht die Schlagzeilen der (nicht gerade zimperlichen) französischen Presse vorstellen, etwa **„Deutsche Abwehr wie gelähmt"** oder **„Deutshe: jetzt auch Angst vor dem Ball"** oder **„pazifistische Deutsche vernichtend geschlagen"**, vielleicht auch **„BRD-Fußball vom grünen Virus infiziert"** oder **„Trainiert Petra Kelly jetzt die Deutschen?!!**.

Das kommt doch so sicher wie der Tusch nach dem Narhalla-Marsch! Deshalb sage ich: Um des Friedens willen, nominiert Toni! Und Toni soll sich auf keinen Fall einschüchtern lassen. Er soll sich völlig unbeschwert einbringen, er soll aufspielen, wie es seiner Art und seinem Temperament entspricht: Hart, aber fair. Wenn die kunstfertige Taktik, dem Gegenspieler mit dem Arsch ins Gesicht zu springen, in Frankreich nicht beherrscht wird, dann müssen sich unsere Freunde an der Seine eben daran gewöhnen, daß es auch andere Maßstäbe gibt. Unseren Spielern rufe ich zu: Jungs, laßt euch nicht von der konsequenten Manndeckung abbringen! Bleibt beim bewährten Erfolgsrezept eines Förster, der schon so manchen „Baum gefällt" (um nicht zu sagen niedergemäht) hat. Es ist ja auch viel zu spät, das in schöpferischer Weiterentwicklung des italienischen Catenacchio hierzulande praktizierte „Briegel-System" noch umstellen zu wollen (auch als „Knochen-Briegel" oder „Gelenk-Briegel" liebevoll tituliert).

Als Zugabe nach dem Motto „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein" sollten ruhig auch die Fan-Clubs die französischen Stadien beleben, ich meine die ganz speziellen mit Kurzhaarschnitt, Hakenkreuz-Fahne und Sieg-Heil-Ruf. So sind die Leute nun mal, ganz abgesehen davon, daß sie garantiert nach 1945 geboren wurden.

Vielleicht kann auf diese Weise manches geradegerückt werden. Denn mit Sicherheit schwärmen die französischen Intellektuellen wie alle anderen auch für das Spiel mit dem Leder. Und sie verfügen über eine ausgezeichnete Beobachtungsgabe. Kritisch und scharfsinnig, wie sie nun einmal sind, werden sie auch während der Europameisterschaft der erregenden Frage des Jahrzehnts nachgehen: Was es mit den Deutschen auf sich hat, warum sie die Freiheit nicht mehr verteidigen wollen und überhaupt so feige sind.

Ich nehme an, sie werden bei jedem Zweikampf neue Erkenntnisse gewinnen. Der Tip sei gewagt: Sie werden u n s , die Friedensbewegung, mit freundlicheren Augen sehen. Ein riesiges Mißverständnis wird endlich aus der Welt geschafft.

Aber nur, wenn Toni spielen darf!

de.